Die Rückkehr der deutschen Geschichtswissenschaft in die »Ökumene der Historiker«



1958 2008

deutsches
historisches
institut
historique
allemand

paris

Pariser Historische Studien

herausgegeben vom
Deutschen Historischen Institut Paris

Band 89

R. Oldenbourg Verlag München 2008

Die Rückkehr der deutschen Geschichtswissenschaft in die »Ökumene der Historiker«

Ein wissenschaftsgeschichtlicher Ansatz

herausgegeben von
Ulrich Pfeil

R. Oldenbourg Verlag München 2008

Pariser Historische Studien
Herausgeberin: Prof. Dr. Gudrun GERSMANN
Redaktion: Veronika VOLLMER
Institutslogo: Heinrich PARAVICINI, unter Verwendung eines Motivs am Hôtel Duret-de-Chevry
Anschrift: Deutsches Historisches Institut (Institut historique allemand)
Hôtel Duret-de-Chevry, 8, rue du Parc-Royal, F-75003 Paris

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

150 Jahre
Wissen für die Zukunft
Oldenbourg Verlag

© 2008 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München
Rosenheimer Straße 145, D-81671 München
Internet: oldenbourg.de

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Dieter Vollendorf, München
Umschlagbild: Dom zu Speyer und Josephskirche. Stich von Vytautas Kazimieras Jonymas.
Alle Rechte vorbehalten.
Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (chlorfrei gebleicht).
Gesamtherstellung: Druckhaus „Thomas Müntzer", Bad Langensalza

ISBN: 978-3-486-58795-1
ISSN: 0479-5997

INHALT

Vorwort von Ulrich PFEIL 7

I. Beharrung und Wandlung in der deutschen Geschichtswissenschaft nach 1945

Christoph CORNELISSEN
Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945. Zwischen nationalen Traditionen und transnationalen Öffnungen 17

Thomas ETZEMÜLLER
Auf der Suche nach den »haltenden Mächten«. Intellektuelle Wandlungen und Kontinuitäten in der westdeutschen Geschichtswissenschaft nach 1945 35

Axel SCHILDT
Zur Hochkonjunktur des »christlichen Abendlandes« in der westdeutschen Geschichtsschreibung 49

II. Reinstitutionalisierung und Neuorientierung der bundesdeutschen Geschichtswissenschaft nach 1945

Anne Chr. NAGEL
»Gipfeltreffen der Mediävisten«. Der Konstanzer Arbeitskreis für mittelalterliche Geschichte 73

Michael MATHEUS
Die Wiedereröffnung des Deutschen Historischen Instituts 1953 in Rom. Transalpine Akteure zwischen Unione und Nation 91

Rainer RIEMENSCHNEIDER
Georg Eckert und das Internationale Schulbuchinstitut in Braunschweig 115

Astrid M. ECKERT
Notwendige Kooperation. Westdeutsche Zeitgeschichte als transnationales Projekt in den 1950er Jahren 133

III. Deutsch-französische Historikerbeziehungen nach 1945

Peter SCHÖTTLER
Die deutsche Geschichtswissenschaft und Marc Bloch. Die ersten Nachkriegsjahrzehnte 155

Agnès GRACEFFA
Deutsche Geschichtsschreibung aus der Sicht französischer Historiker. Das Beispiel des Frühmittelalters 187

Corine DEFRANCE
Die internationalen Historikertreffen von Speyer. Erste Kontaktaufnahme zwischen deutschen und französischen Historikern nach dem Zweiten Weltkrieg 213

Winfried SCHULZE
Zwischen Abendland und Westeuropa. Die Gründung des Instituts für Europäische Geschichte in Mainz im Jahre 1950 239

Heinz DUCHHARDT
Martin Göhring und seine Beziehungen zur französischen Geschichtswissenschaft 255

IV. »Zerfall der historischen Ökumene« in Deutschland

Mario KESSLER
Geschichtswissenschaft nach 1945. Personelle Beharrung, Brüche und Neuanfang in beiden deutschen Staaten 267

Martin SABROW
Die deutsch-deutschen Historikerbeziehungen zwischen Abschließung und Öffnung 287

Ulrich PFEIL
Deutsche Historiker auf den internationalen Historikertagen von Stockholm (1960) und Wien (1965). Geschichtswissenschaft zwischen Internationalität und Freund-Feind-Denken im Kalten Krieg 305

Ernst SCHULIN
Zusammenfassung und Ausblick 327

Personenregister 335

Autorinnen und Autoren 343

VORWORT

Als die Deutsche Historische Forschungsstelle am 21. November 1958 in Paris feierlich eingeweiht wurde, definierte der damalige Leiter der Kulturabteilung im Bundesinnenministerium (1954–1959), Paul Egon Hübinger, als eine ihrer wichtigsten Aufgaben, jungen deutschen Historikern den materiellen und intellektuellen Zugang zur französischen Geschichte stärker als in der Vergangenheit zu ermöglichen. Diese neue außeruniversitäre Forschungsinstitution sollte darüber hinaus den Kontakt und den Dialog zwischen deutschen und französischen Historikern fördern, denn für die Lösung historischer Probleme, so Hübinger, sei der nationale Rahmen zu klein, vielmehr bedürfe es der wechselseitigen Befruchtung zwischen den Historikern beider Länder[1].

Was Hübinger hier formuliert, war für viele deutsche Historiker vor 1945 keine Selbstverständlichkeit. In einer Mischung aus Isolierung und Selbstisolierung war die deutsche Geschichtswissenschaft nach 1918 innerhalb der *communauté scientifique* an den Rand gerückt (worden). Während des »Dritten Reiches« hatten zu viele deutsche Historiker das ideologische Dominanzprinzip des Regimes auch in ihre wissenschaftliche Arbeit integriert, wie u.a. der Mediävist Theodor Mayer, der während des Zweiten Weltkriegs die Gründung eines deutschen historischen Instituts in Paris anstrebte, um die Überlegenheit der deutschen Geschichtswissenschaft und einen »allgemeinen deutschen Führungsanspruch« in Europa historisch zu untermauern[2]. Wissenschaftliche Zusammenarbeit konnte er sich zu dieser Zeit nur in einem kollaboratistischen Verhältnis vorstellen.

»Entflechtung von Wissenschaft und Wissenschaftlern aus ihren früheren Verhältnissen und ihre Neuverflechtung in andere politische Verhältnisse«[3] war somit das Gebot der Stunde nach 1945 und stellte nicht nur die deutsche Geschichtswissenschaft nach dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Regimes vor die Aufgabe, den Weg in eine neue demokratische Gesellschafts-

[1] Ansprache von Paul Egon Hübinger zur Eröffnung der Deutschen Historischen Forschungsstelle in Paris, 21.11.1958, in: Ulrich PFEIL, Vorgeschichte und Gründung des Deutschen Historischen Instituts Paris. Darstellung und Dokumentation, Ostfildern 2007, S. 434–438.

[2] Erstmaliger Abdruck der Denkschrift von Theodor Mayer über die Errichtung eines deutschen historischen Instituts in Paris in: Conrad GRAU, Planungen für ein deutsches historisches Institut in Paris während des Zweiten Weltkrieges, in: Francia 19/3 (1992), S. 109–128, hier S. 119–122.

[3] Mitchell G. ASH, Verordnete Umbrüche – Konstruierte Kontinuitäten: Zur Entnazifizierung von Wissenschaftlern und Wissenschaften nach 1945, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 43 (1995), S. 903–923, hier S. 904.

ordnung und den Anschluß an den internationalen geistigen Austausch zu finden. So wie es Deutschland nach 1945 bzw. 1949 allgemein darum gehen mußte, Vertrauen und internationale Anerkennung zurückzugewinnen[4], begab sich auch die deutsche Geschichtswissenschaft auf den oftmals steinigen Weg, internationales Ansehen und den Respekt der Fachkollegen wiederzuerlangen.

Nach der Gründung des Verbandes der Historiker Deutschlands (VHD) im Jahre 1948 gehörte es daher zu seinen vorrangigen Zielen, wieder Mitglied des Comité international des sciences historiques (CISH) zu werden, aus dessen Kreis die deutsche Geschichtswissenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg ausgeschlossen worden war. Hier mag es weniger darum gegangen sein, sich wieder in die Kommunikationsstrukturen der internationalen Historikerschaft einzuflechten, als vielmehr die offizielle Bestätigung für die Rückkehr in die *communauté scientifique* zu erhalten. Die Geschichte dieses von Karl Dietrich Erdmann bereits vor vielen Jahren untersuchten Komitees[5] veranschaulicht den bis heute nicht überwundenen Rahmen von national verfaßten Disziplinen[6], wie es sich gerade an seiner Organisationsstruktur ablesen läßt. Einzelne Historiker können keine Mitglieder sein, sondern nur die nationalen Historikerverbände. So kommt die »Ökumene der Historiker« bei den im Fünf-Jahres-Rhythmus stattfindenden internationalen Historikerkongressen in nationalen Delegationen zusammen, um am Versammlungsort ein internationales Forum wissenschaftlicher Begegnung zu bilden.

Daß wir uns bei der Wahl des Buchtitels von Karl Dietrich Erdmanns Studie inspirieren ließen, ist nicht zu übersehen, doch beschränken sich die Beiträge dieses Bandes keineswegs nur auf die Geschichte des CISH. Zwar spielte gerade der erste in Paris veranstaltete Nachkriegskongreß (1950) eine wichtige Rolle bei der »Rückkehr der deutschen Geschichtswissenschaft in die ›Ökumene der Historiker‹«, wie die vorliegenden Beiträge belegen, doch setzte mit der Aufnahme des Verbandes der Historiker Deutschlands in das CISH im Jahre 1951 keinesfalls ein transnationaler Dialog auf breiter Basis ein. Allen-

[4] Vgl. Ulrich LAPPENKÜPER, Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1990, München 2008; Johannes PAULMANN (Hg.), Auswärtige Repräsentationen. Deutsche Kulturdiplomatie nach 1945, Köln 2005.

[5] Vgl. Karl Dietrich ERDMANN, Die Ökumene der Historiker. Geschichte der Internationalen Historikerkongresse und des Comité international des sciences historiques, Göttingen 1987; jetzt auch in englischer Übersetzung: DERS., Toward a global community of historians. The International Historical Congresses and the International Committee of Historical Sciences 1898–2000, edited by Jürgen KOCKA and Wolfgang J. MOMMSEN in collaboration with Agnes BLÄNSDORF, New York, Oxford 2005.

[6] Geschichtswissenschaft existiere »de facto nur als kommunikative Vernetzung nationalstaatlich organisierter Historikerschaften«, schreibt Lutz RAPHAEL, Geschichtswissenschaft im Zeitalter der Extreme. Theorien, Methoden, Tendenzen von 1900 bis zur Gegenwart, München 2003, S. 17.

falls wurden die ersten Fundamente für eine Internationalisierung der deutschen Geschichtswissenschaft gelegt.

In der unmittelbaren Nachkriegszeit konnte es für die deutschen Historiker in einem ersten Schritt nur darum gehen, ihre internationale Anschlußfähigkeit in einem transnationalen Normalisierungsprozeß unter Beweis zu stellen. Wie schwer sich jedoch so mancher damals tat, überhaupt nur Notiz von der Forschung des Auslands zu nehmen, führen die Beiträge dieses Bandes vor Augen. Obgleich Hübinger mit seiner Forderung, den Blick über den nationalen Tellerrand hinaus zu richten und die nationalgeschichtlichen Begrenzungen zu überwinden, in den frühen Jahren der Bundesrepublik nicht alleine stand, waren Forschungs- und Unterrichtsrealität noch jahrzehntelang von einer anderen Sprache geprägt, wie *Christoph Cornelißen* in seiner einführenden Skizze unterstreicht. Trotz bisweilen forsch formulierter Ansprüche blieben die methodischen und theoretischen Bezugspunkte der deutschen Geschichtswissenschaft weiterhin nationalzentriert und pendelten zwischen Beharrung und Wandlung (I. Teil). Diese Tatsache traf zur damaligen Zeit sicherlich auch auf andere Länder zu, nicht zuletzt auf Frankreich[7], doch lassen sich bei einem vergleichenden Ansatz gewisse deutsche Spezifika isolieren. *Thomas Etzemüller* verweist in seinen Ausführungen auf die Allianz zwischen Wissenschaft und Nation bei den westdeutschen Historikern, die sich u.a. in mentalen Barrieren gegen westliche Ideen ausdrückte. Diese dominierende Tendenz zur Beharrung kann *Axel Schildt* am Konstrukt des Abendlandbegriffs nachweisen, der es den Historikern ohne große semantische Umbauarbeiten ermöglicht habe, an altbewährten Strukturen festzuhalten. Die Abendlandorientierung kann daher nicht zwangsläufig mit einer transnationalen Öffnung gleichgesetzt werden; zu klären gilt es daher oftmals im Einzelfall, was hinter dem Streben in übernationale Zusammenhänge steckte.

Das von Christoph Cornelißen definierte Feld »zwischen nationalen Traditionen und transnationalen Öffnungen« findet sich auch bei der Reinstitutionalisierung und Neuorientierung der bundesdeutschen Geschichtswissenschaft nach 1945 (II. Teil) wieder. *Anne Chr. Nagel* kann in ihrer Studie über den Konstanzer Arbeitskreis unter der langjährigen Ägide von Theodor Mayer eine Kontinuität von Forschungsmethoden trotz politischer Zäsuren herausarbeiten, die sich jedoch so flexibel zeigten, daß sie sich stets den wechselnden (wissenschafts)politischen Rahmenbedingungen anpassen konnten. Dabei entwickelten sich die Treffen auf der Reichenau schnell zu einer wichtigen Institution des wissenschaftlichen Gesprächs; einen europäisch vergleichenden Charakter habe der Konstanzer Arbeitskreis jedoch erst in den 1980er Jahren angenommen. *Michael Matheus* legt in seinem Beitrag über das 1953 wiedereröffnete Deutsche Historische Institut in Rom einen Schwerpunkt

[7] Vgl. Olivier DUMOULIN, Le rôle social de l'historien. De la chaire au prétoire, Paris 2003.

auf die damaligen Vorstellungen von einer unpolitischen und freien Wissenschaft. Er kann dabei zeigen, wie sich das DHI Rom zu einem Laboratorium wissenschaftlicher Selbstverwaltung entwickelte, dessen Angebote ihren Weg aus der Ewigen Stadt in die bundesdeutsche Wissenschaftslandschaft fanden. Am Beispiel des über lange Jahre von Georg Eckert geleiteten Internationalen Schulbuchinstituts in Braunschweig illustriert *Rainer Riemenschneider* den steinigen Weg der deutschen Geschichtswissenschaft zurück in den Kreis der europäischen Geschichtswissenschaften. Er betont dabei die Außenseiterrolle Eckerts in der ›Zunft‹, der mit seinen Konzeptionen von Forschung und Lehre bzw. Lehrerausbildung und den daraus hervorgehenden Schulbuchrevisionen einen wichtigen Beitrag zur Verständigung Deutschlands mit seinen Nachbarn leistete, dafür aber auch in der Nachkriegszeit immer wieder angefeindet wurde. *Astrid Eckert* betont in ihren Überlegungen zur Institutionalisierung der Zeitgeschichte in Deutschland den Willen der westdeutschen Historiker, das Vertrauen der internationalen *communauté scientifique* zurückzugewinnen. Die Treffen mit den Historikern anderer Länder sollten dazu dienen, das während des Krieges Erlebte historisch aufzuarbeiten. Sie unterstreicht den maßgeblichen Einfluß amerikanischer und britischer Historiker auf die deutsche Zeitgeschichtsschreibung, der es in den 1960er Jahren gelang, die ausländischen Historiker nicht mehr als Konkurrenz, sondern als willkommene Kooperationspartner zu begreifen.

Daß den deutsch-französischen Historikerbeziehungen nach 1945 (III. Teil) bei einer vom Deutschen Historischen Institut in Paris organisierten Tagung ein privilegierter Platz eingeräumt wird, liegt in der Natur der Sache. Die besondere Bedeutung von Frankreich für unsere Thematik ist jedoch auch inhaltlich begründet, kam der französischen Geschichtswissenschaft zur damaligen Zeit auf internationaler Bühne doch eine besondere Bedeutung zu. *Heinz Duchhardt* sieht bei ihr gar den Schlüssel für die Rückkehr der deutschen Geschichtswissenschaft in die »Ökumene der Historiker«. Es galt für die deutsche Historikerschaft in den ersten Nachkriegsjahren, das Mißtrauen der französischen Kollegen zu überwinden. Zwischen ihnen stand nicht nur die »Erbfeindschaft«, sondern vor allem die Ermordung von Marc Bloch durch die deutsche Besatzungsmacht im Jahre 1944. Die zögerlichen Reaktionen der deutschen Seite auf den Tod des französischen Kollegen verstärkten anfangs noch das Mißtrauen, so daß sich die direkten Kontakte an einer Hand abzählen ließen und die Rezeption der deutschen Historiographie in Frankreich erst mit Retardwirkung einsetzte, wie *Agnès Graceffa* aufzeigen kann. Die deutsche Seite verharrte bis in die 1970er Jahre in ihrer traditionellen Distanz zur französischen Geschichtswissenschaft und stand den »Annales« in besonderem Maße mit Ablehnung gegenüber. *Peter Schöttler* konstatiert eine nationale bzw. regionale Selbstbezogenheit, so daß den Arbeiten der ausländischen, gerade auch französischen Kollegen nur wenig Interesse entgegengebracht wur-

de. Parallel dazu initiierten in der unmittelbaren Nachkriegszeit jedoch auch Männer »guten Willens« einen Annäherungsprozeß, der bei den Internationalen Historikertreffen in Speyer zwischen 1948 und 1950 einen ersten Höhepunkt erlebte. *Corine Defrance* weist zu Recht auf die schwärmerische Europabegeisterung der Teilnehmer hin, mit der nationale Antagonismen überwunden werden sollten. Bei der Beschäftigung mit den deutsch-französischen Historikerbeziehungen nach 1945 fällt auf, daß die seit Jahren in Deutschland anhaltende Konjunktur der Historiographiegeschichte ihre Entsprechung nicht in Frankreich findet. Archivgestützte Studien französischer Historiker über ihre ›Zunft‹ bzw. ihre Vertreter als soziale Akteure sind Mangelware. Nicht viel besser sieht es aus bei der Beschäftigung mit der Historiographie des deutschen Nachbarn[8], während auf deutscher Seite, besonders seit den 1990er Jahren, verschiedene Studien über die »Annales« und ihre wichtigsten Vertreter vorliegen[9]. Hier wäre es sicherlich wünschenswert, in Zukunft gemeinsame Projekte in Angriff zu nehmen.

Die in den letzten Jahren erstellten Studien zum Abendland unterstreichen die Bedeutung kompensatorischen Konstrukte bei der Suche der Deutschen nach einem neuen Selbstverständnis jenseits des Nationalstaats in der Nachkriegszeit. Der Rückbezug auf geographisch umrissene Wertegemeinschaften wie Europa, das Abendland oder den Westen beschleunigte die Rückkehr der Deutschen in eine gemeinsame Wertegemeinschaft. Das Abendland als Integrationsvehikel erleichterte auch deutschen und französischen Historikern und hier besonders den Mediävisten, ein neues *terrain d'entente* zu finden. Erhellend für die Interaktion von fachlichen Deutungsmustern und gesellschaftlichen bzw. politischen Rahmenbedingungen ist dabei wieder einmal die Vorgeschichte des DHI Paris und die Person von Eugen Ewig, der Bundeskanzler Konrad Adenauer bereits 1950 ein historisches Forschungsprojekt zum besseren »Verständnis der europäischen Vergangenheit« präsentierte:

> Ziel wäre ein vom Rhein her geprägtes neues deutsches und europäisches Bewußtsein. Diese Arbeit müßte ihren Ausgang vom Mittelalter nehmen, weil hier einerseits die Anfänge des Abendlandes liegen und andererseits der zeitliche Abstand einer ruhigen Betrachtung besonders förderlich ist[10].

[8] Zu den wenigen löblichen Ausnahmen gehört die Studie von Édouard HUSSON, der jedoch auch auf den Weg in die Archive verzichtet hat: Comprendre Hitler et la Shoah. Les historiens de la République fédérale d'Allemagne et l'identité allemande depuis 1949, Paris 2001.

[9] Vgl. u.a. Ulrich RAULFF, Ein Historiker im 20. Jahrhundert: Marc Bloch, Frankfurt a.M. 1995 (frz. Ausgabe: 2005); Lutz RAPHAEL, Die Erben von Bloch und Febvre. »Annales«-Geschichtsschreibung und »nouvelle histoire« in Frankreich 1945–1980, Stuttgart 1994.

[10] Zit. nach Ulrich PFEIL, Eugen Ewig – »Créer un ordre transnational«. Von einem Mittler zwischen Deutschland und Frankreich, in: DERS. (Hg.), Das Deutsche Historische Institut Paris und seine Gründungsväter. Ein personengeschichtlicher Ansatz, München 2007, S. 293–322, hier S. 316.

Der für die Nachkriegszeit zu typische regelmäßige Rekurs auf das Abendland deutet auf den »Resonanz- und Rückkoppelungsbedarf«[11] einer Disziplin hin, deren wissenschaftliches Feld nach 1945 von einer neuen Ressourcenkonstellation geprägt war. Sie hatte ihre fachliche Autonomie zurückgewonnen, suchte aber gleichzeitig Anerkennung, Bestätigung und Unterstützung »von außen«. Ein symbolischer Ort der Einheit des christlichen Abendlandes war zu dieser Zeit Speyer und sein im karolingischen Stil erbauter Dom, der bei bekennenden Abendländern Erinnerungen an Zeiten weckte, in denen sie ›Deutsche‹ und ›Franzosen‹ noch in einem gemeinsamen Raum leben sahen. In der beim dritten Internationalen Historikertreffen verteilten Broschüre findet sich der auf dem Umschlag dieses Bandes reproduzierte Stich des Doms zu Speyer und der Josephskirche. Diese Arbeit war von dem baltischen Künstler Vytautas Kazimieras Jonynas auf Bitte des Verantwortlichen für die Kulturpolitik in der französischen Besatzungszone, Raymond Schmittlein, angefertigt worden[12], für den die Treffen von Speyer eine weitere Etappe im deutsch-französischen Annäherungsprozeß der Nachkriegszeit darstellen sollten. Über den Weg der Schulbuchrevision galt es, einen Umerziehungs- und Lernprozeß zwischen ehemaligen Kriegsgegnern auf zivilgesellschaftlicher Ebene einzuleiten, der seine Verlängerung in der Gründung des Instituts für Europäische Geschichte in Mainz fand. Diese Neugründung wurden vom amerikanischen Hohen Kommissar John McCloy nicht ohne Grund als »Schuman-Plan für die historische Wissenschaft«[13] bezeichnet. Neben dieser Verständigungskomponente bietet die Vor- und Frühgeschichte des Mainzer Instituts aber auch einen Einblick in die oftmals mit harten Bandagen ausgetragenen Konflikte zwischen preußisch-protestantischen und abendländisch-katholischen Historikern in der frühen Bundesrepublik, die sich nicht nur in der Interpretation deutscher Geschichtsbilder höchst uneinig, sondern auch in der Entscheidung über ihren Weg »nach Westen« noch unsicher waren, wie *Winfried Schulze* betont.

Sowohl die Rückkehr der deutschen Geschichtswissenschaft in die »Ökumene der Historiker« als auch der »Zerfall der historischen Ökumene« in

[11] Vgl. dazu die Einleitung in: Georg BOLLENBECK, Clemens KNOBLOCH (Hg.), Semantischer Umbau der Geisteswissenschaften nach 1933 und 1945, Heidelberg 2001, S. 9–40.

[12] Schmittlein hatte die Bekanntschaft von Jonynas in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre gemacht, als er selbst als Lektor an der Universität von Kaunas/Litauen (1934–1938) tätig war, wo der Jonynas bildende Künste lehrte. Jonynas flüchtete am Ende des Krieges in Richtung Westen und fand sich in der französischen Besatzungszone wieder, wo er die École balte des beaux-arts in Freiburg i.Br. leitete, die Schmittlein auf seinen Wunsch hin dort gegründet hatte; vgl. Laima BIALOPETRAVIČIENĖ, Vytautas Kazimieras Jonynas, Au croisement des arts, in: Cahiers lituaniens 8 (2007) 8, S. 37–40.

[13] Vgl. Corine DEFRANCE, Die Franzosen und die Gründung des Instituts für Europäische Geschichte in Mainz 1949–1955, in: Winfried SCHULZE, Corine DEFRANCE, Die Gründung des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, Mainz 1992, S. 77.

Deutschland (IV. Teil) weist auf das Zusammenwirken von internationalen Rahmenbedingungen und innerfachlicher Entwicklung hin. Zweifellos beschleunigte der Kalte Krieg ab 1947 die Rückkehr Deutschlands auf die internationale Bühne, zugleich aber auch die Teilung des Landes und parallel dazu der deutschen Geschichtswissenschaft in zwei sich antagonistisch gegenüberstehende Teile. Besonders deutlich wurde dies bei den vom CISH organisierten internationalen Historikerkongressen, die – wie *Ulrich Pfeil* zeigen kann – zum einen Schauplatz der deutsch-deutschen Systemkonkurrenz waren, zum anderen aber auch »die wichtigste Plattform, auf der sich Historiker aus dem Westen und dem Osten trafen und miteinander diskutierten«[14]. Wie schwierig sich der Dialog gerade zwischen Historikern aus der Bundesrepublik und der DDR gestaltete, unterstreicht *Martin Sabrow*. Er weist auf die Tatsache hin, daß DDR-Historiker zunehmend von der fachlichen Entwicklung in den westlichen Ländern abgeschnitten waren, was den schleichenden Verlust ihrer Dialogfähigkeit mit sich brachte. Dabei verzichtete die DDR willentlich auf die transnationalen Erfahrungen der Exilanten unter ihren Historikern, deren Emigrationserlebnis nie zu einer Grundlage für eine weitere Öffnung nach Westen wurde, wie *Mario Keßler* feststellt.

Die am 5./6. Juli 2007 veranstaltete Tagung und der daraus resultierende vorliegende Sammelband stehen am Ende einer dreiteiligen Reihe, die sich mit den deutsch-französischen Wissenschaftsbeziehungen im 20. Jahrhundert beschäftigte[15] und die Gründungsväter des Deutschen Historischen Instituts genauer unter die Lupe nahm[16], um abschließend die Rückkehr der deutschen Geschichtswissenschaft in die »Ökumene der Historiker« zu beleuchten. Im Vorfeld des 50. Geburtstages des DHIP galt es, wissenschaftliche Bilanz zu ziehen[17] – ohne jedoch in Selbstvergewisserung und Selbstlegitimation zu verfallen –, den besonderen Wirkungszusammenhang von deutschen und französischen Kultur- und Wissenschaftsinstitutionen besser zu verstehen, biographische Zugänge zu den maßgeblichen Akteuren zu finden und schließlich in der Folge vorangegangener Arbeiten[18] Reflexionen über das eigene Fach

[14] Jürgen KOCKA, Transnationale Ansätze in der Geschichtswissenschaft des 20. Jahrhunderts. Internationale Historikerkongresse und -organisationen, in: Ingo KOLBOOM, Andreas RUPPERT (Hg.), Zeit-Geschichten aus Deutschland, Frankreich, Europa und der Welt. Lothar Albertin zu Ehren, Lage 2008, S. 177–187, hier S. 183.

[15] Vgl. Ulrich PFEIL (Hg.), Deutsch-französische Kultur- und Wissenschaftsbeziehungen im 20. Jahrhundert. Ein institutionengeschichtlicher Ansatz, München 2007.

[16] Vgl. Ulrich PFEIL (Hg.), Das Deutsche Historische Institut Paris und seine Gründungsväter. Ein personengeschichtlicher Ansatz, München 2007.

[17] Vgl. PFEIL, Vorgeschichte und Gründung des Deutschen Historischen Instituts Paris (wie Anm. 1); Das Deutsche Historische Institut Paris / L'Institut historique allemand de Paris 1958–2008, hg. von Rainer BABEL und Rolf GROSSE, Ostfildern 2008.

[18] Vgl. vor allem: Winfried SCHULZE, Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945, München 1989; Ernst SCHULIN (Hg.), Deutsche Geschichtswissenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg 1945–1965, München 1989; Sebastian CONRAD, Auf der Suche nach der ver-

und seine Methoden anzustellen. Wir hoffen, damit sowohl einen Beitrag zum deutsch-französischen Wissenstransfer als auch zur kritischen Standortbestimmung der deutschen Geschichtswissenschaft im 20. Jahrhundert geleistet zu haben.

Diese Aktivitäten hat Prof. Dr. Werner Paravicini, Direktor des DHIP von 1994 bis 2007, von Beginn an mit großem Wohlwollen, konstruktivem Rat und souveränem Entgegenkommen begleitet. Die vielen kurzen und längeren Diskussionen im Verlauf des Gesamtprojekts sind dem ›Endprodukt‹ zweifellos zugute gekommen. Für die freundliche Unterstützung in der Endphase möchte ich auch der seit dem 1. November 2007 im Amt befindlichen neuen Direktorin, Prof. Dr. Gudrun Gersmann danken. Glich das ganze Unternehmen bisweilen auch einem organisatorischen Parforceritt, so konnte es schließlich doch zu einem guten Ende geführt werden. Dank und Anerkennung muß dafür der gesamten *équipe* des DHIP gezollt werden, besonders aber Margarete Martaguet, auf deren Erfahrung und Einsatz zu jedem Zeitpunkt gezählt werden konnte. Gleiches gilt für Veronika Vollmer, Redakteurin im DHIP, deren großes Engagement und hohe Kompetenz die Zusammenarbeit zu einer ständigen Freude gemacht haben. *Un grand merci.*

Paris, im Juli 2008 Ulrich Pfeil

lorenen Nation. Geschichtsschreibung in Westdeutschland und Japan 1945–1960, Göttingen 1999; Heinz DUCHHARDT, Gerhard MAY (Hg.), Geschichtswissenschaft um 1950, Mainz 2002; Christoph CONRAD, Sebastian CONRAD (Hg.), Die Nation schreiben. Geschichtswissenschaft im internationalen Vergleich, Göttingen 2002; Tobias KAISER u.a. (Hg.), Historisches Denken und gesellschaftlicher Wandel. Studien zur Geschichtswissenschaft zwischen Kaiserreich und deutscher Zweistaatlichkeit, Berlin 2004; Jan ECKEL, Thomas ETZEMÜLLER (Hg.), Neue Zugänge zur Geschichte der Geschichtswissenschaft, Göttingen 2007.

I. BEHARRUNG UND WANDLUNG IN DER DEUTSCHEN GESCHICHTSWISSENSCHAFT NACH 1945

CHRISTOPH CORNELISSEN

DEUTSCHE GESCHICHTSWISSENSCHAFT NACH 1945

Zwischen nationalen Traditionen und transnationalen Öffnungen

Die Abkehr von einer nationalstaatlich orientierten oder sogar national eingehegten Geschichtsschreibung gehört zu den großen historiographischen Herausforderungen unserer Tage. Gewiß: Keineswegs alle Forderungen nach einer stärkeren Beachtung internationaler oder auch transnationaler Fragestellungen sind der modernen Historiographie völlig unbekannt, denn bis heute Gültiges wurde dazu bereits von den Geschichtsschreibern im Zeitalter der Aufklärung gesagt. Vor allem Autoren auf den britischen Inseln erwarben sich auf diesem Gebiet bleibende Verdienste[1]. Und doch handelt es sich in ihrem Fall, so wie dem ihrer Zeitgenossen aus anderen Ländern, um eine Geschichtsschreibung vor der flächendeckenden Durchsetzung des Nationalstaats als *der* typischen Organisationsform des modernen Staates. Mehr als zwei Jahrhunderte danach, also im Anschluß an eine Epoche, in der sowohl der Nationalismus als auch der Nationalstaat in den Geschichtswissenschaften vieler Länder tiefe Spuren hinterlassen haben, sind zahlreiche Forderungen nach einer Welt- oder Globalgeschichte erneut aktuell geworden[2]. Aber sie stehen jetzt, genauso wie die Appelle zur Internationalisierung der Geschichtswissenschaft, in einem völlig veränderten Licht. Denn heute sehen sich die hoch professionalisierten und weit ausdifferenzierten Geschichtswissenschaften zunächst vor die Aufgabe gestellt, ein kritisches Bewußtsein für die weitreichende nationale Überformung ihres Forschungs- und Lehrbetriebs zu schaffen, um sie danach für transnationale oder globale historiographische Perspektiven öffnen zu können.

[1] Vgl. Jürgen OSTERHAMMEL, Nation und Zivilisation in der britischen Historiographie von Hume bis Macaulay, in: DERS., Geschichtswissenschaft jenseits des Nationalstaats. Studien zu Beziehungsgeschichte und Zivilisationsvergleich, Göttingen 2001, S. 103–150, sowie Georg G. IGGERS, The European Context of Eighteenth-Century German Enlightenment Historiography, in: Hans Erich BÖDEKER (Hg.), Aufklärung und Geschichte. Studien zur deutschen Geschichtswissenschaft im 18. Jahrhundert, Göttingen 1986, S. 225–245, hier S. 234–238.

[2] Vgl. Patrick MANNING, Navigating World History Historians create a global Past, New York 2003; Arif DIRLIK, Vinay BAHL, Peter GRAN (Hg.), History after the three worlds. Post-eurocentric historiographies, Lanham 2000.

Daß eine solche Wende in der historischen Forschung in zahlreichen Ländern heute unabweislich auf der Tagesordnung steht, gilt für viele Teilnehmer der neuesten Debatten schon allein deswegen als ausgemacht, weil aus ihrer Sicht die gewandelten politischen, ökonomischen sowie gesellschaftlichen und kulturellen Rahmenbedingungen genau in eine solche Richtung zeigten[3]. Und in der Tat: Nicht nur in Deutschland, sondern auch in Frankreich und in Großbritannien, um hier nur wenige ausgewählte Beispiele aus Europa anzuführen, ist inzwischen das Bewußtsein für die Bedeutung internationaler, transnationaler oder auch globaler Beziehungsgeflechte geschärft, zumindest aber geweckt worden[4]. Wichtige Anstöße dazu sind in den letzten Jahren von speziellen Förderprogrammen zur Internationalisierung des Geschichtsstudiums und der historischen Forschung ausgegangen[5]. Als noch weit bedeutsamer jedoch hat sich die Internationalisierung der disziplinären Grundlagendebatten erwiesen, wobei zuletzt insbesondere von Seiten der Globalgeschichte beziehungsweise der von Großbritannien ausgegangenen Imperialforschung wichtige Anregungen für eine Erweiterung des historiographischen Kanons ausgegangen sind[6].

So sehr diese Tendenzen auf der einen Seite zu begrüßen sind, so sehr dürfen sie auf der anderen Seite nicht den Blick auf die historiographische Praxis verstellen. Denn unübersehbar nimmt das breitere geschichtsinteressierte Publikum in Deutschland bislang Arbeiten zur Global- oder auch transnationalen Geschichte oft nur am Rande wahr. Und selbst innerhalb des bundesdeutschen Forschungs- und Lehrbetriebs finden transnational oder auch international vergleichend ausgerichtete Studien sowie Seminare aus dem gleichen Themenbereich einen nicht gerade überschwänglichen Zuspruch. Zwar sieht die Lage in anderen Ländern Europas – wohl mit der Ausnahme des Vereinten Königreichs – nicht grundsätzlich anders aus, doch haben sich allem Anschein nach insbesondere die deutschen Historiker über einen langen Zeitraum seit 1945 geradezu in ihre nationale Geschichte ›festgebissen‹. Während der jahrzehntelangen deutsch-deutschen Teilung war dies nicht zuletzt die Folge harter ideologischer Gegensätze zwischen der ost- und westdeutschen Geschichtswissenschaft; letztlich sorgten sie hier wie auch in anderen Bereichen

[3] Vgl. dazu zahlreiche Beiträge in den seit den 1990er Jahren neu begründeten Zeitschriften: »Journal of World History«, seit 1990, »Journal of Global History«, seit 2006, sowie das deutschsprachige Pendant »Zeitschrift für Weltgeschichte«, seit 2000.

[4] Vgl. dazu jetzt: Sebastian CONRAD, Andreas ECKERT, Ulrike FREITAG (Hg.), Globalgeschichte. Theorien, Ansätze, Themen, Frankfurt a.M. 2007.

[5] Lutz RAPHAEL, Geschichtswissenschaft im Zeitalter der Extreme. Theorien, Methoden, Tendenzen von 1900 bis zur Gegenwart, München 2003, S. 266–269.

[6] Jürgen OSTERHAMMEL, Imperialgeschichte, in: Christoph CORNELISSEN, Geschichtswissenschaften. Eine Einführung, Frankfurt a.M. ^{3}2004, S. 221–231; DERS., Niels P. PETERSSON, Geschichte der Globalisierung, München ^{4}2007.

für eine asymmetrische Verflechtungsgeschichte[7]. Dem folgte, nach der Vereinigung beider deutscher Staaten, ein vorläufig letzter Schub in der nationalen historiographischen Selbstbeobachtung, bevor endgültig seit Mitte der 1990er Jahre das Bedürfnis an einer Internationalisierung der deutschen Geschichtswissenschaft auch hier zum Durchbruch kommen konnte.

Angesichts des andauernden Gewichts nationaler Traditionen in der deutschen Historiographie wirkt es um so irritierender, daß in den neueren Debatten bislang meist übersehen worden ist, wie klar und deutlich bereits früh nach dem Zweiten Weltkrieg ähnlich lautende Forderungen nach einer Internationalisierung an die Öffentlichkeit getragen worden sind. »Fort aus der deutschen und hinein in die europäische Geschichte«, lautete etwa im Jahr 1948 ein Appell des Kölner Historikers Peter Rassow, mit dem er allem Anschein nach auf das Wohlwollen führender Fachvertreter traf[8]. Kaum drei Jahre danach gab Rassow dem gleichen Anliegen erneut eine Stimme. Die deutsche Geschichtswissenschaft solle in Zukunft mehr Universalgeschichte im Sinne Rankes treiben. Denn bereits die Anwesenheit der Besatzungstruppen verdeutliche den welthistorischen Horizont »unserer nationalgeschichtlichen Schicksalsstunde«. Folglich müsse man jetzt eifrig russische, amerikanische, englische und französische Geschichte studieren[9]. Im Grunde ließe sich von hier aus eine kontinuierliche Linie bis in unsere Gegenwart ziehen, was jedoch im Rahmen dieser Skizze nur an wenigen Beispielen verdeutlicht werden kann. Wichtiger erscheint die Frage nach den Gründen für das andauernde Mißverhältnis zwischen dem seit 1945 wiederholt apostrophierten Ausbruch aus nationalen beziehungsweise nationalstaatlichen Überformungen der historischen Forschung auf der einen Seite sowie den tatsächlich regelmäßig uneingelösten oder nur teilweise realisierten Visionen auf der anderen Seite.

Um diesbezüglich einige Ursachen näher zu umreißen, werden im folgenden weitere, ausgewählte Stimmen deutscher Historiker präsentiert, denen die Entnationalisierung der Geschichtswissenschaft nach 1945 ein ernstes Anliegen war, um eine knappe Skizze institutioneller Rahmenbedingungen sowie markanter Generationsbezüge daran anzuschließen. Naturgemäß richtet sich ein solcher Überblick auf die führenden Exponenten des Faches, was letztlich ein problematisches Verfahren darstellt, denn nicht nur in Deutschland, son-

[7] Vgl. Arnd BAUERKÄMPER, Martin SABROW, Bernd STÖVER (Hg.), Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-deutsche Beziehungen 1945–1990, Bonn 1998; Christoph KLESSMANN, Hans MISSELWITZ, Günter WICHERT (Hg.), Deutsche Vergangenheiten – eine gemeinsame Herausforderung. Der schwierige Umgang mit der doppelten Nachkriegsgeschichte, Berlin 1999.

[8] Hier zit. nach Winfried SCHULZE, Die Bundesrepublik, die deutsche Nation und Europa, in: Heinz DUCHHARDT (Hg.), Nationale Geschichtskulturen. Bilanz, Ausstrahlung, Europabezogenheit, Mainz 2006, S. S. 279–300, hier S. 279.

[9] Peter RASSOW, Nationalgeschichte und Universalgeschichte, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 2 (1951), S. 513–521, hier S. 520.

dern auch im Ausland blieb nach dem Zweiten Weltkrieg der Typus des »historischen Facharbeiters« vorherrschend, also jener Gelehrten und Archivare, die Benedetto Croce einmal als »wohltätige Tierchen« im Geistesacker bezeichnet hat[10]. Da die Rückkehr der westdeutschen Fachvertreter in die »Ökumene der Historiker« zumindest in den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten wesentlich über die Verhandlungen des internationalen Historikerverbandes gefördert wurde, sollen diese ebenfalls zumindest gestreift werden. Der abschließende Bezug auf nationale Schwerpunkte der historischen Forschung sowie die hiermit jeweils einhergehenden methodischen und theoretischen Debatten dient dazu, einige Problemzonen der laufenden Internationalisierung historiographischer Debatten zu markieren.

Die Entnationalisierung der deutschen Geschichtswissenschaft Programmatische Forderungen seit 1945

Was in der Rückschau auf die ersten beiden Jahrzehnte seit 1945 zunächst ins Auge sticht, ist, wie dezidiert und wie rasch bekannte Fachvertreter schon bald nach Kriegsende öffentlich bekannten, sich von nun an aktiv an der Entnationalisierung der deutschen Historie beteiligen zu wollen. Ganz offensichtlich hatten hierzu die oft für sie persönlich einschneidenden politischen und gesellschaftlichen Desintegrationserfahrungen im Nationalsozialismus einen deutlichen Anstoß gegeben. Daher standen die bereits angeführten Äußerungen Peter Rassows keineswegs vereinzelt. Unter vielen anderen stellte auch Gerhard Ritter in seinem Eröffnungsvortrag auf dem ersten Nachkriegshistorikertag in München im September 1949 ähnlich lautende Überlegungen an[11]. In seiner Grundsatzrede beklagte er unter anderem die »überschwengliche Staatsfreudigkeit« der deutschen Historiker sowie ihre Abkehr von den »Menschheitsidealen des 18. Jahrhunderts«. Dezidiert forderte er seine Kollegen in München außerdem dazu auf, »endlich herauszukommen aus dem deutschen Ghetto«, sich herauszubegeben aus der Enge einer rein nationalen Geschichtsbetrachtung.

Stimmen dieser Art mehrten sich im Laufe der 1950er Jahre in Westdeutschland, und auch den Historikern in der noch jungen DDR wird man ähnliche Absichten nicht abstreiten dürfen, wenn auch gekoppelt an eine ganz

[10] Benedetto CROCE, Theorie und Geschichte der Historiographie, Tübingen 1930, S. 21.

[11] Gerhard RITTER, Gegenwärtige Lage und Zukunftsaufgaben deutscher Geschichtswissenschaft. (Eröffnungsvortrag des 20. Historikertages in München am 12. September 1949), in: Historische Zeitschrift 170 (1950), S. 1–22. Vgl. dazu Christoph CORNELISSEN, Gerhard Ritter. Geschichtswissenschaft und Politik im 20. Jahrhundert, Düsseldorf 2001, S. 441–443.

andere politische Richtung[12]. Im Grunde verbreitete sich seit den 1950er Jahren in den Reihen der westdeutschen Fachwissenschaft die – nicht zuletzt von Hans Rothfels vertretene – Ansicht, wonach der Überwindung einzelstaatlicher Souveränität und nationaler Selbstbestimmung zwangsläufig eine Entnationalisierung der Geschichtsschreibung auf dem Fuße folgen werde[13]. Hermann Heimpel übernahm es dann am Ende des gleichen Jahrzehnts, diese und viele weitere gleich lautende Appelle in einer plakativen Aussage zu bündeln: »Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß die Zeit einer ausschließlich nationalstaatlichen Geschichtsbetrachtung vorbei ist«. Von nun an müsse die Geschichtswissenschaft den Sprung in das planetarische Zeitalter wagen: »Sie wird den Nationalstaat als geschichtliche Wirklichkeit, aber nicht mehr als ihren letzten Sinn der Geschichte begreifen«[14].

Wenn man diese und die vielen weiteren Prognosen der Zeitgenossen durchmustert, ergibt sich der Eindruck, daß Heimpel und seine Mitstreiter sich tatsächlich gar nicht so weit entfernt von den schillernden Perspektivsetzungen der transnationalen Geschichte unserer Tage befanden, jedenfalls dann, wenn man ihre pragmatischen Fassungen meint. Und doch ist gleichzeitig evident, daß in der deutschen Geschichtswissenschaft weder die Angehörigen aus der Generation der Frontsoldaten des Ersten Weltkriegs, zu denen beispielsweise Ritter und Rothfels zählten, noch ihre Nachfolger, die ihre wissenschaftliche und politische Sozialisation hauptsächlich im Laufe der 1920er und 1930er Jahre durchlaufen hatten, den Sprung in eine »Geschichtswissenschaft jenseits des Nationalstaats« vollbrachten, jedenfalls nicht in der von ihnen selbst vorgegebenen programmatischen Weite.

Bei einer Ausweitung des Überblicks auf spätere Phasen zeigt sich: Auch die seit den 1970er Jahren stark beachtete Sozialgeschichte konnte nicht die von ihr beanspruchte Internationalisierung der deutschen historischen Forschung realisieren, obwohl das von ihr zunehmend bevorzugte methodische Instrument des Vergleichs mit seinen grenz- und kulturübergreifenden Dimensionen geradezu in eine solche Richtung verwies. Tatsächlich jedoch blieb die Praxis der Sozialgeschichtsschreibung in Westdeutschland zu einem ganz überwiegenden Teil nationalzentriert, sowohl im Hinblick auf ihre Themenwahl als auch ihre theoretische Fundierung[15]. Und vielleicht geht es ebenfalls nicht zu

[12] Vgl. dazu die Beiträge von Mario KESSLER und Martin SABROW in diesem Band.

[13] Hans ROTHFELS, Zur Krise des Nationalstaats, in: DERS., Zeitgeschichtliche Betrachtungen, Göttingen ²1959, S. 124–145, hier S. 124f.

[14] Hermann HEIMPEL, Gegenwartsaufgaben der Geschichtswissenschaft, in: DERS., Hermann Heimpel, Kapitulation vor der Geschichte?, Göttingen ³1960, S. 45–67, hier S. 64.

[15] Der internationale Vergleich, der in Deutschland vor allem von Gerhard A. Ritter und Hartmut Kaelble gefördert worden ist, bildete hierbei eine wichtige Ausnahme. Vgl. zu den Wegen der Sozialgeschichte in West-Deutschland: Gerhard A. RITTER, Die neuere Sozialgeschichte in der Bundesrepublik Deutschland, in: Jürgen KOCKA (Hg.), Sozialgeschichte im internationalen Überblick, Darmstadt 1989, S. 19–88.

weit zu behaupten, daß selbst die Protagonisten der neuen Kulturgeschichte im weiteren zeitlichen Anschluß nur selten den nationalen Horizont zu transzendieren vermochten. Eher schon unterschreiten sie ihn bis heute regelmäßig durch die Konzentration auf Regionen, Lokalitäten oder mikrohistorische Einheiten.

Dieser Sachverhalt ist erklärungsbedürftig, ohne jedoch, das sei gleich hinzugefügt, eine reine Defizitgeschichte zeichnen zu wollen. Denn mittlerweile liegt durchaus eine beträchtliche Anzahl international beziehungsweise sukzessive auch transnational angelegter Publikationen vor, wobei regelmäßig die mediävistische oder die frühneuzeitliche historische Forschung vorangeht. Dabei kommt ihr allerdings entgegen, daß sie sich nicht in gleichem Maße wie die Historiker der Späten Neuzeit mit voll entfalteten Nationalstaaten und einem modernen Nationalismus auseinandersetzen muß. Gleichzeitig deuten die weiterhin in der Bundesrepublik kontrovers diskutierten historiographischen Projekte – sei es der Aufbruch zur Europäisierung der Geschichte, die Forderung nach transnationalen Fragestellungen oder auch die neuerdings stärker beachtete Welt- beziehungsweise Globalgeschichte – darauf hin, daß der seit den 1950er Jahren diskutierte Auszug aus dem ›nationalen Ghetto‹ eine bislang unerfüllte Herausforderung darstellt. Um einige der Gründe hierfür zu identifizieren, lohnt der nähere Blick auf die Strukturen der Profession.

Institutionelle Rahmenbedingungen und generationelle Prägungen

Wenn wir im weiteren zunächst nach den institutionellen Rahmenbedingungen der deutschen Geschichtswissenschaft fragen, so bleibt bis in die 1960er Jahre die Überschaubarkeit der historiographischen Fachgemeinschaft bemerkenswert. Zahlenmäßig war es im Gegensatz zu unseren Tagen eine sehr kleine Welt: 1960 meldete die amtliche Statistik erst 209 Historiker an den Hochschulen der Bundesrepublik, 101 darunter waren Professoren. Erst im Zuge des danach einsetzenden Hochschulausbaus veränderten sich die Personalkonstellationen beträchtlich, so daß 1975 immerhin 405 Professoren gezählt werden konnten. Mitte der 1990er Jahre waren in der Bundesrepublik rund 2000 Historikerinnen und Historiker hauptberuflich an deutschen Universitäten tätig[16]. Die hierin zum Vorschein tretende Expansion blieb nicht auf Deutschland beschränkt, sondern es handelte sich um eine europaweite, teil-

[16] Vgl. zu den Zahlen Peter WEINGART u.a., Die sog. Geisteswissenschaften: Außenansichten, Frankfurt a.M. 1991, S. 193–196, sowie Lutz RAPHAEL, Der Beruf des Historikers seit 1945, in: CORNELISSEN (Hg.), Geschichtswissenschaften (wie Anm. 6), S. 39–52, hier S. 40f.

weise sogar noch darüber hinausreichende Ausweitung des historiographischen Marktes[17].

Angesichts dieser Tendenz erscheinen die fortgesetzte Diversifizierung der Fragestellungen, die Internationalisierung der historiographischen Debatten und das heute stark angestiegene Interesse an internationalen Vergleichen und Transfergeschichten geradezu als eine logische Konsequenz. Und doch dominiert bis heute, wie ein Blick in die einschlägigen Fachbibliographien rasch zu zeigen weiß, zumindest quantitativ die nationale Geschichtsschreibung in den meisten Ländern – und das mit weitem Abstand. So verzeichneten in den vergangenen Jahren die »Jahresberichte für deutsche Geschichte«, die zu einem großen Teil historische Arbeiten aus Deutschland nachweisen, jeweils rund 20–25 000 Publikationen. Das überwältigende Interesse der deutschen Historiker und Historikerinnen an der Geschichte der eigenen Nation ist mithin ein charakteristisches Moment historiographischer Publikationen geblieben, wobei wir Ähnliches in Italien sowie in Frankreich und England beobachten können, wenn auch mit einigen Abstrichen[18].

Um die Entwicklung in Deutschland besser verstehen zu können, ist ein Blick auf die Generationskohorten weiterführend. Mit Nachdruck kann er die personelle Kontinuität über die Schwelle des Jahres 1945 hinaus verdeutlichen[19]. Konkret bedeutet dies, daß in Westdeutschland zunächst diejenigen Geburtsjahrgänge die historiographischen Debatten beherrschten, die ihre wissenschaftliche und politische Sozialisation noch vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs durchlaufen hatten. Das war zum einen das Ergebnis der Entscheidungen universitärer Bereinigungskommissionen während der Besatzungsjahre sowie zum anderen der Reintegration vieler zeitweise suspendierter Hochschullehrer. Darüber hinaus führte die Einbindung von Historikern aus den ehemaligen Ostgebieten im Laufe der 1950er Jahre zu einem politisch und wohl auch im Hinblick auf ihr methodisches Selbstverständnis insgesamt konservativeren Erscheinungsbild der ›Zunft‹, als dies vor 1933 der Fall gewesen war. Die Vertreter der jüdischen und liberalen Strömungen in der deutschen Historiographie, die im Nationalsozialismus ins Exil getrieben worden waren, zogen es jedenfalls nach 1945 aus den unterschiedlichsten Gründen vor, im Ausland zu verbleiben, statt in die Bundesrepublik zurückzukehren; vielfach hatte man sie aber auch erst gar nicht gebeten, zurückzukehren[20].

[17] RAPHAEL, Geschichtswissenschaft (wie Anm. 5), S. 216–218.

[18] Das ergibt sich aus Berichten einer Tagung über nationale geschichtswissenschaftliche Bibliographien aus neun Ländern Europas, die im September 2006 an der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften abgehalten wurde.

[19] Vgl. Winfried SCHULZE, Deutsche Geschichtswissenschaft seit 1945, München 1989.

[20] Christoph CORNELISSEN, Der wiederentstandene Historismus. Nationalgeschichte in der Bundesrepublik der fünfziger Jahre, in: Konrad H. JARAUSCH, Martin SABROW (Hg.), Die historische Meistererzählung. Deutungslinien der deutschen Nationalgeschichte nach 1945, Göttingen 2002, S. 78–108, hier S. 83–87.

Zu den Angehörigen der anfänglich tonangebenden »wilhelminischen Generation«, also den in den 1880er bis zur Mitte der 1890er Jahre geborenen Historikern, zählen so bekannte Fachvertreter wie Peter Rassow, Hans Rothfels, Hermann Aubin oder eben auch Gerhard Ritter. Von erheblicher Bedeutung in historiographiegeschichtlicher Hinsicht war in fast all diesen Fällen ihre Teilnahme als Frontsoldaten im Ersten Weltkrieg, weil hiervon eine prägende Wirkung auf ihre Geschichtsschreibung ausging. Selbst noch ihre Schriften aus der Zeit nach 1945 bezeugen diesen Sachverhalt, und auch ihr persönliches Verhältnis zu den Fachvertretern aus den ehemaligen Feindstaaten blieb noch nach dem Zweiten Weltkrieg von den Erfahrungen der vorher gewaltsam ausgetragenen Konflikte mit all ihren Folgewirkungen langfristig getrübt. Im Grunde wußten sie sich mit diesem Anspruch mit den Angehörigen der folgenden Generationenkohorte unter den westdeutschen Historikern einig, zu denen wir beispielsweise Theodor Schieder, Reinhard Wittram, Otto Brunner, Franz Petri, Fritz Fischer oder auch Werner Conze zählen können. Sie alle einte nach 1945, jedenfalls soweit sie protestantischer Herkunft waren, das gemeinsame Festhalten am deutschen Nationalstaat in der Bismarckschen Fassung. Wenn man ihre historiographische Produktion und die darin zum Vorschein tretenden Forschungsinteressen prüft, so ergibt sich eine fast ausschließliche Konzentration auf die geschichtlichen Wechselfälle der eigenen Nation. Davon zeugen nicht nur die Ausführungen in den historiographischen Revisionsschriften nach dem Zweiten Weltkrieg, sondern es tritt noch deutlicher in den neu verfaßten Meistererzählungen zur deutschen Geschichte hervor. Hans Rothfels' Geschichte des deutschen Widerstands von 1948, aber auch die Darstellung des ›Außenseiters‹ Golo Mann zur Deutschen Geschichte aus dem Jahr 1958 oder Werner Conzes Geschichte der deutschen Nation von 1961 dürfen zu den bekanntesten Titeln dieser Gattung gezählt werden. Insgesamt bleibt bemerkenswert, wie sehr sich über den von vielen deutschen Historikern so bezeichneten »Niederbruch« des Jahres 1945 gerade auch in der Nationalgeschichtsschreibung rasch eine Kontinuität der Deutungsmuster sowie ausgewählter methodischer und theoretischer Bezugspunkte einstellte.

Erst den Vertretern der nachfolgenden Generation, also den in den 1920er und 1930er Jahren Geborenen, oft auch als Angehörige der »skeptischen Generation« apostrophiert, sollte es danach gelingen, die deutsche Historiographie aus den Traditionen der nationalpolitisch fixierten Historie im Stil der vorangegangenen Geschichtsschreibung zu befreien. Zu ihren bleibenden Verdiensten zählt vor allem, die Neuere und Neueste Geschichte in eine nationalkritische »Oppositionshistorie« transformiert zu haben. Unter dem Einfluß vor allem angelsächsischer Anstöße entrümpelten sie förmlich die deutsche Geschichtsschreibung vom Überhang eines vormals dominanten christlich-konservativen Denkens und setzten sie so dem Anspruch aus, sich fortlaufend

methodisch zu modernisieren. Hierzu hat Wolfgang J. Mommsen Grundlegendes in seiner Düsseldorfer Antrittsvorlesung bereits vor mehr als drei Jahrzehnten gesagt, verbunden mit der Aufforderung, eine ständige Auseinandersetzung mit herrschenden Ideologien und Geschichtsbildern zu suchen, weil nur so das Ideal einer »offenen Gesellschaft« Wirklichkeit werden könne[21]. Die allmähliche Berücksichtigung dieser Maßgabe hatte zur Folge, wenn auch nur schleichend, daß sich die deutsche Geschichtswissenschaft von ihren affirmativen, auf den eigenen Nationalstaat fixierten Blickwinkeln lösen und langsam zu einer begriffs- und methodenbewußteren Historie wandeln konnte, in der Redewendungen wie »wir Deutsche« nach und nach ausfilterten[22]. Damit waren erste kleine, wenn auch wichtige Schritte zur Entnationalisierung vollbracht worden.

Weitere Avancen in die gleiche Richtung sind danach von all denen unternommen worden, die sich der Mühe unterzogen, die außerdeutsche Geschichte zu erforschen beziehungsweise in international vergleichend angelegten Studien eine perspektivische Erweiterung anzustreben. Das gehört zu den bedeutenden historiographischen Verdiensten der Angehörigen gerade dieser »langen« Generation, aber auch der ihrer Nachfolger, die meist in den 1940er Jahren geboren worden sind[23]. Und doch wurde darüber, auch das zählt zur Gesamtbilanz, weder der vielfach apostrophierte, flächendeckende Ausbruch aus der nationalen historiographischen Selbstbespiegelung erreicht noch eine konsequente Internationalisierung überhaupt angestrebt. Statt dessen konzentrierte sich ein großer Teil der deutschen Historiker auf Fragen nach den Ursachen und Folgen des deutschen Sonderwegs. Warum das so war, hat Karl Dietrich Bracher, geboren 1922, stellvertretend für viele weitere angedeutet. Ihnen sei die Zeitgeschichte »besonders drastisch beigebracht« worden, und fast zwangsläufig sei davon ihr historisches Denken langfristig bestimmt worden[24]. Daß in diesem Zusammenhang – mit zunehmendem Abstand zum Kriegsende in immer intensiverer Form – das Kapitel der deutschen ›Vergangenheitsbewältigung‹ entscheidend zu Buche schlug, liegt ebenfalls geradezu offen auf der Hand.

Nun kann und muß man diesbezüglich von Autor zu Autor unterscheiden, sicher auch die Untersuchungsgegenstände und Epochen differenzieren, um

[21] Wolfgang J. MOMMSEN, Geschichtswissenschaft jenseits des Historismus, Düsseldorf 1971, S. 34.

[22] Thomas NIPPERDEY, 1933 und die Kontinuität der deutschen Geschichte, in: DERS., Nachdenken über die deutsche Geschichte, München 1986, S. 186–205, hier S. 186.

[23] Zum Begriff der »langen Generation« vgl. Paul NOLTE, Die Historiker der Bundesrepublik. Rückblick auf eine »lange Generation«, in: Merkur 53 (1999), S. 413–432.

[24] Karl Dietrich Bracher im Gespräch mit Werner Link. Zwischen Geschichts- und Politikwissenschaft, in: Hartmut LEHMANN, Otto Gerhard OEXLE (Hg.), Erinnerungsstücke. Wege in die Vergangenheit. Rudolf Vierhaus zum 75. Geburtstag gewidmet, Wien 1997, S. 21–47, hier S. 24.

ein genaueres Bild der Abkehr von nationalen Bestimmungsfaktoren in der deutschen Historiographie der 1970er und 1980er Jahren angemessen zeichnen zu können. Keineswegs blieb hier alles so national eingefärbt, wie es die rückwärtige Kritik aus der Sicht überzeugter Vertreter des Konzepts einer transnationalen Geschichte darstellt. Und doch bleibt aus einer weiten Perspektive auffällig, zumindest bis zur Korrektur durch weiterführende historiographiegeschichtliche Studien, wie sehr in der Bundesrepublik bis in die 1980er Jahre nicht nur den Zeithistorikern, sondern auch vielen anderen Fachvertretern die Beschäftigung mit der außerdeutschen Geschichte oder gar die Hinwendung zu transnationalen Fragestellungen systematisch versperrt geblieben ist.

Der internationale Historikerverband und die Rückkehr der deutschen Geschichtswissenschaft in die »Ökumene der Historiker«

Nur vordergründig stehen dieser kritischen Bilanz für die Jahrzehnte seit 1945 die Ergebnisse der geschichtswissenschaftlichen Diplomatie auf der Ebene der internationalen Kongresse oder auch den Schulbuchverhandlungen zwischen deutschen und französischen oder vor allem denen zwischen deutschen und polnischen Historikern entgegen[25]. Denn so sehr sie im einzelnen einen Ausgleich zwischen divergierenden nationalen Deutungslinien erreichen konnten, so erscheinen sie doch eine große Wegstrecke entfernt von einer durchgreifenden Internationalisierung der Geschichtswissenschaft. Im Gegenteil: Der Geist, in dem solche Verhandlungen noch bis weit in die 1960er Jahre geführt wurden, war ein dezidiert nationaler: Peter Rassow hatte dazu bereits 1955 deutlich vernehmbar formuliert: »Wir sind nicht Dichter, aber wir sind Sprecher in unserm Volk, für unser Volk«[26].

[25] Für die Verhandlungen auf den Internationalen Historikertagen ist weiter maßgeblich: Karl Dietrich ERDMANN, Die Ökumene der Historiker. Geschichte der Internationalen Historikerkongresse und des Comité International des Sciences Historiques, Göttingen 1987. Siehe jetzt auch die den Untersuchungszeitraum erweiternde, zugleich aber gekürzte englischsprachige Fassung Karl Dietrich ERDMANN, Toward a global community of historians. The International Historical Congresses and the International Committee of Historical Sciences, 1898–2000, hg. von Jürgen KOCKA und Wolfgang J. MOMMSEN, in Zusammenarb. mit Agnes BLÄNSDORF, New York 2005. Vgl. zu den Schulbuchgesprächen Ursula A. J. BECHER, Rainer RIEMENSCHNEIDER (Hg.), Internationale Verständigung. 25 Jahre Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung in Braunschweig, Hannover 2000.

[26] Peter RASSOW, Nationalgeschichte und Universalgeschichte (1955), in: DERS., Die geschichtliche Einheit des Abendlandes. Reden und Aufsätze, Köln 1960, S. 72–82, hier S. 82.

Noch mehr aber gilt: Die im Vergleich zur Zwischenkriegszeit früh vollzogene Wiedereingliederung deutscher Historiker in die Arbeit des internationalen Fachverbandes sollte aus der Sicht vieler deutscher Zeitgenossen keineswegs ausschließlich fachpolitische Interessen bedienen, sondern zugleich ein Signal mit gesamtpolitischem Anspruch abgeben[27]. In diesem Sinne begriffen Gerhard Ritter, der erste Vorsitzende des Verbandes der Historiker Deutschlands (VHD) nach dem Zweiten Weltkrieg, und seine deutschen Verhandlungspartner die Reetablierung politischer und kultureller Kontakte als einen sich wechselseitig nährenden Prozeß, wobei insbesondere im Blick auf die deutsch-französischen Beziehungen eine solche Perspektive keineswegs völlig fehl ging[28].

Welche Umstände im einzelnen den Weg der deutschen Historiker nach 1945 in die institutionelle »Ökumene« begünstigt haben, ist an anderer Stelle bereits eingehend behandelt worden. Festzuhalten bleibt hier nur, daß die Versammlungen des Comité international des sciences historiques (CISH) in Paris im Jahr 1950 genau die Probleme an den Tag brachten, die im Vorfeld bereits von verschiedener Seite befürchtet worden waren. Denn die deutsche Delegation, zuletzt auf acht Mitglieder zusammengeschmolzen, wurde weder zu einem Empfang geladen noch zu einem Vortrag aufgefordert. Die Atmosphäre wurde zusätzlich dadurch belastet, daß Robert Fawtier, der Vorsitzende des CISH, zwei Briefe von deutschen Historikern erhalten hatte, in denen die in Paris erschienenen Deutschen als »Ritterclique« bezeichnet wurden, die zudem »konfessionell«, das heißt »nicht-katholisch«, sei. Hier zeigte sich nicht zum letzten Mal, daß gerade Ritters Persönlichkeit auf der Ebene des internationalen Verbandes immer wieder zu Kontroversen Anlaß gab.

Aus dessen eigener Sicht stellte sich Paris daher als ein »recht unerfreulicher, entsetzlich anstrengender Kongreß« dar. Immerhin habe er aber erreichen können, daß der Vorwurf, der VHD sei eine bloße »Ritterclique«, ausgeräumt werden konnte. Ritters anfängliche Zurückhaltung war jedoch mehr taktischer Natur als das Produkt einer festen Überzeugung. Nicht überraschen kann es daher, wie sehr der Ton sich bereits drei Jahre später gewandelt hatte. Nachdem man in Paris noch »bescheiden in der Ecke stand«, werde man in Rom wieder »eine hervorragende Rolle« spielen, verkündete der Freiburger Historiker bereits 1953. Nachdem er im Oktober den schwedischen Historiker Nils Ahnlund gebeten hatte, dafür Sorge zu tragen, daß jetzt »keine weiteren Verschleppungsmanöver« bei der Wiederaufnahme versucht werden sollten,

[27] Für das Folgende siehe CORNELISSEN, Gerhard Ritter (wie Anm. 11), S. 443–457.

[28] Vgl. dazu Corine DEFRANCE, Ulrich PFEIL, Der Élysée-Vertrag und die deutsch-französischen Beziehungen: Eine Einleitung, in: DIES. (Hg.), Der Élysée-Vertrag und die deutsch-französischen Beziehungen 1945–1963–2003, München 2005, S. 9–46; Ulrich PFEIL (Hg.), Vorgeschichte und Gründung des Deutschen Historischen Instituts Paris. Darstellung und Dokumentation, Stuttgart 2007.

wurde dem deutschen Verband endgültig am 16. März 1951 die Wiederzulassung auf internationaler Ebene bestätigt. Ritter hat diesen Vorgang als Einlösung des »Idealziels« bezeichnet, das ihm seit 1945 vorgeschwebt habe: »Das internationale Vertrauen zur deutschen Geschichtswissenschaft und der internationale Respekt vor ihr ist wieder hergestellt«.

So sehr diese Einschätzung, bezogen auf die frühen 1950er Jahre und beschränkt auf den Westen des Kontinents, berechtigt war, so sehr zeigen die nachfolgenden Verhandlungen auf den Internationalen Historikertagen jedoch ebenso, wie sehr die »querelles allemandes« sich zu einer Dauerbelastung der internationalen Verhandlungen auswachsen sollten. Ritter, der 1955 in Rom zum Mitglied des Ausschusses gewählt worden war und ab 1962 sogar als einer der beiden Vizepräsidenten des internationalen Verbandes fungierte, hatte daran durch seine kompromißlose Haltung einen gewichtigen Anteil. Denn in den beiden großen Fragen, die das CISH seit der Pariser Tagung 1950 beschäftigten, darunter zum einen die innerhalb des westlichen Lagers geführte Diskussion über den Stellenwert der sogenannten »Ereignisgeschichte« und zum anderen die Auseinandersetzungen zwischen marxistischen und nichtmarxistischen Forschern, sprach Ritter eine mehr als deutliche, auf Konfrontation setzende Sprache. Schon 1955 ließ er den Mailänder Historiker Franco Valsecchi 1955 wissen, er sei nicht ohne Sorge für die Zukunft des CISH, denn »es ist mir durchaus fraglich, ob eigentlich ein echtes Diskutieren überhaupt noch möglich ist, wenn selbst in der Fragestellung keine echte Gemeinsamkeit mehr besteht. Über die Grundfragen der Geschichtsauffassung mit fanatischen Marxisten zu streiten, dürfte ein ziemlich hoffnungsloses Unternehmen sein«.

Die Erfahrung der Gegensätze zwischen marxistischen und »bürgerlichen« Historikern auf dem Internationalen Historikertag in Rom bildete den Ausgangspunkt für seine entschieden antikommunistische Politik in den Jahren seiner Zugehörigkeit im Vorstand des CISH. Der Verlauf des römischen Kongresses festigte endgültig seine Überzeugung, daß »die Geschichtswissenschaft des sog. Westens von wirklicher Klarheit in Grundsatzfragen recht weit entfernt ist«. Ritter definierte es daher als eine dringliche Aufgabe, zu »neuer methodologischer und geschichtsphilosophischer Selbstbesinnung« zu gelangen, wobei der deutschen Geschichtswissenschaft eine wichtige Rolle zufalle. Als sich dann jedoch die Gründung eines eigenständigen ostdeutschen Historikerverbandes abzeichnete, versuchte er die auf oberster politischer Ebene verfolgte Linie auch auf die Verbandspolitik des CISH zu übertragen. So konnte er auf einer Sitzung des Ausschusses in Madrid im Juni 1956 die Erklärung erreichen, daß der westdeutsche Verband vom CISH als die einzige legitime Vertretung der deutschen Historikerschaft betrachtet werde und dies auch solange der Fall bleibe, wie der VHD die Mitgliedschaft für ostdeutsche Historiker offenhalte. Nachdem allerdings das »Nationalkomitee der Histori-

ker der DDR« am 7. Dezember 1959 einen formellen Aufnahmeantrag gestellt hatte, war klar, daß diese Linie nicht gehalten werden konnte, obwohl der westdeutsche Verband der Historiker Deutschlands die einzige deutsche Vertretung im internationalen Verband bis zum Kongreß in Wien 1965 blieb. Letztlich sorgten verbandspolitische Streitfragen dieser Art, immer wieder bestimmt von der obwaltenden Konfrontation der politischen Blöcke, dafür, daß die Internationalisierung der historischen Forschung über die Verhandlungen auf den internationalen Historikerkongressen in den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten kaum maßgebliche Impulse empfangen hat.

Ob mit dem Übergang zur Entspannungspolitik in der Ära der sozialliberalen Koalition auch auf der Ebene des CISH ein Kurswandel einsetzte, muß hier offenbleiben[29]. Zumindest vordergründig betrachtet sind jedoch von hier aus auf die Debatten der westdeutschen Historiker kaum noch nennenswerte Impulse ausgegangen. Im Grunde waren die meisten viel zu sehr mit sich selbst, das heißt mit Themen der deutschen Geschichte beschäftigt, um die Anregungen des internationalen Fachgesprächs produktiv auf die eigenen Forschungsarbeiten anzuwenden.

Thematische, methodische und theoretische Orientierungen

Der anhaltend nationalen Orientierung der westdeutschen und spiegelbildlich dazu der ostdeutschen Geschichtswissenschaft bis in die 1980er Jahre kann man ungeachtet ihrer unzweifelhaft negativen Auswirkungen jedoch durchaus auch Positives abgewinnen. Hierzu gehört an vorderster Stelle die außerordentlich vielschichtige Beschäftigung mit der Geschichte des Nationalsozialismus. Zwar stehen einer solchen Behauptung die vielen Klagen über die vermeintlich ausgebliebene historiographische Auseinandersetzung mit dem »Dritten Reich« entgegen, was jedoch in dieser plakativen Form letztlich unhaltbar ist. Sicher: Vieles von dem, was deutsche Historiker seit 1945 über die NS-Geschichte schrieben und sagten, erscheint aus dem historiographiegeschichtlichen Rückblick überholt, teilweise sogar reaktionär, und manches gehört mehr in das Kapitel beredtes Schweigen oder sogar Verdrängen als zur ernsthaften wissenschaftlichen Literatur[30]. Und doch gehört die Etablierung der wissenschaftlichen Zeitgeschichte am gleichnamigen Institut in München

[29] Siehe jetzt Jürgen KOCKA, Transnationale Ansätze in der Geschichtswissenschaft des 20. Jahrhunderts. Internationale Historikerkongresse und -organisationen, in: Ingo KOLBOOM, Andreas RUPPERT (Hg.), Zeit-Geschichten aus Deutschland, Frankreich, Europa und der Welt. Lothar Albertin zu Ehren, Lage 2008, S. 177–187.

[30] Vgl. zuletzt Norbert FREI (Hg.), Martin Broszat, der »Staat Hitlers« und die Historisierung des Nationalsozialismus, Göttingen 2007.

sowie die allmählich einsetzende Aufarbeitung der Geschichte und Vorgeschichte des Nationalsozialismus an den historischen Seminaren insgesamt zur »Habenseite der bundesrepublikanischen Geschichtswissenschaft«[31].

Wenn man darüber hinaus die großen historiographischen Kontroversen in Westdeutschland seit den 1950er Jahren näher in Augenschein nimmt, kann man die außerordentlich starke Fokussierung eines großen und letztlich deutlich gewachsenen Teils der historischen Produktion auf die Frage nach den Ursachen und Folgen der NS-Herrschaft in Deutschland überhaupt nicht übersehen. Das betrifft zunächst eine Reihe von sogenannten Stellvertreterdebatten, in denen zwar hauptsächlich von Bismarck die Rede, aber doch eigentlich Hitler gemeint war. Die sich daran anschließenden Auseinandersetzungen über den Ausbruch des Ersten Weltkriegs, kurz die Fischer-Kontroverse, sowie die ebenfalls heftigen Diskussionen über das politische System im Wilhelminischen Reich gehören in den gleichen Zusammenhang. Im Grunde stand bei ihnen allen die Frage nach der Kontinuität in der Deutschen Geschichte seit der Gründung des Bismarckschen Reiches im Vordergrund. Man kann diese stark national ausgerichtete historiographische Introspektion im Nachhinein bedauern, aber sie war wohl zugleich ein notwendiges Element der Demokratisierung der politischen Kultur in Westdeutschland. Das wird oft nicht hinreichend gewürdigt.

Eine frühere Europäisierung oder Internationalisierung der Debatten hätte dagegen womöglich mehr Schaden angerichtet als Nutzen gebracht[32]. So war es vielleicht kein Zufall, daß die einschlägigen Debatten aus den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten mit einer – im weiteren Sinne – transnationalen Perspektive rasch eine apologetische Stoßrichtung entfalteten. Das führte beispielsweise dazu, daß in einer abendländisch getränkten Sichtweise das Aufkommen des Nationalsozialismus primär auf die Durchsetzung des so genannten modernen Massenstaates zurückgeführt wurde und somit die genuin deutschen Wurzeln des Weges in die NS-Diktatur in den Hintergrund rücken konnten[33]. Auch die nach 1945 rasch ausufernde Aneignung des Europabegriffs bot für manchen Beteiligten die gleiche erwünschte Nebenwirkung[34]. Ähnliche Wirkungsmechanismen können wir in den stark politisierten Ansät-

[31] SCHULZE, Die Bundesrepublik, die deutsche Nation und Europa (wie Anm. 8), S. 289.

[32] Ernst SCHULIN, Zur Entwicklung der deutschen Geschichtswissenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg, Versuch eines Überblicks, in: Jürgen KOCKA u.a. (Hg.), Von der Arbeiterbewegung zum modernen Sozialstaat, München 1994, S. 831–846, hier S. 837.

[33] SCHULZE, Deutsche Geschichtswissenschaft (wie Anm. 19), S. 77–80. Vgl. außerdem Dagmar PÖPPING, Abendland. Christliche Akademiker und die Utopie der Antimoderne 1900–1945, Berlin 2002.

[34] Heinz DUCHHARDT, Ein europäisches Fanal der Geschichtswissenschaft? Der Tagungsband zum Mainzer Europa-Kongress von 1955, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, Online-Ausgabe, 1 (2004), H. 3, http://www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Duchhardt-3-2004.

zen der Totalitarismusforschung seit den 1950er Jahren beobachten, von denen zunächst kaum Anstöße für einen intensiven Vergleich der faschistischen Systeme oder der autoritären Diktaturen im 20. Jahrhundert ausgegangen sind[35].

In epistemologischer Hinsicht verdankt sich das Ergebnis dem in Westdeutschland nach 1945 hundertfach erneuerten Bekenntnis zur alten historischen Methode, wie es Reinhard Wittram stellvertretend für viele seiner Generation in seinen Vorlesungen Mitte der 1950er Jahre abgab. Was er damit meinte, war vor allem das Beharren auf der individualisierenden Methode im Sinne der einfühlenden Nachzeichnung vergangenen Geschehens. Gerade vor dem Hintergrund der politischen Vereinahmung deutscher Historiker im Nationalsozialismus und ihrer oft allzu eilfertig angebotenen Mitarbeit am Aufbau des »neuen Deutschlands«, stechen in den Publikationen der 1950er Jahre die immer wieder angeführten Forderungen nach strenger, ja »strengster Wissenschaftlichkeit« um so mehr ins Auge[36]. Man kann darin letztlich eine Art Rettungsanker sehen, auf den viele nach den Irrungen der NS-Zeit nur allzu gerne zurückgriffen. Entscheidend hierbei war: Die Wiederkehr des Historismus vollzog sich, wie Ernst Schulin schon vor einigen Jahren treffend festgestellt hat, in einem »politisch-moralisch gezähmten« Gewand[37].

Das gilt im Grunde auch für die methoden- und theorieorientierten Diskurse dieser Zeit. Zwar sind tastende Schritte zu einer stärkeren Reflexion der Debatten im Ausland zu erkennen, auch ein erneuertes Nachdenken über die Krise des Historismus, was den bereits genannten Reinhard Wittram schon Mitte der 1950er Jahre dazu bewog, festzuhalten, daß die historische Methode durchaus nicht länger »verantwortliche Stellungnahmen« des Historikers ausschließen dürfe. Und selbst Gerhard Ritter sprach in seinem Beitrag für den Internationalen Historikerkongreß in Rom Mitte der 1950er Jahre davon, daß der Historiker nur in ständiger Selbstbesinnung auf seine methodologischen Grundlagen und in engster Fühlungnahme mit den systematischen Geisteswissenschaften eine Klärung der wissenschaftlichen Begriffe anstreben müsse, um darüber zu präzisen und fruchtbaren Fragestellungen zu gelangen. Eine paradigmatische Wende hin zu einer internationalen oder sogar transnationalen Öffnung ist darüber jedoch zunächst schon allein deswegen nicht erreicht worden, weil die entscheidenden Akteure ein solches Ziel in dieser Konsequenz gar nicht anstrebten.

[35] Klaus-Dietmar HENKE (Hg.), Totalitarismus. Sechs Vorträge über Gehalt und Reichweite eines klassischen Konzepts der Diktaturforschung, Dresden 1999.

[36] Vgl. Christoph CORNELISSEN, Nur noch »strenge Wissenschaftlichkeit«. Das Collegium Carolinum im Gründungsjahrzehnt, 1955–1965, in: Christiane BRENNER (Hg.), Geschichtsschreibung zu den böhmischen Ländern im 20. Jahrhundert: Wissenschaftstraditionen, Institutionen, Diskurse, München 2006, S. 345–365.

[37] Ernst SCHULIN, Zur Restauration und langsamen Weiterentwicklung der deutschen Geschichtswissenschaft nach 1945, in: DERS., Traditionskritik und Rekonstruktionsversuch, Göttingen 1979, S. 133–143, hier S. 139.

Es bedurfte vielmehr einer Serie jahrzehntelang währender Debatten über das Gegensatzpaar Struktur *versus* Ereignis, der sich theoriegeleitete Diskussionen über das Verhältnis von gesellschaftlichen und individuellen Einflußfaktoren anschlossen, um dann methodenorientierten Auseinandersetzungen über die Gewichtung von quantitativen und qualitativen Verfahren zu weichen, bevor sukzessive eine schleichende Öffnung der deutschen Geschichtswissenschaft zum Westen greifen konnte. Wohl wie kaum auf einem Feld erscheint gerade hier der Begriff der »Westernisierung« geboten[38]. Freilich blieb hierbei ein unverkennbar deutscher Schwerpunkt erhalten: Denn kaum zufällig gehörten – um es pointiert auszudrücken – ein bißchen Marx, die Lehren der deutschen Nationalökonomie des 19. Jahrhunderts und vor allem Max Weber zu den intellektuellen Leitsternen, ohne hierbei die ebenfalls prägende Modernisierungstheorie in ihrer amerikanischen Gestalt ausblenden zu wollen. Gleichzeitig fällt auf, daß die für die Theoriediskussion Maßstäbe setzende sechsbändige Reihe »Beiträge zur Historik« aus den 1970er Jahren einen national eingefaßten Diskussionskontext widerspiegelt. Weder waren an diesem Unternehmen Ausländer an prominenter Stelle beteiligt, noch wurden die zeitgleich geführten ausländischen Debatten ausführlich beachtet[39]. Eine Wende brachte erst der großflächig angelegte »Geschichtsdiskurs« der 1990er Jahre[40].

Ein weiteres Moment bleibt hier noch zu benennen, das seinem Anspruch nach unter dem Begriff »nationale Pädagogik« eingeordnet werden kann. Denn bei aller Öffnung nach außen, bekannte Gerhard Ritter noch im Jahr 1955 unumwunden, solle die Beschäftigung mit der Geschichte immer ein Stück »nationale Selbstbesinnung« bleiben. Ein solcher Anspruch blieb erneut keineswegs auf ihn beschränkt, sondern galt den meisten seiner Generation wie auch ihren Nachfolgern geradezu als selbstverständlich. Zwar betrachtete es Mitte der 1960er Jahre Theodor Schieder als eine vordringliche Aufgabe der deutschen Historiker, die eigene Nationalgeschichte in ein europäisches Geschichtsbild einzubetten, aber gleichzeitig wollte auch er daran festhalten, »daß die nationalgeschichtliche Betrachtung weiterhin den innersten Kreis der Geschichte ausmacht, der uns unmittelbar umfaßt«[41]. Wie bereits angedeutet, blieb das auch noch für die Fachvertreter der nachfolgenden Generation ein

[38] Vgl. dazu allgemein Anselm DOERING-MANTEUFFEL, Westernisierung. Politisch-ideeller und gesellschaftlicher Wandel in der Bundesrepublik bis zum Ende der 60er Jahre, in: Axel SCHILDT, Detlef SIEGFRIED, Karl-Christian LAMMERS (Hg.), Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2000, S. 311–341.

[39] Siehe dazu die von Reinhart Koselleck und anderen zwischen 1977 und 1990 herausgegebene sechsbändige Reihe zur »Theorie der Geschichte«.

[40] Wolfgang KÜTTLER, Jörn RÜSEN, Ernst SCHULIN, Geschichtsdiskurs, 5 Bde., Frankfurt a.M. 1993–1999.

[41] Theodor SCHIEDER, Geschichte als Wissenschaft. Eine Einführung, München 1965, S. 139f.

durchaus bestimmendes Moment, wenn auch getränkt in ein deutlich nationalkritischeres Licht.

Um jedoch das Wechselverhältnis zwischen nationalem Beharren und transnationaler Öffnung im Werk von Angehörigen der sogenannten skeptischen Generation präzise einordnen zu können, bedarf es zunächst weiterer Untersuchungen. Noch mehr gilt das für die Arbeiten ihrer Nachfolger, denn im Grunde steht die historische Forschung im Hinblick darauf noch am Anfang. Überhaupt erhält das hier skizzierte institutionelle und personenbezogene Umfeld erst dann eine abgerundete Perspektive, wenn die deutsche Entwicklung derjenigen anderer Länder Europas systematisch gegenübergestellt beziehungsweise der Transfer von Ideen, Konzepten und eben auch Forschungsergebnissen genau nachgezeichnet wird. In diesem Zusammenhang überrascht, wie sehr nicht zuletzt die Historiographiegeschichte sich bislang einer Internationalisierung verweigert hat[42]. Dabei zeigt bereits ein oberflächlicher Blick auf die Haupttendenzen der außerdeutschen Nationalhistoriographien, daß inhaltlich andere Schwerpunktsetzungen früher als im deutschen Fall für eine Internationalisierung historiographischer Debatten gesorgt haben. Zahlreiche Hinweise darauf vermitteln etwa Studien zur Industrialisierung oder zum Niedergang des Empire in Großbritannien. Und für Frankreich können wir mit der Historischen Demographie und der Wirtschaftsgeschichte bereits früh nach 1945 zwei wichtige Forschungsbereiche identifizieren, die sowohl der professionellen Geschichtswissenschaft als auch der Geschichtskultur ein anderes Format verliehen haben, als in der stärker politikgeschichtlich fixierten westdeutschen Historiographie[43].

Unabhängig von diesen unterschiedlichen nationalen Wegen und fast im Gegensatz dazu wird erst eine international angelegte historiographiegeschichtliche Bestandsaufnahme verdeutlichen können, wie sehr die wechselseitige Beachtung über Grenzen hinweg schon vor dem Anbruch der neuen Debatten über transnationale Geschichte zum Selbstverständnis der Historiker in Deutschland zählte. Denn tatsächlich handelt es sich bei dem hier betrachteten Phänomen, um es nochmals deutlich zu betonen, keineswegs um eine reine Defizitgeschichte, sondern um eines, das sowohl ein Beharren auf nationalen Standpunkten als auch Aufbruch zu internationalen Kooperationen, zumindest eine intensive grenzübergreifende Wahrnehmung zu erkennen gibt. Seit dem Aufschwung der Sozialgeschichte in den 1960er Jahren kam der »Sonderweg der deutschen Geschichtswissenschaft« an ein Ende und öffnete so den Weg für einen intensiven Austausch vor allem mit der Historie in

[42] Eine solche Perspektive fehlt in Jan ECKEL, Thomas ETZEMÜLLER (Hg.), Neue Zugänge zur Geschichte der Geschichtswissenschaft, Göttingen 2007.

[43] Gérald CHAIX, De la fascination allemande à l'ouverture européenne. Die französische Geschichtsschreibung im 20. Jahrhundert, in: DUCHHARDT, Nationale Geschichtskulturen (wie Anm. 8), S. 107–124.

Nordamerika, Großbritannien und Frankreich. Erneut aber gilt: Auch hierzu stehen tiefschürfende Arbeiten weiterhin aus. So wissen wir bislang zu wenig darüber, wie sich das Beziehungsgeflecht zwischen west- und ostdeutschen Historikern mit Fachvertreten jenseits des Rheins nach 1945 entwickelte und welche Einflüsse von der wechselseitigen Rezeption ausgegangen sind. Und auch der deutsch-italienische sowie der deutsch-britische Transfer von historiographischen Ideen und Konzepten, um hier nur zwei weitere Beispiele anzuführen, böten sich für zukünftige Forschungsarbeiten geradezu an.

Hierüber wird wahrscheinlich, um mit einigen Vermutungen zu enden, deutlich werden, daß die national konzipierten, gelegentlich sogar die aus nationalem Antrieb geborenen historischen Erkenntnisse oftmals weniger national ausfielen, als es die Opposition von nationaler und transnationaler Geschichtswissenschaft zuletzt gelegentlich suggeriert hat. Überdies darf der Appell, transnationale Geschichte zu betreiben, die anhaltende Bedeutung des Nationalstaats in unserer Gegenwart und seine außerordentlich große Bedeutung in der Vergangenheit nicht negieren. Im Hinblick darauf ist zuletzt von manchem Kritiker der Nationalstaat etwas vorschnell für tot erklärt worden, obwohl er sich vielerorts weiterhin als eine relativ krisenfeste und auf Dauer angelegte Organisationsform erweist[44]. Die gemäßigten Vertreter einer transnationalen Perspektivierung der gegenwärtigen Historiographie betonen daher zu Recht, daß die meisten globalgeschichtlich und transkulturell angelegten Ansätze gar nicht darauf abzielten, das nationalgeschichtliche Paradigma durch eine abstrakte Totalität der Welt zu ersetzen, sondern vielmehr ein Plädoyer für eine Geschichtsschreibung mit einem Bewußtsein für globale Zusammenhänge führen wollten[45]. Um es zum Ende hin nochmals positiv zu wenden: Die Appelle zur transnationalen Öffnung der deutschen Geschichtswissenschaft könnten in Zukunft eine produktive Bereicherung unseres Kenntnisstandes gerade auch der nationalen Geschichte erzielen, vorausgesetzt sie verharren nicht in einer Attitüde, welche die nationalen historiographischen Traditionen der vorangegangenen Jahrzehnte als eine rein negative Erblast begreift.

[44] Michael MANN, Globalization, Macro-Regions and Nation-States, in: Gunilla BUDDE, Sebastian CONRAD, Oliver JANZ (Hg.), Transnationale Geschichte. Themen, Tendenzen und Theorien, Göttingen 2006, S. 21–31.

[45] Sebastian CONRAD, Andreas ECKERT, Globalgeschichte, Globalisierung, multiple Modernen: Zur Geschichte der modernen Welt, in: DIES., Ulrike FREITAG (Hg.), Globalgeschichte. Theorien, Ansätze, Themen, Frankfurt a.M. 2007, S. 7–49, hier S. 27.

THOMAS ETZEMÜLLER

AUF DER SUCHE NACH DEN »HALTENDEN MÄCHTEN«

Intellektuelle Wandlungen und Kontinuitäten in der westdeutschen Geschichtswissenschaft nach 1945

Am Beispiel Werner Conzes läßt sich ein merkwürdiges Mischungsverhältnis von inhaltlicher Kontinuität, methodischer Innovation und politischer Adaption beim Übergang vom »Dritten Reich« in die Nachkriegszeit beobachten. Bestehen blieben eine klar deutschnationale Ausrichtung der wissenschaftlichen Arbeit sowie jener spezifische Blick auf die Moderne, der die Gesellschaft beständig nach desintegrativen Tendenzen abtastete, um ihnen mit den Mitteln der Wissenschaft begegnen zu können. Die methodische Innovation, Sozialgeschichte in der konservativen deutschen Geschichtswissenschaft stark zu machen, entsprang gerade dieser Fixierung auf die deutsche Nation. Der Kalte Krieg wiederum bewirkte eine moderate Revision der nationalen Ausrichtung, die sich auch in der Historiographie niederschlug, indem der historiographisch untermauerte Kampf gegen den »Bolschewismus« ersetzt wurde durch einen historisch hergeleiteten Einsatz für die »friedliche Koexistenz« von Sowjetunion und Westen.

Wir stellen am Beispiel Conzes also weder einen Bruch noch bruchlose Kontinuität über das Jahr 1945 hinweg fest, sondern eine *verhältnismäßig* reflektierte Adaption an neue Zeiten, die freilich die eigene Vergangenheit weitgehend ausblendete – eine sehr ambivalente Form des Übergangs also. Ich werde das in diesem Beitrag skizzieren und dabei mit der »Krise der Moderne« beginnen, dann die Etablierung der Sozialgeschichte bzw. das politische Projekt der Sozialgeschichte beleuchten, um schließlich auf die moderate Revision politischer Einstellungen nach 1945 zu sprechen zu kommen. Es soll dabei deutlich werden, daß wissenschaftliche Arbeit und politische »Tat« weder vor noch nach 1945 zu trennen waren; daß die deutsche Nation stets den Bezugspunkt (innovativer) wissenschaftlicher Arbeit bildete; und daß der spezifische Blick die Kontinuität inhaltlicher Positionen verbürgte[1].

[1] Dazu ausführlich: Thomas ETZEMÜLLER, Sozialgeschichte als politische Geschichte. Werner Conze und die Neuorientierung der westdeutschen Geschichtswissenschaft nach 1945, München 2001.

Die Krise der Moderne

Neuzeitgeschichtsschreibung ist insoweit stets politisch, als daß es ihr nicht einfach um die Erforschung der Vergangenheit geht, sondern primär um die Deutung der Gegenwart[2]. Im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert war es die »Erste Moderne«, die für die Zeitgenossen eklatante Probleme aufwarf, die Zeit etwa zwischen den 1880er und 1960er Jahren. Die hohe Beschleunigung gesellschaftlicher Veränderungen zwischen den 1880er und 1930er Jahren löste in der westlichen Welt eine tiefgreifende Verunsicherung aus. Überall entstanden in kürzester Zeit dynamische Industrienationen, die durch Urbanisierung, Technisierung, Migration, die Veränderung der Geschlechterverhältnisse oder den Umbau politischer Verfassungen neue Lebensgewohnheiten forcierten. Das wurde als tiefer Einschnitt wahrgenommen[3], und eine der gewichtigen Reaktionen darauf war eine spezifische Form von technokratischem Denken, das man als *social engineering* bezeichnen kann[4]. Seit Mitte des 19. Jahrhunderts hatte sich eine neuartige Expertenkultur in Westeuropa etabliert. Ingenieure, Ärzte, Statistiker, Architekten und andere Fachleute verstanden sich als gut ausgebildete, strikt leistungsorientierte unpolitische Experten, die effizient technische Probleme diagnostizierten und lösten. Ihnen wuchs im Laufe der Zeit eine immense gesellschaftspolitische Bedeutung zu, denn die Folgen der Industrialisierung schienen zu beweisen, daß der Fortschritt sich nicht notwendig vernünftig entwickelte und in einer ausbalancierten Gesellschaftsverfassung mündete. Vielmehr schienen intervenierende, technokratische Eingriffe in die zunehmend komplexere Gesell-

[2] Vgl. Thomas ETZEMÜLLER, »Ich sehe das, was Du nicht siehst«. Zu den theoretischen Grundlagen geschichtswissenschaftlicher Arbeit, in: Jan ECKEL, Thomas ETZEMÜLLER (Hg.), Neue Ansätze der Geschichte der Geschichtswissenschaft, Göttingen 2007, S. 27–68.

[3] Vgl. Norman STONE, Europe Transformed 1878–1919, Oxford 1999; August NITSCHKE u.a. (Hg.), Jahrhundertwende. Der Aufbruch in die Moderne 1880–1930, 2 Bde., Reinbek b. Hamburg 1990; sowie jüngst zusammenfassend und mit weiterer Literatur: Anselm DOERING-MANTEUFFEL, Mensch, Maschine, Zeit. Fortschrittsbewußtsein und Kulturkritik im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts, in: Jahrbuch des Historischen Kollegs 2003, München 2004, S. 91–119.

[4] Vgl. hierzu als erste Aufrisse: Lutz RAPHAEL, Radikales Ordnungsdenken und die Organisation totalitärer Herrschaft: Weltanschauungseliten und Humanwissenschaftler im NS-Regime, in: Geschichte und Gesellschaft [GG] 27 (2001), S. 5–40; DERS., Die Verwissenschaftlichung des Sozialen als methodische und konzeptionelle Herausforderung für eine Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, in: GG 22 (1996), S. 165–193; DERS., Sozialexperten in Deutschland zwischen konservativem Ordnungsdenken und rassistischer Utopie (1918–1945), in: Wolfgang HARDTWIG (Hg.), Utopie und politische Herrschaft im Europa der Zwischenkriegszeit, München 2003, S. 327–346.

schaftsordnung unumgänglich[5]. Zugleich wurden Gesellschaften zunehmend mit biologisch-medizinischen Denkmodellen beschrieben. Der »Gesellschaftskörper« schien auf Grund der technischen und naturwissenschaftlichen Errungenschaften der entstehenden »Wissensgesellschaften«[6] nun gezielt gestaltbar. Die Kategorien »Leben« und »Gestaltung« lösten die alten Leitkategorien »Geschichte« und »Entwicklung« ab[7].

Diese beiden Entwicklungen erlaubten Experten eine völlig neuartige Reaktion auf die Herausforderungen der Moderne. Sie entwickelten ein eigentümliches Konzept der »Krise«, das einerseits das allgemeine Krisenbewußtsein der Zeit aufgriff: Die Gesellschaft schien sich unter dem Einfluß der Moderne zu desintegrieren[8]. Andererseits beließen sie es nicht bei pessimistischem Räsonnement, sondern beanspruchten, die »Krankheiten« und »Fehlfunktionen« der Gesellschaft wissenschaftlich präzise zu diagnostizieren. Erst und gerade das erlaubte es ihnen dann, valide Aussagen über die Zukunft zu treffen, indem sie eine Verschärfung dieser krisenhaften Entwicklungen prognostizierten. Daraus ergab sich für sie die Handlungsanweisung zu intervenieren, um die Probleme zu beheben. Grundsätzlich nämlich schien die Krise meisterbar, wenn man nur die Mittel der modernen Naturwissenschaften und Technik rational und gezielt anwandte, etwa durch die Gestaltung des Raumes, der Städte und der Wohnungen, durch eugenische Praktiken und durch Reformen der Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialpolitik. Ziel war eine radikale Neugestaltung der Gesellschaft, und zwar in Form einer organischen *Gemeinschaft*[9]. Gleichzeitig sollten die »kranken« Teile aus dem Volkskörper eliminiert werden, in Deutschland schließlich durch eine systematische Vernichtungspolitik, in Skandinavien und Teilen der USA immerhin durch die Zwangssterilisation »minderwertiger« Menschen, um eu-

[5] Harold PERKIN, The Rise of Professional Society. England Since 1880, London u.a. 1989; DERS., The Third Revolution. Professional Elites in the Modern World, London u.a. 1996.

[6] Vgl. Margit SZÖLLÖSI-JANZE, Wissensgesellschaft in Deutschland: Überlegungen zur Neubestimmung der deutschen Zeitgeschichte über Verwissenschaftlichungsprozesse, in: GG 30 (2004), S. 277–313; Jakob VOGEL, Von der Wissenschafts- zur Wissensgesellschaft. Für eine Historisierung der »Wissensgesellschaft«, in: GG 30 (2004), S. 639–660.

[7] Zusammenfassend DOERING-MANTEUFFEL, Mensch, Maschine, Zeit (wie Anm. 3).

[8] Volker DREHSEN, Walter SPARN, Die Moderne: Kulturkrise und Konstruktionsgeist, in: DIES. (Hg.), Vom Weltbildwandel zur Weltanschauungsanalyse, S. 11–29, sowie die übrigen Beiträge in diesem Band; Armin STEIL, Krisensemantik. Wissenssoziologische Untersuchungen zu einem Topos moderner Zeiterfahrung, Opladen 1995; Reinhart KOSELLECK, Art. »Krise«, in: Geschichtliche Grundbegriffe, Bd. 3, Stuttgart 1982, S. 617–650.

[9] Paradigmatisch hierfür ist Ferdinand TÖNNIES, Gemeinschaft und Gesellschaft. Abhandlung des Communismus und Socialismus als empirischer Culturformen, Leipzig 1887.

genisch unerwünschten Nachwuchs zu verhindern[10]. Es handelte sich um einen – transnationalen – Versuch, mit künstlichen Mitteln eine verlorene *natürliche* Ordnung der Gesellschaft wieder zu erschaffen, indem man eine alle gesellschaftliche Bereiche durchdringende, vernünftige *soziale* Ordnung entwarf. Die paradoxe Koppelung von Existenzangst und Optimismus unterschied dieses technokratische Denken sowohl vom herkömmlichen Kulturpessimismus als auch von sozialistischen Utopien.

Das Jahr 1945 kann in dieser Hinsicht nicht als Zäsur gelten[11]. Gerade weil die Moderne mit dem Nationalsozialismus einmal mehr ihre destruktive Kraft bewiesen hatte, ging die Suche nach Gemeinschaften weiter, mit demselben Personal. Erst längere Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg verlor diese Sehnsucht nach Gemeinschaft zunehmend an Attraktivität. Jüngere Experten gewannen seit Ende der 1950er Jahre Einfluß, die zunehmend andere Ideale verfolgten. An die Stelle von »Organismus« und »Gemeinschaft« traten die Konzepte von »Emanzipation« und »social citizenship« (T. H. Marshall), also ein Gesellschaftsbild, das auf Integration qua Befreiung des Individuums setzte. »Krisen« bedrohten fortan weniger die »Gemeinschaft« als vielmehr die Energieversorgung oder gleich den Globus[12].

Historiographie als Tat

In diese Phase der ersten Moderne fällt ein historiographisches Projekt, das auffällige Parallelen zum *social engineering* aufweist. Eine Reihe von Historikern und Soziologen befand sich seit den frühen 1930er Jahren an der Universität Königsberg. Die dortige Universität nahm vor 1945 eine gewisse Sonderstellung unter den deutschen Hochschulen ein, denn sie lag in Ost-

[10] Vgl. Peter WEINGART, Jürgen KROLL, Kurt BAYERTZ, Rasse, Blut und Gene. Geschichte der Eugenik und Rassenhygiene in Deutschland, Frankfurt a.M. 1992; Stefan KÜHL, Die Internationale der Rassisten. Aufstieg und Niedergang der internationalen Bewegung für Eugenik und Rassenhygiene im 20. Jahrhundert, Frankfurt a.M. 1997; Maciej ZAREMBA, De rena och de andra. Om tvångssteriliseringar, rashygien och arvsynd, Stockholm 1999.

[11] Vgl. auch Charles S. MAIER, Consigning the Twentieth Century to History: Alternative Narratives for the Modern Era, in: American Historical Review 105 (2000), S. 807–831; Ulrich HERBERT, Liberalisierung als Lernprozeß. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte – eine Skizze, in: DERS. (Hg.), Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945–1980, Göttingen ^{2}2003, S. 7–49.

[12] Vgl. die vollständig andere Krisendiktion in Analysen wie GLOBAL 2000. Der Bericht an den Präsidenten, Frankfurt a.M. 1980; Dennis MEADOWS u.a., Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit, Stuttgart 1972. Vgl. auch Gabriele METZLER, Am Ende aller Krisen? Politisches Denken und Handeln in der Bundesrepublik der sechziger Jahre, in: Historische Zeitschrift [HZ] 275 (2002), S. 57–103.

preußen, das sich als »Vorposten« des Reiches und des »Abendlandes« gegen den Osten verstand. Die ethnische »Völkermischzone«[13] war geradezu ein Experimentierfeld für eine ethnische Neudefinition der Kategorie »Nation«. Königsberg entwickelte sich zu einem Zentrum der Ostforschung, die später mit der Ostraumpolitik des »Dritten Reiches« konvergierte[14]. Hierhin wurde 1926 Hans Rothfels berufen, und in den folgenden Jahren, als sich die Krise der Weimarer Republik verschärfte, kamen auch Nachwuchswissenschaftler wie Erich Maschke, Theodor Schieder, Carl Jantke, Theodor Oberländer oder Werner Conze. Sie alle waren zwischen 1900 und 1910 geboren worden, gehörten dem (protestantischen) gehobenen Bürgertum an und waren durch die Jugendbewegung geprägt. Im Osten hofften sie, die Grundlagen zu einer neuen Gesellschaftsordnung zu finden, nachdem ihnen die alte bürgerliche Gesellschaft als verkrustet erschien und sie die politische Ordnung der Weimarer Republik ablehnten. Die Genannten lassen sich daher vor 1945 durchweg im antirepublikanischen Lager verorten[15].

Entscheidend für unsere Frage sind hierbei vier Punkte. Erstens bildete sich in Königsberg ein personales Netzwerk aus, das man als Königsberger Gruppe bezeichnen kann, und das bis in die Bundesrepublik hinein Bestand hatte. Zu diesem Netzwerk lassen sich neben den oben genannten auch Werner Markert, Helmut Schelsky, Gunther Ipsen, Herbert Grundmann und Kurt von Raumer (später selbst der Nichtkönigsberger Hans Freyer) rechnen. Zweitens entstand ein ideelles Grundmuster, das ich unten skizzieren werde. Es begriff die Gegenwart als krisenhaft und Geschichtsschreibung als *ein* Instrument, die Krise zu überwinden. Geschichtsschreibung war, wie die präzisen Eingriffe der Biologen und Ingenieure, *Tat*. Das knüpft etwa an Hans Freyers »Soziologie als Wirklichkeitswissenschaft« an. Freyer verstand die Soziologie als eine Wissenschaft, die auf die existentielle Situation des Menschen in seiner Gegenwart bezogen war. Der Mensch sei frei zu entscheiden, aber in der Moderne eben auch dauernd gezwungen zu entscheiden. Der Soziologie kam die Aufgabe zu, ein konkretes geschichtliches Phänomen auf seinen wesentlichen Sinn zusammenziehen, um in der existentiellen Situation die Tat vorzubereiten helfen – dadurch übrigens sah Freyer eine enge Verbindung zwischen Ge-

[13] Diesen Begriff benutzte Hans ROTHFELS, Königsberg, in: Die Universitäten in Mittel- und Ostdeutschland, Bremen 1961, S. 83–103, hier S. 99, ganz unbefangen auch noch lange nach 1945.

[14] Willi OBERKROME, Volksgeschichte. Methodische Innovation und völkische Ideologisierung in der deutschen Geschichtswissenschaft 1918 bis 1945, Göttingen 1993; Ingo HAAR, Historiker im Nationalsozialismus. Die deutsche Geschichtswissenschaft und der »Volkstumskampf« im Osten, Göttingen 2000.

[15] Ingo HAAR, »Revisionistische« Historiker und Jugendbewegung: Das Königsberger Beispiel, in: Peter SCHÖTTLER (Hg.), Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft. 1918–1945, Frankfurt a.M. 1997, S. 52–103; DERS., Historiker im Nationalsozialismus (wie Anm. 14), S. 76–114.

schichtsschreibung und Soziologie gegeben[16]. Diese »Philosophie der Tat« führte drittens zu methodischen Innovationen in der Geschichtswissenschaft[17], die Werner Conze nach 1945 in der Konzeption der Sozialgeschichte »entnazifizierte«. Denn viertens hatte sich die Historiographie als Tat stets in den Dienst der deutschen Nation gestellt und ist damit eine Symbiose mit denjenigen politischen Regimes eingegangen, die die Nation zu stärken versprachen. Das war definitiv nicht die Weimarer Republik gewesen, sondern das waren das »Dritte Reich« mit seiner zunächst erfolgreichen Expansionspolitik, später die Bundesrepublik, als diese selbst politisch schwerbelasteten Historikern zu erkennen gab, daß sie deren wissenschaftliche Expertise als Teil des mit anderen Mitteln fortgesetzten Kampfes gegen den »Bolschewismus« betrachtete.

Von der Volksgeschichte zur Sozialgeschichte

Werner Conze war einer der zahlreichen Historiker, die der nationalsozialistisch kontaminierten »Volksgeschichte« nicht gerade ferngestanden und die zudem ihre berufliche Basis im Osten Deutschlands mit Kriegsende verloren hatten. Das machte den Wiederanfang für Conze im Westen nicht einfach. Er schlug sich mit Lehraufträgen in Göttingen durch, wechselte auf prekäre Stellen in Münster bis er dann, mit einigen Umwegen, 1957 in Heidelberg zu einem der bestausgestatteten Ordinarien der Bundesrepublik aufgestiegen war. Dort konnte er in großem Stile ein Projekt verwirklichen, das er bereits 1945 bei seiner Bewerbung in Göttingen skizziert hatte: »Mein Hauptanliegen«, so hatte er damals geschrieben, »liegt in der Verbindung von politischer Geschichte und Soziologie, weniger im Sinne einer bloßen ›Sozial- und Wirtschaftsgeschichte‹ als einer Verfassungsgeschichte, die das Verhältnis von Staat, Volk und Gesellschaft umfaßt«. Dieses Anliegen sollte er später unter dem Begriff »Sozialgeschichte« lancieren[18].

Conzes Idee war es, wie er 1952 und 1956 – in zwei Aufsätzen in Anlehnung an Otto Brunner, Hans Freyer und Gunther Ipsen – schrieb[19], die

[16] Vgl. Hans FREYER, Soziologie als Wirklichkeitswissenschaft. Logische Grundlegung des Systems der Soziologie, Leipzig, Berlin 1930; DERS., Gesellschaft und Geschichte, Leipzig 1937; DERS., Geschichte und Soziologie, in: Vergangenheit und Gegenwart 16 (1926), S. 201–211; DERS., Gegenwartsaufgaben der deutschen Soziologie, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 95 (1935), S. 116–144.

[17] Dazu ausführlich OBERKROME, Volksgeschichte (wie Anm. 14).

[18] Ausführlicher: ETZEMÜLLER, Sozialgeschichte (wie Anm. 1), S. 50–54.

[19] Werner CONZE, Die Stellung der Sozialgeschichte in Forschung und Unterricht, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 3 (1952), S. 648–657; DERS., Die Struktur-

Trennung zwischen Politik- und Sozialgeschichte aufzuheben, und er tat dies durch eine Doppelung des Verfassungsbegriffs. Eine Gesellschaft sei immer in *Verfassung* zu beobachten, sie sei immer in einer konkreten sozialen wie einer staatlichen Verfassung *organisiert*. Die herkömmliche Bedeutung der Begriffe »Gesellschaft« (das soziale Leben in einem Staat) und »Verfassung« (die politisch-rechtliche Kodifikation eines Staatswesens) hob Conze also in einer Verallgemeinerung dieser Begriffe auf: »Gesellschaft« war jeder organisierte Zusammenschluß von Menschen, und *diese Organisation* war eine Verfassung: eine soziale (unkodifizierte), und sie *bedurfte* einer rechtsstaatlich-politischen (kodifizierten). In Verfassung befand sich für Conze ein soziales Gebilde, das als strukturiert angesehen werden konnte; strukturiert war es für ihn, wenn sämtliche Kräfte so ausbalanciert waren, daß die Gemeinschaft ein integriertes Ganzes bildete. Der Gegenbegriff zu »Struktur« war »Auflösung«, denn ständig bedrohten »zerstörerische Kräfte« die Balance. Eine Struktur war also nichts Statisches, sondern mußte durch immer neue Anstrengungen, durch politisches Handeln, erhalten werden, sie machte einen höchst dynamischen Prozeß aus. Genau das unterschied Conzes Strukturbegriff etwa von dem Fernand Braudels[20] und rückt ihn deutlich in die Nähe des *social engineering*.

Untersuchungsgegenstand dieser Sozialgeschichte sollte die Ausbildung der industriellen Gesellschaft und ihr Wandel im Zeitalter der sozialen wie politischen Revolutionen sein, und das war in Westdeutschland zu Beginn der fünfziger Jahre den meisten Historikern fremd, selbst einem ausgewiesenen Sozialhistoriker wie Hermann Aubin. Der hatte sich 1953 so gar nicht in Conzes Idee hineindenken können, daß »Soziale Bewegung« mehr sei als »Sozialismus« oder »Arbeiterbewegung«. Wie solle man da noch abgrenzen, fragte er Conze in einem Brief. Auch der Feudalismus oder die Entstehung und Entwicklung des Bürgertums seien dann ja »soziale Bewegungen«. So sah das Conze, und er nutzte zahlreiche Publikations- und Vortragsmöglichkeiten, um immer aufs Neue, an immer anderen Orten den Kollegen nahezulegen, was er unter einer integralen Konzeption von Sozialgeschichte verstand. Wo es sich anbot, machte er seine Idee publik und bereitete ihr ein Fundament. Er schrieb die wichtigen theoretischen Aufsätze »Die Stellung der Sozialgeschichte in Forschung und Unterricht« (1952) und »Die Strukturgeschichte des technisch-industriellen Zeitalters als Aufgabe für Forschung und Unterricht« (1956), er verschaffte sich auf den Historikertagen zunehmend Gehör, er nutzte Rezensionen als Medium, um seine Vorstellungen zu publizieren, und er löste seinen Ansatz in einigen empirischen Arbeiten ein, etwa dem bekannten Aufsatz »Vom Pöbel zum Proletariat« (1953) bzw. ließ ihn – bereits in Göttingen – durch seine Schüler einlösen. Dadurch, daß Werner Conze eine *verhältnis-*

geschichte des technisch-industriellen Zeitalters als Aufgabe für Forschung und Unterricht, Köln, Opladen 1957.

[20] ETZEMÜLLER, Sozialgeschichte (wie Anm. 1), S. 54–58.

mäßig geschlossene Konzeption von Sozialgeschichte entworfen hat und sie durch unermüdliche Wiederholungen in den Denkhorizont der Historiker einzuarbeiten verstand, trug er entscheidend dazu bei, die Sozialgeschichte aus der Verbindung mit der Wirtschaftsgeschichte zu lösen und die westdeutsche Geschichtswissenschaft sozialhistorisch zu durchdringen[21].

Neben der strategischen Arbeit gab es freilich weitere Gründe für den Erfolg der Sozialgeschichte, die ich hier nur erwähnen kann. Die Expansion der Universitäten, die neuen Ansätzen Raum bot, der Aufstieg der Soziologie, veränderte Bedürfnisse des Geschichtsunterrichtes an den Schulen, das Nachwachsen jüngerer Historiker, die der Sozialgeschichte aufgeschlossen gegenüberstanden, das Gewicht seiner Königsberger Kollegen in der Zunft, besonders Hans Rothfels und Theodor Schieders und *last not least* das Bemühen der westdeutschen Historiker, in der internationalen *scientific community* wieder Fuß zu fassen. Gerade an den zunftinternen Debatten über die (internationalen) Historikertage läßt sich sehen, wie Historiker – die in ihrer Mehrheit an Sozialgeschichte wenig Interesse zeigten – Conze und die Sozialgeschichte nutzten, um dem innovativen Druck aus dem Ausland zu begegnen. Conze selbst gerierte sich nicht als Bilderstürmer, sondern bekannte sich zum historistischen Grundkonsens der westdeutschen Historiographie, den er als Mitglied in Kommissionen des Internationalen Historikerverbandes vertrat. Umgekehrt opponierten die älteren Kollegen nicht offen gegen Sozialgeschichte – sie polemisierten nur gegen die »Annales«, gegen marxistische Historiker und gegen einen abstrakten, »geschichtsfeindlichen Soziologismus«, dessen Vertreter sie praktisch nie benannten. Auf diese Weise schälte sich – ohne inhaltliche Debatte und durch Nicht-Opposition – als *common sense* der Historiker allmählich eine negative Grenze gegen eine inakzeptable Sozialgeschichte heraus. Diese Grenze eröffnete jedoch einen Möglichkeitsraum, den vor allem Conzes Konzeption von Sozialgeschichte füllte. Da er wie die übrigen Befürworter der Sozialgeschichte, etwa Otto Brunner oder Carl Jantke, die gezogene Grenze akzeptierte, war sein sozialgeschichtlicher Ansatz in der Zunft *akzeptabel* – nicht etwa, weil sich die Kollegen überzeugt sahen. Die gesellschaftlichen Entwicklungen erforderten neue Deutungsmuster, das machte die Sozialgeschichte – vor allem außerhalb der Zunft und bei jungen Historikern – *attraktiv*. Deshalb konnte es Conze gelingen, wesentliche methodische und inhaltliche Elemente der alten Volksgeschichte als Sozialgeschichte in der Bundesrepublik zu re-etablieren[22].

[21] Ibid., S. 90–123.
[22] Ibid., S. 223–236.

Sozialgeschichte als Diagnose der Gegenwart

Aus dieser Genese erklärt sich, wieso Sozialgeschichte nie eine neutrale Weise gewesen ist, die Vergangenheit zu untersuchen. Die Sozialgeschichte, die im Umkreis der Königsberger Historiker und Soziologen gepflegt wurde, zeichnet sich durch eine ganz spezifische Weltsicht aus, die, wie erwähnt, in der politisch brisanten Situation der Zwischenkriegszeit entstanden ist. Entscheidend hierbei war die gemeinsame Erfahrung permanenter Instabilität der deutschen Gesellschaft: der politischen der Weimarer Republik, der ethnisch-territorialen in Ostpreußen und der ideellen der modernen Industriegesellschaft. Der drohende »Verlust der Heimat«, die Auflösung der Ordnung, der realen wie der ideellen, mündete in dem Projekt, die bedrohte Ordnung zu wahren. Dieses Projekt spiegelt sich in dem narrativen Muster, das die Texte von Werner Conze (und seiner Königsberger Kollegen) vor wie nach 1945 strukturierte. Ich werde es zusammenfassend skizzieren, ohne näher auf einzelne Texte einzugehen. Zwei Grundvorstellungen bildeten ihr Bauprinzip: Einmal das Bild der *Grenze*, die eine Unterscheidung zwischen einem Inneren, der deutschen Nation, und einem Äußeren, vor allem einem bedrohlichen Osten, machte. Das andere zentrale Bild war das der sozialen Revolution, damit verband sich die Vorstellung von *Unordnung* im *Innern*. Der Ansturm auf die Grenze und der Aufruhr im Innern – Verteidigung nach außen und Befriedung im Innern, diese miteinander verknüpften Dichotomien spannten die narrative Struktur der frühen Sozialgeschichte auf.

Die Texte sind dabei durch ein Schema strukturiert, das der Chronologie »integrierte Welt« – »Auflösung der stabilen Gesellschaftsordnung, sozialer Konflikt, Revolutionsgefahr«, »erneute Integration der Gesellschaftsverfassung unter gewandelten Umständen in einer neuen Ordnung« – folgt, also dem Dreischritt Ordnung–Angriff/Abwehr–Synthese. Der erste und der letzte Abschnitt waren die Projektionspunkte der Texte, inhaltlich behandelten sie überwiegend den zweiten. Es war dann nach 1945 vor allem Werner Conze, der ein aufwendiges sozialhistorisches Forschungsprogramm initiierte, um sich auf diese Periode der Instabilität zu konzentrieren, in der die Nation doppelt durch den Sozialismus bedroht war: bis 1917 von innen, nach der Oktoberrevolution zusätzlich von außen. Als Kernzeit hatte er dabei das Kaiserreich ausgemacht, denn hier sah er die Frage um die erfolgreiche oder gescheiterte Integration der Arbeiterschaft als grundsätzlich entschieden an, also derjenigen Klasse, von der man die soziale Revolution befürchtete, welche dann dem »Bolschewismus« endgültig den Einfall in die Nation ermöglicht hätte.

Liest man diese Texte, so schält sich immer wieder dieselbe Geschichte heraus. Zum einen ging es um den empirischen Nachweis, daß nicht die Indu-

strialisierung für den Pauperismus im frühen 19. Jahrhundert verantwortlich gewesen, daß also die marxistische Verelendungstheorie falsch sei. In sämtlichen Texten tritt die Industrie als *Resultat* des rasanten, die überkommene Sozialordnung zersetzenden Bevölkerungswachstums auf, sie hat zur Neuintegration der Gesellschaft beigetragen, *nachdem* diese zu zerfallen drohte. Schon lange vor den Marxisten hätten sich außerdem verantwortungsvolle Bürger intensiv mit den sozialen Problemen auseinandergesetzt und nach Lösungen gesucht. Zum andern versuchte man zu belegen, daß die Arbeiterschaft seit jeher keine Klasse im marxistischen Sinne bildete, daß sie in sich viel zu differenziert sei, um im Klassenbegriff eingefangen werden zu können, daß daher das marxistische Klassenmodell für eine realistische Analyse als zu grobschlächtig zu verwerfen sei. Zudem sollen im Grunde die Arbeiter selbst mit dem Marxismus nichts haben anfangen können, die organisierte Arbeiterbewegung sei eigentlich staatstreu gewesen und die »Massen« hätten letztlich den Weg der Ordnung gewählt. Nur weil die Integration der Arbeiterschaft in die Gesellschaft des Kaiserreichs vorerst doch gescheitert war, habe der Marxismus zum Zuge kommen, den Klassenkampf- und Revolutionsgedanken durchsetzen und mit der angeblichen Not der Arbeiter Agitation betreiben können. Die aber seien – das ergaben sozialhistorische Untersuchungen zur Lage der Arbeiter – einem falschen Bewußtsein aufgesessen: Ihre Lage war besser als sie dachten, doch sie merkten es nicht. Ihr Protest entsprang in Wahrheit der Unzufriedenheit mit ihrer sozialen Stellung in der deutschen Gesellschaft, nicht materieller Not.

Historiographisch entstand das Bild einer Gesellschaft, die einer wirklich ernstzunehmenden Kritik von links einfach die Grundlagen entzog: Bismarck hatte die Arbeiterschaft zumindest anerkannt. Die Weimarer Republik hatte ihr die volle politische Partizipation beschert. In der Bundesrepublik war die Eingliederung vollzogen. Es gab keinen deutschen Sonderweg, der auf 1933 hinführte, das »Dritte Reich« war ein Sonderfall gewesen. Die sozialhistorische Deutung der Vergangenheit fand ihren Fluchtpunkt 1945, als sich zeigen sollte, daß die positiven Kontinuitäten der deutschen Geschichte alle unbestreitbaren Verwerfungen überdauert hatten.

Zwei Bewegungen kreuzten sich in der frühen Sozialgeschichte: die Auseinandersetzung mit der Moderne und die Abwehr des Sozialismus. Diese setzte sich intensiv mit der Moderne auseinander, weil durch die Moderne ihr Ziel, die Sicherung einer sozial harmonisierten bürgerlichen Gesellschaft, stets in Frage gestellt war. Sie war anti-sozialistisch, weil der Sozialismus durch *seine* Auseinandersetzung mit der Moderne ihr Ziel fundamental bedrohte. Dies war das stets pessimistisch und defensiv klingende, aber gleichzeitig mit einem grundsätzlichen Optimismus geladene Motiv, das die Sozialgeschichte trieb. Alles war bedroht, aber die Ordnung in einer Verfassung, die es erlaubte, Bedrohungen zu überwinden, wenn man den Hebel nur richtig anzusetzen ver-

stand[23]. In dieser Beziehung war die Sozialgeschichte für Conze methodisch besser als die Politikgeschichte in der Lage, die radikal veränderte Welt zu deuten. Sie konnte die Geschichte mit einem Sinn versehen, der die bürgerliche Lebenswelt stabilisieren half, dem antikommunistischen Klima in der Bundesrepublik entgegenkam und der deutschen Rest-Nation Identität verschuf[24].

Sozialgeschichte als politische Geschichte

Dieses Projekt machte die Sozialgeschichte und ihre Vorläufer zur *politischen Geschichte*, d.h. es ging weniger darum, ein Abbild der Vergangenheit zu zeichnen als vielmehr darum, eine Diagnose der Gegenwart zu stellen. Das war für die Geschichtswissenschaft nicht revolutionär. Deutsche Historiker waren stets »Ritter ihrer Nation« gewesen, die mit ihrer wissenschaftlichen Arbeit in erster Linie ein spezifisches Gemeinwesen zu bewahren trachteten. Zwar wünschte sich Gerhard Ritter 1949 die Zeiten, in denen die Historiker als »›Herolde‹ deutscher Politik« galten[25], in dieser Form nicht zurück. Auch die *allzu enge* Symbiose zwischen Wissenschaft und dem *politischen System* des »Dritten Reichs« erfuhr nach 1945 so keine Neuauflage mehr. Die Allianz zwischen Wissenschaft und *Nation* jedoch hatte weit über 1945 hinaus Bestand, denn, so Ritter 1949: »Was wir wünschen müssen, ist nach wie vor, daß unsere Stimme überhaupt das Ohr der Nation erreicht, daß sie nicht eingefangen bleibt in einem rein gelehrten Wissenschaftsbetrieb«[26]. Ein Problem sahen die Historiker in solchen Worten nicht, denn die Grundforderungen nach Wissenschaftlichkeit *und* der Dienst an der Nation schlossen sich nicht aus, sofern die Historiker sich nicht durch die Politik oder den Staat vereinnahmen ließen, sofern sie ihre Autonomie wahrten und sofern ihr Bild von der Vergangenheit in den Augen der Kollegen nicht den Anspruch verletzte, wahr zu sein, d.h. unabhängig von der Gegenwart bestehen zu können. Ausdrücklich aber ging es nicht um »Neutralität in Fragen, die uns wesenhaft betreffen. Immer geht es dabei um Wahrheit im Sinne sowohl der ›richtigen‹ wie der ›werthaft gültigen‹ Aussage«[27]. Die Kategorie der »reinen Wissenschaft« war

[23] Hans FREYER, Das soziale Ganze und die Freiheit des Einzelnen unter den Bedingungen des industriellen Zeitalters, in: HZ 183 (1957), S. 97–115.

[24] Ausführlicher und mit Belegen: ETZEMÜLLER, Sozialgeschichte (wie Anm. 1), S. 271–295.

[25] Gerhard RITTER, Gegenwärtige Lage und Zukunftsaufgaben deutscher Geschichtswissenschaft. Eröffnungsvortrag des 20. Deutschen Historikertages in München am 12. September 1949, in: HZ 170 (1950), S. 1–22, hier S. 1.

[26] Ibid.

[27] So beispielsweise Hans ROTHFELS, Zeitgeschichte als Aufgabe, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte [VfZ] 1 (1950), S. 1–8, hier S. 5.

im höchsten Maße politisch, denn sie erlaubte es Historikern – aber auch Ostforschern, Eugenikern, Soziologen oder Architekten –, ihre Arbeit als »objektiv« zu klassifizieren, als »Dienst an der Sache«[28], während man mit genau derselben Kategorie mißliebigen Historikern die Legitimität kritischer Analysen absprechen konnte, weil sie ihre Arbeit offensichtlich durch eine *Weltanschauung* leiten ließen (den Materialismus) und damit gegen das Kriterium wissenschaftlicher Objektivität verstießen. Durch dieses verengte Verständnis von Objektivität konnten die Historiker den eminent weltanschaulichen Gehalt ihrer eigenen Fixierung auf die Nation ausblenden – und damit die spezifische Form ihrer Unterwerfung unter die Politik[29].

Auf dem Internationalen Historikertag in Paris hatten die deutschen Historiker sich 1950 noch etwas zurückgehalten. 1955 und 1960 dagegen traten sie in Rom und Stockholm geradezu als Streitmacht an, um den Einfluß der »Annales« und anderer westeuropäischer Sozialhistoriker zurückzudrängen, die ihnen eine entschieden zu materialistische Geschichtsauffassung vertraten. Gleichzeitig waren die ostdeutschen Historiker zurückzuschlagen, die sich in den Verband drängten, um dort die Fahne der DDR-Historiographie zu hissen. Das war die typisch bundesdeutsche Konstellation im Kalten Krieg: Man wehrte sich gegen westliche Ideen, und zugleich mit dem Westen gegen die Konkurrenz aus dem Osten. Dem Alleinvertretungsanspruch der Bundesregierung entsprach der Alleinvertretungsanspruch westdeutscher Historiker auf internationaler Bühne. Es ging stets um die Abwehr von Methoden *und* unerwünschter Interpretationen der Geschichte.

Paradoxerweise paßte Conzes Sozialgeschichte hervorragend in dieses nationale Projekt. Er vertrat keine materialistisch fundierte Sozialgeschichte, sondern eine, die in der deutschen Soziologie der »Tat« der 1930er Jahre verwurzelt war – aber nach Außen konnte man sie als innovative Alternative zu den »Annales« präsentieren. Innenpolitisch delegitimierte er, wie ich oben skizziert habe, marxistische Deutungen der deutschen Geschichte, die auf einen »deutschen Sonderweg« hinausliefen (und damit indirekt auch seine eigene Vergangenheit thematisierten). Außenpolitisch legitimierte er die jeweils wechselnde deutsche Ostpolitik aus der Geschichte heraus. Noch in seinem letzten Buch »Ostmitteleuropa. Von der Spätantike bis zum 18. Jahrhundert«, 1992 posthum erschienen, verlegte er den Antagonismus zwischen Rußland und Europa bis ins 8. Jahrhundert zurück. Zwischen beiden Blöcken machte er einen Hohlraum aus, Ostmitteleuropa. Hier versuchten die Deutschen über Jahrhunderte hinweg Ordnung zu schaffen, sie kultivierten den Boden und »deutschten« den Raum allmählich als Sprach- und Volksgebiet »ein«. Die neuzeitliche polnische und ungarische Nationsbildung wirkte freilich diesem

[28] Vgl. für Ingenieure: Ich diente nur der Technik. Sieben Karrieren zwischen 1940 und 1950, hg. vom Museum für Verkehr und Technik Berlin, Berlin 1995.

[29] ETZEMÜLLER, Sozialgeschichte (wie Anm. 1), S. 296–309.

»Ostvorstoß« der Deutschen entgegen. Ostmitteleuropa wurde in Conzes Buch zuerst durch die Mission geöffnet, dann strukturell dem Westen angeglichen, national in Form gebracht und schließlich durch den Landesausbau entwickelt, so daß bereits im Mittelalter die Grundlagen der bis ins 18. Jahrhundert wirksamen Ordnung gelegt waren. Und genau das ist die typische Differenz, die sich als narratives Modell in den Texten der weitaus meisten Historiker, die über den Osten schrieben, findet: Der Raum ist unkultiviert und eine potentielle Bedrohung. Bis in unschuldige Verben und Adverbien hinein sind die Texte wertgeladen – ohne daß man direkte Verzerrung oder Propaganda nachweisen könnte: Aus dem Westen kamen Kultur und Landesaufbau, aus dem Osten wurde *entgegen*gewirkt oder *brachen* Reitervölker *ein*; Deutsche wurden nicht assimiliert, sondern »entdeutscht«[30].

Diese spezifische *Gestalt* der Geschichte verband Conzes Habilitation von 1942, die klar im Dienste der Volksgeschichte stand, und sein Alterswerk, dem man keine revisionistischen Tendenzen unterstellen kann. Vor 1945 war der Nachweis zu führen, daß sich der Raum, auf den die Deutschen durch zivilisatorische Arbeit Anspruch erheben konnten, bis tief in den Osten ragte. Die Slawen waren dazu nicht fähig gewesen, drohten aber beständig, die Errungenschaften zu vernichten. Geschichtsschreibung sollte in diesem Fall als Grundlage für die nationalsozialistische Ostpolitik dienen. Nach 1945 war Rußland tiefer denn je gen Westen vorgedrungen. Die Probleme der Zwischenkriegszeit hatten sich unzweideutig potenziert. Freilich war Conze und seinen Königsberger Kollegen nun deutlich geworden, daß sie auf eine andere Strategie setzen mußten. Nach einigen Jahren der Unsicherheit schälte sich heraus, daß sich im Kalten Krieg ein Patt abzeichnete, und bereits seit Mitte der 1950er Jahre plädierten Hans Rothfels und Conze für eine »friedliche Koexistenz« mit der Sowjetunion[31]. Auf dem Duisburger Historikertag von 1962 machte Rothfels seinen Kollegen unmißverständlich klar, daß der alte deutsche Konfrontationskurs keine Zukunft mehr haben könne[32]. Conze wiederum begann, die innerdeutsche Front sozialhistorisch abzusichern, gewissermaßen eine historiographische Mauer im Westen zu errichten. In seinem Ostmitteleuropabuch lotete er dann die *Möglichkeit* einer Annäherung Rußlands an den Westen aus, also die historischen Wurzeln, um die Politik der Koexistenz absichern zu können[33].

[30] Werner CONZE, Ostmitteleuropa. Von der Spätantike bis zum 18. Jahrhundert, München 1992, hier S. 86.

[31] Hans ROTHFELS, Gesellschaftsordnung und Koexistenz, in: VfZ 4 (1956), S. 333–345; Werner CONZE, Der 17. Juni. Tag der deutschen Freiheit und Einheit, Frankfurt a.M., Bonn 1960.

[32] ETZEMÜLLER, Sozialgeschichte (wie Anm. 1), S. 257, mit Nachweisen.

[33] CONZE, Ostmitteleuropa (wie Anm. 30); vgl. auch DERS., Das deutsch-russische Verhältnis im Wandel der modernen Welt, Göttingen 1967.

Fazit

Zweimal also war Conze an methodischen Innovationen beteiligt (Volksgeschichte, Sozialgeschichte), um Geschichtsschreibung effektiver in den Dienst der Nation zu stellen. Wie die übrigen Historiker konnte er Symbiosen mit ganz unterschiedlichen politischen Systemen eingehen, vorausgesetzt, sie stellten sich in den Dienst der Nation. Gerade diese »Dienstleistungsmentalität« erlaubte es ihm, nach 1945 seine politische Orientierung zu modifizieren: Von der Offensive in der totalitären Diktatur setzte er auf die Defensive in der Demokratie. Das war zweifellos pragmatisch, aber keine reine Heuchelei. Aus zahlreichen Briefen kann man ersehen, daß sich die meisten Königsberger tatsächlich von ihrer eigenen Vergangenheit distanzierten, und daß sie die Demokratie nunmehr zumindest akzeptierten. Der nationalpolitischen Ausrichtung ihrer wissenschaftlichen Arbeit tat das keinen Abbruch, und in dieser Figur zeigen sich Kontinuität, Innovation und Adaption zugleich. Parallel dazu erweist sich die Geschichtsschreibung in diesem Punkt als verwandt mit dem *social engineering* der technischen Eliten. Der drohenden Desintegration der Gesellschaft war durch die *Tat* entgegenzutreten. Statt technisch präzise einzugreifen, wurde historiographisch präzise diagnostiziert. Das Ziel war dasselbe: die Krise der Moderne zu überwinden, indem man eine harmonische, organische Gemeinschaft stabilisierte.

AXEL SCHILDT

ZUR HOCHKONJUNKTUR DES »CHRISTLICHEN ABENDLANDES« IN DER WESTDEUTSCHEN GESCHICHTSSCHREIBUNG

Daß wohl niemals vorher und nachher in der neueren deutschen Geschichte so viel vom »Abendland«, häufig mit der näheren Charakterisierung als »christliches Abendland«, die Rede war, wie nach dem Zweiten Weltkrieg in den Westzonen[1] und der frühen Bundesrepublik, ist mittlerweile von der Zeitgeschichtsforschung ausführlich mit den dafür zu nennenden Gründen dargestellt worden[2]. Die vage Assoziationsbreite der recht verschieden bestimmbaren kulturphilosophischen und politischen Abendland-Begrifflichkeit aktivierte ein breites Spektrum von diffusen Vorstellungen hochkultureller Inhalte, bei humanistisch Gebildeten auch der Besinnung auf das Verhältnis von Hellas und Hesperien, bis zum Verständnis des »Abendlandes« als allgemeinem Haltepunkt im Krisenbewußtsein nach nationalistischem Rausch. In der »Schulddebatte« um die Ursachen für das »Dritte Reich« erwies sich die Anrufung des »Abendlandes« als kongenial geeignet für die Vernebelung konkreter Verantwortlichkeit, ein attraktives Angebot für den weltanschaulichen Komfort weiter Teile der nationalsozialistisch belasteten Eliten. Die Abwendung von Gott – spätestens seit der Renaissance –, eine sich steigernde Säkularisierung in Gestalt von Rationalisierung und Technisierung, habe ein weltanschauliches Vakuum des Nihilismus geschaffen, in das gefährliche Dämonen einbrechen konnten. Mit diesem christlich-konservativen Narrativ, das nicht nur im Umkreis der beiden großen Kirchen formuliert wurde, konnte die Moderne auf die Anklagebank gesetzt werden und mußte für die Gegenwart eine christliche *renovatio* als einziger Ausweg erscheinen. Dabei wurde immer wieder tröstlich bemerkt, daß ein gesunder Kern abendländischen

[1] Vgl. Dieter FELBICK, Schlagwörter der Nachkriegszeit 1945–1949, Berlin, New York 2003, S. 104ff.

[2] Vgl. Axel SCHILDT, Zwischen Abendland und Amerika. Studien zur westdeutschen Ideenlandschaft der 50er Jahre, München 1999, S. 22ff. (dort auch Hinweise zur älteren Literatur); Dagmar PÖPPING, Abendland. Christliche Akademiker und die Utopie der Antimoderne 1900–1945, Berlin 2002; Vanessa CONZE, Das Europa der Deutschen. Ideen von Europa in Deutschland zwischen Reichstradition und Westorientierung (1920–1970), München 2005.

Denkens auch dem nationalsozialistischen Totalitarismus widerstanden habe, an dem wieder angeknüpft werden könne.

Den Bezirk zerknirschter Suche nach religiöser Läuterung – das literarische Leben und die Geisteswissenschaften von der Altphilologie bis hin zur Romanistik halten zahlreiche Beispiele bereit[3] – verließ die Begrifflichkeit des Abendlandes spätestens mit dem offenen Ausbruch des Kalten Krieges. Allerdings war die damit verbundene Politisierung bereits in der Schulddebatte angelegt gewesen. Denn nach der Niederlage des Dämonen Hitler war ein zweiter und gefährlicherer, Stalin, geblieben. Die weltpolitische Lage ließ es zwingend erscheinen, eine abendländische Kampffront gegen den »Bolschewismus« des Ostens zu formen, die – unter dem militärischen Schutzschild und mit der ökonomischen Unterstützung der USA – die westeuropäischen Völker vereinen sollte. Nicht vom Gegensatz zwischen Stalinismus und Demokratie war um 1950 meist die Rede, sondern von der – in abendländischer Verantwortung vor Gott gebundenen – Freiheit gegen den kollektivistischen »Bolschewismus«. Darin erneuerte sich zum einen konservative Hegemonie nach der Blamage des illusionären Bündnisses mit dem Nationalsozialismus[4]; zum anderen drückte der Bezug auf das »christliche Abendland«, der in der frühen Bundesrepublik in kaum einer Regierungserklärung fehlte[5], eine zentrale realpolitische Einsicht aus. Deutsche Politik konnte nach dem Zweiten Weltkrieg nur in supranationaler Perspektive erfolgreich betrieben werden, durch die Einordnung in die westliche Weltwirtschaft und das westliche Militärbündnis. Der Betonung abendländischer Werte kam dabei die Funktion zu, die dominierende kulturelle Abneigung gegen amerikanische »Seelenlosigkeit« und westlichen Liberalismus – in Analogie des Verhältnisses von antikem Griechenland und Rom – zu konzedieren und gleichzeitig die Westoption gegen den »Bolschewismus« als existentielle politische Notwendigkeit er-

[3] Frank-Lothar KROLL, Kultur, Bildung und Wissenschaft im 20. Jahrhundert, München 2003, S. 34, 87f.

[4] Axel SCHILDT, Konservatismus in Deutschland. Von den Anfängen im 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart, München 1998, S. 211ff.; aus der Perspektive expliziter konservativer Selbstverständigung vgl. die Einleitung von Frank-Lothar KROLL (Hg.), Die kupierte Alternative. Konservatismus in Deutschland nach 1945, Berlin 2005, S. 3ff.; vgl. allgemein auch Jan-Werner MÜLLER (Hg.), German Ideologies since 1945. Studies in the Political Thought and Culture of the Bonn Republic, New York u.a. 2003.

[5] Vgl. Anneliese POPPINGA, Konrad Adenauer. Geschichtsverständnis, Weltanschauung und politische Praxis, Stuttgart [2]1975; Konrad ADENAUER, »Seid wach für die kommenden Jahre«. Grundsätze, Erfahrungen, Einsichten, hg. von Anneliese POPPINGA, Bergisch-Gladbach 1997; Michael BOSCH, Ideelle Aspekte der Westintegration der Bundesrepublik bei Konrad Adenauer, in: Jürgen HEIDEKING u.a. (Hg.), Wege in die Zeitgeschichte. Festschrift zum 65. Geburtstag von Gerhard Schulz, Berlin, New York 1989, S. 182–195, hier S. 184ff.; Ulrich VON HEHL, Konfessionelle Irritationen in der frühen Bundesrepublik, in: Historisch-politische Mitteilungen. Archiv für christlich-demokratische Politik (HPM) 6 (1999), S. 167–187.

scheinen zu lassen. Daß der tatsächliche Verlauf der Geschichte, der Übergang zu einer westlichen Konsumgesellschaft mit einer liberalen politischen Kultur, den Zielen der Protagonisten eines »christlichen Abendlandes« keineswegs entsprach, ist bisweilen als Hegelsche »List der Geschichte« bezeichnet worden[6].

Einen spezifischen Kern innerhalb der allgemeinen Abendland-Konjunktur bildeten antipreußisch orientierte, vor allem in katholischen Regionen verankerte Kreise, denen neben der bereits erwähnten westeuropäischen Supranationalität eine innenpolitische Ordnung vorschwebte, die föderale und ständestaatliche Elemente betonten und Skepsis gegenüber der im Grundgesetz fixierten parlamentarischen Demokratie formulierten. Als utopische Vision spukte hier mitunter die Wiederherstellung des mittelalterlichen *sacrum imperium* herum. Diese abendländische Bewegung[7] sammelte sich um die Zeitschrift »Neues Abendland« (1946–1958), die Propagandaorganisation »Abendländische Aktion« (1950–1952) und die alljährlichen Treffen der »Abendländischen Akademie« in der mittelfränkischen Bischofsstadt Eichstätt (1952–1956 und 1961–1965), zu denen sich prominente Mitglieder der CDU/CSU, der Deutschen Partei, oberste Richter, kirchliche Würdenträger und konservative Intellektuelle mit Sponsoren aus grundbesitzendem Adel und Unternehmertum trafen. Die abendländische Bewegung, obgleich katholisch grundiert, betonte ihren überkonfessionellen Charakter, vor allem einige extrem konservative Lutheraner wurden demonstrativ einbezogen[8].

Darüber hinaus ist zu betonen, daß der Begriff des »Abendlandes« nach 1945 zu einem zentralen konservativen Topos auch im protestantischen Raum

[6] Vgl. für den ideengeschichtlichen Zusammenhang Axel SCHILDT, Westlich, demokratisch. Deutschland und die westlichen Demokratien im 20. Jahrhundert, in: Anselm DOERING-MANTEUFFEL (Hg.), Strukturmerkmale der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts, München 2006, S. 225–239; Michael HOCHGESCHWENDER, Was ist der Westen? Zur Ideengeschichte eines politischen Konstrukts, in: HPM 11 (2004), S. 1–30.

[7] Vgl. neben der in Anm. 2 genannten Literatur Rudolf UERTZ, Konservative Kulturkritik in der frühen Bundesrepublik. Die Abendländische Akademie in Eichstätt, 1952–1956, in: HPM 8 (2001), S. 45–71; Vanessa PLICHTA (= Vanessa CONZE), »Die Erneuerung des Abendlandes wird die Erneuerung des Reiches sein«. Europaideen in der Zeitschrift »Neues Abendland« (1946–1958), in: Michel GRUNEWALD (Hg. in Zusammenarbeit mit Hans Manfred BOCK), Der Europadiskurs in den deutschen Zeitschriften (1945–1955), Bern u.a. 2001, S. 319–343; im Blick auf die Literaturszene Stephen BROCKMANN, Germany as Occident at the Zero Hour, in: German Studies Review 25 (2002), S. 477–496; aus explizit konservativer Sicht Felix DIRSCH, Individualisierung und Traditionsbewahrung. Das katholische Milieu der 1950er Jahre und die Zeitschrift »Neues Abendland«, in: KROLL (Hg.), Kupierte Alternative (wie Anm. 4), S. 101–124; Jens NORDALM, Zur Abendland-Diskussion in der frühen Bundesrepublik, in: Andreas MICHLER (Hg.), Blicke auf Europa: Kontinuität und Wandel, Neuwied 2003, S. 199–213.

[8] Axel SCHILDT, Ökumene wider den Liberalismus. Zum politischen Engagement konservativer protestantischer Theologen im Umkreis der Abendländischen Akademie, in: Thomas SAUER (Hg.), Katholiken und Protestanten in den Aufbaujahren der Bundesrepublik, Stuttgart 2001, S. 187–205.

avancierte. Der vormals konservativ-revolutionäre Ideologe des legendären Tat-Kreises, Hans Zehrer, forderte nach 1945 in zahlreichen Leitartikeln des »Sonntagsblatts«, die Schuld anzuerkennen, den Weg des Abendlandes verlassen zu haben. Erst durch Anerkennung dieser Schuld, so Zehrer, könne sich wieder das »Herrenbewußtsein« einer »Elite« bilden[9]. Als einflußreicher Vordenker muß der Soziologe Hans Freyer benannt werden, der 1931 noch eine »Revolution von rechts« propagiert hatte, und nun, 1948, die Konstruktion eines sich auf seine abendländischen Wurzeln besinnenden Europas vorstellte, das sich mit den USA gegen den Bolschewismus wenden müsse. In seinem voluminösen Werk reflektierte Freyer in dem von ihm bekannten Pathos der Nüchternheit die neuen weltpolitischen Rahmenbedingungen – nach 1945 sei alles anders geworden, begegnete sich das Abendland außerhalb Europas nicht mehr sich selbst, sondern außereuropäischen Mächten –, aber gleichzeitig wird bei der Lektüre deutlich, wie wenig hinsichtlich der Feindbestimmung geändert werden mußte[10].

Gemeinhin wird unterschätzt, wie präsent die Abendland-Begrifflichkeit im Zweiten Weltkrieg, vor allem nach der Wende von Stalingrad, gewesen war; Goebbels' Durchhalte-Rede im Sportpalast vom 18. Februar 1943 und die Werbung für die Waffen-SS unterschieden sich hinsichtlich ihrer antibolschewistischen Terminologie kaum von Verlautbarungen der Kirchenführer beider Konfessionen sowie von Stellungnahmen namhafter Persönlichkeiten des Widerstands. Eben dieser Umstand trug sicherlich nach 1945 zur Popularität der Begriffswelt bei, auf die man sich von ganz verschiedenen Traditionen und politischen Positionen kommend beziehen konnte[11].

Die Konjunktur der Abendland-Ideologie dauerte etwa ein Jahrzehnt. Als symbolischer Höhe- und Endpunkt mag der 10. Juli 1955 angesehen werden,

[9] Hans ZEHRER, Stille vor dem Sturm. Aufsätze zur Zeit, Hamburg 1949, S. 12ff.; vgl. Axel SCHILDT, Deutschlands Platz in einem »christlichen Abendland«. Konservative Publizisten aus dem Tat-Kreis in der Kriegs- und Nachkriegszeit, in: Thomas KOEBNER u.a. (Hg.), Deutschland nach Hitler. Zukunftspläne im Exil und aus der Besatzungszeit, Opladen 1987, S. 344–369.

[10] Hans FREYER, Weltgeschichte Europas, 2 Bde., Wiesbaden 1948; gleich zu Beginn wird hier »Europa« synonym zu »Abendland« verwandt (Bd. I, S. IX).

[11] Eine Fülle von Hinweisen dazu in: Hans-Erich VOLKMANN (Hg.), Das Rußlandbild im Dritten Reich, Köln u.a. 1994 (hier auch einschlägige Beiträge zu den beiden Kirchen); vgl. zur Reichstagsrede von Hitler am 11.12.1941 Max DOMARUS, Hitler. Reden und Proklamationen 1932–1945. Kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen, Bd. II/2. Halbband, Wiesbaden 1973, S. 1796; zum »Abendland« in Goebbels' Sportpalastrede am 18.2.1943: Helmut HEIBER (Hg.), Goebbels-Reden, Bd. 2: 1939–1945, Düsseldorf 1972, S. 172–208; zur antibolschewistischen Abendlandvision im Widerstand: Gregor SCHÖLLGEN, Ulrich von Hassell 1881–1944. Ein Konservativer in der Opposition, München 1990, S. 140; vgl. insgesamt Hans MOMMSEN, Das Gesellschaftsbild und Verfassungspläne des deutschen Widerstandes, in: Hermann GRAML (Hg.), Widerstand im Dritten Reich. Probleme, Ereignisse, Gestalten, Frankfurt a.M. 1984, S. 14–92.

als 60 000 gläubige katholische und evangelische Christen im Augsburger Rosenau-Stadion sich zum Höhepunkt der Jahrtausendfeier der Schlacht auf dem Lechfeld im Jahre 955 versammelten; die vielbeachtete Hauptrede, es war sein erster öffentlicher Auftritt als Bundesaußenminister, hielt Heinrich von Brentano. Er sah eine »deutliche Parallele« zwischen der Ungarn-Schlacht vor tausend Jahren und der aktuellen politischen Lage:

Die Ähnlichkeit ist erschreckend. Damals standen vor den Toren des Abendlandes, vor den Toren dieser Stadt, in der wir weilen, die heidnischen Nomadenscharen des Ostens; Verderben und Untergang drohten. Jetzt stehen wiederum, nicht sehr viel weiter von dieser Stadt entfernt, die Massen des Ostens[12].

Daß sich die Zeiten geändert hatten, zeigte sich an Reaktionen in der Öffentlichkeit, in der solche abendländischen Analogien als Gefährdung für erste außenpolitische Entspannungsversuche zunehmend auf kritische Stimmen stießen[13]. Ein Wandel der politischen Kultur, in die der fanatische Antibolschewismus nicht mehr unangefochten paßte, war Teil der Transformation der »langen 60er Jahre« (Anselm Doering-Manteuffel).

Semantischer Umbau

Vor dem knapp skizzierten Hintergrund lassen sich die Tendenzen westdeutscher Geschichtsschreibung unschwer einordnen. Dabei ist allerdings zunächst darauf hinzuweisen, daß Historiker in der intellektuellen Sinngebung nach dem Zweiten Weltkrieg keine führende Rolle spielten. Im Vordergrund der Schulddebatte stand die »Revisionsliteratur«[14] von Theologen, Philosophen, vereinzelt auch Soziologen und nur wenigen Historikern; für die Konstruktion abendländischer Tradition brauchte man diese nicht unbedingt als Experten, da sie mit ihren Spezialkenntnissen des Geschichtsverlaufs mitunter eher zur Irritation beitragen mochten. Aber natürlich ließen auch sie sich die Chance nicht entgehen, angesichts der historischen Aufladung der Abendland-Begrifflichkeit ihre Stimme autoritativ zu erheben. Im »Moratorium der Man-

[12] Zit. nach Abendland: Die missionäre Monarchie, in: Der Spiegel, Nr. 33/1955, S. 12–14, hier S. 12; vgl. zur Lechfeld-Feier 1955 ausführlich Matthias PAPE, Lechfeldschlacht und NATO-Beitritt. Das Augsburger »Ulrichsjahr« 1955 als Ausdruck der christlich-abendländischen Europaidee in der Ära Adenauer, in: Zeitschrift des Historischen Vereins für Schwaben 94 (2001), S. 269–308.

[13] Axel SCHILDT, Mending Fences. The Federal Republic of Germany and the European East, in: Eduard MÜHLE (Hg.), Germany and the European East in the Twentieth Century, Oxford, New York 2003, S. 153–179.

[14] Winfried SCHULZE, Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945, München 1993 (EA 1989), S. 46f.

darine«[15] gab es trotz einer letztendlich recht milden Entnazifizierung viele Stimmen, die, wie etwa Hermann Aubin 1945, in düsterem Ton den »Untergang des Abendlandes« konstatierten[16]. Gleichzeitig fungierte das »christliche Abendland« im Sinne Freyers als »Identitätskonstruktion«[17], die zu einer Integration und der Wiedergewinnung einer Sprecherrolle der Historiker verhelfen sollte. Flexible Strategien eines »semantischen Umbaus«, in denen sowohl wissenschaftsdisziplinäre wie politische Logiken beachtet wurden, waren entscheidend für das Gelingen dieses Ziels, wie der Literaturwissenschaftler Georg Bollenbeck betonte: Im »Zwischenbereich von fachlich-wissenschaftlicher und politischer Kommunikation dokumentieren die semantischen Umbauten den ›Platzierungssinn‹ (Pierre Bourdieu) des akademischen Personals«[18]. Aus diesem Grund läßt sich das Thema der Abendland-Konjunktur in der Geschichtsschreibung auch nicht im engen Sinne als Wissenschaftsgeschichte, sondern nur im Zusammenhang von dieser mit einer weiteren *intellectual history* und der Entwicklung politischer Kultur verstehen.

Die Dominanz der Abendland-Begrifflichkeit kam den Historikern besonders entgegen, weil sie ihnen professionell geläufig war, so daß kaum Umformulierungsprobleme bestanden. Es war kein Zufall, daß in der prominenten Schrift über die »deutsche Katastrophe« von Friedrich Meinecke von der

[15] Bernd WEISBROD, Dem wandelbaren Geist. Akademisches Ideal und wissenschaftliche Transformation in der Nachkriegszeit, in: DERS. (Hg.), Akademische Vergangenheitspolitik. Beiträge zur Wissenschaftskultur der Nachkriegszeit, Göttingen 2002, S. 11–35, hier S. 19f., 28; vgl. zu den universitären Rahmenbedingungen allgemein Axel SCHILDT, Im Kern gesund? Die deutschen Hochschulen 1945, in: Helmut KÖNIG, Wolfgang KUHLMANN, Klaus SCHWABE (Hg.), Vertuschte Vergangenheit. Der Fall Schwerte und die NS-Vergangenheit der deutschen Hochschulen, München 1997, S. 223–240.

[16] Zit. nach Eduard MÜHLE, Für Volk und deutschen Osten. Der Historiker Hermann Aubin und die deutsche Ostforschung, Düsseldorf 2005, S. 125; vgl. zum Kontext Peter SEGL (Hg.), Moderne und Mittelalter. Entdeckung und Rekonstruktion der mittelalterlichen Welt, Sigmaringen 1997; allgemeine Skizzen zu den neuen Bedingungsfaktoren für die Geschichtswissenschaft bieten Bernd FAULENBACH, Historistische Tradition und politische Neuorientierung. Zur Geschichtswissenschaft nach der »deutschen Katastrophe«, in: Walter H. PEHLE, Peter SILLEM (Hg.), Wissenschaft im geteilten Deutschland. Restauration oder Neubeginn nach 1945, Frankfurt a.M. 1992, S. 191–204; Otto Gerhard OEXLE, »Zusammenarbeit mit Baal«. Über die Mentalitäten deutscher Geisteswissenschaftler 1933 – und nach 1945, in: Historische Anthropologie 8 (2000), S. 1–27; Klaus GROSSE KRACHT, Die zankende Zunft. Historische Kontroversen in Deutschland nach 1945, Göttingen 2005, S. 23–46; Jan ECKEL, Hans Rothfels. Eine intellektuelle Biographie im 20. Jahrhundert, Göttingen 2005, S. 265ff., 336ff.

[17] Heidrun KÄMPER, Der Schulddiskurs in der frühen Nachkriegszeit. Ein Beitrag zur Geschichte des sprachlichen Umbruchs nach 1945, Berlin, New York 2005, S. 415.

[18] Georg BOLLENBECK, Das neue Interesse an der Wissenschaftshistoriographie und das Forschungsprojekt »Semantischer Umbau der Geisteswissenschaften«, in: DERS., Clemens KNOBLOCH (Hg.), Semantischer Umbau der Geisteswissenschaften nach 1933 und 1945, Heidelberg 2001, S. 9–40, hier S. 16, 20.

»weltbürgerlichen Kulturgemeinschaft des christlichen Abendlandes« die Rede war, »wie sie tatsächlich bestanden hat und nach unseren heißesten Wünschen wieder aufblühen sollte«[19] – dies war der Rückgriff auf eine selbstverständliche begriffliche Größe des Historismus seit Leopold Ranke, der in der Einleitung seiner »Deutschen Geschichte im Zeitalter der Reformation« (1839) die »Gefahr des Abendlandes« durch die doppelte Bedrohung von islamischer und heidnischer Seite ausgemalt hatte.

Die Historiker hatten in der erwähnten politisch-propagandistischen Abendland-Konjunktur des Zweiten Weltkriegs einen festen Platz eingenommen. Die Rede Aubins zum 700. Jahrestag der Mongolenschlacht bei Liegnitz, die er zwei Monate vor dem Überfall auf die Sowjetunion hielt und in der er die Tapferkeit der deutschen Krieger beschwor, die seit Jahrhunderten das Abendland vor den »vernichtenden Einbrüchen asiatischer Völker« bewahrt hätten[20], wies durchaus Anklänge an die zitierten späteren Äußerungen des ersten Bundesaußenministers auf. Karin Schönwälder hat in ihren Studien zur Geschichtswissenschaft im »Dritten Reich« auf den Wechsel der Zentralbegriffe »Volk – Mitteleuropa – Reich – Abendland«[21] aufmerksam gemacht. Nach Kriegsbeginn, als sich die Historiker im Rahmen der »Aktion Ritterbusch« in die Front der »Deutschen Geisteswissenschaft« einordneten und auf einer großen Konferenz in Nürnberg im Februar 1941 über »Das Reich und Europa« nachdachten – Teilnehmer u.a. Gerhard Ritter und Siegfried A. Kaehler[22] –, und erst recht nach der Kriegswende von Stalingrad wurde die Verteidigung des Abendlandes gegen den »Bolschewismus« auch zu ihrer zentralen Parole – und blieb es nach dem Zweiten Weltkrieg[23].

[19] Friedrich MEINECKE, Die deutsche Katastrophe, Wiesbaden 1946, S. 173.

[20] Zit. nach MÜHLE, Für Volk (wie Anm. 16), S. 119.

[21] Karen SCHÖNWÄLDER, »Lehrmeisterin der Völker und der Jugend«. Historiker als politische Kommentatoren, 1933–1945, in: Peter SCHÖTTLER (Hg.), Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft 1918–1945, Frankfurt a.M. 1997, S. 128–165, hier S. 152.

[22] Frank-Rutger HAUSMANN, »Deutsche Geisteswissenschaft« im Zweiten Weltkrieg. Die »Aktion Ritterbusch« (1940–1945), Dresden, München 1998, S. 181ff.

[23] Vgl. Karen SCHÖNWÄLDER, Historiker und Politik. Geschichtswissenschaft im Nationalsozialismus, Frankfurt a.M., New York 1992, S. 237ff.; vgl. zum Institutionengeflecht der historiographischen und interdisziplinären Ostforschung im »Dritten Reich« u.a. Michael BURLEIGH, Germany Turns Eastwards. A Study of Ostforschung in the Third Reich, Cambridge 1988; Gabriele CAMPHAUSEN, Die wissenschaftliche historische Ostforschung im Dritten Reich, Frankfurt a.M. 1990; Ingo HAAR, Historiker im Nationalsozialismus. Deutsche Geschichtswissenschaft und der »Volkstumskampf« im Osten, Göttingen 2000 (^{2}2002); DERS., »Kämpfende Wissenschaft«. Entstehung und Niedergang der völkischen Geschichtswissenschaft im Wechsel der Systeme, in: Winfried SCHULZE, Otto Gerhard OEXLE (Hg.), Deutsche Historiker im Nationalsozialismus, Frankfurt a.M. 1999, S. 215–240; ideengeschichtliche Hinweise zu Kontinuitäten bereits in: Wolfgang WIPPERMANN, Der ›deutsche Drang nach Osten‹. Ideologie und Wirklichkeit eines politischen Schlagwortes, Darmstadt 1981, S. 117ff.

Allerdings sollte ebenso wie für die gesamte politisch-kulturelle Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg auch im Blick auf die Historiker und die Tendenzen der Geschichtswissenschaft die allgemeine Konjunktur der Abendland-Begrifflichkeit von einer spezifischen supranational-antiborussischen Strömung unterschieden werden.

Nationalkonservative Adaption des Abendlandes

Ein geschichtspolitisch zentraler Akteur unter den Historikern war Gerhard Ritter (1888–1967), der 1948 erster Vorsitzender des neu gegründeten Verbandes der Historiker Deutschlands (VHD) wurde[24]. Ihm ging es um eine elastische Apologie, die das »altpreußische Wesen« geradezu als Antipoden des »neudeutschen Nationalismus« konstruierte. In scharfer Kritik der »unglückseligen Theorie« vom »Volk ohne Raum« hatte er schon 1945 in einer Denkschrift für die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) den »überreizten Nationalismus« von »Grenzdeutschen«[25] als Ursache der »deutschen Katastrophe« benannt. In »Geschichte als Bildungsmacht« (1946) fragte er davon ausgehend, ob es nicht sinnlos sei, »daß ein einzelner Mensch diesen ungeheuren Einfluß der Barbarei über das Abendland herbeizuführen vermochte, den wir erlebt haben«[26]. Ritter war die Abendland-Terminologie selbstverständlich vertraut, nicht zuletzt aus dem lockeren Widerstandskreis um Carl Goerdeler. Wenig originell war seine Hervorhebung des »modernen Menschenmassentums« als »Nährboden für die Agitation moderner Volksführer und für die Errichtung ›totalitärer‹ Volksstaaten«, mit der Hitlers Erfolg als »keine Besonderheit der deutschen Entwicklung«, sondern als Kennzeichen im »Zeitalter des allgemeinen Kulturzerfalls, der Glaubenslosigkeit und des moralischen Nihilismus« beschrieben werden konnte[27]. Damit formulierte er

[24] Die bewußte Konzentration von Ritter auf die Zeitgeschichte erklärt Christoph CORNELISSEN, Gerhard Ritter. Geschichtswissenschaft und Politik im 20. Jahrhundert, Düsseldorf 2001, S. 522ff.; vgl. auch SCHULZE, Deutsche Geschichtswissenschaft (wie Anm. 14), S. 64ff.

[25] CORNELISSEN, Gerhard Ritter (wie Anm. 24), S. 528.

[26] Gerhard RITTER, Geschichte als Bildungsmacht. Ein Beitrag zur historisch-politischen Neubesinnung, Stuttgart 1946, S. 13.

[27] Gerhard RITTER, Europa und die deutsche Frage. Betrachtungen über die geschichtliche Eigenart deutschen Staatsdenkens, München 1948, S. 194f., 199; die hier noch anzutreffende Anmerkung, dies sei »keine Entschuldigung« (ibid. S. 200), folgte dem nicht logisch und konnte später fallengelassen werden; vgl. zur Kritik der »Vermassung« im größeren Zusammenhang der aufeinander aufbauenden Kritik von Technik, Masse und Entfremdung Axel SCHILDT, Moderne Zeiten. Freizeit, Massenmedien und ›Zeitgeist‹ in der Bundesrepublik der 50er Jahre, Hamburg 1995, S. 324ff.

nur ein traditionsreiches Narrativ auch der Abendland-Ideologie, allerdings ohne Mittelalter-Verklärung und konfessionelle Schuldzuschreibungen. In diesem Zusammenhang ist auch die selbstkritische Passage seiner Rede auf dem ersten Nachkriegs-Historikertag in München 1949 zu lesen, daß die »Differenzierung des mittelalterlich-christlichen Abendlandes durch Herausbildung der modernen europäischen Nationalstaaten« noch das »Grundthema der Universalhistorie Rankes« gewesen sei, während seine Nachfolger »alle mehr oder weniger Nationalhistoriker« geworden seien[28]. Den Verlust »abendländischen Denkens im Bad des Historismus seit rund einem Jahrhundert« beklagte Paul Egon Hübinger in einem fast gleichzeitig erschienenen programmatischen Aufsatz der neuen Zeitschrift für Geschichtslehrer »Geschichte in Wissenschaft und Unterricht«. »Die Einordnung der deutschen Vergangenheit an falscher Stelle des abendländischen Geschichtsverlaufs«, die zur illusionären Annahme geführt habe, Preußen und Deutschland könnten »ernsthaft mit den europäischen Flügelmächten im Kampf um die Vorherrschaft rivalisieren«, müsse nun durch eine Besinnung auf die »Kräfte der europäischen Tradition« korrigiert werden[29].

Gerade für nationalsozialistisch besonders belastete Historiker bot sich diese Besinnung als Eintrittsbillet in die sich neu formierende akademische Welt an, wie sich am Beispiel von Otto Brunners »alteuropäischer« Wende vom Völkischen zum Abendländischen anschaulich darstellen läßt[30]. Diese Wende, die er im Ausklang seiner Hamburger Rede über »Abendländisches Geschichtsdenken« 1954 mit einer bizarren Selbstkritik ausklingen ließ – im Anschluß an Theodor Litt formulierte er, »aber man muß wohl auch einmal einen

[28] Gerhard RITTER, Gegenwärtige Lage und Zukunftsaufgaben der deutschen Geschichtswissenschaft (Eröffnungsvortrag des 20. Deutschen Historikertags in München am 12. September 1949), in: Historische Zeitschrift (HZ) 170 (1950), S. 1–22, hier S. 4; vgl. DERS., Deutsche Geschichtswissenschaft im 20. Jahrhundert, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht (GWU) 1 (1950), S. 81–96, 129–237; DERS., Deutsche Geschichtswissenschaft heute, in: Zeitwende 2 (1953), S. 377–381.

[29] Paul Egon HÜBINGER, Um ein neues deutsches Geschichtsbild, in: GWU 1 (1950), S. 385–401, hier S. 385, 392, 400.

[30] Vgl. Robert JÜTTE, Zwischen Ständestaat und Austrofaschismus. Der Beitrag Otto Brunners zur Geschichtsschreibung, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte 13 (1984), S. 237–262; korrigierend Reinhard BLÄNKNER, Von der »Staatsbildung« zur »Volkwerdung«. Otto Brunners Perspektivenwechsel der Verfassungshistorie im Spannungsfeld zwischen völkischem und alteuropäischem Geschichtsdenken, in: Luise SCHORN-SCHÜTTE (Hg.), Alteuropa oder Frühe Moderne. Deutungsmuster für das 16. bis 18. Jahrhundert aus dem Krisenbewußtsein der Weimarer Republik in Theologie, Rechts- und Geschichtswissenschaft, Berlin 1999, S. 87–135; DERS., Nach der Volksgeschichte. Otto Brunners Konzept einer »europäischen Sozialgeschichte«, in: Manfred HETTLING (Hg.), Volksgeschichten im Europa der Zwischenkriegszeit, Göttingen 2003, S. 326–366; Thomas ETZEMÜLLER, Sozialgeschichte als politische Geschichte. Werner Conze und die Neuorientierung der westdeutschen Geschichtsschreibung nach 1945, München 2001, S. 72ff., 86ff.

Irrweg zu Ende gehen, um ihn als solchen zu erkennen und den rechten Weg zu finden«[31]–, schuf übrigens eine ganz eigene Konstruktion des »Abendlandes«, das von Brunner nicht primär auf das Mittelalter bezogen wurde, sondern nun die »Zeitspanne von Homer bis Goethe« umschloß[32]. Diese kühne Konstruktion hatte zwar wenig mehr mit Geschichtswissenschaft zu tun, stellte aber ein um so attraktiveres bildungsbürgerliches Angebot dar.

Das Reden von der »europäischen« bzw. synonym »abendländischen« Tradition drückte die semantischen Umbau-Notwendigkeiten in idealer Weise aus. So konnte die seit Ende des Ersten Weltkriegs betriebene Westforschung – etwa in der »Bonner Schule« von Franz Steinbach (1895–1964) und Franz Petri (1903–1993)[33] – vom expansionistischen »Grenzkampf« auf »europäische Zusammenarbeit« gedreht[34] und insofern weitgehend problemlos in die Abendland-Ideologie eingepaßt werden. Kleinere Schwierigkeiten bereitete ›nur‹ die Berücksichtigung der Logik des Faches und der eigenen Biographie. Man kann den Umgang damit studieren, wenn man etwa Hermann Aubins Lob – von 1949 – für den »Nachweis germanischen Volkserbes in Wallonien und Nordfrankreich« durch Franz Petri (1937) einerseits und seine gleichzeitige Kritik an Otto Höflers Schlagwort vom »germanischen Kontinuitätsproblem« (ebenfalls 1937) andererseits nachliest[35]. Die Mega-Ausstellung »Werdendes Abendland an Rhein und Ruhr«, in Krupps Villa Hügel im Beisein von Bundespräsident Theodor Heuss, Bundeskanzler Konrad Adenauer, allen katholischen und vielen evangelischen Bischöfen sowie zahlreichen Ministern des Bundes und der Länder, im Mai 1956 eröffnet, symbolisiert das Gelingen semantischen Umbaus bei Fortbestehen »altbewährter Strukturen«[36].

[31] Otto BRUNNER, Abendländisches Geschichtsdenken. Rede gehalten anläßlich der Feier des 35. Jahrestages der Universität Hamburg am 19. Mai 1954, Hamburg 1954, S. 38.

[32] BLÄNKNER, Von der »Staatsbildung« (wie Anm. 30), S. 117. Bei Brunner, der von der katholischen zur evangelischen Seite konvertiert war, fehlte sichtlich die ansonsten meist übliche christliche Note des Abendlandes.

[33] Das Beispiel der »Bonner Schule« zeigt, daß der Begriff der »nationalkonservativen Adaption« (s.o.) nicht auf protestantische Historiker verengt werden darf, wurde Kontinuität doch in diesem Fall durch »Persilscheine« katholischer Bischöfe und im Rahmen der Görres-Gesellschaft gestiftet.

[34] Vgl. Peter SCHÖTTLER, Von der rheinischen Landesgeschichte zur nazistischen Volksgeschichte oder Die »unhörbare Stimme des Blutes«, in: SCHULZE, OEXLE (Hg.), Deutsche Historiker (wie Anm. 23), S. 89–113, hier S. 95; vgl. DERS., Die historische »Westforschung« zwischen »Abwehrkampf« und territorialer Offensive, in: DERS., Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft (wie Anm. 21), S. 204–261.

[35] Hermann AUBIN, Vom Altertum zum Mittelalter. Absterben, Fortleben und Erneuerung, München 1949, S. 47, 68.

[36] Hans DERKS, Deutsche Westforschung. Ideologie und Praxis im 20. Jahrhundert, Leipzig 2001, S. 211.

Wie bereits angedeutet, waren die Probleme semantischen Umbaus hinsichtlich der »Ostforschung«[37] weit geringer, konnte hier doch auf einer im Krieg bereits entwickelten »antibolschewistischen Langzeitstrategie«[38] aufgebaut werden. Als Ergebnis einer Unterredung am Rande des Historikertags 1949 zur Institutionalisierung einer interdisziplinären Ostforschung – Teilnehmer u.a. Hans Rothfels, Theodor Schieder, Werner Conze, Walter Hubatsch und Bundesminister Theodor Oberländer – hielt Aubin fest: »Wir brauchen uns nicht umzustellen. Natürlich geht es weiterhin, wie stets, um die reine Wahrheit«[39]. Mit dieser Selbstgewißheit wurde an den Universitäten eine »pathetische Abendland-Apotheose«[40] zelebriert. Der nun in Hamburg lehrende Aubin, der 1950 eine vom Abendland besonders geprägte Geschichtsepoche nach »schmerzvoll-gewaltigen Wehen«[41] heraufziehen sah, war die treibende Kraft bei der Gründung des Herder-Forschungsrats, als dessen erstes Projekt das Grundlagenwerk »Grundriß des abendländischen Ostraums« geplant wurde[42].

Von größtem Wiedererkennungswert war die Abendland-Ideologie für die Historiker, die an jenen »Grenzland«-Universitäten gelehrt hatten, die sich als Vorposten des Abendlandes verstanden hatten, vor allem Breslau und Königsberg. Hermann Aubin, Werner Conze, Theodor Schieder und vielen anderen war das Denken in den Kategorien und die Metaphorik von »Europa gegen Asien« bestens vertraut[43]. Daß gerade deren Expertise für die regierungsoffiziöse »Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mittel-

[37] Vgl. Eduard MÜHLE, ›Ostforschung‹. Beobachtungen zu Aufstieg und Niedergang eines geschichtswissenschaftlichen Paradigmas, in: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 46 (1997), S. 317–349; Wlodzimierz BORODZIEJ, ›Ostforschung‹ aus der Sicht der polnischen Geschichtsschreibung, in: Ibid. S. 405–426; vgl. Kai Arne LINNEMANN, Das Erbe der Ostforschung. Zur Rolle Göttingens in der Geschichtswissenschaft der Nachkriegszeit, Marburg 2002.

[38] Hans-Erich VOLKMANN, Historiker aus Leidenschaft. Hermann Aubin als Volksgeschichts-, Kulturboden- und Ostforscher, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG) 49 (2001) S. 32–49, hier S. 40.

[39] Zit. nach ibid. S. 44.

[40] Christoph KLESSMANN, Osteuropaforschung und Lebensraumpolitik im Dritten Reich, in: Peter LUNDGREEN (Hg.), Wissenschaft im Dritten Reich, Frankfurt a.M. 1985, S. 350–383, hier S. 370.

[41] Hermann AUBIN, Zwischen Altertum und Neuzeit. Einheit und Vielfalt im Aufbau des mittelalterlichen Abendlandes, in: Walter HUBATSCH (Hg.), Schicksalswege deutscher Vergangenheit. Festschrift für S. A. Kaehler zum 65. Geburtstag, Düsseldorf 1950, S. 15–42, hier S. 15; im Wintersemester 1950/51 hatte er erstmals wieder eine Vorlesung zum »abendländischen Ostraum« gehalten; vgl. MÜHLE, Für Volk (wie Anm. 16), S. 138; vgl. Werner CONZE (Hg.), Deutschland und Europa. Historische Studien zur Völker- und Staatenordnung des Abendlandes. Festschrift für Hans Rothfels, Düsseldorf 1951.

[42] Vgl. MÜHLE, Für Volk (wie Anm. 16), S. 417ff.

[43] Vgl. die wichtigen Arbeiten von ETZEMÜLLER, Sozialgeschichte als politische Geschichte (wie Anm. 30), S. 22, 25, 36, 217, 281; ECKEL, Hans Rothfels (wie Anm. 16), S. 312ff.

europa« gesucht wurde, ergab sich aus der inhaltlichen Kontinuität der Ostforschung ebenso wie aus der Weiterexistenz der Netzwerke von Ministerialen und beteiligten Ordinarien, etwa der Verbindungen von Schieder zu Oberländer. Allerdings zeigten sich einige Widersprüche zwischen politischer und fachwissenschaftlicher Logik, etwa Querelen zwischen der von Schieder organisierten Forschergruppe und Ansprüchen der Vertriebenen-Funktionäre[44].

Die supranationale Abendland-Strömung

Unter den Abendland-Ideologen, die nach dem Krieg ihre Stimme erhoben, gab es einige Historiker, die nicht zum nationalkonservativ geprägten *inner circle* des Faches gehört hatten und nun – angesichts der veränderten Rahmenbedingungen – eine Chance sahen, die Meinungsführerschaft zu erobern. Dazu zählte der Soziologe und Historiker Alfred von Martin (1882–1979), ein dezidierter Kritiker Gerhard Ritters[45], der sich mit zeittypischen Beiträgen zur Schulddebatte in Broschürenform einmischte[46]. Für Martin war Deutschland im christlichen Mittelalter als »Verwalter des heiligen, des vom sacerdotium geweihten Imperiums, des abendländischen, der Ideen nach universalen Kaisertums wesentlicher Träger des hohen Gedankens von der politischen Versichtbarung und Verwirklichung der religiös sittlichen Weltordnung« gewesen. Das Deutschtum sei durch seine Verchristlichung »zugleich humanisiert, europäisiert« worden. Doch unter dieser Hülle sei das »potentielle – und stets mit Aktualisierung drohende – Antieuropäertum des Deutschen eine Gegebenheit« geblieben. Die »antihumanistische Wirkung, die von Luther ausging« und im Preußischen ihren Ausdruck gefunden habe, wurde von Martin

[44] Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa. In Verbindung mit Adolf DIESTELKAMP, Rudolf LAUN, Peter RASSOW, Hans ROTHFELS (und ab Bd. 3 mit Werner CONZE) bearbeitet von Theodor SCHIEDER, hg. v. Bundesministerium für Vertriebene, Bonn 1953–1961 (unveränderter Nachdruck: München 1984); vgl. Matthias BEER, Im Spannungsfeld von Politik und Zeitgeschichte. Das Großforschungsprojekt »Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa«, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (VfZ) 46 (1998), S. 345–389, hier S. 362, 368, 374, 376; DERS., Der »Neuanfang« der Zeitgeschichte nach 1945. Zum Verhältnis von nationalsozialistischer Umsiedlungs- und Vernichtungspolitik und der Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa, in: SCHULZE, OEXLE (Hg.), Deutsche Historiker (wie Anm. 23), S. 274–301.

[45] Vgl. CORNELISSEN, Gerhard Ritter (wie Anm. 24), S. 531.

[46] Alfred VON MARTIN, Geistige Wegbereiter des deutschen Zusammenbruchs (Hegel, Nietzsche, Spengler), Recklinghausen 1948; die folgenden Zitate S. 6, 7, 8, 24; vgl. auch DERS., Geschichte vom Standpunkt der Humanität, Ulm 1947; DERS., Entpreußung des deutschen Geschichtsunterrichts, in: Stimmen der Zeit 142 (1948), S. 61–67.

zusammengefaßt: »Der Deutsche hörte (in der Nachfolge Hegels; A.S.) auf, bürgerlich, und begann, militaristisch zu denken – exemplarisch zu beobachten an Treitschke im Jahr des deutschen Unheils 1866«.

Ein weiterer profilierter Vertreter abendländischer Gedanken war Franz Borkenau (1900–1957), einflußreicher Totalitarismus-Theoretiker, dessen intellektuelle Anfänge in der kommunistischen Bewegung und in der kritischen Theorie der »Frankfurter Schule« wurzelten, der aber in der Zeit des US-Exils bereits eine merkwürdige Konversion vollzogen hatte, die ihn als Protagonist des modernen Westens wie abendländischer Traditionen gleichermaßen erscheinen ließ; er publizierte ebenso im liberalen »Monat« wie im »Neuen Abendland«[47]. Ein konzeptioneller Beitrag des Remigranten – er erhielt 1947 nach hinhaltendem Widerstand der Fakultät eine außerplanmäßige Professur in Marburg, wandte sich aber bereits zwei Jahre später dem Journalismus zu – in der »Schulddebatte« lautete: »Die Ich-Form der Rede und der abendländische Individualismus«[48]. Die Freiheit des Abendlandes bzw. – synonym – des Westens sei eben »nicht die Freiheit eines die Gesellschaft in seinem Innersten verachtenden, zu den höchsten Höhen mystischer Selbstgestaltung aufsteigenden Individuums. Dieser Individualismus ist im Westen verpönt. Das Individuum hat seine Freiheit dauernd auf die Gesellschaft zu beziehen, in der es lebt«[49]. Und eben deshalb sei Luthers »innere Freiheit des Menschen in seinem unmittelbaren Verhältnis zu Gott« für den Westen unbrauchbar, weil, »paradoxerweise, viel zu individualistisch«[50]. Das »Luthertum« sei »ein vom Osten her bedingter Protest gegen das Abendland« und habe gezeigt, daß »zwar Westdeutschland ein echter und eindeutiger Teil des Abendlandes war«, nicht aber Ostdeutschland[51]. Aus dieser Gespaltenheit ergab sich für Borkenau, daß die nationalgeschichtliche Entwicklung habe ins Unglück führen müssen, während nun eine konsequente Politik des abendländischen Teils Deutschlands an der Seite der westlichen Mächte betrieben werden müsse.

Prominenter als Borkenau war ein weiterer Marburger, der im »Dritten Reich« als »Jude« stigmatisierte, aber zur katholischen Kirche konvertierte Ludwig Dehio (1888–1963), der im ersten Nachkriegsjahrzehnt das dortige Staatsarchiv und die angegliederte Archivschule leitete und von 1949 bis 1956

[47] Vgl. Hinweise in Michael HOCHGESCHWENDER, Freiheit in der Offensive? Der Kongreß für kulturelle Freiheit und die Deutschen, München 1998, S. 100, 147; SCHILDT, Zwischen Abendland und Amerika (wie Anm. 2), S. 14f., 30; die Ambivalenzen im Werk von Borkenau werden in der Historiographie der politischen Remigration bisher weitgehend ignoriert; vgl. als Ausnahme Mario KESSLER, Zwischen Kommunismus und Antikommunismus: Franz Borkenau (1900–1957), in: DERS. (Hg.), Deutsche Historiker im Exil (1933–1945). Ausgewählte Studien, Berlin 2005, S. 169–196.

[48] Franz BORKENAU, Drei Abhandlungen zur deutschen Geschichte, Frankfurt a.M. 1946.

[49] Ibid. S. 72.

[50] Ibid. S. 73.

[51] Ibid. S. 107.

– auf Vorschlag von Friedrich Meinecke – Herausgeber der Historischen Zeitschrift wurde[52]. Seine Konstruktion einer im Nationalsozialismus kumulierenden Auflösung des Abendlandes, die er in seinem Nachkriegswerk »Gleichgewicht oder Hegemonie« (1949) vornahm, zeigt exemplarisch die theoretische Hilflosigkeit der »abendländischen« Erklärung der »deutschen Katastrophe«[53]. Nach dem Ersten Weltkrieg habe das »Unberechenbare asiatischer Färbung«, die bolschewistische Revolution, die »Gefährdung der nationalen Existenz von innen heraus [...] die Abwehrkräfte des deutschen Volkskörpers« geweckt. »Wie ein schwer verwundeter Löwe richtete sich der Preußengeist aus seiner Betäubung auf«. Eben diesen Abwehrimpuls habe Hitler demagogisch mißbraucht. Anders als das betrogene Volk dachte, handelte es sich nicht um die »friedliche Heilung chronischen Siechtums durch einen Zaubertrunk«, sondern um die »vorbereitende Narkose zu einer Operation mit dem Messer«. Unter Hitler seien zu der »erneuerten altpreußischen militaristisch-bürokratischen Tradition« dann die »modernsten revolutionären Methoden« hinzugetreten. »Wohlbekannte Züge unserer neuen Geschichte« hätten sich in »fieberhafter Übersteigerung« wiedergefunden; mit dem Ende dieses Krieges aber sei der deutsche Patient geheilt worden. Diese nur »verhaltene Abrechnung mit der rankeanischen Machtgeschichte«[54] hatte geringen analytischen Tiefgang und war jedenfalls nicht geeignet, als Gegenposition gegen Ritters Position zu bestehen. Nur in einem Punkt war Dehio sehr radikal, dies aber im Mainstream der politischen Kultur der Adenauer-Ära. In seiner Schrift »Deutschland und die Weltpolitik im 20. Jahrhundert«[55] hielt er fest: »Auch unsere Wiedervereinigung in *Freiheit*, die Bewahrung abendländischen Menschentums in Deutschland, setzt feste Bindung an die Angelsachsen voraus und jede Lockerung gefährdet sie, wenn nicht sofort, dann auf die Länge«. Eine Wiedervereinigung sei allein »im Zuge erhoffter Zurückdrängung des Bolschewismus auf breiter Front, als Teilergebnis allgemeiner und solidarischer Befreiungsaktion«, anzustreben, vor der Einheit stehe allemal die (abendländische) Freiheit. Mit dieser Positionsbestimmung ordnete sich Dehio am radikalen Rand der offiziösen Parole von der Wiedervereinigung in »Einheit und Freiheit« ein, aber dies hatte mit einer geschichtswissenschaftlichen Betrachtung wenig mehr zu tun.

Als Historiker ungleich bedeutender war sicherlich Franz Schnabel (1887–1966), ein Kenner vor allem der Geschichte des 19. Jahrhunderts, auch er

[52] Vgl. Volker BERGHAHN, Ludwig Dehio, in: Hans Ulrich WEHLER (Hg.), Deutsche Historiker, Bd. 4, Göttingen 1972, S. 97–116; SCHULZE, Deutsche Geschichtswissenschaft (wie Anm. 14), S. 87ff.

[53] Ludwig DEHIO, Gleichgewicht oder Hegemonie. Betrachtungen über ein Grundproblem der neueren Staatengeschichte, Krefeld 1949; die folgenden Zitate S. 344–356.

[54] SCHULZE, Deutsche Geschichtswissenschaft (wie Anm. 14), S. 108.

[55] Ludwig DEHIO, Deutschland und die Weltpolitik im 20. Jahrhundert, München 1955; die folgenden Zitate dort S. 147f.

nicht belastet durch nationalsozialistisches Engagement[56]. Im Gegenteil, er hatte 1936 Berufsverbot erhalten. Nach dem Krieg lehrte er an der Universität München und war von 1951 bis 1959 Präsident der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften. Allerdings war Schnabel, der »einzig denkbare Gegenpol zu Gerhard Ritter auf katholischer Seite«[57], offensichtlich nicht bereit, seine durchaus vehement vertretene Kritik an der kleindeutschen Lösung – für ihn der entscheidende Irrweg deutscher Geschichte[58] – über das Fachliche hinaus zu einem geschichtspolitischen Engagement auszuweiten. Er entzog sich dem Werben der Zeitschrift »Neues Abendland«, die ihn gern gewonnen hätte, und insgesamt machte er aus seiner Skepsis gegenüber der Zeitgeschichte, auf die sich Ritter programmatisch konzentrierte, kein Hehl[59].

Der ausgeprägte Individualismus auf Seiten der erwähnten supranational-abendländischen Historiker verhinderte zunächst, daß sich ein organisatorisch starker Zusammenschluß auf dieser Seite bildete. Ein »Arbeitskreis christlicher Historiker« (1947–1955), initiiert von dem im Fach eher randständigen und früh verstorbenen Wilhelm Wühr (1905–1950) von der Philosophisch-Theologischen Hochschule Freising[60], entwickelte nur geringe Wirksamkeit[61]. Eines der prominentesten Mitglieder war der Münsteraner Althistoriker Hans-Erich Stier (1902–1979), der in seiner programmatischen Schrift über die »geistigen Grundlagen der abendländischen Kultur« (1947) zum einen von vornherein Amerika in das Abendland einbezog und zum anderen, da das Christentum mit keiner besonderen Verfassungsform verwachsen sei, eine »christliche Demokratie« propagierte, in der allerdings eine sehr konservativ geprägte »Volksbildung in echt christlichem Geiste gehalten sein« müsse[62]. Solche Gedanken wurden auch auf den von der französischen Besatzungsmacht geförderten internationalen Historikertreffen in Speyer von 1948 bis 1950 verbreitet[63], die einen Vorlauf zur Gründung des Instituts für Europäische Geschichte in Mainz bildeten.

[56] Thomas HERTFELDER, Franz Schnabel und die deutsche Geschichtswissenschaft. Geschichtsschreibung zwischen Historismus und Kulturkritik (1910–1945), Göttingen 1998.

[57] SCHULZE, Deutsche Geschichtswissenschaft (wie Anm. 14), S. 212.

[58] Vgl. für das katholische Publikum Franz SCHNABEL, Das Problem Bismarck, in: Hochland 42 (1949/50), S. 1–27.

[59] Vgl. Wolfgang BENZ, Wissenschaft oder Alibi? Die Etablierung der Zeitgeschichte, in: PEHLE, SILLEM (Hg), Wissenschaft im geteilten Deutschland (wie Anm. 16), S. 11–25, hier S. 11, 16.

[60] Vgl. die Präsentation seiner Forschungsinteressen: Wilhelm WÜHR, Monumenta Germaniae Historica in München, in: Neues Abendland (NA) 5 (1950), S. 100–103.

[61] SCHULZE, Deutsche Geschichtswissenschaft (wie Anm. 14), S. 266ff.

[62] Hans-Erich STIER, Die geistigen Grundlagen der abendländischen Kultur, Gütersloh 1947, S. 81; die nachfolgenden Passagen zur Kultur atmen den Geist katholischer Kritik der Moderne.

[63] Vgl. dazu den Beitrag von Corine DEFRANCE in diesem Band.

Am äußersten rechten Rand der christlichen Demokratie und partiell rechts von ihr stand wie erwähnt die Gruppierung um die Zeitschrift »Neues Abendland« – kein Organ für Historiker, sondern ein Ort auch für diese, bisweilen einen Artikel zu verfassen, wenn sie sich dieser Strömung zugehörig fühlten. Die geschichtspolitische Linie hingegen wurde von Journalisten vorgegeben. Im Editorial der ersten Nummer schrieb der katholische Herausgeber Johann Wilhelm Naumann, es gelte, »der seit Treitschke, Droysen und Sybel verpreußten deutschen Geschichtsauffassung entgegenzutreten [...] Unsere Aufgabe soll es sein, den Ungeist eines preußischen Hochmuts, der Geschichtsfälschung und des vermassenden Militarismus zu bekämpfen [...] im Dienst der Erneuerung Deutschlands aus christlich-universalistischem Geist, also im Sinne echter abendländischer Geisteshaltung«; der Geschichtsprozeß hatte im Verständnis Naumanns dazu geführt, daß infolge der Zerstörung des abendländischen Universalismus durch die »Sucht der ratio, Dinge zu erklären, die nur glaubensmäßig zu sehen und zu finden sind [...], an die Stelle der Staatengemeinschaft des Heiligen Römischen Reiches [der] moderne Nationalstaat mit seiner letzten dämonischen Konsequenz, dem Nationalsozialismus«, getreten war; Deutschland müsse nun »durch die Sühne seiner Schuld zur Mater occidentalis zurückfinden«[64]. Artikel gegen Gerhard Ritter, der zu viel von Westeuropa und zu wenig vom Abendland spreche, schrieben keine prominenten Professoren, sondern häufig etwa der Student der Geschichtswissenschaft Franz Herre (geb. 1926)[65], der später journalistisch Karriere machte; zu den gern historisierenden Autoren gehörten im ersten Jahrgang der Zeitschrift u.a. der von der Sozialdemokratie zur Henlein-Partei und später zur CSU konvertierte sudetendeutsche Publizist und spätere Chefredakteur Emil Franzel sowie der Jurist Ernst von Hippel, dessen antibolschewistische Traktate aus der NS-Zeit von ihm mit geringfügigen Veränderungen seit Ende der 1940er Jahre erneut vermarktet wurden.

In den Vordergrund der Bewegung schob sich bald der CSU-Politiker Gerhard Kroll, ein aus Breslau stammender Jurist und Volkswirt[66]. Er wurde der führende Vertreter einer abendländischen Geschichtsrevision und fungierte von 1949 bis 1951 als Geschäftsführer des Instituts zur Erforschung der nationalsozialistischen Zeit in München, aus dem dann das Institut für Zeitgeschichte entstand. In dieser Eigenschaft geriet er in die vorderste Linie des Kampfes gegen die preußisch-nationalen Historiker, und als er 1950 den Posten des Generalsekretärs in dem neuen Institut anstrebte, traf er auf deren er-

[64] Johann Wilhelm NAUMANN, Neues Abendland, in: NA 1 (1946/47) 1, S. 1–3; vgl. auch DERS., Hegel und der preußische Geist, in: NA 1 (1946/47) 5, S. 29–30.

[65] Vgl. Franz HERRE, Selbstbesinnung der abendländischen Geschichtswissenschaft, in: NA 4 (1949), S. 305–307.

[66] Vgl. zur Biographie von Kroll SCHILDT, Zwischen Abendland und Amerika (wie Anm. 2), S. 45f.; CONZE, Das Europa der Deutschen (wie Anm. 2), S. 73, 129f.

bitterten Widerstand. Gerhard Ritter sah ihn als »Intimfeind« an und verhinderte mit der Drohung, andernfalls aus dem Beirat auszutreten, Krolls Bestallung. Dessen Aktivitäten als Führer der Propagandavereinigung »Abendländische Aktion« und Verfasser ihres Manifests, das einen fanatischen Antibolschewismus mit dem Ideal eines christlichen Ständestaats vereinbarte, sind in Umrissen bekannt. Interessant ist, daß sich als namhafter Historiker der Münchner Südosteuropa-Spezialist Georg Stadtmüller (1909–1985), Gründer der Zeitschrift »Saeculum«, der bei Aubin in Breslau Assistent gewesen und dort habilitiert worden war, zur »Abendländischen Aktion« bekannte und sowohl auf der Gründungsversammlung am 25. August 1951 im Münchner Ärztehaus[67] als auch auf der ersten öffentlichen Kundgebung im großen Saal des neuen Münchner Kolpinghauses am 4. März 1952 eine Rede hielt. Dabei verglich er das neue staatliche Gebäude mit einem »Behelfsheim«, das »nicht den Anspruch erheben kann, Abbild einer endgültigen Ordnung zu sein«[68].

Die Hauptkritik der »Abendländischen Aktion« galt der »formalen Demokratie«, die nicht ausreiche, dem weltanschaulich gepanzerten Bolschewismus zu widerstehen. Im »Neuen Abendland« stellte ein junger Mitarbeiter, Hermann Graml, die Frage, warum sich die an der Ostfront in Gefangenschaft geratenen Offiziere der Wehrmacht, die sich für das »Nationalkomitee Freies Deutschland« (NKFD) rekrutieren ließen, »eine geschlossene Gruppe von intelligenten, gebildeten Menschen aller Berufe, aller Gesellschaftsschichten Deutschlands und damit des Westens, beim ersten ernsthaften Zusammenstoß mit dem Bolschewismus versagt« hätten. Verantwortlich dafür machte er die »geistige Heimatlosigkeit«, und die Folgerung lautete, daß »die politischen Parolen des Westens nicht mehr befähigt« seien, »den Abwehrkampf gegen den Osten« zu tragen. Der »pseudoreligiöse Charakter des Gegners« könne »nur durch Religion überwunden werden«: »In der Herzkammer unserer Willensbildung muß der säkularisierte Begriff des Westens durch das Zukunftsbild eines erneuerten Abendlandes ersetzt werden«[69].

[67] Abendländische Aktion, in: NA 6 (1951), S. 508–512; Georg STADTMÜLLER, Geschichtsbild und Geschichtsunterricht, in: Saeculum 5 (1951), S. 1–9; vgl. zu Stadtmüller CONZE, Das Europa der Deutschen (wie Anm. 2), S. 56, 85ff.; MÜHLE, Für Volk (wie Anm. 16), S. 258; DIRSCH, Individualisierung und Traditionsbewahrung (wie Anm. 7), S. 110; das Beispiel Stadtmüller zeigt, daß es verfehlt ist, von einer »rein evangelischen« Aubin-Schule zu sprechen; Wolfgang WEBER, Priester der Clio. Historisch-sozialwissenschaftliche Studien zu Herkunft und Karriere deutscher Historiker und zur Geschichte der Geschichtswissenschaft 1800–1970, Frankfurt a.M. 1984, S. 246.

[68] Zur ersten Kundgebung der Abendländischen Aktion am 4. März 1952 in München, in: NA 7 (1952), S. 242–245; vgl. auch Georg STADTMÜLLER, Geschichtsbild und Geschichtsunterricht, in: Saeculum 2 (1951), S. 1–9.

[69] Hermann GRAML, Das Nationalkomitee »Freies Deutschland«, in: NA 7 (1952), S. 676–680, hier S. 679f.

Diesem Bildungsauftrag dienten die erwähnten Zusammenkünfte der »Abendländischen Akademie« seit 1952, an denen sich auch namhafte Historiker beteiligten. Auf der ersten Jahrestagung unter dem Thema »Werte und Formen im Abendland« im August 1952 sprach Alois Dempf (München) über »Die Gegenwartskrise der abendländischen Kultur« und wandte sich dabei strikt gegen die Tendenz, die USA aus dem »Abendland« auszuschließen[70]; auf der zweiten Jahrestagung in Eichstätt 1953 referierte Karl Buchheim vom Institut für Zeitgeschichte zum Komplex der »Freiheit in der Heilsgeschichte«[71]. Auf etlichen Wochenendtagungen und Vortragsabenden, die von der »Abendländischen Akademie« 1953 organisiert wurden, sprachen Historiker, darunter Franz Borkenau, Karl Buchheim, Alois Dempf und Georg Stadtmüller, die ein breites Themenspektrum traktierten[72].

Höhepunkt der Aktivitäten war die dritte Jahrestagung der »Abendländischen Akademie« in Eichstätt Ende Juli/Anfang August 1954, die unter das Thema »Staat, Volk, übernationale Ordnung« gestellt worden war[73]. Die durchaus wahrgenommene Abwendung der Sozialdemokratie von marxistischem Gedankengut, so die dort vorgetragene Pointe Georg Stadtmüllers, mache alle Ansätze eines christlich-marxistischen Dialogs überflüssig[74]. Auch die liberale Partei im Regierungslager wurde hart attackiert; Franz Herre verbreitete sich über die »Leichenblässe des deutschen Liberalismus« mit seinen »nationalistischen Atavismen«[75].

Begrenzte Konflikte

Die geschichtspolitische Linie des »Neuen Abendlandes« war insofern interessant, als Anfang der 1950er Jahre zum einen die Polemik gegen abweichende katholische Historiker verstärkt wurde; so machte sich Franz Herre die heftigen Angriffe von Franz Schnabel und Alois Dempf gegen Friedrich Heer (1951) wegen dessen Versuch einer positiven Sicht auf die Aufklärung zu eigen – einige Jahre später erfolgte ein weiterer Frontalangriff von Gerhard

[70] Alois DEMPF, Die Gegenwartskrise der abendländischen Kultur, in: Werte und Formen im Abendland. Jahrestagung der Abendländischen Akademie vom 6.–10.8.1952 in Eichstätt, hekt. Typoskript (o.O./o.J.), S. 1.

[71] Der Mensch und die Freiheit. Vorträge und Gespräche der (2.) Jahrestagung der Abendländischen Akademie 1953, München o.J. (1953).

[72] Abendländische Akademie 1953, in: Diözesan-Archiv Eichstätt, o.Nr.

[73] Staat, Volk, übernationale Ordnung. Vorträge und Gespräche der 3. Jahrestagung der Abendländischen Akademie 1954, München o.J.

[74] Georg STADTMÜLLER, Abschied von Marx, in: NA 9 (1954), S. 257–258.

[75] Franz HERRE, Liberalismus ohne Zukunft, in: NA 10 (1955), S. 227–228.

Kroll gegen die Abwertung des Mittelalters durch den »katholischen Aufklärer« Heer[76].

Der Verbreiterung des konservativen Lagers diente auf der anderen Seite die Mäßigung des antipreußischen Affekts, der das Gespräch mit protestantisch-konservativ gesinnten Kreisen behinderte. In einem programmatischen Aufsatz in »Neues Abendland« vereinnahmte Emil Franzel Bismarck als Föderalisten, der in seiner positiven historischen Bedeutung zu würdigen sei[77]. Auf der Gründungsversammlung der »Abendländischen Aktion« 1951 wurde das Geschehen am 20. Juli 1944 als Beleg gegen die »billige Verdammung preußischen Wesens« angeführt[78]. In einem anderen Zusammenhang hatte Emil Franzel sogar die Männer des 20. Juli, die »letzte echte Elite, die wir besaßen«, als Kronzeugen für die Notwendigkeit abendländischer Elitebildung gewürdigt[79]. Allerdings ließ sich der positive Preußen-Bezug nicht gänzlich durchsetzen. Artikel, in denen das preußische Prinzip schlicht als »antikonservativ«[80] abgelehnt wurde, fanden sich auch künftig in »Neues Abendland«, und auch der Kampf gegen Gerhard Ritter, Hans-Joachim Schoeps und andere borussische Historiker wurde weiterhin mit harten Bandagen geführt[81]. Zur Preußen-Frage war die Diskussion, wenn schon nicht gewollt, so doch zumindest zugelassen, und neben der Ablehnung Preußens fand sich auch die gemäßigte Verteidigung – allerdings nur seines historischen Ranges, nicht etwa einer eventuellen Vorbildfunktion für die Gegenwart[82].

Um 1950 waren wichtige Positionskämpfe bereits ausgefochten worden. Den Vorsitz des Historikerverbandes hatte – gegen manche Widerstände[83] – Gerhard Ritter erhalten, die Betrauung Ludwig Dehios mit der Herausgabe der »Historischen Zeitschrift« mag als gewisse Kompensation gewertet werden. Die beiden Strömungen schufen sich zur gleichen Zeit ihre institutionellen Zentren. Seit 1949 erschien das »Historische Jahrbuch« der 1946 wieder ge-

[76] DERS., Der Christ vor der Geschichte. Zu den Salzburger Hochschulwochen 1951, in: NA 6 (1951), S. 500–504; Gerhard KROLL, Heiliges oder unheiliges Reich? Bemerkungen zu Friedrich Heers abendländischer Geschichtsdeutung, in: NA 11 (1956), S. 135–152.

[77] Emil FRANZEL, Das Bismarckbild in unserer Zeit, in: NA 5 (1950), S. 233–230.

[78] Abendländische Aktion (wie Anm. 67), S. 510.

[79] Franz MURNER (= Emil FRANZEL), Von Lassalle zu Schumacher, in: NA 5 (1950), S. 265–271, hier S. 266.

[80] Bernhard HÜLSMANN, Schicksal des Konservatismus im deutschen Raum, in: NA 6 (1951), S. 401–410, hier S. 405, 407f.

[81] Franz HERRE, Preußens neue Ehre, in: NA 7 (1952), S. 607–614.

[82] Hans ASMUSSEN, Noch einmal Preußen, in: NA 7 (1952), S. 735–738; lediglich einmal kam in einem (deutlich als Gastbeitrag gekennzeichneten) Artikel ein konservativer Preußen-Apologet zu Wort: Hans Joachim SCHOEPS, Das Reich und die Wiederkehr Preußens, in: NA 11 (1956), S. 255–258.

[83] Vgl. Hermann HEIMPEL, Aspekte. Alte und neue Texte, hg. von Sabine KRÜGER, Göttingen 1995, S. 265ff.; SCHULZE, Deutsche Geschichtswissenschaft (wie Anm. 14), S. 159ff.

gründeten Görres-Gesellschaft[84]. In Hamburg wurde auf Anregung nationalsozialistisch belasteter Hochschullehrer, sogenannter »amtsverdrängter« Professoren, 1950 die Ranke-Gesellschaft ins Leben gerufen[85], die zum Sammelbecken nationalkonservativer Historiker wurde. Im gleichen Jahr kam es in Mainz, mit starker Unterstützung von französischer Seite, zur Gründung des Instituts für Europäische Geschichte, das eine Abteilung für »Abendländische Religionsgeschichte« und eine für »Universalgeschichte« erhielt. Während die Leitung der letztgenannten Abteilung zunächst vakant blieb, weil der vorgesehene Mediävist Fritz Kern (1887–1950), ein Mitglied des erwähnten Arbeitskreises christlicher Historiker, kurz nach seiner Konversion zur katholischen Kirche, im Gründungsjahr verstarb, wurde der renommierte katholische Reformationsforscher Joseph Lortz (1887–1975) Direktor der Abteilung für »Abendländische Religionsgeschichte«, obwohl er als ehemaliges NSDAP-Mitglied (seit 1933) und Verfasser einschlägiger Schriften nur mühsam und mit Hilfe eines »Persilscheins« Bischof Graf von Galens entnazifiziert worden war. Mit Lortz war ein streitbarer Abendland-Ideologe gewonnen worden[86].

Vor dem Hintergrund der jeweils abgesteckten Claims, der Herausbildung vor allem regional funktionierender Netzwerke, deren Existenz bis heute nachwirkt, die aber nur in Ansätzen aufgedeckt sind, wäre die These zu überprüfen, ob die »gelegentlich grotesken«[87] Auseinandersetzungen um die Gründung des Instituts für Zeitgeschichte erstens mit einem vollständigen Sieg der nationalkonservativen Strömung endeten und ob diese Auseinandersetzungen zweitens überhaupt jenen zentralen Stellenwert hatten, der ihnen retrospektiv häufig zugeschrieben wird. Sicherlich ist es richtig, daß angesichts der Spezifik deutscher Zeitgeschichte, »im Schatten der NS-Zeit«[88] zu

[84] SCHULZE, Deutsche Geschichtswissenschaft (wie Anm. 14), S. 220.

[85] Vgl. Manfred ASENDORF, Was weiter wirkt. Die Ranke-Gesellschaft – Vereinigung für Geschichte im öffentlichen Leben, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 4 (1989), S. 29–61; auf breiterer Quellengrundlage demnächst die Veröffentlichung der Studie von Arnt GOEDE, Adolf Rein und die Idee der »politischen Universität« (phil. Diss.), Hamburg 2004, S. 326–368.

[86] Vgl. Gabriele LAUTENSCHLÄGER, Joseph Lortz (1887–1975). Weg, Umwelt und Werk eines katholischen Kirchenhistorikers, Würzburg 1987, S. 388ff., 404ff.; vgl. dazu auch die Beiträge von Heinz DUCHHARDT und Winfried SCHULZE in diesem Band.

[87] BENZ, Wissenschaft oder Alibi? (wie Anm. 59), S. 18; vgl. Hellmuth AUERBACH, Die Gründung des Instituts für Zeitgeschichte, in: VfZ 18 (1970), S. 529–555; SCHULZE, Deutsche Geschichtswissenschaft (wie Anm. 14), S. 217ff.

[88] Martin GEYER, Im Schatten der NS-Zeit. Zeitgeschichte als Paradigma einer (bundes-) republikanischen Geschichtswissenschaft, in: Alexander NÜTZENADEL, Wolfgang SCHIEDER (Hg.), Zeitgeschichte als Problem. Nationale Traditionen und Perspektiven der Forschung in Europa, Göttingen 2004, S. 25–53; vgl. Rüdiger HOHLS, Konrad JARAUSCH (Hg.), Versäumte Fragen. Deutsche Historiker im Schatten des Nationalsozialismus, München 2000.

stehen, die abendländisch-supranationale Strömung gute Karten gehabt hatte, dieses Institut in die Hand zu bekommen. Allerdings gab es hier offenbar keine geeigneten Bewerber von Format, Gerhard Kroll jedenfalls war es nicht[89]. Auf der anderen Seite ist daran zu erinnern, daß auch Gerhard Ritter seinen Kandidaten, den nationalsozialistisch belasteten und plumpen Apologeten der NS-Zeit, Michael Freund, nicht durchbringen konnte[90]. Hermann Mau, Schüler des Soziologen Hans Freyer und von Hermann Heimpel, der gegenüber dem Abendland-Protagonisten Karl Buchheim schließlich den Vorzug erhielt, aber nach kurzer Zeit tödlich verunglückte, war eine typische Kompromiß-Figur. Karl Buchheim, der sich in den 1950er Jahren rege in der »Abendländischen Akademie« engagierte, erhielt immerhin den Posten eines Abteilungsleiters im Institut, in dessen Gremien mit dem späteren ZDF-Intendanten Karl Holzamer, Georg Stadtmüller und anderen durchaus namhafte Abendland-Streiter vertreten waren. Das Institut für Zeitgeschichte – das zeigt seine weitere Geschichte in der »Ära Rothfels – Eschenburg – Krausnick«[91] – entwickelte sich nicht zur Zentrale einer Richtung, sondern ebnete die schroffen Fronten ein. Der Interpretation von Winfried Schulze in diesem Zusammenhang, es habe sich um einen »Richtungskampf innerhalb des konservativen Lagers«[92] gehandelt, ist zuzustimmen, aber dieser Richtungskampf war eben immer weniger ein existentieller Verdrängungskampf, der auch nicht mit der Niederlage der Abendland-Protagonisten endete. In die lagerüberwölbende Integrationsideologie der Adenauer-Zeit paßten sowohl die supranational-abendländische als auch die abendländisch gewendete nationalkonservative Strömung und waren im Blick auf unterschiedliche Adressaten gleichermaßen wichtig. In ihrer Gegenwartsdiagnose kamen sie zu jeweils gleichen realpolitischen Ergebnissen, nämlich der Notwendigkeit abendländischer Einheit des Westens gegen den östlichen »Bolschewismus«. In dieser Hinsicht symptomatisch war der Ort für die Jahrestagung der Ranke-

[89] In der Zeit seiner interimistischen Regentschaft 1949/50 hatte er übrigens einige jüngere Abendland-Ideologen, darunter Franz Herre, mit Honoraraufträgen bedacht; AUERBACH, Gründung (wie Anm. 87), S. 550f. In seiner Darstellung der Institutsgeschichte hat Horst Möller Kroll »zweifellos beachtliche Verdienste« bescheinigt; Horst MÖLLER, Das Institut für Zeitgeschichte und die Entwicklung der Zeitgeschichtsschreibung in Deutschland, in: DERS., Udo WENGST (Hg.), 50 Jahre Institut für Zeitgeschichte. Eine Bilanz, München 1999, S. 1–68, hier S. 15.

[90] Vgl. etwa Michael FREUND, Geschichte ohne Distanz, in: Joachim MORAS, Hans PAESCHKE (Hg.), Deutscher Geist zwischen gestern und morgen. Bilanz der kulturellen Entwicklung seit 1945, Stuttgart 1954, S. 315–333; vgl. zum Gesamtzusammenhang CORNELISSEN, Gerhard Ritter (wie Anm. 24), S. 533ff.; zur Blamage von Ritter bei der Kommentierung von »Hitlers Tischgesprächen«: ibid. S. 539ff.

[91] Hermann GRAML, Hans WOLLER, Fünfzig Jahre Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1953–2003, in: VfZ 51 (2003), S. 51–87, hier S. 58ff.; vgl. Johannes HÜRTER, Hans WOLLER (Hg.), Hans Rothfels und die deutsche Zeitgeschichte, München 2005.

[92] SCHULZE, Deutsche Geschichtswissenschaft (wie Anm. 14), S. 217.

Gesellschaft. Sie fand 1953 im Mainzer Institut für Europäische Geschichte statt. Gravierende konzeptionelle Differenzen lassen sich auch in einem zeitgenössischen Schlüsseldokument, dem »Handbuch politisch-historischer Bildung« der neuen Bundeswehr, nicht mehr erkennen. In dessen erstem Band unter dem Titel »Schicksalsfragen der Gegenwart«, zu dem Verteidigungsminister Franz Josef Strauß ein Geleitwort beisteuerte, schrieben unter anderen Hermann Aubin, Walter Hubatsch und Gerhard Ritter als Repräsentanten der einen ebenso wie Otto Heinrich von der Gablentz, Martin Göhring und Georg Stadtmüller als Vertreter der anderen Strömung[93]. Angesichtes des sich rapide vollziehenden Strukturwandels der Öffentlichkeit war es weniger entscheidend, die Kommandohöhen des Historikerverbandes erstürmt zu haben. Eine nähere Untersuchung hätte auch nicht nur die Besetzung der einschlägigen Professuren in den Universitäten, die Themenwahl für Festschriften oder die Redaktion der Fachzeitschriften einzubeziehen, sondern das weite Feld der Geschichtsvermittlung von der Tages- und Wochenpresse bis zur Schule und Erwachsenenbildung[94]. Dann aber verschwimmen die Kriterien für die Frage von Sieg oder Niederlage einer der beiden Historiker-Strömungen, die seit Mitte der 1950er Jahre gemeinsam in die Krise gerieten, als sich die politisch-kulturellen Rahmenbedingungen allmählich veränderten und zuerst bei jüngeren Intellektuellen ein allgemeiner Überdruß gegen abendländisches Pathos verbreitete. Das Ende des Zirkels um die »Abendländische Akademie« und »Neues Abendland« begann Mitte der 1950er Jahre und war Mitte der 1960er Jahre endgültig vollzogen[95], die allgemeine Krise der nationalkonservativen, das Abendland semantisch ausnutzenden Geschichtsschreibung begann im gleichen Zeitraum mit der erbittert ausgefochtenen »Fischer-Kontroverse«, bei der die Granden der Zunft, angeführt von Gerhard Ritter, so unattraktiv »alt aussahen«, während die antiborussische Traditionsgarde daraus keinen Gewinn mehr zu ziehen vermochte[96].

[93] Schicksalsfragen der Gegenwart. Handbuch politisch-historischer Bildung, hg. vom Bundesministerium für Verteidigung. Innere Führung, Bd. 1, Tübingen 1957.

[94] Vgl. dafür Ansätze in Wolfgang KÜTTLER, Jörn RÜSEN, Ernst SCHULIN (Hg.), Geschichtsdiskurs, Bd. 5: Globale Konflikte, Erinnerungsarbeit und Neuorientierungen nach 1945, Frankfurt a.M. 1999 (ebenso die Beiträge von Gangolf HÜBINGER und Hans-Jürgen PANDEL).

[95] Vgl. SCHILDT, Zwischen Abendland und Amerika (wie Anm. 2), S. 68ff.

[96] Vgl. zuletzt GROSSE KRACHT, Die zankende Zunft (wie Anm. 16), S. 47ff.

II. REINSTITUTIONALISIERUNG UND NEUORIENTIERUNG DER BUNDESDEUTSCHEN GESCHICHTSWISSENSCHAFT NACH 1945

ANNE CHR. NAGEL

»GIPFELTREFFEN DER MEDIÄVISTEN«

Der Konstanzer Arbeitskreis für mittelalterliche Geschichte*

»Wenn die deutsche Geschichtswissenschaft europäisch denken soll, müssen die Historiker auch das Ausland einmal gesehen und kennengelernt haben. Dafür ist aber Paris nicht weniger bedeutsam als Rom«. Es war der Mediävist Theodor Mayer, der dies im Oktober 1942 an Reichswissenschaftsminister Bernhard Rust schrieb, als er in einer Denkschrift die Errichtung eines weiteren historischen Auslandsinstituts neben dem in Rom anregte. Mayer stand damals im Zenit seiner Karriere. Als Präsident des Reichsinstituts für ältere deutsche Geschichtskunde, wie die Monumenta Germaniae Historica (MGH) während des »Dritten Reichs« offiziell hießen, hatte er kurz zuvor seine Professur für mittelalterliche Geschichte an der Universität Marburg aufgegeben und war in den Dienst des Reichs getreten. Mit seinem ausgeprägten Hang zum Organisieren machte sich der Mediävist sogleich weitreichende Gedanken über die Zukunft der traditionsreichen Einrichtung sowie über die deutsche Geschichtswissenschaft in einem vom Nationalsozialismus beherrschten Europa. Den Leistungen der französischen Geschichtswissenschaft gegenüber erwies er sich voller Respekt; dementsprechend sollte das geplante Institut in erster Linie der gegenseitigen wissenschaftlichen Verständigung und dem gemeinsamen vertieften Forschen dienen:

> Dazu ist keine Institution so geeignet wie die MG, die von alters her in Frankreich großes Ansehen genießen und tatsächlich schon seit sehr langer Zeit in diesem Sinne gewirkt haben. Die Möglichkeit, aber auch die Notwendigkeit einer intensiven Zusammenarbeit mit den französischen Wissenschaftlern wird nach dem Friedensschluss noch stärker werden. Das Pariser Institut muß sehr leistungsfähig sein, damit es den Wettbewerb mit den französischen Historikern, besonders mit der vorzüglichen École des chartes aushalten kann.

Angesichts des Zeitpunkts, Herbst 1942, ist dies eine bemerkenswerte Äußerung, die den Akzent auf Wettbewerb um geistige Ressourcen, nicht auf Dominanz oder gar Vernichtung legte[1].

* Für Rat und Hilfe bei der Erstellung des Manuskripts danke ich einmal mehr meinen Freunden aus Wuppertal resp. Marburg, Ewald Grothe und Ulrich Sieg.

[1] Mayer überstellte die für den Reichsminister bestimmte Denkschrift mit Schreiben vom 9.10.1942 an den Chef des Amtes Wissenschaft im Reichserziehungsministerium, Rudolf Mentzel. In dem betreffenden Aktenstück findet sich die Bemerkung eines Beamten, daß man die »Ausführungen des Präsidenten Mayer für sehr beachtlich halte«; Bundesarchiv

Bekanntlich wurde während der Präsidentschaft Mayers nichts mehr aus den Plänen für ein Deutsches Historisches Institut in Paris[2]. Dem kontinuierlichen Aufstieg des Österreichers in der deutschen Geschichtswissenschaft seit 1930 folgte 1945 der Sturz: Mit dem Untergang des Deutschen Reichs ging sein Beamtenstatus verloren, die Restitution der alten MGH-Strukturen brachte ihn um das Präsidentenamt. Einer Wiederverwendung im Hochschuldienst stand erst seine politische Belastung entgegen, dann sein fortgeschrittenes Alter. Zuletzt mögen auch handfeste Charaktermängel noch eine Rolle gespielt haben, denn Mayer war gefürchtet streitbar[3]. So fand er notgedrungen zu dem, was ihn in der bundesdeutschen Mediävistik, ja in der deutschen Geschichtswissenschaft überhaupt bis heute unvergessen macht. Theodor Mayer begründete mit dem Konstanzer Arbeitskreis für mittelalterliche Geschichte ein eigenes Forschungsunternehmen, dies natürlich nicht allein, sondern unterstützt von einem illustren Kreis Gleichgesinnter.

Um diesen Zirkel ranken sich bis heute die Geschichten. Man kann inzwischen manches über seine Entstehung und den Urheber nachlesen, darüber, wer dabei war und wer nicht. Der Arbeitskreis selbst hat sich zum 50jährigen Bestehen seine Geschichte geschrieben, und er wurde auch schon in den größeren Kontext bundesdeutscher Mittelalterforschung eingeordnet[4]. So kann sich im Rahmen dieses Beitrags auf Weniges zu seiner Gründungs- und Entwicklungsgeschichte beschränkt werden. Denn im Vordergrund soll die Frage

Berlin (BArchB) R 4901/15200. Das Zitat in der Überschrift entstammt einem Brief von Karl Bosl an Walter Schlesinger, 7.3.1960; NL Schlesinger, Hessisches Landesamt Marburg.

2 Hierzu zuerst: Conrad GRAU, Planungen für ein Deutsches Historisches Institut in Paris während des Zweiten Weltkriegs, in: Francia 19/3 (1993), S. 109–128; den weiteren Kontext zeichnet: Anne Christine NAGEL, Im Schatten des Dritten Reichs. Mittelalterforschung in der Bundesrepublik Deutschland 1945–1970, Göttingen 2005, S. 44–51.

3 Zur Biographie Mayers mit dem Fokus auf seine Marburger Jahre: Anne Chr. NAGEL, Zwischen Führertum und Selbstverwaltung. Theodor Mayer als Rektor der Marburger Universität, in: Winfried SPEITKAMP (Hg.), Staat, Gesellschaft, Wissenschaft. Beiträge zur modernen hessischen Geschichte, Marburg 1994, S. 343–364; DIES. (Hg.), Die Philipps-Universität Marburg im Nationalsozialismus. Dokumente zu ihrer Geschichte, bearb. von Anne Chr. NAGEL und Ulrich SIEG, Stuttgart 2000, S. 30–35, 373–452; Reto HEINZEL, Theodor Mayer. Ein Wissenschaftsorganisator mit »großen Möglichkeiten«, in: Ulrich PFEIL (Hg.), Das Deutsche Historische Institut Paris und seine Gründungsväter. Ein personengeschichtlicher Ansatz, München 2007, S. 59–77. Zu seinen vergeblichen Bemühungen um Wiedereingliederung nach 1945 siehe Winfried SCHULZE, Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945, München 1989, S. 149–158.

4 Den Jubiläumsband schrieb eine intime Kennerin der inneren Strukturen: Traute ENDEMANN, Geschichte des Konstanzer Arbeitskreises. Entwicklung und Strukturen 1951–2001, Stuttgart 2001; vgl. auch: Der Konstanzer Arbeitskreis 1951–2001. Die Mitglieder und ihr Werk. Eine bio-bibliographische Dokumentation, hg. von Jürgen PETERSOHN, bearb. von Jörg SCHWARZ, Stuttgart 2001; in die bundesdeutsche Mediävistik eingeordnet wird der Arbeitskreis bei: NAGEL, Im Schatten des Dritten Reichs (wie Anm. 2), S. 156–187.

nach dem Anteil des Arbeitskreises an der »Rückkehr der deutschen Historiker in die Ökumene der europäischen Geschichtswissenschaft« stehen: Wie reagierte der Arbeitskreis auf die Geschichtswissenschaft im europäischen Ausland? Wurden inhaltliche und methodische Impulse von außen aufgenommen, gab er selbst welche ins Ausland ab? Was blieb vom Wettbewerbsdenken Mayers 1942 um die beste Geschichtsforschung nach dem Krieg? Zur Beantwortung dieser Fragen wurden neben der Sekundärliteratur die Tagungsverzeichnisse, die Referentenlisten sowie weiteres einschlägiges Material aus verschiedenen Nachlässen herangezogen.

Der Beitrag geht in drei Schritten vor. Die 1950er Jahre markierten für die bundesdeutsche Geschichtswissenschaft einen Aufbruch. In dieser Zeit entstanden neue Institutionen im Fach oder wurden früher bereits bestehende wiederbelebt. Der erste Abschnitt behandelt den Konstanzer Arbeitskreis als einen Teil dieser Entwicklung und stellt die wichtigsten Protagonisten sowie die spezifische Zielsetzung des Arbeitskreises vor (I). Seit 1952 veranstaltete das Konstanzer Unternehmen regelmäßige Arbeitstagungen. Die Teilnahme daran war in Fachkreisen rasch begehrt, zum einen, weil Gelegenheiten zum wissenschaftlichen Austausch damals noch selten waren, zum anderen, weil das hohe Niveau der dort gehaltenen, später im Druck vorgelegten Vorträge unverkennbar war. Das zweite Kapitel analysiert den Referentenkreis, stellt die Rekrutierungspraxis vor und nimmt dabei besonders die ausländischen Referenten in den Blick (II). Im dritten Abschnitt stehen inhaltliche Fragen im Vordergrund. Ursprünglich als eine Einrichtung zur Erforschung des Bodenseeraumes konzipiert, wandte sich der Arbeitskreis bald den eigentlich von Mayer und seinen Anhängern favorisierten Themen, der deutschen mittelalterlichen Verfassungsgeschichte zu. Typisch war die interdisziplinäre Behandlung des Tagungsthemas durch Historiker, Archäologen, Verfassungs- und Rechtshistoriker sowie Philologen. Dies begründete den Ruf des Kreises, innovativ, gar avantgardistisch zu sein. Das dritte Kapitel geht diesem Ondit nach, wertet die inhaltlichen Schwerpunkte aus und ordnet sie in den zeitgenössischen Kontext ein (III). Auf der Grundlage dieser drei Abschnitte versucht ein kurzes Resümee abschließend die eingangs gestellte Frage zu beantworten, ob und in welchem Maße der Kreis um Theodor Mayer zur Reintegration der deutschen Historiker in die Gemeinschaft europäischer Geschichtswissenschaft beitrug.

I.

Die Ursprünge des Arbeitskreises gehen auf Pläne des Konstanzer Stadtarchivars Gottfried Feger zurück. Der Schüler Mayers aus Freiburger Tagen hatte sich zur historischen Aufwertung der Region nach dem Krieg die Gründung eines wissenschaftlichen Instituts zum Ziel gesetzt[5]. Die Erforschung der Landesgeschichte stand in Blüte, womit sich nun in den Wirren der Nachkriegszeit wohl auch der Wunsch nach Stärkung der regionalen Identität verband. Damit und mit der Verheißung, eine solche Einrichtung im Dreiländereck des Bodenseeraums werde nicht zuletzt der internationalen Verständigung dienen, wurde schon damals erfolgreich Politik gemacht. Feger verfolgte seinen Plan mit zäher Energie über mehrere Jahre. Da mußte es ihm fast als glücklicher Zufall erscheinen, als sich sein hoch verehrter Lehrer Theodor Mayer nach amerikanischer Internierung und anschließender Entnazifizierung 1948 als stellungsloser Professor ohne Perspektive wiederfand. Hier der ambitionierte Institutsplan, dort der gestürzte Professor – beides fand nach einigen Verhandlungen zum 30. Oktober 1951 zunächst unter dem Namen »Städtisches Institut für Landschaftskunde des Bodenseegebietes« zusammen[6]. Mayer firmierte als Leiter mit freilich nur bescheidener Remuneration und geringen Mitteln zum Aufbau einer Bibliothek und zur Bezahlung einer Schreibkraft. Die festliche Eröffnung unter Beteiligung der lokalen Prominenz krönte ein Vortrag des Marburger Mediävisten und Schülers von Mayer, Heinrich Büttner[7].

Was als bloße landesgeschichtliche Einrichtung ins Leben getreten war, wuchs unter der Hand Mayers schon nach wenigen Jahren zu einer Besonderheit in der deutschen Wissenschaftslandschaft heran. Berühmt wurde nicht das Bodenseeinstitut, sondern die seit 1952 regelmäßig ausgerichteten Frühjahrs- und Herbsttagungen zu wechselnden Großthemen der deutschen Mittelalterforschung, eine Fortsetzung jener von ihm bereits im sogenannten Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften geübten Praxis[8]. Unter den ersten Referenten

[5] Seine biographischen Daten in: PETERSOHN, SCHWARZ, Arbeitskreis (wie Anm. 4), S. 125–128.

[6] Vgl. auch ENDEMANN, Geschichte (wie Anm. 4), S. 13–68, sowie NAGEL, Im Schatten des Dritten Reichs (wie Anm. 2), S. 175ff.

[7] Die Entscheidung Mayers war im Vorfeld von gewissen Reserven begleitet, hierzu eine exemplarische Äußerung gegenüber Heinrich Büttner im Brief vom 28.2.1949: »Es paßt mir nicht alles an dem Konstanzer Projekt [...]. Von der Reichsverfassungsgeschichte zur Konstanzer Häuserchronik ist der Sprung zu groß«; NL Theodor Mayer, Stadtarchiv Konstanz.

[8] Mayer hatte während des Krieges mehrere Konferenzen zur mittelalterlichen Geschichte organisiert und geleitet, die unter dem Vorzeichen des von Deutscher Forschungsgemeinschaft und Reichswissenschaftsministerium geförderten »Kriegseinsatzes« standen. Dazu Frank-Rutger HAUSMANN, »Deutsche Geisteswissenschaft« im Zweiten Weltkrieg. Die »Aktion Ritterbusch« (1940–1945), Dresden, München ^{2}2002; DERS., Der »Kriegsein-

und Tagungsteilnehmern befanden sich viele derjenigen, die Mayer nach seinem Sturz aus freundschaftlicher Verbundenheit unterstützt hatten, häufig aber auch selbst wegen politischer Untragbarkeit wenigstens zeitweilig vom bundesdeutschen Hochschuldienst suspendiert worden waren[9]. Die nach 1945 gemeinsam gemachte Erfahrung der sozialen Ausgrenzung schuf Zusammenhalt, der nach außen strahlte[10]. So standen die Konferenzen am Bodensee alsbald im Ruf, eine Versammlungsgelegenheit brauner Geister zu sein. Tatsächlich waren der frühere Besitz eines NSDAP-Parteibuches wie andere Zeichen NS-naher Gesinnung im Umfeld Mayers verbreitet. Der Kreis schlug aber selbst Männer wie den Bonner Mediävisten Paul Egon Hübinger in seinen Bann, der, wie Mayer Jahre später an Schlesinger schreiben sollte, »vor 1945 auf der falschen Seite« gestanden hatte und deswegen in Schwierigkeiten geraten war. Er habe ihn darum 1943 zu einer Tagung des Kriegseinsatzes »eingeladen« und anschließend weiter »gefördert«, weswegen ihm Hübinger seine Dankbarkeit nach dem Krieg durch manifeste materielle Unterstützung bezeugte: »Ohne die Hilfe Hübingers wäre der Arbeitskreis kaum sehr hoch gekommen«[11]. Ob die beschriebene Kausalität wirklich zutreffend ist, sei dahingestellt; aber Hübingers Engagement für den Arbeitskreis hat es fraglos gegeben, und es hat zu seinem Überleben in den schwierigen Anfangsjahren beigetragen.

Sicherlich besaß das Wohlwollen Hübingers, der zwischen 1954 und 1959 als Ministerialdirektor im Bundesinnenministerium wirkte, erheblichen Einfluß auf die Entwicklung des Arbeitskreises. Seine Anteilnahme legitimierte den Kreis nach außen und schuf damit wichtige Voraussetzungen für seine dauerhafte Konsolidierung im bundesdeutschen Wissenschaftssystem. Aber auch die übrigen Freunde verliehen dem Kreis Gewicht. Helmut Beumann,

satz« der Deutschen Geisteswissenschaften im Zweiten Weltkrieg (1940–1945), in: Winfried SCHULZE, Otto Gerhard OEXLE (Hg.), Deutsche Historiker im Nationalsozialismus, Frankfurt a.M. 1999, S. 63–86.

9 Als ein markanter Fall aus diesem Kreis sei hier nur auf den Tübinger Mediävisten Heinrich Dannenbauer verwiesen, der von 1945 bis 1949 aus politischen Gründen vom Dienst suspendiert worden war. Andere nach dem Krieg entlassene Historiker agierten bei ihren Restitutionsbemühungen in den Kreis der Historikerschaft weniger glücklich, wie ein prominenter Fall an der Universität Marburg zeigt, vgl. hierzu Anne Chr. NAGEL, »Der Prototyp der Leute, die man entfernen soll, ist Mommsen«. Entnazifizierung in der Provinz oder die Ambiguität moralischer Gewißheit, in: Jahrbuch zur Liberalismusforschung 10 (1998), S. 55–91, sowie die Dissertation von Karsten JEDLITSCHKA, Wissenschaft und Politik. Der Fall des Münchener Historikers Ulrich Crämer (1907–1992), Berlin 2006.

10 Bei SCHULZE, Deutsche Geschichtswissenschaft (wie Anm. 3), S. 158, findet sich ein Zitat von Hans Rothfels, in dem despektierlich von »den Herren am Bodensee« die Rede ist.

11 Hübinger war mit Mayer seit 1943 persönlich bekannt. Das Zitat stammt aus einem Brief von Theodor Mayer an Walter Schlesinger, 16.4.1968; NL Mayer, Stadtarchiv Konstanz. Seine biographischen Daten bei PETERSOHN, SCHWARZ, Arbeitskreis (wie Anm. 4), S. 199–203.

Karl Bosl, Heinrich Büttner, Eugen Ewig, Walter Schlesinger und Franz Steinbach waren sämtlich aktive Professoren an namhaften Universitäten der Bundesrepublik. Sie sorgten für die Wahrung des wissenschaftlichen Niveaus und knüpften zugleich die Verbindung zum Nachwuchs, was den Kreis inhaltlich lebendig hielt. Die Arbeitstagungen am Bodensee boten ihren Schülern ein anspruchsvolles Forum; ein erfolgreicher Vortrag vor den kritischen Ohren Mayers kam einem Ritterschlag gleich. Weil etliche der jungen Referenten später selbst als Professoren berufen wurden, umgab den Kreis um Mayer schon bald die Reputation, die maßgebliche mediävistische Nachwuchsschmiede in der Bundesrepublik Deutschland zu sein.

Der Erfolg der Bodenseekonferenzen war so groß, daß gegen Ende der 1950er Jahre an eine angemessene Konsolidierung des Unternehmens gedacht wurde. Das Ganze sollte einen repräsentativen Rahmen erhalten, den, wie man meinte, das ursprüngliche städtische Institut zur landschaftskundlichen Erforschung des Bodenseeraums zu bieten nicht in der Lage sei. Als Karl Bosl 1960 in den Nachrichten des Hochschulverbandes einen Artikel zur Integration der Wissenschaft in Europa gelesen hatte, worin von »Institutes for advanced Studies« und ziemlich konkreten Plänen für ein »mediävistisches Zentrum in Poitiers« zu lesen war, kam ihm in einem Brief an Walter Schlesinger der Gedanke, den Arbeitskreis zur Wiege eines solchen »Summer Institute for advanced Studies« zu machen[12]. Bosls Ideen wurden durch die zeitgleich aufkommenden Pläne einer Universitätsneugründung in Konstanz weiter beflügelt. Es folgten Denkschriften, Briefe und Eingaben zur Errichtung eines »Theodor Mayer-Instituts für Geschichte« oder eines »Konstanzer Instituts für europäische Geschichtsforschung auf Grund vergleichender Landesgeschichte« an die zuständigen Ministerien in Stuttgart und Bonn. Angesichts der Gründung eines Max-Planck-Instituts für Geschichte in Göttingen hielt man dergleichen im Kreis um Mayer für durchaus realistisch[13]. Doch mehr als eine Vereinsgründung im März 1960 als »Konstanzer Arbeitskreis für mittelalterliche Geschichte e.V.« war selbst in der damaligen Institutsgründungseuphorie nicht möglich. Immerhin herrschte Mayer über einen Jahresetat von 40 000 bis 50 000 DM, der die Reise- und Unterbringungskosten der Teilnehmer deckte. Das Unternehmen verharrte damit auf dem Niveau anderer, damals gegründeter Arbeitsgemeinschaften; zu nennen sind hier der Arbeitskreis für Sozialgeschichte oder die beiden Arbeitskreise für südwestdeutsche Stadtgeschichte bzw. für landschaftliche deutsche Städteforschung (Ennen-Schlesinger-Kreis). Das waren zeittypische Erscheinungen der zweiten Nachkriegszeit, als sich die deutsche Geschichtswissenschaft be-

[12] Dies nach einem Brief von Karl Bosl an Walter Schlesinger, 7.3.1960; NL Schlesinger, Hessisches Landesamt Marburg.

[13] Hierzu SCHULZE, Deutsche Geschichtswissenschaft (wie Anm. 2), S. 242–252, sowie NAGEL, Im Schatten des Dritten Reichs (wie Anm. 2), S. 187–209.

dingt durch die Verwerfungen und Folgen des Weltkriegs neu orientieren und konsolidieren mußte[14].

Die für den Arbeitskreis ins Auge gefaßten institutionellen Formen als »Institute for advanced Studies«, als »Summerschool« oder »Konstanzer Institut für europäische Geschichtsforschung», deuten darauf hin, daß im Arbeitskreis die sich abzeichnende Europäisierung der Geschichtswissenschaft als Zeittrend wenigstens von Karl Bosl sehr wohl erkannt wurde. Möglicherweise teilte der eine oder andere Mitstreiter sogar diese Sicht. Doch mehrheitsfähig wurde eine forcierte Internationalisierung der Veranstaltungen und Themen im Kreis nicht. Überlegungen, womit man Interesse auch bei ausländischen Forschern wecken könnte, finden sich in den nachgelassenen Unterlagen nicht. Womit zum zweiten Teil übergeleitet wird, in dem auf die Tagungsteilnehmer bzw. die Tagungsreferenten Bezug genommen werden soll: Wer wurde eingeladen und war dabei, wie hoch war der Anteil ausländischer Teilnehmer und aus welchen Ländern kamen sie?

II.

Die Teilnahme an den Konferenzen des Arbeitskreises wie die Möglichkeit zum Vortrag erfolgte auf persönliche Einladung – was heute noch die übliche Praxis ist und sich natürlich keineswegs auf diesen Arbeitskreis allein beschränkt. Personalvorschläge wurden mit Mayer diskutiert, wobei das letzte Wort zumeist beim Vorsitzenden lag. Daß gleich auf der ersten Konferenz im Herbst 1952 eine Frau als Referentin vortrug, ging auf Heinrich Büttner zurück, der dies seiner Schülerin Irmgard Dietrich ermöglicht hatte[15]. Auch in den nächsten Jahren traten vereinzelt Frauen in Erscheinung, was im damaligen Wissenschaftsbetrieb noch exotischen Charakter hatte. Darüber hinaus referierte in den Anfangsjahren das engere Umfeld Mayers, Freunde und befreundete Kollegen wie Hector Ammann, Heinrich Dannenbauer, Eugen Ewig, Wilhelm Ebel, Ernst Klebel, Walter Mitzka, Walter Schlesinger, Helmut

[14] Dies beschrieb bereits eingehend SCHULZE, Deutsche Geschichtswissenschaft (wie Anm. 3); grundlegend außerdem: Thomas ETZEMÜLLER, Sozialgeschichte als politische Geschichte. Werner Conze und die Neuorientierung der westdeutschen Geschichtswissenschaft nach 1945, München 2001.

[15] Irmgard Dietrich referierte über das Thema »Der fränkische Adel und Alemannien im 8. Jahrhundert«. Über seine Schülerin bemerkte Heinrich Büttner an Theodor Mayer in einem Schreiben vom 17.10.1952: »Sie arbeitet exakt und hat eine weitgehende Quellen- und Literaturkenntnis. Wenn sie in Marburg ihre Referendarzeit abmacht, will ich sie noch in Urkundenkritik usw. einführen, damit sie eine abgerundete methodische Ausbildung hat«; NL Theodor Mayer, Stadtarchiv Konstanz.

Beumann, Heinrich Büttner, Karl Siegfried Bader, Otto Brunner, Joachim Werner – die Liste damals wissenschaftlich einschlägig bekannter Namen ließe sich noch beträchtlich erweitern.

Zu denen, die mit Distanz auf den Konstanzer Kreis blickten, aber dennoch beharrlich von Mayer umworben wurden, zählten Granden des Fachs wie die Göttinger Mediävisten Hermann Heimpel und Percy Ernst Schramm. Ihr reserviertes Verhalten mochte von Erfahrungen mit Mayer aus den 1930er Jahren herrühren, aber vielleicht mehr noch von dem zweifelhaften Ruf des Arbeitskreises. Immerhin ließen sich beide jeweils für einen Vortrag gewinnen. Als Heimpel seine Teilnahme für die Herbsttagung 1960 zu »Problemen des 12. Jahrhunderts« aber wieder einmal absagte, verband er dies mit der Bitte, statt seiner einen »jüdischen Herrn«, Leo Philippsborn, einzuladen, den es nach 1933 »ganz aus der Bahn geworfen« habe[16]. Unterstützt mit einem Stipendium der DFG stelle er nun Untersuchungen zu Organisationsfragen der deutschen Geschichtswissenschaft an, worauf Heimpel ihm geraten habe, »Sie zu besuchen und Ihren Arbeitskreis als eine neuartige Form kennenzulernen«. Heimpel warb für ihn als »stillen Teilnehmer«, wollte es aber durchaus verstehen, »wenn Sie einen solchen Fremdling nicht in Ihrem geschlossenen Tagungskreis haben wollten«. Der knappen Antwort Mayers ist zu entnehmen, welche aufgeregten Überlegungen Heimpels Anfrage in Konstanz ausgelöst hatte. Philippsborn möge kommen, meinte Mayer, »da wir ja in keiner Hinsicht irgendwie politische Themen behandeln, ich habe auch nie gemerkt, daß von irgendeiner Seite antisemitische Gefühle zum Ausdruck kamen, ich glaube daher auch nicht, daß es zu einer Entgleisung kommt. Was an mir liegt, werde ich tun [...], ich möchte nur vermeiden, daß sich irgendjemand einbildet, daß er mehr oder weniger überwacht werde«. Das Gefühl seiner eigenen Sonderrolle war Mayer demnach nur allzu bewußt; zugleich spiegelt sich in dieser Äußerung die Außenwahrnehmung des Kreises nach bald zehnjährigem Bestehen als wohl neuartig organisiert und wissenschaftlich auf der Höhe der Zeit, aber politisch reaktionär und zumindest latent antisemitisch. Doch immerhin erhielt Leo Philippsborn die erbetene Einladung zur Herbsttagung des Jahres 1960 »Probleme des 12. Jahrhunderts«, der auch noch zwei weitere Einladungen folgten[17].

[16] Brief von Hermann Heimpel an Theodor Mayer, 12.9.1960, darin auch die folgenden zwei Zitate im Text; NL Theodor Mayer, Stadtarchiv Konstanz.

[17] Philippsborn nahm an den beiden »Alpentagungen« des Arbeitskreises jeweils im Frühjahr der Jahre 1961 und 1962 teil. Vgl. zum Antisemitismus Mayers NAGEL, Im Schatten des Dritten Reichs (wie Anm. 2), S. 160ff. Auch nach 1945 äußerte sich Mayer bisweilen abschätzig über jüdische Kollegen, wie in einem Schreiben an Friedrich Heer vom 16.6.1951. Hier tadelte er die vermeintlich indolente Haltung der deutschen Historiker zur Geschichtspolitik der Gegenwart: »Die Zurückweisung des Bismarckbildes von von Eyck überließ man einem emigrierten Juden. Ich kenne Herrn Rothfels als einen sehr ehren-

Bis zum Mauerbau 1961 verkehrten im Arbeitskreis regelmäßig Mediävisten aus der DDR, meist Archivare und Bibliothekare mit landesgeschichtlichem Interesse. Der Glaube an eine baldige deutsche Wiedervereinigung war im Reichenaukreis besonders stark, und man wollte die wissenschaftlichen Beziehungen nicht abreißen lassen. Vor allem Helmut Beumann und Walter Schlesinger, die beide selbst einen mitteldeutschen Hintergrund besaßen, verwandten sich für die im Osten gebliebenen Kollegen[18]. Die Sondierung der in Frage kommenden Wissenschaftler erfolgte nach »politischer Zuverlässigkeit«, so daß nur bekennende »Nichtkommunisten« zum Zuge kamen. Schlesinger, von Mayer wiederholt um Namen von »Ostzonenleuten« gebeten, drängte auf unbedingte Diskretion auch den westdeutschen Kollegen gegenüber, da er fürchtete »sonst in eine üble Situation« zu kommen. So blieb Heinrich Sproemberg auf ein Wort Schlesingers unberücksichtigt und wurde »selbstverständlich nicht eingeladen, die Sache ist damit erledigt«, wie Mayer Schlesingers Veto kommentierte[19]. Persönliche Fürsprache entschied darüber, ob jemand Zutritt erhielt, als Referent oder bloßer Teilnehmer. »Wie Du aus den Anlagen ersiehst, bist Du zur Herbsttagung Theodor Mayers eingeladen«, teilte Schlesinger seinem Freund aus Leipziger Tagen, Herbert Helbig, mit. »Die Einladung ist über mich erfolgt, da man in Konstanz Deine Anschrift nicht wußte und auch sonst gern so verfährt, daß man sich nicht direkt an persönlich Unbekannte wendet«[20]. Diese Verfahrenspraxis stärkte den inneren Zusammenhalt des Kreises und ließ ihn zugleich von außen noch einmal mehr als ein Arkanum erscheinen.

Auf 97 Veranstaltungen zwischen 1952 und 2000 wurden insgesamt 970 Vorträge gehalten, 147 davon von ausländischen Referenten; sie stellten also etwas mehr als 15% der Vortragenden[21]. Von 1952 bis 1959 hielten vierzehn Referenten aus dem Ausland Vorträge, in den 1960er und 1970er Jahren 32 bzw. 31. Im Zeitraum zwischen 1980 und 1990 ist ein Anstieg auf 40 Referate von Ausländern zu verzeichnen, während die Zahlen der 1990er Jahre sich mit 28 wieder den beiden ersten Jahrzehnten angleichen. Abgesehen also von den 1980er Jahren, blieb der Ausländeranteil unter den Referenten über fünf Jahr-

werten Mann, für die deutschen Historiker bleibt aber der Vorgang traurig«; NL Theodor Mayer, Stadtarchiv Konstanz.

[18] Dazu Michael GOCKEL, Die Übersiedlung Walter Schlesingers nach Marburg im Jahre 1951, in: Neues Archiv für Sächsische Geschichte 72 (2002), S. 215–253, sowie NAGEL, Im Schatten des Dritten Reichs (wie Anm. 2), S. 104–112.

[19] Hierzu der Briefwechsel zwischen Walter Schlesinger und Theodor Mayer, 25.2.1957 sowie 28.2.1957; NL Schlesinger, Hessisches Landesamt Marburg.

[20] Brief von Walter Schlesinger an Herbert Helbig, 31.8.1956; NL Schlesinger, Hessisches Landesamt Marburg. Herbert Helbig war seit 1956 außerordentlicher Professor an der Freien Universität Berlin.

[21] Dies und das Folgende nach einer Auswertung des Anhangs bei ENDEMANN, Geschichte (wie Anm. 4).

zehnte weitgehend konstant. Anfangs kamen sie überwiegend aus Österreich und der Schweiz, aber schon 1956 hielt der Doyen der belgischen Mediävistik, François Louis Ganshof, einen Vortrag über »Lehenswesen und Reichsgewalt in karolingischer Zeit«. Im Jahr darauf folgte der Italiener Gian Piero Bognetti, und 1959 referierten die ersten Skandinavier aus Schweden und Norwegen, Gerhard Hafström und Kare Kveseth. Auf der Herbsttagung 1960 zum bereits erwähnten Thema »Probleme des 12. Jahrhunderts« erschienen erstmals Vertreter der französischen Geschichtswissenschaft, Jean Richard und Lucien Musset[22]. Georges Duby, den Mayer mit besonders freundlichen Worten ebenfalls um einen Vortrag gebeten, und den Duby auch zunächst zugesagt hatte, kam hingegen nicht auf die Reichenau. Er sagte kurzfristig wegen anderweitiger Verpflichtungen ab, so daß sein Beitrag »Probleme der seigneuralen Wirtschaft des 12. Jhs. in Frankreich« lediglich verlesen werden konnte[23]. Referenten aus Frankreich blieben im Konstanzer Kreis bis in die 1980er Jahre hinein eine Minderheit; zwischen 1970 und 1980 wurden lediglich drei Namen gezählt, Charles Higounet (1972), noch einmal Jean Richard (1978) und im Jahr darauf Pierre Racine.

Beim Blick auf die 1960er Jahre fällt die vergleichsweise hohe Anwesenheit von tschechischen, polnischen und ungarischen Historikern auf. Der Prager Rechtshistoriker Jiří Kejř hielt 1964 einen Vortrag, František Graus nahm 1965 zum ersten Mal an einer Reichenaukonferenz teil, gemeinsam mit Vladimir Procházka und dem Exilungarn János Bak. Die Verbindung zu Graus hatte Walter Schlesinger hergestellt, der mit dem Prager Mediävisten seit Anfang der 1960er Jahre einen kontroversen Briefwechsel über das Wesen der »germanischen Treue« führte[24]. Die Beteiligung von Historikern aus dem sogenannten Ostblock entsprang allein einem inhaltlichen Interesse, war also auf deutscher Seite nicht politisch motiviert. Dazu wäre Theodor Mayer mit seiner bekannten Zurückhaltung besonders Tschechen gegenüber auch kaum zu haben gewesen. Überhaupt war ihm die Beteiligung von »Ostwissenschaftlern« nicht geheuer. Er befürchtete ernstlich politische Verwicklungen und Schaden für den Arbeitskreis und wandte sich darum im Vorfeld der Tagungen 1965 an das zuständige Ministerium, »wie ich mich in der Frage der Einladung von Ausländern aus dem Ostblock verhalten soll«. Etwas umständlich berichtete er vom persönlichen Besuch eines Prager Historikers mit deutschem Hintergrund bei ihm in Konstanz, den er gern zur Herbsttagung einladen würde:

Ich würde Herrn Kotrba unbedenklich einladen, es wäre aber möglich, daß ich dann noch andere Herren einladen müßte, denn ich könnte mir vorstellen, daß man eine Reise von Prof.

[22] Lucien Musset kam aus Caen, Jean Richard aus Dijon, beide hielten ihre Vorträge in französischer Sprache.

[23] Den Kontakt zu Duby hatte Eugen Ewig für Theodor Mayer hergestellt. Die Absagen Dubys vom 29.9.1960 und 15.2.1961; NL Theodor Mayer, Stadtarchiv Konstanz.

[24] Dazu NAGEL, Im Schatten des Dritten Reichs (wie Anm. 2), S. 127–131.

Kotrba kritisch beobachten wird und deshalb vielleicht gern einen richtigen Tschechen mitschicken möchte. Wenn nun aber mehrere Herren eingeladen werden, kann sich aus der Sache ein Politikum entwickeln, deshalb möchte ich nicht vollendete Tatsachen schaffen, ohne vorher anzufragen.

Das Ministerium reagierte indes gelassen. Tschechische Wissenschaftler könnten eingeladen werden, hieß es, solange sie nicht als ausgesprochene Repräsentanten ihres Regimes gelten würden. Ministerialrat Otto Chyla empfahl die genaue Feststellung ihrer jeweiligen Position im tschechischen Wissenschaftssystem, notfalls mit Hilfe einer Anfrage beim Herder-Institut in Marburg[25].

Gemessen an der Teilnahme westeuropäischer Historiker, waren Wissenschaftler aus Osteuropa auf den Konstanzer Konferenzen früher und kontinuierlicher vertreten und behaupteten ihre Vorrangstellung bis 1990. Angesichts der zurückliegenden Erfahrungen Osteuropas mit den Deutschen ist dies ein bemerkenswerter Befund. Freilich stieß der Arbeitskreis besonders unter denjenigen osteuropäischen Historikern auf Interesse, die sich in ihren Entfaltungsmöglichkeiten daheim beschränkt sahen und sich alsbald in Opposition zum Kommunismus begaben. Die Vita des Prager Mediävisten František Graus, der nach der Niederschlagung des »Prager Frühlings« sein Land verließ und an der Universität Gießen eine Professur erhielt, gibt hierfür ein prominentes Beispiel[26]. Die politische Situation jenseits des »Eisernen Vorhangs« verstärkte den Wunsch nach freiem wissenschaftlichem Austausch, während sich die Neugier auf den Konstanzer Arbeitskreis bei den französischen und britischen Kollegen doch in Grenzen hielt. Zudem dürften Institutionen wie das Collegium Carolinum oder das Herder-Institut mit ihren spezifischen osteuropäischen Schwerpunkten, die beide personell eng mit dem Konstanzer Kreis verbunden waren, zu dieser Entwicklung beigetragen haben. Erst nach 1990 betraten verstärkt Vertreter der Mediävistik Frankreichs und Englands die Bühne des Reichenau-Kreises.

[25] Brief von Theodor Mayer an Ministerialrat Otto Chyla, 19.2.1964; NL Theodor Mayer, Stadtarchiv Konstanz. Die Antwort Chylas datiert auf den 15.3.1964. Ausführlich berichtete Mayer über den Besuch des tschechischen Historikers Kotrba: »Auf meine Frage, wo er so gut Deutsch gelernt habe, meinte er, die Frage wäre richtiger, wo er Tschechisch gelernt habe, denn er sei in der Bundesrepublik [sic!] geboren worden und hätte im letzten Krieg oder kurz vorher auswandern müssen, weil sein Vater Tscheche war«.

[26] Dazu Peter MORAW, Heimat und Methode. Zur Erinnerung an František Graus, in: Historische Zeitschrift 251 (1990), S. 283–290. Die Lebens- und Laufbahndaten von Graus bietet: PETERSOHN, SCHWARZ, Arbeitskreis (wie Anm. 4), S. 149–157. Polnische und tschechische Historiker unterhielten daneben auch enge wissenschaftliche Verbindungen zur französischen Schule der Annales, siehe Stefan KWIATKOWSKI, Zwischen Indoktrination und Modernisierung der polnischen Mediävistik. Marxistische Geschichtstheorie in der Gestaltung des historiogaphischen Bildes der mittelalterlichen Gesellschaft in Polen, in: Natalie FRYDE u.a. (Hg.), Die Deutung der mittelalterlichen Gesellschaft in der Moderne, Göttingen 2006, S. 237–280, hier S. 260.

Aufs Ganze gesehen wird man dem Konstanzer Arbeitskreis freilich keine herausragende Bedeutung im Prozeß der gezielten Internationalisierung der bundesdeutschen Geschichtswissenschaft zuerkennen wollen, jedenfalls nicht in den ersten zwei, drei Jahrzehnten seines Bestehens. Der Kreis nahm Notiz von der Forschung des Auslands, sofern deren Themen die eigenen Interessen streiften, und es wurden auch gern einmal ausländische Historiker zum Vortrag eingeladen – jedoch nicht, weil man von ihnen methodisch lernen oder gar die deutsche Mediävistik für Europa anschlußfähig machen wollte. Ein solches Bedürfnis wurde von den Mitgliedern des Arbeitskreises einfach nicht empfunden. Schon eher sollte die eigene Leistungsfähigkeit nach außen demonstriert werden, die im nationalen Vergleich anerkannt hoch war und im Ausland immerhin zur Kenntnis genommen wurde. Der Kreis um Theodor Mayer empfand sich methodisch wie inhaltlich alles andere als defizitär, sondern betrachtete sich als maßstabsetzend. Von den zehn Gründungsmitgliedern des Kreises wirkten Anfang der 1960er Jahre acht als aktive Professoren an deutschen Universitäten. Sie standen wissenschaftlich in der Blüte ihrer Jahre und übten nicht zuletzt durch die Wahl der Themen auf den Konstanzer Konferenzen nachdrücklichen Einfluß auf den Gang der deutschen Mittelalterforschung aus, wovon im dritten Abschnitt zu handeln sein wird.

III.

Der Konstanzer Arbeitskreis, so ein verbreitetes Ondit, sei zuletzt eine innovative Nachkriegsgründung gewesen, weil er sich gegenüber neuartigen Zugriffsweisen und Themen in der Geschichtswissenschaft aufgeschlossen gezeigt habe. Zur Bekräftigung dieser Sicht wird auf die damals tatsächlich noch wenig verbreitete Veranstaltungsform des Arbeitskreises hingewiesen – mehrtägige Konferenzen, ab 1955 unter einem festgelegten Tagungsthema – sowie auf die interdisziplinäre Behandlung des Stoffes. Beteiligt waren Verfassungs- und Rechtshistoriker, Archäologen, Vor- und Frühgeschichtler und Sprachwissenschaftler, was in der Tat die Perspektiven der Historiker beträchtlich erweiterte. Neben den insbesondere in Deutschland klassischen mediävistischen Gegenständen der Landes- und Verfassungsgeschichte, die in den ersten fünf Jahren auf den Tagungen noch dominierten, fanden bald auch kulturgeschichtliche Themen Berücksichtigung. »Byzanz und das Abendland«, das Thema der Frühjahrstagungen 1957 und 1958 ist hierfür ein Beispiel, ebenso wie die beiden bereits erwähnten Konferenzen über »Probleme des 12. Jahrhunderts« im Frühjahr und im Herbst 1960 oder »Probleme um Friedrich II.« im Herbst 1970 und Frühjahr 1971. Fast scheint es, als sei die Kategorie

»Problem« absichtlich gewählt: Der Begriff taucht so häufig in den Titeln zahlreicher Tagungen der 1960er und 1970er Jahre auf, daß man auf gewisse Wandlungen im Geschichtsverständnis der Veranstalter schließen könnte. Beim »Gipfeltreffen der Mediävisten«, wie Karl Bosl die Tagungen gegenüber Schlesinger einmal nannte, wurde nicht mehr das Signum einer Epoche erforscht, sondern die sie beherrschenden Probleme untersucht[27].

Dem Thema »Investiturstreit und Reichsverfassung« rückte der Kreis in den Jahren 1968 und 1969 sogar an drei Tagungsterminen näher. Die verfassungsgeschichtliche Dimension fand ebenso Berücksichtigung wie die ideengeschichtliche, über »Heinrich der IV. und die Friedensbewegung« oder »Politische Dichtung im Investiturstreit« wurden Vorträge gehalten, und selbst der sich gerade entfaltenden Sozialgeschichte wurde am Beispiel Luccas Tribut gezollt. Diese über Jahre kultivierte Perspektivenvielfalt führte aber vorerst nicht zu methodischem Neuland in der deutschen Mittelalterforschung. Die Mediävisten des Konstanzer Arbeitskreises ließen sich bei der Behandlung ihrer Themen von Experten anderer Disziplinen anregen, blieben aber in ihren eigenen Veröffentlichungen den Methoden der klassischen Geschichtswissenschaft – Urkunden- und Quellenkritik, Textexegese – verpflichtet. Aus dem inneren Kern der Mitglieder war es allein Karl Bosl, der sich in seinen Publikationen auch methodisch aufgeschlossen zeigte und sich beispielsweise den Begriffskategorien Max Webers zuwandte; im Arbeitskreis wurde er dafür aber von den Kollegen bestenfalls belächelt[28]. Zum Postulat einer theoriegeleiteten Geschichtswissenschaft hielt man im Umfeld Theodor Mayers Abstand, und schon gar nicht mochte man sich mit dem Marxismus als methodischem Zugriff anfreunden. Georges Dubys Versuch, das Modell von Klassenkämpfen und Produktionsverhältnissen auf die mittelalterliche Gesellschaft zu übertragen, wurde hier als anachronistisch und ideologisch befrachtet abgelehnt[29].

Immerhin besaß Theodor Mayer soviel Interesse, den französischen Mediävisten 1960 auf die Reichenau zu einem Vortrag einzuladen. Den Kontakt hat-

[27] Weitere Beispiele: Verfassungsgeschichtliche Probleme des Reiches im 14. Jahrhundert I, II und III (1967/68); Probleme der mittelalterlichen Burgenverfassung im deutschen Sprachraum I, II und III (1972/73); Gemeinsame Forschungsprobleme der Archäologie und der Geschichtswissenschaft in archäologischer Sicht I und II (1974/75); Probleme des Niederkirchenwesens im Mittelalter (1987); Ausgewählte Probleme europäischer Landnahmen des Früh- und Hochmittelalters. Methodische Grundlagendiskussion im Grenzbereich zwischen Archäologie und Geschichte II und II (1988/89).

[28] So wurde Bosl auf einer Tagung darauf aufmerksam gemacht, daß Beumann und Schlesinger an seinen vielen Publikationen etwas »Skizzenhaftes« bemerkt hätten, was zur Verstimmung Bosls führte, Brief von Karl Bosl an Walter Schlesinger, 17.1.1964; NL Schlesinger, Hessisches Landesamt Marburg.

[29] Dies nach Lutz RAPHAEL, Die Erben von Bloch und Febvre. »Annales«-Geschichtsschreibung und »nouvelle histoire« in Frankreich 1945–1980, Stuttgart 1994, S. 317.

te Eugen Ewig hergestellt, dem an einem deutsch-französischen Gelehrtenaustausch bekanntlich viel gelegen war[30]. Duby sagte allerdings, wie zuvor erwähnt, seine Teilnahme noch im letzten Moment ab. Auch an der zweiten Tagung zu einem wirtschaftsgeschichtlichen Thema im Frühjahr 1961 war der französische Mediävist wegen anderer Termine verhindert. Mit Bedauern kommentierte Mayer die beiden Absagen gegenüber Ewig:

Es scheint, daß die Franzosen, die naturgemäß eine andere Auffassung haben als wir, sich scheuen, auf einer Tagung, die in Deutschland veranstaltet wird, rückhaltlos ihre eigene Auffassung vorzutragen. Aber gerade darauf käme es doch an und ich glaube, daß eine offene Aussprache viel zur Klärung und zum gegenseitigen Verständnis beitragen würde.

Gänzlich unverständlich war ihm, daß Duby seiner freundlichen und, wie er überzeugt war, ehrenvollen Einladung, nicht folgen wollte:

Es war für mich eine Enttäuschung, daß Herr Duby nicht kommen kann, er hat dafür Herrn Marcel David vorgeschlagen, aber Herr David hat ebenfalls keine Zeit. Das ist sehr schade, denn es wäre mir sehr wichtig gewesen, daß ein Franzose auf der Reichenau über die Dinge vorgetragen hätte.

Eingedenk des zu Beginn angeführten Zitats Mayers aus dem Jahre 1942, wonach er tatsächlich große Stücke auf die französische Geschichtswissenschaft hielt und die Leistungen der deutschen Historiker gern daran gemessen hätte, dürfte die Bemerkung gegenüber Ewig von echter Enttäuschung getragen gewesen sein. Leider liegen die Beweggründe von Georges Duby im Dunkeln, aus denen er der Einladung nicht folgte. Vielleicht standen versteckte politische Reserven im Hintergrund, oder war ihm der Arbeitskreis nur nicht interessant genug, um die Reise an den Bodensee anzutreten[31]? Zuletzt verrät die Einladung Mayers an die Neuerer der französischen Mediävistik aber eine gewisse Neugier im Konstanzer Kreis, die 1960 andernorts in Deutschland sicherlich noch weit weniger stark ausgeprägt war. Nachdrücklich inspiriert haben die »Annales« den Kreis sicher nicht, wie umgekehrt der Konstanzer Arbeitskreis auch ohne Resonanz auf die französische Mediävistik blieb.

So aufgeschlossen sich Mayer in diesem Falle zeigte, so vorsichtig taktierte er bei Themen, die er für ein politisch »heißes Eisen« hielt. Den von Rudolf Buchner eingebrachten Tagungsvorschlag »Die Entstehung der Nationen« verschob Mayer aus diesem Grund seit 1960 von einem Jahr ins nächste und zog es statt dessen vor, eine Tagung zur Entstehung der Stämme auszurichten. Nach fünf Jahren des vergeblichen Werbens für sein Thema, beschwerte sich

[30] Seit 1956 arbeitete Eugen Ewig an der Wiederherstellung der deutsch-französischen Kulturbeziehungen, was schließlich zur Gründung des Pariser Historischen Instituts führte, hierzu Ulrich PFEIL, Eugen Ewig. Ein rheinisch-katholischer Historiker zwischen Deutschland und Frankreich, in: Der Intellektuelle und der Mandarin. Für Hans Manfred Bock, hg. von François BEILECKE und Katja MARMETSCHKE, Kassel 2005, S. 527–552, hier S. 546–551.

[31] Die beiden letzten Zitate aus dem Brief von Theodor Mayer an Eugen Ewig 22.8.1961; B 250, Bd. 7; Bundesarchiv Koblenz. Vgl. auch die Hinweise in Anm. 23.

Buchner entnervt bei Schlesinger. Er könne Mayers Einwand, daß dies ein gefährliches Thema sei, nicht mehr »ernst nehmen« und verwies auf eine gerade stattgefundene Tagung der Ranke-Gesellschaft über 1918 und den Versailler Vertrag mit Geoffrey Barraclough als Diskutanten: »Obwohl dabei deutscherseits manches nicht sehr Kluge gesagt wurde, ist die Sache doch ohne jeden Mißklang verlaufen und soll nächstes Jahr fortgesetzt werden«[32]. Dem Einsatz Schlesingers und Reinhard Wenskus war es zu verdanken, daß Buchners Themenvorschlag 1965 auf der Reichenau doch noch realisiert wurde, und zwar gleich auf der Frühjahrs- und Herbsttagung. Die Veranstaltung strahlte über das engere Fach hinaus, weil sich tschechische, polnische, ungarische, japanische und deutsche Historiker zur Diskussion dieses sensiblen Themas zusammenfanden. Neben »Volk« und »Stamm« rückte »Nation« als ein offenes, im dauernden Wandel befindliches System ins Zentrum des Interesses. Diese Tagung bildete später den Kern eines von Schlesinger und Beumann zu Beginn der 1970er Jahre bei der DFG beantragten Forschungsschwerpunktes »Nationenbildung im Mittelalter«. Interdisziplinär angelegt, ging es um die Erforschung »konkreter Ordnungen mit verfassungsgeschichtlichen und sozialgeschichtlichen Methoden«[33].

Mit dem Rückzug Theodor Mayers aus dem Arbeitskreises 1968 und dem wenige Jahre später auch schon anstehenden Generationenwechsel unter den Mitgliedern begann sich ein thematisch und methodisch pluralerer Geist durchzusetzen. So wurde beispielsweise die frühere Dominanz des Hochmittelalters durch ein neues Interesse am späten Mittelalter relativiert. Auch rückten verstärkt europäisch vergleichende Fragestellungen in den Vordergrund, mit deren empirischer Erforschung nun tatsächlich ernst gemacht wurde. So befaßten sich in den Jahren 1984/85 gleich drei Tagungen mit dem spätmittelalterlichen Königtum im europäischen Kontext bzw. mit den fürstlichen Residenzen im spätmittelalterlichen Europa. Dem sukzessiven Rückzug der Gründergeneration verdankte sich zudem die Wahl solcher Themen, die in den Augen der »alten Herren« geschichtswissenschaftlich gar nicht »satisfaktionsfähig« waren. 1980 behandelte der Arbeitskreis »Geschichtsschreibung« und »Geschichtsbewußtsein« im späten Mittelalter, und im Herbst 1985 folgte eine Tagung mit dem Titel »Mentalitäten im Mittelalter: Methodische und inhaltliche Probleme«. 1993 schließlich fand eine Konferenz gar zum Thema »Spiel, Sport und Kurzweil in der Gesellschaft des Mittelalters« statt, was als seriöser Themenvorschlag für Theodor Mayer und seine Mitstreiter schon außerhalb des Vorstellungsvermögens gelegen haben dürfte. Mit dieser

[32] Brief von Rudolf Buchner an Walter Schlesinger, 25.10.1964; NL Schlesinger, Hessisches Landesamt Marburg.

[33] Dies nach dem programmatischen Aufsatz von Walter SCHLESINGER, Die Entstehung der Nationen. Gedanken zu einem Forschungsprogramm, in: Hans PATZE, Fred SCHWIND (Hg.), Ausgewählte Aufsätze von Walter Schlesinger, Sigmaringen 1987, S. 125–172.

thematischen und methodischen Pluralisierung seit 1980 folgte der Arbeitskreis freilich nur dem generell in der deutschen Geschichtswissenschaft zu beobachtenden Trend. Der Kreis verlor nach und nach seine frühere exklusive Stellung und entwickelte sich zu einer geschichtsforschenden Einrichtung in Deutschland unter anderen.

Abschließend mögen einige zusammenfassende Bemerkungen genügen, um die eingangs gestellte Frage nach der Rolle des Konstanzer Arbeitskreises bei der Wiederaufnahme der deutschen Historiker in die Ökumene der europäischen Geschichtswissenschaft zu beantworten. Gemessen an dem, was sich in der deutschen Mittelalterforschung der ersten Nachkriegsjahrzehnte an den Universitäten, den MGH oder dem Max-Planck-Institut für Geschichte tat, kommt dem Konstanzer Arbeitskreis sicherlich eine Sonderrolle zu. Die Tagungsthemen besaßen Gewicht, die praktizierte Interdisziplinarität bei der Zusammenstellung der Referenten war Ausweis eines innovativen Potentials, das in der bundesdeutschen Mediävistik zwischen 1950 und 1970 konkurrenzlos war. Aber der Kreis blieb bis in die frühen 1980er Jahre hinein ein Außenseiterunternehmen, dem der Mainstream im Fach aller Exzellenz zum Trotz mit deutlicher Reserve begegnete. »Es vergeht kein Gespräch mit Grundmann und Herding, ohne daß nicht über Theodor Mayer und ›seine Leute‹ böse Bemerkungen fallen«, schrieb Manfred Hellmann 1957 an Schlesinger, »wobei ich stets dann einfließen lasse, daß ich leider dazu gehöre bzw. mich zugehörig fühle«. Hellmann, neben Herbert Grundmann und Otto Herding als außerordentlicher Professor ein Mediävist für osteuropäische Geschichte an der Universität Münster, befürchtete ernsthafte Nachteile für die Durchsetzung seiner wissenschaftlichen Pläne gegen den Willen der Ordinarien, hier vor allem gegen Herbert Grundmann[34]. Doch im Grunde wirkte die distanzierte Haltung der Mediävistenzunft gegenüber dem Arbeitskreis über lange Jahre hinweg als kreativer Stachel. »[D]en Leuten zeigen, daß ich auch noch etwas könnte«, lautete das Credo Theodor Mayers nach 1945, und er wurde darin von seinen Mitstreitern nach Kräften bestärkt[35].

Die politischen Hintergründe beim Zustandekommen des Arbeitskreises blieben natürlich auch im Ausland nicht verborgen und dürften für die lang anhaltende Zurückhaltung vor allem der westeuropäischen Geschichtswissenschaft maßgeblich gewesen sein. Die Ausstrahlung des Kreises reichte, wie gezeigt wurde, in einige Staaten des Ostblocks tiefer als nach Westeuropa. Als

[34] Brief von Manfred Hellmann an Walter Schlesinger, 8.1.1957; NL Schlesinger, Hessisches Landesamt Marburg.

[35] Das Zitat stammt aus einem Brief von Theodor Mayer an Karl Lechner, 2.10.1964; NL Lechner, Niederösterreichisches Landesarchiv Wien. Nachdem seine Verdienste um die deutsche Mittelalterforschung nach dem Krieg totgeschwiegen worden seien, habe er Konsequenzen gezogen: »Nun setzte ich es mir in den Kopf, den Leuten zu zeigen, daß ich auch noch etwas könnte; das war dann der Ausgangspunkt für den Konstanzer Arbeitskreis«.

erstes nichtdeutsches Mitglied wurde 1976 František Graus in den Kreis aufgenommen, und erst 1994 folgte mit Michel Parisse ein französischer Mediävist. Abgesehen von den politischen Ursprüngen des Arbeitskreises dürften freilich auch inhaltliche Gründe für das über Jahre mangelnde westliche Interesse an den Bodenseetagungen eine Rolle gespielt haben. Bis in die 1980er Jahre hinein standen die alten Fragen deutscher Mittelalterforschung aus den 1920er und 1930er Jahren im Zentrum, Fragen der Verfassungs- und Rechtsgeschichte, der Stammes- und Siedlungsgeschichte, denen man in Frankreich wie in der angelsächsischen Welt aller praktizierten Interdisziplinarität zum Trotz nur begrenztes Interesse entgegenbrachte. Hier nahm man, wenn überhaupt, lieber die umfassenden Werke von Gerd Tellenbach, Herbert Grundmann oder Percy Ernst Schramm zur Kenntnis[36]. Wirklich europäisch vergleichend und damit auch für internationale Forschungszusammenhänge interessanter, wurde der Arbeitskreis erst in den 1980er Jahren. So hat der Konstanzer Arbeitskreis die Reintegration deutscher Geschichtswissenschaft in den europäischen Kontext sicherlich nicht behindert, hat sie aber auch nicht im besonderen Maße befördert.

[36] Beispielhaft hierfür sei eine Bemerkung aus einem Brief an Theodor Mayer: »Ihr Arbeitskreis und seine Arbeiten sind mir noch näher gekommen. Ich hatte sie lange von der Ferne bewundert. In der Sitzung der vorletzten Tagung der American Historical Association (AHA) hatte ich kurz darüber gesprochen. Es war eine Entgegnung zu einem Vortrag eines jungen amerikanischen Professors, der die heutige historische Schule in Deutschland ausschließlich mit Tellenbachs letztem Buch und den kulturgeschichtlichen Arbeiten Schramms zu charakterisieren suchte«; Brief von Berthold Altmann an Theodor Mayer, 8.8.1965; NL Theodor Mayer, Stadtarchiv Konstanz.

MICHAEL MATHEUS

DIE WIEDERERÖFFNUNG DES DEUTSCHEN HISTORISCHEN INSTITUTS 1953 IN ROM

Transalpine Akteure zwischen Unione und Nation

Nach der Kapitulation Italiens am 8. September 1943 mehrten sich auf deutscher Seite die Stimmen, die sich für den Abtransport der Bibliotheken der vier deutschen wissenschaftlichen Institute, des archäologischen, des historischen und der zwei kunsthistorischen in Rom und Florenz[1] nach Deutschland aussprachen. Auf der Grundlage eines »Führerbefehls« kam der Transport über die Alpen im Dezember 1943 in Gang. Die vier Institute, unter ihnen das DHI in Rom, schlossen ihre Pforten. Vergeblich wies Kardinal Giovanni Mercati, Archivar und Bibliothekar der Heiligen Römischen Kirche, auf die Gefahren des Transportes hin. In mehr als 2000 Kisten wurden die Bücher des archäologischen Instituts untergebracht, 539 Kisten füllten jene des historischen Instituts. Die Einzelheiten der Bahntransporte nach Norden und das unterschiedliche Schicksal der einzelnen Bibliotheken können hier unberücksichtigt bleiben, auch die verschiedenen Stationen in den österreichischen Salzbergwerken von Bad Aussee, schließlich die Depots in Pommersfelden und Offenbach, wo die historischen Bücher zwischengelagert wurden[2].

Den amerikanischen Akten ist zu entnehmen, daß man sich schon vor der deutschen Kapitulation über die Bibliotheken informierte und über ihr weiteres Schicksal reflektierte[3]. 1946 wurde dann mit ihrer Rückführung nach Itali-

[1] Es handelt sich in Rom neben dem 1888 gegründeten DHI um das Deutsche Archäologische Institut (DAI), das aus einer 1829 gegründeten internationalen Vorgängerinstitution hervorging, um die 1913 eröffnete Bibliotheca Hertziana sowie um das 1897 gegründete Kunsthistorische Institut in Florenz.

[2] Hermann GOLDBRUNNER, Von der Casa Tarpea zur Via Aurelia. Zur Geschichte der Bibliothek des Deutschen Historischen Instituts in Rom, in: Reinhard ELZE, Arnold ESCH (Hg.), Das Deutsche Historische Institut in Rom, Tübingen 1990 (Bibliothek des Deutschen Historischen Instituts in Rom, 70), S. 33–86, hier S. 62ff.; Christine Maria GRAFINGER, Beziehungen zwischen Vatikanischer Bibliothek und Deutschem Historischem Institut, in: Michael MATHEUS (Hg.), Deutsche Forschungs- und Kulturinstitute in Rom in der Nachkriegszeit Tübingen 2007 (Bibliothek des Deutschen Historischen Instituts in Rom, 112), S. 127–137.

[3] Arnold ESCH, Die deutschen Institutsbibliotheken nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und die Rolle der *Unione degli Istituti*: Internationalisierung, Italianisierung – oder

en begonnen. Das Gros der Bibliothek des DHI fand 1947 eine vorläufige Unterkunft in der Biblioteca Apostolica Vaticana[4]. Bis zum Abschluß der Rückführung und Sortierung der Bestände vergingen weitere Jahre, auch weil die Bücher des Österreichischen Historischen Instituts in Rom ausgesondert werden mußten. Mit Erleichterung wurde registriert, daß der Abtransport nach Deutschland und die Rückführung nach Italien erstaunlich glimpflich verlaufen waren. Auch mit Blick auf die historische Bibliothek hielten sich die Verluste sowie die Schäden an Büchern »in erträglichen Grenzen«[5].

Festgehalten sei: Mit einem enormen Aufwand wurden diese riskanten Buchtransporte in den letzten Monaten des Krieges sowie in der unmittelbaren Nachkriegszeit durchgeführt, als Ressourcen knapp und umkämpft waren. Sowohl auf deutscher als auch auf alliierter Seite drückt sich darin eine beachtliche Wertschätzung gegenüber den betroffenen Bibliotheken aus. In den Bahntransporten nach Norden und schließlich nach Süden kommt ein hohes Maß an Sensibilität bei Siegern und Besiegten gegenüber solchen als unverzichtbar geltenden Grundlagen kulturgeschichtlicher Forschung zum Ausdruck. Der Abtransport nach Deutschland symbolisiert in gewisser Weise einen Rückzug deutscher Geschichtswissenschaft, der freilich in erster Linie die Sicherung der wertvollen Bestände zum Ziel hatte, nachdem von der nationalsozialistischen Führung, aber auch von deutschen Wissenschaftlern zuvor manches unternommen worden war, um Auslandsinstitute als Plattformen hegemonialer Wissenschafts- und Kulturpolitik zu instrumentalisieren. Die Rückführung der Bibliotheken nach Italien symbolisiert ihrerseits den hohen Rang der Bibliotheken innerhalb der dortigen Wissenschaftslandschaft[6] und zugleich den festen Willen, diese Forschungsinstrumente wieder in die italienische und internationale Wissenschaft einzubinden. Im folgenden geht es im Wesentlichen um drei Fragenkomplexe:

1. Optionen in Rom. Mit der Rückführung der Bibliotheken nach Italien war über ihr weiteres Schicksal noch nicht entschieden. Die in den Jahren nach 1946 diskutierten Optionen und Entscheidungen sollen in aller Kürze skizziert werden, wobei das DHI im Mittelpunkt des Interesses steht. Aus römischer Perspektive und von der dortigen internationalen Plattform aus soll somit ein bescheidener Beitrag zum Tagungsthema erbracht werden.

Rückgabe an Deutschland?, in: MATHEUS (Hg.), Deutsche Forschungs- und Kulturinstitute in Rom (wie Anm. 2), S. 67–98, hier S. 74ff.

4 GRAFINGER, Beziehungen (wie Anm. 2).

5 GOLDBRUNNER, Von der Casa Tarpea (wie Anm. 2), S. 71.

6 Erland BILLIG, *Habent sua fata libelli.* Swedish notes on the problem of the German scientific libraries in Italy 1943–1948, in: Opuscula Romana 18 (1990), S. 221–235; Erland BILLIG, Carl NYLANDER, Paolo VIAN (Hg.), »Nobile munus«. Origini e primi sviluppi dell'Unione Internazionale degli Istituti di Archeologia, Storia e Storia dell'Arte in Roma (1946–1953). Per la storia della collaborazione internazionale a Roma nelle ricerche umanistiche nel secondo dopoguerra, Rom 1996, S. 3f.

2. Von Alt- bzw. Deutschrömern. Eine zweite Perspektive wendet sich jenen auf deutscher Seite handelnden Akteuren zu, die früh begannen, sich für die Sicherung der Bibliotheken und die Rückführung der Institute in deutsche Verantwortung einzusetzen. Hervorgehoben werden soll eine Gruppe von Vertretern der deutschen Geschichtswissenschaft in Deutschland und in Rom, die als Alt- bzw. als Deutschrömer bezeichnet werden.

3. Von unpolitischer Wissenschaft und von der Freiheit der Wissenschaft. Die Wiedereröffnung der Institute in Rom und Florenz im Jahre 1953 wurde u.a. möglich, nachdem Alcide De Gasperi und Konrad Adenauer diesen Einrichtungen ausdrücklich den Status zuerkannt hatten, der in italienischer Sprache mit der Formel von der *gestione autonoma* umschrieben wurde. Diese Formel mußte in der Folgezeit mit Inhalt gefüllt werden. Sie war mit Vorstellungen von einer unpolitischen Wissenschaft und von der Freiheit von Wissenschaft verknüpft, die nicht nur von deutschen, sondern auch von Historikern anderer Nationen geteilt wurden. Unter den spezifischen Bedingungen der westdeutschen Nachkriegsgeschichte verweisen sie aber auch auf Spezifika bei der Ausprägung der Wissenschaftskultur der frühen Bundesrepublik, deren Genese und komparatistische Einordnung der näheren Erforschung bedürfen.

Optionen in Rom

Im folgenden sollen der unterdessen recht gut erforschte, bis zur Wiedereröffnung des DHI Rom im Jahre 1953 reichende Prozeß der Rückführung der deutschen wissenschaftlichen Bibliotheken unter das Dach der jungen Bundesrepublik Deutschland und die in dieser Zeit diskutierten wichtigsten Optionen knapp skizziert werden[7]. Es geht dabei vor allem um eine auf Rom konzentrierte Perspektive, die freilich zu berücksichtigen hat, daß die römischen Akteure in vielfältige Handlungs- und Entscheidungszusammenhänge eingebun-

[7] Vgl. zum folgenden BILLIG, *Habent sua fata libelli* (wie Anm. 6); Margherita GUARDUCCI, Per la storia dell'Istituto Archeologico Germanico. 2. 1950: L'anno del grande pericolo, in: Mitteilungen des Deutschen Archäologischen Instituts. Römische Abteilung 99 (1992), S. 314–327; Paolo VIAN (Hg.), Speculum mundi. Roma centro internazionale di ricerche umanistiche. Unione Internazionale degli Istituti di Archeologia, Storia e Storia dell'Arte in Roma, Roma [1992]; Margherita GUARDUCCI, Per la storia dell'Istituto Archeologico Germanico, in: Rivista di filologia e di istruzione classica 121, 1993, S. 110–117; BILLIG, NYLANDER, VIAN (Hg.), »Nobile munus« (wie Anm. 6); Hans W. HUBERT, Das Kunsthistorische Institut in Florenz von der Gründung bis zum hundertjährigen Jubiläum (1897–1997), Firenze 1997, hier S. 79ff.; ESCH, Die deutschen Institutsbibliotheken (wie Anm. 3).

den und in wichtigen Situationen von diesen abhängig waren. Zwei Phasen lassen sich nach der 1946 eingeleiteten Rückführung der Bibliotheken unterscheiden. Eine bis 1948/49 reichende Periode, in der zwei Alternativen diskutiert wurden: die Überführung der ehemals deutschen Bibliotheken in italienischen Besitz oder deren Institutionalisierung unter internationaler Verantwortung. An eine Rückführung in deutsche Trägerschaft war zu diesem Zeitpunkt schon deshalb nicht ernsthaft zu denken, da auf deutscher Seite keine Institution existierte, welche die Verantwortung hätte übernehmen können. In dieser Situation kam früh wiedergegründeten disziplinären Fachgesellschaften und einer Organisation wie den MGH eine besondere Bedeutung zu. Nach Jahren des Asyls im fränkischen Pommersfelden fand sie in München eine neue Wirkungsstätte und war für das DHI unmittelbar zuständig[8]. Von 1948/49 an nahm die Überführung der Bibliotheken in deutsche Zuständigkeit immer konkretere Formen an.

Schon am 5. Mai 1945 hatten sich in Rom auf Anregung der Allied Control Commission Altertumswissenschaftler verschiedener Nationalitäten in der AIAC (Associazione Internazionale di Archeologia Classica) zusammengeschlossen[9]. Den Verlust der weltweit einzigartigen Spezialbibliothek des Deutschen Archäologischen Instituts (DAI) empfand man schmerzlich, sie sollte baldmöglichst wieder in Rom verfügbar sein. Am 1. Februar 1946 konstituierten neun Institutsdirektoren aus sieben Ländern die Unione degli Istituti di Archeologia, Storia e Storia dell'Arte in Roma. Das vordringliche Ziel des Gremiums bestand darin, die Zukunft der deutschen Bibliotheken zu sichern.

Die Überführung in italienischen Besitz, wie sie zu diesem Zeitpunkt und in den folgenden Jahren als *eine* Option von italienischen Diplomaten und Gelehrten wiederholt gefordert wurde, scheiterte nicht zuletzt am Widerstand der Alliierten, vor allem der Amerikaner. Rechtliche Ansprüche auf die Bibliotheken, die auf italienischer Seite formuliert wurden, überzeugten wichtige Entscheidungsträger unter den Alliierten nicht. Ferner spielten wohl (etwa von dem in Florenz lebenden bedeutenden amerikanischen Kunsthistoriker Bernard Berenson) genährte Zweifel eine Rolle, ob man auf italienischer Seite in der Lage sei, eine effiziente Bibliotheksführung zu garantieren[10]. Auf ihre be-

[8] Thomas STAMM-KUHLMANN, Deutsche Forschung und internationale Integration 1945–1955, in: Rudolf VIERHAUS, Bernhard VOM BROCKE (Hg.), Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft. Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft, Stuttgart 1990, S. 886–909, hier S. 891ff.

[9] Massimo PALLOTTINO, L'Associazione Internazionale di Archeologia Classica, in: VIAN (Hg.), Speculum mundi (wie Anm. 7), S. 47–52.

[10] ESCH, Die deutschen Institutsbibliotheken (wie Anm. 3), S. 89f.; Thomas FRÖHLICH, Das Deutsche Archäologische Institut in Rom in der Kriegs- und Nachkriegszeit bis zur Wiedereröffnung 1953, in: MATHEUS (Hg.), Deutsche Forschungs- und Kulturinstitute in Rom (wie Anm. 2), S. 139–179, hier S. 165.

grenzten finanziellen Möglichkeiten wies die italienische Regierung selbst wiederholt hin[11]. Unter italienischen Diplomaten und Wissenschaftlern sprach man sich keineswegs geschlossen für eine italienische Lösung aus. In vatikanischen Kreisen fand sie – nach allem, was bisher bekannt ist – wohl von Anfang an keine prominenten Befürworter.

Am 18. Februar 1946 entschied die Allied Control Commission, die Aufsicht über die deutschen Bibliotheken in Rom provisorisch der Unione zu übertragen. Bis 1948/49 wurden verschiedene Varianten der Internationalisierung diskutiert. Allerdings ging es dabei immer nur um die deutschen Buchbestände. Für weitergehende Lösungen einer internationalen Organisation von Bibliotheken war die Zeit wohl nicht reif, ganz zu schweigen von internationalen Forschungsprogrammen und -projekten. Der Unione fehlte das Geld zum Unterhalt der deutschen Bibliotheken, die Hoffnungen auf nennenswerte Mittel von Seiten der UNESCO zerschlugen sich. Der 1948 diskutierte sogenannte Morey-Plan sah schließlich für Unterhalt und Betrieb der Bibliotheken ein Fondsvermögen von einer Milliarde Lire vor, das man aus dem Verkauf deutschen Vermögens in Italien zu erzielen hoffte. Das Besitzrecht sollte an den italienischen Staat übergehen, von dem auch die Bereitstellung geeigneter Gebäude erwartet wurde. Für 99 Jahre war eine Verwaltung der Bibliotheken durch die Unione vorgesehen.

Ab 1948 setzten sich deutsche Politiker und Wissenschaftler immer intensiver für eine Rückführung ein[12]. Es kam zu einem intensiven Zusammenwirken zwischen ihnen und deutschen Interessenvertretern in Rom. Schon früh versuchten in Rom lebende Deutsche, den Gang der Ereignisse so zu beeinflussen, daß eine spätere Rückführung in deutsche Zuständigkeit als Option erhalten blieb. Dabei setzte man auf Verzögerungen bei der Entscheidungsfindung, weil man auf spätere günstigere Konstellationen hoffte[13]. Die Vertreter der evangelischen Kirche in Rom[14] nahmen zwar nach 1945 offiziell eine neutrale Haltung ein, standen aber mit in Rom lebenden Wissenschaftlern wie Ludwig Curtius und Friedrich Wilhelm Deichmann in engem Kontakt. Schon Anfang 1946 bot man das Gemeindehaus der evangelischen Kirche für die Unterbringung der Bibliothek des DAI an, und damit jene Räumlichkeiten, in denen die Bücher bis zum Abtransport aufgestellt waren. Der Plan, die Bibliotheken zentral im Palazzo Vidoni unterzubringen, scheiterte auch deshalb, weil die italienische Regierung nicht bereit war, dieses Gebäude zur Ver-

[11] FRÖHLICH, Das Deutsche Archäologische Institut (wie Anm. 10), S. 158f.

[12] Hierzu weiter unten.

[13] Michael MATHEUS, *Gestione autonoma*. Zur Wiedereröffnung und Konsolidierung des deutschen Historischen Instituts in Rom (1953 bis 1961), in: DERS., Deutsche Forschungs- und Kulturinstitute in Rom (wie Anm. 2), S. 99–126, hier S. 106.

[14] Jens PETERSEN, Die deutschen evangelischen Gemeinden in Rom und Italien vor der Herausforderung des Nationalsozialismus 1933–1943, in: Quellen und Forschungen aus italienischen Archiven und Bibliotheken 73 (1993), S. 616–657.

fügung zu stellen[15]. Mit der Unterbringung der Bibliothek des DHI im Vatikan kamen deren Vertreter ins Spiel, unter ihnen einflußreiche Gelehrte, die der deutschen historischen Wissenschaft gewogen waren[16]. Wolfgang Hagemann und Margarete Ehlers, die einst am DHI tätig gewesen waren, wurden in Rom wieder aktiv, ordneten die Buchbestände ihres alten Instituts im Vatikan und wurden zu wichtigen Interessenvertretern und Ansprechpartnern vor Ort. Sieht man von diesen und anderen im weiteren Sinne deutschen bzw. deutschfreundlichen Initiativen ab, deren (auch nachhaltige) Wirkungen man nicht unterschätzen sollte, dann waren es letztlich wohl doch Veränderungen auf internationaler Ebene, die den Ausschlag dafür gaben, daß sich die Gewichte entscheidend und nachhaltig verschoben. Im Mai 1949 waren einflußreiche deutsche Akteure darüber informiert, daß auf amerikanischer Seite die im Morey-Plan vorgesehene Internationalisierung fallengelassen werden sollte. Bald registrierten auch die Mitglieder der Unione (manche mit Verbitterung), daß die Regierung der USA den unterschriftsreifen Vertrag unterdessen ablehnte. Auf deutscher wie auch auf amerikanischer Seite setzte man vor dem Hintergrund eines sich verschärfenden Ost-West-Gegensatzes nun »auf den sich immer konkreter abzeichnenden Weg Deutschlands in die Staatlichkeit« und auf dessen Westintegration[17].

In der jungen Bundesrepublik war man bereit, beachtliche Ressourcen in Rom zu investieren. Manches geschah, wie an anderer Stelle gezeigt wurde, verdeckt, weil öffentliche Kritik und Gegenmaßnahmen vermieden werden sollten[18]. Nicht nur die in Rom lebenden Interessenvertreter wurden finanziell unterstützt, auch junge Historiker erhielten für ihre Forschungen in Rom Stipendien. Finanziert wurden Recherchen in Bibliotheken und Archiven, von denen auch Forscher profitierten, die vor dem Naziterror in die USA geflüchtet waren. Die Bestände der Bibliothek des DHI wurden gezielt ergänzt. Ein in der Vatikanischen Bibliothek treuhänderisch verwaltetes »Dollarkonto« bot hierfür und für andere Beschaffungen eine willkommene Grundlage. Ab Oktober 1951 wurde in Rom ein Büro gemietet und ausgestattet. Damit verfügten die deutschen Historiker in der Ewigen Stadt bereits zwei Jahre vor der offiziellen Eröffnung des DHI im Corso Vittorio Emanuele und zu einem Zeitpunkt über ein Protoinstitut, als die endgültige Rückgabe der deutschen Einrichtungen noch gar nicht entschieden war. Auf italienischer Seite hegte man gegen die volle Restituierung immer noch erhebliche Bedenken, auch eine italienische Lösung wurde erneut ins Spiel gebracht. Im Jahre 1953 öffneten dann das DHI und die anderen wissenschaftlichen Institute in Italien wie-

[15] FRÖHLICH, Das deutsche Archäologische Institut (wie Anm. 10), S. 160.
[16] GRAFINGER, Beziehungen (wie Anm. 2).
[17] MATHEUS, *Gestione autonoma* (wie Anm. 13), S. 103ff.; FRÖHLICH, Das deutsche Archäologische Institut (wie Anm. 10), S. 167.
[18] MATHEUS, *Gestione autonoma* (wie Anm. 13), S. 108ff.

der ihre Tore. Die Adenauerregierung hatte mit ihrer Aussöhnungs- und Verständigungspolitik gegenüber den Nachbarn einen wichtigen Erfolg im Süden errungen. Dabei gelangen Verbesserungen nicht nur in den Bereichen Politik und Wirtschaft, sondern auch in Wissenschaft und Kultur[19].

Von Alt- bzw. Deutschrömern

In seinem Essay »Deutsche und Italiener in der Nachkriegszeit«[20] meldet Christof Dipper Zweifel gegenüber dem mit 1945 vielfach verknüpften Zäsurdenken an. Aus der Perspektive der oft beschworenen »Stunde Null« würden Brüche zu stark betont, Kontinuitäten übersehen. Jenseits der offiziellen, politisch-institutionellen Kontakte plädiert Dipper für eine Perspektive ›von unten‹. Zugleich unterscheidet er drei Ebenen innerhalb der deutsch-italienischen Beziehungsgeschichte und verknüpft damit die These, jeder dieser Ebenen sei eine eigene Geschwindigkeit zu eigen. Im privaten, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Bereich seien sehr schnell wieder Kontakte aufgenommen worden. Ab 1949/50 wurden die politischen Beziehungen institutionalisiert, gleichsam verspätet kam es zur Verfestigung der offiziell-kulturellen Kontakte. Die Wiedereröffnung der vier deutschen wissenschaftlichen Einrichtungen in Rom und Florenz im Jahre 1953 erweist sich auch aus dieser Perspektive als eine wichtige Etappe.

Bevor aber die Frage nach der transnationalen Netzwerkbildung in der Nachkriegszeit aus römischer Perspektive erörtert wird, erscheinen einige Anmerkungen zur Zeitspanne bis 1945 notwendig. In Rom bestanden bereits vor und während des Krieges Netzwerke internationaler wissenschaftlicher Zusammenarbeit, die sich in der 1946 konstituierenden Unione institutionell verfestigten, zunächst ohne deutsche Beteiligung. Schon vor Beginn des Krieges wurden in diesen römischen Forschungseinrichtungen wachsende nationa-

[19] Eine interessante, in manchem freilich anders gelagerte Parallele stellen die deutsch-französischen Beziehungen dar; vgl. Corine DEFRANCE, »Es kann nicht genug Kulturaustausch geben«: Adenauer und die deutsch-französischen Kulturbeziehungen 1949–1963, in: Klaus SCHWABE (Hg.), Konrad Adenauer und Frankreich 1949–1963. Stand und Perspektiven der Forschung zu den deutsch-französischen Beziehungen in Politik, Wirtschaft und Kultur, Bonn 2005, S. 137–162; Ulrich PFEIL, Das Deutsche Historische Institut Paris. Eine Neugründung »sur base universitaire«, in: DERS., Deutsch-französische Kultur- und Wissenschaftsbeziehungen im 20. Jahrhundert. Ein institutionengeschichtlicher Ansatz, München 2007, S. 281–308, hier S. 306.

[20] Christof DIPPER, Deutsche und Italiener in der Nachkriegszeit, in: MATHEUS (Hg), Deutsche Forschungs- und Kulturinstitute in Rom (wie Anm. 2), S. 1–20.

listische Empfindlichkeiten spürbar, doch kamen die Kontakte untereinander nicht zum Erliegen.

So erinnert sich Hubert Jedin mit Blick auf seine römischen Aufenthalte in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre, wie »der massive Nationalismus der anderen, vor allem der Italiener und Franzosen« sein »eigenes nationales Selbstbewusstsein wach rief – wieder wach rief. Es hatte mich verletzt, dass bei einer Papstaudienz ein deutscher Bankier gezwungen wurde, sein Eisernes Kreuz vom Frack zu nehmen, weil es eine Kriegsauszeichnung sei, während in der Vatikanischen Bibliothek Msgr. Tisserant das Bändchen der Ehrenlegion im Knopfloch seiner Soutane trug.« Wenn auch – so Hubert Jedin – jene »zur École française ausgesprochen kühl [blieben,] [...] unterhielten wir insgesamt gute Beziehungen zu den Stipendiaten der anderen wissenschaftlichen Institute Roms«[21]. Der Breslauer Privatdozent und »Nichtarier« Jedin floh Ende der 1930er Jahre aus Deutschland, kam erneut nach Rom, fand im Campo Santo Unterschlupf und rettete auf diese Weise sein Leben. Während er im DHI »unbehelligt und ohne Demütigungen« arbeiten konnte[22], wurde er von anderen deutschen Einrichtungen und den sie vertretenden Personen gemieden. Im Rückblick schreibt er über die seit 1933 in Rom verbrachten Jahre: »Die erzwungene Distanzierung von den deutschen Instituten in Rom (mit Ausnahme des Historischen) und von der deutschen Gemeinde hatte zur Folge, daß meine Beziehungen zu Italienern und Angehörigen anderer Nationen enger wurden als früher«[23]. Erneut erwiesen sich die wissenschaftlichen Einrichtungen Roms, die Forschungsinstitute und Bibliotheken, die Museen und Archive, die italienischen und päpstlichen Universitäten, allen voran Bibliothek und Archiv des Vatikan als Orte internationaler wissenschaftlicher Kommunikation[24]. Deutsche Historiker lernten in der Biblioteca Vaticana den dort als Sekretär tätigen Alcide De Gasperi kennen[25]. In den Einrichtungen des Vatikans und im Campo Santo fanden über Jedin und De Gasperi hinaus etliche Zuflucht, die um ihr Leben fürchten mußten[26]. Als wenige Monate vor dem Ende des

[21] Hubert JEDIN, Lebensbericht. Mit einem Dokumentationsanhang hg. von Konrad REPGEN, Mainz 1984, S. 70. Vgl. für die 1920er Jahre auch Hubert JEDIN, Was nicht in den Akten steht, in: Erwin GATZ (Hg.), Hundert Jahre deutsches Priesterkolleg beim Campo Santo Teutonico 1876–1976. Beiträge zu seiner Geschichte, Rom u.a. 1977 (Supplementheft der römischen Quartalschrift, 35), S. 174–186.

[22] JEDIN, Lebensbericht (wie Anm. 21), S. 77.

[23] Ibid., S. 81. Vgl. auch Klaus VOIGT, Zuflucht auf Widerruf. Exil in Italien 1933–1945, 2 Bde., Stuttgart 1989, 1993, hier Bd. 1, S. 265, 402 passim; Bd. 2, hier S. 462.

[24] Archiv und Bibliothek waren allerdings während der Besetzung Roms durch deutsche Truppen geschlossen.

[25] Hermann HOBERG, Lebenserinnerung, in: Römische Quartalschrift 82 (1987), S. 2–14, hier S. 7. Zu De Gasperi: Eckart CONZE, Gustavo CORNI, Paolo POMBENI (Hg.), Alcide De Gasperi. Un percorso europeo, Bologna 2005 (Annali dell'Istituto Storico Italo-Germanico in Trento. Quaderni, 65); Piero CRAVERI, De Gasperi, Bologna 2006.

[26] Hinweise bei JEDIN, Lebensbericht (wie Anm. 21), S. 81, 83, 103ff. u.ö.

Krieges und der Befreiung Italiens am 13. Dezember 1944 Ludwig Curtius, der aus dem Amt des Direktors des DAI gedrängt und 1937 in den Ruhestand versetzt worden war, seinen 70. Geburtstag feierte, gab Erik Sjökvist, der Direktor des schwedischen Instituts, ihm zu Ehren einen Empfang im damals schon befreiten Rom, »an dem etwa 120 Personen aus 16 Nationen teilnahmen«[27]. Curtius darf als herausgehobener Exponent jener deutschen Humanisten gelten, deren christliche Verwurzelung und wissenschaftliche Begeisterung für die Antike und Renaissance Italiens sie ganz oder doch wenigstens teilweise immun gegen den Germanenkult und den Rassenwahn der NS-Ideologie machten. Als Generalsekretär der Unione spielte der schwedische Archäologe Sjökvist in den Nachkriegsjahren im Rahmen der Diskussion um die deutschen Institute eine wichtige Rolle.

Noch – und ich beschränke mich dabei auf Deutschland und Italien und den Bereich der Geschichtswissenschaft – wissen wir jenseits einer an Institutionen orientierten Perspektive zu wenig darüber, wann und auf welche Weise Kontakte zwischen Wissenschaftlern beider Länder angebahnt und deutsche Forscher etwa über Einladungen die Chance erhielten, wieder in die internationale *scientific community* aufgenommen zu werden. Gelehrte im Vatikan waren an solchen Kontakten früh interessiert, etwa Kardinal Giovanni Mercati[28], der wie sein Bruder Angelo, Präfekt des Archivio Secreto Vaticano, besonders die Leistungen deutscher Wissenschaft im Bereich von Philologie und Geschichte schätzte[29]. Katholische Historiker aus Deutschland an der Kurie bzw. in deren Umfeld wie Friedrich Kempf SJ[30], Hermann Hoberg[31], Engelbert Kirschbaum SJ[32] und Hubert Jedin[33] leisteten dazu wichtige Beiträge. Je-

[27] Ibid. S. 143. Zu Curtius vgl. auch Karl LÖWITH, Mein Leben in Deutschland vor und nach 1933. Ein Bericht, Stuttgart 1986, S. 88f. Der jüdische Philosoph lebte von 1934 bis 1936 in Rom. Zur Rolle Kardinal Mercatis bei den Transporten der deutschen Bibliotheken vgl. auch GRAFINGER, Beziehungen (wie Anm. 2), S. 128ff.

[28] Mario SCADUTO SJ, Un dotto: il cardinale Giovanni Mercati (1866–1957), in: La Civiltà Cattolica 108 (1957), S. 49–60.

[29] JEDIN, Lebensbericht (wie Anm. 21), S. 158ff.

[30] Jürgen PETERSOHN, Friedrich Kempf, in: Hubert MORDEK (Hg.), Aus Kirche und Reich. Studien zu Theologie, Politik und Recht im Mittelalter. Festschrift für Friedrich Kempf zu seinem 75. Geburtstag und 50jährigen Doktorjubiläum, Sigmaringen 1983, S. XV–XXII.

[31] Erwin GATZ, Das Römische Institut der Görres-Gesellschaft von der Auflösung der Gesellschaft durch das NS-Regime (1941) bis zu seiner Reaktivierung nach dem Zweiten Weltkrieg (1949), in: MATHEUS (Hg.), Deutsche Forschungs- und Kulturinstitute in Rom (wie Anm. 2), S. 181–192, hier S. 186. Vgl. zu Hoberg auch: Bernd HOLTMANN, Das Domkapitel zu Osnabrück, Neuenkirchen 1987, S. 212–215; Josef METZLER, Ricordo di Monsignore Hermann Hoberg Vice Prefetto dell'Archivio Segreto Vaticano, in: Hermann HOBERG, Inventario dell'Archivio della Sacra Romana Rota (sec. XIV–XIX), Vatikanstadt 1994 (Collectanea Archivi Vaticani, 34), S. 7f.

[32] Vgl. den Artikel von Ernst DASSMANN in LThK, ^{3}1997, Bd. 6, Sp. 105.

[33] Vgl. z.B. JEDIN, Lebensbericht (wie Anm. 21), S. 164ff. Vgl. zu Jedins Œuvre Victor CONZEMIUS, Im Aufbruch zur Ökumene. Katholische Kirchengeschichtsschreibung um

din zählt zu den schon 1945 tätig werdenden Herausgebern der »Rivista di storia della chiesa in Italia«, deren erster Band 1947 erschien. Im August 1946 wurde er Honorarprofessor für Kirchengeschichte an der Universität Bonn, wo er seit 1948/49 eine ordentliche Professur bekleidete. Mehrere katholische Kirchenhistoriker aus Deutschland betrieben ihre Studien seit 1947 im Campo Santo: August Franzen, Erwin Iserloh, Eduard Stommel, Alfred Stuiber und Bernhard Kötting[34]. »Die Vatikanische Bibliothek und das Vatikanische Archiv begannen wieder ihre Anziehungskraft auf die Gelehrten diesseits und jenseits des Ozeans auszuüben«[35]. Das römische Institut der Görresgesellschaft schloß seine Tore auch dann nicht, als 1941 das NS-Regime die das Institut tragende und finanzierende Görres-Gesellschaft aufhob[36]. Unter der Leitung von Engelbert Kirschbaum SJ entfaltete es seit 1949 neue wissenschaftliche Aktivitäten[37]. Es wäre zweifellos lohnend, solche Netzwerke wissenschaftlicher Kontakte noch systematischer zu untersuchen, als dies bisher geschehen ist und hier lediglich angedeutet werden kann.

Nach dem derzeitigen Forschungsstand kann man davon ausgehen, daß im Bereich der historischen Kulturwissenschaften eine Intensivierung der Kontakte seit 1948 einsetzte. Als wichtiges Signal wurde der Besuch der Kultusministerin des Landes Nordrhein-Westfalen im September 1948 in Rom empfunden, der »erste(n) Exponentin der wiedererstehenden Staatlichkeit von Teilen Deutschlands«[38]. Seit diesem Jahr wurden auf deutscher Seite – wie an anderer Stelle gezeigt wurde – die Bemühungen um die Rückgabe der deutschen Institutsbibliotheken in deutsche Verantwortung verstärkt. Vom engen Zusammenwirken zwischen Wissenschaftlern in Rom (Deichmann, Hagemann

1950, in: Heinz DUCHHARDT, Gerhard MAY (Hg.), Geschichtswissenschaft um 1950, Mainz 2002 (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, Beiheft 56), S. 127–142, hier S. 137f.

[34] Erwin ISERLOH, Lebenserinnerung, in: Römische Quartalschrift 82 (1987), S. 15–43, hier S. 30ff. Über die Finanzierung teilt Iserloh mit: »Hubert Jedin in Rom verfügte über eine beträchtliche Summe Schweizer Franken, die er stiftungsgemäß dafür verwandte, jüngeren Deutschen einen Studienaufenthalt in Rom zu ermöglichen«. Bernhard KÖTTING, Lebenserinnerung, in: Römische Quartalschrift 82 (1987), S. 44–59, S. 50f. Von 1947 bis 1951 gehörte auch der Trentiner Kirchenhistoriker Iginio Rogger dem Priesterkolleg am Campo Santo an; Iginio ROGGER, Lebenserinnerung, in: Römische Quartalschrift 82 (1987), S. 60–65. In der ›offiziellen‹ Namensliste des Instituts werden diese Kirchenhistoriker nicht genannt; Albrecht WEILAND, Verzeichnis der Direktoren, Stipendiaten, wiss. Assistenten (Sekretäre, wiss. Mitarbeiter) und Bibliothekare des Römischen Instituts der Görres-Gesellschaft 1888–1988, in: Römische Quartalschrift 83 (1988), S. 19–21.

[35] JEDIN, Lebensbericht (wie Anm. 21), S. 165; GATZ, Das Römische Institut der Görres-Gesellschaft (wie Anm. 31), S. 188ff.

[36] Rudolf MORSEY, Görres-Gesellschaft und NS-Diktatur. Die Geschichte der Görres-Gesellschaft 1932/33 bis zum Verbot 1941, Paderborn u.a. 2002.

[37] GATZ, Das Römische Institut der Görres-Gesellschaft (wie Anm. 31), S. 190.

[38] JEDIN, Lebensbericht (wie Anm. 21), S. 166. MATHEUS, *Gestione autonoma* (wie Anm. 13), S. 103.

und Ehlers), die auf die Unterstützung der Historiker des Campo Santo zählen konnten, und Rom erfahrenen Gelehrten in Deutschland war schon andeutungsweise die Rede. An erster Stelle genannt sei der unermüdlich in römischen Angelegenheiten agierende Theodor Klauser, sodann Friedrich Baethgen (als Präsident der MGH für das DHI zuständig), Walther Holtzmann, Hubert Jedin und Gerd Tellenbach. Das Schicksal des DHI, aber auch das der anderen Institute lag diesem Kreis von protestantischen und katholischen Wissenschaftlern, von denen ein Teil mit der Bonner Universität verbunden war, besonders am Herzen[39]. Die Kontakte zum Kultusministerium von Nordrhein-Westfalen waren eng, auch zu wichtigen Beamten der sich in Bonn konstituierenden Ministerien.

Der hier angesprochene Personenkreis verfügte zudem nicht zuletzt aufgrund früherer Tätigkeit in Rom über wissenschaftliches Ansehen auch unter nichtdeutschen Wissenschaftlern. Es handelte sich meist um Vertreter von Disziplinen der Mediävistik und der Kirchengeschichte, von Disziplinen also, die wie ihre Protagonisten als nicht oder kaum belastet und als unpolitisch gelten konnten. Dabei geht es nicht um die Frage, wie sie sich während der nationalsozialistischen Zeit verhalten hatten bzw. wie sich deren Verhalten aus heutiger Perspektive darstellt; hier interessiert mehr, wer in der Wahrnehmung der damaligen Zeit als unbelastet galt.

Mitglieder dieses Kreises protestantischer und katholischer Historiker wurden im übrigen bereits vor der Eröffnung des DHI im Jahre 1953 zu Tagungen nach Italien geladen. Solche Chancen des Außenkontaktes boten eine willkommene Möglichkeit zu internationaler Selbstbestätigung und zugleich wissenschaftlicher Selbstvergewisserung. So bat Raffaello Morghen, Präsident des Istituto Storico Italiano per il Medio Evo, den Präsidenten der MGH, an

[39] MATHEUS, *Gestione autonoma* (wie Anm. 13), S. 104ff. Zu den Altrömern an der Bonner Universität zählt auch Hugo Boecker, Professor für Betriebswirtschaft in der Landwirtschaftlichen Fakultät, den Hubert Jedin von Rom her kannte, wo Boecker »viele Jahre am Internationalen Institut für Landwirtschaft tätig gewesen war«; JEDIN, Lebensbericht (wie Anm. 21), S. 182. – Das Internationale Agrarinstitut (IAI) wurde 1905 von 40 Nationen (u.a. Italien, USA, Frankreich, Großbritannien und Deutschland) in Rom als staatliche Interessenorganisation für die landwirtschaftlichen Erzeuger gegründet und stellt damit eine der ältesten internationalen Einrichtungen in Europa dar. Das Jahr 1945 schließlich bedeutete das Aus sowohl für die Internationale Forstzentrale als auch für das Internationale Landwirtschaftsinstitut. Im kanadischen Quebec wurde die Food and Agriculture Organization (FAO) der Vereinten Nationen gegründet, deren Sitz 1951 dann allerdings wieder nach Rom verlegt wurde. Vgl. Luciano TOSI, Alle origini della FAO. Le relazioni tra l'Istituto Internazionale di Agricoltura e la Società delle Nazioni, Mailand 1989; DERS., L'Istituto Internazionale di Agricoltura 1905–1946, in: Carla MENEGUZZI ROSTAGNI (Hg.), Problemi di storia delle organizzazioni internazionali, Padua 1992 (Università degli Studi di Padova, Dipartimento di Studi Internazionali, 5), S. 17–56; DERS., L'Italia e le origini dell'Istituto Internazionale di Agricoltura, in: Storia delle Relazioni Internazionali 3 (1987), S. 171–193. Für diese Hinweise danke ich Patrick Bernhard.

jenem denkwürdigen Kongreß der *studi langobardi* in Spoleto teilzunehmen, der im Herbst des Jahres 1951 ausgerichtet wurde und an dem die Monumenta offiziell mitwirkten[40]. Von Anfang an waren an den im Frühjahr 1953 einsetzenden »Settimane« des Centro Italiano di Studi sull'Alto Medioevo deutsche Wissenschaftler beteiligt. Auf den kulturpolitischen Rang, der diesem Unternehmen beigemessen wurde, verweist die Anwesenheit von Botschaftsvertretern bei der Eröffnung[41].

Im Folgenden soll unter Berücksichtigung von Überlegungen der historischen Generationenforschung[42] von Alt- bzw. Deutschrömern[43] die Rede sein. Ein solcher Ansatz gestattet über historiographische und wissenschaftsgeschichtliche Zusammenhänge hinaus die Berücksichtigung weiterer Kontexte. Der Begriff des Altrömers verweist auf in Deutschland tätige Wissenschaftler,

[40] MATHEUS, *Gestione autonoma* (wie Anm. 13), hier S. 120. Unter den deutschen und österreichischen Teilnehmern am 1951 veranstalteten Kongreß in Spoleto werden mit Walther Holtzmann, Wolfgang Hagemann und Fritz Weigle allein drei als Mitarbeiter der MGH ausgewiesen. Zu den unterstützenden Institutionen zählten die MGH und das Institut für Vor- und Frühgeschichte der Universität München; Atti del 1. Congresso Internazionale di Studi Langobardi, Spoleto, 27–30 settembre 1951, Spoleto 1952 (Centro Italiano di Studi sull'Alto Medioevo, Congresso Internazionale di Studi Langobardi, 1), S. 9ff. Zu diesen und anderen frühen Kontakten zwischen Raffaello Morghen und deutschen Mediävisten vgl. Lettere a Raffaello Morghen 1917–1983, scelte e annotate da Garbriella BRAGA, Alberto FORNI, Paolo VIAN, introduzione di Ovidio CAPITANI, Roma 1994 (Nuovi Studi Storici, 24), S. XXI, 159ff., 163ff. u.ö. Walther Holtzmann reiste 1951 im Rahmen seiner Forschungen zu den Papsturkunden nach Rom. Die Kosten der Reise wurden von der Piusstiftung getragen. Holtzmann erhielt zudem 1951 eine Einladung zu einem rechtshistorischen Kongreß in Bologna (vgl. Studia Gratiana post octava decreti saeculari, a cura di Giuseppe FORCHIELLI, Alfonso M. STICKLER, vol. V.: Acta commemorationis et conventus A. MCMLII, Bologna 1958, S. 13); Universitätsarchiv Bonn, Personalakte Holtzmann, PF–PA 221.

[41] Vgl. unter der Rubrik »intervenuti«: »Sono intervenuti alla cerimonia inaugurale i rappresentanti delle Ambasciate dell'Austria, Belgio, Gran Bretagna, Germania: avevano aderito le ambasciate degli altri Stati rappresentanti alla Settimana«; I Problemi della Civiltà Carolingia, 26 marzo–1 aprile 1953, Spoleto 1954 (Settimane di studio del Centro Italiano di Studi sull'Alto Medioevo, 1), S. 8. Bis heute stellen die Settimane für die internationale und interdisziplinäre Forschung zum frühen und hohen Mittelalter eine unverzichtbare Adresse dar.

[42] Ute DANIEL, Generationengeschichte, in: DIES., Kompendium Kulturgeschichte. Theorien, Praxis, Schlüsselwörter, Frankfurt a.M. 2001, S. 330–345; Andreas SCHULZ, Gundula GREBNER, Generation und Geschichte. Zur Renaissance eines umstrittenen Forschungskonzepts, in: DIES. (Hg.), Generationenwechsel und historischer Wandel, München 2003 (HZ Beihefte NF, 36), S. 1– 23; Anne Christine NAGEL, Im Schatten des Dritten Reichs. Mittelalterforschung in der Bundesrepublik Deutschland 1945–1970, Göttingen 2005 (Formen der Erinnerung, 24), S. 13f. Vgl. allgemein: Ulrike JUREIT, Generationenforschung, Göttingen 2006.

[43] Ursprünglich bezeichnet der Begriff Deutschrömer deutschsprachige Maler in Rom, vgl. Gerd TOLZIEN, Art. Deutschrömer, in: Kindlers Malerei-Lexikon, 13, München 1985, S. 239f.; Christoph HEILMANN, »In uns selbst liegt Italien«. Die Kunst der Deutsch-Römer, München 1987.

hier konkret auf Vertreter geschichtswissenschaftlicher Disziplinen, die vor dem Zweiten Weltkrieg in Rom wichtige Phasen ihrer wissenschaftlichen und persönlichen Sozialisation erfahren haben[44]. Im Begriff des Deutschrömers schwingen auch jene wirkmächtigen Bilder von Italien und Rom mit, die seit Winckelmann, Goethe und Gregorovius erfühlt und konstruiert wurden. Dabei steht nicht das jeweils aktuelle Italien im Zentrum der Wahrnehmung, sondern es geht um eine ästhetisch-kulturhistorisch geprägte Italienrezeption, die besonders an Antike und Kunst, an Kultur und Natur interessiert war[45]. Inwieweit diese Rom- und Italienbilder mit den vor allem in den 1950er Jahren verbreiteten Abendlandmythen verknüpft werden konnten und wurden, wäre noch systematischer zu erforschen[46]. Zumindest in Ansätzen sind solche Zusammenhänge jedenfalls unverkennbar[47].

[44] Von einigen wissen wir dank rückblickender Reflexion um die Präge- und Sozialisationskraft von »Italien- und Romerlebnis«, vgl. z. B. JEDIN, Lebensbericht (wie Anm. 21), S. 169. Ludwig CURTIUS, Deutsche und antike Welt. Lebenserinnerungen, Stuttgart 1950, S. 115ff., 132ff., 175ff. u.ö.

[45] Jens PETERSEN, Das deutschsprachige Italienbild nach 1945, in: DERS., Italienbilder – Deutschlandbilder. Gesammelte Aufsätze, Italien in der Moderne 6, Köln 1999, S. 288–318 (zuerst in: Quellen und Forschungen aus italienischen Archiven und Bibliotheken 76 [1996], S. 455–495). Vgl. zur Differenzierung DERS., Das deutsche politische Italienbild in der Zeit der nationalen Einigung, in: Angelo ARA, Rudolf LILL (Hg.), Immagini a confronto. Italia e Germania. Deutsche Italienbilder und italienische Deutschlandbilder, Bologna, Berlin 1991, S. 169–204; Titus HEYDENREICH, Politische Dimensionen im literarischen Italienbild: die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: Ibid., S. 283–303; Klaus HEITMANN, Teodoro SCAMARDI (Hg.), Deutsches Italienbild und italienisches Deutschlandbild im 18. Jahrhundert, Tübingen 1993.

[46] Axel SCHILDT, Zwischen Abendland und Amerika. Studien zur westdeutschen Ideenlandschaft der 50er Jahre, München 1999 (Ordnungssysteme, 4); Sebastian CONRAD, Auf der Suche nach der verlorenen Nation. Geschichtsschreibung in Westdeutschland und Japan 1945–1960, Göttingen 1999; Dagmar PÖPPING, Abendland: christliche Akademiker und die Utopie der Antimoderne 1900–1945, Berlin 2002; Richard FABER, Abendland. Ein politischer Kampfbegriff, Berlin ^{2}2002 (Kulturwissenschaftliche Studien, 10); Vanessa CONZE, Das Europa der Deutschen. Ideen von Europa in Deutschland zwischen Reichstradition und Westorientierung (1920–1970), München 2005 (Studien zur Zeitgeschichte, 69); Sylvia PALETSCHEK, Die deutsche Universität im und nach dem Krieg. Die Wiederentdeckung des Abendlandes, in: Bernd MARTIN (Hg.), Der Zweite Weltkrieg und seine Folgen. Ereignisse – Auswirkungen – Reflexionen, Freiburg i.Br., Berlin 2006, S. 231–249, hier S. 242ff.

[47] MATHEUS, *Gestione autonoma* (wie Anm. 13), S. 117. Bezüge zu Europa bzw. Abendland wurden in der deutschen Mediävistik schon in der NS-Zeit formuliert: Thomas ZOTZ, Deutsche Mediävisten und Europa. Die Freiburger Historiker Theodor Mayer und Gerd Tellenbach im »Kriegseinsatz« und in der Nachkriegszeit, in: MARTIN (Hg.), Der Zweite Weltkrieg (wie Anm. 46), S. 31–50, hier S. 36, 41. Ibid., S. 46f.: »Das Abendland [...] wurde zum Beobachtungsrahmen der Geschichtswissenschaft, auch für Gerd Tellenbach«. Bei einem Mediävisten wie Theodor Mayer war die Beziehung zum als deutsch empfundenen Reich ein zentraler Orientierungspunkt. Für die Zeit nach dem siegreichen Ende des Krieges sollten die Historiker für die bevorstehende Neuordnung Europas das »geschichtliche Rüstzeug« bereitstellen. In diesem Zusammenhang wurden Auslands-

Weder unter verwandtschaftlichen Gesichtspunkten noch nach Alterskriterien, auch nicht mit Blick auf die Zugehörigkeit zu einer wissenschaftlichen Disziplin bilden diese Alt- bzw. Deutschrömer eine reale Erfahrungsgemeinschaft. Jeder von ihnen hatte Rom auf seine Weise erfahren und dort auch ganz unterschiedliche wissenschaftliche Interessen entwickelt. Zumindest partiell standen sie in Verbindung miteinander, pflegten die Kontakte etwa durch gegenseitige Besuche[48] und riefen gemeinsame römische und italienische Erfahrungen in Erinnerung. Auch solche Formen der Kommunikation trugen dazu bei, daß Ereignisse unter ähnlichen Perspektiven wahrgenommen wurden und spezifische Schlüsse gezogen wurden. Es entstanden durch aktuelle Romerlebnisse evozierte Muster lebensgeschichtlicher Romerinnerung. Die Begriffe Alt- bzw. Deutschrömer werden hier folglich als erfahrungsgeschichtliche Kategorien verstanden.

Unter den katalysatorischen Erfahrungen von Krieg und Nachkriegszeit und unter den Bedingungen beschleunigter Transformationsprozesse – so meine These – konstituierte sich diese zuvor schon ansatzweise vorhandene, gefühlte Gemeinschaft in neuer Qualität, aus der sich auch konkretes Handeln, nicht zuletzt mit Blick auf die deutschen wissenschaftlichen Einrichtungen in Italien ableiten ließ. Verdrängt und ignoriert wurden jene Intentionen, die Theodor Mayer als Leiter des Reichsinstituts für ältere deutsche Geschichtskunde, zuständig auch für das Deutsche Historische Institut in Rom, mit den historischen Instituten im Ausland verknüpft hatte. Dabei sollten neue Institute in Paris und andernorts entstehen. Sie galten ihm als Speerspitzen im geistigen Ringen der Völker um die Vormachtstellung. An diesen Instituten sollte eine europäische Geschichte auf germanischer Grundlage betrieben werden, um der Geschichte germanischen Schaffens in Europa und der Welt Rechnung zu tragen[49]. Anders aber als solche mit nationalem Pathos geforderten Vorstellun-

instituten spezifische Funktionen zugesprochen; vgl. Conrad GRAU, Planungen für ein Deutsches Historisches Institut in Paris während des Zweiten Weltkrieges, in: Francia 19/3 (1992), S. 102–128, hier S. 120ff.

[48] Vgl. z.B. JEDIN, Lebensbericht (wie Anm. 21), S. 182. Über Lebenserinnerungen hinaus bieten hierfür Nachlässe reichhaltige Informationen, so der bisher erst teilweise erschlossene Nachlaß von Wolfgang Hagemann (1911–1978) im Archiv des DHI in Rom.

[49] Otto Gerhard OEXLE, Von der völkischen Geschichte zur modernen Sozialgeschichte, in: DUCHHARDT, MAY (Hg.), Geschichtswissenschaft um 1950 (wie Anm. 33), S. 1–36, hier S. 31ff.; Frank-Rutger HAUSMANN (Hg.), Die Rolle der Geisteswissenschaften im Dritten Reich 1933–1945, München 2002 (Schriften des Historischen Kollegs. Kolloquien, 53), S. 177ff.; DERS., »Auch im Krieg schweigen die Musen nicht«. Die Deutschen Wissenschaftlichen Institute im Zweiten Weltkrieg, Göttingen ^{2}2002 (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte, 169), S. 38, 57f., 81f.; ZOTZ, Deutsche Mediävisten und Europa (wie Anm. 47), S. 38f. Vgl. zu Mayer zuletzt: Jürgen KLÖCKLER, Verhinderter Archivraub in Italien. Theodor Mayer und die Abteilung »Archivschutz« bei der Militärverwaltung in Verona 1943–1945, in: Quellen und Forschungen aus italienischen Archiven und Bibliotheken 86 (2006), S. 491–537. Vgl. auch Ernst SCHULIN, Universal-

gen von einer »kämpfenden Wissenschaft« galten die deutschen wissenschaftlichen Institute in Italien in der Wahrnehmung der Alt- bzw. Deutschrömer in der Nachkriegszeit als Paradebeispiele deutscher wissenschaftlicher Leistungsfähigkeit, weil sie – vom Kulturinstitut des Parteigenossen und Blutordensträger Werner Hoppenstedt einmal abgesehen – in nationalsozialistischer Zeit nicht durch politische Instrumentalisierung diskreditiert worden waren[50]. Vor diesem Hintergrund versteht man auch besser, weshalb deutsche Wissenschaftler einen geradezu missionarischen Eifer bei ihren Bemühungen um die Restitution dieser Einrichtungen in deutsche Verantwortlichkeit an den Tag legten. Mancher der Akteure hatte nach der Niederlage von 1945 die »tiefe Niedergeschlagenheit« bald überwunden, von »einem grundlegenden Verzicht auf deutsche Machtansprüche«[51] kann nicht bei allen die Rede sein. Den einflußreichen Präsidenten der MGH, Friedrich Baethgen, bewegten beim Einsatz um die Wiedereröffnung des römischen DHI durchaus weiterhin kulturhegemoniale Zielsetzungen, allerdings formulierte er diese nicht öffentlich[52]. Andererseits ist mit Blick auf Rom nichts von jener oft genannten Bruchlinie zwischen katholisch-rheinländischen Historikern einerseits und preußisch-protestantischen Historikern andererseits zu erkennen. Protestanten und Katholiken zogen – einmal abgesehen von konfessionellen Überlegungen bei der späteren Besetzung der Institutsleitung – an einem Strang, und dies verweist auf ein beachtliches Potential an konfessionsübergreifender Gemeinsamkeit. Denen, die die Katastrophe hinter sich lassen wollten und auf der Suche nach einem Neuanfang waren, erschienen die Vorkriegsjahrzehnte bisweilen in nostalgischer Verklärung. Am Rande des 10. Internationalen Historikerkongresses in Rom verbrachten Friedrich Baethgen, Percy Ernst Schramm sowie Ernst H. Kantorowicz, der in den 1930er Jahren sein Leben durch die Flucht in die USA retten konnte, einen gemeinsamen Abend. In der Stadt am Tiber hatten Baethgen und Kantorowicz in den 1920er Jahren am damaligen Preußischen Institut gearbeitet. »Kein Misston« – so Baethgen – störte die

geschichte und abendländische Entwürfe, in: DUCHHARDT, MAY (Hg.), Geschichtswissenschaft um 1950 (wie Anm. 33), S. 49–64, hier S. 54ff. Zuletzt: Ulrich PFEIL, Vorgeschichte und Gründung des Deutschen Historischen Instituts Paris. Darstellung und Dokumentation, Ostfildern 2007 (Instrumenta, 17), S. 52ff.

[50] In einer Denkschrift fordert Theodor Mayer am 10.2.1941 mit Blick auf das DHI Rom: »Es wird vielleicht notwendig sein, dieses Institut stärker und bewusst auf die Erforschung der germanischen und deutschen Leistung in Italien einzustellen, als das bisher geschehen ist«; GRAU, Planungen (wie Anm. 47), S. 120; PFEIL, Vorgeschichte (wie Anm. 49), S. 55ff., 260ff.

[51] Winfried SCHULZE, Die Bundesrepublik, die deutsche Nation und Europa, in: Heinz DUCHHARDT (Hg.), Nationale Geschichtskulturen – Bilanz, Ausstrahlung, Europabezogenheit, Stuttgart 2006 (Abhandlungen der Akademie der Wissenschaften und der Literatur, Geistes- und sozialwissenschaftliche Klasse, Jahrgang 2006, Nr. 4), S. 279–300, hier S. 288.

[52] MATHEUS, *Gestione autonoma* (wie Anm. 13), S. 111.

»freundschaftliche Harmonie«. Kantorowicz habe ihm später geschrieben, »ihm sei gewesen, als habe die Zeit seit den Heidelberger Tagen stillgestanden. Dabei bildeten naturgemäß neben allem Menschlichen die gemeinschaftlichen wissenschaftlichen Interessen ein lebendiges Band«[53]. Das Beispiel zeigt, daß die erfahrungsgeschichtliche Kategorie des Alt- bzw. Deutschrömers über die nach 1945 in Deutschland tätigen Historiker hinausreicht, und deutet zugleich auf die nicht zu unterschätzende Rolle von Emigranten der NS-Zeit bei der transnationalen Netzwerkbildung in der Nachkriegszeit[54].

Zum 10. Internationalen Historikerkongreß in Rom 1955 waren anders als zum vorausgegangenen 1950 in Paris die deutschen Historiker wieder offiziell geladen. Dieses Welttreffen der Historiker signalisiert eine wichtige Etappe bei der schrittweisen Rückkehr der deutschen Geschichtswissenschaft auf die internationale Bühne, läßt aber zugleich bereits jene Brüche aufscheinen, die der Ost-West-Gegensatz in den kommenden Jahren weiter vertiefte[55]. Wie das zwei Jahre zuvor eröffnete Deutsche Historische Institut fungierten etliche Institute der römischen Unione als Gastgeber und Kontaktbörsen.

[53] Friedrich BAETHGEN, Ernst Kantorowicz (3.5.1895–9.9.1963), in: Deutsches Archiv 21 (1965), S. 1–17, hier S. 14; Michael MATHEUS, Ernst H. Kantorowicz (1895–1963) und das Deutsche Historische Institut in Rom, in: Frank G. HIRSCHMANN, Gerd MENTGEN (Hg.), *Campana pulsante convocati*. Festschrift anläßlich der Emeritierung von Prof. Dr. Alfred Haverkamp, Trier 2005, S. 291–323, hier S. 308.

[54] Hartmut LEHMANN, James J. SHEEHAN (Hg.), An interrupted past. German-speaking refugee historians in the United States after 1933, Cambridge 1991; Hartmut LEHMANN (Hg.), Paths of continuity. Central European historiography from the 1930s through the 1950s, Cambridge 1994; MATHEUS, Kantorowicz (wie Anm. 53); Jürgen PETERSOHN, Deutschsprachige Mediävistik in der Emigration. Wirkungen und Folgen des Aderlasses der NS-Zeit (Geschichtswissenschaft – Rechtsgeschichte – Humanismusforschung), in: Historische Zeitschrift 277 (2003), S. 1–60; Gabriela Ann EAKIN-THIMME, Geschichte im Exil. Deutschsprachige Historiker nach 1933, München 2005; Mario KESSLER (Hg.), Deutsche Historiker im Exil (1933–1945). Ausgewählte Studien, Berlin 2005.

[55] Karl Dietrich ERDMANN, Die Ökumene der Historiker: Geschichte der internationalen Historikerkongresse und des Comité International des Sciences Historiques, Göttingen 1987 (Abhandlungen der Akademie der Wissenschaften in Göttingen, Philologisch-Historische Klasse, 3. Folge, 158), S. 299ff.; DERS., Towards a global community of historians. The International Historical Congresses and the International Committee of Historical Sciences, 1898–2000, hg. von Jürgen KOCKA, Wolfgang J. MOMMSEN und Mitarbeit von Agnes BLÄNSDORF. Übersetzt von Alan Nothnagle, New York 2005, S. 220ff.; Atti del Convegno internazionale »X Congresso Internazionale di Scienze Storiche. Roma, settembre 1955. Un bilancio storiografico (21–24 settembre 2005)«, hg. vom Istituto Olandese a Roma, Scuola Spagnola di Storia ed Archeologia in Roma, École française de Rome, Istituto Storico Germanico di Roma, Istituto Storico Italiano per il Medio Evo (im Druck).

Von unpolitischer Wissenschaft und von der Freiheit der Wissenschaft

Im letzten Abschnitt geht es um Aspekte des Wissenschaftsverständnisses der berücksichtigten Akteure. Dabei können die beiden miteinander zusammenhängenden Paradigmen von der unpolitischen Wissenschaft und der Freiheit der Wissenschaft weder in ihrer Genese noch im Gesamtzusammenhang erörtert werden. Ich beschränke mich auf einige Anmerkungen aus römischer, und das bedeutet auch aus transnationaler, internationaler Perspektive.

Die deutschen Historiker in Rom teilten mit Kollegen aus anderen Nationen die Überzeugung, Wissenschaft und Politik seien klar zu scheiden. In Rom machte Friedrich Baethgen während seiner Rombesuche in den 1940er Jahren auf John B. Word-Perkins, angesehener Direktor der British School at Rome, und auf andere Mitglieder der Unione »den allerbesten Eindruck, [...] da er ein reiner Gelehrter ohne alle politische Bindung und ohne alle politischen Interessen sei«[56]. Nicht nur in diesem Fall wurde auf deutscher Seite ein Habitus gepflegt, der sich auf die zweckfreie Erkenntnissuche von Wissenschaft berief. Diese Position besaß in der deutschen Wissenschaftskultur eine beachtliche Kontinuität, aber zugleich auch Anschlußmöglichkeiten in internationalen Kontexten[57].

In einer Situation, die in der Wahrnehmung vieler Deutscher als der totale Zusammenbruch, als »Stunde Null«[58], empfunden wurde, kam es darauf an, nach dem Ausschau zu halten, was den Bankrott unbeschadet überdauert zu haben schien. Die Verarbeitung der Kriegsjahre und der Ursachen der Katastrophe stand nicht auf dem Plan. Diese wurden vielmehr weitgehend beschwiegen bzw. verdrängt. Was Italien und Deutschland betrifft, so gab es zwischen beiden Ländern »so etwas wie einen schweigenden Konsens, das Gestern einstweilen ruhen zu lassen«[59]. Traumatische Erfahrungen blieben unbearbeitet, sozialpsychologisch geradezu eine Voraussetzung für den Versuch, an eine vermeintlich unpolitische, jedenfalls als glanzvoll wahrgenommene wissenschaftliche Vergangenheit anzuknüpfen[60]. Jetzt ging es nicht

[56] So jedenfalls die Wahrnehmung Wolfgang Hagemanns; MATHEUS, *Gestione autonoma* (wie Anm. 13), S. 111.

[57] Mitchel G. ASH (Hg.), Mythos Humboldt. Vergangenheit und Zukunft der deutschen Universitäten, Wien u.a. 1999; Robert N. PROCTOR, Value-Free Science? Purity and Power in Modern Knowledge, Cambridge Mass. u.a. 1991.

[58] DIPPER, Deutsche und Italiener in der Nachkriegszeit (wie Anm. 20), S. 17.

[59] PETERSEN, Das deutschsprachige Italienbild (wie Anm. 45), S. 291.

[60] Eine vergleichende Analyse der wissenschaftlichen Profile der vier Institute in Rom und Florenz während der NS-Zeit wäre lohnend. Vgl. PETERSEN, Die deutschen evangelischen Gemeinden (wie Anm. 14), S. 646f. Zum DAI vgl. FRÖHLICH, Das Deutsche Archäologische Institut (wie Anm. 10), hier S. 141ff.; vgl. zur Hertziana HAUSMANN, »Auch im Krieg schweigen die Musen nicht« (wie Anm. 49), S. 357ff.; Christoph THOENES, Metamorphosen. Die Bibliotheca Hertziana in den 1940er und 1950er Jahren, in:

mehr um jene Wissenschaft, die nach Theodor Mayer »sittliche Grundlage und Rechtfertigung im Dienst für den Staat« sein sollte[61].

Gefragt war eine Verbindung von »fachorientierter Wissenschaftlichkeit und unpolitischer Haltung«, wie dies Winfried Schulze formuliert hat[62]. Es galt in diesem Sinne, qualifiziertes Personal zu finden und nach Rom zu entsenden[63]. Als belastet galt beispielsweise bei Deutschen und anderen in Rom Friedrich Bock, der als zweiter Sekretär faktisch die Leitung des Instituts vor Ort für den selten in Rom weilenden Direktor ausgeübt hatte[64].

Die Überzeugung, Politik und Wissenschaft seien strikt zu trennen, schlug sich auch darin nieder, daß die Verhandlungen über die deutschen wissenschaftlichen Institutionen von jenen über die Kulturinstitute getrennt wurden[65]. Wissenschaft sollte unabhängig von Kulturpolitik und Kulturvermittlung ihren eigenen Arbeits- und Wirkungsbereich erhalten, eine Vorstellung, die keineswegs erst nach 1945 entwickelt wurde[66].

MATHEUS (Hg.), Deutsche Forschungs- und Kulturinstitute in Rom (wie Anm. 2), S. 211–234, hier S. 217; Ferdinand SIEBERT, Erlebte Geschichte. Rom 1930–1939, Bielefeld, Mainz 1989, S. 222f., 306. Vgl. zum DHI MATHEUS, *Gestione autonoma* (wie Anm. 13), S. 101; SIEBERT, Erlebte Geschichte (s.o.), S. 234ff., 263; Gerd TELLENBACH, Aus erinnerter Zeitgeschichte, Freiburg i.Br. 1981, S. 28ff. Vgl. zu Florenz HUBERT, Das Kunsthistorische Institut in Florenz (wie Anm. 7). Einbezogen werden in den Vergleich sollte auch das erst 1944 in Venedig gegründete Deutsche Institut; HAUSMANN, »Auch im Krieg schweigen die Musen nicht« (wie Anm. 49), S. 353ff.

61 ZOTZ, Deutsche Mediävisten und Europa (wie Anm. 47), S. 38.

62 Winfried SCHULZE, Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945, München 1989, S. 84. Kaum akzentuiert wurde der perspektivische Charakter historischer Wissenschaft und deren stets vorauszusetzende kulturelle Prägung. Dies dürfte jenen starken Ausschlag begünstigt haben, mit dem in den letzten Jahrzehnten Kulturgeschichtsschreibung im weitesten Wortsinne in den Vordergrund getreten ist.

63 MATHEUS, *Gestione autonoma* (wie Anm. 13), S. 112.

64 So berichtet Hermann Hoberg in seiner Lebenserinnerung, Friedrich Bock, »der Leiter des Deutschen Historischen Instituts« habe ihn in die Vatikanische Bibliothek eingeführt; HOBERG, Lebenserinnerung (wie Anm. 25), S. 6f.; vgl. zu Bock auch MATHEUS, *Gestione autonoma* (wie Anm. 13), S. 99f.; HAUSMANN, »Auch im Krieg schweigen die Musen nicht« (wie Anm. 49), S. 364. Zu sichten wären u.a. die Nachlässe im Archiv der MGH sowie im Archiv des DHI.

65 Andrea HINDRICHS, Die deutsche auswärtige Kulturpolitik in Italien. Das erste Nachkriegsjahrzehnt, in: MATHEUS (Hg.), Deutsche Forschungs- und Kulturinstitute in Rom (wie Anm. 2), S. 35–65, hier S. 45.

66 Im Zusammenhang mit dem Plan, ein historisches Institut in Paris zu gründen, erhob Theodor Mayer 1941 die Forderung, Wissenschaft habe ihre Aufgabe »in voller Unabhängigkeit« zu erfüllen. Das Pariser Institut sollte daher nicht dem Auswärtigen Amt, sondern dem Reichswissenschaftsministerium unterstellt werden. Das geplante DHI sollte »die Wirksamkeit anderer, propagandistischen Zwecken dienenden Einrichtungen ergänzen, während es sich selbst grundsätzlich jeder propagandistischen Tätigkeit enthalten muss, um die in der objektiven wissenschaftlichen Leistung naturgemäß gelegene Propaganda nicht zu gefährden oder zu zerstören«; Conrad GRAU, Planungen (wie Anm. 47), S. 120; HAUSMANN, »Auch im Krieg schweigen die Musen nicht« (wie Anm. 49),

In dieser Hinsicht ist Rom kein Sonderfall. Als die Überlegungen zur Gründung einer »historischen Forschungsstelle« in Paris konkrete Formen annahmen, wurden von deutscher Seite zwei Möglichkeiten ins Auge gefaßt: Entweder sollte die Forschungsstelle in dem neu zu errichtenden Goethe-Haus oder aber selbstständig außerhalb dieses Kulturinstitutes untergebracht werden. Eugen Ewig berichtet 1956 in einem Bericht über seine Sondierungen in Paris: Die überwiegende Mehrheit seiner französischen Gesprächspartner habe sich u.a. »aus der grundsätzlichen Erwägung heraus, daß Forschung und Politik scharf zu scheiden seien« für »eine strikte räumliche und organisatorische Trennung von Goethe-Haus und Forschungsstelle« ausgesprochen. »Einige Herren machten die Trennung von Goethe-Haus und Forschungsstelle zur Bedingung ihrer Mitarbeit«. Für eine Forschungsstelle sprachen sie sich aus, »falls diese unabhängig vom Auswärtigen Amt ›sur base universitaire‹ eingerichtet werde«[67]. Deutsche Historiker ihrerseits betonten, die in Paris einzurichtende historische Forschungsstelle müsse sich durch einen »streng wissenschaftlichen Charakter« (Hermann Weber) auszeichnen, und solle in »rein wissenschaftlicher Weise« (Eugen Ewig) tätig werden[68]. Dem entsprach die nicht zuletzt unter den agierenden Mediävisten weit verbreitete Überzeugung, ihre Arbeit zeichne sich durch unparteiliche Objektivität und methodische Strenge aus[69].

Zurück nach Rom. In solcher Abgrenzung spiegeln sich auch Erfahrungen aus der NS-Zeit. In Rom schloß man das dortige diskreditierte Kulturinstitut des Werner Hoppenstedt ohne jegliches Aufsehen und verkaufte die Bücher unter der Hand[70]. Die mit dieser Einrichtung verbundenen Erinnerungen soll-

S. 20ff., 245, 252 u.ö. Vgl. zur Berufung auf die Kategorie der »Objektivität« und der Forderung nach »wissenschaftlichen« Instituten nach 1945 auch SCHULZE, Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945 (wie Anm. 62), S. 290ff.

67 Universitätsarchiv Freiburg, Nachlaß Gerd Tellenbach, C 157/360, Bericht Ewigs in Abschrift, S. 4. Vgl. auch PFEIL, Das Deutsche Historische Institut Paris (wie Anm. 19), S. 301; DERS., Vorgeschichte (wie Anm. 49), S. 121ff., 127ff.

68 PFEIL, Vorgeschichte (wie Anm. 49), S. 13, 286.

69 Klaus SCHREINER, Wissenschaft von der Geschichte des Mittelalters nach 1945. Kontinuitäten und Diskontinuitäten der Mittelalterforschung im geteilten Deutschland, in: Ernst SCHULIN (Hg.), Deutsche Geschichtswissenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg (1945–1965), München 1989 (Schriften des Historischen Kollegs. Kolloquien, 14), S. 97–146, hier S. 90. Vgl. auch: Dieter BERG, Mediävistik – eine »politische Wissenschaft«. Grundprobleme und Entwicklungstendenzen der deutschen mediävistischen Wissenschaftsgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert, in: Wolfgang KÜTTLER u.a. (Hg.), Geschichtsdiskurs, Bd. 1: Grundlagen und Methoden der Historiographiegeschichte, Frankfurt a.M. 1993, S. 317–330; Christoph CORNELISSEN, Nur noch »strenge Wissenschaftlichkeit«. Das Collegium Carolinum im Gründungsjahrzehnt (1955–1965), in: Christiane BRENNER, u.a. (Hg.), Geschichtsschreibung zu den böhmischen Ländern im 20. Jahrhundert. Wissenschaftstraditionen – Institutionen – Diskurse, München 2006, S. 345–365, hier S. 364f.

70 THOENES, Metamorphosen. Die Bibliotheca Hertziana (wie Anm. 60), S. 229. Vgl. zu Hoppenstedt auch: SIEBERT, Erlebte Geschichte (wie Anm. 60), S. 160ff., 306; LÖWITH,

ten gleichsam getilgt werden. Mit der »Deutschen Bibliothek« wurde 1955 eine Einrichtung eröffnet, bei der offenkundig bewußt der Name Kulturinstitut vermieden wurde[71]. Erst auf der Basis solcher vorsichtiger Anfänge konnte sie zum Modell für deutsche Kulturinstitute im Ausland und zur Keimzelle der Goetheinstitute werden[72]. Die Vorgehensweise entsprach im übrigen auch einem nach 1945 gepflegten Konsens der »Haltung der Zurückhaltung« im Rahmen deutscher Selbstdarstellung im Ausland[73].

Was das DHI und die anderen deutschen wissenschaftlichen Institute in Italien betrifft, so war die Bedingung der Restituierung und der künftigen Existenz jene *gestione autonoma*, die Konrad Adenauer und Alcide De Gasperi im Notenwechsel vom 27. Februar 1953 vereinbarten[74]. Wie diese Worthülse in der Folgezeit im Detail ausgefüllt wurde, ist noch nicht hinreichend untersucht[75]. Auf den Mediävisten Paul Hübinger, der seit dem 1. März 1954 mit der Leitung der Kulturabteilung im Innenministerium betraut wurde, und auf seine Rolle bei der beachtlichen Ausdifferenzierung der bundesrepublikanischen Forschungslandschaft nicht zuletzt im Bereich der Geschichtswissen-

Mein Leben (wie Anm. 27), S. 87ff.; HAUSMANN, »Auch im Krieg schweigen die Musen nicht« (wie Anm. 49), S. 121f., 357ff.

71 HINDRICHS, Die deutsche auswärtige Kulturpolitik (wie Anm. 65), S. 45f.; Ulrike STOLL, Die Gründung der deutschen Bibliothek in Rom (1955), in: MATHEUS (Hg.), Deutsche Forschungs- und Kulturinstitute in Rom (wie Anm. 2), S. 235–252, hier S. 242f.; THOENES, Metamorphosen. Die Bibliotheca Hertziana (wie Anm. 60), S. 222ff.

72 Eckard MICHELS, Von der Deutschen Akademie zum Goethe-Institut. Sprach- und auswärtige Kulturpolitik 1923–1960, München 2005 (Studien zur Zeitgeschichte, 70). Dabei existierten grundsätzliche programmatisch-theoretische Überlegungen und darauf basierende Konzepte unter den hier interessierenden Akteuren, soweit ich sehe nicht, übrigens auch nicht im Bereich der Kulturpolitik. STOLL, Die Gründung der deutschen Bibliothek in Rom (wie Anm. 71), S. 238; PFEIL, Vorgeschichte (wie Anm. 49), S. 80. Die von Ernst H. Kantorowicz 1930 auf dem Deutschen Historikertag in Halle geforderte scharfe Trennung zwischen Geschichtsforschung und Geschichtsschreibung wurde in den Nachkriegsjahren nicht thematisiert. Hagen KELLER, Das Werk Gerd Tellenbachs in der Geschichtswissenschaft unseres Jahrhunderts, in: Frühmittelalterliche Studien 28 (1994), S. 374–397, hier S. 383f., 395; Otto Gerhard OEXLE, Das Mittelalter als Waffe. Ernst H. Kantorowicz' »Kaiser Friedrich der Zweite« in den politischen Kontroversen der Weimarer Republik, in: Geschichtswissenschaft im Zeichen des Historismus. Studien zur Problemgeschichte der Moderne, Göttingen 1996, S. 163–215; DERS., Von der völkischen Geschichte zur modernen Sozialgeschichte (wie Anm. 49), S. 19f.; MATHEUS, Kantorowicz (wie Anm. 53), S. 196ff.

73 Johannes PAULMANN, Auswärtige Repräsentationen nach 1945: Zur Geschichte der deutschen Selbstdarstellung im Ausland, in: DERS. (Hg.), Auswärtige Repräsentationen. Deutsche Kulturdiplomatie nach 1945, Köln u.a. 2005, S. 1–32.

74 Text bei MATHEUS, *Gestione autonoma* (wie Anm. 13), S. 122ff.; STAMM-KUHLMANN, Deutsche Forschung und internationale Integration (wie Anm. 8), S. 897ff.; PFEIL, Vorgeschichte (wie Anm. 49), S. 83ff.

75 Erste Hinweise bei MATHEUS, *Gestione autonoma* (wie Anm. 13), S. 112.

schaft wurde bereits hingewiesen[76]. Beim komplexen Zusammenspiel zwischen Wissenschaftlern, Politik und Ministerialbürokratie ging es um die Sicherung von Ressourcen und um damit verknüpfte Strategien auf dem Feld der Macht und des Einflusses[77].

Aber nicht nur auf Beamte wie Paul Hübinger im Innenministerium konnten die Historiker zählen, auch auf Beamte im Bundeskanzleramt wie Friedrich Janz. In einem Schreiben vom 4. Mai 1956 an Gerd Tellenbach versicherte der Ministerialdirektor im Bundeskanzleramt, er sei im Rahmen seiner Zuständigkeit für die »Wissenschaftliche Forschung« »bereit und bemüht, alles zu tun, was der Förderung der Wissenschaft dient, der Förderung des großen Gutes, das wir aus dem Zusammenbruch in die Gegenwart und Zukunft hinüber gerettet haben«[78].

Im Innenministerium wurde unter Beteiligung des Historikers Hübinger ausgehend von der Formel der *gestione autonoma* ein spezifisches Verständnis von der Freiheit der Forschung entwickelt, das keineswegs unumstritten war und etwa mit Positionen, wie sie im Auswärtigen Amt vertreten wurden, kollidierte[79]. Schon dies deutet an, daß eine umfassende Analyse dieser Zusammenhänge über die Institute in Italien ausgreifen muß. Einige der angesprochenen Alt- bzw. Deutschrömer wie Theodor Klauser, Gerd Tellenbach und Hubert Jedin spielten in wichtigen Wissenschaftsorganisationen der Bundesrepublik wie dem DAAD (Klauser war dessen erster Vorsitzender)[80], der DFG[81], dem Wissenschaftsrat, der Westdeutschen Rektorenkonferenz eine

[76] SCHULZE, Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945 (wie Anm. 62), S. 241, 254ff.; CORNELISSEN, Nur noch »strenge Wissenschaftlichkeit« (wie Anm. 69), S. 351; Friedrich P. KAHLENBERG, Rekonstruktion oder Neubeginn? Bedingungen und Faktoren deutscher Kulturpolitik in der Nachkriegszeit 1945 bis 1955, in: MATHEUS (Hg.), Deutsche Forschungs- und Kulturinstitute in Rom (wie Anm. 2), S. 21–34, hier S. 30; PFEIL, Das Deutsche Historische Institut Paris (wie Anm. 19); DERS., Vorgeschichte (wie Anm. 49), S. 131ff.

[77] Ibid. S. 170f.

[78] Universitätsarchiv Freiburg, Nachlaß Tellenbach C 157/120. »Es bedarf keiner Erwähnung, dass ich insbesondere auch in Fragen der Förderung der Geschichtsschreibung immer gerne zu Ihrer Verfügung stehe«. Vgl. jetzt auch PFEIL, Vorgeschichte (wie Anm. 49), S. 122. Vgl. zur Bedeutung des Kanzleramtes für die Wissenschaftspolitik im Ausland auch STAMM-KUHLMANN, Deutsche Forschung und internationale Integration (wie Anm. 8), hier S. 897ff.

[79] MATHEUS, *Gestione autonoma* (wie Anm. 13), S. 112f.; PFEIL, Vorgeschichte (wie Anm. 49), S. 87ff. 122ff. u.ö. Vgl. zu in mancher Hinsicht vergleichbaren Konstellationen in der NS-Zeit Anm. 66.

[80] Spuren in die Zukunft. Der Deutsche Akademische Austauschdienst 1925–2000, 3 Bde., hg. vom DAAD, Bonn 2000; Peter ALTER (Hg.), Der DAAD in der Zeit. Geschichte, Gegenwart und zukünftige Aufgaben – vierzehn Essays, Bonn 2000.

[81] Kurt ZIEROLD, Forschungsförderung in drei Epochen. Deutsche Forschungsgemeinschaft. Geschichte – Arbeitsweise – Kommentar, Wiesbaden 1968; Thomas NIPPERDEY, Ludwig SCHMUGGE, 50 Jahre Forschungsförderung in Deutschland. Ein Abriß der Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft 1920–1970, Boppard 1970; Wolfgang TREUE, Die

einflußreiche Rolle, wo gleichfalls die hier angesprochenen Aspekte diskutiert und Formen wissenschaftlicher Selbstverwaltung formuliert wurden[82]. Es handelte sich freilich um Formen der Selbstbestimmung, die an den aristokratischen und hierarchischen Formen der Ordinarienuniversität im wesentlichen festhielt. Dabei kommt wohl jenen Regeln eine besondere Bedeutung zu, die für die Vorgängereinrichtung der DFG, die Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft, entwickelt worden waren[83].

Das im europäischen Vergleich beachtliche Maß an wissenschaftlicher Selbstbestimmung, das in den 1950er Jahren am DHI und andernorts verankert werden konnte, wurde erheblich durch zwei Diskurse beeinflußt. Die Instrumentalisierung von Wissenschaft, wie sie in der NS-Zeit praktiziert wurde, sollte unterbleiben, und daraus wurde eine stets relative, aber möglichst autonome Entscheidungsmöglichkeit von Wissenschaft über ihre Methoden und Themen abgeleitet. Im Rahmen der ideologischen Konfrontation zwischen »bürgerlicher« und »marxistischer« Geschichtswissenschaft erschien aber auch eine Grenzziehung gegenüber marxistisch-kommunistischen Versuchen notwendig, Wissenschaft und Kultur politischen Zwecken dienstbar zu machen. Für solche Instrumentalisierung bot das in Rom 1957 von der DDR gegründete Centro Thomas Mann in den Augen vieler ein anschauliches Beispiel[84].

Kurzum: Im römischen Laboratorium wurden Angebote formuliert, die – was bisher nur andeutungsweise erkennbar ist – nicht ohne Auswirkungen innerhalb der westdeutschen Wissenschaftslandschaft geblieben zu sein scheinen. Zugleich zeigt sich – in Rom wie später dann in Paris –, daß entsprechende Positionen auch in Diskussionen mit Partnern im Gastland entwickelt wurden.

Die Rückführung der deutschen Geschichtswissenschaft, soweit sie in Rom am DHI und am Institut der Görres-Gesellschaft betrieben wurde, erscheint von Anfang eingebunden in gewachsene, 1943 zwar unterbrochene, aber sehr bald wieder aktivierte internationale Kontexte. Die bis in die 1960er Jahre hinein am DHI betriebene Wissenschaft blieb auf die Mediävistik und die Neuere

Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft und die Deutsche Forschungsgemeinschaft, in: Rüdiger VOM BRUCH, Rainer A. MÜLLER (Hg.), Formen außerstaatlicher Wissenschaftsförderung im 19. und 20. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich, Stuttgart 1990, S. 139–152; Notker HAMMERSTEIN, Die Deutsche Forschungsgemeinschaft in der Weimarer Republik und im Dritten Reich. Wissenschaftspolitik in Republik und Diktatur 1920–1945, München 1999.

[82] MATHEUS, *Gestione autonoma* (wie Anm. 13), S. 114f. Hubert Jedin war erst bereit, Mitglied der 1949 gegründeten Mainzer Akademie der Wissenschaften und der Literatur zu werden, nachdem ihm versichert wurde, der Geldgeber – und damit war wohl die »französische Besatzungsmacht« gemeint – habe der Akademie keinerlei »politische Auflagen« gemacht; JEDIN, Lebensbericht (wie Anm. 21), S. 183.

[83] SCHULZE, Bundesrepublik (wie Anm. 51), S. 296.

[84] STOLL, Die Gründung der deutschen Bibliothek in Rom (wie Anm. 71), S. 248; HINDRICHS, Die deutsche auswärtige Kulturpolitik (wie Anm. 65), S. 47ff.

Geschichte begrenzt, und dies wiederum hatte unbewußt oder bewußt – wie später in Paris – auch politische Gründe[85]. Lutz Raphaels anregende These, Internationalität habe »bis 1945 innerhalb der deutschen Historikerschaft nur geringes Gewicht« besessen, und es sei in der Zeit der beiden Weltkriege »gerade in der deutschen Historikerschaft« zu einer »Abschottung von außen« gekommen, bedarf zweifellos der ergänzenden Präzisierung[86]. Den auf der internationalen Plattform in Rom agierenden Historikern wird man jedenfalls internationale Verbindungen konzedieren müssen, und deren Rolle und Bedeutung nach 1945 sollte man nicht geringschätzen. Jetzt war man gerade auf jene wenigen angewiesen, die nicht zuletzt dank ihrer internationalen Kontakte für die Anschlußfähigkeit deutscher Geschichtswissenschaft einen Beitrag leisten konnten. Erst unter den sich wandelnden Bedingungen der Nachkriegszeit konnte allerdings der erstmals von Paul Fridolin Kehr[87] und später von Theodor Mayer[88] entwickelte Gedanke umgesetzt werden, über Rom hinaus weitere Auslandsinstitute der Geschichtswissenschaft zu schaffen: *Roma docet.*

[85] Jens PETERSEN, Die Arbeit des DHI Rom im Bereich der neuesten Geschichte, in: ELZE, ESCH (Hg.), Das Deutsche Historische Institut in Rom (wie Anm. 2), S. 211–237. Über die Geschichte bis 1945 hinaus rückte in der Arbeit des DHI in Rom in den letzten Jahren auch die Geschichte der Nachkriegszeit in den Blick. Im Rahmen der Überlegungen zur Gründung einer historischen wissenschaftlichen Einrichtung in Paris riet der einflußreiche Robert Fawtier, »daß man besser mit dem Mittelalter beginnen, und die Forschungsstelle nach der Seite der Neuzeit hin ausbauen solle, wenn sie angelaufen sei«; PFEIL, Das Deutsche Historische Institut Paris (wie Anm. 19), S. 301.

[86] Lutz RAPHAEL, Der Beruf des Historikers seit 1945, in: Christoph CORNELISSEN (Hg.), Geschichtswissenschaften. Eine Einführung, Frankfurt a.M. 2000, S. 39–52, hier S. 47.

[87] Heribert MÜLLER, Der bewunderte Erbfeind. Johannes Haller, Frankreich und das französische Mittelalter, in: HZ 252 (1991), S. 265–317, hier S. 275. Jüngst auch: PFEIL, Vorgeschichte (wie Anm. 49), S. 25ff.

[88] GRAU, Planungen (wie Anm. 47); HAUSMANN, »Auch im Krieg schweigen die Musen nicht« (wie Anm. 49), S. 101. Zuletzt: PFEIL, Vorgeschichte (wie Anm. 49), S. 47ff.

RAINER RIEMENSCHNEIDER

GEORG ECKERT UND DAS INTERNATIONALE SCHULBUCHINSTITUT IN BRAUNSCHWEIG

Georg Eckert (1912–1974) einen Platz als Akteur in der Geschichte der Geschichtswissenschaft zuzuweisen, bedarf der Erklärung. Gilt er doch eher als Pädagoge[1], dessen Name landläufig mit den Schulbüchern in Verbindung gebracht wird durch das nach ihm benannte Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung in Braunschweig (GEI). Einer breiteren Öffentlichkeit ist das Institut durch die maßgeblich von Eckert Anfang der 1970er Jahre initiierten deutsch-polnischen Schulbuchkonferenzen in Geschichte und Geographie bekannt geworden; ihr Ergebnis, eine Reihe »Gemeinsamer Empfehlungen für Schulen und Verlage«, hat in den 1970er und 1980er Jahren die bundesdeutsche und internationale Öffentlichkeit nachhaltig beschäftigt und ist überaus kontrovers diskutiert worden[2]. Der übrigens nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch in der damaligen Volksrepublik Polen umstrittene Charakter der Gemeinsamen Empfehlungen hat dazu geführt, daß das Institut von seinen Gegnern bisweilen in polemischer Absicht als ›deutsch-polnisches Institut‹ bezeichnet worden ist. Der durch diese polemische Zuspitzung erzeugte Ruf verschleierte mehr als er erklärte; er verengte den Blick auf die tatsächliche Bandbreite und Eigentümlichkeit der Aktivitäten, die vom GEI entweder ausgingen oder in ihm zusammenliefen und weitergegeben wurden[3].

[1] Als »Professor für Pädagogik« bezeichnet ihn Matthias BODE, Auswärtige Kulturpolitik zwischen Demokratisierung und Internationalisierung. Die frühe Bundesrepublik als Partner der UNESCO (Magisterarbeit), Göttingen 2005, S. 6.

[2] Empfehlungen für Schulbücher für Geschichte und Geographie in der Bundesrepublik Deutschland und in der Volksrepublik Polen, hg. von der Gemeinsamen deutsch-polnischen Schulbuchkommission, Braunschweig 1977, mit zahlreichen Nachdrucken an unterschiedlichen Druckorten; Die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen in der öffentlichen Diskussion der Bundesrepublik Deutschland. Eine Dokumentation eingeleitet von Wolfgang JACOBMEYER, Braunschweig 1979; ein Versuch einer Gesamtwürdigung: Thomas STROBEL, Die Gemeinsame deutsch-polnische Schulbuchkommission. Ein spezifischer Beitrag zur Ost-West-Verständigung 1972–1989, in: Archiv für Sozialgeschichte 45 (2005), S. 253–268.

[3] Vgl. Internationale Verständigung. 25 Jahre Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung in Braunschweig, hg. von Ursula A.J. BECHER und Rainer RIEMENSCHNEIDER unter Mitwirkung von Roderich HENRÝ, Hannover 2000; für die aktuelle Arbeit: Eckert. Das Bulletin 01 (Sommer 2007), Redaktion: Verena Radkau.

Auch unsere Fachwelt hat ein eher diffuses Bild von der Person und dem Wirken Eckerts. Dies mag daran liegen, daß Eckert auch auf Gebieten aktiv geworden war, die weit über das Tätigkeitsfeld eines Hochschullehrers hinausgingen. So leitete er das Internationale Schulbuchinstitut (ISBI) an der Kant-Hochschule in Braunschweig, das er 1951 begründet hatte. 1949 gehörte er zu den Gründungsvätern des Verbandes der Geschichtslehrer Deutschlands und war sein langjähriger Schatzmeister (1949–1964). Er gründete das Institut für Sozialgeschichte Braunschweig/Bonn und war außerdem Begründer und seit 1961 Schriftleiter des »Archivs für Sozialgeschichte«. Im Vorstand der Friedrich Ebert-Stiftung war er zugleich aktives Mitglied der SPD und der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (GEW) sowie Vorsitzender des Kuratoriums Unteilbares Deutschland in Braunschweig. Gleichzeitig gehörte er zu den frühesten Mitgliedern der Deutschen UNESCO-Kommission (seit 1950) und war von 1964 bis 1974 deren Vorsitzender[4]. Auf allen diesen Feldern hat er sich mit einer immensen Arbeitsleistung engagiert; davon legt sein umfangreicher Nachlaß Zeugnis ab, und Zeitgenossen, die ihn näher gekannt haben, bestätigen dies. Eckert war nicht nur ein begeisterter und begeisternder Lehrer, der seine Hörer stark und nachhaltig beeindruckte[5]; er wußte sich auch geschickt der Medien zu bedienen und verstand es, komplizierte Sachverhalte in leicht verständlicher Form einer breiten Öffentlichkeit zu vermitteln. So erschien er bald als Hochschullehrer, bald als Partei- oder Verbandspolitiker und schließlich als Kulturpolitiker. Daß Georg Eckert auch ein international anerkannter Forscher der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung war, ist dabei etwas in Vergessenheit geraten[6]. Eine zusätzliche Schwierigkeit, ihn seiner Bedeutung entsprechend wahrzunehmen, mag darin begründet sein, daß er in der Fachhistorikerschaft ein »Außenseiter« war[7]. Ein Außenseiter allerdings mit ausgeprägtem Kommunikationsvermögen und starker persönlicher Ausstrahlungskraft, die es ihm erlaubten, an der Wiederanknüpfung des transnationalen Dialogs nach dem Zweiten Weltkrieg wirkungsvoll mitzuwirken. Diese beiden Aspekte der Persönlichkeit Eckerts sollen Gegenstand der folgenden Ausführungen sein.

[4] Georg Eckerts Wirken in der UNESCO wird speziell von BODE, Auswärtige Kulturpolitik (wie Anm. 1) untersucht.

[5] Hierzu der bewegende Bericht von einem seiner früheren Schüler: Heinz WARMBOLD, Sprechen möchte ich von Georg Eckert, dem Lehrer, in: In memoriam Georg Eckert (1912–1974), Braunschweig 1974, S. 13–15.

[6] Vgl. u.a. Georg ECKERT (Hg.), 1863–1963. Hundert Jahre deutsche Sozialdemokratie. Bilder und Dokumente, Hannover 1963; DERS., Liebknecht, Wilhelm: Briefwechsel mit deutschen Sozialdemokraten, Bd. 1: 1862–1878, Frankfurt a.M. 1973.

[7] Ernst HINRICHS, Falk PINGEL, Georg Eckert (1912–1974) und die internationale Schulbuchforschung, in: Paul LEIDINGER (Hg.), Geschichtsunterricht und Geschichtsdidaktik vom Kaiserreich bis zur Gegenwart. Festschrift des Verbandes der Geschichtslehrer Deutschlands zum 75jährigen Bestehen, Stuttgart 1988, S. 334–349, hier S. 334.

Als Außenseiter in der Historikerzunft

Eckerts Außenseiterposition in der deutschen Historikerschaft hat mehrere Ursachen. Es lassen sich mindestens drei Elemente erkennen: sein ungewöhnliches oder auch untypisches Ausbildungs- und Berufsprofil, sein politisches Engagement als Sozialist bzw. Sozialdemokrat und als Gegner des Naziregimes sowie seine damit zusammenhängende Konzeption von Forschung und Lehre bzw. Lehrerausbildung.

Sein atypisches Ausbildungs- und Berufsprofil

Georg Eckerts Vita hat durch seine familiäre Sozialisation ihre entscheidende Richtung erfahren[8]. 1912 in Berlin geboren, entstammte er einem sozialistisch geprägten Elternhaus. Seine Mutter Louise Eckert-Ryschawy hatte an der Russischen Revolution von 1905 teilgenommen, sein Vater war Ingenieur und als Chefredakteur einer technischen Zeitschrift tätig; als engagierter Sozialdemokrat konnte er nicht mit einer leitenden Stellung als Ingenieur in der Wirtschaft rechnen. Nach dem Abitur 1931 immatrikulierte sich Eckert an der Berliner Universität in den Fächern Geschichte, Geographie, Germanistik sowie in der Volks- und Völkerkunde. Zu den ihn prägenden Lehrern zählte Eckert den Lassalle-Biographen Hermann Oncken, den Althistoriker und Soziologen Arthur Rosenberg, der ihn nach Eckerts Worten »sachkundig in die Welt des Marxismus einführte«, und den Reformpädagogen Fritz Karsen. Neben seinem eifrig betriebenen Studium engagierte sich Eckert in den sich zuspitzenden Krisenjahren in der Politik. Schon als Schüler war er der Sozialistischen Arbeiterjugend und der SPD beigetreten, im März 1932 übernahm er den Vorsitz im Sozialistischen Studentenbund an der Universität Berlin und betätigte sich auch im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Da er sich politisch exponiert hatte, befürchtete er nach dem Machtantritt Hitlers eine Verhaftung, exmatrikulierte sich in Berlin und tauchte zeitweilig in Hildesheim unter, wo er als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter am Pelizaeusmuseum unterkam. Im Sommersemester 1933 setzte er das Studium in Bonn fort, diesmal mit dem Schwerpunkt Völkerkunde, da er dieses Fach für politisch weniger exponiert hielt als die Geschichte. Schon im November 1935 wurde er mit einer durch Hermann Trimborn betreuten Dissertation zum Thema »Der Einfluß des Geschlechts- und Familienlebens auf die Bevölkerungsbewegung mikronesischer Inseln«

[8] Vgl. zum Folgenden vor allem: Hans-Peter HARSTICK, Georg Eckert (1912–1974). Wegbereiter einer neuen Konzeption von Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, in: Internationale Verständigung (wie Anm. 3), S. 105–115, mit einer wichtigen Anmerkung zu Quellengrundlage und Forschungsstand; vgl. auch Rosemarie RÜMENAPF-SIEVERS, Georg Eckert und die Anfänge des Internationalen Schulbuchinstituts, in: Ibid. S. 116–122.

promoviert. Ein halbes Jahr später, im Juni 1936, legte er ebenfalls in Bonn die wissenschaftliche Prüfung für das Lehramt an Höheren Schulen in den Hauptfächern Geschichte und Erdkunde und in den Nebenfächern Deutsch und Deutsche Volkskunde ab; im September 1938 folgte die Pädagogische Prüfung, diesmal vor dem Landesprüfungsamt Berlin. Bis zum Kriegsausbruch war er als Assessor an mehreren Bildungsanstalten um und in Berlin tätig; im September 1943 sollte dann die Ernennung zum Studienrat erfolgen. Am Frankreichfeldzug nahm Eckert als Funker bei der Infanterie teil, und von 1941 bis 1944 wurde er als Meteorologe an die Marine-Wetterwarte in Saloniki abkommandiert. Dort hatte er als Dienststellenleiter Zeit für volkskundliche bzw. ethnographische Feldstudien über Griechisch-Mazedonien, die er in einer Reihe von Aufsätzen veröffentlichte. Im Februar 1943 habilitierte er sich während eines Fronturlaubs in Bonn mit einer Arbeit über die Chibchahochkultur in Westkolumbien, die dann 1948 mit dem Titel »Totenkult und Lebensglaube im Caucatal« als erster Band einer von Trimborn und Eckert begründeten Reihe »Kulturgeschichtliche Forschungen« in Braunschweig bei Limbach erschien. Die Probevorlesung hatte als Thema »Die Kopfjagd bei den südamerikanischen Hochkulturvölkern«, und die Lehrprobe handelte von der »Reichspolitik der Inka«. Damit hatte Eckert, der für diese Arbeiten Spanisch gelernt hatte, die Lehrbefugnis für Amerikanistik erworben. Ausgeübt hatte er diese Facultas jedoch nie, denn die weitere Entwicklung des Krieges führte ihn in eine andere Richtung.

Sein politisches Engagement: im Widerstand gegen den Nationalsozialismus

Hatte sein politisches Engagement als Sozialist ihn bereits wegen befürchteter Repression von seinem Hauptfach, der Geschichte, abgebracht, so führte seine oppositionelle Einstellung zum NS-Regime ihn in den Widerstand. Nach dem 20. Juli 1944 nahm Eckert mit der Griechischen Befreiungsfront EAM und ihrer militärischen Kampforganisation, der Griechischen Volksbefreiungsarmee ELAS, Verbindung auf. Er gründete das Komitee Freies Deutschland für Mazedonien und unterstellte sich mit mehreren Tausend zurückgebliebener deutscher Soldaten der ELAS, nachdem am 31. Oktober 1944 der Wehrmachtsbefehl ergangen war, daß die deutschen Truppen Saloniki, den Sitz des Oberbefehlshabers der Heeresgruppe E, zu räumen hatten. In britischer Gefangenschaft zunächst in Italien zog sich Eckert ein schweres Lungenleiden zu, so daß er im August 1945 mit einem Lazarettzug nach Goslar gebracht wurde. Hier machte er die Bekanntschaft des damaligen Braunschweigischen Ministerpräsidenten Alfred Kubel, der selbst auch im Widerstand tätig gewesen war und der Eckert eine Dozentur für Geschichte an der Hochschule für Lehrerbildung in Braunschweig anbot. Eckert nahm das Angebot an und trat

am 1. November 1946, mit 34 Jahren, die Stelle an der inzwischen in »Kant-Hochschule« umbenannten Institution an. So kam es, daß ein habilitierter Ethnologe im Bereich der Amerikanistik dann im April 1948 die Ernennung zum Professor für Geschichte und Methodik des Geschichtsunterrichts erhielt. Wahrlich ein nicht alltägliches Ereignis.

Es war weniger die politische Haltung, die Eckert die Tätigkeit an einer Hochschule eintrug, als vielmehr die neue Bildungspolitik der Nachkriegszeit, die auf eine stärkere Verwissenschaftlichung der Ausbildung an den Pädagogischen Hochschulen abzielte. Eckert besaß dieses wissenschaftliche Profil, wenngleich er es auf dem Gebiet der Völkerkunde erworben hatte. Geschichte war in der ersten Phase seines Studiums das Hauptfach gewesen, und er hatte auch in diesem Fach praktische Lehrerfahrungen sammeln können, wenn auch nicht in der Volksschule, sondern an höheren Bildungsanstalten. Immerhin brachte Eckert damit wichtige Voraussetzungen für eine wirkungsvolle Lehrtätigkeit im Sinne der neuen Bildungspolitik in die Hochschule ein.

Als schwieriger erwies sich indes der Umstand, dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus angehört zu haben. Eckert machte die Erfahrung einer asymmetrischen Geltung der Vertreter des deutschen Widerstandes: Im Innern wurden sie, zumal wenn sie im Ausland tätig gewesen waren, von weiten Bevölkerungskreisen mit Mißtrauen betrachtet und beargwöhnt. Willy Brandt ist hierfür das wohl prominenteste Beispiel. Widerstandskämpfer polarisierten die Meinung der Deutschen nach 1945. Im Ausland jedoch wurden sie als die Vertreter des »besseren«, des »anderen« Deutschlands weitgehend geschätzt. Aufgrund dieser Vergangenheit genoß Eckert von vornherein das Vertrauen der Besatzungsmacht, bei der er sich Anerkennung verschafft hatte. Von der britischen Militärregierung wurde er als Gutachter für Schulbuchfragen herangezogen, was ihm in konservativen Kreisen auch nicht honoriert wurde, stand die Reeducation-Politik in diesen Kreisen doch im Verdacht, eine Komplementärstrategie zur Entnazifizierung[9] zu sein, so daß deren Befürworter vielfach als Erfüllungsgehilfen des Auslands disqualifiziert wurden. Eckerts Zusammenarbeit mit den britischen Erziehungsbehörden geschah nicht aus Opportunismus, sondern aus Überzeugung und aus seiner Erfahrung als Gegner des Nationalsozialismus. Dabei war Eckert kein politischer Eiferer, sondern eher tolerant: Er stand uneingeschränkt hinter der seit der Wiedereröffnung der Hochschule am 12. November 1945 bei der britischen Militärregierung durchgesetzten, einmalig in Deutschland praktizierten Rekrutierungspolitik, die darin bestand, zur Immatrikulation an der Kant-Hochschule auch frühere HJ-Führer und BDM-Führerinnen zuzulassen[10].

[9] Hans-Ulrich WEHLER, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4: Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914–1949, München 2003, S. 959ff.

[10] HARSTICK, Georg Eckert (wie Anm. 8), S. 108.

Seine Forschungskonzeption: Sozial- und Wirtschaftsgeschichte als Imperativ einer neuen Geschichtsdidaktik

Mit starkem pädagogischem Ethos nahm Eckert seine Arbeit als Hochschullehrer auf. Es war die Begeisterung für die Lehre und das Verantwortungsgefühl gegenüber ›seinen‹ Studenten, die ihn in kritischen Momenten davon abhielt, die Hochschule zu verlassen und in die praktische Politik überzuwechseln[11]. Bezeichnenderweise ist er während einer gegen ärztlichen Rat gehaltenen Vorlesung vor seinen Studenten im Alter von 63 Jahren an einem Herzinfarkt gestorben.

Mit seiner oppositionellen Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus legitimierte Eckert die demokratische Fundierung seiner Lehrtätigkeit. Dies kommt in seinem am 1. November 1945 abgefaßten Lebenslauf »mit Blick auf Wiedereinstellung in den Schuldienst« zum Ausdruck:

> Ich erkläre abschließend an Eidesstatt, daß ich bis 1933 offen und von da ab geheim pausenlos und mit allen mir zur Verfügung stehenden Mitteln an der Befreiung meiner Heimat vom Nationalsozialismus gearbeitet habe. Ich bitte mir jetzt Gelegenheit zu geben, meinen Anteil an der Erziehung eines jungen demokratischen Deutschlands zu leisten[12].

Wenn die leicht emphatisch wirkende Formulierung sich auch aus den besonderen Zeitumständen erklärt, so wird in dem Text doch das demokratische Selbstverständnis deutlich, das zu artikulieren unter der Diktatur lebensgefährlich gewesen war. Die existentielle Erfahrung, daß Demokratie und Freiheit etwas Fragiles sind und gegen Gefährdungen errungen und behauptet werden müssen, hat Eckert stets begleitet und bildete den Grundton seines Denkens. Sie stand am Anfang seiner Bestrebungen, nach dem Krieg Netzwerke der Zivilgesellschaft aufzubauen oder in ihnen aktiv mitzuwirken. Als Beispiel sei hier der von ihm begründete Geschichtspädagogische Arbeitskreis genannt, der auch Einfluß auf die Lehrplangestaltung in der britischen Zone gewinnen sollte[13]. In ihm sind Eckerts »Grundthesen zur Reform des Geschichtsunterrichts« vom Februar 1948[14] entstanden, die der wenig später gegründeten GEW als Richtschnur dienten. Die wichtigsten Punkte dieser Thesen seien hier kurz wiedergegeben:

> In der neuen Schule des demokratischen Deutschlands wird Geschichte als Voraussetzung für eine wirkungsvolle staatsbürgerliche Erziehung zu den wichtigsten Unterrichtsfächern gehören [...]. Der Geschichtsunterricht muß daher gründliche Kenntnisse geschichtlicher Tatsachen und Zusammenhänge vermitteln und zu selbständigem geschichtlichen Denken, als der Voraussetzung zu eigener politischer Urteilsbildung erziehen.

[11] Hierzu HINRICHS, PINGEL, Georg Eckert (wie Anm. 7), S. 338.
[12] Zitiert bei HARSTICK, Georg Eckert (wie Anm. 8), S. 107.
[13] Ulrich MAYER, Neue Wege im Geschichtsunterricht? Studien zur Entwicklung der Geschichtsdidaktik und des Geschichtsunterrichts in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland 1945–1953, Köln, Wien 1986, S. 183ff.
[14] HARSTICK, Georg Eckert (wie Anm. 8), S. 109.

Um das im Dritten Reich erschütterte Vertrauen zur Geschichte wiederherzustellen, ist im Geschichtsunterricht auf strengste wissenschaftliche Gewissenhaftigkeit und weltanschauliche Toleranz zu achten. Wissenschaftliche Objektivität ist jedoch nicht mit Standpunktlosigkeit des Erziehers zu verwechseln.

Neben der politischen Geschichte steht die Volks- und Kulturgeschichte im Mittelpunkt des neuen Geschichtsunterrichts [...]. Es ist dabei nicht nur die Kultur der Oberschichten, sondern vor allem auch die der breiten Volksmassen, ihre Wirtschaft, ihr Denken, ihr tägliches Leben, ihr politisches und gesellschaftliches Streben zu behandeln. Besonderes Gewicht ist auf die mannigfaltigen Triebkräfte des geschichtlichen Geschehens zu legen: die Bedeutung geistiger und ökonomischer Faktoren, den Einfluß großer Persönlichkeiten oder die Auswirkung gruppen- und massenpsychologischer Erscheinungen. Stärkere Beachtung ist den in der Vergangenheit vernachlässigten wirtschaftlich-gesellschaftlichen Faktoren zu widmen.

Die deutsche Geschichte muß stärker in den Zusammenhang des »Abendlandes« und in die Weltgeschichte eingebettet werden, »wenn nicht auch in Zukunft mangelnde Kenntnis der Welt und fehlendes Verständnis für andere Völker und Kulturen zu Fehlentwicklungen und zu engherzigem Chauvinismus führen sollen«.

Der Geschichtsunterricht hat nicht zuletzt der Friedensidee zu dienen[15].

Lassen wir die geschichtsdidaktischen Aussagen außer acht, die Eckert im Urteil der modernen Forschung als einen der »anregendsten Geschichtsdidaktiker der Nachkriegszeit«[16] ausweisen, und halten für unseren Zusammenhang lediglich die Konsequenzen fest, die sich aus diesen Postulaten für die Geschichtswissenschaft als Bezugswissenschaft ergeben. Hier steht an erster Stelle die Betonung der Wissenschaftlichkeit der Lehrerausbildung, die sich wie ein roter Faden durch die Überlegungen zieht[17]. Doch an welcher wissenschaftlichen Richtung sollte sich die Lehrerbildung orientieren? Gefordert wird neben der traditionellen politischen Geschichte und der Betrachtung großer Persönlichkeiten nun auch eine Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, die das Augenmerk auf die gesamte Gesellschaft richtet und die imstande ist, geschichtliche Entwicklungen nicht nur nachzuerzählen, sondern sie auch hinsichtlich ihrer komplexen Bedingungsfaktoren zu erklären. Hier drückt sich ein Geschichtsbewußtsein aus, das, ohne sich ganz von der traditionellen geisteswissenschaftlich bestimmten Geschichte etwa eines Erich Weniger zu trennen, doch eine an materialistischer Aufklärungshistorie inspirierte Kom-

[15] Zitiert nach: Georg ECKERT, Grundprobleme des Geschichtsunterrichts (Der Beitrag der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft zur Reform des Geschichtsunterrichts), in: Geschichtsunterricht in unserer Zeit. Grundfragen und Methoden, Braunschweig 1952, S. 147ff.

[16] Ulrich MEYER, zit. bei HARSTICK, Georg Eckert (wie Anm. 8), S. 109.

[17] Ähnlich auch die Formulierung »Wissenschaftlichkeit des Geschichtsunterrichts«, Georg ECKERT, Geschichtsunterricht und Völkerverständigung. Zum Problem der internationalen Schulbuchverbesserung, in: Geschichtsunterricht in unserer Zeit (wie Anm. 15), S. 140–146, hier S. 146.

ponente aufnahm[18]. Geschichtsunterricht, als im Dienste staatsbürgerlicher Erziehung stehend, sollte in erster Linie aufklärend wirken.

Diese Thesen waren nicht nur innovativ für die Geschichtsdidaktik, die in der Nachkriegszeit weiterhin der geisteswissenschaftlichen Pädagogik verpflichtet blieb[19]. Ihre Umsetzung in Lehre und Unterricht erforderte auch ganz neue Lehrmaterialien, die es aber zu jener Zeit nicht gab. Um diesen Mangel wenigstens etwas zu lindern, wurden die »Beiträge zum Geschichtsunterricht« geschaffen, eine 36 Lieferungen umfassende Sammlung von Quellen- und Arbeitsheften zu bestimmten Themen der Geschichte, die Eckert im Auftrag eines Geschichtspädagogischen Arbeitskreises besorgte. Die Liste der Titel gibt Aufschluß über die Themen, die in den Nachkriegsjahren als besondere Desiderate empfunden worden sind[20]. Auch hier ist der Anteil Eckerts beträchtlich. Diese Materialien waren ein Notbehelf für den Geschichtsunterricht, um die größten Lücken zu füllen. Sie führten aber auch ständig vor Augen, daß die Bezugswissenschaft keine oder doch nur sehr unzureichende Referenzwerke für den neuen Unterricht zur Verfügung stellen konnte. So ist von diesem Neuansatz des Geschichtsunterrichts auch aus rein praktischen Gründen die programmatische Forderung nach Innovation in der Geschichtsforschung ausgegangen, und man geht sicher nicht fehl in der Annahme, daß die in den 1960er Jahren allmählich sich herausbildende historische Sozialwissenschaft innerhalb der deutschen Geschichtswissenschaft auch von den pragmatischen Impulsen aus der Geschichtsdidaktik heraus begünstigt wurde[21].

Eckert war an dieser Entwicklung nicht nur aufgrund seiner didaktischen Bemühungen beteiligt. Er hat sie auch teils durch eigene Forschungen, teils durch Forschungsorganisation beeinflußt. Aus seiner eigenen Forschung zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung seien hier folgende Veröffentlichungen genannt: Wilhelm Bracke und die Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung (Braunschweig 1957); Die Braunschweiger Arbeiterbewegung un-

[18] Die Tradition der Aufklärung im Denken Eckerts unterstreicht Rolf WERNSTEDT, Die Gründung des Georg-Eckert-Instituts aus politischer und parlamentarischer Sicht, in: Internationale Verständigung (wie Anm. 3), S. 124–128, hier S. 125.

[19] Hierzu HINRICHS, PINGEL, Georg Eckert (wie Anm. 7), S. 337; vgl. Jürgen MIROW, Geschichte des deutschen Volkes von den Anfängen bis zur Gegenwart, Köln 1996, S. 1028.

[20] Eine Liste der »Beiträge zum Geschichtsunterricht« befindet sich im Anhang.

[21] Der hier geschilderte Vorgang einer Vorreiterrolle der Didaktik in Bezug auf die Geschichtswissenschaft war kein Einzelfall. Rainer Bendick hat mich darauf hingewiesen, daß Karl-Ernst Jeismanns Konzept des »Geschichtsbewußtseins« (1980) nicht nur die Entwicklung der westdeutschen Geschichtsdidaktik stark geprägt hat, sondern auch wichtige Impulse für die Forschung im Bereich der »Geschichtskultur« und der »Erinnerungskultur« gegeben hat. Siehe hierzu die Artikel »Geschichtskultur« von Jörn RÜSEN und »Geschichtsbewußtsein« von Karl-Ernst JEISMANN, beide in: Klaus BERGMANN u.a. (Hg.), Handbuch der Geschichtsdidaktik, Seelze-Velber ^{5}1997, S. 38–44, mit weiterer Literatur. Es handelt sich hier um einen Aspekt in der Geschichte unseres Faches, der eine genauere Untersuchung verdiente.

ter dem Sozialistengesetz (Braunschweig 1961); 100 Jahre Braunschweiger Sozialdemokratie, Teil 1: Von den Anfängen bis zum Jahre 1890 (Hannover 1965). Hinzu kamen mehrere Editionen, wie der Briefwechsel Wilhelms Liebknechts mit Marx und Engels (Den Haag 1963) und der Briefwechsel Wilhelm Liebknechts mit deutschen Sozialdemokraten (Assen 1973) – eine Edition, die in der Forschung als vorbildlich gilt[22]. Die Erforschung der Arbeiterbewegung war in der deutschen Geschichtswissenschaft der Nachkriegszeit marginal, sie war eine Domäne der in der DDR betriebenen Historie[23]. Eine zusätzliche Schwierigkeit für Eckert, sich in Fachkreisen Gehör zu verschaffen, bestand darin, daß es zwischen Geschichtsdidaktikern und Geschichtswissenschaftlern gleichsam strukturell bedingte Verständigungsprobleme und »Spannungen« gab, die teilweise bis in die Gegenwart hineinwirken:

> Bis heute [d.h. 1990; R.R.] verstehen sich Geschichtsdidaktik und Geschichtswissenschaft nicht als gleichberechtigte Partner in derselben Disziplin; die meisten Fachwissenschaftler sehen in der Didaktik nur die Methode, das, was sie erarbeitet haben, dem Verständnis eines breiteren Publikums zugänglich zu machen. Die Wissenschaft erforscht, die Didaktik simplifiziert[24].

Unter diesen Bedingungen hatte es Eckert als Vertreter einer pädagogischen Hochschule nicht leicht, als vollwertiger Fachwissenschaftler in der deutschen Historikerschaft wahrgenommen zu werden. Ganz anders im Ausland, im westlichen zumal, wo Eckert als einer der wenigen westdeutschen Historiker die Geschichte der Arbeiterbewegung auf internationalen Kolloquien vertrat und hohe Anerkennung genoß. In der Organisation von Forschung war Eckert auf längere Sicht erfolgreicher. Stellvertretend sei hier lediglich das »Archiv für Sozialgeschichte« genannt, dessen Programmatik überraschende Parallelen zu den Zielsetzungen der Zeitschrift »Geschichte und Gesellschaft« aufweist[25]. Dies alles zusammengenommen – die geschichtsdidaktische Position, die Erforschung der Arbeiterbewegung und die Organisation von Forschung – läßt Eckert als einen »Wegbereiter einer neuen Konzeption von Geschichte in Wissenschaft und Unterricht« (so der Titel des Artikels von Harstick) erscheinen.

[22] Eine Bibliographie der Schriften Eckerts im Archiv für Sozialgeschichte Band XIV/1974, S. XIVff.

[23] Falk PINGEL, Geschichte unserer Zeit – Zeit für Geschichte? Geschichtsdidaktik und Geschichtswissenschaft in ihrem Verhältnis zur Zeitgeschichte in den Westzonen und in der Bundesrepublik, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte XIX (1990), S. 233–258, hier S. 249.

[24] Ibid. S. 233.

[25] Vgl. hierzu die Gegenüberstellung der beiden Editorials im ersten Band des »Archiv für Sozialgeschichte« 1961, und im ersten Heft von »Geschichte und Gesellschaft«, 1975, bei HARSTICK, Georg Eckert (wie Anm. 8), S. 105.

Die internationale Schulbuchrevision Ein Beitrag zur Völkerverständigung und zur Rückkehr in die Ökumene

Gründerjahre

Eckert hat, den Hiatus zwischen Geschichtswissenschaft und Geschichtsdidaktik bzw. -unterricht ignorierend, beide Disziplinen in der Schulbuchrevision zusammengeführt. Kennzeichnend hierfür war die Gründung des Internationalen Instituts für Schulbuchverbesserung an Ostern 1951 im Rahmen einer Historiker- und Geschichtslehrertagung aus neun Staaten (Dänemark, England, Frankreich, den Niederlanden, Norwegen, Schweden, der Schweiz, den USA und der Bundesrepublik) an der Kant-Hochschule in Braunschweig[26]. Vorausgegangen war eine deutsch-britische Historiker- und Geschichtslehrertagung im Juli 1950 ebenfalls in Braunschweig[27], und erste Vorgespräche für die Institutsgründung hatte Eckert auf einem UNESCO-Seminar im Juli/August desselben Jahres in Brüssel geführt, an dem 60 Delegierte – »Erziehungsfachleute, Professoren, Lehrer, einzelne Verfasser und Herausgeber von Lehrbüchern« – aus 25 Ländern teilnahmen und sechs Wochen lang an der Verbesserung der Lehrbücher, speziell der Geschichtsbücher, arbeiteten[28]. Mit der Institutsgründung sollten die stürmisch einsetzenden, mannigfaltigen Initiativen und Projekte der Schulbuchrevision verstetigt, koordiniert und auch publiziert werden. So wurden die untersuchten Lehrbücher aus den beteiligten Ländern in Braunschweig von Anfang an systematisch gesammelt; sie bildeten den Grundstock für die gegenwärtig auf ca. 200 000 Bände angewachsene, hinsichtlich der Provenienz ihrer Bestände einmalige Schulbuchbibliothek des Georg-Eckert-Instituts. Ebenso wichtig war die Entscheidung, die Aktivitäten der internationalen Schulbucharbeit einem breiteren Publikum, besonders Lehrern und Schulbuchverlagen, durch regelmäßige Veröffentlichungen zugänglich zu machen. Hierzu dienten das »Internationale Jahrbuch für Geschichtsunterricht«, dessen erster Band 1951 in Braunschweig erschien, und eine Schriftenreihe, in der neben größeren

[26] 21. bis 27. März 1951. Georg ECKERT, Die internationale Geschichtslehrertagung Ostern 1951, in: Internationales Jahrbuch für Geschichtsunterricht 1 (1951/52), S. 191f. Wenig später wurde das Institut in »Internationales Schulbuchinstitut« umbenannt, eine Bezeichnung, die es bis zur Neugründung als »Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung« behielt.

[27] Die 2. deutsch-englische Geschichtslehrertagung in Braunschweig, in: Internationales Jahrbuch 1 (wie Anm. 26), S. 127–167; mit Beiträgen von Wilhelm MOMMSEN, Helmut KRAUSNICK, Charles H.C. BLOUNT, Otto-Ernst SCHÜDDEKOPF.

[28] Das UNESCO-Seminar in Brüssel [...] vom 12.7. bis 23.8.1950, in: Internationales Jahrbuch 1 (wie Anm. 26), S. 180–190.

Monographien hauptsächlich Tagungsmaterialien veröffentlicht worden sind[29]. Hier konnten sich die deutschen Leser über Wissensbestände im Ausland informieren, denn die Institutspublikationen enthielten auch essayartige Beiträge, wie beispielsweise Grundgedanken über den internationalen Ursprung einer Kultur von Lucien Febvre und François Crouzet[30]. Sie kamen damit dem Bedürfnis entgegen, nach den Jahren der Abschottung durch den Nationalsozialismus wieder Anschluß an den internationalen geistigen Austausch zu finden und an ihm aktiv teilzuhaben. So schreibt Eckert über das schon erwähnte Brüsseler Seminar:

Wie bei vielen Konferenzen dürfte auch hier die persönliche Begegnung das Entscheidende und für die Zukunft Fruchtbringende gewesen sein. Das gilt natürlich in erhöhtem Maße für uns Deutsche. Nach den langen Jahren der Isolierung war es ein Erlebnis der besonderen Art, mit einem Kreis ausgesuchter Experten aus allen westlichen Ländern leben und arbeiten zu können, Erfahrungen auszutauschen, von Reformversuchen und Forschungen zu hören, die Kollegen in europäischen Nachbarländern, Amerika und Übersee in den letzten 10 bis 15 Jahren unternommen haben. Die wenigen freien Stunden wurden dem kostbaren Bücherschatz gewidmet, der fast überreichen Sammlung von Lehr- und Lernmitteln aus allen Ländern und Kontinenten, die die UNESCO zu diesem Zweck in Brüssel zusammengetragen hatte. Wir drei Deutschen, die mit großer Herzlichkeit in die Arbeits- und Lebensgemeinschaft des UNESCO-Seminars aufgenommen wurden, kamen jedenfalls ausgefüllt mit Anregungen und neuen Eindrücken in die Heimat zurück. Wir hoffen, daß es uns gelingen wird, unsere Erfahrungen auch hier einem breiteren Kreis nutzbar zu machen. Diese Zeitschrift soll nicht zuletzt diesem Zweck dienen[31].

Deutlicher kann man die Begeisterung, die Deutsche damals über die Teilnahme am internationalen Gedanken- und Erfahrungsaustausch empfanden, kaum ausdrücken.

Betreut wurden die Publikationen von dem Zeithistoriker Otto-Ernst Schüddekopf, Dozent an der Pädagogischen Hochschule Braunschweig, und lange Jahre der einzige Mitarbeiter Eckerts am Schulbuchinstitut. Beide bildeten ein Tandem, das sich ergänzte: Eckert war der nach außen wirkende Organisator und Mehrer, Schüddekopf der mehr im Innern tätige Sammler und Wahrer der Ernte[32]. Heute bilden diese frühen Institutspublikationen, deren relativ stetiges Erscheinen das Verdienst Schüddekopfs ist, eine wertvolle,

[29] Ab Band 6 wurde der Titel geändert in »Internationales Jahrbuch für Geschichts- und Geographieunterricht«; bis 1977/78 sind insgesamt 18 Bände erschienen; 1983 folgte ein Registerband. Abgelöst wurde das Jahrbuch durch die noch heute erscheinende Zeitschrift »Internationale Schulbuchforschung«. Die Schriftenreihe umfaßt mittlerweile über 100 Bände.

[30] Lucien FEBVRE, François CROUZET, Der internationale Ursprung einer Kultur. Grundgedanken zu einer Geschichte Frankreichs, in: Internationales Jahrbuch 2 (1953), S. 5–31.

[31] Internationales Jahrbuch 1 (wie Anm. 26), S. 182.

[32] Rainer RIEMENSCHNEIDER, Das Tandem Eckert – Schüddekopf und das Institutsgedächtnis, in: Internationale Verständigung (wie Anm. 3), S. 123.

durch nichts zu ersetzende Quelle für die Rekonstruktion der Institutsgeschichte[33].

Umgekehrt waren die Schulbuchkonferenzen auch internationale Foren für die deutschen Historiker. Von Anfang an wurden auf ihnen u.a. brisante Themen der Zeitgeschichte, der jüngsten zumal, angesprochen. Dies wurde von den ausländischen Gesprächspartnern angemahnt, und Eckert wich diesen Forderungen nicht aus. So berichtete er über die schon erwähnte Gründungstagung des Schulbuchinstituts von Ostern 1951: »Den Höhepunkt bildete eine mit großer Offenheit und starker innerer Anteilnahme geführte Aussprache über das Dritte Reich und die deutsche Widerstandsbewegung, die, erst nach Mitternacht beendet, die ganzen folgenden Tage nachklang«[34]. Eckert war aufgrund seiner Vita als Gegner des Nationalsozialismus ein sowohl qualifizierter wie auch bei ausländischen Kollegen hoch geachteter Gesprächspartner. Sein persönlicher Anteil an der mühseligen Wiederherstellung des deutschen Ansehens in der Welt und an der allmählich im Ausland einsetzenden Anerkennung der deutschen Bemühungen um eine »Bewältigung« der Vergangenheit kann vermutlich kaum überschätzt werden. Das Auswärtige Amt hat, wenn auch nicht aus ideologischer Übereinstimmung mit dem Denken Eckerts, so doch in realistischer Einschätzung seines wirkungsvollen Beitrags zur Völkerverständigung, die Arbeit des Schulbuchinstituts über Jahre hinweg finanziell zwar nicht besonders großzügig, aber doch zuverlässig unterstützt.

Die deutsch-französischen Schulbuchkonferenzen

Hatte sich das Netz der internationalen Schulbucharbeit des Instituts zunächst in der westlichen Welt bis nach Amerika und Japan erstreckt, so konnten in der Folge der neuen Ostpolitik der sozialliberalen Regierung Brandt/Scheel frühere, steckengebliebene Anläufe, mit Vertretern aus Ländern jenseits des Eisernen Vorhangs ins Gespräch zu kommen, wieder belebt werden. Damit setzte eine neue Phase in der Institutsarbeit ein. Doch bei aller Expansion der Aktivitäten weltweit ist die deutsch-französische Schulbucharbeit von Anfang an ein Grundpfeiler des Braunschweiger Instituts gewesen. Dies sei nachdrücklich betont, weil hierüber in der Forschung bisweilen unklare Vorstellungen bestehen. In einem anregenden Versuch einer Gesamtbilanz der deutsch-französischen Aussöhnungsbemühungen seit 1945 schreibt Hartmut Kaelble: »La Commission franco-allemande pour la révision des manuels scolaires d'histoire commença ses travaux à l'Institut international pour la recher-

[33] Vgl. u.a. Otto-Ernst SCHÜDDEKOPF, Zwanzig Jahre westeuropäische Schulgeschichtsbuchrevision 1945–1965. Tatsachen und Probleme, Braunschweig 1966.

[34] Die 2. deutsch-englische Geschichtslehrertagung in Braunschweig (wie Anm. 27), S. 191.

che sur les manuels scolaires qui avait été fondé en Allemagne en 1975«[35]. In diesem Satz sind gleich zwei Irrtümer enthalten. Zum einen ist das Internationale Schulbuchinstitut nicht erst 1975, sondern, wie gezeigt wurde, bereits 1951 gegründet worden. 1975, ein Jahr nach dem Tode Eckerts, erfolgte vielmehr seine Umwidmung zum Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung, was eine Statusänderung im Sinne der Schaffung eines selbständigen Forschungsinstituts, eine stärkere wissenschaftliche Fundierung der Institutsarbeit und einen bedeutenden Stellenausbau im wissenschaftlichen, bibliothekarischen und administrativen Bereich implizierte. Diese Neugründung durch den Gesetzgeber war im Grunde eine Anerkennung für ein Vierteljahrhundert intensiver Schulbucharbeit durch Georg Eckert. Indem Kaelble diese Vorgeschichte nicht erwähnt, nimmt er folgerichtig auch den Beitrag Eckerts zur Entwicklung der deutsch-französischen Schulbucharbeit nicht in den Blick. Er schreibt diese ausschließlich einer »groupe d'universitaires peu nombreux mais actifs« um Fritz Kern und Martin Göhring zu, die er – und dies zu Recht – als Motoren der frühen deutsch-französischen Verständigung bezeichnet[36]. Auch Georg Eckert darf zu diesem Personenkreis gezählt werden. Denn Eckert wurde gerade im deutsch-französischen Kontext sehr früh aktiv, mit der Konsequenz, die Winfried Schulze folgendermaßen definiert hat: Die deutsch-französischen Schulbuchkonferenzen nach 1950 haben »den Kern der Arbeit des Braunschweiger Schulbuchinstituts unter Georg Eckert« ausgemacht[37].

Georg Eckert hat an der deutsch-französischen Historikertagung vom 9. bis 11. Oktober 1951 im Institut für Europäische Geschichte in Mainz teilgenommen, auf der die »Deutsch-französische Vereinbarung über strittige Fragen europäischer Geschichte« verabschiedet wurde[38]. Vorbereitet wurde diese Tagung durch ein Treffen deutscher und französischer Historiker im Mai 1951 in Paris, zu dem Edouard Bruley, der Vorsitzende der Société des professeurs d'histoire et de géographie, eingeladen hatte, und das der Neubearbeitung der »Beschlüsse« von 1935 gewidmet war[39]. Diese beiden Veranstaltungen sind in personeller wie in historiographiegeschichtlicher Hinsicht bedeutsam. An den

[35] Hartmut KAELBLE, La science et la réconciliation franco-allemande après 1945. Manuskript, französische Übersetzung von: Science and the Franco-German reconciliation since 1945, in: Technology and Society 23 (2001), S. 407–426, hier S. 413f.

[36] Ibid., S. 11. Vgl. auch die Beitrage von Heinz DUCHHARDT und Corine DEFRANCE in diesem Band.

[37] Winfried SCHULZE, Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945, München 1989, S. 273.

[38] Deutsch-französische Vereinbarung über strittige Fragen europäischer Geschichte, in: Internationales Jahrbuch 2 (1953), S. 78–109, zweisprachig.

[39] Georg ECKERT, Die Revision der Thesen von 1935 auf der deutsch-französischen Historikertagung im Mai 1951, in: Internationales Jahrbuch 1 (wie Anm. 26), S. 65–67. Ein Nachdruck der »Thesen« von 1935: Ibid., S. 46–64, mit einer Einleitung von Jean Sigmann (S. 44–46).

Teilnehmerlisten läßt sich gleichsam in Momentaufnahme und ausschnitthaft der damalige Stand des Integrationsprozesses der deutschen Historiker in den internationalen Kommunikationszusammenhang ablesen. Neben wichtigen Vertretern der Lehrerverbände waren an Wissenschaftlern beteiligt: Pierre Renouvin, Gaston Zeller, Jacques Droz, Jean-Baptiste Duroselle, Jean Sigmann, Edmond Vermeil; Georg Eckert, Karl Dietrich Erdmann, Martin Göhring, Hans Herzfeld, Helmut Krausnick, Gerhard Ritter, Helmut Röhr, Otto-Ernst Schüddekopf. Aus Zeitgründen oder wegen Visumschwierigkeiten verhindert waren Franz Schnabel und Gerd Tellenbach. Historiographiegeschichtlich sind die beiden Texte – die »Beschlüsse« von 1935 und die auf ihnen aufbauende und sie gleichzeitig erheblich modifizierende »Vereinbarung« von 1951 – aufschlußreich für den Grad der Konvergenzen bzw. der Divergenzen im deutsch-französischen Historikerdialog[40]. Die Divergenzen sind erheblich geschmolzen zugunsten der Konvergenzen, wie ein Vergleich der Texte von 1935 und 1951 ergibt. Rainer Bendick hat in einer eingehenden Untersuchung die Gründe für dieses Abschmelzen der Divergenzen dargelegt[41]. Außerdem illustrieren die beiden Texte vorzüglich die Feststellung Kaelbles, daß der Rückgriff auf Präzedentien aus der Zwischenkriegszeit die Verständigung nach 1945 bisweilen erheblich erleichtert hat[42]. Eckert hat dafür gesorgt, daß die Beschlüsse von 1935, die in der deutschen Öffentlichkeit nahezu unbekannt geblieben waren[43], im Jahrbuch veröffentlicht worden sind. Entsprechend auch die »Vereinbarung«, und zwar in deutscher und französischer Sprache. Die »Vereinbarung« hatte in der damaligen bundesdeutschen Öffentlichkeit viel Aufmerksamkeit gefunden; sie wurde in mehreren Organen, darunter auch der GWU, abgedruckt und ist in den folgenden Jahren immer wieder nachgedruckt worden, u.a. in hoher Auflage durch das Internationale Schulbuchinstitut im Jahre 1958 mit einem Vorwort von Hermann Heimpel[44]. Bundespräsident Theodor Heuss ging in einer Rede vor dem Bundestag am 14. Januar 1952 ausführlich auf sie ein: »Ich halte diesen scheinbar kleinen Vorgang für eine zentrale Leistung als Modell dessen, was möglich ist, um aus der propagandistisch hingenommenen und in den Verkrampfungen einer gestorbenen Aktualität verbliebenen Form des Geschichts-

[40] Hierzu Rainer RIEMENSCHNEIDER, Verständigung und Verstehen. Ein halbes Jahrhundert deutsch-französischer Schulbuchgespräche, in: Hans-Jürgen PANDEL (Hg.), Verstehen und Verständigen, Pfaffenweiler 1991, S. 137–148.

[41] Rainer BENDICK, Irrwege und Wege aus der Feindschaft. Deutsch-französische Schulbuchgespräche im 20. Jahrhundert, in: Kurt HOCHSTUHL (Hg.), Deutsche und Franzosen im zusammenwachsenden Europa 1945–2000, Stuttgart 2003, S. 73–103.

[42] KAELBLE, La science (wie Anm. 35), S. 11.

[43] SCHULZE, Deutsche Geschichtswissenschaft (wie Anm. 37), S. 273.

[44] Deutsch-französische Vereinbarung über strittige Fragen europäischer Geschichte. Neudruck März 1958, Braunschweig 1958.

bildes herauszukommen«[45]. Diese Erklärung war sowohl an die deutsche wie an die französische Öffentlichkeit gerichtet. Sie unterstrich den Beitrag, den die Wissenschaft zur Versachlichung von emotional stark aufgeladenen Streitpunkten leisten kann. Die deutsch-französische »Vereinbarung« hat eine ähnlich starke Öffentlichkeitswirkung erzielt wie zwanzig Jahre später die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen, denen die »Vereinbarung« sowohl hinsichtlich des Procedere als auch der Zwecksetzung als Modell diente[46]. Sie hat also »stilbildend« gewirkt, um einen Ausdruck Karl-Dietrich Erdmanns aufzunehmen.

Von Historikern erarbeitet, an die Lehrer gerichtet, das war auf eine kurze Formel gebracht das Wesen der internationalen Schulbuchrevision. Eckert war stets bemüht, für die Konferenzen die besten Fachkollegen von den Universitäten und Forschungsinstituten zur Mitarbeit zu gewinnen, um die wissenschaftliche Qualität der Arbeitsergebnisse zu sichern. Das ist ihm in vielen Fällen auch gelungen. Manche machten aus der Überzeugung mit, daß es sich dabei um eine wichtige Angelegenheit handelte. Außerdem ergab sich die Gelegenheit, für die eigene Arbeit Kontakte zu knüpfen, was Eckert als durchaus legitim empfand und auch begrüßte. Andere wiederum waren wegen der Aussicht dabei, auf Staatskosten eine Auslandsreise machen zu können, was in der Nachkriegszeit ein besonders verlockendes Motiv war. Manche Vertreter der Fachwissenschaft jedoch haben die Mitarbeit abgelehnt – entweder aus politischen Gründen oder weil sie der Ansicht waren, daß sie aus der Beschäftigung mit Schulbüchern denn doch herausgewachsen seien.

Was immer die Motive für eine Mitarbeit bei den internationalen Schulbuchgesprächen gewesen sein mochten – fest steht, daß diese Mitarbeit unter den politischen und psychologischen Bedingungen der Nachkriegszeit nicht ohne Risiko war. Kaelble erinnert in seiner Untersuchung daran, daß die Mitstreiter des Mainzer Instituts als »Reichsfeinde«[47] apostrophiert wurden. Georg Eckert erging es nicht anders. Die Pressedossiers, die zu der Arbeit des Internationalen Schulbuchinstituts zusammengestellt worden sind, enthalten nicht nur positive, zustimmende Reaktionen, und Eckert war häufig der Adressat unverhohlener Droh- und Schmähbriefe. Noch zwanzig Jahre später wurden die deutsch-polnischen Empfehlungen dadurch diskreditiert, daß sie – ähnlich wie die »Ostpolitik« der Regierung Brandt/Scheel – nach Meinung ihrer Gegner einen wohlfeilen Ausverkauf wohlverstandener deutscher

[45] Zitiert in: Internationales Jahrbuch 2 (1953), S. 109, im Anschluß an den Abdruck der Vereinbarung.

[46] Rainer RIEMENSCHNEIDER, Transnationale Konfliktbearbeitung. Das Beispiel der deutsch-französischen und der deutsch-polnischen Schulbuchgespräche im Vergleich, 1935–1998, in: Carsten TESSMER (Hg.), Das Willy-Brandt-Bild in Deutschland und Polen, Berlin 2000, S. 121–131.

[47] KAELBLE, La science (wie Anm. 35), S. 11.

Interessen darstellten[48]. Im Verständnis derer jedoch, die den Frieden auf der Grundlage des Verzichts auf Gewaltanwendung nicht nur deklamierten, sondern auch praktizierten, hat westdeutsche Politik nichts preisgegeben, »was die Väter [nicht bereits] verloren haben«[49]. Die Rückkehr der deutschen Geschichtswissenschaft in die »Ökumene der Historiker« führte eben über einen steinigen Weg.

Anhang

Beiträge zum Geschichtsunterricht

BARION, Jakob, Macht und Recht und das Wesen des Staates, Braunschweig 1951.

CZYBULKA, Gerhard, Die Lage der ländlichen Klassen Ostdeutschlands im 18. Jahrhundert, Braunschweig 1949.

Deutsche Außenpolitik 1933–1945. Dokumente mit verbindendem Text, Braunschweig ^{6}1963.

DITTMER, Kunz, Vom Grabstock zum Pflug. Ein Gang durch die Wirtschaftsgeschichte, Braunschweig 1949.

ECKERT, Georg, Arbeiterleben in der Frühzeit des Industriekapitalismus, Braunschweig 1949.

–, Aus den Lebensberichten deutscher Fabrikarbeiter, Braunschweig 1954.

–, Der Bauernkrieg, Braunschweig 1948.

–, Der Freiherr vom Stein und die preußischen Reformen, Braunschweig 1948.

–, Das junge Deutschland und die Revolutionsdichtung des Vormärz, Braunschweig 1948.

–, Der Merkantilismus, Braunschweig 1949.

–, Quellen zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte des 17./18. Jahrhunderts, Braunschweig 1949.

–, Die Revolution von 1848/49, Braunschweig 1947.

–, Vom Bismarckreich zur Republik, Braunschweig 1949.

MIELCKE, Karl (Hg.), Bismarck, Otto von, Briefe, Berichte, Denkschriften, Erlasse, Gespräche, Reden, Verträge, Braunschweig 1954.

– (Hg.), Dokumente zur Geschichte der Weimarer Republik, Braunschweig 1956.

[48] Siehe hierzu die Dokumentation von JACOBMEYER, Die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen (wie Anm. 2).

[49] Willy BRANDT im Bericht zur Lage der Nation zu Jahresbeginn 1970, Erinnerungen. Mit einem aktuellen Vorwort, Frankfurt a.M. 1992, S. 216.

– (Hg.), Innenpolitik 1933–1945. Das nationalsozialistische Herrschaftssystem. Dokumente mit verbindendem Text, Braunschweig [5]1961.
–, Bismarck in der neueren Forschung, Braunschweig 1954.
–, Das deutsche Bürgertum und die Reichsgründung, Braunschweig 1948.
–, Die Französische Revolution, Braunschweig [ca. 1949].
–, Urkunden und Berichte zur Geschichte der Französischen Revolution, Braunschweig [ca. 1949].
–, Geschichte der Weimarer Republik, Braunschweig 1951.
–, Städtewesen und Frühkapitalismus, Braunschweig 1948.
–, Der Vormärz. Vom Abschluß des Wiener Kongresses 1815 bis zum Ausbruch der Revolution im März 1848, Braunschweig 1949.
–, Das Zeitalter der Entdeckungen, Braunschweig 1948.
PETRY, Ludwig, Die Gegenreformation in Deutschland, Braunschweig 1952.
REYNOLDS, Philip A., Die britische Außenpolitik zwischen den beiden Weltkriegen, Braunschweig 1952.
RODENSTEIN, Heinrich, Die Utopisten, Braunschweig 1949.
SCHÜDDEKOPF, Otto-Ernst, Die deutsche Innenpolitik im letzten Jahrhundert und der konservative Gedanke. Die Zusammenhänge zwischen Außenpolitik, innerer Staatsführung und Parteiengeschichte, dargestellt an der Geschichte der Konservativen Partei von 1807 bis 1918, Braunschweig 1951.
FREDE, Günther, Otto-Ernst Schüddekopf, Wehrmacht und Politik 1933–1945. Dokumente mit verbindendem Text, Braunschweig [4]1963.
SPIES, Otto, Orientalische Kultureinflüsse im Abendland, Braunschweig 1949.
TREUE, Wilhelm, Wirtschaft und Politik 1933–1945. Dokumente mit verbindendem Text, Braunschweig [4]1964.
TRIMBORN, Hermann, Das Menschliche ist gleich im Urgrund aller Kulturen, Braunschweig 1948.
WENZEL, Fritz, Der junge Luther, Braunschweig 1948.

ASTRID M. ECKERT

NOTWENDIGE KOOPERATION

Westdeutsche Zeitgeschichte als transnationales Projekt in den 1950er Jahren

Das Studium der Zeitgeschichte war keine Erfindung der Nachkriegszeit, sondern etablierte sich im Anschluß an den Zweiten Weltkrieg zeitgleich in den Geschichtswissenschaften der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und in der Bundesrepublik Deutschland. In jenen Ländern kamen zudem ähnliche Definitionen auf: In der Bundesrepublik sprach man von »der Epoche der Mitlebenden und ihrer wissenschaftlichen Behandlung«[1], in den Vereinigten Staaten von »the period of the last generation or two«[2] und in Großbritannien von »Europe in the twentieth century« oder »the histories of yesterday which are being written today«[3]. Diese Definitionen enthielten eine generationsspezifische Komponente und ermöglichten eine fortlaufende Verjüngung des Untersuchungsgegenstandes. Zeitgeschichte blieb stets in Sichtweite der jeweiligen Zeitgenossen.

In den ersten Nachkriegsjahrzehnten lenkten solche Definitionen das akademische Interesse vor allem auf die Zwischenkriegsjahre, die Zeit des Nationalsozialismus und den Zweiten Weltkrieg. Die horrenden Opferzahlen der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik und des Krieges nährten Fragen nach den Anfängen und Wurzeln des Nationalsozialismus und machten damit auch weiter zurückliegende Epochen deutscher Geschichte schlagartig relevant. Diese Fragen betrafen auch jene Länder und Regionen Europas, die während des Krieges von der Wehrmacht besetzt und von deutschen Besatzungsregimen ausgebeutet worden waren. Schließlich sahen auch die

Eine ausführlichere Version dieses Artikels erschien unter dem Titel »The Transnational Beginnings of West German *Zeitgeschichte* in the 1950s« in: Central European History 40 (März 2007) 2, S. 63–87. Ich danke Silke Möller (Bern) und Ulrich Pfeil (DHI Paris) für ihre Hilfe bei der Arbeit an dieser deutschen Fassung des Textes.

1 Hans ROTHFELS, Zeitgeschichte als Aufgabe, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (VfZ) 1 (1953), S. 2.

2 William L. LANGER, The Historian and the Present, in: Vital Speeches 19 (1952/53), S. 312.

3 Editorial Note, in: Journal of Contemporary History 1 (1966), S. IV; E. Llewellyn WOODWARD, Contemporary History: Its Validity, Vortrag, gehalten bei dem Treffen der AHA in New York 1951, in: American Historical Review 57 (1952) 3, S. 802.

Länder der Anti-Hitler-Koalition – die Sieger – ihre Geschichte mit jener der Deutschen unfreiwillig verzahnt. Zeitgeschichte nach 1945 war also mitnichten ein allein deutsches Interesse. Vielmehr waren Wissenschaftler außerhalb der Bundesrepublik – hier betrachtet anhand von Großbritannien und den Vereinigten Staaten – von Anfang an integraler Bestandteil einer auf Deutschland ausgerichteten zeithistorischen Forschung. Ihre Beteiligung wurde durch die Tatsache erleichtert, daß die Westalliierten bei Kriegsende große Mengen an deutschen Akten erbeutet hatten, die in den 1950er und 1960er Jahren allmählich der Forschung zugänglich gemacht wurden.

Dieser Artikel untersucht die Anfänge der Erforschung der jüngsten deutschen Vergangenheit durch westdeutsche, amerikanische und britische Historiker[4] und konzentriert sich dabei auf die Bemühungen der Wissenschaft um Zugang zu den beschlagnahmten deutschen Akten während der 1950er Jahre. Damit rückt ein relativ offener historiographischer Moment ins Blickfeld: Während der Nationalsozialismus und der Zweite Weltkrieg bereits zentrale Themen in populärwissenschaftlichen Darstellungen, der Memoirenliteratur und verschiedenen Medien waren, stellten die Themen für professionelle Historiker noch weitgehend Neuland dar. Zumindest im wissenschaftlichen Diskurs galt es, grundlegende Interpretationen erst noch auszuhandeln und zu festigen.

Diese Aushandlungsprozesse fielen zusammen mit den Versuchen westdeutscher Historiker, wieder einen anerkannten Platz in der internationalen *scientific community* einzunehmen und deren Vertrauen zurückzugewinnen. Für alle Beteiligten standen wissenschaftliche Meriten auf dem Spiel, die durch baldigen und ungehinderten Zugang zu den Originalquellen des »Dritten Reiches« erworben werden konnten. Aber die Möglichkeit der individuellen wissenschaftlichen Profilierung allein erklärt noch nicht die intensiven Bemühungen um den Zugang zu den Quellen. Man sollte deshalb diesen Drang *ad fontes* auch im Kontext von Versuchen sehen, Zeitgeschichte als anerkannte Teildisziplin der Geschichtswissenschaft in den hier untersuchten Ländern zu etablieren. Da die Arbeit mit »amtlichem« Aktenmaterial zu jener Zeit noch als Markenzeichen seriöser wissenschaftlicher Arbeit und Professionalität galt, war der Zugang zu diesen Quellen von zentraler Bedeutung für die entstehende Disziplin.

[4] Vgl. zur Entwicklung der französischen Zeitgeschichte nach 1945: Stefan MARTENS, Frankreich zwischen »Histoire contemporaine« und »Histoire du temps présent«, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 55 (2007) 4, S. 583–616.

Einwände der »Normalhistorie«

Befürworter von zeitgeschichtlicher Forschung waren sich sehr wohl bewußt, daß es frühere Bemühungen unter ähnlichen Namen gegeben hatte. In den Schlüsseltexten der 1950er Jahre, herausgegeben zur Begründung neuer Zeitschriften oder Forschungsinstitutionen, fehlten selten entsprechende Hinweise, bis zurück zu Thukydides' »Peloponnesischem Krieg«. Schlagkräftiger aber waren die jüngeren Erfahrungen mit Zeitgeschichte nach dem Ersten Weltkrieg. In den 1920er Jahren waren Historiker der drei hier untersuchten Länder – mit jeweils unterschiedlicher politischer Zielsetzung – mit der Erforschung und Diskussion der Ursprünge des Ersten Weltkriegs befaßt gewesen. Für den deutschen Fall, der vielleicht am besten dokumentiert ist, hat Mathias Beer die starken personellen und methodischen Kontinuitäten zwischen der deutschen Zeithistorie der 1920er und der 1950er aufgezeigt[5]. Zeitgeschichtliche Forschung bildete also zum Teil bereits den Erlebnishorizont derjenigen Wissenschaftler, die sich nach 1945 dem Fach (wieder) zuwendeten.

Was die Zeitgeschichte der Nachkriegszeit jedoch von vorherigen Bemühungen unterschied, war der Versuch, sie als anerkannte und legitime Teildisziplin in der Geschichtswissenschaft zu etablieren. Dies zeigt sich zum einen anhand eines internationalen Institutionalisierungsschubs: Zeitschriften und Forschungsinstitute wurden gegründet, die sich ausschließlich der zeithistorischen Forschung widmeten. Dazu gehörten das Institut für Zeitgeschichte in München (1950) und seine Zeitschrift, die »Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte« (1953); die Recent History Group mit A.J.P. Taylor und Alan Bullock in Oxford, die ihren Anteil an der Gründung des St. Antony's College (1950) hatte, das in Oxford eine erste Schneise ins 20. Jahrhundert schlug; das Institute of Contemporary History in London (1964) und sein »Journal of Contemporary History« (1966); und schließlich das American Committee for the Study of War Documents (1955), das ein Vorgänger der Conference Group for Central European History (1957) war.

Es zeigt sich zum anderen an einem weniger greifbaren, »weichen« Faktor: Die Beteiligten hatten den subjektiven Eindruck, mit der Hinwendung zur

[5] Mathias BEER, Der ›Neuanfang‹ der Zeitgeschichte nach 1945. Zum Verhältnis von nationalsozialistischer Umsiedlungs- und Vernichtungspolitik und der Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa, in: Winfried SCHULZE, Otto Gerhard OEXLE (Hg.), Deutsche Historiker im Nationalsozialismus, Frankfurt a.M. 1999, S. 274–301; DERS., Hans Rothfels und die Traditionen der deutschen Zeitgeschichte. Eine Skizze, in: Johannes HÜRTER, Hans WOLLER (Hg.), Hans Rothfels und die deutsche Zeitgeschichte, München 2005, S. 159–190; Bernd FAULENBACH, Nach der Niederlage. Zeitgeschichtliche Fragen und apologetische Tendenzen in der Historiographie der Weimarer Zeit, in: Peter SCHÖTTLER (Hg.), Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft 1918–1945, Frankfurt a.M. 1997, S. 31–51.

Zeitgeschichte einen radikalen Schritt in der eigenen Wissenschaftsbiographie zu vollziehen. Nicht jeder Fall mag dabei so plakativ sein wie jener von Alan Bullock, der bei der Nachricht vom deutschen Überfall auf Polen im September 1939 seine Bücher über die englisch-französischen Beziehungen im 16. Jahrhundert beiseite legte und sich fortan dem Studium des 20. Jahrhunderts verschrieb[6]. Für andere britische und amerikanische Historiker, oder angehende Historiker, stellte die Arbeit in Geheimdiensten und bei den Streitkräften den Übergang oder Einstieg in die Zeitgeschichte dar. Sie profitierten nach 1945 von Materialien und Kontakten, die sie während des Krieges erschlossen hatten[7]. Aus welcher Richtung sie auch kamen, die Zeithistoriker sowohl in Westeuropa als auch in den USA verband ein bald emotionales Bedürfnis, das Erleben von aufwühlendem Weltgeschehen in historiographische Aktivitäten umzusetzen. Diese Wahrnehmung scheint einer der Gründe dafür gewesen zu sein, daß die Zeithistoriker nach dem Krieg – obgleich mit früheren Bemühungen vertraut – davon ausgingen, etwas *wirklich* Neues zu beginnen.

Die etablierteren Fächer der Geschichtswissenschaft hießen zeitgeschichtliche Forschung auf beiden Seiten des Atlantiks nicht unbedingt willkommen. Der wichtigste Vorwurf von seiten der »Normalhistorie« (Paul Kluke) galt dem Gegenwartsbezug der Zeitgeschichte. Der amerikanische Diplomatiehistoriker William L. Langer aus Harvard mußte 1952 auf der Jahrestagung der American Historical Association die Kritik anhören, daß Zeitgeschichte wichtige Ressourcen vom Studium des Mittelalters und der Frühen Neuzeit abziehe. Ein zu starker Fokus auf die Gegenwart im geschichtlichen Denken unterminiere das Fach. Langer konterte den Vorbehalt mit einem Verweis auf die neue Weltlage im Kalten Krieg. Während der Kommunismus den Marxismus-Leninismus habe, um Vergangenheit und Gegenwart der modernen Gesellschaft zu analysieren, sei die »freie Welt« hingegen »[...] unable to provide a statement, comprehensive yet succinct, of the philosophy and program of liberal democracy and free enterprise«. Es sei Aufgabe des Historikers, nicht

[6] Gina THOMAS, Gentleman gegen Tyrannen. Hitlers erster Biograph. Zum Tode von Alan Bullock, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4.2.2004, S. 35. Vgl. auch die Überlegungen von Paul KLUKE, Die Wiener Library und die Zeitgeschichte, in: Max BELOFF (Hg.), On the Track of Tyranny: Essays Presented by the Wiener Library to Leonard G. Montefiore, London 1960, S. 157–179.

[7] Einige Bücher, die direkt aus der Kriegsverwendung hervorgingen und auf seinerzeit gesammelten Berichten und Materialien basierten, waren z. B. Oron J. HALE, The Captive Press in the Third Reich, Princeton 1964; A.J.P. TAYLOR, The Course of German History: A Survey of the Development of Germany since 1815, London 1945; Hugh TREVOR-ROPER, The Last Days of Hitler, London 1947. Vgl. zu den Kriegserfahrungen amerikanischer Historiker: Leonard KRIEGER, European History in America, in: John HIGHAM (Hg.), History, Englewood Cliffs, NJ, 1965, S. 290–292; Peter NOVICK, ›That Noble Dream‹: The ›Objectivity Question‹ and the American Historical Profession, New York 1988, S. 301–306.

des Journalisten, dem »common man« sowohl festen Boden in der Gegenwart als auch eine Verankerung in der Vergangenheit zu bieten[8].

In Großbritannien war die Ablehnung der neuen zeithistorischen Ambitionen vielleicht sogar noch stärker. Immerhin war es ein britischer Historiker gewesen, der seine Kollegen 1945 daran erinnerte: »[...] it is still too early to form a final judgment on the French Revolution«[9]. Angesichts solcher Perspektiven nimmt es nicht wunder, daß Ereignisse der vergangenen fünfzig Jahre nicht als Gegenstand seriöser Wissenschaft anerkannt, sondern einfach unter »politics« subsumiert wurden. Die Lehrpläne in Oxford und Cambridge mit ihrer Betonung der alten, mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Geschichte spiegelten diese Denkweise noch lange wider[10]. Nur an der Universität von Manchester konnten Studenten bereits vor dem Zweiten Weltkrieg *contemporary history* auf dem Lehrplan finden, dank der persönlichen Interessen von Lewis Namier und A.J.P. Taylor, die dort in den 1930er Jahren unterrichteten[11]. Nach 1945 fanden sich genügend Historiker in Oxford zusammen, um *contemporary history* dort in Forschung und Lehre zu integrieren[12].

Doch die Geringschätzung für das Fach blieb bestehen und versetzte die neuen Zeithistoriker in die Defensive. Falls das neue Fach je »into quasi-historical journalism« degeneriere, dann wäre es erledigt, warnte eine Histori-

[8] LANGER, The Historian and the Present (wie Anm. 2). Langer wendet sich vor allem gegen Charles E. Nowell, der auf dem vorangegangenen Treffen der AHA davor gewarnt hatte, daß *contemporary history* auf Kosten der mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Geschichte gehe. Es bestehe eine »too exclusive preoccupation with these matters by too high a percentage of professional historians«; vgl. Charles E. NOWELL, Has the Past a Place in History?, in: Journal of Modern History 24 (1952), S. 332; vgl. auch Historical News: The New York Meeting, 1951, American Historical Review 57 (1952) 3, S. 799.

[9] George Macaulay TREVELYAN, History and the Reader, Cambridge 1945, S. 23.

[10] Noch 1993 bemerkte John Lewis Gaddis ironisch, daß in Oxford »moderne« Geschichte offensichtlich immer noch mit Diokletian beginne; vgl. Detlev MARES, Too Many Nazis? Zeitgeschichte in Großbritannien, in: Alexander NÜTZENADEL, Wolfgang SCHIEDER (Hg.), Zeitgeschichte als Problem. Nationale Traditionen und Perspektiven der Forschung in Europa, Göttingen 2004, S. 133. 1970 endete das Studium der Europäischen Geschichte für *Undergraduates* in Oxford noch mit dem Jahr 1939; vgl. Kathleen BURK, Troublemaker: The Life and History of A.J.P. Taylor, New Haven 2000, S. 183.

[11] Kathleen BURK, Britische Traditionen internationaler Geschichtsschreibung, in: Wilfried LOTH, Jürgen OSTERHAMMEL (Hg.), Internationale Geschichte, München 2000, S. 45–59, 48f.; BURK, Troublemaker (wie Anm. 10), S. 126–130.

[12] Zu diesen Historikern gehörten Hugh Trevor-Roper, Bill Deakin, Robert Blake, Keith Hancock, James Joll, Hugh Seton-Watson, A.J.P. Taylor, Alan Bullock und John Wheeler-Bennett als assoziierter Professor; vgl. Alan BULLOCK, [Nachruf], »John Wheeler Wheeler-Bennett, 1902–1975«, Proceedings of the British Academy 65 (1979), S. 819; C.S. NICHOLLS, The History of St. Antony's College, Oxford, 1950–2000, London 2000, S. 27, 59–79. Geoffrey Barraclough von der University of Liverpool schloß sich der Recent History Group in Oxford 1956 als Gast an. Die dort geführten Diskussionen bereiteten den Boden für sein Buch »An Introduction to Contemporary History« (London 1964).

kerin[13]. Um zu beweisen, daß auch solche Wissenschaftler *wirkliche* Historiker seien, die es wagten, sich die Hände mit gerade vergangenen Ereignissen schmutzig zu machen, sah sich Alan Bullock 1960 veranlaßt zu erklären:

> The man who is familiar only with the history of the last fifty or even hundred years does not deserve the name of historian and cannot bring to the understanding of the events of his own time the sense of proportion and perspective only to be derived from the study of earlier periods and other civilizations[14].

Diese generell defensive Haltung sorgte dafür, daß in der Regel streng empirische, bald dokumentarische Studien entstanden, die sich nach Möglichkeit nicht vom Stil der akademischen Geschichtsschreibung anderer Epochen unterschieden[15]. Zeithistoriker hielten an konventionellen historischen Methoden fest. Sie befürworteten »geistige Disziplin«, um Distanz zum Forschungsgegenstand zu halten, und unterstrichen die »unabdingbare[n] Pflichten des Historikers, die Überlieferung jener durchgehenden Prüfung auf Echtheit und Glaubwürdigkeit zu unterziehen, deren Grundsätze während der letzten 150 Jahre voll entwickelt worden sind«[16].

Der Vorwurf des zu starken Gegenwartsbezugs hatte aber auch eine erkenntnistheoretische Komponente: Die jüngste Vergangenheit war noch nicht in die Geschichte entrückt, statt dessen deckte sich die Lebzeit des Historikers teilweise mit seinem Untersuchungsgegenstand. Damit stellte sich das Problem der Überwindung der ›subjektiven‹ Perspektive des Betrachters, dem – so die Kritik – persönliche Erinnerungen nicht den nötigen Abstand zum Forschungsgegenstand erlaubten. Historiker der als ›abgeschlossen‹ betrachteten Epochen bezeichneten Zeitgeschichte deshalb als einen Widerspruch in sich und erinnerten ihre Kollegen an das Ideal der ›Objektivität‹, das die gesamte Profession zusammenhalten solle[17]. Um diesen Vorwurf auszuräumen, drehten die Zeithistoriker den Spieß einfach um: Sie werteten die Konvergenz zwi-

[13] Eva G. REICHMANN, The Study of Contemporary History as a Political and Moral Duty, in: BELOFF (Hg.), On the Track of Tyranny (wie Anm. 6), S. 191.

[14] Alan BULLOCK, Is it Possible to Write Contemporary History?, in: BELOFF (Hg.), On the Track of Tyranny (wie Anm. 6), S. 73.

[15] Astrid M. ECKERT, Kampf um die Akten. Die Westalliierten und die Rückgabe von deutschem Archivgut nach dem Zweiten Weltkrieg, Stuttgart 2004, S. 175–179.

[16] ROTHFELS, Zeitgeschichte als Aufgabe (wie Anm. 1), S. 4. Sebastian CONRAD, Auf der Suche nach der verlorenen Nation. Geschichtsschreibung in Westdeutschland und Japan 1945–1960, Göttingen 1999, S. 239–247, verweist zu Recht auf die starken historistischen Elemente, die bei der Neubegründung der westdeutschen Zeitgeschichte nach dem Zweiten Weltkrieg wieder auftauchten.

[17] Zur zeitgenössischen Skepsis bezüglich des Anspruches von Objektivität siehe REICHMANN, Study of Contemporary History (wie Anm. 13), S. 191f. Für den Kontext vgl. Eric J. ENGSTROM, Zeitgeschichte as Disciplinary History. On Professional Identity, Self-Reflexive Narratives, and Discipline-Building in Contemporary German History, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte 29 (2000), S. 399–425; CONRAD, Verlorene Nation (wie Anm. 16), S. 220–255.

schen der Lebzeit des Forschers und seines Untersuchungsgegenstandes kurzerhand als einen Vorzug des Faches, welcher den Erkenntnisgewinn nicht etwa minderte, sondern beträchtlich steigerte. Ein Zeitzeuge, ein »Mitlebender« (Hans Rothfels), könne sich ganz in die Geschehnisse hineinversetzen, sie intensiv nachleben und sie damit viel eher erschließen, als jemand, der dieses Erleben nicht teilte[18]. Der britische Diplomatiehistoriker E. Llewellyn Woodward sah ebenfalls den Vorteil darin, daß der Historiker der jüngsten Vergangenheit zurückgreifen könne auf »the impression left on him at the time by the events with which he is dealing. He can also consult other contemporaries and check their recollections with his own«[19]. Die eigene Erinnerung als Quelle und Korrektiv – ein Mittelalterhistoriker war so gesehen natürlich im Nachteil.

Und schließlich wurde der Zeitgeschichte ein weiteres Defizit vorgehalten, nämlich das Fehlen einschlägiger Quellen. Der gängige Konsens nicht nur in Deutschland entsprach durchaus noch Peter Rassows Ansicht, daß »[g]eschichtliche Epochen im wissenschaftlichen Sinne [solche sind], für die auch die ungedruckten Quellen schrankenlos zugänglich sind«[20]. Um in den Kanon seriöser Geschichtswissenschaft aufgenommen zu werden, mußte die Forschung auf Primärquellen basieren. In anderen historischen Fächern waren damit normalerweise amtliche Akten gemeint. Wenn diese Art von staatlichen Dokumenten noch nicht verfügbar war, dann war die Epoche offensichtlich noch nicht geschichtlich geworden[21].

Unter normalen Umständen waren solcherart Materialien für die jüngste Vergangenheit nicht so leicht herbeizuholen. Im Jahre 1956 waren beispielsweise die Akten des britischen Foreign Office bis 1902 zugänglich, jene des amerikanischen State Department bis 1926, während die Franzosen sich erst bis 1877 vorgewagt hatten[22]. Die Zeithistoriker der 1950er Jahre versuchten deshalb, die Definition dessen, was als relevante Quelle anerkannt werden konnte, zu erweitern. Im Institut für Zeitgeschichte in München führte man Zeitzeugeninterviews durch[23], andere Zeithistoriker betonten die Vorteile von

[18] »Dieses Nachleben ist umso intensiver, eindringlicher, überzeugender, je näher wir der Epoche sind, die wir schildern wollen«; Paul KLUKE, Aufgaben und Methoden zeitgeschichtlicher Forschung, in: Europa-Archiv 10 (1955), S. 7432. Der deutsche Schlüsseltext zu diesem Thema ist ROTHFELS, Zeitgeschichte als Aufgabe (wie Anm. 1).

[19] E. Llewellyn WOODWARD, Study of Contemporary History, in: Journal of Contemporary History 1 (1966), S. 6.

[20] Zitiert in CONRAD, Verlorene Nation (wie Anm. 16), S. 227.

[21] Noch 1997 fühlten sich Zeithistoriker genötigt zu erklären, »how [history can] be written for the period within the 30-year rule«; vgl. Peter CATTERALL, What (if anything) is Distinctive about Contemporary History?, in: Journal of Contemporary History 32 (1997) 4, S. 446.

[22] ECKERT, Kampf um die Akten (wie Anm. 15), S. 434f.

[23] Das IfZ übernahm bei der Durchführung von Interviews mit ehemaligen NS-Offiziellen, Wehrmachtsoffizieren und Beamten verschiedener Ebenen die Führungsrolle. Im Rahmen

leicht zugänglichem, publiziertem Material. »Consider«, schrieb Llewellyn Woodward, »the scope and quantity of the information printed in a single copy of *The Times*, and continued uninterruptedly day after day«. Die moderne Gesellschaft hinterlasse unzählige Spuren ihres vielfältigen Handelns, man müsse nur passende Methoden anwenden, um diese Spuren auch zu lesen[24]. Solche Argumente erklären möglicherweise, warum Zeithistoriker immer wieder darauf hinwiesen, daß ihr Arbeitsfeld eher unter zu viel als zu wenig Material leide[25].

Aber selbst Woodwards Verweis auf die Tagespresse als historische Quelle konnte kaum verhehlen, daß auch die neuen Zeithistoriker lieber mit den ›echten‹ Quellen – also den traditionellen Regierungsakten – arbeiten würden. Woodward selbst ist in die Historiographie als Kenner eben solcher Akten eingegangen, nämlich als Herausgeber der »Documents on British Foreign Policy, 1919–1939« – und nicht etwa als Leser der Londoner »Times«. Auch Zeithistoriker schrieben ihren Quellen eine Wertigkeit zu. In dieser Quellenhierarchie standen Akten aus den politischen und militärischen Schaltzentren, aus Ministerien und Hauptquartieren, obenan. Daß ein solcher Blick auf die Quellen von einer Geschichtswissenschaft determiniert war, in der Diplomatie- und Politikgeschichte noch dominierten, ist eine naheliegende Interpretation. Aber wenn solcherart staatliches Material zugänglich werden könnte, dann wären die Zeithistoriker in der Lage, die jüngste Vergangenheit mit jenen empirischen Methoden zu bearbeiten, die für andere Epochen etabliert waren und als Ausweis von Wissenschaftlichkeit galten. Mit anderen Worten, sie könnten dem Vorwurf des Gegenwartsbezugs wirkungsvoll entgegentreten, zumindest was das Fehlen ›harter‹ Quellen anging.

Im Falle der jüngsten deutschen Vergangenheit waren außergewöhnliche Umstände eingetreten, die eine solche Lösung immerhin denkbar machten: Eine immense Menge von Akten aus der Zeit vor 1945 war bei Kriegsende von den alliierten Truppen beschlagnahmt worden. Im Sprachgebrauch jener Tage wurden sie kurzerhand als »Beuteakten« tituliert. Dieser Dokumenten-Schatz war über verschiedene Lagerstätten verteilt. Etwa 400 Tonnen Akten aus dem Auswärtigen Amt und der Reichskanzlei, zurückgehend bis ins 19. Jahrhundert, befanden sich in Whaddon Hall in Buckinghamshire, wo sie von einem Team britischer, französischer und amerikanischer Historiker

der Interviews des IfZ versuchte man außerdem, Schriftgut in Privatbesitz ausfindig zu machen und die Besitzer zu überzeugen, es dem IfZ zu überlassen bzw. die Anfertigung von Kopien durch die Bibliothekare des Instituts zuzulassen; vgl. Horst MÖLLER, Das Institut für Zeitgeschichte und die Entwicklung der Zeitgeschichtsschreibung in Deutschland, in: DERS., Udo WENGST (Hg.), 50 Jahre Institut für Zeitgeschichte. Eine Bilanz, München 1999, S. 1-68, hier S. 30.

[24] WOODWARD, Study of Contemporary History (wie Anm. 19), S. 5f.

[25] Ibid., S. 6; ROTHFELS, Zeitgeschichte als Aufgabe (wie Anm. 1), S. 3f., 6; KLUKE, Aufgaben und Methoden (wie Anm. 18), S. 7437.

durchgesehen und eine Auswahl in der Reihe »Documents on German Foreign Policy« publiziert wurden[26]. Weitere 800 Tonnen Material, vornehmlich militärischen Charakters, aber auch aus der NSDAP-Parteizentrale und aus verschiedenen NS-Organisationen und -Institutionen stammend, wurden von einer Abteilung der US-Armee verwaltet und in einer früheren Torpedofabrik in der Nähe Washingtons gelagert. Biographische Unterlagen über NSDAP- und SS-Mitglieder waren in amerikanischer Obhut im Berliner Document Center untergebracht[27]. In Hinblick auf diese Beuteakten hofften Zeithistoriker, die Forschung zur jüngsten deutschen Vergangenheit voranzutreiben. Viel Material hatte den Krieg überstanden und war in britischer und amerikanischer Hand; die Schwierigkeit für die Historiker bestand darin, sich Zugang zu verschaffen.

Aktenzugang

Die Bundesrepublik hatte seit ihrer Gründung – bereits in einer der ersten Sitzungen des Bundestages – ihr starkes Interesse an der Rückgabe der Beuteakten bekundet. Mitte der 1950er Jahre, mit den Pariser Verträgen und der Wiederbewaffnung in greifbarer Nähe, rückte dieses Anliegen in den Bereich des Möglichen. Aus Bonner Perspektive galt es nicht nur die staatliche, sondern auch langfristig die erinnerungspolitische Souveränität zu sichern[28].

Amerikanischen Historikern blieb diese Entwicklung nicht verborgen. Die »New York Times« erinnerte im März 1955 daran, daß dieses Material aus den USA nach Deutschland zurückgehen könnte, ohne daß amerikanische Historiker die Gelegenheit haben würden, es zu benutzen[29]. 1953 hatte die US-Armee bereits einen Teil des Materials zur Forschung freigegeben, allerdings

[26] Sacha ZALA, Geschichte unter der Schere politischer Zensur. Amtliche Aktensammlungen im internationalen Vergleich, München 2001; George O. KENT, The German Foreign Ministry Archives at Whaddon Hall, 1948–1958, in: American Archivist 24 (1961), S. 43–54.

[27] Vgl. zur Geschichte der beschlagnahmten deutschen Akten insgesamt: ECKERT, Kampf um die Akten (wie Anm. 15); ein nicht mehr ganz aktueller, aber immer noch nützlicher Überblick findet sich bei Josef HENKE, Das Schicksal deutscher zeitgeschichtlicher Quellen in Kriegs- und Nachkriegszeit. Beschlagnahme – Rückführung – Verbleib, in: VfZ 30 (1982) 4, S. 557–620.

[28] ECKERT, Kampf um die Akten (wie Anm. 15), S. 457f.

[29] Anthony LEVIERO, Scholars Fear U.S. Will Return Nazi Archives Before Full Study, in: New York Times, 7.3.1955; vgl. auch »Going To Bonn? Hitler File here Stirs New Interest«, in: Washington Post and Herald, 23.3.1955. Das Thema wurde auch von der deutschen Presse aufgegriffen: Tragödie für den Geheimdienst, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9.3.1955; Walter GÖRLITZ, Aktenlager in der alten Torpedofabrik, in: Die Welt, 31.3.1955.

handelte es sich dabei nur um einen Bruchteil der vorhandenen etwa 800 Tonnen[30]. Angesichts dieser Lage fand sich 1955 eine Gruppe von amerikanischen Historikern zusammen, die sich das Ziel setzte, die Akten für die Forschung nutzbar zu machen. Sie gründeten das eingangs genannte Committee for the Study of War Documents[31] und begannen mit intensiver Lobby-Arbeit, um die US-Armee zur Freigabe des Materials zu bewegen, bevor es nach Deutschland zurückgegeben werden würde. Die Idee war, die Akten vor der Rückgabe zu verfilmen. Im Juli 1956 erhielt das Komitee tatsächlich die Zusage für das Verfilmungsprojekt. Nur einen Monat später begannen die Arbeiten unter der Leitung des frisch promovierten Historikers Gerhard L. Weinberg[32].

Die Arbeit des Komitees brachte eingangs schnelle und greifbare Ergebnisse[33], erlitt aber auch Rückschläge. Die neuerliche Durchsicht der Akten durch die Armee führte nicht immer zur Freigabe für die Verfilmung, sondern konnte auch das ›falsche‹ Ergebnis hervorbringen, nämlich eine Bestätigung des Verschlusses, so daß bisweilen mehr Akten unter Verschluß blieben als freigegeben wurden. Schließlich war Ende 1959 ein Punkt erreicht, an dem »the volume of records remaining classified was out of all proportion to the amount that might reasonably be expected to be in that category«. Die Akten

[30] Departmental Records Branch (DRB), General List of Seized Records Available for Unofficial Research, Reference Aid Nr. 15 (DRB Publication 54-1), Februar 1954, in: BArch Koblenz, N 1188, NL Schieder, Bd. 651; Weinberg an Rothfels, 20.10.1953, IfZ Hausarchiv, ID102, Bd. 43. Hermann G. GOLDBECK, The German Military Documents Section and the Captured Records Section, in: Robert WOLFE (Hg.), Captured German and Related Records: A National Archives Conference, Athens, OH, 1974, S. 50–52; Gerhard L. WEINBERG, German Records Microfilmed at Alexandria, Virginia, in Collaboration with the American Historical Association, in: ibid., S. 199.

[31] Die emigrierten Historiker Hans Kohn und George W. Hallgarten kamen unabhängig voneinander auf die Idee zu einem solchen Komitee. Bei seinem ersten Treffen im Oktober 1955 konnte es eine beeindruckende Liste von Unterstützern vorweisen. Reginald H. Phelps (Harvard) fungierte als erster Vorsitzender. Weitere Mitglieder waren Harold D. Lasswell (Yale), Carl J. Friedrich (Harvard), Koppel Pinson (Queens College, NYC), Raymond J. Sontag (University of California), Boyd C. Shafer (AHA), Fritz T. Epstein (Library of Congress) und Walter L. Dorn (Columbia). Das Komitee konnte außerdem auf Shepard Stone zählen, inzwischen bei der Ford Foundation tätig, sowie auf John J. McCloy und die New Yorker Philanthropisten Frank Altschul und David Rockefeller.

[32] John A. Klein, The Adjutant General, an Boyd C. Shafer, Executive Secretary, AHA, 2.7.1956; General Robert A. Schow, G-2 Intelligence, an Hale, 15.10.1956, beide Briefe in den Papers of Oron J. Hale, Alderman Library, University of Virginia, Box 8.

[33] Weinbergs erster Quartalsbericht kündigte die ersten 22 Mikrofilme für September 1956 an; bis zum Dezember wuchs die Zahl auf mehr als tausend Filme an; vgl. Weinberg, Quarterly Report, 14.9.1956, Hale Papers, Box 8; DRB Journal of Significant Events, AHA Convention 1956, 7.1.1957, Eintrag von Sherrod East, NA RG 407, Entry 375, Box 1.

aller Einheiten der Waffen-SS von der Ostfront wurden beispielsweise gar nicht erst neu angesehen, sondern gleich wieder verschlossen[34].

Die Verfilmungen standen zudem unter einem wachsenden Zeitdruck, da die (bündnis-)politischen Entwicklungen die baldige Rückgabe von Akten immer wahrscheinlicher machten. Die Armee griff hin und wieder bereits zu Ad-hoc-Rückgaben, um überschüssiges Material abzugeben oder einer deutschen Bitte zu entsprechen. Wie unübersichtlich die Lage geworden war, mußte auch Gerhard Weinberg feststellen, der erst nach einer Weile den Überblick darüber gewann, was seinen Kameras durch die ersten Rückgaben schon entgangen war. Zwar hatte das Komitee die Zusage, alle Akten vor der Rückgabe verfilmen zu dürfen, doch mußte es die dafür nötigen Gelder selbst beschaffen. »If we do not have the money, too bad«[35] – der Rückgabefahrplan würde nicht ewig auf die Historiker warten.

Westdeutsche Historiker erfuhren von den ursprünglichen Plänen des Komitees im Sommer 1955[36]. Die Regierungen der Bundesrepublik, Großbritanniens, Frankreichs und der USA hatten gerade Verhandlungen über die deutschen diplomatischen Aktenbestände in Whaddon Hall abgeschlossen. Diese sollten zwischen 1956 und 1958 nach Bonn zurückgegeben werden, aber bezüglich der deutschen Militär- und NSDAP-Akten gab es noch keine weiteren Rückgabegespräche. Georg Winter, Direktor des neu eingerichteten Bundesarchivs, drängte auf die sofortige Wiederaufnahme der Verhandlungen, stand er doch einem noch leeren Archiv vor. Angesichts der leeren Regalmeter in Koblenz erschien ihm das Verfilmungsprojekt sofort als vorsätzliche Behinderung, die allein darauf ausgerichtet war, die Rückgabe der Akten zu verzögern. Genau wie die britischen Historiker versucht hätten, die Rückgabe der diplomatischen Akten zu sabotieren[37], so versuchten seiner Meinung nach nun die amerikanischen Historiker im Hinblick auf die militärischen Akten dasselbe:

> Die amerikanische Geschichtswissenschaft hat sich bekanntlich nach dem Kriege mit größter Lebhaftigkeit der beschlagnahmten Akten bemächtigt. Neuere deutsche Geschichte und deutsche Zeitgeschichte wird [sic!] zu einem unverhältnismäßig großen Teil heute in den

[34] Weinberg an Hale, 15.11.1959, Hale Papers, Box 10; vgl. auch WEINBERG, German Records Microfilmed (wie Anm. 30), S. 200f.

[35] Weinberg an Case, 7.5.1957, Library of Congress, Manuscript Division, AHA Collection, Box 480.

[36] Fritz T. Epstein informierte Hans Herzfeld, Paul Kluke, Hans Rothfels und Theodor Schieder; vgl. Epstein an Schieder, 14.8.1955, BArch Koblenz, N 1188, NL Schieder, Bd. 651.

[37] ECKERT, Kampf um die Akten (wie Anm. 15), S. 284–316; D.C. Watt, British Historians, the War Guilt Issue, and Post-War Germanophobia: A Documentary Note, in: Historical Journal 36 (1993) 1, S. 179–185.

USA geschrieben. Es ist verständlich, allerdings auch bejammernswert, daß man drüben diese Konjunktur nützen und sich nicht so rasch von den Akten trennen will[38].

Winter übersah dabei, daß die amerikanischen Historiker – mit Ausnahme von bestellten, ›amtlichen‹ Forschern – selbst eben auch noch nicht an den Großteil des Materials herankamen, deshalb ja auch die Gründung des Akten-Komitees. Nur ein kleiner Anteil der erbeuteten Akten und Schriften waren bis dahin auch für private Forschung zugänglich[39]. Außerdem war das Verfilmungsprojekt nicht *gegen* westdeutsche Historiker initiiert worden, sondern die ursprüngliche Idee sah eine Kooperation vor. Fritz T. Epstein, ein aus Frankfurt in die USA emigrierter Osteuropahistoriker, sah die ablehnende Reaktion der Deutschen voraus und warnte seine amerikanischen Kollegen, daß »leicht der Eindruck aufkommen [könnte], daß es sich bei dem Projekt um einen Vorwand handle, die Rückgabe der Dokumente weiter hinauszuschieben«[40]. Der amerikanische Nationalismusexperte Hans Kohn betonte ebenfalls, daß die Ziele des Komitees zwar zunächst auf die Verfilmung der Akten ausgerichtet sein sollten, es dann aber galt, »to encourage, thereafter, [their] early return to Germany«[41]. Beim Gründungstreffen des Komitees im Oktober 1955 stellte Epstein diese sensiblen Punkte noch einmal heraus:

We must realize that the question of restitution has long become a matter of prestige for the Germans. Among those concerned about the return of the documents..., it is generally felt that their former archives – whatever their content, good or bad from the point of view of a nation's pride and honor – are an undeniable and inalienable part of Germany's past; that to regain custody of them is a natural right of the German people[42].

Die Form der Kooperation zwischen amerikanischen und deutschen Historikern blieb vorerst offen; man ging aber davon aus, daß es eine solche geben sollte. Das Komitee zog in Betracht, mit einer parallelen Arbeitsgruppe in der Bundesrepublik zu kooperieren[43] und dem Institut für Zeitgeschichte eine

[38] Winter an BMI, 16.8.1955, BArch Koblenz, B 106, Bd. 34725. Vgl. auch Winter an Posner, 21.2.1956, National Archives and Records Administration (NA), Record Group (RG) 200, Posner Papers, Box 6.

[39] Das Anfang der 1950er Jahre zugängliche Material umfaßte alles, was im Guide to Captured German Documents (War Documentation Project), prepared by Gerhard L. Weinberg (Maxwell Air Force Base, Alabama: December 1952), aufgeführt war; die persönlichen Papiere einiger preußischer Generäle wurden in den National Archives verwahrt und sind aufgeführt in Preliminary Inventory of the German Records 1679–1945 in the World War II Collection of Seized Enemy Records. Compiled by Martin Rogin. (Washington, D.C.: General Services Administration. The National Archives, 1950).

[40] Epstein an Rothfels, 5.7.1955, BArch Koblenz, B 186, Bd. 1739.

[41] Kohn an Hale, 14.7.1955, Hale Papers, Box 8.

[42] Excerpts from the Address by Dr. Fritz Epstein at Meeting on October 29, for Circulation to Members of the Committee Only, [29.10.1955], ibid.

[43] »Dr. Hallgarten brought out that the Committee will set up a similar committee in West Germany to find out what documents German scholars would be interested in having reproduced«; DRB Journal of Significant Events, 21.9.1955, Eintrag von Philipp P. Brower.

vollständige Sammlung der Mikrofilme zu überlassen[44]. Die amerikanischen Wissenschaftler gingen dabei davon aus, daß die Arbeit des Komitees »would also be welcome to the German and other European historians who might especially share our interest in obtaining microfilms of the documents«[45].

Gepflegtes Mißtrauen

Die gegenseitigen Vorurteile der Historiker waren einer Annäherung nicht gerade förderlich. Trotz der hehren Worte über Kooperation und Offenheit läßt sich die Tatsache nicht übersehen, daß das Verfilmungsprojekt auch deshalb initiiert worden war, weil die amerikanischen Historiker den Versicherungen deutscher Regierungsstellen nicht trauten, daß die Akten nach ihrer Rückkehr für die internationale Forschung zugänglich sein würden[46]. Dieses Mißtrauen war nicht nur aus den Jahren der NS-Zeit herübergewachsen und bezog sich auf die deutschen Behörden bzw. die Verläßlichkeit ihrer Zusagen, es war auch – selbst wenn man das nicht ganz so unumwunden zugeben würde – gegen einige deutsche Kollegen gerichtet[47]. Gerade das Institut für Zeitgeschichte hatte 1951 mit der Veröffentlichung von Hitlers »Tischgesprächen« einen eher mißverständlichen Start hingelegt[48] und sowohl bei amerikanischen Historikern als auch beim State Department und dem britischen Foreign Office den Eindruck hinterlassen, es wolle das Bedürfnis von Nazi-Nostalgikern bedienen. In welche Richtung sich die westdeutsche Zeitgeschichte entwickeln würde, war zu diesem Zeitpunkt noch keine ausgemachte Sache[49]. Erst mit der Veröffentlichung der ersten Ausgabe der

[44] »A second positive film [i.e. master copy] was also being considered. This was to be given to Germany, possibly to the Institut für Zeitgeschichte«; DRB Journal of Significant Events, 7.1.1957, Eintrag von Herman Goldbeck.

[45] George F. Hallgarten, Memorandum, ohne Datum [29.6.1955], Hale Papers, Box 8.

[46] »There is no reason to believe that the documents, once returned, will be fully available to the scholarly world«; American Committee for the Study of War Documents, Executive Committee Meeting, 10.12.1955, Yale University, Sterling Memorial Library, Harold D. Lasswell Papers, Box 5.

[47] Langer an Ritter, 18.12.1947, Pusey Library, Harvard, William B. Langer Papers, Corr. 1946–54, Box 13: »It was a matter of particular grief to us to realize that a good number of our German colleagues [...] should have accepted, and even furthered, doctrines and interpretations, which struck us as not only a negation of the finest German traditions but also of most of the things that western civilization has stood for«.

[48] Henry PICKER, Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941–1942, im Auftrage des Deutschen Instituts für Geschichte der nationalsozialistischen Zeit, geordnet, eingeleitet und veröffentlicht von Gerhard Ritter, Bonn 1951.

[49] Der Präsident der AHA, Robert Livingston Schuyler, befürchtete, daß die Tischgespräche »may be the beginning of [...] a dangerous myth if it is not promptly corrected by a reve-

»Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte« durch das IfZ ließen die Befürchtungen nach[50]. Aber während das IfZ wenigstens das heiße Eisen der jüngsten Vergangenheit anfaßte, konnten ausländische Beobachter an deutschen Universitäten noch nicht einmal ein historisches Interesse an der jüngsten Vergangenheit feststellen[51]. Um so dringender schien es also, das Thema selbst nicht aus den Augen zu verlieren.

Der deutschen Seite war die Angelegenheit zu wichtig, als daß sie allein den Historikern überlassen bleiben sollte. Sie wurde umgehend zu einem »amtlichen« Problem und Gegenstand einer Beratung zwischen dem Innenministerium, dem Bundesarchiv, dem Auswärtigen Amt und einigen Historikern. Die Kernfrage kreiste um eine deutsche Beteiligung am Verfilmungsprojekt. Durch die gleichzeitige Rückgabeforderung der Bundesregierung entstand jedoch ein Zielkonflikt. Hinzu kam das unausgesprochene Unbehagen, daß »Ausländer« auf diese Weise bald eine konkurrierende Rolle in der Interpretation deutscher Geschichte übernehmen könnten. Die Position Georg Winters machte wenig Hoffnung auf eine Einigung: »Sind wir Partner der Alliierten oder ein Kolonialvolk?«, rief er während einer Besprechung im Innenministerium Anfang Dezember 1955 aus und versperrte dem konzilianteren Kluke den Weg zu einem Kompromiß[52]. Für Kluke und das IfZ war nicht der Besitzstand, sondern der baldige Zugang zu den Akten zentral – ob das auf Mikrofilm oder im Original erfolgte, war zweitrangig. Kluke war der einzige, der auch das Dilemma der amerikanischen Historiker erkannte, die bei ihren eigenen Ministerien selbst bisher außen vor gestanden hatten. Er warb dafür, den dortigen Wissenschaftlern »keinesfalls [...] eine dolose Absicht« zu unterstellen[53]. Bei früherer Gelegenheit war er schon einmal dafür eingetreten, daß man die amerikanische Sorge vor einer Sekretierung der Akten nach ihrer Rückkehr gar nicht ernst genug nehmen könne: »Zu verbergen in unserer jüngsten Geschichte haben wir nichts mehr, da die Verbrechen dieser Zeit

lation of the facts as disclosed in the German records themselves«; Schuyler an Dean Acheson, SecState, 7.11.1951, NA RG 59, CDF 1950–54, 862.423/11-751.

[50] Die VfZ wurden wohlwollend aufgenommen; vgl. Walter Dorn, Columbia, an Gordon Wright, Chairman, History Department, University of Oregon-Eugene, 11.5.1953, Columbia University Library, Dorn Papers, Box 1; Dorn an Rothfels, 5.10.1953, BArch Koblenz, N 1213, NL Rothfels, Bd. 1; Langer an Rothfels, 5.6.1953, Langer Papers, Box 13. Vgl. zur Geschichte der Zeitschrift: Hermann GRAML, Hans WOLLER, Fünfzig Jahre Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1953–2003, in: VfZ 51 (2003), S. 51–87.

[51] ECKERT, Kampf um die Akten (wie Anm. 15), S. 369.

[52] Wilhelm Rohr, Vermerk [Sitzungsprotokoll über Besprechung 7.12.1955 bei Hübinger], 2.1.1956, BArch Koblenz, B 198, Bd. 1739.

[53] Kluke an Hübinger, BMI, Leiter, Abt. III (Kultur), 21.1.1956, BArch Koblenz, B 106, Bd. 34725.

längst offenkundig sind, wohl aber [haben wir] von einer vorurteilsfreien Forschung zu gewinnen«[54].

Theodor Schieder vertrat hingegen die Ansicht, daß mit der Verfilmung intentional »auf eine Verzögerung der Rückgabe hingezielt wird«[55]. Bei der erwähnten Besprechung im Innenministerium Anfang Dezember 1955 bildete diese Ansicht den unausgesprochenen Ausgangspunkt. Für Schieder war die Aktenproblematik mittlerweile zu einer »Existenzfrage« geworden. Durch das Verfilmungsprojekt »droht uns die völlige Ausschaltung«[56]. Kluke versuchte dagegen, die Idee einer deutschen Beteiligung an dem Washingtoner Unternehmen zu retten. Er mußte sich jedoch von Winter anhören, daß schon allein die bisherigen Bestellungen von Mikrofilmen in Washington durch das IfZ die deutsche Verhandlungsposition geschwächt hätten. Eine deutsche Mitarbeit bei der Verfilmung käme deshalb erst recht nicht in Frage: »Je mehr wir uns daran beteiligen und damit dem Unternehmen den Anschein der Rechtmäßigkeit geben, um so weniger besteht für die Gegenseite ein Zwang, die Akten zurückzugeben«[57]. Man einigte sich schließlich darauf, eine »›Normalisierung‹ der Verhältnisse« anzustreben: »Der normale Zustand würde erst durch die Rückgabe der deutschen Akten hergestellt werden«[58]. Zu entsprechenden Aussagen wurde der Historikerverband »amtlich autorisiert«[59]. Kluke konnte nur noch resigniert feststellen, daß »auf unserer Seite eine Verhärtung eingetreten [ist], die uns nicht weiterführt [...]. Wenn wir die Ablehnung einstweilen so weit treiben, daß wir nicht mitwirken und warten, bis das AA. zu einem Erfolg kommt, schalten wir uns wissenschaftlich aus«[60].

Auf deutscher Seite waren die Gespräche damit festgefahren. Zu einer Beteiligung an den Arbeiten des amerikanischen Verfilmungskomitees kam es nicht. Langfristig profitierte das IfZ trotzdem von den verfilmten Akten, die es sich entgegen Winters kurzsichtigen Einsprüchen weiterhin besorgte[61]. Die

[54] »Doch bleibt es sehr bemerkenswert, daß das amerikanische Projekt auch mit der Furcht vor einer neuerlichen Sekretierung der Akten bei einer Rückgabe an Deutschland begründet wird. Dieses Motiv können wir m. E. nicht ernst genug nehmen«; Kluke an Hübinger, 19.12.1955, ibid.

[55] Schieder an Ritter, 6.12.1955, BArch Koblenz, N 1166, NL Ritter, Bd. 286 und N 1188, NL Schieder, Bd. 372.

[56] Wilhelm Rohr, Vermerk [Sitzungsprotokoll über Besprechung 7.12.1955 bei Hübinger], 2.1.1956, BArch Koblenz, B 198, Bd. 1739. Vgl. auch Hermann Aubin, Vorsitzender des Historikerverbandes, 14.5.1956, PA/AA, B 118, Bd. 510.

[57] Vermerk Rohr, 2.1.1955, ibid.

[58] MinRat Scheidemann, BMI, Abt. III (Kultur), Vermerk, 21.12.1955, BArch Koblenz, B 106, Bd. 34725; PA/AA, B 118, Bd. 510 und BArch Koblenz, N 1188, NL Schieder, Bd. 651.

[59] Redebeitrag Hübinger, wiedergegeben im Vermerk Rohr, 2.1.1955 (wie Anm. 56).

[60] Redebeitrag Paul Kluke, ibid.

[61] »Ein ausgesprochener Glücksfall für die Forschungsaufgaben des Instituts war schließlich die 1956 begonnene Verfilmung des erbeuteten Schriftguts von Behörden und Dienst-

Akten selbst kehrten nach der Verfilmung Ende der 1950er Jahre sukzessive in die Bundesrepublik zurück. Ihre Rückgabe war ein langwieriger, nicht immer spannungsfreier Prozeß, der bis in die jüngste Vergangenheit reicht[62].

»A different frame of values«

Obwohl eine deutsch-amerikanische Kooperation bei der Verfilmung nie zustande kam, signalisiert diese Phase doch einen wichtigen und unumkehrbaren Wandel. Amerikanische und britische Historiker standen im Begriff, eine Präsenz in der Geschichtsschreibung zu Deutschland zu etablieren, die es in dieser Form bisher nicht gegeben hatte. Deutsche Historiker konnten die Interpretation der deutschen Geschichte nicht länger für sich allein beanspruchen. Sie mußten in Zukunft mit ausländischen Kollegen rechnen, die Aspekte der deutschen Vergangenheit mit der gleichen Autorität diskutierten wie sie selbst, einer Autorität, die sich teilweise aus der »Währung« ableitete, die zu jener Zeit in der Zunft noch hochgehalten wurde, nämlich dem amtlichen Aktenmaterial.

Entsprechend darf man in dem Beitrag des American Committee for the Study of War Documents mehr als nur eine Fußnote in der amerikanischen Historiographie sehen. In institutioneller Hinsicht war das Komitee Vorläufer der Conference Group for Central European History, die immer noch eine der wichtigsten Anlaufstellen für das Studium der deutschen Geschichte in den USA ist[63]. Von unmittelbarerer Bedeutung war jedoch die Leistung des Komitees, die riesigen Mengen von deutschen Akten verfilmt zu haben. Auf diese Weise lieferte es das Quellenmaterial nicht nur auf einem haltbaren Speichermedium, dem Mikrofilm, sondern – mindestens ebenso wichtig – beschrieb die Bestände auch in begleitenden Findmitteln, den »Guides«[64]. Sowohl die

stellen des Dritten Reiches durch die National Archives in Washington«; Werner RÖDER, Hermann WEISS, Klaus A. LANKHEIT, Das Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, in: Horst MÖLLER, Udo WENGST (Hg.), 50 Jahre Institut für Zeitgeschichte. Eine Bilanz, München 1999, S. 105–125, hier S. 112.

62 ECKERT, Kampf um die Akten (wie Anm. 16), S. 345–351.

63 Nachdem das Komitee Ende 1956 Teil der AHA geworden war, gründeten einige seiner Mitglieder 1957 die Conference Group; vgl. Oron J. Hale an Hans Kohn und Walter L. Dorn, 15.11.1957; Memorandum 26.11.1957; Oron J. Hale, »The Conference Group for Central European History: Its Organisation and First Two Years, 1957–1959«, o.D.; alle Dokumente aus den Hale Papers, Box 11.

64 Dagmar Horna PERMAN, Microfilming of German Records in the National Archives, in: American Archivist 22 (1959), S. 433–443; kritisch in Bezug auf die praktische Anwendbarkeit der »Guides« äußert sich Wilhelm ROHR, Mikroverfilmung und Verzeichnung deutscher Akten in Alexandria, USA, in: Der Archivar 19 (1966), S. 251–260.

Mikrofilme als auch die »Guides« konnten von Bibliotheken in aller Welt erworben werden und erlaubten so eine problemlose Multiplizierung der Lokalitäten, an denen Quellenarbeit zur deutschen Geschichte möglich wurde. Indem das Komitee die empirische Basis zur jüngsten deutschen Geschichte derart erweiterte, versetzte es Zeithistoriker in die Lage, der Kritik an ihrer Teildisziplin – die Epoche sei noch nicht geschichtlich geworden, weil verwertbares Aktenmaterial fehle – wirksam entgegenzutreten. William L. Langer brachte die neue Lage auf den Punkt: »The historian could not ordinarily expect to have access to such records in less than fifty or a hundred years, and only the fortunes of war have brought this mine of information to our shores«[65].

Die unerwartete Verfügbarkeit des Materials fiel mit der Qualifizierungsphase einer neuen Generation amerikanischer Deutschlandhistoriker in den 1950er Jahren zusammen. Deren Interesse an der deutschen Geschichte hatte oft biographische Wurzeln, denn etliche von ihnen waren entweder selbst Emigranten oder Kinder von Eltern, die in den 1930er Jahren aus dem nationalsozialistischen Deutschland und Österreich geflohen waren. Viele von ihnen hatten am Krieg teilgenommen und konnten anschließend durch Finanzierung der US-Armee, der sogenannten GI-Bill, studieren[66]. Ihre Bücher zur deutschen Geschichte bedienten die Bedürfnisse eines nicht nur akademischen Lesepublikums, das nach jahrelanger Presseberichterstattung über das nationalsozialistische Deutschland, eigener Kriegserfahrung und einer ersten Welle von Memoirenliteratur auf die Arbeiten der Deutschlandhistoriker gut vorbereitet war. Dieser außergewöhnliche historiographische Moment – die Verfügbarkeit der Quellen, das akademische Talent, damit zu arbeiten, und ein breites Publikumsinteresse – verschafften der Zeitgeschichtsschreibung einen Auftrieb[67], der bis zum heutigen Tag nachwirkt.

[65] William L. Langer, Harvard, an Boyd C. Shafer, AHA, 30.4.1958, Langer Papers, Box 1.

[66] Zu dieser Generation gehören Werner T. Angress, Klaus Epstein, Henry Friedlander, Hans Gatzke, Peter Gay, Raul Hilberg, Georg G. Iggers, George O. Kent, Klemens von Klemperer, Peter Löwenberg, George L. Mosse, Fritz Stern und Gerhard L. Weinberg; vgl. Catherine EPSTEIN, A Past Renewed: A Catalog of German-Speaking Refugee Historians in the United States After 1933, Cambridge und New York 1993, S. 13. Zu Wachstum und Entwicklung des Fachbereichs deutsche Geschichte an amerikanischen Universitäten siehe auch Konrad JARAUSCH, Die Provokation des ›Anderen‹. Amerikanische Perspektiven auf die deutsche Vergangenheitsbewältigung, in: Arnd BAUERKÄMPER, Martin SABROW, Bernd STÖVER (Hg.), Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-deutsche Beziehungen 1945–1990, Bonn 1998, S. 432–446, hier S. 435–437.

[67] Zu den Studien, die (teilweise) auf den beschlagnahmten deutschen Dokumenten im Original oder als Mikrofilm beruhen, gehören Alexander DALLIN, German Rule in Russia 1941–1945: A Study of Occupation Policies, New York 1957; Fritz FISCHER, Germany's Aims in the First World War, New York 1967; Hans GATZKE, Stresemann and the Rearmament of Germany, Baltimore 1954; Harold J. GORDON, The Reichswehr and the German Republic, 1919–1926, Princeton 1957; Raul HILBERG, The Destruction of the Euro-

Die beginnende Präsenz englischsprachiger Historiker bedurfte auf deutscher Seite eines gewissen Lernprozesses. Der Freiburger Historiker Gerhard Ritter zumindest betrachtete es »als recht unerfreulich, daß unsere diplomatischen Akten so hemmungslos aller Welt preisgegeben sind und jedes kleine College in Amerika oder Australien sie ohne weiteres fotokopieren konnte«[68]. Allerdings ging es den Historikern außerhalb der Bundesrepublik nicht primär darum, ein ›Rennen‹ um bestimmte Dokumente zu gewinnen – obwohl es das auch gegeben haben mag. Vielmehr suchten sie nach Kollegen in der Bundesrepublik, die bereit waren, die deutsche Geschichte *in toto* neu zu konzeptionalisieren. Der Nationalismusforscher Hans Kohn drückte es so aus: »A reinterpretation of German history is not a question of new facts or documents but of a new perspective, of a different frame of values«[69].

Zu diesen »values« gehörte beispielsweise die Entkoppelung von Nationalismus und historischer Forschung. Entsprechend war eine Kollision über jene historischen Interpretationen, die im Nationalsozialismus nur – um mit Krausnick zu sprechen – einen »Betriebsunfall« sahen[70], fast schon vorprogrammiert. In der Debatte über Kontinuitäten der deutschen Geschichte und die Wurzeln des Nationalsozialismus bestanden nationalkonservative deutsche Historiker der Frontkämpfergeneration des Ersten Weltkriegs[71] darauf, daß der

pean Jews, Chicago 1961; Paul SEABURY, The Wilhelmstrasse. A Study of German Diplomats under the Nazi Regime, Berkeley 1954; Gerhard L. WEINBERG, Hitlers Zweites Buch. Ein Dokument aus dem Jahr 1928, Stuttgart 1961; Annelise THIMME, Gustav Stresemann. Eine politische Biographie zur Geschichte der Weimarer Republik, Hannover 1957.

68 Gerhard Ritter an Johannes Ullrich, Direktor des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes, 12.4.1962, PA/AA, B 118, Bd. 77. Der Brief steht in Zusammenhang mit Ritters Engagement gegen das Buch von Fritz Fischer, Griff nach der Weltmacht; vgl. das vollständige Zitat und zum Kontext: ECKERT, Kampf um die Akten (wie Anm. 15), S. 464.

69 Hans KOHN, Rethinking Recent German History, in: DERS. (Hg.), German History: Some New German Views, Boston 1954, S. 26. Kohn publizierte in diesem Band Beiträge deutscher Autoren, die er für willens hielt, an einem Neuanfang der deutschen Historiographie mitzuarbeiten. Die Beiträger waren Karl Buchheim, Franz Schnabel, Alfred von Martin, Hans Herzfeld, Ludwig Dehio, Friedrich Meinecke, Johann Albrecht von Rantzau und Ellinor von Puttkamer.

70 Helmut KRAUSNICK, Unser Weg in die Katastrophe von 1945, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 19/1962, S. 229–240, hier S. 229. Dies ist meines Wissens das erste Auftauchen des vielzitierten Begriffes vom »Betriebsunfall«, den Krausnick verwendete, um jene Positionen zu karikieren, die den Nationalsozialismus als eine Art Ausrutscher in der deutschen Geschichte betrachteten.

71 Ich folge dabei der Definition von Ernst SCHULIN, Weltkriegserfahrung und Historikerreaktion, in: Wolfgang KÜTTLER, Jörn RÜSEN und Ernst SCHULIN (Hg.), Geschichtsdiskurs 4. Krisenbewußtsein, Katastrophenerfahrung und Innovation 1880–1945, Frankfurt a.M. 1997, S. 165–188. Die Mitglieder der Frontkämpfergeneration wurden in den 1880er und 1890er Jahren geboren, nahmen am Ersten Weltkrieg teil und wurden von ihren Fronterfahrungen stark geprägt. Siehe auch Christoph CORNELISSEN, Die Frontgeneration deutscher Historiker und der Erste Weltkrieg, in: Jost DÜLFFER, Gerd

Nationalsozialismus eine bedauernswerte Abweichung vom Weg der deutschen Geschichte gewesen sei[72]. So ließ sich verhindern, daß frühere Epochen der Nationalgeschichte, wie die Jahre des Kaiserreichs oder der Erste Weltkrieg, (selbst)kritisch hinterfragt werden mußten. Amerikanische und britische Historiker verwiesen dagegen auf längerfristige Entwicklungen, die das Scheitern der Weimarer Republik und die nationalsozialistische Diktatur ermöglicht hätten. Die konträren Herangehensweisen brachte der amerikanische Historiker Fritz Stern 1964 auf den Punkt: »Gibt es überhaupt so etwas wie eine Folge von Betriebsunfällen, ohne daß man mehr auf den Gedanken kommt, daß in dem Betrieb etwas nicht stimmt?«[73]

Einer revisionistischen deutschen Geschichtsschreibung unter nationalistischen Vorzeichen standen englischsprachige Historiker in jenen Jahren höchst kritisch gegenüber und brachten sich vermehrt in die deutschen Diskussionen ein. Ihre regulierende Rolle kam vor allem während der Fischer-Kontroverse zum Tragen, als Fritz Fischer mit seinen Thesen zu den deutschen Kriegszielen den bisherigen Konsens über die Ursachen des Ersten Weltkriegs aufkündigte[74]. Die Fischer-Kontroverse war sowohl eine Etappe als auch ein Ausdruck der neugewonnen Präsens ausländischer Historiker in der deutschen

KRUMEICH (Hg.), Der verlorene Frieden. Politik und Kriegskultur nach 1918, Essen 2002, S. 311–337.

[72] Diese Debatte ist bereits oft beschrieben worden. Siehe u. a. Wolfgang BENZ, Wissenschaft oder Alibi? Die Etablierung der Zeitgeschichte, in: Walther H. PEHLE (Hg.), Wissenschaft im geteilten Deutschland. Restauration oder Neubeginn nach 1945, Frankfurt a.M. 1992, S. 11–25; Christoph CORNELISSEN, Gerhard Ritter. Geschichtswissenschaft und Politik im 20. Jahrhundert, Düsseldorf 2001, S. 457–470; Theodore S. HAMEROW, Guilt, Redemption, and Writing German History, in: American Historical Review 88 (1983), S. 53–72; Konrad KWIET, Die NS-Zeit in der westdeutschen Forschung 1945–1961, in: Ernst SCHULIN (Hg.), Deutsche Geschichtswissenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg 1945–1965, München 1989, S. 181–198; Jörg SPÄTER, Vansittart. Britische Debatten über Deutsche und Nazis 1902–1945, Göttingen 2003, S. 217–230.

[73] Der Satz stammt aus Sterns Rede auf dem Historikertag in Berlin 1964, auf dem Fritz Fischers Thesen zu den deutschen Kriegszielen im Ersten Weltkrieg diskutiert wurden. Das volle Zitat lautet: »[D]ie Gegenthese [zu Fritz Fischer], die in allen Fehlspekulationen und Entgleisungen deutscher Politik des 20. Jahrhunderts einen Betriebsunfall sieht, ist doch noch viel unbefriedigender. Gibt es überhaupt so etwas wie eine Folge von Betriebsunfällen, ohne daß man mehr auf den Gedanken kommt, daß in dem Betrieb etwas nicht stimmt? Ist die Kontinuität von Absichten und Hoffnungen, von Stil und Zielen, nicht geradezu verblüffend?«; War der Kriegsausbruch nur ein Betriebsunfall? U.S.-Historiker Fritz Stern über die deutsche Geschichtsschreibung zum Ersten Weltkrieg, in: Der Spiegel 43, 21.10.1964, S. 50.

[74] ECKERT, Kampf um die Akten (wie Anm. 15), S. 396–399; Philipp STELZEL, Fritz Fischer and the American Historical Profession: Tracing the Transatlantic Dimension of the Fischer-Kontroverse, in: Storia della Storiografia 44 (2003), S. 67–84; Konrad JARAUSCH, Der nationale Tabubruch. Wissenschaft, Öffentlichkeit und Politik in der Fischer-Kontroverse, in: Martin SABROW u.a. (Hg.), Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Große Kontroversen seit 1945, München 2003, S. 20–40.

Geschichtsschreibung. Mit ihrer Unterstützung für Fischer setzten sich britische und amerikanische Historiker gar nicht mal so sehr für seine konkreten historischen Argumente, als vielmehr für die Existenzberechtigung einer nicht nur abweichenden, sondern auch ›nicht-staatstragenden‹ Geschichtsschreibung ein. Die Kontroverse bildete den vielleicht entscheidenden Einschnitt in der Nachkriegsentwicklung der westdeutschen Geschichtswissenschaft, nach dem es möglich wurde, die Pluralisierung von Interpretationen und die neue Außenperspektive auf deutsche Geschichte nicht als unliebsame Konkurrenz, sondern als Bereicherung wahrzunehmen. Im Rückblick wird deutlich, daß zur Zeit der Fischer-Kontroverse die westdeutsche Zeitgeschichte bereits ein transnationales Unternehmen geworden war.

III. DEUTSCH-FRANZÖSISCHE HISTORIKERBEZIEHUNGEN NACH 1945

PETER SCHÖTTLER

DIE DEUTSCHE GESCHICHTSWISSENSCHAFT UND MARC BLOCH

Die ersten Nachkriegsjahrzehnte

La coopération intellectuelle est à l'ordre du jour;
mais qui donnera aux historiens une âme de coopérateurs?
Marc Bloch, 1929[1]

Anfang der 1950er Jahre veröffentlichte der Bonner Romanist Ernst Robert Curtius in einer Schweizer Wochenzeitung in loser Folge ein sogenanntes »Büchertagebuch«. In einem dieser Artikel stellte er zwei Neuerscheinungen zur französischen und europäischen Geschichte vor, ein Buch von Pierre Gaxotte und eines von Ludwig Dehio, zwei damals bekannten Historikern. Um jedoch die historiographische Szenerie, in der er diese Werke plazieren wollte, näher zu beschreiben, begann Curtius seine Besprechung mit der Feststellung, Frankreich habe leider »weder einen Ranke noch einen Burckhardt, weder einen Spengler noch einen Toynbee hervorgebracht«; nie habe es dort einen »einzelnen genialen Historiker« gegeben, sondern allenfalls »Spezialisten«[2]. Eine erstaunliche These, die aber viel über die damaligen Maßstäbe verrät und ihren Autor – zumindest aus heutiger Sicht – unweigerlich desavouiert: Denn immerhin hatte seit den 1920er Jahren in der französischen Geschichtsschreibung, also vor Curtius' Augen, eine spektakuläre Erneuerung, ja eine kleine wissenschaftliche Revolution stattgefunden, deren Erschütterungen von vielen Fachgenossen (westlichen Fachgenossen allerdings) sehr schnell wahrgenommen wurden[3]. Nur der große deutsche Romanist hatte offenbar nichts gemerkt.

[1] Marc BLOCH, L'histoire locale en Allemagne, in: Annales d'histoire économique et sociale 1 (1929), S. 306; dt. Übers. in: Peter SCHÖTTLER (Hg.), Marc Bloch – Historiker und Widerstandskämpfer, Frankfurt a.M. 1999, S. 244.

[2] Ernst Robert CURTIUS, Büchertagebuch, Bern 1960, S. 31.

[3] Das belegt die frühe englische Rezeption der »Annales«, von der z.B. Eric Hobsbawm berichtet (Interesting Times. A Twentieth-Century Life, London 2002, S. 283). Als sich Bloch im Herbst 1929 an John Maynard Keynes wandte, um ihn als Autor für die Zeitschrift zu gewinnen, antwortete dieser, daß er im Augenblick leider keine Zeit finde, die Zeitschrift aber bereits regelmäßig lese: »I have been a subscriber to the ›Annales‹ from the commencement, and always enjoy reading it« (J.M. Keynes an M. Bloch, 22.10.1929;

Was Curtius entgangen war, entging den Nichtromanisten und den meisten Historikern in Deutschland allemal. Mit Ausnahme zweier Forschungsberichte von Karl Ferdinand Werner in »Die Welt als Geschichte« und in der Historischen Zeitschrift (HZ)[4] sowie einzelner, besonders nachdrücklicher Rezensionen wie der von Werner Conze über Braudels Mittelmeerbuch[5] oder die Festschrift für Febvre[6], später auch einiger Aufsätze in eher marginalen Zeitschriften wie »Saeculum«[7] hat sich die deutsche ›Zunft‹ in den beiden langen Nachkriegsjahrzehnten so gut wie kaum mit den Werken von Marc Bloch, Lucien Febvre oder Fernand Braudel – also der sogenannten »Annales-Schule« – beschäftigt. Und übersetzt wurde schon gar nichts (siehe Tab. 1).

Nachlaß Paul Leuilliot, Stadtbibliothek Colmar). Mit Recht hat François-Olivier Touati Blochs enge Beziehung zu England und zur englischen Geschichte hervorgehoben: DERS., Marc Bloch et l'Angleterre, Paris 2007.

4 Karl Ferdinand WERNER, Hauptströmungen der neueren französischen Mittelalterforschung, in: Die Welt als Geschichte 13 (1953), S. 187–197; DERS., Literaturbericht über französische Geschichte des Mittelalters. Veröffentlichungen 1952/54 bis 1960, in: Historische Zeitschrift [HZ], Sonderheft 1 (1962), S. 467–612. Werners erstem Bericht war die Übersetzung eines Beitrags von Paul Leuilliot (Sekretär der »Annales«) vorausgegangen: Moderne Richtungen in der Behandlung der neueren Geschichte in Frankreich. Mit einem bibliographischen Anhang, in: Die Welt als Geschichte 12 (1952), S. 122–131. Werner besorgte außerdem die Übersetzung eines Literaturberichts aus der Feder von Georges DUBY, Die agrargeschichtliche Forschung in Frankreich seit 1940, in: Zeitschrift für Agrargeschichte 2 (1954), S. 166–173, der mit den Worten beginnt: »Alle agrargeschichtlichen Arbeiten der letzten 15 Jahre in Frankreich sind beherrscht vom Einfluß Marc Blochs«. Duby wiederum revanchierte sich mit einem Bericht über diese neue deutsche agrargeschichtliche Zeitschrift: DERS., Une nouvelle revue d'histoire rurale, in: Annales. Économies. Sociétés. Civilisations [AESC] 9 (1954), S. 542–543.

5 HZ 172 (1951), S. 358–362. Vgl. auch DERS., Die Stellung der Sozialgeschichte in Forschung und Unterricht, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 3 (1952), S. 655, wo das Mittelmeer-Buch als »schönstes Beispiel« für einen »Gipfel historischer Darstellungskunst« bezeichnet wird. Beide Beiträge von Conze wurden in den »Annales« ausdrücklich begrüßt; vgl. Jean SIGMANN, En lisant l'»Historische Zeitschrift«, in: AESC 8 (1953), S. 551; Robert MANDROU, Recherche et histoire sociale, in: AESC 10 (1955), S. 155–156. Braudel nahm 1953 sogar persönlich Kontakt zu Conze auf. In seiner ersten Antwort präsentierte sich dieser als »Schüler von Hans Rothfels«, bei dem er noch »als Letzter« promoviert habe, sowie als vertriebener Königsberger. Seine spätere Professur an der »Reichsuniversität Posen« und seine enge Zusammenarbeit mit dem NS-Soziologen Gunther Ipsen erwähnte er dagegen nicht (W. Conze an F. Braudel, 4.5.1953; Institut de France, Paris, Nachlaß F. Braudel).

6 HZ 181 (1956), S. 593–596.

7 Karl Erich BORN, Neue Wege der Wirtschafts- und Sozialgeschichte in Frankreich: Die Historikergruppe der »Annales«, in: Saeculum 15 (1964), S. 298–309.

Tab. 1: Die ersten deutschen Buch-Übersetzungen aus dem Umkreis der »Annales«

1952	Georges Friedmann	Der Mensch in der mechanisierten Produktion (frz. 1946)
1955	Georges Lefebvre	Napoleon (frz. 1939; rev. Übers. 1989)
1959	Charles Morazé	Das Gesicht des 19. Jahrhunderts (frz. 1957)
1960	André Varagnac	Der Mensch der Urzeit (frz. 1959)
1965	Jacques Le Goff	Das Hochmittelalter (Originalausg.)
1966	Georges Duby	Das Europa der Kathedralen (frz. 1966; rev. Übers. 1985)
1967	Romano/Tenenti	Die Grundlegung der modernen Welt (Originalausg.)
1968	Pierre Chaunu	Europäische Kultur im Zeitalter des Barock (frz. 1966)
1969	François Furet u.a.	Das Zeitalter der europäischen Revolutionen (Originalausg.)
1971	Fernand Braudel	Die Geschichte der Zivilisation (frz. 1967; rev. Übers. 1985)
1973	Pierre Goubert	Ludwig XIV. und 20 Millionen Franzosen (frz. 1965)
1974	*Marc Bloch*	*Apologie der Geschichte* (frz. 1949; rev. Übers. 2002)
1976	Lucien Febvre	Martin Luther (frz. 1928; rev. Übers. 1996)
1976	Robert Mandrou	Staatsräson und Vernunft (Originalausg.)
1976	Philippe Ariès	Die Geschichte der Kindheit (frz. 1960)
1977	Georges Duby	Krieger und Bauern (frz. 1973)
1980	E. Le Roy Ladurie	Montaillou (frz. 1975)
1981	Georges Duby	Europa im Mittelalter (frz. 1979)
1982	*Marc Bloch*	*Die Feudalgesellschaft* (frz. 1939/40; rev. Übers. 1999)
....	....	....
1990	Fernand Braudel	Das Mittelmeer und die mediterrane Welt in der Epoche Philipps II. (frz. 1949, rev. 1966)

Dieser auffällige Rückstand ist bereits häufig bedauert und auch mehrfach beschrieben und analysiert worden[8]. Die Gründe sind vielfältig: die nationale

[8] Vgl. u.a. Michael ERBE, Zur neueren französischen Sozialgeschichtsforschung. Die Gruppe um die »Annales«, Darmstadt 1979, S. 1–25; DERS., Zur Rezeption der »Annales«-Historie in der Bundesrepublik, in: Lendemains 24 (1981), S. 68–76; Ernst HINRICHS, Läßt sich die Geschichte mit Brettern vernageln? Bemerkungen zu deutsch-französischen Annäherungen in der Geschichtsforschung, in: Frankreich und Deutschland. Zur Geschichte einer produktiven Nachbarschaft, Hannover 1986, S. 129–143; Hartmut KAELBLE, Sozialgeschichte in Frankreich und der Bundesrepublik: »Annales« gegen historische Sozialwissenschaften?, in: Geschichte und Gesellschaft 13 (1987), S. 77–93; Peter SCHÖTTLER, Zur Geschichte der »Annales«-Rezeption in Deutschland (West), in: Matthias MIDDELL, Steffen SAMMLER (Hg.), »Alles Gewordene hat Geschichte«. Die Annales-Schule in ihren Texten 1929–1992, Leipzig 1994, S. 40–60; Lutz RAPHAEL, Die Erben von Bloch und Febvre. »Annales«-Geschichtsschreibung und »nouvelle histoire« in Frankreich 1945–1980, Stuttgart 1994, S. 485–502; DERS., Trotzige Ablehnung, produktive Mißverständnisse und verborgene Affinitäten. Westdeutsche Antworten auf die Herausforderungen der »Annales«-Historiographie (1945–1960), in: Heinz DUCHHARDT, Gerhard MAY (Hg.), Geschichtswissenschaft um 1950, Mainz 2002, S. 66–80; Steffen KAUDELKA, Rezeption im Zeitalter der Konfrontation. Französische Geschichtswissenschaft und Geschichte in Deutschland 1920–1940, Göttingen 2003, S. 129–240; Werner PARAVICINI, Zwischen Bewunderung und Verachtung. Französische und deutsche Mediävistik seit dem letzten Kriege, in: Peter

bzw. regionale Selbstbezogenheit der deutschen bzw. deutschsprachigen Historikerzunft, ihre Fixierung auf Politikgeschichte und ihre diffusen, aber tief sitzenden Ängste vor Materialismus, Positivismus oder auch nur Soziologie[9]. Allerdings war damit keine völlige Ignoranz, keine totale Ausblendung der »Annales« verbunden, im Gegenteil: Frankreichs Historiker wurden stets besonders mißtrauisch beäugt. Deshalb wurden auch die Veröffentlichungen von Bloch, Febvre und den frühen »Annales« in deutschen Fachzeitschriften mehrfach erwähnt und manchmal sogar ausführlich kommentiert[10]. Man darf aber nicht vergessen, daß diese Art von Internationalität, die hegemoniales Denken nicht aus-, sondern einschloß, schon im Kaiserreich zum Selbstverständnis ›deutscher Wissenschaft‹ gehört hatte, und daß sie während des »Dritten Reiches« – wenngleich mit noch mehr Arroganz – weiter praktiziert wurde. Deshalb sagt der bloße Nachweis von Rezensionen oder Erwähnungen von »Annales«-Autoren noch kaum etwas über die Qualität der Rezeption aus. Statt dessen wäre jeweils zu fragen, ob die betreffenden Historiker die Schriften ihrer französischen Kollegen ›ernstgenommen‹, d.h. ernst genug genommen haben, um daraus inhaltlich und methodisch etwas zu ›übernehmen‹ – so wie es ja umkehrt auf französischer Seite der Fall war: Denken wir nur an Febvres »Luther« oder Blochs »Société féodale« oder Braudels »Méditerranée«, die sich jeweils explizit und positiv auf deutsche Fachliteratur stützen[11]. Eine kritische Rezeptionsgeschichte darf sich deshalb nicht damit zufriedengeben, gleichsam naiv zu konstatieren, was es in Deutschland alles ›gegeben‹ hat, um anschließend jede bibliographische Meldung emphatisch aufzuwerten, sondern muß möglichst vergleichend vorgehen und sich ihre Kriterien durch die Betrachtung französischer, deutscher und englischer Historiographie zeit- und kontextbezogen erarbeiten[12]. Auch sollte sie sich darüber hinaus wohl eingestehen, daß eine »internationale Zirkulation von Ideen«, worauf vor einigen

MORAW, Rudolf SCHIEFFER (Hg.), Die deutschsprachige Mediävistik im 20. Jahrhundert, Ostfildern 2005, S. 175–230.

9 Als Inkarnation dieser Ängste vgl. den Mitbegründer der Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte [VSWG], Georg von Below. Dazu: Hans CYMOREK, Georg von Below und die deutsche Geschichtswissenschaft um 1900, Stuttgart 1998.

10 Dies gilt bes. für die HZ, die VSWG und die Jahresberichte für deutsche Geschichte.

11 Vgl. Lucien FEBVRE, Martin Luther, hg. von Peter SCHÖTTLER, Frankfurt a.M. 1996 (frz. 1928); Marc BLOCH, Die Feudalgesellschaft, Stuttgart 1999 (franz. 1939/40); Fernand BRAUDEL, Das Mittelmeer und die mediterrane Welt in der Epoche Philipps II., Frankfurt a.M. 1990 (frz. 1949; rev. 1966).

12 Dies ist mein Haupteinwand gegenüber der ansonsten verdienstvollen Arbeit von Steffen KAUDELKA, Rezeption (wie Anm. 8), die in ihrem Bloch-Kapitel (S. 129–240) zu einer völlig irreführenden Gewichtung gelangt. Dort kommen nämlich Blochs wichtigste ›Diskussionspartner‹ im deutschsprachigen Raum, mit denen er sogar persönlich zusammentraf (Alphons Dopsch und Richard Koebner, dann Fritz Rörig und Walther Vogel, schließlich auch Ernst Kantorowicz) nur ganz beiläufig vor, weil sie (mit Ausnahme von Dopsch) die Schriften ihres französischen Kollegen nie rezensiert haben.

Jahren Pierre Bourdieu mit Nachdruck hingewiesen hat[13], nie selbstverständlich war und ist, sondern allenfalls Desiderat. Der wissenschaftliche Alltag dagegen sah und sieht – mit mancherlei Unterschieden und Verschiebungen im Laufe des 20. Jahrhunderts – stets anders aus:

La vie intellectuelle est le lieu, comme tous les autres espaces sociaux, de nationalismes et d'impérialismes et les intellectuels véhiculent, presque autant que les autres, des préjugés, des stéréotypes, des idées reçues, des représentations très sommaires, très élémentaires, qui se nourrissent des accidents de la vie quotidienne, des incompréhensions, des blessures (celles par exemples que peut infliger au narcissisme le fait d'être inconnu dans un pays étranger)[14].

Aus dieser Desillusionierung folgt aber, daß eine kritische Rezeptionsanalyse insbesondere nach Widerständen und Rezeptionsbarrieren fragen muß. Oder wie Bourdieu einmal im Zusammenhang mit der Foucault-Rezeption formulierte: »Pour comprendre la réception, il faut comprendre les forces de la non-réception, le refus de savoir, la ›haine de la vérité‹ dont Pascal parle quelque part«[15]. Rezeption und Nichtrezeption haben also auch etwas mit Rezipieren-Wollen und Rezipieren-Können zu tun.

In diesem Sinne will ich versuchen, in meinem Beitrag die Rezeption der Schriften und der ›Persona‹ Marc Blochs in der frühen Bundesrepublik etwas genauer zu betrachten[16]. Denn auch wenn Bloch als einer der Gründer der »Annales« von den allgemeinen Bedingungen ihrer deutschen Wahrnehmung oder Nichtwahrnehmung kaum zu trennen ist, stellt sich das Problem seiner Rezeption noch einmal anders. Pointiert formuliert, könnte man sagen: Ebenso wie Febvre oder Braudel – oder vor ihnen schon Henri Pirenne – war Bloch einer der großen Historiker des 20. Jahrhunderts; was ihn aber aus diesem Kreis heraushebt und eine besondere Aura verleiht, ist sein Tod. Im allgemeinen pflegen Historiker in ihrem Bett zu sterben, und das gilt sogar noch für jene, die sich einst vollmundig zum »Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften« meldeten. Bloch dagegen, der wenig Worte machte, hat als 57jähriger Gelehrter sein Leben aufs Spiel gesetzt, weil er die Barbarei des

[13] Pierre BOURDIEU, Les conditions sociales de la circulation internationale des idées, in: Romanistische Zeitschrift für Literaturgeschichte 14 (1990), S. 1–10.

[14] Ibid., S. 2.

[15] Pierre BOURDIEU, Qu'est-ce que faire parler un auteur? A propos de Michel Foucault, in: Sociétés & Représentations 3 (1996), S. 18.

[16] Ausgeklammert bleibt also die Rezeption Blochs und der »Annales« in der SBZ und DDR, die einer gesonderten Analyse bedarf. Für erste Hinweise vgl. Jan PETERS, Das Angebot der »Annales« und das Beispiel Le Roy Laurie. Nachdenkenswertes über französische Geschichtsforschung, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1 (1989), S. 139–159; Matthias MIDDELL, Die unendliche Geschichte, in: DERS., SAMMLER, Alles Gewordene (wie Anm. 8), S. 7–39, hier S. 21f.; Michael BORGOLTE, Sozialgeschichte des Mittelalters. Eine Forschungsbilanz nach der deutschen Einheit, München 1996; Sabine TANZ, Su alconi aspetti delle »Annales«: la loro ricezione atrtraverso la medievistica della Republica democratica tedesca, in: Dimensioni e problemi della ricerca storica 1 (1998), S. 65–85.

Nationalsozialismus intellektuell – also auch als Historiker – nicht ertrug. Das kann niemand vergessen. Wohl deshalb ist Bloch heute weltweit der am häufigsten zitierte Historiker, wenn man der Suchmaschine Google glauben darf: 715 000 Einträge für Bloch gegenüber 456 000 für Braudel oder 293 000 für Edward P. Thompson. Der bei weitem am häufigsten erwähnte deutsche Historiker ist dagegen nach wie vor Oswald Spengler mit 233 000 Einträgen[17].

Marc Bloch ist also zu einer Ikone geworden, und ein französischer Komparatist, Marcel Detienne, hat daher schon vor einigen Jahren spöttisch erklärt, daß in fast allen Humanwissenschaften – und jenseits aller politischen Lager – zum »Heiligen Marc Bloch« gebetet werde[18]. Olivier Dumoulin sprach in medizinischen Metaphern von einem »Blochschen Fieber« oder einer »Blochmanie«[19]. In Deutschland nimmt diese Verehrung noch einmal besondere Formen an, die Claudia Märtl zu der ironischen Bemerkung veranlaßte, Marc Bloch sei heute eine Art »Schutzpatron der deutsch-französischen Historikergemeinde«, an den man sich nur zu wenden brauche, um »die gemeinsame Basis und die gegenseitigen Beziehungen zu bekräftigen«[20].

In der Tat gab und gibt es eine Besonderheit, so als ob Marc Bloch und die deutsche Geschichtswissenschaft in einer Spiegelrelation verbunden seien. Bloch selbst hatte ein besonderes Verhältnis zu Deutschland und zur deutschen Geschichtswissenschaft[21], während die deutschen Historiker ein besonderes Verhältnis zu Frankreich, zu den französischen Kollegen und eben zu Bloch haben. Wie aber hat es sich entwickelt? Nehmen wir Bourdieus Hinweise ernst und fragen wir zunächst: Was könnte die deutschen Historiker an Marc Bloch gestört haben? Worin bestanden die Barrieren, die einer Rezeption seiner Schriften entgegenstanden, die also erst überwunden und abgebaut werden mußten?

Auf Stichworte reduziert, lassen sie sich relativ leicht benennen, bedürfen dann allerdings der Erläuterung. Erstens: Marc Bloch war Franzose, zweitens: Er war Sozialhistoriker, drittens: Er war Demokrat, ja stand sogar in dem Verdacht, ›Sozialist‹ oder ›Marxist‹ zu sein, viertens: Er war, schon am Namen erkennbar, Jude, und fünftens: Er war ein Opfer der deutschen Besatzungsherrschaft in Frankreich. Alle diese Faktoren haben einzeln oder gruppiert dazu beitragen, daß man Blochs wissenschaftliche Beiträge nicht wie die eines gewöhnlichen Kollegen wahrnahm, sondern entweder mit Schweigen überging oder geradezu gönnerhaft lobte. Mal wurde ihr Autor von oben herab belehrt,

[17] Alle anderen denkbaren Namen folgen weit abgeschlagen. Eigene Internet-Recherche am 22.4.2007.

[18] Marcel DETIENNE, Comparer l'incomparable, Paris 2000, S. 29.

[19] Olivier DUMOULIN, Marc Bloch, Paris 2000, S. 21ff.

[20] Claudia MÄRTL, Nachwort, in: Marc BLOCH, Die wundertätigen Könige, München 1998, S. 541.

[21] Vgl. Peter SCHÖTTLER, Marc Bloch und Deutschland, in: DERS., Marc Bloch (wie Anm. 1), S. 33–71.

mal dagegen euphorisch umarmt und gleichsam honoris causa in die deutsche Historikerzunft integriert. Als ob Bloch im Grunde seines Herzens germanophil gewesen wäre und sich eine solche ›Heimholung‹ gewünscht hätte.

Auf die deutschen Vorbehalte gegenüber westlicher und zumal französischer Geschichtsschreibung ist schon häufig hingewiesen worden[22]. Da sich die Geschichtsprofessoren in Deutschland fast ausschließlich aus konservativ-nationalistischen Kreisen rekrutierten, war an Offenheit oder gar Sympathie gegenüber den parlamentarisch-demokratischen und liberal-humanistischen Werten, wie sie in der französischen Historikerschaft dominierten, nicht zu denken. So sprach z.B. Franz Schnabel noch 1929 in bezug auf Charles Seignobos von einem »demokratischen Dogmatismus«, der genauso mißverständlich sei wie der »militärische« Dogmatismus auf deutscher Seite[23]. Die wenigen Verbindungen oder gar Freundschaften, die es einmal gab – denken wir nur an Pirenne und seine zahlreichen deutschen Korrespondenten sowie an seine enge Freundschaft mit Lamprecht[24] –, wurden im Ersten Weltkrieg zerstört. Was in den Weimarer Jahren neu entstand, auch im Umkreis der »Annales« – erwähnt seien die vorsichtigen Kontakte Blochs zu Hanseforschern wie Fritz Rörig oder Walther Vogel oder auch zu dem Heidelberger Staatswissenschaftler Carl Brinkmann[25] –, brach nach 1933 und dem Bekenntnis der meisten Gelehrten zur braunen Diktatur wieder ab. Dabei waren Rörig, Vogel und Brinkmann sogar noch Ausnahmen gewesen (oder in Österreich: Alphons Dopsch[26]). Denn die breite Mehrheit der Historiker hatte noch nicht einmal diesen minimalen Bedarf an internationalen Kontakten und gefiel sich, zumal nach Versailles und den Boykott-Beschlüssen der Union académique inter-

[22] Vgl. zuletzt Peter SCHÖTTLER, Deutsche Historiker auf vermintem Terrain, in: Ulrich PFEIL (Hg.), Das Deutsche Historische Institut Paris und seine Gründungsväter. Ein personengeschichtlicher Ansatz, München 2007, S. 15–31, hier S. 16–18. Stellvertretend für die deutschen Historiker der Nachkriegszeit und ihr schwieriges Verhältnis zu Frankreich kann Gerhard Ritter stehen; vgl. Christoph CORNELISSEN, Gerhard Ritter. Geschichtswissenschaft und Politik im 20. Jahrhundert, Düsseldorf 2001.

[23] Franz SCHNABEL, Rezension von: Charles SEIGNOBOS, Histoire politique de l'Europe contemporaine 1814–1914, 2 Bde., 1924/26, in: Historische Vierteljahrschrift 24 (1929), S. 102f.

[24] Vgl. Bryce LYON, Henri Pirenne. A Biographical and Intellectual Study, Gent 1974. Leider ist die seit langem angekündigte Edition des Briefwechsels zwischen Lamprecht und Pirenne bislang nicht erschienen.

[25] Vgl. Peter SCHÖTTLER, »Désapprendre de l'Allemagne«. Les »Annales« et l'histoire allemande, in: Hans Manfred BOCK, Reinhart MEYER-KALKUS, Michel TREBITSCH (Hg.), Entre Locarno et Vichy. Les relations culturelles franco-allemandes dans les années trente, Paris 1993, S. 439–461; Marc Bloch–Fritz Rörig, correspondance (1928–1932), hg. von Peter SCHÖTTLER, in: Cahiers Marc Bloch, H. 1, 1994, S. 17–52.

[26] Vgl. Peter SCHÖTTLER, Die »Annales« in ihren Beziehungen zu Österreich in den 20er und 30er Jahren, in: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften 3 (1993) 1, S. 74–99, hier S. 75-81.

nationale, in der Opferrolle[27]. Was jedoch die Einschätzung der deutsch-französischen Geschichte anging, waren die Bücher von Johannes Haller oder zuvor von Fritz Kern und Aloys Schulte über die tausendjährige Expansionspolitik des westlichen Nachbarn repräsentativ[28]. Auch Walther Vogel, der 1929 in den »Annales« publizierte, hatte ein Europa-Buch mit antifranzösischer Spitze geschrieben[29]. Leider hat sich sogar der Ausnahmehistoriker Hermann Heimpel, der gelegentlich neue intellektuelle Akzente zu setzen vermochte (oder sollte man heute besser sagen: hätte setzen können?), immer wieder – vor dem Krieg, im Krieg und nach dem Krieg – antifranzösisch geäußert, als ob eine tiefsitzende, existentielle Feindschaft jede Annäherung blockiert hätte[30].

Nur ganz selten konnten französische Publikationen durch diesen Abwehrriegel hindurchschlüpfen. Damit meine ich nicht Rezensionen – die waren, wie gesagt, üblich, gehörten zur internationalen Selbstdarstellung deutscher Wissenschaft; das eigentliche Kriterium für eine gewisse Aufnahmebereitschaft sind Übersetzungen: von Büchern oder auch nur von Aufsätzen. Von Einladungen zu Vorträgen oder Tagungen wagt man im nachhinein gar nicht zu träumen, obwohl es so etwas in kleinem Maßstab durchaus gab. Allerdings nicht für Franzosen, sondern nur für sogenannte ›deutschfreundliche‹ Historiker, etwa aus dem Benelux-Raum. Es gab sogar Übersetzungen. Johan Huizinga etwa wurde häufig übersetzt, wobei sein Schweizer Freund Werner

[27] Vgl. Brigitte SCHROEDER-GUDEHUS, Les scientifiques et la paix. La communauté scientifique internationale au cours des années 20, Montreal 1978; Karl Dietrich ERDMANN, Die Ökumene der Historiker. Geschichte der internationalen Historikerkongresse und des Comité international des sciences historiques, Göttingen 1987, S. 97–162. Zu den Historikern zuletzt: Christoph CORNELISSEN, »Schuld am Weltfrieden«: Politische Kommentare und Deutungsversuche deutscher Historiker zum Versailler Vertrag 1919–1933, in: Gerd KRUMEICH (Hg.), Versailles 1919. Ziele – Wirkung – Wahrnehmung, Essen 2001, S. 237–258.

[28] Fritz KERN, Die Anfänge der französischen Ausdehnungspolitik bis zum Jahr 1308, Tübingen 1910; Aloys SCHULTE, Frankreich und das linke Rheinufer, Stuttgart 1918; Johannes HALLER, Tausend Jahre deutsch-französische Beziehungen, Stuttgart 1930.

[29] Walther VOGEL, Das neue Europa und seine historisch-geographischen Grundlagen, Bonn 1923; vgl. auch DERS., Frankreich als Großmacht, Stuttgart 1930. Vogel hielt mehrfach große Vorlesungen über dieses Thema (Geheimes Staatsarchiv Berlin-Dahlem, Nachlaß Vogel, Nr. 12 u. 13).

[30] Vgl. Hermann HEIMPEL, Deutsches Mittelalter, Leipzig 1941; DERS., Aspekte. Alte und neue Texte, hg. von Sabine Krüger, Göttingen 1995, S. 272–279. Eine umfassende Studie über Heimpel ist bis heute ein Desiderat, dessen Einlösung wegen der Blockadehaltung der Erben aber wohl noch eine Generation dauern wird. Für Hinweise zu Heimpels anti-›welschen‹ Ressentiments vgl. Werner PARAVICINI, Hagenbachs Hochzeit. Ritterlich-höfische Kultur zwischen Burgund und dem Reich im 15. Jahrhundert, in: Konrad KRIMM, Rainer BRÜNING (Hg.), Zwischen Habsburg und Burgund. Der Oberrhein als europäische Landschaft im 15. Jahrhundert, Ostfildern 2003, S. 13–60.

Kaegi eine wichtige Rolle spielte[31]. Auch Pirenne besaß in Deutschland einen großen Namen: Seine »Geschichte Belgiens« erschien bekanntlich zuerst auf Deutsch, und bis zum Ersten Weltkrieg war er einer der Herausgeber der »Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte« (VSWG)[32]. Doch die Internationalität dieser Zeitschrift wurde später nie wiederhergestellt[33]. Was die »Annales« angeht, pflegte Hermann Aubin immerhin diplomatische Kontakte. »J'ai eu une entrevue courtoise avec le Herr Kollegue [sic!] Aubin«, berichtete Bloch vom internationalen Historikerkongreß in Oslo, wo er 1928 nicht nur seinen – später berühmten – Vortrag zur »vergleichenden europäischen Gesellschaftsgeschichte«[34] hielt, sondern auch das neue Zeitschriftenprojekt vorstellte. Aubin habe sogar ausdrücklich seiner Formulierung »une revue nationale d'esprit international« zugestimmt[35]. Tatsächlich berichtete die VSWG gleich zweimal über die Gründung der »Annales«, und zwischen beiden Zeitschriften wurden Freiabonnements ausgetauscht[36]. Auf diese Weise kam es zu zahlreichen wechselseitigen Rezensionen. Aber es gab nie das Angebot, Manuskripte von Bloch oder anderen »Annales«-Autoren in der VSWG zu übersetzen. Ob dies umgekehrt der Fall war, läßt sich beim gegenwärtigen Quellenstand nicht beurteilen, doch frappiert die Tatsache, daß die »Annales« eine Reihe von Historikern publizierten, die auch zum Autorenkreis der VSWG gehörten[37]. Andere deutsche Fachzeitschriften, wie die HZ oder die

[31] Vgl. Werner KAEGI, Historische Meditationen, [Bd. II], Zürich 1946, S. 7–42 u. 243–286. Allerdings wurden auch Huizingas Bücher 1936 auf die Liste des »schädlichen und unerwünschten Schrifttums« gesetzt und im Krieg ganz verboten. Huizinga selbst wurde 1942 als Geisel verhaftet. Vgl. Christoph STRUPP, Johan Huizinga. Geschichtswissenschaft als Kulturgeschichte, Göttingen 2000, S. 40f.

[32] Vgl. LYON, Henri Pirenne, S. 132–136 (wie Anm. 24); Heinrich SPROEMBERG, Henri Pirenne und die deutsche Geschichtswissenschaft, in: DERS., Mittelalter und demokratische Geschichtsschreibung. Ausgewählte Abhandlungen, hg. von Manfred UNGER, Berlin 1971, S. 377–446; Peter SCHÖTTLER, Henri Pirenne, historien européen, entre la France et l'Allemagne, in: Revue Belge de Philologie et d'Histoire 76 (1998), S. 875–883.

[33] Vgl. Henning TRÜPER, Die ›Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte‹ und ihr Herausgeber Hermann Aubin im Nationalsozialismus, Stuttgart 2005, S. 99–117.

[34] Marc BLOCH, Für eine vergleichende Geschichte der europäischen Gesellschaften, in: DERS., Aus der Werkstatt des Historikers, hg. von Peter SCHÖTTLER, Frankfurt a.M. 2000, S. 122–159.

[35] Marc Bloch an Lucien Febvre, 22.8.1928, in: Marc BLOCH, Lucien Febvre et les Annales d'histoire économique et sociale. Correspondance, hg. von Bertrand MÜLLER, Bd. 1, Paris 1994, S. 50.

[36] Vgl. H[ermann] A[UBIN], Neue Zeitschriften, in: VSWG 22 (1929), S. 116; VSWG 23 (1930), S. 515–516. Zu Aubin jetzt: Eduard MÜHLE, Für Volk und deutschen Osten. Der Historiker Hermann Aubin und die deutsche Ostforschung, Düsseldorf 2005.

[37] So etwa Fritz Rörig, Carl Brinkmann, Josef Kulischer oder Bedrich Mendl. Aus dem Briefwechsel zwischen Bloch und Febvre geht hervor, daß sie bei Manuskriptentscheidungen die Konkurrenz zur VSWG mit bedachten: »Ne créons pas un incident diplomatique [...] en rejetant un Tchèque dans les bras de Herr Kollege Aubin!«, schreibt

Hansischen Geschichtsblätter, haben meines Wissens ebenfalls nie versucht, Bloch oder Febvre für eine Mitarbeit zu gewinnen. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg gab es solche Bemühungen, wie ein Brief von Ritter an Dehio belegt, wonach er Febvre 1952 in den Herausgeberkreis des »Archivs für Reformationsgeschichte« aufnehmen wollte, was dieser aber ablehnte[38]. Daher erfolgte die erste und zunächst einzige Übersetzung eines Febvre-Textes 1953 in einer vergleichsweise marginalen, aber weltoffenen Zeitschrift, dem Internationalen Jahrbuch für Geschichtsunterricht[39]. Die erste Bloch-Übersetzung fand dagegen erst 1974, rund 20 Jahre später statt (Tab. 1).

Zu dieser allgemeinen Distanz, diesem Mißtrauen gegenüber französischer Geschichtsschreibung kam bei Bloch hinzu, daß er als Sozial- und Wirtschaftshistoriker auftrat. Sowohl seine Publikationen als auch die von ihm mitbegründete Zeitschrift repräsentierten einen Stil, einen Typus von Geschichtswissenschaft, der deutschen Historikern – und nicht bloß den traditionellen Politik- und Ereignishistorikern – weitgehend fremd war. Außerdem berief sich Bloch auf das Vorbild von Pirenne, der als Pate des »Annales«-Projekts fungierte, wodurch die deutschen Vorbehalte gegenüber dem ›Franzosen‹ eher verstärkt denn gemildert wurden. Denn trotz seiner großen Reputation galt Pirenne in Deutschland jetzt als feindlicher Gelehrter[40]. Seine »Geschichte Belgiens« und auch seine Darstellung des Weltkriegs in Belgien wurden vielfach und heftig kritisiert – etwa von Franz Petri in den Rheinischen Vierteljahrsblättern[41]. Auch seine posthum publizierte »Geschichte Eu-

Bloch z.B. am 22.9.1928 an Febvre; BLOCH, FEBVRE, Correspondance (wie Anm. 35), S. 74; vgl. auch S. 71.

38 Ritter an Dehio, 11.1.1952; zit. in KAUDELKA, Rezeption (wie Anm. 8), S. 137. Vgl. zu Ritters Verhältnis zu Febvre CORNELISSEN, Gerhard Ritter (wie Anm. 22), S. 196–209 u. 476–483, sowie mein Nachwort in: FEBVRE, Martin Luther (wie Anm. 11), S. 305–308.

39 Lucien FEBVRE, François CROUZET, Der internationale Ursprung einer Kultur. Grundgedanken zu einer Geschichte Frankreichs, in: Internationales Jahrbuch für Geschichtsunterricht 11 (1953), S. 5–31. Dieser Text, der Entwurf zu einem geplanten Schulbuch, wurde m. W. bis heute nicht auf Französisch veröffentlicht. Das erste Febvre-Buch auf Deutsch erschien 1976. Mittlerweile (2007) liegen sechs weitere Bücher vor.

40 Vgl. SCHÖTTLER, Henri Pirenne (wie Anm. 32); DERS., Henri Pirennes Kritik an der deutschen Geschichtswissenschaft und seine Neubegründung des Komparatismus im Ersten Weltkrieg, Sozial.Geschichte. Zeitschrift für historische Analyse des 20. und 21. Jahrhunderts 19 (2004) 2, S. 53–81.

41 Franz PETRI, Staat und Nation in Belgien. Eine grundsätzliche Kritik des Schlußbandes von H. Pirennes »Histoire de Belgique« und der pirenneschen Auffassung der belgisch-niederländischen Geschichte, in: Rheinische Vierteljahrsblätter 3 (1933), S. 91–123 und 205–272. Eine sympathisierende Pirenne-Rezeption findet sich nur bei Heinrich Sproemberg. Vgl. Veit DIDCZUNEIT, Manfred UNGER, Matthias MIDDELL, Geschichtswissenschaft in Leipzig: Heinrich Sproemberg, Leipzig 1994, S. 30-39. Dagegen ist die gelegentlich anzutreffende Behauptung, Sproemberg sei ein persönlicher »Freund Marc Blochs« gewesen (so BORGOLTE, Sozialgeschichte [wie Anm. 16], S. 445), eine von Sproemberg geförderte Übertreibung. Bloch jedenfalls hielt den Deutschen stets auf Distanz; vgl. SCHÖTTLER, Bloch und Deutschland (wie Anm. 21), S. 51–53.

ropas«[42] bekam in der Historischen Zeitschrift eine lange, äußerst kritische Besprechung aus der Feder von Walther Kienast[43]. Darin wurde dem Belgier nicht nur seine »antideutsche« Haltung vorgeworfen, sondern auch sein »objektivistischer« Ansatz zurückgewiesen, der die »völkischen« und rassischen Grundlagen der europäischen Geschichte ignoriere.

Dasselbe konnte man Bloch vorwerfen. Zwar ist Theodor Schieffer während des Krieges in seinen Besprechungen der »Société féodale« nicht ganz so weit gegangen – das Hauptverdienst dieser Rezensionen bestand ohnehin in ihrer bloßen Existenz und ihrer erstaunlichen Sachlichkeit –, doch auch Schieffer monierte, das »Werk [sei] nicht ohne Einseitigkeit, aus einer betont rationalen, soziologisch bestimmten Schau heraus geschrieben«[44]. Das war milde ausgedrückt. Denn tatsächlich beruhte Blochs Darstellung auf einer historisch-soziologischen Analyse, die sehr viel den Begriffen und der Wissenschaftskonzeption von Emile Durkheim, François Simiand und Maurice Halbwachs verdankte und deshalb mit deutschen Vorstellungen von »Volksgeschichte« unvereinbar war. Das gilt sogar für den etwas weniger ideologischen Ansatz der »Landesgeschichte« – wie er etwa von Aubin und Steinbach in den 1920er Jahren vertreten wurde –, den Bloch und Febvre eingehend rezipiert und teilweise kommentiert hatten[45]. Spätestens bei Begriffen wie »société«, »représentation collective« oder »classe sociale« waren die Diskurse unvereinbar[46].

Gerade Blochs soziologischer Klassenbegriff, den er bewußt aus der Durkheimschen Soziologie übernahm, obwohl oder weil damit eine anachronistische Verfremdung verbunden war[47] – und bekanntlich hat ihm dies sein Freund Febvre auch vorgeworfen, dem die »Société féodale« viel zu »sozio-

[42] Henri PIRENNE, Histoire de l'Europe. Des invasions au XVI[e] siècle, Paris, Brüssel 1936; dt. Übers.: Geschichte Europas. Von der Völkerwanderung bis zur Reformation, Frankfurt a.M. 1956.

[43] Walther KIENAST, Henri Pirennes »Histoire de l'Europe«, in: HZ 157 (1938), S. 527–537. Zu Kienast siehe weiter unten.

[44] Deutsches Archiv für die Geschichte des Mittelalters 4 (1941), S. 278–279; ibid. 5 (1942), S. 285–286, hier S. 286.

[45] Vgl. z.B. Blochs Anmerkungen zu Erich Keyser (wie Anm. 1) sowie Febvres Rhein-Buch: Lucien FEBVRE, Der Rhein und seine Geschichte, hg. von Peter SCHÖTTLER, 3. rev. Aufl., Frankfurt a.M. 2006.

[46] Ausführlicher: Peter SCHÖTTLER, Die intellektuelle Rheingrenze. Wie lassen sich die französischen »Annales« und die NS-»Volksgeschichte« vergleichen?, in: Christoph CONRAD, Sebastian CONRAD (Hg.), Die Nation schreiben. Geschichtswissenschaft im internationalen Vergleich, Göttingen 2002, S. 271–295.

[47] Für Bloch war der Klassenbegriff »de tout notre vocabulaire historique à la fois le plus indispensable et le plus irritant des termes«; DERS., Le salaire et les fluctuations économiques à longue période (zuerst in: Revue historique, 1934), in: DERS., Mélanges historiques, Paris 1963, S. 902.

logistisch« war[48] –, dürfte auf deutscher Seite, wo man traditionell mit Begriffen wie »Volk« und »Stamm« operierte, den gegenüber westlichen Sozialhistorikern ohnehin leicht aufkommenden Verdacht des »Marxismus« besonders genährt haben. Gerhard Ritter hielt Bloch denn auch für einen »Sozialisten«[49], und sein »Feldzug gegen die ›Annales‹« (Christoph Cornelißen) appellierte an die Ängste und Ressentiments, die sowohl in der Zeit des »Dritten Reiches« als auch des Kalten Krieges gegenüber potentiellen Marxisten oder Krypto-Kommunisten zirkulierten[50].

Wer sich also in Deutschland in die Nähe Blochs bzw. der »Annales« hätte begeben wollen, mußte damit rechnen, seine ideologische Unbedenklichkeit jederzeit beweisen zu müssen. Nur einige etablierte Historiker und zumal solche mit NS-Vergangenheit oder eindeutiger konfessioneller Bindung waren über jeden Verdacht erhaben[51]. Dagegen wäre es interessant, einmal genauer zu ermitteln, wie junge Studenten damals – sofern sie Französisch lasen, denn bis in die 1970er Jahre gab es ja keine Übersetzungen – auf die Texte von Bloch oder den »Annales« reagiert haben. Möglicherweise – das wäre zu prüfen – trugen gerade die ›linken‹, diffus-fortschrittlichen Konnotationen, die bei Ritter und den Konservativen auf so große Bedenken stießen, zu einer heimlichen Sympathie für die Neuerer bei. Vielleicht sogar als westliche Alternative zum dogmatischen Marxismus in der DDR[52]?

[48] Vgl. Lucien FEBVRE, La société féodale: une synthèse critique, in: Annales d'histoire sociale 2 (1940), S. 39–43; ibid., 3 (1941), S. 125–130; erneut in: DERS., Pour une histoire à part entière, Paris 1962, S. 413–427, hier S. 427.

[49] In seinem Handexemplar der »Étrange défaite« (Paris ^{2}1957) vermerkte Ritter: »Der Autor scheint Sozialist zu sein«; zit. nach CORNELISSEN, Gerhard Ritter (wie Anm. 22), S. 310.

[50] Ibid., S. 476–483. Im Rückblick auf den internationalen Historikerkongreß von 1950 sprach Ritter von der großen »Gefahr einer Verseuchung der französischen Historie durch materialistische Anschauungen« (Brief an Werner Conze, 1.12.1953; zit. ibid., S. 476).

[51] Das von Braudel diplomatisch geknüpfte Netzwerk, zu dem fast ausschließlich konservative und etablierte Kollegen gehörten, kam dieser Situation entgegen. Symptomatisch sind sowohl Braudels eigene Beiträge zu Festschriften deutscher und österreichischer Kollegen (Lütge 1966, Abel 1974, Hassinger 1977 und Kellenbenz 1981) als auch die Beteiligung deutscher und österreichischer Historiker an den »Mélanges Braudel« von 1973 (Abel, Bauer, Maschke, Kellenbenz, Konetzke, Tremel).

[52] Wieder wäre ein Vergleich mit England interessant, wo in den 1950er Jahren eine Gruppe marxistischer Historiker die Zeitschrift »Past and Present« gründete und sich dabei u.a. auf Bloch und die »Annales« berief (vgl. Harvey KAYE, The British Marxist Historians, London 1984, sowie: Past and Present 100 [1983]). In der Tat war das Verhältnis der »Annales« zum Marxismus in den 1950er und 1960er Jahren recht offen. Nicht wenige Marxisten (darunter auch Mitglieder der französischen und der italienischen KP) konnten in der Zeitschrift publizieren. In den USA wurde dies Braudel regelmäßig vorgehalten, wobei er sich gerne damit herausredete, daß gerade die »Annales« von der französischen und der sowjetischen KP des »Sozialdemokratismus« und »Revisionismus« bezichtigt würden – ergo könnten sie keine marxistische Zeitschrift sein.

In den 1930er, 1940er und 1950er Jahren mußte Marc Bloch aber noch aus einem weiteren, ganz anderen Grund deutschen Lesern als fremd erscheinen: Er trug einen jüdischen Namen. Das wurde zwar in der Fachliteratur – nach meiner bisherigen Kenntnis – nie polemisch oder antisemitisch vermerkt, doch es konnte auch niemandem entgehen. In der Tagespresse war dies anders: So veröffentlichte die Deutsche Allgemeine Zeitung schon nach dem Brüsseler Historikerkongreß von 1923 eine üble Tirade gegen den »Urfranzose[n] Bloch aus Straßburg«, der »die Begründung einer ›Internationalen Zeitschrift für Wirtschaftsgeschichte‹ durchzusetzen [versucht habe], von welchem ›internationalen‹ Unternehmen natürlich wieder die Deutschen ausgeladen sein sollen. Dieser Kampf richtet sich gegen die ›Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte‹ [...], welche eine wahrhaft internationale Zeitschrift ist«[53]. Die Deutschen hatten Bloch also ganz besonders im Auge. Folglich kann aus der Tatsache, daß er in manchen Büchern von NS-Historikern wie Adolf Helbok oder Franz Petri zitiert wurde[54], kaum darauf geschlossen werden, daß im »Dritten Reich« keine Ausgrenzung stattfand. Sie war im Gegenteil so selbstverständlich, daß sie keiner Hervorhebung bedurfte. Auch machte es der offizielle Antisemitismus zweifellos leichter, Bloch wissenschaftlich zu marginalisieren. So warf der damalige Präsident des »Reichsinstituts für ältere deutsche Geschichtskunde«, Theodor Mayer, seinem Wiener Kollegen Alphons Dopsch vor, sich in bezug auf Frankreich allzu sehr auf Bloch zu stützen und erklärte kategorisch:

> Die Arbeiten Blochs gehören einer vergangenen Zeit an und sind heute von der französischen und noch mehr von der deutschen Literatur weit überholt. Ich [...] verweise für Frankreich auf Namen wie Ch.E. Perrin und R. Latouche, für Belgien auf F.L. Ganshof hin. Sie und nicht Marc Bloch repräsentieren die französische oder belgische Wissenschaft[55].

[53] Der angebliche ›internationale‹ Historikerkongreß, in: Deutsche Allgemeine Zeitung, Berlin, 22.5.1923.

[54] Vgl. Adolf HELBOK, Grundlagen der Volksgeschichte Deutschlands und Frankreichs. Vergleichende Studien zur deutschen Rassen-, Kultur- und Staatsgeschichte, Berlin 1937, S. 70; Franz PETRI, Germanisches Volkserbe in Wallonien und Nordfrankreich, Bonn 1937, S. 6 (»einer der gründlichsten Kenner der französischen Siedlungsgeschichte, Marc Bloch«). Zur Zitation jüdischer Autoren im »Dritten Reich« vgl. Fritz ERNST, Im Schatten des Diktators. Rückblick eines Heidelberger Historikers auf die NS-Zeit, hg. von Diethard ASCHOFF, Heidelberg 1996, S. 44.

[55] Theodor MAYER, Rez. Alphons Dopsch, Herrschaft und Bauer in der deutschen Kaiserzeit (1939), in: Zeitschrift für Rechtsgeschichte. Germanistische Abteilung, 60, 1940, S. 411–414, hier S. 414. Zu Mayer und seiner Rolle vor und nach 1945 vgl. Anne C. NAGEL, Im Schatten des Dritten Reichs. Mittelalterforschung in der Bundesrepublik Deutschland 1945–1970, Göttingen 2005, S. 156–186; Reto HEINZEL, Theodor Mayer. Ein Wissenschaftsorganisator mit »großen Möglichkeiten«, in: PFEIL (Hg.), Das Deutsche Historische Institut und seine Gründungsväter (wie Anm. 22), S. 59–77. Zu den guten Kontakten zwischen Dopsch und Bloch – immerhin schrieb Bloch einen Aufsatz für die Dopsch-Festschrift, den er allerdings nach dem »Anschluß« zurückzog – vgl. SCHÖTTLER, »Annales« und Österreich (wie Anm. 26), S. 75–81. Ein ähnlicher Verdrängungs-

Nach dem Untergang der NS-Diktatur war dann wieder alles anders. Erklärte Nationalsozialisten gab es keine mehr, also auch nicht unter den Historikern. Und Marc Bloch war tot. Anfangs war es nur eine Befürchtung, dann ein Gerücht. Lange Zeit hofften Blochs Kameraden aus der Résistance, daß er, wie so viele, in ein Lager deportiert worden sei und vielleicht noch zurückkommen werde[56]. Auch Febvre wollte es lange Zeit nicht glauben, bis er ein Photo sah: Der »Tote Nr. 14« war tatsächlich Marc Bloch[57]. Als die »Annales« bald darauf wieder in alter Form erschienen, widmeten sie den ganzen Jahrgang 1945 einer Hommage an Marc Bloch[58]. Auch die beiden Buchmanuskripte, die dieser hinterlassen hatte, wurden alsbald zum Druck befördert: 1946 die »Étrange défaite« und 1949 die »Apologie pour l'histoire«[59]. In den ersten Nachkriegsjahren war der Ermordete also ganz besonders präsent. Die Lücke, der Schmerz und auch die Wut über seinen Tod wurden um so stärker empfunden. Als daher das Internationale Historikerkomitee den ersten Nachkriegskongreß für August 1950 ausgerechnet nach Paris einlud[60], stand die deutsche Historikerzunft, die eben erst ihren Verband neu gegründet und die Historische Zeitschrift wieder lanciert hatte, unter erheblichem moralischen Druck, wollte sie nach den Jahren der »Zusammenarbeit mit Baal«[61] international wieder an-

mechanismus scheint auch nach dem Krieg wieder zu greifen, wenn Karl Bosl in einem Buch, das er Hermann Aubin, Otto Brunner und Theodor Mayer als »den Wegbereitern einer modernen Sozial- und Verfassungsgeschichte« widmet, von einer »Schule des großen französischen Sozialhistorikers Ch.E. Perrin« spricht, während er Blochs Namen verschweigt: Karl BOSL, Frühformen der Gesellschaft im mittelalterlichen Europa. Ausgewählte Beiträge zu einer Strukturanalyse der mittelalterlichen Welt, München 1964, S. 15; vgl. auch S. 37 u. 40.

56 So Blochs Mitkämpfer Georges Altmann auf der Trauerfeier an der Sorbonne im Juni 1945 sowie auch im Vorwort zur Originalausgabe der »Étrange défaite« (Marc BLOCH, L'Étrange défaite. Témoignage écrit en 1940, Paris 1946, S. XIV).

57 Lucien FEBVRE, Marc Bloch fusillé..., in: Mélanges d'histoire sociale VI (1944), S. 3; vgl. auch DERS., De l'histoire au martyre, in: Annales d'histoire sociale (1945) I, S. 3–4.

58 Hommages à Marc Bloch, in: Annales d'histoire sociale (1945), 2 Teilbände.

59 BLOCH, L'Étrange défaite (wie Anm. 56); DERS., Apologie pour l'histoire ou Métier d'historien, Paris 1949 (Cahiers des Annales, 3). Dieses zweite Buch sollte eigentlich schon 1946 bei Gallimard erscheinen (Annales d'histoire sociale [1945] I, S. 4), doch die geplante Buchreihe kam nicht zustande, woraus sich die Verzögerung erklärt. Beide Texte sind neuerdings leicht zugänglich in einer ansonsten leider problematischen Anthologie: Marc BLOCH, L'histoire, la guerre, la résistance, hg. von Annette BECKER und Étienne BLOCH, Paris 2006, hier S. 519–653 und S. 843–985. Zu den deutschen Ausgaben siehe weiter unten.

60 Vgl. ERDMANN, Ökumene (wie Anm. 27), S. 260–298.

61 Vgl. Otto Gerhard OEXLE, »Zusammenarbeit mit Baal«. Über die Mentalitäten deutscher Geisteswissenschaftler 1933 – und nach 1945, in: Historische Anthropologie 8 (2000), S. 1–27. Das von Oexle im Titel genannte Zitat entstammt einem Brief des Romanisten Leo Spitzer v. 8.11.1946.

erkannt werden[62]. Da aber weder die HZ noch Ritter als Vorsitzender auf dem Münchener Historikertag 1949 die richtigen Worte fanden, um sich von den NS-Verbrechen zu distanzieren und das eigene Verhalten selbstkritisch zu reflektieren, wurde den Deutschen schon im Vorfeld des Kongresses vorgehalten – etwa von dem Mediävisten Robert Fawtier, der in der Résistance gekämpft hatte und nach Mauthausen verschleppt worden war –, den Mord an Bloch mit Schweigen zu übergehen[63]. Auf diese Kritik reagierte Ritter, indem er sich einige französische Nachrufe auf Bloch kommen ließ, von dem er bis dahin offenbar kaum etwas gelesen hatte[64]. Dann schlug er vor, daß die HZ möglichst bald einen eigenen Nekrolog veröffentlichen sollte, um den »Sentiments« und »Ressentiments« (sic!) der Franzosen »einen würdigen, wenn auch kurzen Nachruf« entgegenzustellen[65]. Über »weitergehende Konsequenzen«, die, wie Schulze 1989 schrieb, dem deutschen Historikerverband »wohl angestanden hätten«[66] – etwa die Übersetzung eines Buches oder einiger Aufsätze von Bloch –, wurde dagegen nicht nachgedacht.

Schon wenige Monate später, im Juni 1950, ist der angeforderte Nachruf, zweieinhalb Seiten lang, in der HZ erschienen[67]. Verfaßt hatte ihn Walther Kienast, ein langjähriger Mitherausgeber der Zeitschrift und vorzüglicher Kenner des mittelalterlichen Frankreich, allerdings auch ein ehemaliger »Parteigenosse« und von den Alliierten entlassener Hochschullehrer[68]. Ausgerech-

[62] Vgl. Winfried SCHULZE, Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945, München 1989, S. 87–108, 159–182. Ergänzend: DERS., Die deutschen Historiker auf dem Internationalen Historikerkongreß in Rom 1955, in: Dieter HEIN u.a. (Hg.), Historie und Leben. Der Historiker als Wissenschaftler und Zeitgenosse. Festschrift für Lothar Gall zum 70. Geburtstag, München 2006, S. 89–102.

[63] Das folgende nach: SCHULZE, Geschichtswissenschaft (wie Anm. 62), S. 170f. Vgl. außerdem Ulrich PFEIL, Vorgeschichte und Gründung des Deutschen Historischen Instituts Paris. Darstellung und Dokumentation, Ostfildern 2007, S. 158.

[64] Da Ritter in seinen Büchern häufig das Anschaffungsdatum vermerkte, läßt sich aus seiner heute in Düsseldorf aufbewahrten Bibliothek ersehen, daß er die Schriften von Bloch und Febvre erst nach dem Zweiten Weltkrieg, also gleichsam unter dem Zwang der Verhältnisse, zur Kenntnis nahm.

[65] Ritter an Kienast [1950], zit. in: SCHULZE, Geschichtswissenschaft (wie Anm. 62), S. 170.

[66] So SCHULZE, Geschichtswissenschaft (wie Anm. 62), S. 170.

[67] Walther KIENAST, Marc Bloch, in: HZ 170 (1950), S. 223–225.

[68] Kienast (1896–1985) promovierte 1923 bei Dietrich Schäfer in Berlin mit einer Arbeit über die »deutschen Fürsten im Dienste der Westmächte« (sic!). Später arbeitete er im preußischen Archivdienst. 1933 habilitiert, erhielt er 1939 einen Ruf auf einen Lehrstuhl in Graz, der ihm 1945 entzogen wurde. Nach dem Krieg lebte Kienast in Frankfurt a.M., wo er zunächst Lehrbeauftragter war. 1953 wurde er zum a.o. Professor, 1954 zum o. Professor ad personam und 1958 wieder zum o. Professor berufen. In der HZ fungierte er ab 1936 – also der Ablösung Meineckes durch von Müller – als »Herausgeber für den Bericht über das Schrifttum«, wurde jedoch erst ab 1950 auf dem Titelblatt genannt. Vgl. Helmut HEIBER, Walter Frank und sein Reichsinstitut für die Geschichte des neuen Deutschlands, Stuttgart 1966, S. 279–309, sowie Fritz FELLNER, Doris A. CORRADINI, Österreichische Geschichtswissenschaft im 20. Jahrhundert. Ein biographisch-biblio-

net dieser typische Repräsentant des professoralen Mitläufertums, der sowohl Meineckes Entlassung als auch die Nazifizierung der HZ unbeschadet überstanden und 1939, wie zur Belohnung, einen Lehrstuhl in Graz erhalten hatte, berichtete also über den Lebens- und Leidensweg eines großen Widersachers. Doch wie stets widmete sich Kienast seiner Aufgabe mit ernsthaftem Bemühen und wohl auch gestützt auf Informationsmaterial, das Ritter aus Frankreich besorgt hatte[69]. Mit Ausnahme einer kleinen Beckmesserei, wonach Bloch zwar »die geduldige Kleinarbeit« nicht gescheut habe, aufgrund »seiner weitgespannten Themen« aber »nicht jeden Winkel« habe erfassen können[70], ist dieser Nekrolog erstaunlich sachlich, ja sogar einfühlend und ganz ohne Larmoyanz geschrieben. Bloch wird als ein den Deutschen ebenbürtiger Wissenschaftler und Soldat beschrieben und sein Tod als »großes Schicksal«, ja sogar »höchste Erfüllung« geschildert, womit Kienast ohne es zu wissen, Blochs eigenes Verständnis vom patriotischen Opfertod[71] gleichsam mit deutschem Kriegspathos nachvollzog. Dagegen wird Blochs Judentum nur indirekt und mit zwei Hinweisen auf die nationalsozialistischen »Rassegesetze« erwähnt. Im nachhinein mag man sich fragen, ob das nicht etwas wenig und ob nicht deutlichere Worte nötig gewesen wären. Doch dafür war Kienast nicht der richtige Interpret. Außerdem bildete Blochs Martyrium ja tatsächlich eine untypische Ausnahme: Obwohl die Gestapo nämlich seinen richtigen Namen kannte und um sein Judentum wußte – seine Verhaftung im März 1944 war nicht nur im Rundfunk von Vichy, sondern auch im »Völkischen Beobachter« als großer Erfolg verkündet worden (»Jude leitete Mordbanden in Frankreich«, 18. März 1944) und gelangte sogar ins Kriegstagebuch des OKW, das bekanntlich von einem mediävistischen Kollegen, Percy Ernst Schramm, geleitet wurde[72] –, wurde er am 16. Juni 1944 nicht etwa als ›Jude‹ ermordet oder als

graphisches Lexikon, Wien 2006, S. 218. Ein Nachlaß von Kienast, der mit großen Teilen der Historikerzunft korrespondierte, ist leider nicht erhalten.

69 Kienast korrespondierte seinerseits ab September 1949 mit Braudel, der dafür sorgte, daß die HZ ein Austauschabonnement der »Annales« sowie die ersten Titel der neuen, von der Association Marc Bloch hg. Beihefte »Cahiers des Annales« erhielt (vgl. W. Kienast an F. Braudel vom 21.9.1949; Institut de France, Paris, Nachlaß F. Braudel). Obwohl Kienast alle drei Titel vergab – also auch Blochs »Apologie pour l'histoire« –, wurde nur der erste, Pierre Sardellas Buch über Venedig im 16. Jahrhundert, in der HZ besprochen, und zwar von Ludwig Beutin (HZ 171 [1951], S. 198). Eine Rezension der »Apologie« ist dagegen nie erschienen.

70 KIENAST, Marc Bloch (wie Anm. 67), S. 224.

71 Vgl. etwa Blochs Testament von 1941 oder das dritte Kapitel der »Étrange défaite«: DERS., Die seltsame Niederlage: Frankreich 1940. Der Historiker als Zeuge (zuerst posthum: 1946), Frankfurt a.M. 1992, S. 180–236.

72 »Am 15.3. [1944] gab der französische Rundfunk bekannt, daß es der französ.[ischen] Polizei gelungen sei, den Chef der Widerstandsbewegung in Südostfrankreich, einen Juden namens Bloch, der den Decknamen ›Nartrime‹ [recte: Narbonne] führte, auszuheben«; Percy Ernst SCHRAMM (Hg.), Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht (Wehrmachtsführungsstab), Bd. IV/7, Herrsching 1982, S. 294. Möglicherweise

›Jude‹ in ein Vernichtungslager deportiert – am 11. August ging ein letzter ›Judentransport‹ von Lyon nach Auschwitz –, sondern zusammen mit anderen Gefangenen als ganz ›normaler‹ Widerstandskämpfer kurz vor dem Abzug der Wehrmacht erschossen[73]. Aus diesem Grund ist auch Kienasts Bemerkung, wonach das »Schicksal Marc Blochs in Deutschland erst Jahre später bekannt geworden« sei[74], nicht ganz zutreffend: Aufmerksame Zeitungsleser und vor allem die Historikergruppe im ›Führerhauptquartier‹ hätten von Blochs Verhaftung schon im März 1944 wissen können und anschließend fast drei Monate Zeit gehabt, irgend etwas zu seiner Rettung zu unternehmen. Vielleicht hat Bloch sogar, indem er der Gestapo seinen wirklichen Namen und sein Amt als Professor für Geschichte an der Sorbonne nannte, auf eine solche Hilfe deutscher oder ausländischer Kollegen gehofft. Allerdings war dies Kienast vermutlich nicht bekannt. Wenn er daher seinen Nekrolog mit dem Satz enden ließ: »Ein langer und fruchtbarer Lebensabend schien noch vor Bloch zu liegen. Da trat das große Schicksal an ihn heran. Er versagte sich seinem Rufe nicht. Indem er sein Leben opferte, gab er ihm seine höchste Erfüllung«[75], entsprach dies durchaus einer Verneigung. Nicht mehr, aber auch nicht weniger.

In Frankreich wurde dieser ungewöhnliche, verspätete Nachruf aufmerksam registriert[76]. An der Skepsis der französischen Historiker gegenüber ihren deutschen Kollegen und der deutschen Nachkriegsgesellschaft änderte er freilich nichts. Dazu waren die personellen Kontinuitäten in der Historikerzunft viel zu offensichtlich. Auch die nationalen und manchmal nationalistischen Töne in deutschen Publikationen bereiteten Sorge. Und schließlich waren die deutschen Historiker offenbar auch methodisch kaum bereit, sich gegenüber den im Westen diskutierten Fragestellungen und Methoden zu öffnen, sondern plädierten jetzt – nach den Jahren der »Volksgeschichte« – für eine Rückkehr

klingt in Schramms späterer Formulierung von dem »auf gemeine Weise ermordeten Marc Bloch« – Bloch war eben nicht bloß »erschossen« worden, wie häufig geschrieben wird – noch etwas von dem schlechten Gewissen an, das dieser vermeidbare (?) Tod bei einem ›Wissenden‹ auslösen mußte: Percy Ernst SCHRAMM, Kaiser, Könige und Päpste. Gesammelte Aufsätze zur Geschichte des Mittelalters, Stuttgart 1971, Bd. 1, S. 70; vgl. auch Bd. IV/1, S. 284. In einer neuen Schramm-Biographie wird zwar dessen Arbeit am Kriegstagebuch geschildert, aber die darin enthaltene Erwähnung Blochs ist dem Autor offenbar entgangen (vgl. David THIMME, Percy Ernst Schramm und das Mittelalter. Wandlungen eines Geschichtsbildes, Göttingen 2006, S. 476–486, zu Bloch lediglich: S. 467–468). Im übrigen wurde Schramms Unfähigkeit zu einer kritischen NS-Aufarbeitung schon früh von Eric Voegelin vernichtend kritisiert: DERS., Hitler und die Deutschen [1964], hg. von Manfred HENNINGSEN, München 2006, S. 110–121.

[73] Vgl. Ahlrich MEYER, Täter im Verhör. Die ›Endlösung der Judenfrage‹ in Frankreich 1940-1944, Darmstadt 2005, S. 215, 415. Zu den bis heute nicht ganz geklärten Umständen von Blochs Verhaftung und Ermordung vgl. vorläufig: Carole FINK, Marc Bloch. A Life in History, Cambridge 1989, S. 314–324.

[74] KIENAST, Marc Bloch (wie Anm. 67), S. 224.

[75] Ibid.

[76] Vgl. AESC 6 (1951), S. 248–249. Siehe dazu weiter unten.

zu Ranke und zum Historismus. Als daher 1949 der erste Band der neuen HZ erschien, raufte sich Febvre, der sich nach der Befreiung vorgenommen hatte, über »sehr lange Zeit« nicht mehr mit deutschen Historikern zu kooperieren – jedenfalls nicht mit jenen, »qui ont été en place dans cette tragédie [et] dont pas un n'a levé le petit doigt pour dire assez«[77] – im Geiste die Haare und erklärte ebenso enttäuscht wie wütend in den »Annales«:

Ces vieilleries politiciennes, ces sanglants fantômes, tout ce chewing-gum pseudo-historique (et d'ailleurs pseudo-politique) remâché jusqu'à la nausée par les gladiateurs patentés de la décade 1930–1940, c'est cela que nous offrirait la nouvelle Allemagne historienne? Nous voulons encore espérer que non. Espoir – ce mot parfois si désespérant[78].

Es war also kaum verwunderlich, daß die kleine deutsche Delegation, die Ende August 1950 am internationalen Historikerkongreß in den Räumen der Sorbonne teilnahm – also an jenem Ort, an dem Marc Bloch gelehrt hatte und wo jetzt eine Ehrentafel an ihn erinnerte –, äußerst frostig aufgenommen und von vielen Delegierten regelrecht geschnitten wurde[79]. Die deutsche Besatzungszeit, die (auch) in Frankreich im nackten Terror geendet war, lag erst wenige Jahre zurück, und es war allen bewußt, daß die Mörder Marc Blochs und vieler anderer zu diesem Zeitpunkt noch weitgehend unbehelligt in Deutschland oder Österreich lebten[80].

Dennoch markiert dieser Kongreß – an dem übrigens weder Febvre noch Braudel teilnahmen[81] – den Beginn einer allmählichen Wiederannäherung zwischen französischen und deutschen Historikern. Auch in den »Annales« lassen sich Anzeichen in dieser Richtung erkennen. Nachdem Febvre schon zu Jahresbeginn zwei spezielle Deutschland-Rubriken eingeführt hatte[82], in denen

[77] Febvres an Braudel, 28.5.1945; Institut de France, Paris, Nachlaß F. Braudel.

[78] Lucien Febvre, AESC 5 (1950), S. 278.

[79] Vgl. einige Briefzitate bei Peter SCHUMANN, Gerhard Ritter und die deutsche Geschichtswissenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Mentalitäten und Lebensverhältnisse. Beispiele aus der Sozialgeschichte der Neuzeit. Rudolf Vierhaus zum 60. Geburtstag, Göttingen 1982, S. 407, sowie die Erinnerungen von Heimpel, den die intellektuelle Isolierung der Deutschen zutiefst irritierte: »Alles, was nicht deutsch war, war unter sich im innerwissenschaftlichen Fortgang, als wäre das immer so gewesen. Diese Normalität war besonders bedrückend: diese ›Forschungswissenschaft‹, als wäre nichts gewesen, ließ mich fühlen: wir waren nicht ›dabei‹ gewesen bei diesen ›Fortschritten‹«. DERS., Aspekte (wie Anm. 30), S. 277. Denkwürdig ist auch Heimpels Satz über Robert Boutruche: »Mir war [...] dieser Straßburger Professor, Schüler Marc Blochs, fremder, ferner, als ein Ostasiate hätte sein können« (S. 278).

[80] Darunter Klaus Barbie, der Gestapochef von Lyon. Leider gibt es bis heute keine wissenschaftliche Studie über diesen Mann, dem 1943 Jean Moulin und 1944 Marc Bloch zum Opfer fielen. Siehe vorläufig: Tom BOWER, Klaus Barbie. Lyon, Augsburg, La Paz – Karriere eines Gestapo-Chefs, Berlin 1984.

[81] Vgl. Fernand Braudels Rezension der beiden Kongreßbände: DERS., Au parlement des historiens: retour sur le congrès international de Paris, 1950, in: AESC (1953), S. 369–372.

[82] Neben den Zeitschriftenberichten (»Chez les historiens allemands«) gab es eine weitere Rubrik mit Buchbesprechungen unter dem Titel »Allemagne[s] et Allemands«, in der

vor allem Jean Sigmann, ein in der französischen Besatzungszone arbeitender Historiker[83], sowie der seit den 1930er Jahren mit deutschen Themen befaßte Henri Brunschwig[84] über neue Publikationen berichteten, wurden diese Bemühungen nun intensiviert. Außerdem erschienen bereits die ersten Aufsätze deutscher Autoren[85]. »Les ›Annales‹ ont déjà témoigné l'intérêt qu'elles entendaient prendre à la reprise des études historiques en Allemagne«, schrieb Febvre im Vorspann zum zweiten Deutschlandbericht, der 1951 erschien[86]: »Elles continuent et continueront de plus en plus. Notre collaborateur J. Sigmann nous donne le dépouillement de l'›Historische Zeitschrift‹ de fin 1949 à fin 1950 [...]. Il note avec plaisir une ouverture d'esprit croissante chez les historiens d'Outre-Rhin. Nous ne pouvons que nous associer à son sentiment«. Und er fügte sogar hinzu: »Il eût été dommage [...] de ne pas mentionner dans

Febvre als erstes das Deutschland-Buch von Robert MINDER, Allemagnes et Allemands, Paris 1948, präsentierte: Un grand livre sur l'Allemagne, in: AESC 5 (1950), S. 272–277. Vgl. dazu Peter SCHÖTTLER, Robert Minder, Lucien Febvre und die »Annales«, in: Albrecht BETZ, Richard FABER (Hg.), Kultur, Literatur und Wissenschaft in Deutschland und Frankreich. Zum 100. Geburtstag von Robert Minder, Würzburg 2004, S. 147–156, sowie die demnächst erscheinende Dissertation über Minder von Anne KWASCHIK.

[83] Jean Sigmann (geb. 1912), ein Schüler von Bloch und Georges Lefebvre an der Universität Straßburg, war nach dem Krieg in der französischen Kulturverwaltung in Baden-Baden beschäftigt und später Assistent in Straßburg. Als Historiker erforschte er die Geschichte des Großherzogtums Baden sowie der Revolution von 1848. In den 1950er Jahren stand er in ständiger Verbindung mit den »Annales« und Braudel, der ihn immer wieder um Berichte zur Lage der deutschen Geschichtswissenschaft bat (zahlreiche Briefe im Nachlaß F. Braudel; Institut de France, Paris). Sigmann und Brunschwig (vgl. Anm. 84) gehörten auch zu jenen Historikern, die sich nach dem Krieg auf mehreren deutsch-französischen Treffen für eine Wiederannäherung einsetzten. Vgl. Jean SIGMANN, Probleme der deutsch-französischen Geschichtsschreibung, Baden-Baden 1949 (erneut in: Internationales Jahrbuch für Geschichtsunterricht 1 [1951], S. 44–64). Siehe dazu den Beitrag von Corine DEFRANCE im vorliegenden Band.

[84] Vgl. zu Henri Brunschwig (1904–1989), einem Schüler von Bloch, Febvre und Georges Lefebvre an der Universität Straßburg, der seit den 1930er Jahren zu den Deutschland-Kommentatoren der »Annales« gehörte und 1946 mit einer Thèse zur Mentalitätengeschichte Preußens im 18. Jahrhundert an der Sorbonne promovierte: Fernand BRAUDEL, Henri Brunschwig, in: Études africaines offertes à Henri Brunschwig, Paris 1982, S. IX–XI.

[85] Der erste deutsche »Annales«-Autor nach dem Krieg war der Münchner Sozialgeograph Wolfgang Hartke (1908–1997): DERS., Sur la physionomie actuelle du village allemand, in: AESC 4 (1949), S. 152–158; DERS., Quelques aspects de la réforme agraire en Allemagne, in: AESC 5 (1950), S. 107–111. Harkte hatte schon vor dem Krieg gute Beziehungen nach Frankreich und setzte sich während der Besatzungsjahre mehrfach für französische Kollegen ein. Es gelang ihm sogar, eine kleine Notiz über Blochs »Agrargeschichte« in der »Zeitschrift für Erdkunde« (9 [1941], S. 4) zu plazieren. Nach der Befreiung kam Hartke über Brunschwig (vgl. Anm. 84) in Kontakt zu den »Annales«. Zu seiner Biographie vgl. das Findbuch zu seinem Nachlaß: www.ifl-leipzig.com/fileadmin/daten/archiv/findbuecher/HARTKE/index.htm (15.12.2007).

[86] [Lucien FEBVRE, Jean SIGMANN, Henri BRUNSCHWIG], En Allemagne, reprises de travail, in: AESC 6 (1951), S. 248–254.

les ›Annales‹ l'article du professeur Kienast, de Francfort, sur Marc Bloch«[87]. Anschließend referierte Sigmann mehrere HZ-Aufsätze, darunter die Eröffnungsrede Gerhard Ritters auf dem Münchener Historikertag[88], an der er die allzu enge deutsch-nationale Perspektive monierte, und stellt dann auf fast einer Seite den Inhalt von Kienast Bloch-Nekrolog vor. In den Augen des deutschen Historikers »le grand mérite de Marc Bloch« darin, »d'avoir établi des comparaisons entre les ›institutions‹ et les ›situations‹ de la France et des autres pays, et de n'avoir poursuivi que la vérité, vérité, que, selon W. Kienast, Marc Bloch, trop fidèle héritier de l'›esprit classique‹, aurait peut-être eu tort de croire toujours ›une‹«[89]. Auf französischer und deutscher Seite war man sich über den Wahrheitsbegriff also noch immer nicht ganz einig[90].

Ein ähnliches Bemühen wie den HZ-Nachruf kennzeichnete ein paar Jahre später auch die zweite programmatische Stellungnahme deutscher Historiker zu Marc Bloch[91]. Ihr Verfasser war Erich Maschke, im »Dritten Reich« SS-Mitglied, Dozentenbundführer und sogar SD-Mitarbeiter[92]. Heute muß man sich natürlich wundern, daß sich in der frühen Bundesrepublik keine anderen Historiker zu Wort meldeten, um einen Mann wie Bloch zu würdigen. Masch-

[87] Ibid., S. 248.

[88] Vgl. Gerhard RITTER, Gegenwärtige Lage und Zukunftsaufgaben deutscher Geschichtswissenschaft, in: HZ (170) 1950, S. 1–22.

[89] En Allemagne, reprises de travail (wie Anm. 86), S. 249.

[90] In Anlehnung an den berühmten Film von Akira Kurosawa aus dem Jahr 1950 könnte man dies den deutschen Rashomon-Komplex nennen, also den Glauben, daß nach Auschwitz die Wahrheit durch widersprüchliche Zeugenaussagen verstellt sei (so etwa Percy Ernst SCHRAMM, zit. bei: Joist GROLLE, Der Hamburger Percy Ernst Schramm – ein Historiker auf der Suche nach der Wirklichkeit, Hamburg 1989, S. 10f.). Tatsächlich hatte ein Mord aber ›stattgefunden‹.

[91] Erich MASCHKE, Marc Bloch, 1886–1944, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 178 (1965), S. 258–269.

[92] Maschke (1900–1982, Freitod) promovierte 1927 bei Erich Casper über »Bekehrung und Unterwerfung in der preußisch-baltischen Mission des 13. Jahrhunderts«. Er lehrte in Königsberg, Jena und Leipzig. Nach langer Kriegsgefangenschaft erhielt er einen Lehrauftrag in Heidelberg, dann eine Professur in Stuttgart und schließlich in Heidelberg. Zu seinem Engagement im »Dritten Reich« vgl. vorläufig: Joachim LERCHENMÜLLER (Hg.), Die Geschichtswissenschaft in den Planungen des Sicherheitsdienstes der SS. Der SD-Historiker Hermann Löffler und seine Denkschrift »Entwicklung und Aufgaben der Geschichtswissenschaft in Deutschland«, Bonn 2001, S. 91 u.ö.; Barbara SCHNEIDER, Geschichtswissenschaft im Nationalsozialismus – das Wirken Erich Maschkes in Jena, in: Tobias KAISER, Steffen KAUDELKA, Matthias STEINBACH (Hg.), Historisches Denken und gesellschaftlicher Wandel. Studien zur Geschichtswissenschaft zwischen Kaiserreich und deutscher Zweistaatlichkeit, Berlin 2004, S. 91–114; Thomas ETZEMÜLLER, Sozialgeschichte als politische Geschichte. Werner Conze und die Neuorientierung der westdeutschen Geschichtswissenschaft nach 1945, München 2001, S. 146–149. In der von der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg hg. Festschrift (Aus Stadt- und Wirtschaftsgeschichte. Festschrift Erich Maschke zum 75. Geburtstag, Stuttgart 1975) ist von all diesen Verstrickungen des jungen Maschke nirgends die Rede.

kes Aufsatz erschien 1965 in den Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik[93], die im Jahr zuvor bereits einen Beitrag über die »Annales« publiziert hatten[94]. Bei Kriegsende hatte Maschke seinen Lehrstuhl in Leipzig verloren und nach der Rückkehr aus russischer Gefangenschaft mit Hilfe seines engen Freundes Conze in Heidelberg wieder eine Professur erlangt. Über Conze lernte er Braudel kennen, der ihn nach Paris einlud. Braudel sprach solche Einladungen damals häufiger aus, meist jedoch ohne Resonanz. So weilte Maschke mehrfach in Paris, hielt in Braudels Kolloquium einen Vortrag, der anschließend auch in den »Annales« publiziert wurde[95], und beschäftigte sich intensiv mit französischer Fachliteratur. In diesem Zusammenhang stieß er auf die beiden 1963 von Charles-Edmond Perrin herausgegebenen Sammelbände mit Aufsätzen von Marc Bloch[96]. Sein Text beginnt denn auch wie eine ausführliche Rezension[97], um anschließend in einem weiten Bogen das gesamte Œuvre von Bloch, bis hin zur »Apologie pour l'histoire« und den 1960 von Georges Duby edierten Vorlesungen über »Seigneurie française et manoir anglais« zu skizzieren.

Maschkes Aufsatz dokumentiert eine erstaunliche Paradoxie: Nachdem Bloch vor dem Krieg und im Krieg zunächst als wissenschaftlicher Konkurrent, dann als politischer Gegner und schließlich als Feind, als ›Terrorist‹, bekämpft und ermordet wurde, muß man ihn nach 1945 geradezu rehabilitieren. Jedenfalls enthält diese ausführliche Darstellung noch weniger Kritik als der kurze Nachruf in der HZ, nämlich gar keine. Überhaupt kann man Maschke kaum etwas vorwerfen: Er gibt einfach nur den damaligen Wissensstand und vor allem die damals übliche Selbstdarstellung der »Annales« wieder. Wenn er also emphatisch schreibt, »jedes Heft der ›Annales‹ bezeugt, daß Marc Bloch unvergessen ist«[98], meint man im Hintergrund leise Braudel zu hören, von dem es gleich zu Beginn des Textes heißt: »Es ist der Initiative Fernand Braudels zu verdanken, wenn das wissenschaftliche Werk Blochs, soweit es in

[93] Deren Herausgeber Friedrich Lütge (1901–1968) hatte ebenfalls dem Nationalsozialismus nahegestanden, war aber nie der NSDAP, sondern nur einzelnen NS-Massenorganisationen beigetreten. In den »Annales« wurde er 1955 als »actuellement en Allemagne l'historien le plus éminent des questions agraires« vorgestellt (Philippe Dollinger, AESC 10 [1955], S. 433). Auch Lütge war mit Braudel befreundet, der 1966 einen Beitrag zu seiner Festschrift beisteuerte (vgl. Anm. 51).

[94] Robert MANDROU, Probleme und Methoden der heutigen französischen Geschichtsforschung, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 176 (1964), S. 159–170.

[95] Erich MASCHKE, Continuité sociale et histoire urbaine médiévale, in: AESC 15 (1960), S. 936–948 (vgl. Hinweis auf S. 936).

[96] Marc BLOCH, Mélanges historiques, 2 Bde., Paris 1963.

[97] Im Register der Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik wird Maschkes Aufsatz als Rezension geführt. Eine weitere, ebenfalls sympathisierende Besprechung der »Mélanges historiques«, die aber zu Recht einige Mängel der Edition andeutet, erschien in der HZ 202 (1966), S. 692–693). Ihr Verfasser war erneut Walther Kienast.

[98] MASCHKE, Marc Bloch (wie Anm. 91), S. 259.

die Form einzelner Aufsätze gegossen wurde, in zwei umfangreichen Bänden vorliegt«[99]. Das mag Braudel so gesehen haben, aber ganz richtig ist es wohl nicht; vor allem die Rolle Robert Mandrous, von dem man weiß, daß er eine zeitlang diese Edition betreute, sowie der schwere Konflikt zwischen ihm und Braudel, werden auf diese Weise ausgeblendet[100]. Ganz zu schweigen von der eigentlich naheliegenden Frage, warum nur diese zwei Bände ediert wurden und zudem noch mit zahlreichen Mängeln, auf die damals aber nur ein junger italienischer Historiker namens Carlo Ginzburg hinwies[101] und nicht Erich Maschke. Jedenfalls hat sich dieser wie kaum ein anderer deutscher Historiker – vielleicht mit Ausnahme von Hermann Kellenbenz[102] – um die Freundschaft Braudels bemüht und seiner Nachkriegsbiographie auf diese Weise eine besondere Note verliehen[103].

Leicht provokativ könnte man sagen: Erst nach dem Aufsatz von Maschke konnte die wissenschaftliche Rezeption Marc Blochs in der Bundesrepublik beginnen. Erst nachdem dieser bekannte ehemalige Nationalsozialist den französischen Historiker und Widerstandskämpfer gefeiert hatte, war der Raum für eine offene, weder feindliche noch dogmatisch-apologetische Lektüre frei. Vorbereitet durch die frühen Literaturberichte von Karl Ferdinand Werner, konnten Ende der 1960er Jahre Bloch und die »Annales« in Deutschland ›entdeckt‹ werden (wobei indirekt auch Werners Büchlein über die NS-Geschichtswissenschaft eine Rolle gespielt haben mag[104]). Ein umfangreicher Aufsatz von Manfred Wüstemeyer in der VSWG hat dazu ebenso bei-

[99] Ibid., S. 258.

[100] Zur konfliktreichen Entstehungsgeschichte dieser Sammlung vgl. die Erinnerungen von Étienne BLOCH, Marc Bloch. Souvenirs et réflexions d'un fils sur son père, in: Hartmut ATSMA, André BURGUIERE (Hg.), Marc Bloch aujourd'hui. Histoire comparée & sciences sociales, Paris 1990, S. 32–33. Vermutlich ging die Initiative von Braudel aus, der Mandrou mit der Herausgabe betraute. Später kam es zum Streit über die Auswahl der Aufsätze, und Mandrou zog sich aus dem Unternehmen zurück. Deshalb wurde Charles-Edmond Perrin, ein nur unwesentlich jüngerer Kollege von Bloch, um Vermittlung gebeten. Nun gab er die Bände heraus und schrieb ein Vorwort. Zur Qualität der Edition siehe die in Anm. 101 zit. Kritik von Ginzburg.

[101] Vgl. Carlo GINZBURG, Mentalität und Ereignis. Über die Methode bei Marc Bloch, in: DERS., Spurensicherungen. Über verborgene Geschichte, Kunst und soziales Gedächtnis, Berlin 1983, S. 97–113 (zuerst ital. in: Studi Medievali, 1965).

[102] Hermann Kellenbenz (1913–1990), der zunächst für die »Abteilung Judenfrage« des »Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschlands« gearbeitet hatte, forschte nach dem Krieg u.a. in Harvard (1952/53) und an der VI[e] section der École pratique (1953/54). Später lehrte er in Köln und Erlangen. Vgl. DERS., Historiker an der WI-SO-Fakultät, in: DERS., Europa, Raum wirtschaftlicher Begegnung, Stuttgart 1991, S. 9–17, hier S. 4f.

[103] Vgl. BORGOLTE, Sozialgeschichte (wie Anm. 16) S. 447. Allerdings muß wohl zwischen Außen- und Innendarstellung unterschieden werden. Denn je nach Ort, ob Heidelberg oder Paris, wurde mit dem Namen »Annales« etwas anderes assoziiert.

[104] Vgl. Anm. 4 sowie Karl Ferdinand WERNER, Das NS-Geschichtsbild und die deutsche Geschichtswissenschaft, Stuttgart 1967.

getragen[105] wie die überspitzte ›anti-objektivistische‹ Kritik eines Dieter Groh in derselben Zeitschrift[106], die manche Leser erst mit der Nase darauf stieß, daß hier etwas zu entdecken war. Auch der Sammelband mit »Annales«-Aufsätzen, den Claudia Honegger 1977 bei Suhrkamp herausgab und der weite Verbreitung fand, enthielt zwar eine Einleitung mit einer neomarxistischen Kritik an den »theoretischen Lücken« der französischen Historiker, doch er schloß mit einem Appell zur Lektüre: »Die theoretische und praktische Konstituierung einer materialistischen Geschichtswissenschaft ist ohne die Pionierarbeit der ›Annales‹-Historiker nicht möglich«[107].

Die wichtigste Barriere, die jetzt noch blieb, war die materielle Voraussetzung einer solchen Lektüre, also das Vorhandensein von Übersetzungen. Während vor allem in Italien und Lateinamerika, aber auch in England (und folglich in Nordamerika) von Bloch schon früh einige der wichtigsten Bücher (die »Apologie« und die »Feudalgesellschaft«, in England auch die »Étrange défaite«) übersetzt wurden, setzte die Übersetzungsarbeit in Deutschland mit über zwanzigjähriger Verspätung ein (Tab. 2).

Tab. 2: Marc Bloch-Editionen und Übersetzungen im Vergleich

Kurztitel	Französisch	Italienisch	Spanisch	Englisch	Deutsch
Rois et Serfs	1920	-	2006	-	-
Rois thaumaturges	1924	1973	1988	1973	1998
Caractères originaux	1931	1973	1978	1970	-
Société féodale	1939/40	1949	1958	1961	1982
Étrange défaite	1946	1970	2002	1953	1992
Apologie	1949/1993*	1930/1998*	1952/1995*	1953	1974/2002*
Mélanges historiques	1963	1959/1975**	-	1967/1975**	-
Souvenirs de guerre	1969	1994	-	1980	-
Histoire et historiens	1995	1997	1999	-	2000

* Die erste Angabe bezieht sich auf die von Lucien Febvre besorgte Edition, die zweite auf die sog. kritische Neuausgabe durch Étienne Bloch.

** In Italien und England wurden aus den Aufsätzen der »Mélanges historiques« zwei verschiedene Sammelbände zusammengestellt.

[105] Manfred WÜSTEMEYER, Die »Annales«: Grundsätze und Methoden ihrer »neuen Geschichtswissenschaft«, in: VSWG 54 (1967), S. 1–45.

[106] Dieter GROH, Strukturgeschichte als »totale« Geschichte?, in: VSWG 58 (1971), S. 289–322; erneut in: DERS., Kritische Geschichtswissenschaft in emanzipatorischer Absicht, Stuttgart 1973, S. 67–91; DERS., Anthropologische Dimensionen der Geschichte, Frankfurt a.M. 1992, S. 117–147. Hans-Ulrich Wehler, der sich sonst nie eingehend mit den »Annales« befaßte, bezeichnete Grohs Kritik damals als »vorzüglich«: DERS. (Hg.), Geschichte und Soziologie, Köln 1972, S. 28 u. 188. Gleichsam als Antwort auf Groh: Georg G. IGGERS, Die »Annales« und ihre Kritiker. Probleme moderner französischer Sozialgeschichte, in: HZ 219 (1974), S. 578–608.

[107] Claudia HONEGGER (Hg.), Schrift und Materie der Geschichte. Vorschläge zur systematischen Aneignung historischer Prozesse, Frankfurt a.M. 1977, S. 37.

Das erste Buch und meines Wissens auch der erste Text von Bloch, der ins Deutsche übersetzt wurde, war interessanterweise die »Apologie pour l'histoire«, die 1974 im Stuttgarter Ernst-Klett-Verlag erschien[108]. Die Übersetzung besorgten Siegfried Furtenbach und Friedrich J. Lucas, der außerdem ein Vorwort beisteuerte. Das Buch wurde aber nicht etwa im Hauptprogramm des Verlages plaziert und auch nicht – was immerhin denkbar gewesen wäre – in der von Werner Conze herausgegebenen Reihe »Industrielle Welt«, sondern in einer kleinen Reihe mit dem Titel »Anmerkungen und Argumente zur historischen und politischen Bildung«. Blochs letztes, programmatisches Buch, das man rückblickend als sein theoretisches Testament lesen kann, in dem er seine Vorstellung von Geschichtswissenschaft gegenüber kritischen Einwänden, etwa von Literaten oder Philosophen, zu verteidigen suchte – daher der Titel »Apologie«[109] –, wurde in Deutschland also zuerst als geschichtsdidaktisches Einführungsbuch präsentiert. Mit Ausnahme von Kennern der Historiographie-Geschichte, wie Ernst Schulin, der konzedierte, daß es »längst eine Ehrenpflicht der deutschen Historiker gewesen [wäre], für eine Übersetzung von Marc Blochs ›Apologie‹ zu sorgen, diesen kostbaren Betrachtungen voller Wissenschafts- und Welterfahrung«[110], war die Rezeption entsprechend begrenzt. Erst als das Bändchen in anderen Aufmachungen und auch als Taschenbuch erschien, konnte es ein breiteres Publikum erreichen. Allerdings trug es weiterhin einen irreführenden Titel – »Apologie der Geschichte« statt »...der Geschichtswissenschaft« – und war mit zahllosen, teilweise zeitbedingten Übersetzungsmängeln behaftet. Dabei gingen nicht nur der Sprachduktus, sondern oft auch der Denkmodus von Bloch verloren[111].

Das zweite Buch, das übertragen wurde, war »La Société féodale«, das 1982 als »Die Feudalgesellschaft« im Berliner Propyläen-Verlag erschien[112]. Schon in den 1950er Jahren hatte sich Karl Ferdinand Werner für eine Über-

[108] Marc BLOCH, Apologie der Geschichte oder Der Beruf des Historikers, hg. von Friedrich J. LUCAS, Übers. Siegfried FURTENBACH, Stuttgart 1974 (Anmerkungen und Argumente zur historischen und politischen Bildung, Bd. 9). Von dieser Übersetzung erschienen drei Nachauflagen: 1980 (Paperback ohne Reihentitel), 1985 (dtv-Taschenbuch) und 1992 (Hardcover ohne Reihentitel).

[109] Vgl. mein Nachwort zur Neuübersetzung: Marc BLOCH, Apologie der Geschichtswissenschaft oder Der Beruf des Historikers, nach der von Étienne Bloch edierten französischen Ausgabe, hg. von Peter SCHÖTTLER, Übers. Wolfram BAYER, Stuttgart 2002, S. 215–280.

[110] Ernst SCHULIN, Rez. Marc BLOCH, Apologie der Geschichte oder der Beruf des Historikers, Stuttgart 1974, in: Das Historisch-Politische Buch 24 (1976), S. 6.

[111] In der Neuübersetzung von 2002 (vgl. Anm. 109) wurde versucht, das zu beheben. Wie jede Übersetzung wird aber auch sie eines Tages verbessert werden müssen.

[112] Marc BLOCH, Die Feudalgesellschaft, Übers. Eberhard BOHM in Zusammenarbeit mit Kuno BÖSE, Eva BRÜCKNER-PFAFFENBERGER, Michael ERBE, Hans-Christian HJORT, Johannes KRIESER u. Ursula VARCHMIN, Berlin 1982.

setzung eingesetzt, vergeblich[113]. Nun wurde das Buch – vor dem Hintergrund der in den 1970er Jahren eingeleiteten »Annales«-Rezeption[114] und wohl auch aufgrund der besonderen Aura, die Bloch in den Augen von Nachwuchshistorikern umgab[115] – endlich übersetzt, und zwar gleich von einem ganzen Kollektiv bestehend aus jungen, engagierten Historikern und Romanisten an der FU Berlin, angeführt von Eberhard Bohm und Michael Erbe[116]. Das Ergebnis war verdienstvoll, aber leider sprachlich unausgeglichen und oft inhaltlich ungenau. Einige Rezensenten haben diese Mängel sofort benannt und eine Überarbeitung verlangt[117]. Hinzu kam, daß gerade dieses Buch die Distanz zwischen französischer und deutscher Mediävistik besonders deutlich vor Augen führte: Statt einer rechts- und landesgeschichtlich fundierten »Verfassungsgeschichte« wurde eine mittelalterliche Gesellschafts- und »Klassenanalyse« geboten, was in deutschen Ohren noch immer provozierend klang[118].

[113] Karl Ferdinand WERNER, Présentation, in: ATSMA, BURGUIÈRE, Marc Bloch (wie Anm. 100), S. 49. Bei vielen Gelegenheiten bezeichnete Werner Marc Bloch als sein großes Vorbild. Vgl. DERS., Historisches Seminar – École des Annales. Zu den Grundlagen einer europäischen Geschichtsforschung, in: Jürgen MIETHKE (Hg.), Geschichte in Heidelberg. 100 Jahre Historisches Seminar. 50 Jahre Institut für Fränkisch-Pfälzische Geschichte und Landeskunde, Berlin 1992, S. 1–38, hier S. 36; DERS., Ein Historiker der »Generation 1945« zwischen »deutscher Historie«, Fach und Geschichte, in: Hartmut LEHMANN, Otto Gerhard OEXLE (Hg.), Erinnerungsstücke, Wege in die Vergangenheit. Rudolf Vierhaus zum 75. Geburtstag gewidmet, Wien 1997, S. 237–248, hier S. 248.

[114] Vgl. als Symptome v.a. Band von HONEGGER, Schrift und Materie (wie Anm. 107), sowie die Darstellung von ERBE, Sozialgeschichtsforschung (Anm. 8). In denselben Kontext gehört auch der programmatische Hinweis auf Bloch in einem Festvortrag von Felix Gilbert aus Anlaß seiner Ehrenpromotion an der Freien Universität Berlin im April 1980. Vgl. Otto BÜSCH, Michael ERBE (Hg.), Otto Hintze und die moderne Geschichtswissenschaft, Berlin 1983, S. 195–208.

[115] Als Beleg dafür mag die Widmung »Dem Andenken an Marc Bloch (1886–1944)« in einem Gemeinschaftswerk ›linker‹ Sozialhistoriker gelesen werden, die in der Einleitung wie folgt begründet wird: »Die Autoren widmen diese Geschichte der Arbeit dem Andenken an den französischen Sozialhistoriker Marc Bloch, dem Mitbegründer der ›Annales‹ und dem Verfasser von ›La Société féodale‹, einem der bedeutendsten Werke der Geschichtswissenschaft in diesem Jahrhundert. Es besteht Grund, gerade in Deutschland dieses Historikers zu gedenken: Marc Bloch wurde am 16. Juni 1944 im Alter von siebenundfünfzig Jahren als Widerstandskämpfer in Lyon von der Gestapo erschossen«; Helmuth SCHNEIDER (Hg.), Geschichte der Arbeit. Vom Alten Ägypten bis zur Gegenwart, Köln 1980, S. 7 u. 21.

[116] Ich danke Michael Erbe für nähere Auskünfte zur Entstehung dieser Übersetzung (Brief vom 14.7.07).

[117] So bezeichnete Hannah Vollrath die Übersetzung als »unsägliches Machwerk«, das »schlechterdings unbrauchbar« sei, bzw. »erst durch Beiziehung des Originals verständlich werde« (Das Historisch-Politische Buch 30 [1982], S. 263). Heribert Müller war nicht ganz so vernichtend, forderte aber ebenfalls eine Überarbeitung: »Die wortwörtliche Übersetzung geht manches Mal bis an die Grenze des Zumutbaren« (Geschichte in Köln 13 [1983], S. 135).

[118] František Graus, der das Buch in seiner Rezension der deutschen Ausgabe als »Musterbeispiel einer sozial-strukturellen Analyse« bezeichnete, bedauerte zugleich, daß es in der

Daher wundert es nicht, daß das Buch, als es rund 15 Jahre später bei Klett-Cotta neu herauskam, nicht bloß sprachlich und terminologisch überarbeitet, sondern eine weitreichende Revision der Erstübersetzung vorgenommen wurde[119]. Der Kontrast ist frappierend: Während die Berliner Übersetzergruppe ihrem Autor eine historisch-sozialwissenschaftliche Sprache lieh, wie sie in den 1970er Jahren in progressiven Kreisen üblich war, wurden in der Neufassung nicht nur Kleinigkeiten korrigiert, sondern Standardbegriffe der »Annales« wie »mentalité« oder »atmosphère mentale« durch allerlei Formulierungen mit »Geist« ersetzt. Aus Europa wurde »Abendland«, aus Monarchie »Königtum« usw., vor allem aber wurden alle Passagen revidiert, in denen explizit von »Klassen« oder »Sozialstrukturen« die Rede war. Das Schlimme ist nur, daß dies Blochs *eigene* Begriffe waren, die er jedoch, wie erwähnt, nicht im marxistischen, sondern im Durkheimschen Sinne verstand. Wenn jetzt also – in der Absicht, Bloch in Deutschland verständlicher zu machen – aus einer Kapitelüberschrift wie »Les nobles comme classe de fait« [Der Adel als faktische Klasse] im Deutschen ein Titel wird wie: »Der Adel im Wandel der Zeiten«[120] und überhaupt das Wort »Klasse« systematisch durch »Stand« ersetzt wird, verschwindet der theoretische Zugriff des Buches und wird auch seine sozialgeschichtliche Perspektive banalisiert[121]. Man ahnt, welche Mißverständnisse dies bei ahnungslosen Lesern auslösen muß.

deutschen Mediävistik »bisher kaum beachtet worden« sei, weil es den »traditionellen Ansätzen der deutschen Forschung über den Adel und das Lehnswesen« widerspreche. »Einer Strukturanalyse oder einer von Marc Bloch angebahnten ›totalen Geschichte‹ hat man bisher nur wenig Verständnis entgegengebracht«; Zeitschrift für historische Forschung 12 (1985), S. 219–221.

[119] Marc BLOCH, Die Feudalgesellschaft, Übersetzung von Eberhard BOHM in Zusammenarbeit mit Kuno BÖSE, Eva BRÜCKNER-PFAFFENBERGER, Michael ERBE, Hans-Christian HJORT, Johannes KRIESER und Ursula VARCHMIN, Stuttgart 1999. Ferner heißt es im Impressum: »Durchgesehene Neuausgabe nach der Übersetzung bei Propyläen«, und auf der Internet-Seite des Verlages noch genauer: »Aus dem Französischen von Eberhard Bohm (völlig überarb. Neuausg. von Renate Warttmann)«.

[120] In der alten Übersetzung lautete die Übersetzung noch: »Der Adel als real bestehende Klasse« (1982, S. 341). Die Übersetzung des zweiten Teils (bzw. Bandes!) des Buches lautet im Original: »Les classes et le gouvernement des hommes«. Daraus wurde 1982: »Die Klassen und die Regierung der Menschen«, 1999 dagegen: »Die Stände und die Herrschaft über die Menschen«. Ein drittes Beispiel: Aus dem Satz »ici le mot de classe n'était pas loin de pouvoir être pris dans son sens le plus restreint« (Société féodale, S. 480) wurde 1982: »...daß man das Wort Klasse in diesem Fall in seiner genauesten Bedeutung verstehen könnte« (S. 416) und 1999: »...daß man das Wort Stand in diesem Fall in seiner genauesten Bedeutung verstehen könnte« (S. 457). Tatsächlich wird der Leser in diesem Buch aber keinen einzigen Begriff mehr allzu »genau verstehen können«.

[121] Wie mir die Bearbeiterin, Renate Warttmann, schrieb (27.11.2007), wofür ich ihr sehr dankbar bin, entstand die Textrevision in enger Absprache mit dem damaligen Verlagslektor. Ziel sei gewesen, »sprachliche Schnitzer und unbeholfene Direktübersetzungen mit Begriffen, die nicht der deutschen Historikersprache entsprechen«, zu tilgen und das Buch insgesamt dem Sprachgebrauch der deutschen Mediävistik anzunähern. »So wie ich

Die weiteren Übersetzungen können zum Schluß nur noch kurz erwähnt werden. Um sie genauer zu situieren, müßte ausführlicher über die jüngste Entwicklung der Bloch-Rezeption berichtet werden, was den Rahmen dieses Aufsatzes sprengen würde. Schon die Häufung der Übersetzungen und der damit verbundenen Rezensionen (Tab. 3) unterstreicht nämlich eine veränderte Konstellation: Seit den 1990er Jahren ist Marc Bloch zu einem wichtigen Autor geworden, für den sich nicht mehr nur Historiker interessieren.

Tab. 3: Marc-Bloch-Rezensionen in Deutschland (West) nach 1945

La France sous les derniers Capétiens (1958)	HJb 80 (1961), S. 338–340	Theodor Schieffer
	HZ 195 (1962), S. 694f.	Ludwig Buisson
MH (1963)	HJb 85 (1965), S. 165	Jürgen Sydow
	Jahrbuch für Nationalökonomie, 178 (1965), 258–269	Erich Maschke
	HZ 202 (1966), S. 692f.	Walther Kienast
AG1 (1974/1980)	HPB 24 (1976), S. 6	Ernst Schulin
	HPB 28 (1980), S. 371	Karl-Georg Faber
	FAZ, 7.10.1975	Michael Stürmer
FG1 (1982)	HPB 30 (1982), S. 262f.	Hanna Vollrath
	Geschichte in Köln (1983) H. 13, S. 132–135	Heribert Müller
	DA 39 (1983), S. 679f.	Wilfried Hermann
	ZHF 12 (1985), S. 219–221	František Graus
	Die Zeit, 11.2.1983	Hagen Schulze
SN (1992)	HPB 48 (2000), S. 260	Franz Knipping
	Die Zeit, 10.4.1992	Peter Schöttler
	FAZ, 14.4.1992	Gustav Seibt
WK (1998)	HPB 47 (1999), S. 125	Ludger Tewes
	ZHF 28 (2001), S. 444f.	Otto Gerhard Oexle
	FAZ, 6.10.1998	Ulrich Raulff
	Berliner Zeitung, 6.10.1998	Kurt Flasch
	Die Zeit, 8.10.1998	Peter Schöttler
FG2 (1999)	Die Zeit, 23.3.2000	H.-M. Lohmann
	FAZ, 14.4.2001	Michael Borgolte
WH (2000)	HZ 275 (2002), S. 681–684	Stefan Jordan
	Forum Qual. Sozialforsch. 3 (2002) 1	Volker Barth
	SZ, 29.1.2001	Tobias Heyl
	Die Zeit, 23.5.2001	Volker Ullrich
	NZZ, 25.7.2001	Urs Hafner
Briefe an Berr (2001)	HZ 275 (2002), S. 681–684	Stefan Jordan
	FR, 21.3.2001	Volker Reinhardt
	FAZ, 14.4.2001	Michael Borgolte
	NZZ, 25.7.2001	Urs Hafner

es heute vermute«, fügt Frau Warttmann hinzu, »war es damals nach dem Untergang des Kommunismus einfach ein Ding der Unmöglichkeit, ›Klasse‹ stehen zu lassen«.

AG2 (2002)	HZ 276 (2003), S. 694f.	Peter Fuchs
	Comparativ 13 (2003), S. 256f.	Matthias Middell
	Literaturen (2002), H.5	Gustav Seibt
	SZ, 10.7.2002	Stefan Rebenich
	Berliner Zeitung, 19.8.2002	Manfred Schwarz
	NZZ, 21.8.2002	Marie Theres Fögen

Abkürzungen:
AG1 = Apologie der Geschichte (Stuttgart 1974); AG2 = Apologie der Geschichtswissenschaft (Stuttgart 2002); FG1 = Feudalgesellschaft (Berlin 1982); FG2 = Die Feudalgesellschaft (Stuttgart 1999); MH = Mélanges historiques (Paris 1963); SN = Die seltsame Niederlage: Frankreich 1940 (Frankfurt a.M. 1992); WH = Aus der Werkstatt des Historikers (Frankfurt a.M. 2000); WK = Die wundertätigen Könige (München 1998); Briefe an Berr = Briefe an Henri Berr 1924–1943 (Stuttgart 2001)
DA = Deutsches Archiv für die Geschichte des Mittelalters; HZ = Historische Zeitschrift; HJb = Historisches Jahrbuch; HPB = Das Historisch-Politische Buch; ZHF = Zeitschrift für historische Forschung; FAZ = Frankfurter Allgemeine Zeitung; FR = Frankfurter Rundschau; NZZ = Neue Zürcher Zeitung; SZ = Süddeutsche Zeitung

Eine Wende markiert die 1992 im S. Fischer-Verlag publizierte Übersetzung der »Étrange Défaite« unter dem Titel: »Die Seltsame Niederlage: Frankreich 1940. Der Historiker als Zeuge«[122]. Hier deutet sich eine neue Rezeptionsphase an, in der Bloch nicht mehr bloß als Mediävist oder Fachgelehrter, sondern als »Zeitzeuge« und »Zeithistoriker« entdeckt wird. Auch in Frankreich und in der angelsächsischen Welt läßt sich dieser Trend beobachten[123]. Er trägt nicht wenig dazu bei, daß innerhalb weniger Jahre überall auf der Welt Blochs charismatischer Name an Universitäten und Institute geheftet wird[124]. Im Gefolge der Wiedervereinigung entstand auch in Berlin ein deutsch-französisches Forschungszentrum, das seit 1994 den Namen »Centre Marc Bloch« trägt[125].

Vor allem Blochs Bericht (und Analyse) von 1940 wird für eine breitere Öffentlichkeit zum emblematischen Text; in Paris wurde daraus sogar ein

[122] BLOCH, Seltsame Niederlage (wie Anm. 71).

[123] Symptomatisch dafür sind u.a. die Bloch-Biographie von Carole FINK (Marc Bloch. A Life in History, Cambridge 1989) sowie die Einleitung von Annette BECKER zu der in Anm. 59 zit. Anthologie.

[124] So gibt es nicht nur eine »Université Marc-Bloch« in Straßburg, sondern auch ein »Centre universitaire Marc-Bloch« in Belfort, ein »Centre Marc-Bloch« in Berlin und ein weiteres Institut in Moskau, zwei Bloch-Vorlesungen (in Paris und Montreal), zwei Bloch-Lehrstühle (in Venezuela und in Berlin), Stipendien, Zeitschriften, Vereine usw., ganz zu schweigen von Straßen und Plätzen, Grundschulen und Gymnasien, die überall in Frankreich den Namen des großen Historikers tragen.

[125] Vgl. Nicolas BEAUPRÉ, Le Centre Marc-Bloch de Berlin. Du projet à la réalisation (1989–1994), in: Ulrich PFEIL (Hg.), Deutsch-französische Kultur- und Wissenschaftsbeziehungen im 20. Jahrhundert. Ein institutionengeschichtlicher Ansatz, München 2007, S. 367–380. Seit 2006 gibt es an der Berliner Humboldt-Universität auch einen Marc-Bloch-Lehrstuhl, der jeweils mit französischen Gastwissenschaftlern besetzt wird.

Theaterstück gemacht[126]. Die damals von Ulrich Raulff präsentierte deutsche Ausgabe deutete diesen Trend, für den auch Raulffs eigene Bloch-Monographie steht[127], bereits frühzeitig an. Ein Satz rückte dabei in den Mittelpunkt, der mittlerweile in Frankreich zum Signum jeder ›nationalen‹ Bloch-Interpretation geworden ist[128]: »Es gibt zwei Kategorien von Franzosen«, schrieb der Historiker, »die nie die Geschichte Frankreichs begreifen werden: diejenigen, welche sich von der Erinnerung an die Königsweihe von Reims nicht anrühren lassen, und diejenigen, welche den Bericht über das Bundesfest [von 1790] ohne innere Anteilnahme lesen«[129]. Entscheidend ist allerdings, daß Bloch diesen Aphorismus nicht erst 1940 ersann, sondern bereits 1917, wobei er ihm einen Titel gab, der heute gerne vergessen wird (Raulff erwähnt ihn immerhin in einer Fußnote): »Sur l'histoire de France et pourquoi je ne suis pas conservateur«[130]. Deshalb ist es vielleicht auch kein Zufall, daß die lakonische Sprache des Originals in der deutschen Übersetzung der »Étrange Défaite« oft allzu pathetisch gewendet wird. Zwar wird der kritische Bloch gegenüber dem ›Krieger‹ nicht ganz vergessen, aber Schritt für Schritt wandert die Ikone gleichsam von links nach rechts, und der einst des Marxismus oder »Kausalismus« (Gerhard Ritter) verdächtigte Historiker kann sich jetzt sogar der Bewunderung konservativer Publizisten erfreuen, weil er mitten im Krieg der Geschichtsschreibung ihren »Anteil an Poesie« zugestanden habe[131].

[126] »L'Étrange défaite«, Théâtre Averse, Paris, 2000. In diesem Ein-Personen-Stück deklamiert ein Schauspieler, der Marc Bloch darstellen soll, große Teile des Buchtextes, der gleichsam als ein innerer Monolog interpretiert wird.

[127] Ulrich RAULFF, Ein Historiker im 20. Jahrhundert: Marc Bloch, Frankfurt a.M. 1995.

[128] In der Tat wurde dieser Satz im Präsidentschaftswahlkampf 2006/2007 in zahlreichen Reden sowohl von Nicolas Sarkozy (z.B. am 25.1.2007, 26.1.2007, 9.3.2007, 5.4.2007) als auch von Jean Marie Le Pen (so z.B. am 20.9.2006) verwendet. Auch sonst wird er besonders häufig von den Anhängern jener ›großen Koalition‹ zitiert, die Bloch für eine ›identitäre‹ Politik vereinnahmen möchte. Einer ihrer Sprecher ist der Historiker Max GALLO (vgl. DERS., Fier d'être français, Paris 2006, mit zahlreichen Hinweisen auf Bloch). Von ihm ging auch die Initiative aus, Bloch ins Pariser Pantheon zu überführen, wobei in der »supplique« an den Staatspräsidenten wieder jenes Zitat angeführt wurde (vgl. Le Figaro, 1.6.2006). Offenbar sollte mit dieser Initiative ein schon älterer Vorschlag, nämlich die »Pantheonisierung« von Alfred Dreyfus, als die Nation »spaltend« verhindert werden. Zu dieser merkwürdigen Kontroverse (Bloch vs. Dreyfus) vgl. Vincent DUCLERT, Dreyfus au Panthéon. Voyage au cœur de la République, Paris 2007.

[129] Ulrich RAULFF, Vorwort, in: BLOCH, Seltsame Niederlage (wie Anm. 71), S. 17; vgl. auch ibid., S. 222.

[130] Marc BLOCH, Écrits de guerre 1914–1918, hg. von Étienne BLOCH, Paris 1997, S. 165. Die deutsche Übersetzung sollte also lauten: »Über die Geschichte Frankreichs und warum ich kein Konservativer bin« (und nicht »...warum ich nicht konservativ bin«), wie im Vorwort von RAULFF (wie Anm. 129), S. 36.

[131] So etwa Joachim FEST, Wege zur Geschichte. Über Theodor Mommsen, Jacob Burckhardt und Golo Mann, Zürich 1992, S. 129–130; DERS., Der zerstörte Traum, in: DERS., Nach dem Scheitern der Utopien, Reinbek 2007, S. 269. Vgl. auch schon: Hagen SCHUL-

Daß Blochs Œuvre aber nicht nur ›politisch‹ oder ›literarisch‹ interessant, sondern in erster Linie das eines Wissenschaftlers und Gelehrten ist, hat demgegenüber die Übersetzung der »Rois thaumaturges« unterstrichen, die 1998 unter dem Titel »Die wundertätigen Könige« im C.H. Beck-Verlag herauskam[132]. Bei diesem umfangreichen und schwierigen Buch, das 1924 Blochs akademische Reputation begründete, scheint die Hilfe von Institutionen und Förderfonds, die übrigens auch anderen Bloch-Übersetzungen zugute kam, besonders nötig gewesen zu sein[133]. Auch fügt sich diese Studie besonders gut in den Aufschwung der sogenannte »Historischen Anthropologie« ein, die in Frankreich seit den 1970er Jahren das Paradigma der Mentalitätsgeschichte ablöste und seit den 1980er Jahren auch in Deutschland eine neue Perspektive zu benennen versucht[134].

Gegenüber den ersten Nachkriegsjahrzehnten hat sich die historiographische Szenerie in Deutschland sehr stark gewandelt. Mit Namen wie »Marc Bloch« oder »Annales« verbinden sich heute kaum noch Ängste, sondern im Gegenteil ein äußerst positiv besetztes Programm, das sowohl von jüngeren Historikergenerationen als auch von den Buchverlagen geradezu mit Enthusiasmus aufgenommen und weitergetragen wird. Mag sein, daß dabei die wissenschaftlichen Eigentümlichkeiten des Historikers nicht immer beachtet werden; mag sein, daß dabei auch Moden und Nachahmungseffekte eine Rolle spielen – doch sei's drum. Marc Bloch ist jedenfalls zum überall zitierfähigen ›Klassiker‹ aufgestiegen[135]. Sogar Ministerpräsidenten oder Oberbürgermei-

ZE, Vom Vergnügen an der Geschichte, in: Von Geschichte umgeben. Joachim Fest zum Sechzigsten, Berlin 1986, 217–230, hier S. 226.

[132] Marc BLOCH, Die wundertätigen Könige, Übersetzung und Nachwort Claudia MÄRTL, München 1998.

[133] Im Kleingedruckten der folgenden Bände werden Übersetzungs- und Druckkostenzuschüsse vermerkt: Die Seltsame Niederlage (1992); Die wundertätigen Könige (1999); Aus der Werkstatt des Historikers (2002). Allein die drei Bloch-Bände des Klett-Cotta-Verlages kamen ohne Zuschüsse zustande.

[134] Siehe etwa die Gründung der Zeitschrift »Historische Anthropologie. Kultur – Gesellschaft – Alltag« im Jahr 1993. Dazu bilanzierend und mit vielen Verweisen auf Bloch: Jakob TANNER, Historische Anthropologie zur Einführung, Hamburg 2004; Hans MEDICK, Historische Anthropologie auf dem Weg zur Selbstreflexion, in: HZ 283 (2006), S. 123–130.

[135] Vgl. in diesem Sinne bereits Heribert Müller, 1983: »ein Klassiker, den jeder, der sich wissenschaftlich mit Geschichte befaßt, gelesen haben muß« (wie Anm. 117, S. 132) sowie Michael Mitterauer in einem Marc Bloch gewidmeten Heft der österreichischen Zeitschrift Historicum 17 (1990), S. 24–26. Vgl. auch Dietrich LOHRMANN, Marc Bloch und die neuere Sozialgeschichte in Frankreich, in: Karl-Siegbert REHBERG, Frank-Rutger HAUSMANN (Hg.), Klassiker der Wissenschaften, Aachen 1995, S. 353–366; Otto Gerhard OEXLE, Viel mehr als nur ein Klassiker: Marc Bloch, in: Rechtshistorisches Journal 15 (1996), S. 79–95. Kürzlich wurde ein Beitrag über Bloch auch in die Sammlung »Klassiker der Geschichtswissenschaft«, hg. von Lutz RAPHAEL, München 2006, aufgenommen.

sterinnen können sich auf ihn berufen[136]. Und auch in der geschichtswissenschaftlichen Grundausbildung ist er endlich angekommen, wie ein Blick in neuere Einführungsbücher demonstriert[137].

Das heißt allerdings nicht, daß ihn die Studierenden oder Lehrenden auch tatsächlich lesen; Blochs Bücher sind bis heute keine Bestseller. Trotz aller Bemühungen, zu denen auch einige deutsche Bloch-Spezialisten beigetragen haben (erwähnt seien nur Otto Gerhard Oexle und Ulrich Raulff sowie unter den Mediävisten: Karl Ferdinand Werner, Ludolf Kuchenbuch, Dietrich Lohrmann und Michael Borgolte), bleibt Bloch vielfach nur ein Name, ein Bild, eine Projektionsfläche, die auf verschiedenste Weise genutzt wird. Jeder meint ihn zu kennen, und jeder kann sich auf ihn berufen, ohne sich historiographisch festlegen oder ausweisen zu müssen[138]. Daher zum Schluß noch einmal ein *caveat*, mit dem Pierre Bourdieu die besonderen Rezeptionsbedingungen ausländischer Autoren unterstrich: »Très souvent avec les auteurs étrangers, ce n'est pas ce qu'ils disent qui compte, mais ce qu'on peut leur faire dire. C'est pourquoi certains auteurs particulièrement élastiques circulent très bien. Les grandes prophéties sont polysémiques«[139]. Sollte also Marc Bloch in Deutschland ein »vieldeutiger Autor« sein? Vielleicht. Vielleicht aber auch nur, solange man ihn nicht liest.

[136] Siehe das Grußwort von Hans EICHEL auf dem Frankfurter Historikertag (Intentionen – Wirklichkeiten. 42. Deutscher Historikertag in Frankfurt am Main. 8. bis 11. September 1998. Berichtsband, hg. vom Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands, München 1999, S. 14f.) oder die Rede der Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra ROTH bei der Trauerfeier für Joachim Fest (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.9.2006).

[137] Während die bekanntesten deutschen ›Geschichtstheoretiker‹ wie Hans-Ulrich Wehler, Reinhart Koselleck oder Jörn Rüsen fast ganz ohne französische Referenzen auskamen, wird Bloch seit einigen Jahren immer wieder in Einführungsbänden zitiert. Vgl. etwa Joachim EIBACH, Günther LOTTES (Hg.), Kompass der Geschichtswissenschaft, Göttingen 2002 (12 Erwähnungen); Ludolf HERBST, Komplexität und Chaos, München 2004 (10 Erw.); Jörg BABEROWSKI, Der Sinn der Geschichte, München 2005 (11 Erw.).

[138] Ein Indiz dafür, daß Blochs Texte heute als ›bekannt‹ gelten und nur noch selten neu gelesen werden, ist die Tatsache, daß sogar Fachhistoriker, die sich auf Blochs Komparatismus-Aufsatz von 1928 oder seine ›Apologie‹ berufen, häufig obsolete Übersetzungen zugrunde legen, so als ob es auf solche Details – den eigentlichen Text – gar nicht ankäme.

[139] BOURDIEU, Circulation internationale des idées (wie Anm. 13), S. 5.

AGNÈS GRACEFFA

DEUTSCHE GESCHICHTSSCHREIBUNG AUS DER SICHT FRANZÖSISCHER HISTORIKER

Das Beispiel des Frühmittelalters*

Schwankend zwischen der Anziehungskraft deutscher Geschichtswissenschaft und ihrem Mißtrauen angesichts des pangermanischen Schreckensbildes, versuchten die Franzosen, die wissenschaftliche Methodik des deutschen Nachbarn zu beurteilen (»Les historiens français et la science historique allemande, 1923«)[1]. Marc Bloch rief: »Wozu diese gefährlichen Bezeichnungen, ›deutsche‹ oder ›französische‹ Wissenschaft? Wenn ich mich nicht irre, gibt es doch nur *eine* Wissenschaft«[2]. Während des ganzen 19. und frühen 20. Jahrhunderts, von Georg Niebuhr bis zu Alfons Dopsch, war die deutschsprachige Geschichtsschreibung für die französischen Mediävisten zugleich wissenschaftliche Referenz und Modell. Dieser beispielhafte Charakter konnte Anknüpfungsmöglichkeiten für einen Bedeutungszuwachs der Geschichtswissenschaft liefern, aber er konnte auch in entgegengesetzter Richtung eine Bekräftigung einer spezifisch französischen Praxis ermöglichen. Gabriel Monod unterstrich 1876 in seinem Einleitungsartikel in der »Revue historique« diese bestimmende Rolle als:

> Es ist Deutschland, das den größten Teil zur historischen Arbeit unseres Jahrhunderts beigesteuert hat. Dieses Übergewicht verdankt Deutschland wahrscheinlich seiner besonderen

* Anmerkung der Übersetzerin: Im Original lautete der Titel: »L'historiographie allemande vue par les historiens français: l'exemple du très haut Moyen Âge«. Die deutschen und die französischen Periodisierungen der einzelnen Abschnitte des Mittelalters (und damit auch die Bezeichnungskonventionen) unterscheiden sich. In Frankreich geht ein Teil der Mediävisten von der Existenz eines »Moyen Âge central« eines »zentralen Mittelalters« aus. »(Très) haut Moyen Âge« wurde daher den deutschen Konventionen entsprechend mit »Frühmittelalter« übersetzt. In diesem Text steht nicht das »Hochmittelalter« im Sinne der deutschen Definition im Mittelpunkt, sondern vor allem Forschungen zur Übergangszeit nach dem Ende der Antike bzw. Arbeiten zur merowingischen und karolingischen Epoche. Das unten im Text erwähnte CISAM (Centro Italiano di Studi sull'Alto Medioevo, Spoleto) beschäftigt sich nach eigenen Angaben mit der Kultur des 5.–11. Jahrhunderts (G.N.).

1 Louis HALPHEN, Les historiens français et la science historique allemande, Paris 1923.

2 Marc BLOCH, Une solution de continuité: invasions germaniques ou Islam?, in: Annales 4 (1934), S. 399.

Begabung (*genie*) selbst, die ganz besonders den geduldigen Forschungen der Gelehrsamkeit zu eigen ist [...]. Es verdankt sie vor allem der guten Organisation seiner Universitäten[3].

Zwischen 1870 und 1914 erreichte die Bewunderung ihren Höhepunkt. 1957 charakterisierte Claude Digeon diesen Zeitabschnitt als »crise allemande de la pensée française« (deutsche Krise des französischen Denkens)[4]. Die zeitgenössischen Beobachter waren der Ansicht, daß die militärische Überlegenheit der Deutschen sich gleichermaßen auf eine wissenschaftliche und geistige Vorrangstellung stützte, auf das Produkt der hohen Qualität ihres Bildungssystems und ihrer Gelehrten. Nach Charles Olivier Carbonell referieren in denselben Jahren der größte Teil der *thèses* (d.i. wissenschaftliche Qualifikationsarbeiten) zum Frühmittelalter mehr deutsche als französische Quellen[5]. Die jüngsten Untersuchungen zu diesem Thema neigen dazu, den Einfluß der Wissenschaft vom anderen Rheinufer geringer einzustufen, indem sie über die Grenzen dieses ›importierten Modells‹[6] nachdenken und zu dem Schluß kommen, bei den französischen Historikern sei das Interesse »traditionsgemäß schwach« gewesen[7]. Das Gewicht einiger als »Standardwerke« bezeichneter Arbeiten, die in den Genuß einer französischen Übersetzung gekommen seien, verdecke eine allgemeine Unkenntnis der zeitgenössischen deutschen historiographischen Landschaft[8]. Die Beurteilung des deutsch-französischen Wissenschaftstransfers bezog sich vor allem auf die Germanistik, manchmal auf die Zeitgeschichte, seltener auf die Mediävistik[9]. Der Fall des frühen Mittelalters kann innerhalb des historiographischen Feldes

3 Gabriel MONOD, Du progrès des études historiques en France depuis le XVI[e] siècle, in: Revue historique 1 (1876), S. 27.

4 Claude DIGEON, La crise allemande de la pensée française, Paris 1957.

5 Charles Olivier CARBONELL, Histoire et historiens. Une mutation idéologique des historiens français 1865-1885, Paris 1976, S. 553.

6 DERS., Ma réception de l'histoire allemande en France (1866–1885). Le mythe du modèle importé, in: Michel ESPAGNE, Michael WERNER (Hg.), Transferts, Paris 1988, S. 327–344: »Nahezu der Gesamtheit der französischen historischen Produktion sind deutsche Bezugspunkte völlig gleichgültig, nicht aus Verachtung oder aus Unkenntnis, sondern weil es für sie nicht üblich ist«.

7 Gabriele LINGELBACH, Un intérêt traditionnellement faible. Transfert Allemagne-France, in: Fritz NIES (Hg.), Les enjeux scientifiques de la traduction. Échanges franco-allemands en sciences humaines et sociales, Paris 2004, S. 115–139.

8 Sonja ASAL, Jean François KERVEGAN, Le triomphe de la tradition, in: Enjeux scientifiques (wie Anm. 7), S. 41–87.

9 Hinsichtlich der Entwicklung der französischen Germanistik und ihrer Verbindungen mit Deutschland sind, vor allem im Gefolge der Arbeiten von Michel Espagne und Michael Werner, zahlreiche Untersuchungen durchgeführt worden. Vgl. insbesondere zur Mediävistik folgende Artikel: Michel PARISSE, Les médiévistes français et l'histoire allemande, und Werner PARAVICINI, Zwischen Bewunderung und Verachtung. Französische und deutsche Mediävistik seit dem letzten Kriege, in: Peter MORAW, Rudolf SCHIEFFER (Hg.), Die deutschsprachige Mediävistik im 20. Jahrhundert, Ostfildern 2005, S. 365–380 und S. 175–230.

dennoch als eine Art Ausnahme bezeichnet werden, nicht zuletzt deshalb, weil das Thema der barbarischen Königreiche – ein schon von der Sache selbst her europäisches und von den heutigen deutschen Historikern viel untersuchtes Gebiet – eine ständige Berücksichtigung der beiderseitigen Forschungen erfordert. Ganz so wie die Mediävistik, die in Frankreich in den Jahren zwischen 1880 und 1930 als die klassische Ausbildungsdisziplin des Historikers angesehen wurde, stellte das Frühmittelalter in Deutschland bis in die 1970er Jahre einen bevorzugten Untersuchungsgegenstand zu Fragen der Gemeinschaft, der Gesellschaft und des Staates dar. Trotzdem nahm in den Augen auswärtiger Beobachter in der unmittelbaren Nachkriegszeit die dreifache Erfahrung von Nationalsozialismus, Zweitem Weltkrieg und Shoah der deutschen Wissenschaft jegliche Anziehungskraft.

Die Neustrukturierung der französischen Mediävistik vollzog sich im Anschluß an die alte, von Fustel de Coulanges aufgestellte Forderung nach einer spezifisch französischen Art, in Frankreich Geschichte zu betreiben[10]. Die Erforschung des frühen Mittelalters entstammte einer auf das engste mit der nationalen Frage verbundenen Tradition. Für die Königsdynastien des Ancien Régime und für die Adelsgeschichtsschreibung war sie wichtig bezüglich der historischen Erinnerung und der Legitimierung. Im 19. Jahrhundert wurde sie zu einem privilegierten Erinnerungsort der Nation, der in Frankreich in Konkurrenz zum keltischen Mythos stand, und der von der deutschen Germanenmanie angeregt wurde. Aus der Feder von Franz Petri[11] erbrachte sie 1937 den Beweis der Stichhaltigkeit einer legitimen Re-Germanisierung der Gebiete Nordfrankreichs und Belgiens, nationalistische Thesen, die schon 1945 von Veit Valentin zurückgewiesen wurden[12]:

> Die Geschichte des deutschen Volkes beginnt nicht mit den Cimbern und Teutonen, auch nicht mit Hermann, dem Cherusker. Es ist Zeit, mit den alten Legenden aufzuräumen. Das deutsche Volk, wie es heute besteht, ist ein verhältnismäßig spätes Erzeugnis der Mischung verschiedenster ethnischer Bestandteile, wobei das germanische Element nur eines von verschiedenen gleichwertigen Elementen gewesen ist[13].

Der Autor prangerte die falsche und pervertierte Natur der nationalsozialistischen Geschichtsinterpretation an[14] und nahm die 1926 von Franz Steinbach

[10] Numa Denys FUSTEL DE COULANGES, De la manière d'écrire l'histoire en France et en Allemagne depuis cinquante ans, in: Revue des deux mondes 101 (1.9.1872), S. 241–249.

[11] Franz PETRI, Germanisches Volkserbe in Wallonien und Nordfrankreich, Bonn 1937.

[12] Veit VALENTIN, Geschichte der Deutschen (1945), Berlin ^{2}1947, S. I: Valentin war seit 1933 als Gegner des Regimes erkannt und seines Postens als Archivar von Potsdam enthoben worden. Er präsentiert übrigens das Absetzungsschreiben im Vorwort des Buches und erinnert anschließend an sein englisches und später amerikanisches Exil.

[13] Ibid., S. III.

[14] Ibid., S. 3. »Der bitterste Vorwurf, den man dem Nationalsozialismus in Deutschland wahrscheinlich wird machen können ist: Er hat aus der deutschen Geschichte falsche Schlüsse gezogen«.

getroffene Feststellung einer grundlegenden ethnischen Vielfalt der Deutschen wieder auf: »die ethnische Vielfältigkeit der Deutschen«, Grundlage der Geschichte des Volkes und der Nation[15], und er disqualifizierte die Suche nach einer anderen als einer kulturellen oder politischen Einheit. Das fränkische Königreich stelle eine der zahlreichen Wurzeln der deutschen Geschichte dar, und das deutsche Volk gehe aus der Entwicklung der Monarchie hervor und nicht umgekehrt. Es sei die vom Königtum geschaffene Einheit, die durch die Einführung einer gemeinsamen Sprache und später auf dem Weg über die Vermischung der Stämme die Herausbildung eines Volkes ermöglicht habe[16].

Zu den Charakteristika der deutschen Geschichtswissenschaft nach 1945 gehörte es, umstandslos an die Tradition einer ›voraussetzungslosen Wissenschaft‹ anzuknüpfen, was Louis Halphen angesichts der Bedrohung durch die NS-Ideologie bereits 1936 verlangt hatte[17]. Studien zur historiographischen Nachkriegsproduktion Westdeutschlands unterstreichen sowohl bei den Personen, als auch bei den Fragestellungen die Kontinuität zwischen 1930 und 1960, so daß die historiographische Wende demnach eher in den 1960er Jahren anzusetzen ist[18]. Dennoch läßt sich in den Studien zum Frühmittelalter seit 1945 ein signifikanter Richtungswechsel des Diskurses beobachten, der seine fortschreitende Entnationalisierung ankündigt[19]. Diese Entwicklung betrifft folgende zwei Punkte: die Frage des ›germanisch‹-deutschen Raumes (Franz Petri) und die der Formen der Kontinuität zwischen römischem Reich und

[15] Ibid., S. 7. Franz Steinbach unterschied »mindestens sechs große Gruppen« (Franz STEINBACH, Studien zur westdeutschen Stammes- und Volksgeschichte, Jena 1926, S. 16). Veit Valentin macht vier davon ausfindig (das indoeuropäische Substrat, die Kelten, die Germanen, die Slawen), und – in geringerem Umfang – die Italiker, die Skandinavier, die Litauer, die Juden und die hugenottischen Franzosen.

[16] Ibid., Kapitel 2: »Die deutsche Geschichte wurzelt in der Geschichte des Frankenreiches« und später: »Zuerst gab es das Königtum, dann die Sprache, dann durch die Vermischung der Stämme und Volkssplitter das deutsche Volk, zuletzt, ganz spät, etwas wie einen deutschen Staat«. Er datiert auf diese Weise die Geburt des deutschen Volkes auf die Jahre um 1300. Die Chronologie der Einheit der Sprache geht der ethnischen Mischung voraus und verweist auf den ebenfalls von Steinbach ins Gedächtnis gerufenen, zeitlichen Ablauf der merowingischen Verschmelzungsvorgänge; STEINBACH, Studien (wie Anm. 15), S. 14.

[17] Louis HALPHEN, Histoire de France. Le Moyen Âge jusqu'aux Valois, in: Revue historique (1936), S. 743.

[18] Vgl. u.a. Étienne FRANÇOIS, Allemagne, in: Dictionnaire des sciences historiques, Paris 1986, S. 17; Ernst SCHULIN (Hg.), Deutsche Geschichtswissenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg (1945–1965), München 1989; Édouard HUSSON, Comprendre Hitler et la Shoah. Les historiens de la République Fédérale d'Allemagne et l'identité allemande depuis 1949, Paris 2000; Anne Chr. NAGEL, Im Schatten des Dritten Reiches. Mittelalterforschung in der Bundesrepublik Deutschland 1945–1970, Göttingen 2005.

[19] Hélène MIARD-DELACROIX, Question nationale allemande et nationalisme. Perceptions françaises d'une problématique allemande au début des années cinquante, Villeneuve d'Ascq 2004, S. 73. Die Autorin zitiert explizit Friedrich MEINECKE, Autobiographische Schriften, in: Werke 8, Stuttgart 1969, S. 323.

barbarischen Königreichen (Hermann Aubin)[20]. Die Notwendigkeit einer »Revision der Gewissen«[21] zieht die Dekonstruktion eines in übertriebener Weise nationalisierten germanischen Mythos und eines zu stark politisierten Mittelalters nach sich. Gewisse Historiker fühlten sich veranlaßt, sich gegenüber ihren Zeitgenossen zu rechtfertigen und geschichtliche Rechenschaft abzulegen[22]. Andere stellen in Verbindung mit einem relativistischen Denken eine epistemologische Reflexion über den Status der Geschichtswissenschaft an[23], doch ebbt diese Bewegung schnell wieder ab.

In der zukünftigen DDR beherrscht parallel dazu sehr schnell das marxistische Gebot die ostdeutsche Geschichtswissenschaft, was in dem von der SED geförderten Bestreben zur Begründung einer neuen, ausgesprochen antibürgerlichen historischen Schule zum Ausdruck kam[24]. Selbstkritische und reformistische Stimmen aus Deutschland finden bei den zutiefst in ihrem Inneren verletzten französischen Frühmediävisten jedoch wenig Echo. Das wissenschaftliche Vertrauen zur Historiographie vom anderen Rheinufer muß sich erst allmählich wieder aufbauen, bevor die französischen Historiker bereit sind, die Arbeiten der deutschen Kollegen wieder einzubeziehen. Die Auswertung der Forschungsberichte der »Revue historique« zu Deutschland und zum Mittelalter in der Zeit von 1945 bis 1990 erlaubt es, drei Zeitabschnitte zu unterscheiden. Der erste, von 1945 bis in die Mitte der 1950er Jahre, wird von Mißtrauen und Abwarten beherrscht. Von 1955 bis zum Ende der 1980er Jahre wächst langsam die Aufmerksamkeit, die durch die Entwicklung von Einrichtungen institutioneller Zusammenarbeit angeregt wird. Im Zuge des damals wieder erwachten Interesses am Frühmittelalter kommt es ab den 1990er Jahren zu einer wirklichen Veränderung. Die umfassende Berücksichtigung der deutschen Arbeiten ermöglicht die Entstehung einer echten europäischen Gemeinschaft der Mediävisten.

[20] Franz PETRI, Zum Stand der Diskussion über die fränkische Landnahme und die Entstehung der germanisch-romanischen Sprachgrenze, in: Rheinische Vierteljahrsblätter 15–16 (1950–1951), S. 39–86. Der Autor revidiert seine früheren, in »Germanisches Volkserbe« (wie Anm. 11) entwickelten Stellungnahmen; Hermann AUBIN, Vom Altertum zum Mittelalter. Absterben, Fortleben und Erneuerung, München 1949; vgl. dazu Eduard MÜHLE, Für Volk und deutschen Osten. Der Historiker Hermann Aubin und die deutsche Ostforschung, Düsseldorf 2005.

[21] Paul Egon HÜBINGER, Um ein neues deutsches Geschichtsbild, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 1 (1950), S. 390.

[22] G. FUNKE, Buchbesprechung, in: Historische Zeitschrift 172 (1951), S. 309.

[23] Theodor LITT, Die Frage nach dem Sinn der Geschichte, München 1948; DERS., Wege und Irrwege geschichtlichen Denkens, München 1949.

[24] Frank REUTER (Hg.), Geschichtsbewußtsein in der DDR. Programm und Aktion, Gütersloh 1973; Alexander FISCHER, Günther HEYDEMANN (Hg.), Geschichtswissenschaft in der DDR: 1. Historische Entwicklung, Theoriediskussion und Geschichtsdidaktik, Berlin 1988.

Zehn Jahre Mißtrauen und Abwarten (1945–1955)

In der Zeit unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg scheint die französische Mediävistik vor allem Trauer zu tragen, und dieser Eindruck setzt sich bis zum Beginn der 1950er Jahre fort. Robert Boutruche erinnerte 1949 daran, daß »die historische Produktion nicht nur von materiellen Schwierigkeiten getroffen war. Es gab die Gefangenen- und Konzentrationslager. Es gab auch die Toten«[25]. Er erwähnte u.a. Marc Bloch, André Deléage, Jean-Berthold Mahn, Félix Grat, Michel Le Grand, Émile Bridrey, Pierre Champion, Étienne Clouzot, den Abbé Chaume, Alfred Coville, Pierre Daudet, Alfred Dieudonné, Henri Focillon, Eugène Jarry, Édouard Jordan, Monseigneur Lesne, Paul Marichal, Monseigneur Martin, Léon Mirot, Henry Omont, Henri Stein, Pierre de Vaissière. So erklärt es sich u.a., daß die Rezensionen deutscher Werke damals selten waren und die Forschungsberichte zur Mediävistik die Beiträge von der anderen Rheinseite nicht erwähnten. Der erste Bericht zur deutschen Historiographie in der »Revue historique« wurde nicht vor 1952 veröffentlicht, der letzte davor stammte von 1938. Vierzehn Jahre waren vergangen, während zuvor das Zeitintervall der Berichte bei maximal zwei bis fünf Jahren gelegen hatte[26]. Von 1952 an wurde wieder ein regelmäßiger Vier-Jahres-Rhythmus aufgenommen, der seit 1980 fast zweijährlich wurde[27]. Robert Boutruche konstatierte die Verirrungen der deutschen Wissenschaft während des Nationalsozialismus und weitete diese Beobachtung aus, indem er eine nationalistische Radikalisierung der Geschichtsschreibung seit Bismarck identifizierte[28]. Philippe Dollinger beklagte auf gleiche Weise den auf Eroberung ausgerichteten Germanozentrismus der deutschen Wissenschaft: »Allein die Tatsache, daß das Regime historische Forschungen weiterhin gefördert und Veröffentlichungen, selbst von wissenschaftlicher Natur, seine Unterstützung gewährt hat, wäre ausreichend, um dies zu beweisen«[29]. Der Hauptvorwurf richtete sich jedoch gegen die Dominanz politischer und verfassungsgeschichtlicher Themen. Die deutschen Historiker bestünden systematisch auf dem

[25] Robert BOUTRUCHE, Histoire de France au Moyen Âge, in: Revue historique (1949), S. 237.

[26] Marc BLOCH, Charles-Edmond PERRIN, Histoire d'Allemagne: Moyen Âge, in: Revue historique 163 (1930), S. 331–373; 164 (1930), S. 134–160; 169 (1932), S. 615–655; 170 (1932), S. 62–101; 181 (1937), S. 405–458; 184 (1938), S. 79–112 und S. 146–190.

[27] Philippe DOLLINGER, Robert FOLZ, Histoire d'Allemagne au Moyen Âge, in: Revue historique 207 (1952), S. 87–117 und S. 258–294; 215 (1956), S. 96–128 und S. 296–328; 224 (1960), S. 123–154 und S. 369–400; 232 (1964), S. 165–190 und 431–462; 241 (1969), S. 179–200 und S. 409–440; 251 (1974), S. 435–458; 252 (1974), S. 445–478; 262 (1978), S. 163–203; dann Robert Folz allein in: 265 (1981), S. 131–149; 270 (1983), S. 403–444; 274 (1985), S. 201–218.

[28] BOUTRUCHE, Histoire (wie Anm. 25), S. 237.

[29] DOLLINGER (wie Anm. 27), in: Revue historique 207 (1952), S. 88.

germanischen Charakter der Institutionen und des mittelalterlichen Deutschlands und erwähnten fremde Einflüsse nur, um sie herunterzuspielen oder zu beklagen. Die antimarxistische und antiliberale Perspektive habe also die deutschen Historiker einzig und allein auf den politischen Faktor hin ausgerichtet.

Natürlich erwähnte auch Dollinger den Mord an Marc Bloch, der für ihn den durch den Krieg ausgelösten menschlichen Aderlaß der französischen Historiographie symbolisierte. Das Gedenken an ihn bestärkte dabei auch Dollinger, die von diesem Historiker und Märtyrer eingeführte sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Betrachtungsweise zu bevorzugen. Diese geistige Treue wird zugleich durch ein epistemologisches Projekt der Zurückweisung einer politischen Lesart der Geschichte ergänzt, da dieser Ansatz zu nationalistischen Vorhaben beigetragen habe. Dollinger prangerte insbesondere die Existenz politisch zweifelhafter Vorworte, zum Beispiel von Alfred Rosenberg, in mehreren historischen Werken an, aber auch solche Forschungsarbeiten, die eine starke germanische Präsenz auf gallischem Boden postulierten (vor allem diejenigen von Franz Petri und Matthias Zender)[30]. Im Gegensatz dazu wurden die Arbeiten von Martin Lintzel und von Walther Kienast positiv aufgenommen. Dollinger unterstrich die historiographische Bedeutung der Arbeiten Otto Brunners, soweit dessen Forschungen die traditionelle Verfassungsgeschichte (d.h. deren im Deutschland des 19. Jahrhunderts entwickelte Form) in Frage stellen. Gleichzeitig vermerkte er den Unterschied zum Standpunkt der Schule der »Annales«[31]. Aus demselben Grund erfuhr Walter Schlesingers Verständnis vom Staat und seiner mittelalterlichen Entwicklung eine zwiespältige Aufnahme. Auch wenn die französischen Historiker, besonders auf dem Gebiet der Quellenedition, den allgemeinen wissenschaftlichen Charakter der deutschen Arbeiten begrüßten, so blieb ihre Haltung doch äußerst reserviert und mißtrauisch.

Auf deutscher Seite wurde der französische Argwohn durchaus wahrgenommen. Carlrichard Brühl bemerkte in seinem 1952 in der »Historischen Zeitschrift« veröffentlichten Forschungsbericht: »Eine gewisse Reserve, um uns vorsichtig auszudrücken, gegenüber deutschen wissenschaftlichen Werken ist unverkennbar«[32]. Der nach dem Krieg auf Initiative des deutschen Historikers wieder aufgenommene Briefwechsel zwischen Heinrich Sproemberg und Ferdinand Lot ist ein Dokument für den Willen zur Wiederaufnahme normalisierter wissenschaftlicher Beziehungen. Als Lot im Juli 1946 den Tod von Ro-

[30] Ibid., S. 95: »Das bedeutet, daß die wissenschaftliche Arbeit der verschiedenen Mitarbeiter dazu gedacht war, eine Ideologie zu untermauern, die unter anderem die Absicht hatte, den Nachweis dafür zu erbringen, daß die europäische Kultur ihre Quelle in den Ebenen Norddeutschlands und Skandinaviens hatte«; vgl. Matthias ZENDER, Volkssagen der Westeifel, Bonn 1935; DERS., In Eifel und Ardennen, Bonn 1936.

[31] Ibid., S. 104–108 und S. 258f.

[32] Carlrichard BRÜHL, Französischer Literaturbericht. Mittelalter (1944–1952), in: Historische Zeitschrift 175 (1953), S. 584.

bert Holtzmann, des aus seiner Sicht führenden Vertreters der deutschen Spezialisten des mittelalterlichen Frankreichs beklagte, teilte Heinrich Sproemberg zugleich seine Absicht mit, die Forschungen auf diesem Gebiet neu zu beleben. Darüber hinaus äußerte er sich besorgt über das Los der französischen Mediävisten während der deutschen Besatzung:

> Sehr dankbar wäre ich, wenn Sie mir mitteilen würden, wie Sie selbst den Krieg überstanden haben, und wie es den führenden französischen Historikern ergangen ist. Ich fürchte sehr für Louis Halphen und Marc Bloch, mit denen beiden ich in freundschaftlichen Beziehungen stand[33].

Seine Sorge um französische Kollegen und sein Wille, die Kontakte zwischen deutscher und französischer Geschichtswissenschaft wieder aufzubauen, lassen sich aus dieser Korrespondenz eindrucksvoll herauslesen. So bat er Lot, Halphen seine besten Wünsche zu übermitteln. In einem der folgenden Briefe richtete er ihm Grüße von Friedrich Meinecke aus[34]. Diese Sympathiebekundungen zeigen die Bedeutung eines Netzes individueller Beziehungen bei der Wiederherstellung von Vertrauen. Sie bezeugen zugleich den Wunsch, nach den nationalistischen Exzessen der Vergangenheit die Internationalität von Wissenschaft wieder zu verstärken[35]. Die beiden Männer schienen sich dabei über die Notwendigkeit einer internationalen mediävistischen Gemeinschaft und über ihre befriedende Mission einig gewesen zu sein: »Die Mediävisten der ganzen Welt haben seit jeher trotz aller Kriege und trotz allen Hasses unter den Völkern in ihrem Kern eine Gemeinschaft gebildet, die immer wieder versucht, das Trennende zu überbrücken«[36].

Im Jahre 1954 begann der Forschungsbericht der »Revue historique« zur Mediävistik wieder mit der Trauer um verstorbene Kollegen. Zu den bereits genannten Todesfällen kamen nun Louis Halphen, Louis Bréhier, Augustin Fliche, Louis Déprez, Léon Levillain, Joseph Calmette und Ferdinand Lot[37]. Der Tod dieser »alten Gruppe mit vertrautem Namen« hinterließ eindeutig eine Leere in der historischen Forschung. Zudem stieß die erforderliche Generationserneuerung auf einen relativen Mangel an jungen Mediävisten, so daß die Arbeiten zum Frühmittelalter weiterhin von der älteren Generation bestimmt und in Kontinuität zur Tradition der 1920er und 1930er Jahre weitergeführt wurden. Sie bevorzugten entweder eine politische Sichtweise, wie die von Ferdinand Lot, oder eine stärker wirtschaftliche und soziale, die von Robert Latouche favorisiert wurde.

[33] Brief von Sproemberg an Lot vom 27.7.1946: unedierter Briefwechsel von Ferdinand Lot, in: Fonds Ferdinand Lot der Bibliothèque de l'Institut de France, 7310, Nr. 86.

[34] Brief vom 19.10.1948, in: ibid., Nr. 89.

[35] Im Brief vom 12.12.1950 bittet Sproemberg Lot um eine Bescheinigung des wissenschaftlichen Wertes seiner Forschungen, in: ibid., Nr. 90.

[36] Brief vom 9.1.1951, in: ibid., Nr. 91.

[37] Robert BOUTRUCHE, Histoire de France au Moyen Âge, in: Revue historique 212 (1954), S. 61.

In dem einen wie im anderen Fall rief die Auswirkung des Krieges bei der Untersuchung der fränkischen Eroberung eine Art ›semantische Ansteckung‹ und die Anwendung eines moralischen Bezugssystems hervor, zu deutlich schienen die Übereinstimmungen mit dem deutschen Angriff auf Frankreich im Jahre 1940. Die Begriffe der Besatzung (*occupation*), des Zusammenbruchs (*débâcle*), der Kollaboration (*collaboration*), des Widerstandes (*résistance*, in diesem Fall der gallorömischen Eliten gegen die germanischen Angreifer), entsprangen dabei bei Robert Latouche einer doppelten Lesart[38]. Die Erwähnungen einiger deutscher Arbeiten scheinen sich aus dem Gebot der Wissenschaftlichkeit zu ergeben, doch ist die Zurückhaltung nicht zu übersehen, wie im Fall von Franz Petri[39]. Die 1948 veröffentlichte »Histoire littéraire des Grandes Invasions germaniques« von Pierre Courcelle bezog sich explizit nur auf die Arbeiten von Ludwig Schmidt und Ernst Stein, d.h. auf zwei für ihre intellektuelle Redlichkeit anerkannte Historiker. Andere deutschsprachige Autoren wurden nur im Literaturverzeichnis zitiert[40]. Selbst der Aufbau des Werkes, das Epoche machen und in den Genuß mehrerer Neuauflagen kommen sollte (in dritter Auflage 1964), begünstigte dabei durch seine Darstellung in drei Teilen die Doppeldeutigkeit: die Invasion (*l'invasion*), die Besatzung (*l'occupation*) und die Befreiung (*la libération*). Indem er die Begriffe »Deportation« (*déportation*), »Konzentrationslager« (*camps de concentration*), »Brutalitäten der Sicherheitskräfte« (*brutalités policières*), »Widerstand« (*résistance*) und »Kollaboration« (*collaboration*)[41] verwandte, strich der Autor bewußt den zeitgenössischen Charakter seiner Ausführungen heraus: »Die Meinung eines Römers fällt auf jeden Fall so ins Gewicht, wie die Meinung eines unserer deportierten Zeitgenossen, der seine Hölle nicht mit der kalten Objektivität des Historikers beschreiben könnte«[42].

Noch 1950 hatte Ferdinand Lot eine streng politische Definition des französischen Volkes entwickelt, die ethnische Lesarten verwarf und die »Geburt und die Entwicklung eines Nationalgefühls« von ihren frühmittelalterlichen Wurzeln her beschrieb. Wenn auch die merowingische Epoche nicht die Nati-

[38] Robert LATOUCHE, Les grandes invasions et la crise de l'Occident au V^e^ siècle, Paris 1946.

[39] Ferdinand LOT, La Gaule, Paris 1945, Bibliographie.

[40] Pierre COURCELLE, Histoire littéraire des grandes invasions germaniques, Paris 1948, S. 1 und Bibliographie, S. 245–253.

[41] Ibid., S. 158. »Die Deportierten wurden den Mauren übergeben [...]. Diese Beschreibung des Konzentrationslagers (*camp de concentration*), mit seiner Hierarchie von maurischen und wandalischen Kerkermeistern, ist von einem frappierenden Realismus...«, S. 209: »Die den Wandalen von Victor de Vita zugeschriebenen Greueltaten, organisierten Plünderungen, Gewalttätigkeiten der Sicherheitskräfte (*brutalités policières*), Deportationslager (*camps de déportation*) sind nicht imaginär [...]. Solche Exzesse rufen bei den Besetzten ein Aufbäumen des Stolzes hervor, das den Patriotismus wiederbelebt: den bewaffneten Widerstand (*résistance armée*) der Gallorömer«.

[42] Ibid., S. 3.

on begründete, so blieb sie doch einer der Ursprünge eines spezifisch französischen Nationalbewußtseins[43]. Die durchweg positive Rezeption des Buches von Édouard H. Salin zur merowingischen Archäologie durch die französischen Frühmediävisten kontrastiert die völlige Ausblendung der viel zahlreicheren Arbeiten der deutschen Archäologen[44]. Von diesen hatten sich in der Sicht der französischen Historiker zu viele während des »Dritten Reiches« kompromittiert[45].

Wandlungen (1955–1959)

Die 1950er Jahre waren in Frankreich durch ein philosophisches und epistemologisches Hinterfragen der Geschichte als Wissenschaft gekennzeichnet. Die Auswahl des Themas »L'homme et l'histoire« (Der Mensch und die Geschichte) durch die sechste Tagung französischsprachiger philosophischer Gesellschaften (VI[e] Congrès des sociétés de philosophie de langue française), die 1951 in Straßburg abgehalten wurde, zeigte die Aktualität der Debatte um den »Sinn der Geschichte«. Diskutiert wurden Fragen wie die Entwicklung eines historischen Relativismus, der sich gleichermaßen von idealistischen, humanistischen und marxistischen Lesarten unterscheide und die Gleichgewichtigkeit jeder Periode innerhalb der Geschichte zum Ausdruck bringe, zugleich aber auch die Idee des Fortschritts und des Kreislauf-Denkens verwerfe. Die historische Praxis begründe sich immer wieder neu, indem sie sich von den drei älteren Traditionen abgrenze: von der Rekonstruktion der Vergangenheit im Sinne der eschatologisch orientierten Geschichtswissenschaft Leopold von Rankes, von der prophetischen Geschichte nach Jules Michelet und von der auf die Ethik gegründeten Geschichte nach Georg Wilhelm Friedrich Hegel. Raymond Aron auf der einen und Henri-Irénée Marrou auf der anderen Seite schlugen jeweils einen alternativen Weg vor: Der erste wurde von der deutschen Philosophie, der zweite durch die christliche Tradition beeinflußt[46]. Bis

[43] Ferdinand LOT, La naissance et le développement d'un sentiment national, in: Revue historique 203 (1950), S. 206.

[44] BOUTRUCHE, Histoire de France (wie Anm. 37), S. 48.

[45] Agnès GRACEFFA, La tentation de la pensée raciale dans les lectures historiographiques françaises et allemandes 1920–1930 du peuplement dit germanique de la Gaule: une conception historique de la race, in: Carole REYNAUD-PALIGOT (Hg.), Tous les hommes sont-ils égaux? (in Vorbereitung).

[46] Jérôme GRONDEUX, Henri-Irénée MARROU et Raymond ARON, in: Yves-Marie HILAIRE (Hg.), De Renan à Marrou. L'histoire du christianisme et les progrès de la méthode historique (1863–1968), Lille 1999, S. 178–183; Henri-Irénée MARROU, La méthodologie historique: orientations actuelles, in: Revue historique 209 (1953), S. 256–270; DERS.,

zum Ende der 1980er Jahre dominierte bei den französischen Frühmediävisten der zweite Weg.

Der 1956 verfaßte Bericht der »Revue historique« zur Forschung in Deutschland begrüßte den von der deutschen Mediävistik angekündigten Veränderungswillen, der u.a. in dem immer deutlicher werdenden Aufschwung der Ideengeschichte zum Ausdruck komme[47]. Er erinnerte an die Arbeiten von Hermann Aubin zum Begriff der Kontinuität zwischen Antike und Mittelalter und an die Neubewertung der Frage des Nationalgefühls durch Erich Zöllner. Pierre Riché erwähnte übrigens ihre jeweiligen Arbeiten in seiner Untersuchung »Éducation et culture dans l'Occident barbare« (1962). Aber wie Philippe Dollinger bedauerte auch er die auf dem anderen Rheinufer anzutreffende Unkenntnis der katholischen französischen historiographischen Tradition und der Kunstgeschichte, die in der Zwischenkriegszeit begründet wurde. Riché verstand sich als deren Erbverwalter, der die Theorie vom inneren Niedergang des römischen Reiches weitgehend demontierte und das Bild des spätrömischen Reiches wieder aufwertete[48].

Bezüglich der Frage des Übergangs zwischen Spätantike und Frühmittelalter trennten die französischen und deutschen Historiker weiterhin drei Punkte, welche die Fortdauer der auf die Zeit vor 1940 zurückgehenden Divergenzen bestätigen. Der erste Punkt betrifft den Ausdruck »Barbaren«, der von den Franzosen wegen seiner Fähigkeit bevorzugt wird, die Gesamtheit der nicht-römischen Bevölkerungen und die neuen Formen der Staatlichkeit mit einzuschließen, die im 5. Jahrhundert entstanden. Die Deutschen hielten diesen Ausdruck für abwertend und zogen ihm den des »Germanen« vor, der den Eindruck einer kulturellen Einheit und eine implizite Kontinuität zur modernen germanisch-deutschen Identität erzeugt. Der zweite Gegensatz besteht in der Beurteilung des Einflusses der neuen Bevölkerungen auf die römischen sozialen und politischen Strukturen: Die Deutschen beurteilten ihn weitgehend positiv (eine dynamische Bewegung), die Franzosen insgesamt negativ (ein Niedergang). Die Frage der Kulturebenen (*stades de civilisation*) stellt einen dritten Antagonismus dar. Im Gegensatz zur französischen Analyse gehören die römischen und barbarischen Gesellschaften nach deutscher Lesart verschiedenen Kulturen an, die aufgrund ihrer Beschaffenheit nicht in eine Rangordnung gebracht werden könnten. Obwohl sie durchaus mit Wertschätzung bedacht wurden, bezeugen – in den prüfenden Augen der Franzosen (*scrutateurs*) – die Beiträge von Theodor Mayer, Heinrich Dannenbauer, Franz Beyerle und Theodor Schieffer immer noch das Vorherrschen des

L'histoire et les historiens. Seconde chronique de méthodologie historique, in: Revue historique 217 (1957), S. 270–289.

[47] DOLLINGER, FOLZ, Histoire (wie Anm. 27); Revue historique 215 (1956), S. 96.

[48] Ibid., S. 112. Dollinger unterstreicht vor allem die Nichterwähnung der Arbeiten von André Piganiol durch Hermann Aubin.

Politischen und der verfassungsgeschichtlichen Interpretation. Nach französischer Ansicht könnte jedoch nur ein endlich dem Wirtschaftlichen und dem Sozialen eingeräumtes Übergewicht die deutsche Geschichtswissenschaft wirklich neu begründen[49]. Im Gegensatz dazu wurde die sehr positive Aufnahme der Arbeiten Eugen Ewigs durch die von ihm[50] entwickelte ›romanistische‹ Sichtweise begünstigt, durch seine erwiesene Kenntnis dieser katholischen Geschichtsschreibung, die seinen deutschen Kollegen zumeist fehlte. Ergänzend läßt sich noch seine persönliche Vertrautheit mit französischen Mediävisten und mit der französischen Sprache anfügen. Dieser Trumpf ermöglichte es ihm seit Mitte der 1950er Jahre, eine Rolle als bevorzugter Mittler zwischen den beiden Gemeinschaften zu spielen. 1958 veröffentlichte er in der ersten Lieferung der »Cahiers de civilisation médiévale« einen Artikel in Französisch und einen weiteren im Jahre 1963 in der »Revue historique«[51]. Seine Arbeiten über die Region von Trier enthüllen die Kontinuität aristokratischer Netze aus römischer Tradition und weisen lediglich eine begrenzte fränkische Ansiedelung im Norden und im Süden des Moseltals nach. Die langfristige Perspektive, die der Historiker wählte, unterstrich den beschränkten Charakter des als ›germanisch‹ bezeichneten kulturellen Einflusses auf diese Region, was ihn in die Nähe der französischen Historiographie rückte.

Diese Wende der Jahre 1955 bis 1959 läßt sich auch auf institutionellem Gebiet beobachten. Sie wurde durch die europafreundlichen Rahmenbedingungen, Dynamik und den politischen Willen zur Aussöhnung begünstigt. Neue Einrichtungen der innereuropäischen Zusammenarbeit wurden geboren und bildeten bevorzugte Orte der Begegnung für die Historiker beider Länder. Die Gründung der Zeitschrift »Allemagne d'aujourd'hui« (1956), ihrem Untertitel zufolge eine »Revue française d'information«, wurde von Robert Mandrou in den »Annales« begrüßt, vor allem insofern, als sie sich als kritischer Ort der Information über die deutsche Geschichtsschreibung ver-

[49] Ibid., S. 97: »Insgesamt gesehen bleiben jedoch die Zentren des Interesses dieselben wie in der Vergangenheit. Die Natur des mittelalterlichen germanisch-deutschen Staates, die politischen Institutionen, die Geschichte der Territorien sind der Gegenstand zahlreicher Arbeiten. Im Gegensatz dazu erscheint die Wirtschafts- und Sozialgeschichte ein wenig vernachlässigt, oder vielmehr wird sie weniger um ihrer selbst willen erforscht als in Verbindung mit den politischen Problemen«. Und S. 98: »So bedauert man, nicht den Verweis auf französischsprachige Zeitschriften wie die ›Annales‹, ›Le Moyen Age‹ oder die ›Revue belge‹ [...], und in der Liste der Standardwerke die ›Société féodale‹ von Marc Bloch zu finden«.

[50] Ibid., S. 115.

[51] Eugen EWIG, L'Aquitaine et les pays rhénans au haut Moyen Âge, in: Cahiers de civilisation médiévale 1 (1958), S. 37–54; DERS., Résidence et capitale pendant le haut Moyen Âge, in: Revue historique 230 (1963), S. 25–72.

stand[52]. Dieselbe Zeitschrift veröffentlichte übrigens in voller Länge die am 24. Januar 1958 gehaltene Antrittsvorlesung am Lehrstuhl für germanistische Sprach- und Literaturwissenschaft des Collège de France, bei der Robert Minder ein historisches Panorama der germanistischen Studien in Frankreich präsentierte[53]. In Poitiers lud das junge, 1953 geschaffene Centre d'études supérieures sur la civilisation médiévale vom ersten Jahr seines Bestehens an deutsche Wissenschaftler ein, unter denen erneut der Name Eugen Ewig auffällt[54]. Während der seit 1952 eingerichteten jährlichen Themenwoche zu Frühmittelalter-Forschungen in Spoleto, die katholische Frühmediävisten und Wissenschaftler romanistischer Ausrichtung zusammenführte, traf letzterer 1957 auch auf Pierre Riché[55]. Die beiden Männer hatten bereits gemeinsam an den ersten internationalen Historikertreffen in Speyer von 1948 teilgenommen[56]. Richés intime Kenntnisse der französischen Geschichtswissenschaft und ihrer wichtigsten Vertreter sollten Eugen Ewig dann besonders im Vorfeld der Gründung der Deutschen Historischen Forschungsstelle in Paris zugute kommen, zu dessen Gründungsvätern er neben Paul Egon Hübinger, Gerd Tellenbach und Max Braubach zählt. Vom Modell des Deutschen Historischen Instituts in Rom angeregt, sollte es sich vor allem der Förderung von Forschungen zur antiken und mittelalterlichen Periode widmen[57]. Zu den wichtigsten Anliegen dieser Institution gehörte gerade im Moment ihrer Gründung, die wissenschaftliche Zusammenarbeit zu entwickeln und den Franzosen ein Schaufenster einer ›anderen‹ deutschen (Geschichts-)Wissenschaft zu bieten[58].

[52] Robert MANDROU, Une revue rénovée: Allemagne d'aujourd'hui, in: Annales ESC (1957), S. 645–648. Der Autor bemerkt, daß »M. Castellan endlich den gesunden Verstand bewiesen hat, ein Propaganda-Buch bei seinem Namen zu nennen, und die pangermanistischen Reminiszenzen zu entlarven, d.h. die hinter dem äußerst beruhigenden Aushängeschild der reinen Gelehrsamkeit versteckte Trauer um den Nationalsozialismus« (S. 646).

[53] Robert MINDER, Panorama des Études germaniques en France, in: Annales ESC (1957), S. 214–230.

[54] Georges PON, Marie-Hélène DEBIES, Le Centre d'Études supérieures de Civilisation médiévale. Cinquante ans d'histoire (1953–2003), Poitiers 2003, S. 48.

[55] Während dieser fünften Woche des CISAM von Spoleto unter dem Titel »Caratteri del Secolo VII in Occidente« (1957) treffen sie auch auf Guy Fourquin, Gabriel Le Bras, Rudolf Buchner, Pierre Lemerle und Paul Lehmann.

[56] Vgl. den Beitrag von Corine DEFRANCE in diesem Band.

[57] Ulrich PFEIL, Das Deutsche Historische Institut Paris. Eine Neugründung »sur base universitaire«, in: DERS. (Hg.), Deutsch-französische Kultur- und Wissenschaftsbeziehungen im 20. Jahrhundert. Ein institutionengeschichtlicher Ansatz, München 2007, S. 281–308. DERS., Eugen EWIG. Ein rheinisch-katholischer Historiker zwischen Deutschland und Frankreich, in: François BEILECKE, Katja MARMETSCHKE (Hg.), Der Intellektuelle und der Mandarin. Für Hans Manfred Bock, Kassel 2005, S. 527–552.

[58] Werner PARAVICINI, Eugen Ewig und das Deutsche Historische Institut Paris, in: In Memoriam Eugen Ewig. Reden gehalten bei der Akademischen Gedenkfeier am 1. Dezem-

Zu Beginn der 1950er Jahre kamen einige wenige, speziell auf das Ende der Antike und den Anfang des Mittelalters bezogene Bücher in den Genuß einer französischen Übersetzung. Hinzuweisen ist hier auf die durch den Zweiten Weltkrieg verzögerte Publikation von »L'Histoire des Vandales« (Geschichte der Wandalen) von Ludwig Schmidt aus dem Jahre 1953 und den ersten Band der »Histoire du Bas-Empire« (Geschichte des spätrömischen Reiches) von Ernst Stein aus dem Jahre 1949[59]. Zu beobachten war weiterhin, wie sich die französische Historikerzunft Fragen zum Standpunkt der deutschen Historiker in Bezug auf das Schicksal ihrer eigenen Nation im Rahmen eines integrierten Europas stellte. Obgleich sich die französische Geschichtswissenschaft in dieser Zeit wieder stärker Deutschland öffnete, läßt sich ein weiterhin bestehendes Mißtrauen nicht übersehen, wie in den Rezensionen von Henri Brunschwig zu deutschen Reflexionen über die Ursachen der »deutschen Katastrophe« deutlich wird[60]. Die von vielen deutschen Historikern vertretene Position, nach der die traditionellen Werte Deutschlands von Hitler lediglich verfälscht worden seien, erschien ihm besonders gefährlich. Er zog es vor, an die Analyse Friedrich Meineckes von 1946 zu erinnern, die im Gegensatz dazu die Notwendigkeit einforderte, an die liberale Tradition aus der Zeit vor Bismarck wieder anzuknüpfen.

Bis Ende der 1950er Jahre hatten sich zwischen deutschen und französischen Historikern institutionelle Dialogstrukturen und persönliche Netzwerke herausgebildet, an denen insbesondere Mediävisten aus beiden Ländern maßgeblich beteiligt waren. Als Katalysator hatten dabei die europäischen Einigungsbestrebungen gewirkt, die den Blick der Mediävisten über die nationalen Grenzen gelenkt und bei der Geschichtsschreibung zu den ›barbarischen‹ Kö-

ber 2006 im Festsaal der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Bonn 2007, S. 19–31; DERS., Nekrolog Eugen Ewig (1913–2006) in memoriam, in: Francia 34/1 (2007), S. 223; DERS., Eugen Ewig – der Gründer, ibid., S. 229–236; Reinhold KAISER, Eugen Ewig (1913–2006), ibid., 223–227; Theo KÖLZER, Ulrich NONN, Schriftenverzeichnis Eugen Ewig, ibid., S. 237–244.

[59] Beachtung fanden zur gleichen Zeit zeithistorische Arbeiten über den deutschen Widerstand. War das französische Deutschlandbild in der unmittelbaren Nachkriegszeit zumeist noch von dem Freund-Feind-Denken der Kriegszeit bestimmt, erlaubt die vertiefte Kenntnis des deutschen Widerstands seine Ausdifferenzierung; Gerhard RITTER, Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, Stuttgart 1955 (frz. Übersetzung von Jean R. WEILAND, Échec au dictateur. Histoire de la Résistance allemande, Paris 1956); Inge SCHOLL, Die Weiße Rose, Frankfurt a.M. 1955 (frz. Übersetzung von Jacques DELPEYROU, La rose blanche, Paris 1955).

[60] Henri BRUNSCHWIG, L'Allemagne entre l'Est et l'Ouest, in: Revue historique 216 (1956), S. 246–278, hier S. 246: »die Deutschen, im Westen wie im Osten, geben vor, sich in Demokratien zu organisieren [...]. Wird es ihm [Deutschland] mit Hilfe einer Wiederbewaffnung gelingen – die den Militärs den politischen Einfluß zurückgeben könnte, den sie in der Vergangenheit ausgeübt haben – die neue parlamentarische Regierungsform am Funktionieren zu hindern, oder wird es dieser Letzteren gelingen, die Armee der zivilen Gewalt auf das Engste unterzuordnen?«

nigreichen eine europäische Perspektive gefördert hatte[61]. Die wissenschaftliche Sorge um strenge Historizität setzte dem politisch durchaus gewünschten Versuch jedoch Grenzen, das fränkische Königreich einseitig als Modell für einen beispielhaften Akkulturations- und Föderationsraum zu interpretieren.

Vorsichtiges und mißtrauisches Abwarten bis in die 1980er Jahre

Bestimmt durch wirtschaftliche und soziale Fragestellungen wurde die französische Mediävistik der Jahre 1960 bis 1970 von einer »Nouvelle Histoire« dominiert, deren Forschungsgegenstand sich zunehmend in Richtung der Mentalitäts- und Repräsentationsgeschichte entwickelte[62]. Sie erfreute sich einer selten erreichten medialen Aura, konnten in diesen Jahren doch eine ganze Reihe von Monographien das breite Publikum erreichen und bestimmte Historiker, in erster Linie Jacques Le Goff, Philippe Ariès, Georges Duby und Régine Pernoud, einen beachtlichen Publikumserfolg erzielen[63]. Dieser Stand der Dinge verstärkte eine auf Frankreich zentrierte Dynamik und schränkte die Möglichkeiten einer Einbeziehung deutscher Arbeiten ein. Der Vorzug, der thematisch orientierten Vorgehensweisen eingeräumt wurde, und der Verzicht auf ethnische und politische Problemstellungen zugunsten von spezifisch sozialen und kulturellen Themen zogen darüber hinaus ein relatives Desinteresse für die fränkische Periode nach sich[64]. Die Forschungen zum Gebiet der Demographie (vor allem der städtischen), zur Frage des Übergangs von der Skla-

[61] In seiner Geschichte des Deutschen Historischen Instituts Paris erklärt Karl Ferdinand Werner die Bedeutung der europäischen Dynamik für die Motive der Institutsgründung und die besondere Rolle, die dabei dem fränkischen Königreich zukommt: »weil es das fränkische Königreich ist, das als erstes die Regionen, die später Deutschland begründen werden, in den Rahmen der zivilisierten mittelmeerischen und christlichen Welt integriert hat«, Karl Ferdinand WERNER, Deutsches Historisches Institut Paris–Institut historique allemand de Paris, Paris 1983, S. 8f.

[62] Jacques LE GOFF, Pierre NORA (Hg.), Faire de l'histoire. Nouveaux problèmes. Nouvelles approches. Nouveaux objets, Paris 1974. Dieses emblematische Werk der 1970er Jahre, das sich zugleich als Diagnostik und Programmatik verstand, beanspruchte die Abstammung von der »sogenannten Schule der ›Annales‹« (S. 1). Es identifizierte, so der Titel des Beitrages von Pierre Vilar, »die marxistische Geschichtswissenschaft« immer (noch) als eine »Geschichte im Aufbau«.

[63] Les déplacements et la nouvelle géographie des lieux de l'histoire, 1930–1975, in: Christian AMALVI (Hg.), Les lieux de l'histoire, Paris 2005, S. 335–370; 1975–2005: les Trente Glorieuses des historiens? in: ibid., S. 371–394.

[64] Robert BOUTRUCHE, Histoire de France au Moyen Âge, in: Revue historique 232 (1964), S. 463: »Die Wirtschafts- und Sozialgeschichte, die untrennbar miteinander verbunden sind, bewahren ihren Vorrang. Sie überwiegen gegenüber der politischen Geschichte und der der Institutionen«.

verei zur Leibeigenschaft und im weiteren Sinn zur bäuerlichen Welt wurden dabei von einem marxistischen Denken *à la française* angeregt. Dieser Ansatz war relativ weit entfernt von den dogmatischen Schriften eines Karl Marx und Friedrich Engels. Er äußerte sich jedoch in der Dominanz sozialgeschichtlicher Fragestellungen und in der privilegierten Berücksichtigung des einfachen Volkes bzw. der Massen in ihren Beziehungen zu den Eliten. Dieses Postulat brachte eine ausgeprägte und deutlich ausgesprochene Aufmerksamkeit für ostdeutsche Arbeiten mit sich. Die Forschungen von Eckhard Müller-Mertens, später von Ludolf Kuchenbuch und Siegfried Epperlein wurden deshalb aufmerksam rezipiert[65]. Diese neue methodische und thematische Ausrichtung verstärkte jedoch das Desinteresse für das Frühmittelalter, für das die statistischen und stadtgeschichtlichen Studien zwangsläufig seltener bleiben[66]. Innerhalb dieses eingeschränkten Rahmens kamen jedoch zwei neue Strömungen der westdeutschen Geschichtsschreibung endlich in den Genuß der französischen Aufmerksamkeit. Es handelt sich dabei erstens um die frühesten Studien zur Stadtgeschichte, die von Carlrichard Brühl und Eugen Ewig durchgeführt wurden, und zweitens um eine Reihe von Arbeiten zum Königtum, in denen Percy Ernst Schramm, Heinrich Löwe, Theodor Mayer, Otto Höfler und Walter Schlesinger in Konkurrenz zueinander eine erneuerte Betrachtungsweise der sakralen Dimension der königlichen Institution entwickelt hatten. Die Franzosen begrüßten diese Erneuerung und scheinen sich ihr teilweise angeschlossen zu haben. Dennoch blieb es Bemerkungen von Eugen Ewig und Walther Mohr zufolge eher ihr Bestreben, den seit dem fünften Jahrhundert in Gang gekommenen Christianisierungsprozeß des Königtums zu betonen[67]. Die wachsende Zahl von Berichten zur deutschen Geschichte in der »Revue historique« kann jedoch als Bestätigung für das französische Interesse an deutschen Forschungen gewertet werden[68]. Aufmerksam beobachtet wurden auch die Forschungen des österreichischen Historikers Heinrich Fichtenau, der – ausgehend von einer Studie über die Präambeln von Schriftakten – der politischen Sprache des Mittelalters eine im deutschen Sprachraum

[65] Georges CASTELLAN, L'histoire en République démocratique allemande, in: Revue historique 226 (1961), S. 163–170; DOLLINGER, FOLZ, Histoire de l'Allemagne (wie Anm. 27), in: Revue historique 232 (1964), S. 165: »die ziemlich große Anzahl von aus Ostdeutschland stammenden Veröffentlichungen, die einen klar ideologisch engagiert, die anderen objektiver«.

[66] Robert BOUTRUCHE, Histoire de France au Moyen Âge, in: Revue historique 233 (1960), S. 99–101, weist auf die Bedeutung der Arbeiten von Robert Latouche zur Wirtschaft des frühmittelalterlichen Westeuropas hin, aber er verdeutlicht zugleich die Seltenheit ähnlicher Forschungen.

[67] FOLZ, DOLLINGER, Histoire d'Allemagne (wie Anm. 27), in: Revue historique 224 (1960), S. 123–145, hier S. 138–140.

[68] Siehe Anm. 26 und 27.

bisher nicht gekannte Aufmerksamkeit schenkte, was von den französischen Mediävisten ebenfalls begrüßt wurde[69].

Auch die 1961 von Reinhard Wenskus vorgeschlagene umfassende Erneuerung zur Frage der ›Stämme‹ fand in der »Revue historique« ein breiteres Echo[70]. Sein methodischer Zugriff beschränkt die ethnische Realität der Barbaren auf die fortschreitende Ausbildung einer politischen Gemeinschaft um einen Traditionskern herum. 1965 erinnerte Lucien Musset in seinem Buch über »Les invasions« an die besondere Beachtung des Problems der Stämme in der deutschen Forschung und an die historiographische Fruchtbarkeit, die diese Zuspitzung mit sich gebracht habe[71]. Dabei setzt er sich mit der Tendenz der deutschen Geschichtswissenschaft auseinander, die Probleme bezüglich der zivilen Organisation der alten Germanen auf die Frage nach dem als »Sippe« bezeichneten Geschlecht zu reduzieren. Er sah in diesem Rückgriff auf den »Stamm« und die »Sippe« eine Besonderheit der deutschen Mediävistik[72]. Für den französischen Kollegen, dessen Fragestellungen sich nicht in der Terminologie der »Volksstämme« oder der »Geschlechter«, sondern über die Begriffe der Nation und der Familie artikulierten, blieb ein solcher nationaler Partikularismus nur schwer nachvollziehbar.

Die in den 1950er Jahren von den französischen Historikern wieder aufgenommene Tradition der historischen Demographie und der rechtshistorischen bzw. soziologischen Forschungen zur Familie wirkte darüber hinaus als Barriere, läßt sich bei den deutschen Mediävisten doch erst Ende der 1970er Jahre ein gesteigertes Interesse an diesen Ansätzen nachweisen. Zugleich bleiben den französischen Mediävisten die Arbeiten von Karl Schmid, besonders der programmatische Artikel »Zur Problematik von Familie, Sippe und Geschlecht, Haus und Dynastie beim mittelalterlichen Adel« von 1957, weitgehend unbekannt. Erst über den Umweg der aus ihm hervorgegangenen Forschungen, darunter denjenigen von Gerd Althoff, Johannes Fried, Michael Borgolte und Otto Gerhard Oexle, nehmen sie ihn zur Kenntnis. Die 1974 von Georges Duby und Jacques Le Goff organisierte internationale Tagung über »Famille et parenté dans l'Occident médiéval« (Familie und Verwandtschaft im mittelalterlichen Westeuropa)[73] beteiligte eine signifikante Anzahl von deutschen Wissenschaftlern und stellte auf diesem Gebiet eine erste Anerkennung dar[74]. Dennoch unterschied sich die

[69] FOLZ, DOLLINGER, Histoire d'Allemagne (wie Anm. 67), S. 125.
[70] Ibid., S. 174f.
[71] Lucien MUSSET, Les invasions: les vagues germaniques, Paris 1965, S. 233.
[72] Ibid., S. 237.
[73] Mit den deutschen Beiträgen von Karl SCHMID, Karl HAUCK, Karl Ferdinand WERNER und Martin HEINZELMANN: Georges DUBY, Jacques LE GOFF (Hg.), Famille et parenté dans l'Occident médiéval, Paris 1977.
[74] Jean-Claude SCHMITT, Dominique IOGNA-PRAT, Une historiographie au milieu du gué, in: Jean-Claude SCHMITT, Otto Gerhard OEXLE (Hg.), Les tendances actuelles de

französische Perspektive von ihrem deutschen Gegenstück durch ihre Ausgangshypothesen: Für erstere vollzog sich die Entwicklung von Verwandtschaftsmodellen vom christlichen Rahmen und dessen entscheidendem Einfluß her, während für die zweite die Frage der Auswirkungen der Sippe vorherrschte[75]. Die traditionelle Meinungsverschiedenheit über die Hauptgrundlage der westlichen mittelalterlichen Gesellschaft (Christentum für die Franzosen, Germanentum für die Deutschen) bestimmte also immer noch die Unterschiedlichkeit des methodischen Zugriffs.

Diese Differenzen limitierten auch die Perzeption der Arbeiten von Reinhard Wenskus. Abgesehen von einigen zeitgenössischen Rezensionen und der Aufmerksamkeit, die ihm wenige Historiker entgegenbrachten (u.a. Lucien Musset, Robert Folz), wurde er sowohl von den Mediävisten der 1970er und 1980er Jahre als auch von den Althistorikern und Archäologen weitgehend ignoriert[76]. Als germanophiler Mediävist bemühte sich Robert Folz jedoch, den von Wenskus geprägten Begriff des Traditionskerns und die zeitgenössische deutsche Diskussion um die *gentes* in die 1972 erschienene Synthese »De l'Antiquité au monde médiéval« einzubeziehen. Sein Interesse für die Geschichtsschreibung von der anderen Rheinseite kam in diesem Werk durch die Verwendung des Ausdrucks »germanisch« (den er gegenüber »barbarisch« bevorzugte) und durch das Abstreiten einer »ethnischen Grenze« zwischen dem germanischen und dem romanisierten Raum zum Ausdruck, ebenso auch durch die Entscheidung des Autors, eine umfassende Übersicht über den Wissensstand zu den alten Germanen vorzutragen, der wirtschaftliche, soziale und politische Fragen miteinbezog[77]. Die vollständige Verbreitung dieser Thesen innerhalb der französischen Mediävistik erfolgte allerdings erst Anfang der 1990er Jahre. Gefördert wurde sie besonders durch das Konzept der Ethnogenese des österreichischen Historikers Herwig Wolfram, dessen Werk »Geschichte der Goten« 1991 ins Französische übersetzt wurde.

l'histoire du Moyen Âge, Paris 2002, S. 408. Die Problematik der Familie und der Verwandtschaft stellt, *par excellence*, einen Ort des »schon lange etablierten deutsch-französischen Dialogs« dar, d.h. desjenigen, der von der Tagung von 1974 in Gang gesetzt wurde.

[75] Ibid., S. 448f.

[76] Bei keinem der folgenden Autoren findet sich eine Bezugnahme auf Wenskus' Werk: Pierre RICHÉ, Les invasions barbares, Paris 1953 (Neuaufl. 1996); Karl Ferdinand WERNER, Les origines, Paris 1984; Laure-Charlotte FEFFER, Patrick PERIN, Les Francs, Paris 1987; Stéphane LEBECQ, Les origines franques, Paris 1990.

[77] Robert FOLZ, De l'Antiquité au monde médiéval, Paris 1972, S. 33–35.

Eine wichtige Mittlerfunktion bei den Forschungen zum Adel im Mittelalter[78] kam Karl Ferdinand Werner zu[79], der traditionelle Vorstellungen vom ausschließlich militärischen Ursprung des Adels zurückwies und dagegen die aus spätrömischen Wurzeln entstandenen Dienstvorstellungen (Staatsdienst) dieser Gruppe betonte. In der Nachfolge von Eugen Ewig sahen die französischen Frühmediävisten auch in ihm einen Vertreter des romanistischen Zweiges innerhalb der deutschen Historiographie, der im Deutschen Historischen Institut in Paris überproportional vertreten war. Karl Ferdinand Werner kam in der »Revue historique« 1970 auf die Frage nach der Historizität der Vorstellungen des Entstehens von ›Nation‹ zurück, um dabei das jenseits des Rheins vorherrschende Paradigma von einer späten Geburt des Nationalgefühls (nach der Zeit der ersten Kapetinger) auf Frankreich anzuwenden[80]. Ein Teil der französischen Mediävistik (Georges Duby) hatte bereits selbst dieses Paradigma in ihre chronologische Sicht des Mittelalters miteinbezogen[81], während eine konservativere Strömung noch das Vorhandensein einer älteren Dynamik und einer parallelen, aber diskontinuierlichen Geschichte der beiden nationalen Gebilde verteidigte (Michel Rouche)[82].

Diese deutsche Reflexion über die Wirklichkeit der Gemeinschaften und ihr Gefühl der Einheit oder der Zugehörigkeit zu *regna*, zu einer *natio* oder zu einer *gens* legte in den Augen der Franzosen vom Willen Zeugnis ab, mit ehemaligen ultra-germanistischen Postulaten zu brechen. Im Zusammenschluß mehrerer dieser Wissenschaftler (Franz Beyerle, Franz Steinbach, Eugen Ewig, Jan Stengers) zur historiographischen Demontage derjenigen, die die Historiker als »ripuarische Franken« bezeichnet hatten – und das zu Beginn der 1950er Jahre –, sah die französische Seite die Bestätigung für den guten Willen unter den deutschen Mediävisten, sich wieder stärker als zuvor von wissenschaftlicher Strenge in ihrer Arbeit leiten zu lassen. So kann es nicht überraschen, daß ihre Beiträge auch von der französischen Geschichtswissenschaft schnell rezipiert wurden[83].

[78] MUSSET, Invasions (wie Anm. 71), S. 298; vgl. besonders Alexander BERGENRUEN, Adel und Grundherrschaft im Merowingerreich. Siedlungs- und standesgeschichtliche Studie zu den Anfängen des fränkischen Adels in Nordfrankreich und Belgien, Wiesbaden 1958.

[79] Karl Ferdinand WERNER, Naissance de la noblesse, Paris 1998.

[80] DERS., »Les nations et le sentiment national dans l'Europe médiévale«, in: Revue historique 244 (1970), S. 285–304.

[81] Die gesamte historiographische Produktion der 1970er Jahre läßt das politische Mittelalter um das Jahr 1000 herum beginnen, mit einer langen, mit den Karolingern beginnenden Reifezeit (und ihrem Aufstieg seit dem 7. Jahrhundert). Es ist die zunehmende Infragestellung des methodischen Zugriffs der sogenannten »Wende des Jahres Tausend« (*tournant de l'An mil*) durch die Mediävisten selbst, die eine erneute Veränderung in der Periodisierung nach sich gezogen hat; Alain GUERREAU, Un tournant de l'historiographie médiévale, in: Annales ESC (1986), S. 1161–1176.

[82] Michel ROUCHE, Clovis, Paris 1997.

[83] MUSSET, Invasions (wie Anm. 71), S. 297.

In den 1970er Jahren förderte die Annäherung zwischen den beiden Geschichtswissenschaften die deutsche Umorientierung auf dem Gebiet der Verfassungsgeschichte und der Paradigmenwechsel bei der Analyse des frühmittelalterlichen Nationalgefühls, der durch eine neue, aus dem Strukturalismus hervorgegangene Tendenz bereichert wurde[84]. Diese verschiedenen Faktoren begünstigten die internationale Anschlußfähigkeit der deutschen Frühmittelalterforschung, so daß auch die Forschungen zur Aristokratie unter der Leitung von Gerd Tellenbach die Aufmerksamkeit der französischen Beobachter auf sich ziehen konnten, genauso wie die prosopographischen Arbeiten von Ingrid Heidrich über die Hausmeier, die des Österreichers Michael Mitterauer über die aristokratischen Familien und die Arbeiten von Percy Ernst Schramm über die Zeichen der politischen Macht[85]. Die Gründung der Mission historique française in Göttingen (1977) begünstigte diese Rezeption zusätzlich. Sie stellte ein Pendant zu der zeitlich früher erfolgten des Deutschen Historischen Instituts Paris (1958) dar, obwohl sie bereits seit der Pariser Gründung als eine natürliche Form der Gegenseitigkeit ins Auge gefaßt worden war[86]. Auch hier erscheint die Chronologie bezeichnend für den vor allem auf deutscher Seite vorhandenen Willen zur Annäherung. Die Anwesenheit von Mediävisten innerhalb der Mission (Michel Parisse und, in jüngerer Zeit, Pierre Monnet und Philippe Depreux) sowie die Nähe zum Max-Planck-Institut spielen eine wichtige Rolle im Annäherungsprozeß zwischen den beiden Gemeinschaften. Die systematische Mehrsprachigkeit der ab 1973 vom DHI Paris herausgegebenen Zeitschrift »Francia«, die sich in den ersten Jahren zudem bemühte, über den Abdruck möglichst vollständiger Bibliographien die französischen Historiker über den Forschungsstand in Deutschland in Kenntnis zu setzen, erleichterte genauso den Aufbau neuer Dialogstrukturen. Der Erfolg dieser Formel läßt sich nicht zuletzt daran ablesen, daß das ab 1980 unter der Leitung von Étienne François erscheinende »Bulletin de la Mission historique française de Göttingen« auch mehrsprachig erscheint.

Mit den Arbeiten von Peter Classen und Ruth Schmidt-Wiegand (1975/76) setzte in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre ein neues Interesse an der Schriftlichkeit im Rechtswesen ein, die ihrerseits ein umfassenderes Hinter-

[84] Winfried SCHULZE (Hg.), Sozialgeschichte, Alltagsgeschichte, Mikrohistorie, Göttingen 1994.

[85] DOLLINGER, FOLZ, Histoire de l'Allemagne (wie Anm. 27), in: Revue historique 241 (1969), S. 179 und 186–191.

[86] Vgl. Pierre MONNET, La Mission historique française en Allemagne de Göttingen, in: Ulrich PFEIL (Hg.), Deutsch-französische Kultur- und Wissenschaftsbeziehungen im 20. Jahrhundert. Ein institutionengeschichtlicher Ansatz, München 2007, S. 339–365; PARAVICINI, Eugen EWIG (wie Anm. 58), S. 21 präzisiert, daß seit den 1950er Jahren vor allem von Charles-Edmond Perrin eine rheinische Verortung ins Auge gefaßt worden war, daß aber die Niederlassung des Max-Planck-Instituts für Geschichte in Göttingen (1956) schließlich die Ortswahl bestimmte.

fragen rund um die Begriffe »Schriftlichkeit« und »Memoria« erzeugten[87]. Die französischen Beobachter bobachteten parallel dazu Ende der 1970er Jahre die Geburt einer im Hinblick auf die rein politische Geschichte stärker soziologisierende und kritischere Herangehensweise sowie eine neue Konjunktur der Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Über die durch Übersetzungen begünstigte Wiederentdeckung der Schriften Max Webers hinaus regten neue Veröffentlichungen eine romanistischere Zugriffsweise auf die fränkische Periode an, die der zeitgenössischen französischen Betrachtungsweise näher stand. Besondere Beachtung fand vor allem die Doktorarbeit von Michel Parisse[88], der fortan auch östlich des Rheins als ein ausgezeichneter Kenner des mittelalterlichen Deutschlands und der zeitgenössischen Geschichtsschreibung Anerkennung fand. In abgeschwächter Form läßt sich gleiches von Élisabeth Nortier und ihren Arbeiten zu »Glauben und Treue« sagen[89].

Eine lebhafte Zusammenarbeit seit Ende der 1980er Jahre

1984 vertraute Jean Favier den ersten Band der »Histoire de France« dem deutschen Mediävisten Karl Ferdinand Werner an, was ein Zeichen für das gewachsene Vertrauen zwischen französischen und deutschen Mediävisten war. Die Darstellung des gemeinsamen Ursprungs der beiden Nationen durch Carlrichard Brühl stieß 1989 auf beiden Seiten des Rheins auf einhellige Zustimmung[90], nicht zuletzt, weil er sich auf das Gebiet der Erinnerung und Mentalitätsgeschichte begab und damit über die politische Geschichte im engen Sinn hinausging. Die fränkische Periode profitierte in den 1980er und 1990er Jahren von einem neuen Interesse an politischer Geschichte. Ein Teil der deutschen Forschung und der katholischen Geschichtsschreibung, die während des vorangegangenen Zeitabschnitts relativ dynamisch geblieben war, fand Anregungen in rechts- und institutionengeschichtlichen Ansätzen im Umfeld ›romanistischer‹ Problemstellungen (die auf die Frage der Kontinuität hin ausgerichtet sind). Die fiskalistische These in den Arbeiten von Jean Durliat und Élisabeth Nortier wurde auch von mehreren deutschen Wissenschaftlern unterstützt, vor allem innerhalb des Deutschen Historischen Instituts Paris (Karl Ferdinand Werner). Ihr radikaler Charakter hinsichtlich der Minimie-

[87] DOLLINGER, FOLZ, Histoire de l'Allemagne (wie Anm. 27), in: Revue historique 251 (1974), S. 444–446.

[88] DIES., Histoire de l'Allemagne (wie Anm. 27), in: Revue historique 259 (1978), S. 187–189.

[89] Élisabeth MAGNOU-NORTIER, Foi et fidélité, Toulouse 1976.

[90] Carlrichard BRÜHL, France-Allemagne. Naissance de deux peuples, Paris, 1989 (dt. Fassung: Deutschland-Frankreich: die Geburt zweier Völker, Köln 1990).

rung des Einflusses der ›Barbaren‹ auf die spätantike und frühmittelalterliche Kultur rief in Europa lebhafte Reaktionen hervor[91] und begünstigte eine zweite Strömung, die sich durch eine anthropologische Zugriffsweise und soziale Problemstellungen auszeichnete[92]. Im Anschluß an Robert Latouche integrierte Stéphane Lebecq die wirtschaftsgeschichtlichen Arbeiten von Dietrich Claude und die der romanistischen Historiker (Erich Zöllner, Eugen Ewig, Carlrichard Brühl, Karl Ferdinand Werner), ebenso wie die der neuen Generation, auch mitbedingt durch deren persönliches Engagement in Frankreich (Reinhold Kaiser, Reinhard Schneider). Im Gegensatz dazu nahm die westliche Geschichtsschreibung den von Waltraut Bleiber vorgeschlagenen methodischen Zugriff mißtrauisch auf, dessen marxistisches Schema von der Forschung letztendlich als unangemessen eingestuft wurde[93]. Parallel zur Gunst, deren sich die regionale Betrachtungsweise (Entstehung der Grafschaften) erfreute, zeigte die von Régine Le Jan angestoßene Untersuchung der Familienstrukturen ein ausgeprägtes Interesse für Arbeiten von der anderen Rheinseite und unterstrich die grundlegende Bedeutung ihrer Berücksichtigung[94]. Robert Folz betonte 1983 die Bedeutung, die sowohl durch Studien als auch durch Quelleneditionen dem neuen Gebiet der Personengeschichte zugewachsen sei[95]. Ganz wie die Mediävisten schienen sich auch die Althistoriker der dringenden Erneuerung ihrer Kenntnisse bewußt gewesen zu sein, die diese neue Sichtweise sowohl auf dem Gebiet des Wissensstandes (Kontinuität der spätantiken Verwaltung zum Frühmittelalter) als auch auf dem der Zusammenarbeit (Entwicklung internationaler Programme) erhoffen ließ[96]. Die französischen Historiker entdeckten durch die Vermittlung von Herwig Wolfram die oben bereits angesprochenen Thesen von Reinhard Wenskus[97].

Zu Beginn der 1980er Jahre auf den Weg gebracht, vervielfachten sich in den 1990er Jahren die Projekte für Ausstellungen und bilaterale Tagungen. Diese Praxis erreichte mit dem Gedenken an Chlodwigs Taufe ihren Höhepunkt, der die Regierenden beider Länder dazu veranlaßte, 1997 unter der Schirmherrschaft von Jacques Chirac und Helmut Kohl eine gemeinsame Wanderausstellung unter dem Titel »Die Franken. Wegbereiter Europas/Les Francs précurseurs de l'Europe« zu organisieren und gleichzeitig zwei Katalo-

[91] Chris WICKHAM, La chute de Rome n'a pas eu lieu, in: Le Moyen Âge XCIV (1993/1), S. 107–126.

[92] FOLZ, Histoire d'Allemagne (wie Anm. 27), in: Revue historique 265 (1981), S. 139–141.

[93] Rezension von Kurt-Ulrich JÄSCHKE, in: Francia 17/1 (1990), S. 236–247.

[94] Régine HENNBICQUE-LE JAN, Structures familiales au IX[e] siècle, in: Revue historique 265 (1981), S. 296f.

[95] FOLZ, Histoire d'Allemagne (wie Anm. 27), in: Revue historique 270 (1983), S. 403f.

[96] André CHASTAGNOL, Histoire de l'Empire romain, in: Revue historique 277 (1988), S. 168–173.

[97] Ibid., S. 136.

ge zu veröffentlichen[98]. Der Mangel an französischen Synthesen zur fränkischen Periode regte die Übersetzung von Studien aus anderen europäischen Ländern an, wobei die Bezugnahme auf deutsche Arbeiten erstaunlich selten blieb. Größeres Echo fanden in diesem Rahmen angelsächsische Studien. Ein gewisser Ausgleich ergab sich durch die deutschen Historiker, die dank jahrelanger Präsenz in Frankreich den Duktus der französischen Wissenschaftssprache beherrschen und entsprechend von den französischen Kollegen rezipiert werden: Auf diese Weise fiel u.a. Martin Heinzelmann, Hartmut Atsma und Reinhold Kaiser eine Rolle als Mittler zwischen den beiden Gemeinschaften zu[99].

Der Jahrestag der Taufe Chlodwigs und der Rückgang der romanistischen oder fiskalistischen Betrachtungsweise (Jean Durliat, Élisabeth Nortier) zog von seiten der französischen Frühmediävisten Vorschläge für neue Orientierungspunkte nach sich. Die zunehmende Einbeziehung der Arbeiten jüngerer deutscher Mediävisten, am häufigsten der Schüler Tellenbachs oder Ewigs (Reinhold Kaiser, Jörg Jarnut, Walter Pohl), wurde durch die internationale Dynamik erleichtert, die durch das Programm »Transformation of the Roman World« in Gang gesetzt wurde. Dabei zeigte sich in dieser Zeit, daß das Zielpublikum der Veröffentlichungen der französischen und der deutschen Mediävisten im Laufe der Zeit identisch geworden war. Es umfaßte die gesamte Gemeinschaft der europäischen, wenn nicht sogar der internationalen Mediävisten. Der Vorwurf der zu starken Konzentration auf ausschließlich nationale Problemstellungen und der Unkenntnis der Besonderheiten des Anderen, der bis in die 1990er Jahre immer wieder vorkam, wurde nun nicht mehr erhoben. Das zunehmende Verschwinden nationaler Denkstile zugunsten einer europäischen Lesart war Konsequenz einer besseren wechselseitigen Kenntnis und damit der Gemeinschaftsbildung. Der Einfluß der deutschen Forschung wirkte sich in entscheidender Weise auf die Mediävisten aus, die sich rheinischen, sächsischen oder – noch in stärkerem Ausmaß – slawischen Fragestellungen zuwandten (Michel Parisse, Geneviève Bührer-Thierry, Thomas Lienhard), auf Historiker, deren Forschungsmethoden sich ursprünglich an deutschen Vorhaben orientierten (Philippe Depreux, Josiane Barbier) oder auf solche, die sich anfangs dazu entschlossen hatten, von einer Modellvorstellung auszugehen (Élisabeth Nortier, Régine Le Jan). Dieser Einfluß läßt sich in geringerem Umfang bei französischen Frühmediävisten der ersten und zweiten

[98] Alfred WIECZOREK, Patrick PERIN, Karin von WELCK, Wilfried MENGHIN (Hg.), Die Franken. Wegbereiter Europas, Mainz 1996; Les Francs précurseurs de l'Europe, hg. von Les Musées de la Ville de Paris, Paris 1997.

[99] 1996 spielte das Frühmittelalter innerhalb der französischen Mediävistik noch immer eine Mauerblümchenrolle, da es nur 10% der durchgeführten Forschungen repräsentierte. Die Prozentzahl ergibt sich aus der Auswertung des Jahrbuchs der Société des historiens médiévistes de l'enseignement supérieur von 1996; vgl. SCHMITT, IOGNA-PRAT, Historiographie (wie Anm. 74), S. 420.

Nachkriegs-Generation nachweisen, die im engeren Sinn auf Frankreich zentriert waren (Pierre Riché, Michel Rouche). Trotz ihrer Kenntnis der deutschen Sprache und Geschichtswissenschaft veranlaßten ihre historiographischen Interessen sie dazu, vor allem den ›franzisierenden‹ Teil der deutschen Mediävistik wahrzunehmen (Ewig, Werner, Brühl, Kaiser, Heinzelmann). Die neue Generation von Vertretern einer stärker romanistischen oder positivistischen Strömung (Bruno Dumézil, Magali Coumert) bezog nunmehr die Gesamtheit der deutschsprachigen historiographischen Tendenzen mit ein. In einer vergleichenden Kurzstudie zur Instrumentalisierung der Gestalt Childerichs durch zeitgenössische englische, deutsche und französische Historiker unterstrich Stéphane Lebecq die französische Neigung, Chlodwigs Vater zu ›barbarisieren‹. Diese Tendenz bringe die »antideutsche Einstellung einiger intellektueller französischer Milieus in den Kriegs- oder unmittelbaren Nachkriegsjahren« zum Ausdruck. Zur gleichen Zeit schienen die untersuchten deutschen Historiker dazu zu tendieren, »das ›Germanentum‹ Childerichs und der Seinen zu verdunkeln und ihre Integration in das römische politische und militärische System zu feiern«. Dieses vernunftbestimmte Herunterspielen des Einflusses der »Völkerwanderung« verfolge seiner Ansicht nach das Ziel, »das Bild des Germanen als Zerstörer von Städten und der Kultur zu zertrümmern und in radikaler Weise der Überhöhung der Rasse im Sinne der NS-Ideologie den Rücken zuzuwenden«[100]. Diese deutschen Historiker, Katholiken, Rheinländer und leidenschaftliche Europabefürworter hätten aktiv für die Aussöhnung der beiden Gemeinschaften gearbeitet, um damit schließlich nicht nur den ›romanistischen‹ sondern auch den ›germanistischen‹ Thesen, also der Gesamtheit der deutschen historiographischen Landschaft, eine französische ›Sichtbarkeit‹ zu verschaffen.

Fazit

Die französische Rezeption der deutschen Arbeiten und ihr Einfluß innerhalb der französischen Historiographie (vor allem auf dem Weg über Rezensionen und Zitate) bedeutete implizit die Anerkennung der wissenschaftlichen Legitimität der deutschen Geschichtswissenschaft. Der durch den Krieg verursachte gegenseitige Vertrauensverlust hat mit dieser älteren Praxis gebrochen und in der unmittelbaren Nachkriegszeit zu einer absichtlichen

[100] Stéphane LEBECQ, Le cas de Childéric, in: Études interethniques 10, Villeneuve d'Ascq: C.E.S.E.R.E., 1995, S. 89–108: Der Autor präzisiert in einer Anmerkung (Anm. 18, S. 101) »[daß er] eine sowohl menschliche als auch wissenschaftliche Verehrung für Eugen Ewig und Karl Ferdinand Werner empfindet«.

Unkenntnis geführt. Auf diese ersten Nachkriegsjahre folgte eine zunehmende Wiederentdeckung, die sich zunächst auf romanistische Zugangsweisen konzentrierte, die der französischen Analyse näherstanden. In den 1980er Jahren ließ sich dann jedoch eine breitere Rezeption der deutschen Arbeiten beobachten. Innerhalb dieses Prozesses spielten einige der wichtigsten Personen der europäischen Historiographie eine entscheidende Rolle, was Michel Espagne 1999 zu folgender Bemerkung veranlaßte:

In der unterschwelligen Vermittlung spielen diejenigen unter den Universitätsgelehrten, die die deutsche Sprache beherrschen, eine herausragende Rolle. Es handelt sich dabei besonders um deutschsprachige Historiker, von denen zwei Gruppen eine besondere Aufmerksamkeit verdienen: die der Elsaß-Lothringer und die der Franzosen deutscher Kultur[101].

Die Arbeiten von Michel Parisse, von Philippe Dollinger oder auch von Robert Folz, dessen Bedeutung auf dem Gebiet der deutsch-französischen Vermittlung ein gerade erschienenes Buch unterstreicht[102], waren unter diesem Aspekt sehr charakteristisch. Bei den Französisch sprechenden deutschen Historikern, vor allem den rheinischen, finden wir eine vergleichbare Tendenz. Die katholische Religion hat bei mehreren von ihnen ebenfalls wie ein ›kultureller Zement‹ gewirkt und in ihrer Gegenwartserfahrung und historiographischen Sensibilität ein gegenseitiges Verständnis und den Wunsch zu gemeinsamer Arbeit begünstigt. Die Internationalisierung der deutschen Geschichtswissenschaft in den 1970er Jahren und ihr Paradigmenwechsel hin zu einer weniger stark durch das Politische bestimmten methodischen Zugriffsweise stellte bei der Annäherung der beiden Gemeinschaften ohne Zweifel ein entscheidendes Element dar. Allerdings wurde diese Annäherung zwischen 1970 und 1990 durch das allgemeine Desinteresse der französischen Historiker für die fränkische und vor allem für die merowingische Zeit verlangsamt. Bis zum Ende dieser Periode war die Anziehung überwiegend auf deutscher Seite in Richtung Frankreich vorhanden. Die deutschen Französisch sprechenden Historiker haben von einem romanistischen Geist gekennzeichnete methodische Ansätze entwickelt, die auf die französische Tradition verführerisch wirkten und geeignet waren, sie eventuell zu bereichern und zu beeinflussen. Diese Tendenz führte paradoxerweise zu einer Mißachtung der übrigen deutschen historiographischen Zugangsweisen. Im Gegensatz dazu ließ sich seit den 1990er Jahren eine neue Generation von Historikern in Frankreich beobachten, die ›germanistischere‹ Analysen wiederentdeckte, die lange Zeit von der französischen Historiographie verbannt worden waren. Die Integration dieser Vielfalt ermöglichte schließlich eine vollständige Rezeption der deutschen Geschichtsschreibung zur frühmittelalterlichen Epoche und die Entwicklung eines entschieden europäischen Denkstils. Robert Castel vertrat

[101] Michel ESPAGNE, Les transferts culturels franco-allemands, Paris 1999, S. 53.

[102] Franz J. FELTEN, Pierre MONNET, Alain SAINT-DENIS (Hg.), Robert Folz (1910–1996). Ein Mittler zwischen Frankreich und Deutschland, Stuttgart 2007.

die Ansicht, daß »es nicht die offizielle Institution ist, die die Legitimität vergibt, sondern es ist der Konsens der Gruppe«[103]. Seit 1990 verstand sich die französische Mediävistik nicht mehr als ein nationales, sondern als ein europäisches Unternehmen, wie sich bei wissenschaftlichen Projekten und Veröffentlichungen zeigte. Die Sprache dieser oder jener Forschungsarbeit wirkte nicht mehr als gültiges Evaluationskriterium für deren vorhandene oder fehlende wissenschaftliche Reputation, auch wenn es weiterhin thematische, methodologische und geographische Netzwerke gab. Die Auswirkungen der zahlreichen, an der Wende zum 21. Jahrhundert in Frankreich und Deutschland formulierten Reflexionsversuche zu Bilanz und Zukunft der Mediävistik verstärkten die europäische Dynamik und den Willen, zusammenzuarbeiten[104].

(Übersetzung: Gisela NAEGLE)

[103] Robert CASTEL, Images et phantasmes, in: Pierre BOURDIEU (Hg.), Un art moyen. Essai sur les usages de la photographie, Paris 1965, S. 329.

[104] Hans-Werner GOETZ, Moderne Mediävistik. Stand und Perspektiven der Mittelalterforschung, Darmstadt 1999; DERS., Die Aktualität des Mittelalters, Bochum 2000; Alain GUEREAU, L'avenir d'un passé incertain, Paris 2001; Otto Gerhard OEXLE, L'historisme en débat. De Nietzsche à Kantorowicz, Paris 2002; Johannes FRIED, Die Aktualität des Mittelalters. Gegen die Überheblichkeit unserer Wissensgesellschaft, Stuttgart 2002; Michael BORGOLTE, Das europäische Mittelalter im Spannungsbogen des Vergleichs, Berlin 2002; DERS., Unaufhebbare Pluralität der Kulturen? Zur Dekonstruktion und Konstruktion des mittelalterlichen Europa, München 2001; Jean-Claude SCHMITT, Otto Gerhard OEXLE (Hg.), Les tendances actuelles de l'histoire du Moyen Âge, Paris 2002; Hans-Werner GOETZ, Jörg JARNUT (Hg.), Mediävistik im 21. Jahrhundert. Stand und Perspektiven der internationalen und interdisziplinären Forschung, München 2003. Diese Frage bleibt weiterhin aktuell, wie sich am Thema der XXXVIII. Tagung der SHMESP (Juni 2007) zeigt: »Être historien du Moyen Âge au XXI[e] siècle«, [Mediävist-Sein im 21. Jahrhundert] und ebenso am jüngsten Artikel von Hans-Werner GOETZ, Dossier zur Situation der Mediävistik in Deutschland, in: Das Mittelalter 12 (2007), S. 161–179.

CORINE DEFRANCE

DIE INTERNATIONALEN HISTORIKERTREFFEN VON SPEYER

Erste Kontaktaufnahme zwischen deutschen und französischen Historikern nach dem Zweiten Weltkrieg

»Dort, an den Ufern des deutschen Rheines [...] im Schatten einer Kathedrale, deren karolingischer Stil an die Zeit erinnert, als es weder ein Frankreich noch ein Deutschland gab, sondern lediglich einen Westen, haben sich in den Jahren 1948, 1949 und 1950 Männer aus verschiedenen Ländern getroffen, vor allem Franzosen und Deutsche, Repräsentanten der beiden Völker, ohne deren Konsens ein geeintes Europa wohl kaum hätte entstehen können«[1]. Diese vier Treffen, die zwischen August 1948 und Juni 1950 in Speyer stattfanden, waren die ersten Begegnungen von französischen und deutschen Historikern seit Kriegsende. Sie waren ebenso richtungweisend wie schwierig: »Sie machen nur Geschichten, diese Geschichtswissenschaftler«[2], klagte einer der Veranstalter! Ohne Zweifel waren diese Treffen eine wichtige Etappe bei der Rückkehr der deutschen Geschichtswissenschaft in die ›Ökumene der Historiker‹, doch im Vergleich zu anderen Aspekten der Historiographiegeschichte fanden sie in der Vergangenheit weniger die Aufmerksamkeit der Historiker. So ist es sechzig Jahre nach dem ersten Treffen von Speyer an der Zeit, die Vorgeschichte, den Verlauf und die Folgewirkungen in den Blick zu nehmen. Thematisiert werden sollen in diesem Beitrag der Konflikt zwischen Politikern und Wissenschaftlern wegen der Organisation der Treffen, die Querelen innerhalb der deutschen Historikerschaft und die wichtigsten Ergebnisse der Treffen. Ohne die Kenntnisse der in Speyer diskutierten Fragen ist es nicht möglich, die Wiederaufnahme der deutsch-französischen Schulbuchgespräche in den 1950er Jahren und die Gründung des Instituts für Europäische Geschichte in Mainz zu verstehen[3]. Neue Dokumente ermöglichen heute einen vertiefenden Blick auf Speyer und erlauben es, diese

[1] Leopold GENICOT, La Revue Nouvelle XI (15.6.1950) 6 (Brüssel), S. 630.

[2] MAE/Colmar, série Affaires culturelles (AC) 346(2), Brief von Walther Tritsch an Michel François und Jean-Charles Moreau, 17.2.1949.

[3] Vgl. Winfried SCHULZE, Corine DEFRANCE, Die Gründung des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, Mainz 1992, S. 59f.; siehe dazu den Beitrag von Wilfried SCHULZE in diesem Band.

Treffen unter seinen vielfältigen Aspekten zu betrachten: europäisch, deutsch-französisch und national, mit all seinen innerfranzösischen und innerdeutschen Konflikten.

Die Treffen von Speyer gehören genauso zur unmittelbaren Vorgeschichte des 1950 in Paris stattfindenden Internationalen Historikerkongresses[4], so daß sich in diesem Zusammenhang die Frage stellt, ob die Treffen von Speyer dazu dienen sollten, die Rückkehr der deutschen Historiker in die internationale Gemeinschaft vorzubereiten oder ob sie darauf abzielten, auf Initiative der Politik ein System der internationalen Konzertation aufzubauen, das in erster Linie deutsch-französisch bzw. europäisch sein würde und als Konkurrenz zur traditionellen Organisationsform der wissenschaftlichen Gemeinschaft auftreten sollte.

Die Organisation der internationalen Historikertreffen Zwischen politischer und wissenschaftlicher Initiative?

Bis heute sind die Historikertreffen von Speyer, und insbesondere das erste von ihnen, immer als das Ergebnis einer persönlichen Initiative von Raymond Schmittlein, dem Chef der Direction de l'éducation publique (DEP) der französischen Militärregierung in Baden-Baden dargestellt worden[5]. Nun findet sich aber die Erwähnung solcher Treffen bereits in einem Programmentwurf mit dem Datum vom 8. März 1948 des Centre d'action culturelle et pédagogique in Speyer, das im Herbst 1947 gegründet und von E. Roland-Gosselin geleitet wurde[6].

Dieses Zentrum sollte sich in erster Linie an die deutsche Jugend wenden, um sie von ihren nationalistischen Gedanken abzubringen und bei ihr »ein europäisches, ja sogar universelles Bewußtsein« zu wecken. Die Absicht bestand darin, die Integration Deutschlands in die europäische Wertegemeinschaft

[4] Vgl. Karl Dietrich ERDMANN, Die Ökumene der Historiker. Geschichte der internationalen Historikerkongresse und des Comité International des Sciences Historiques, Göttingen 1987; Winfried SCHULZE, Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945, München 1989, S. 177.

[5] Vgl. SCHULZE, DEFRANCE, Die Gründung (wie Anm. 3), S. 20, 56; Christoph CORNELISSEN, Gerhard Ritter. Geschichtswissenschaft und Politik im 20. Jahrhundert, Düsseldorf 2001, S. 393f. Vgl. zu Schmittlein: Corine DEFRANCE, Raymond Schmittlein (1904–1974): Leben und Werk eines französischen Gründungsvaters der Universität Mainz, in: Michael KISSENER, Helmut MATHY (Hg.), Ut omnes unum sint (Teil 1). Gründungspersönlichkeiten der Johannes-Gutenberg-Universität, Stuttgart 2005, S. 11–30.

[6] MAE, AC 262 (1), Entwurf für die Organisation eines Begegnungszentrums in Speyer, 2.10.1947.

vorzubereiten[7]. Roland-Gosselin stellte sich ein Historikertreffen vor, das »den Geschichtslehrern an den Universitäten und Schulen und den Studenten in höheren Semestern Gelegenheit bieten sollte, gemeinsam ernsthaft über die Geschichte der deutsch-französischen Beziehungen nachzudenken, sowie über die Art und Weise, wie auf politischer, sozialer, kultureller und pädagogischer Ebene ein europäischer Föderalismus zur Lösung transnationaler Probleme vorbereitet werden könnte«. Er schlug ein Projekt vor, das als ersten Schritt eine Prüfung der Schulbücher in Frankreich und Deutschland vorsah[8], was er Schmittlein im Verlauf des Monats März 1947 mitteilte.

Dieser nahm das Projekt unter seine Fittiche und wurde zum Dirigenten von Speyer[9]. Solche Historikertreffen zur Überarbeitung der Schul- und Lehrbücher für Geschichte gehörten zu seiner Politik der »Umerziehung des deutschen Volkes«, die aus zwei Teilen bestand, einerseits Entnazifizierung, Entmilitarisierung und Entpreußifizierung, andererseits Erziehung zur Demokratie[10]. Welche Dringlichkeit Schmittlein diesen Fragen beimaß, zeigte sich nicht zuletzt an der überstürzten Vorbereitung des ersten Treffens im August 1948, für das er selbst die Einladungsliste zusammenstellte.

Schon bei diesem Treffen erwies sich der Umstand als problematisch, daß der Einladende Vertreter der Militärregierung war, was einige Persönlichkeiten dazu veranlaßte, die Einladung abzulehnen. Am Ende von Speyer I baten die Teilnehmer darum, ein Vorbereitungskomitee zu gründen, damit die wissenschaftliche Gemeinschaft die Organisation der Treffen in die Hand nehmen konnte. Der österreichische Historiker Walther Tritsch, der seit 1938 in Paris weilte, wurde von seinen Kollegen beauftragt, Speyer II vorzubereiten. Der Einladungsbrief stellte klar:

> Die Behörde für Öffentliche Erziehung hat angeboten, die Vorbereitung der zweiten Tagung den beim ersten Treffen anwesenden Teilnehmern zu überlassen, und erklärten, keinerlei Einfluß auf die Wahl der Teilnehmer, deren Programm oder ihre Arbeit [...] auszuüben. Diese Tagungen haben einen streng privaten Charakter. Sie verstehen sich weder als Konkurrenz zu den Tagungen der offiziellen Delegationen noch zu den internationalen Kongressen, die zahlreiche Wissenschaftler vereinen, die rein wissenschaftliche Fragen klären wollen[11].

Ihm fiel es zu, Kontakt zum Comité international des sciences historiques (CISH), das damals von dem Züricher Hans Nabholz geleitet wurde, und den nationalen Komitees aufzunehmen und um ihre Mitarbeit zu bitten, »sofern sie

[7] Ibid.

[8] MAE, AC 262 (1), Entwurf für Historikertagung, Begegnungszentrum Speyer, 8.3.1948.

[9] Vgl. Henri GREGOIRE u.a., La réunion d'historiens de Spire (août 1948), in: Alumni XVII (1948) 6, S. 267–273, hier S. 267.

[10] Vgl. Corine DEFRANCE, La politique culturelle de la France sur la rive gauche du Rhin, 1945–1955, Straßburg 1994; Stefan ZAUNER, Erziehung und Kulturmission. Frankreichs Bildungspolitik in Deutschland 1945–1949, München 1994.

[11] MAE, AC 346 (2), Rundbrief von Tritsch, ohne Datum.

nicht eine nationalistische Politik betrieben«[12]. Tritsch trat mit dem österreichischen Komitee in Kontakt, mit Robert Fawtier, dem Vorsitzenden des französischen Komitees, sowie mit Nabholz, den er zweimal traf. Ein Programm wurde ausgearbeitet, das »die Aktivität von Speyer auf dringende, vorbereitende und auf rein privater Initiative basierende Aufgaben beschränkte«[13]. Dieser Ansatz fand umgehend die Zustimmung des Vorsitzenden des CISH:

> Ich glaube, wenn man sich streng an dieses Programm hält, das in keinem Punkt gegen die vom ›Comité international des sciences historiques‹ getroffenen Entscheidungen verstößt, kann es eigentlich nichts dagegen sagen und könnte vielleicht sogar gezwungen sein, die Nützlichkeit von rein privaten und vorbereitenden Initiativen anzuerkennen, deren Ergebnisse Sie uns freundlicherweise zur Verfügung stellen möchten[14].

Speyer II fand also nicht gegen den Willen des CISH statt; vielmehr bezeichnete Nabholz das Treffen vom März 1949 im Nachhinein sogar als »vorbildlich«[15].

Mit Fawtier und mehreren anderen Mitgliedern des französischen Komitees war der Kontakt sehr viel schwieriger. Bereits bei der ersten Zusammenkunft im Oktober 1948 äußerte der Mediävist von der Pariser Sorbonne Vorbehalte, die sich im Laufe der Zeit nur noch verstärkten, so sehr, daß Tritsch von einem »homerischen Krieg« sprach[16]. Dieser Konflikt ist bislang immer als ein Widerstand der wissenschaftlichen Gemeinschaft gegen das interpretiert worden, was ihr wie eine Einmischung der Politik in die wissenschaftliche Sphäre vorkam[17]. Möglicherweise lag hier sogar das eigentliche Motiv des Widerstandes gewisser französischer Kollegen wie Charles Morizé und Lucien Fèbvre, die a priori dem Projekt nicht ablehnend gegenüberstanden, aber Tritsch sehr bald vorwarfen, die Treffen nur mit Persönlichkeiten zweiten Ranges zu veranstalten[18]. Der Vorwurf, daß Tritsch nur ein Strohmann von Schmittlein sei, erschien nicht unbegründet, erstattete er der Militärregierung doch über jede Etappe der Vorbereitung Bericht. Seine Nähe zur Politik erklärt u.a., warum Tritsch nicht die Vorbereitung von Speyer III übertragen wurde[19]. Schmittlein ernannte dann selbst das Organisationskomitee von Speyer III mit dem Belgier

[12] MAE, AC 346 (2), Bericht von Tritsch für Schmittlein, 10.10.1948.
[13] Ibid.
[14] MAE, AC 346 (2), Memorandum von Tritsch über sein Gespräch mit Nabholz am 3.2.1949.
[15] MAE, AC 146 (2), Die Ergebnisse der zweiten Tagung internationaler Historiker, Ostern 1949 in Speyer, o.D., Tritsch.
[16] MAE, AC 346 (2), Brief von Tritsch an die DEP, 22.2.1949.
[17] Winfried SCHULZE, ›Das Mainzer Paradoxon‹. Die deutsche Geschichtswissenschaft der Nachkriegszeit und die Gründung des Instituts für Europäische Geschichte, in: SCHULZE, DEFRANCE, Die Gründung (wie Anm. 3), S. 7–39, hier S. 20; CORNELISSEN, Gerhard Ritter (wie Anm. 5), S. 395.
[18] MAE, AC 346 (2), Brief von Tritsch an Nabholz, 15.2.1949.
[19] MAE, AC 146 (2), Brief von Tritsch an Schmittlein, 4.10.1949.

Henri Grégoire als Vorsitzenden und dem Schweizer Gerold Walser als Generalsekretär. Er griff auch in die Auswahl der Themen des Kolloquiums ein und natürlich in dessen Finanzierung[20].

In Wirklichkeit war der Widerstand Fawtiers gegen Speyer II dezidiert politischer und privater Natur. Welche Haltung galt es gegenüber Deutschland und den deutschen Historikern nach dem »Dritten Reich« einzunehmen? In den Archives nationales findet sich eine Aufzeichnung, die Ende 1948, nach dem ersten Gespräch mit Tritsch verfaßt worden war: »M. Fawtier ist der Meinung, daß es nicht Sache der französischen Historiker sei, den ersten Schritt in Richtung der deutschen Historiker zu tun«. Er beklagte, daß die französischen Forscher in persönlicher Verantwortung am Treffen Speyer I teilgenommen hatten, »ein Verhalten, das [...] bei ihren Kollegen auf keinerlei Sympathie gestoßen sei«. Er war entrüstet über die ausgestreckte Hand seiner französischen Kollegen, die die Deutschen nicht zum Eingeständnis ihrer Schuld gezwungen hätten, sich dem Nationalismus verschrieben zu haben, sondern sie »davon zu überzeugen suchten, daß der Unterricht französischer Geschichte und der Tendenzen der französischen Historiographie nichts Nationalistisches an sich hatte«. In der Aufzeichnung heißt es weiter:

> Die französischen Historiker dürfen nicht vergessen, daß nicht einer unter den Historikern innerhalb oder außerhalb Deutschlands sich erhoben hat, als Marc Bloch erschossen wurde. So haben wir im Augenblick absolut nichts, um uns davon überzeugen zu können, daß sich die Ansichten der deutschen Historiker in ihrer Gesamtheit gewandelt haben. Das einzige, was man von ihnen verlangen solle, sei ein Hinweis darauf, in welchem Geist und mit welchen Methoden sie in Zukunft unterrichten wollen. Anschließend komme es darauf an, daß sie diese theoretischen Vorgaben auch in die Praxis umsetzen, daß sie Geschichtsbücher für die deutschen Schulen schreiben, an denen man ablesen kann, wie weit sie auf dem Wege der Reue vorangekommen sind. Schließlich müsse man abwarten, wie diese revidierten Geschichtsbücher [...] aufgenommen und benutzt werden. Solange diese Bedingungen nicht erfüllt sind, findet Herr Fawtier, daß die französischen Forscher nicht den ersten Schritt in Richtung auf die deutschen Historiker tun sollten [...]. Es versteht sich von selbst, daß sich dies nicht auf die Gesamtheit der deutschen Historiker bezieht. Unter ihnen gibt es einige, die Mitleid verdienen; ihnen sollten wir individuell und nur, wenn wir uns absolut sicher sind, die Hand entgegenstrecken. Abschließend hält es Herr Fawtier nicht für möglich, dem französischen Komitee und dem internationalen Komitee vorzuschlagen, die Haltung in dieser wichtigen Frage zu ändern und in irgendeiner Weise an den vorgesehenen Treffen teilzunehmen[21].

Fawtiers harte Haltung erklärt sich vor allem mit seiner eigenen Deportation in das KZ Mauthausen, die ihn über Jahre in Distanz zur deutschen Geschichtswissenschaft verharren ließ. Anfang 1949 intervenierte er bei den französischen und belgischen Kollegen, daß sie die Einladung von Tritsch nicht an-

[20] MAE, AC 146 (2), Brief von Schmittlein an Grégoire, 13.6.1949.

[21] AN (Paris), 105AS 422, Internationale Historikertagung von Speyer 1948–1949, nicht unterzeichneter und nicht datierter Bericht [Ende 1948] über die Reaktion von Fawtier auf den Bericht über Speyer I, der ihm von Roland-Gosselin zugeschickt worden war.

nehmen sollten[22]. Seine »Unterminierungsversuche« gegen Speyer hatten schließlich Erfolg, denn die französische Beteiligung beschränkte sich auf sechs Personen!

Bei Speyer II hatten die Organisatoren sehr wohl die besondere Stellung und den maßgeblichen Einfluß des CISH anerkannt. Aber wie Tritsch an Schmittlein schrieb, »wir haben von dieser internationalen Organisation, in der die verschiedenen Nationalismen vereinigt sind und deren nächste Sitzung im übrigen erst für 1950 vorgesehen ist, nichts wirklich Nützliches zu erwarten«[23]. Die beiden Männer waren der Meinung, daß diese internationalen Komitees in der Vergangenheit sehr dienlich gewesen seien, aber daß »deren Bemühungen den nationalen Haß nur vorübergehend hatten beruhigen können«. Dies war einer der wichtigsten Gründe für die von der Militärregierung lancierte Initiative. Schmittlein erwartete nichts mehr von den internationalen Wissenschaftlerkomitees; vielmehr war ihm noch der internationale Wissenschaftsboykott gegen Deutschland im Kopf, der nach dem Ersten Weltkrieg nur dazu geführt hatte, die in der deutschen Wissenschaftlerzunft bereits vorhandenen Nationalismus weiter zu verstärken[24]. In den folgenden Jahren konnte sich Schmittlein in dieser Haltung nur bestätigt fühlen. Zwar hatte sich das CISH bereits bei einer Sitzung des engeren Vorstands im Juni 1947 in Royaumont »insgeheim« für eine deutsche Beteiligung am Pariser Kongreß im Jahr 1950[25] ausgesprochen, doch wurde den anwesenden deutschen Historikern dort ein eisiger Empfang bereitet[26]!

Schmittlein setzte auf eine neue Dynamik »von unten«, wie er sie u.a. bei internationalen Jugendtreffen erlebt hatte. Auch unter den Historikern hielt er nach »Männern guten Willens« aus Frankreich, Deutschland und anderen

[22] MAE, AC 346(2), Briefe von Tritsch an Giron, 25. und 26.2.1949.

[23] MAE, AC 346(2), Vorlage von Tritsch für Schmittlein, 10.10.1948.

[24] Brigitte SCHROEDER-GUDEHUS, Deutsche Wissenschaft und internationale Zusammenarbeit 1914–1928. Ein Beitrag zum Studium kultureller Beziehungen in politischen Krisenzeiten, Genf 1966; DIES., Les scientifiques et la paix. La communauté scientifique internationale au cours des années 20, Montréal 1978; DIES., Internationale Wissenschaftsbeziehungen und auswärtige Kulturpolitik 1919–1933. Vom Boykott und Gegen-Boykott zu ihrer Wiederaufnahme, in: Rudolf VIERHAUS, Bernhard VOM BROCKE (Hg.), Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft. Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm/Max-Planck-Gesellschaft, Stuttgart 1990, S. 858–885.

[25] Im Juni 1947 hatte der CISH-Vorstand in Royaumont beschlossen, die Historiker der ehemaligen Feindstaaten nicht mehr auszuschließen; vgl. ERDMANN, Die Ökumene der Historiker (wie Anm. 4), S. 262f.; Winfried SCHULZE, Die deutschen Historiker auf dem Internationalen Historikerkongreß in Rom 1955, in: Dieter HEIN, Klaus HILDEBRAND, Andreas SCHULZ (Hg.), Historie und Leben. Der Historiker als Wissenschaftler und Zeitgenosse. Festschrift für Lothar Gall zum 70. Geburtstag, München 2006, S. 89–102, hier S. 91–94.

[26] Hermann HEIMPEL, Paris 1950 in der Erinnerung, in: Hermann HEIMPEL, Aspekte. Alte und Neue Texte, hg. von Sabine KRÜGER, Göttingen 1995, S. 272–279; CORNELISSEN, Gerhard Ritter (wie Anm. 5), S. 447.

Ländern Ausschau, um ihnen die Vorbereitung dieser Treffen zu übertragen[27]. Gelegen kam Schmittlein dabei der Wille von verständigungsbereiten Historikern, beim Aufbau neuer Dialogstrukturen nicht bis 1950 warten zu wollen. Eile schien geboten, denn mit der Wiederaufnahme der Geschichte in den Lehrplan für die Gymnasien war die Frage der Geschichtsbücher in Westdeutschland sehr dringend geworden. Im übrigen gedachte die Militärregierung, die ihr noch bleibende Zeit der Besatzung zu nutzen, um diese erzieherischen und kulturellen Maßnahmen voranzutreiben[28].

Tritsch und Schmittlein wußten, daß die UNESCO in der Vorbereitung von Schulbüchern schon sehr weit fortgeschritten war[29]. Sie war im nachhinein über Speyer I informiert und zu Speyer II eingeladen worden, lehnte eine Zusammenarbeit aber – zweifellos unter dem Einfluß von Fawtier[30] – ab. Ab Speyer III stand die UNESCO aber durch ihren Verantwortlichen für die Abteilung Schulbücher, den Amerikaner Richard Perdew, in enger Verbindung mit diesen Tagungen, die im Oktober 1949 (Speyer III) bzw. Mai/Juni 1950 (Speyer IV) stattfanden und weiterhin beanspruchten, Treffen mit privatem Charakter zu sein[31]. Dank einer verbesserten Organisation[32] weiteten sie sich nun zu kleinen Kongressen für ein gelehrteres Publikum aus[33].

Das deutsche »Schisma« und die Definition des »Geistes von Speyer«

Für Speyer I hatte noch die DEP die Teilnehmer selbst ausgesucht, doch verlieren sich in den Archiven dann die Spuren, so daß für die Folgetreffen nicht alle Eingeladenen nachgewiesen werden können. Mit Bestimmtheit läßt sich auch nicht immer sagen, warum einige nicht gekommen waren, außer für Ritter, der die Einladung ablehnte, weil es sich um eine von der Militärregierung

[27] Vgl. Jacqueline PLUM, Französische Kulturpolitik in Deutschland 1945–1955. Jugendpolitik und internationale Begegnungen als Impulse für Demokratisierung und Verständigung, Wiesbaden 2007.

[28] MAE, AC 346 (2), Brief von Tritsch an Morazé, 15. Februar 1949.

[29] MAE, AC 146 (2), Les résultats de la seconde rencontre internationale d'historiens, o.D., Tritsch.

[30] Fawtier und Morizé gehörten zur französischen Delegation bei der UNESCO. Vgl. ERDMANN, Die Ökumene der Historiker (wie Anm. 4), S. 272.

[31] Vgl. Ulrich PFEIL, Vorgeschichte und Gründung des Deutschen Historischen Instituts Paris. Darstellung und Dokumentation, Ostfildern 2007, S. 91.

[32] MAE, AC 146 (2), Brief Schmittlein an Grégoire, 13.6.1949.

[33] MAE, AC 146 (2),Vermerk für den Generaldirektor für kulturelle Angelegenheiten, 3. internationale Historikertagung in Speyer.

organisierte Veranstaltung handelte, zu allem Überfluß auch noch von Schmittlein, mit dem er bereits vorher regelmäßig aneinandergeraten war[34].

Das von Ritter vorgebrachte Argument für seine Ablehnung von Speyer I entsprach den Gründen, welche die französische Seite benutzte, um Speyer II fernzubleiben, obwohl die Militärregierung die Organisation der Veranstaltung zumindest formal in die Hände von Historikern gelegt hatte. Diese Vorsichtsmaßnahme genügte aber, um neue deutsche Historiker nach Speyer zu holen, unter ihnen Franz Schnabel (Tab. 2). Immer mehr Historiker aus verschiedenen europäischen Ländern nahmen nun teil. Dennoch versuchte Ritter, der erneut eingeladen worden war, nachdem er Bedingungen für sein Kommen gestellt hatte[35], seine deutschen Kollegen zu einem Boykott von Speyer II zu überreden. Er führte die Tatsache, daß der politische Berater der Militärregierung, André François-Poncet, das Treffen eröffnen sollte, als einen Beleg dafür an, daß die Veranstaltung offiziellen Charakter besaß[36]. Schmittlein erklärte: »Die Sabotage der Organisation von Speyer ist sein Werk«[37], und in einem Artikel im »Rheinischen Merkur« wurde Ritter beschuldigt, diese Gelegenheit zu nutzen, um den Verband der Historiker Deutschlands (VHD), dessen Neugründung er gerade betrieb, durch die höchsten internationalen Instanzen legitimieren lassen zu wollen[38].

Dieses Treffen, das zweifellos unter den unterschiedlichen Erwartungshaltungen bei Rednern und Zuschauern sowie dem Ungleichgewicht zwischen deutschen und französischen Teilnehmern litt, muß nichtsdestotrotz als Erfolg bezeichnet werden. Dazu hatte unfreiwillig auch Ritter beigetragen, der durch seine wiederholten Interventionen den Zusammenhalt unter den deutschen Teilnehmern verstärkt hatte. Der Journalist des »Rheinischen Merkurs« kommentierte: »Diejenigen, die trotz allem nach Speyer gekommen waren [...], Mitglieder einer Widerstandsfront, haben damit gegen die Orthodoxie an den Universitäten demonstriert«. Indigniert wegen des Drucks von außen, erklärte Henri Grégoire: »Wenn Sie weitermachen, ist dies ein großer Sieg; wenn Sie aufhören, ist dies eine große Niederlage«[39].

[34] Corine DEFRANCE, Les Alliés occidentaux et les universités allemandes, 1945–1949, Paris 2000, S. 350f.; CORNELISSEN, Gerhard Ritter (wie Anm. 5), S. 394.

[35] Vgl. ibid., S. 395.

[36] MAE, AC 146 (2), Vermerk von Schmittlein für André François-Poncet, 12.10.1949. Rede von François-Poncet in: SCHULZE, DEFRANCE, Die Gründung (wie Anm. 3), S. 40–44.

[37] MAE, AC 47 (3), Note von Schmittlein über Ritter, 23. Februar 1950.

[38] Claus WEYER, Une occasion manquée. À propos du congrès des historiens à Spire, in: Rheinischer Merkur, 16.4.1949. Dieser wurde von den französischen Behörden für den internen Gebrauch übersetzt; MAE/Colmar, AC 146 (2). Vgl. zur Frage der Gründung des VHD: CORNELISSEN, Gerhard Ritter (wie Anm. 5), S. 438f.; SCHULZE, Deutsche Geschichtswissenschaft (wie Anm. 4), S. 159–182.

[39] MAE, AC 146 (2), Brief von Roland-Gosselin an Schmittlein, 3.4.1949.

In Speyer II wurde auch der »Geist von Speyer« geboren, von dem man später noch so häufig sprechen sollte[40], und den Tritsch als eine Ausdrucksform des europäischen Glaubens im Namen der supranationalen europäischen Werte charakterisierte. Im Sinne des Geistes von Speyer handeln, hieß für ihn »den historischen Stellenwert der Nationen zu verstehen, um ihre gemeinsamen Wurzeln neu zu entdecken und um die moralischen Werte der Menschheit wieder aufzurichten, die sich in der Zivilisation des Westens, eben in der unsrigen, entwickelt hatten, ohne die wir nicht leben können«. Diese Historiker »sind fest dazu entschlossen, die übliche Dominanz der Nationalgeschichten aufzugeben und die Einheit der moralischen Werte des Westens als Basis für eine neue Form der Lehre auf allen Ebenen zu benutzen, und dies für alle Länder, zumindest aber für die Europas«[41]. Der »Rheinische Merkur« verwies auf die Notwendigkeit, »die fundamentalen Prinzipien des christlichen Humanismus, die der Nährboden und das Rückgrad unserer westlichen Zivilisation sind«, neu zu definieren[42]. Grégoire, der gern – ebenso wie Fritz Kern – vom »Reichstag« von Speyer sprach, verwies auf »diese Versammlungen, bei denen der neue Wind durch alle Fenster wehte, [und wo] man sich veranlaßt fühlt, alle seine kleinen nationalistischen Sünden *urbi et orbi* einzugestehen«. Der christliche, ja geradezu katholische Bezug, ist allgegenwärtig, und die Wahl des Veranstaltungsortes unterstrich dies: Der Dom, Symbol der Einheit des christlichen Okzidents, wurde als »Markenzeichen« der Treffen von Speyer anerkannt.

Dieser Wille, die nationalen Werte hinter sich zu lassen und sich statt dessen den Werten Europas bzw. des Abendlands zu öffnen[43], die Kritik an dem von Bismarck geführten deutschen Einigungsprozeß und das Engagement von überwiegend katholischen und rheinischen Historikern für ein fest im »Okzident« verankertes föderales Deutschland veranlaßte Hermann Heimpel, von einem »Schisma«[44] zwischen der Gruppe von Speyer und den Vertretern einer preußisch-konservativen Richtung zu sprechen, die sich unter der Führung von Ritter gerade zum VHD zusammengeschlossen hatte. Schmittlein selbst hatte den Konflikt zwischen Speyer und der Gruppe um Ritter noch angefacht, als er den Teilnehmern von Speyer II dafür dankte, daß sie »trotz und wegen der nationalistischen Proteste und manchmal gegen starke Widerstände«[45] ge-

[40] Vgl. H.W. ERBE, Internationales Historikertreffen in Speyer, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 1 (1950), S. 301f.; Henri GRÉGOIRE, La Nouvelle Clio, in: La Nouvelle Clio 1/2 (1949), S. 1.

[41] MAE, AC 146 (2), Les résultats de la seconde rencontre internationale d'historiens, o.D., Tritsch.

[42] WEYER, Une occasion manquée (wie Anm. 38).

[43] Siehe dazu den Beitrag von Axel SCHILDT in diesem Band.

[44] Vgl. SCHULZE, ›Das Mainzer Paradoxon‹ (wie Anm. 17), S. 21.

[45] Rede Schmittleins anläßlich der 2. Internationalen Historikertagung von Speyer. Rede abgedruckt in: SCHULZE, DEFRANCE, Die Gründung (wie Anm. 3), S. 44–48, hier S. 44.

kommen seien. Und im August 1949 präsentierte er die Gründung des Instituts für Europäische Geschichte als ein »notwendiges Gegengewicht zu gewissen Geschichtsverbänden, die sich in den Zonen der Alliierten gegründet haben und deren Geist [...] nicht so ausgerichtet ist, wie dies zu wünschen wäre«[46].

Aber der »Geist von Speyer« definierte sich – über den innerdeutschen Historikerzwist hinaus – auch durch den Willen zur internationalen und insbesondere zur deutsch-französischen Annäherung, der die Teilnehmer dieser Tagungen antrieb. Grégoire bezeichnete ihn als »den Geist der gegenseitigen Verständigung, wenn nicht gar Aussöhnung, zwischen Franzosen und Deutschen, der am Rhein weht«[47]. Bei seinem Bemühen, die deutsche Mentalität langfristig zu ändern, um die Sicherheit Europas zu gewährleisten, hatte Schmittlein verstanden, daß man die Historiker mobilisieren mußte, um die Geschichtslehrbücher zu revidieren[48]. Die doppelte Dimension dieses Unterfangens, politisch und wissenschaftlich, ist unbestreitbar. Er hatte jedoch genauso das Risiko erkannt, das die Rückkehr zu den moralischen und religiösen Werten des Abendlandes barg, so daß er in seiner Rede in Speyer II forderte, die »Demokratie« ins Zentrum des Europakonzepts zu stellen[49]. Es mag daher als Vorsichtsmaßnahme bezeichnet werden, daß Schmittlein Tritsch die Organisation der Folgetreffen von Speyer entzog, weil der österreichische Historiker zu sehr darum bemüht war, Speyer II und die Arbeiten des Arbeitskreises christlicher Historiker, der von dem katholischen Historiker Wilhelm Wühr geleitet wurde und sehr auf das Konzept eines »christlichen Europas«[50] ausgerichtet war, zu verbinden. Diese bewußte Distanzierung Schmittleins vom »Geist von Speyer«, so wie ihn die Vertreter des »Abendlandes« verstanden, kam ein weiteres Mal im Jahre 1950 zum Vorschein, als es einen Nachfolger für den jüngst verstorbenen Fritz Kern an der Spitze der Abteilung für uni-

[46] MAE, AC 278 (1), Brief Schmittleins an den Gouverneur von Rheinland-Pfalz Claude Hettier de Boislambert, 19.8.1949. Vgl. Corine DEFRANCE, Die Franzosen und die Gründung des Instituts für Europäische Geschichte in Mainz 1949–1955, in: SCHULZE, DEFRANCE, Die Gründung (wie Anm. 3), S. 59f.

[47] Henri GRÉGOIRE, L'Esprit de Spire et ›La Nouvelle Clio‹, in: Le Flambeau 32 (1949) I, S. 147–153, hier S. 147; vgl. auch ERBE, Internationales Historikertreffen (wie Anm. 40), S. 301.

[48] Vgl. Rainer RIEMENSCHNEIDER, Verständigung und Verstehen. Ein halbes Jahrhundert deutsch-französische Schulbuchgespräche, in: Dokumente 5 (1990), S. 400–407; DERS., Transnationale Konfliktbearbeitung. Die deutsch-französischen und die deutsch-polnischen Schulbuchgespräche im Vergleich, 1935–1997, in: Internationale Schulbuchforschung 20 (1998), S. 71–79; Reiner BENDICK, Irrwege und Wege aus der Feindschaft. Deutsch-französische Schulbuchgespräche im 20. Jahrhundert, in: Kurt HOCHSTUHL (Hg.), Deutsche und Franzosen im zusammenwachsenden Europa 1945–2000, Stuttgart 2003, S. 73–103; Jeannie BAUVOIS-CAUCHEPIN, Enseignement de l'histoire et mythologie nationale; Allemagne–France, du début du XX^{e} siècle aux années 1950, Bern 2002.

[49] Rede Schmittleins anläßlich der 2. Internationalen Historikertagung von Speyer. Rede abgedruckt in: SCHULZE, DEFRANCE, Die Gründung (wie Anm. 3), S. 44–48, hier S. 46.

[50] Vgl. SCHULZE, ›Das Mainzer Paradoxon‹ (wie Anm. 17), S. 22 und 30.

verselle Geschichte am Institut für Europäische Geschichte zu finden galt[51]. Festzuhalten ist, daß der »Geist von Speyer« für die französische Besatzungsmacht nicht dasselbe bedeutete wie für einen großen Teil der Teilnehmer.

Welche Dynamik dieser Geist jedoch entfaltete, zeigte sich bei den weiteren Tagungen. Zu Speyer III (Oktober 1949) wurden etwa 80 Historiker eingeladen, von denen 58 auch tatsächlich kamen (Tab. 3). Es handelte sich bereits, wie auch bei Speyer IV (ein etwas bescheideneres Treffen, das nur 26 Teilnehmer vereinte, vgl. Tab. 4), um eine Mischung aus Universitätsprofessoren, Gymnasiallehrer, Dozenten an Pädagogischen Hochschulen und außerdem offiziellen Vertretern des Kultusministeriums. Zu Speyer III wurde Ritter, mit dem Schmittlein im Juni[52] eine lebhafte Aussprache hatte, nicht eingeladen[53], aber einige derjenigen, die ihm im Boykott von Speyer II gefolgt waren, nahmen an dem Treffen teil: insbesondere Hermann Heimpel, Gerd Tellenbach und Johannes Spörl. Britische und amerikanische Vertreter des Hohen Kommissariats und der UNESCO trugen durch ihre Gegenwart ebenfalls dazu bei, dieser Tagung ein unbestreitbares internationales Prestige zu verleihen. Dadurch, daß es ihm gelang, die Bandbreite der Teilnehmer an Speyer III erheblich zu erweitern und zu ihm sogar Vertreter des VHD einzuladen, entschärfte Grégoire das Risiko eines »Schismas« innerhalb der deutschen Historikerzunft und verhinderte ein Abgleiten Speyers in eine »abendländische« Richtung, die nicht mit dem Bemühen der Besatzungsmächte um eine Demokratisierung Deutschlands vereinbar gewesen wäre.

Bilanz der Arbeitsgruppen von Speyer

Während des ersten Treffens von Speyer im August 1948 hatten die Organisatoren vorgeschlagen, die unterschiedlichen Standpunkte bei der Interpretation wichtiger historische Fragen herauszuarbeiten und Mechanismen zu entwickeln, mit denen Divergenzen überwunden werden können. Diese Zielsetzungen bezogen sich auf die wissenschaftliche Forschung, aber auch auf deren Anwendung in Form von Schulbüchern[54], wobei die erste Etappe als

[51] Vgl. Corine DEFRANCE, Fritz Kerns Nachfolge im Institut für Europäische Geschichte und die Wahl von Martin Göhring. Personalpolitik innerhalb der Historikerzunft 1950/51, in: Heinz DUCHHARDT (Hg.), Martin Göhring (1903–1968). Stationen eines Historikerlebens, Mainz 2005, S. 11–22, hier S. 21f.; Claus SCHARF, Martin Göhrings Emanzipationen von den Gründungsvätern des Mainzer Instituts, in: ibid., S. 23–48, hier S. 36–42. Siehe den Beitrag von Heinz Duchhardt in diesem Band.

[52] Vgl. CORNELISSEN, Gerhard Ritter (wie Anm. 5), S. 396f.

[53] Ibid., S. 398.

[54] MAE, AC 346 (2); Rundbrief von Tritsch, o.D.

notwendige Voraussetzung für die zweite verstanden wurde. Immer wiederkehrende Themen charakterisierten die Debatten von Speyer: Kritik am Nationalismus, Abwendung von der nationalen und der »Sprung in die europäische Geschichte«, ja sogar Universalgeschichte, Nachdenken über die Frage, wie Geschichte geschrieben und unterrichtet werden könnte, um der Friedenssicherung zu dienen, nachdem die historische Wissenschaft in der Vergangenheit eher Konflikte angefacht hatte[55].

Die großen historiographischen Debatten

Die ersten Diskussionen in der pfälzischen Domstadt drehten sich um die Begriffe Nation, Nationalität und Nationalismus. Diese Themen wurden von den Vertretern des Abendlandes als sogenannte »moralische Werte« angesehen, die in der unmittelbaren Nachkriegszeit für die »Revision des deutschen Geschichtsbildes«[56] so charakteristisch waren.

Während der ersten beiden Treffen stand die Antike auf der Tagesordnung der Debatten. Insbesondere die Interpretation der deutschen Historiker in der Tradition von Johann Gustav Droysen wurde in Frage gestellt, der Makedonien bei der Vereinigung Griechenlands eine ähnliche Rolle zuschrieb, wie sie Preußen im deutschen Einigungsprozeß im 19. Jahrhundert gespielt habe; doch auch die Darstellung der beiden französischen Historiker Gustave Glotz und Robert Cohen fand vor den Historikern in Speyer keine Gnade, hatten sie doch die Demokratie Athens aus dem Blickwinkel des liberalen Modells des 19. Jahrhunderts interpretiert[57].

Eine andere Thematik, die während Speyer III und IV ausgiebig diskutiert wurde, drehte sich um die Rolle der Germanen in der ausgehenden Antike: Gab es eine Zerstörung der römischen Kultur durch die »Invasionen der Barbaren« (These von André Piganiol) oder einen kulturellen Synkretismus (These von Wilhelm Ensslin)[58]? Schnabel insistierte darauf, daß diese Völker miteinander verwandt seien und sprach von einer römisch-germanischen Symbiose, »aus der die Weltkultur entstanden ist, in der wir uns heute befinden«. Immer wieder fand sich bei den Diskussionen das Bemühen, die Ein-

[55] Vgl. Peter SCHÖTTLER (Hg.), Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft 1918–1945, Frankfurt a.M. ²1999; Edgar WOLFRUM, Geschichte als Waffe. Vom Kaiserreich bis zur Wiedervereinigung, Göttingen 2001.

[56] Vgl. zur Debatte der Werte: Klaus GROSSE KRACHT, Die zankende Zunft. Historische Kontroversen in Deutschland nach 1945, Göttingen 2005, S. 25f.

[57] Vgl. GREGOIRE, L'Esprit de Spire (wie Anm. 47), S. 148.

[58] MAE, AC 146 (2), Bericht von Gustav Würtenberg (übertragen vom NWDR), 23.6.1950.

heit Europas hervorzuheben und die Nationalismen hinter sich zu lassen, um schließlich zu einer universellen Geschichte zu gelangen[59].

Die Frage Bismarcks und der deutschen Einheit wurden zum Gegenstand ausführlicher Debatten bei Speyer III, die »Europa und der Nationalismus« gewidmet waren. Als der große Moment dieses Kongresses wurde allgemein der Vortrag von Schnabel gewertet, der die Gunst der Stunde nutzte, um auf die Thesen seiner Gegenspieler Hans Rothfels und Gerhard Ritter einzugehen, die diese während des ersten Historikertages in München einige Wochen zuvor vorgestellt hatten[60]. Speyer wurde somit auch zum Austragungsort innerdeutscher Querelen, auf der einen Seite die in der Domstadt anwesenden Vertreter eines übernationalen Ansatzes, auf der anderen die im VHD dominierende deutschnationale Strömung mit Ritter an der Spitze.

Geschichtsunterricht und der Beruf des Historikers

Nach den Diskussionen über den Stand des Geschichtsunterrichts in Frankreich und Deutschland während Speyer I[61] wurde am Ende dieser Tagung eine aus drei Mitgliedern bestehende Kommission gegründet, die sich den deutschen Schulgeschichtsbüchern widmen sollte. In Speyer II wurde präzisiert, daß es sich nicht nur darum handeln könne, Lehrwerke für die Schüler zu konzipieren, sondern auch »Richtlinien für die Lehrer auszuarbeiten, nach denen sie ihren Unterricht zu gestalten haben«[62]. In Speyer III erinnerten der in Nancy lehrende französische Germanist Robert Minder und der Kölner Historiker Peter Rassow an die Thesen von 1935, die Franzosen und Deutsche gemeinsam aufgestellt hatten, um die Schulbücher beider Länder von nationalistischen Exzessen zu säubern. Da die Nationalsozialisten jedoch alles taten, um diese gemeinsame Arbeit im Reich nicht bekannt werden zu lassen, entschied sich die französische Militärregierung 1949, diese Thesen erneut auf Deutsch zu publizieren[63].

Eine weitere Debatte drehte sich um die Beziehung zwischen der Edition von Schulbüchern und der Kontrolle durch den Staat (Speyer IV). Jean Sigmann, Historiker und Angehöriger der Besatzungsbehörden, bestand auf der Notwendigkeit, die Schulbücher von jeder politischen Kontrolle freizuhalten. Er löste damit eine lebhafte Debatte aus, welche die deutsch-französischen

[59] MAE, AC 146 (2), Gespräche über Geschichtsunterricht, Internationale Historikertagung in Speyer am 20.10.1949.

[60] Vgl. SCHULZE, ›Das Mainzer Paradoxon‹ (wie Anm. 17), S. 19; vgl. zum Kontext genauso den Beitrag von Winfried SCHULZE in diesem Band.

[61] MAE, AC 346 (2), Rundbrief von Tritsch, o.D.

[62] Ibid.

[63] Jean SIGMANN, Probleme der Deutsch-Französischen Geschichtsschreibung, Baden-Baden 1949, S. 6f.

Mißverständnisse spiegelte. Verschiedene deutsche Teilnehmer vertraten die Ansicht, daß ein einheitliches Programm, so wie es in Frankreich zentral vom Ministerium festgelegt wird, einer politischen Zensur gleichkomme[64].

Die Notwendigkeit, den Geschichtsunterricht in ganz Deutschland wieder aufzunehmen und neue Schulbücher herauszugeben, erschien angesichts der fehlenden Kenntnisse und des mangelnden historischen Bewußtseins der jungen Deutschen besonders dringend. Wühr betonte, daß die Wiederaufnahme des Geschichtsunterrichts die politische und staatsbürgerliche Bildung der jungen Generationen, die für die Demokratisierung Deutschlands unerläßlich sei, ermöglichen sollte. Nach dem »Dritten Reich« sei es unbedingt notwendig, die nationale Geschichte wieder in den europäischen und universellen Kontext zu stellen sowie den Primat der politischen Geschichte aufzugeben, um der Sozial-, Wirtschafts- und Kulturgeschichte den ihr gebührenden Platz einzuräumen[65]. Schnabel fühlte sich seinerseits zu einem Plädoyer für eine universelle Geschichte als Bollwerk gegen eine nationale Geschichte veranlaßt, die seiner Ansicht nach zur Zwietracht zwischen den Völkern beigetragen habe[66].

Schon bei der ersten Tagung warfen die Teilnehmer die Frage nach einem gemeinsamen Schulbuch zur Geschichte Europas auf[67], die in Speyer II wieder aufgegriffen wurde: Die eigentliche Idee war, »die Geschichte der *civilisation* und der Ideen hervorzuheben, im Unterschied zur *pragmatischen* Geschichte der Kriege, Revolutionen und Eroberungen. Auf diese Weise, so glaubte man, käme man ganz natürlich zu einer Geschichte des Okzidents, die mehr eint als teilt, abgesehen von allen anderen Vorteilen, welche die auf dieser Werteordnung beruhende neue Ausrichtung mit sich bringt[68]«.

Diese Idee eines supranationalen Schulbuches war nicht neu und sein Leitmotiv auch nicht. Sie stand in der Kontinuität des Projektes eines Handbuchs der deutsch-französischen Beziehungen von Fritz Kern und Jean de Pange, das 1931/32 als ein letzter Versuch der wissenschaftlichen Gemeinschaft entwickelt worden war, um Europa noch vor seinem Untergang zu retten. Anfang der 1930er Jahre verhinderte die sich zuspitzende politische Lage jedoch die Realisierung eines solchen Projekts[69].

[64] MAE, AC 142 (2), Bericht von Leonard über die 4. Tagung von Speyer, 6.6.1950.

[65] MAE, AC 146 (2), Gespräche über Geschichtsunterricht, Internationale Historikertagung in Speyer am 20.10.1949.

[66] Ibid.

[67] MAE, AC 262 (1), Brief Schmittleins an die Teilnehmer, 22.6.1948.

[68] WEYER, Une occasion manquée (wie Anm. 38); MAE, AC 146 (2), Redeprotokolle; Gespräche über Geschichtsunterricht, Internationale Historikertagung in Speyer am 20.10.1949.

[69] Vgl. Ingrid VOSS, Deutsche und französische Geschichtswissenschaft in den dreißiger Jahren, in: Hans Manfred BOCK, Reinhard MEYER-KALKUS, Michel TREBITSCH (Hg.), Entre Locarno et Vichy. Les relations franco-allemandes dans les années 1930, Paris 1993, S. 417–437 ; vgl. ibid.: Élisabeth DU REAU, Jean de Pange: un intellectuel catholique devant l'idée de rapprochement franco-allemand, S. 241–252; Corine DEFRANCE,

Beim folgenden Treffen warnte der Schweizer Historiker Erich Gruner unter Verweis auf das System der helvetischen Konföderation vor einem europäischen Schulbuch, das nur als Ergänzung zu einer nationalen Geschichte konzipiert sei. Er wünschte sich eine europäische, wenn nicht gar universelle Geschichte, die die Schüler ermahnen sollte, »sich im Zentrum Europas mit allen Völkern gleich zu verstehen«[70]. In Speyer IV waren die Teilnehmer jedoch der Meinung, daß »das ›europäische Schulbuch‹, das sich nicht mit Grenzen und nationalen Geschichten befaßt, die Schüler kaum interessieren würde, müsse man diese doch vom Bekannten zum Unbekannten führen«[71].

In Speyer wurde aber nicht alleine über die Vermittlung von Geschichte diskutiert, sondern auch über das Selbstverständnis des Historikers. Schnabel stellte dafür ein neues Konzept vor, das von der Prämisse ausging, daß Geschichte angesichts der Verbrechen des »Dritten Reichs« nicht mehr wie in der Vergangenheit unterrichtet werden könne. Über die Weitergabe von Wissenschaft und Geschichte an die Schüler hinaus müsse es darum gehen, ihnen Orientierungspunkte zu geben und von neuem die Rechtsordnung bzw. die Rechtsidee nahezubringen. Schnabel wollte die Geschichte aus einer strikten wissenschaftlichen Haltung befreien, damit sie den Ansprüchen und Erwartungen an die Gesellschaft gerecht werde. Nach seiner Auffassung müsse sie zur Basis einer staatsbürgerlichen und moralischen Erziehung werden:

> Die Tatsachen sprechen an sich niemals, sondern die Tatsachen sprechen nur, wenn man Fragen an sie richtet und man muß also wissen, was man nun von der Vergangenheit will, was man mit dem Studium der Geschichte erreichen will [...]. Nicht nur Kausalitäten suchen wir in der Geschichte [...], sondern wir suchen in der Geschichte auch Werte und dabei sind es nicht nur große Persönlichkeiten, die der Jugend etwa voranleuchten können, sondern ebensosehr Werte, die in den Kulturepochen sind.

Dieses Plädoyer war das Ergebnis einer Diskussion, die zwischen jenen ausgebrochen war, die in den Biographien ›großer Männer‹ immer noch einen Vorbildcharakter für die junge Generation sahen, und einer anderen Gruppe, die sich weigerte, wieder auf eine dem Denken von Heinrich von Treitschke verpflichtete Geschichtsschreibung zurückzufallen, habe diese Methode doch dem ›Führerprinzip‹ in Deutschland zum Durchbruch verholfen[72]. Eine ähnliche Argumentation findet sich übrigens auch in den auf deutscher Seite von Georg Eckert formulierten Prinzipien für die deutsch-französischen Schulbuchgespräche ab den 1950er Jahren[73].

Ulrich PFEIL, Au service du rapprochement franco-allemand. Dialogue d'historiens de part et d'autre du Rhin, in: Georges MINK, Laure NEUMAYER (Hg.), L'Europe et ses passés douloureux, Paris 2007, S. 91–103.

[70] MAE, AC 146(2), Gespräche über Geschichtsunterricht, Internationale Historikertagung in Speyer am 20.10.1949.

[71] MAE, AC 146(2), Rencontres internationales des historiens à Spire.

[72] Vgl. GRÉGOIRE u. a., La réunion des historiens (wie Anm. 9), S. 271f.

[73] Vgl. den Beitrag von Rainer RIEMENSCHNEIDER in diesem Band.

Die Veröffentlichungsprojekte

Die in Speyer II vertretenen Historiker konnten sich schnell auf verschiedene Arbeitsprojekte verständigen, die sie im Anschluß an die Tagung gleich anpacken wollten. Zum einen dachten sie daran, »neue Geschichtsbücher zu schreiben, für die Schule und für andere Zwecke, mit einem übernationalen Blick auf die Geschichte der westlichen Kultur, die das Gemeingut der verschiedenen Nationen Europas ist. Dank ihrer sollte es möglich sein, ein neues Konzept für die Geschichtslehre zu entwickeln«. Eine Kommission wurde unter dem Vorsitz von Joseph Hours zur Realisierung eingesetzt[74]. Zum anderen wollten sie »eine kritische Abhandlung des Grundkonzepts herausgeben, das als Grundlage für eine neue Geschichtslehre gelten kann«. Dieses Werk sollte den Lehrern helfen, sich von ihren Vorurteilen zu lösen. Verantwortlich dafür war Tritsch[75]. Darüber hinaus strebten sie den internationalen Austausch von Spezialbibliographien an, eine Aufgabe, die Fernand L'Huillier, David Lasserre, Helmut Arntz und Beryl Smalley anvertraut wurde. Zusätzlich wurden die ersten Schritte zur Gründung einer neuen internationalen und mehrsprachigen Geschichtszeitschrift mit monatlichem Erscheinungsdatum, »La Nouvelle Clio«, zurückgelegt, die von Henri Grégoire in Brüssel herausgegeben werden sollte. Sie war als Verbindungsorgan zwischen den Teilnehmern von Speyer konzipiert, zugleich aber auch als »Medium«, durch das die Forscher über die Fortschritte der historischen Wissenschaft informiert werden sollten. Grégoire wollte sie im Geiste der Zeitschrift »Die Geisteswissenschaften« fortführen, einem Wochenblatt, das nur zwischen 1913 und 1914 erschienen war[76]. Schließlich gab es noch das Projekt der »Historia Mundi«, das die internationale Zusammenarbeit fördern sollte, um eine Universalgeschichte seit der Prähistorie zu schreiben, wobei die Kulturen und Epochen nicht »hierarchisiert« werden sollten[77]. Die Idee einer Universalgeschichte war in Speyer stets gegenwärtig und erschien den Teilnehmern genauso wichtig wie der Wille zur Überwindung des Nationalismus, zur Abkehr von nationalen Perspektiven und zur Redaktion einer Geschichte der Menschheit in ihrer Gesamtheit[78]. Die Universalgeschichte war für sie Ausdruck dieses neuen Humanismus nach der Katastrophe des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkriegs, der untrennbar mit den »universellen Werten« verbunden war, die in Speyer perma-

[74] MAE, AC 146 (2), Brief von Tritsch an Schmittlein, 14.8.1949 und 4.10.1949.

[75] Ibid.

[76] Vgl. GRÉGOIRE, La Nouvelle Clio (wie Anm. 40).

[77] Vgl. Walter GOETZ, Historia Mundi, in: Archiv für Kulturgeschichte 37 (1955), S. 101–104; Hubert BECHER, Der Gedanke einer ›Historia Mundi‹ und seine Verwirklichung, in: Historisches Jahrbuch 79 (1960), S. 220–226; Jean DE PANGE, De l'érudition à l'histoire générale. L'œuvre scientifique de Fritz Kern, in: Bibliothèque de l'École des chartes CX (1952), S. 220–222.

[78] Vgl. Ernst SCHULIN, Universalgeschichte und Abendländische Entwürfe, in: Heinz DUCHHARDT, Gerhard MAY (Hg.), Geschichtswissenschaft um 1950, Mainz 2002, S. 49–64.

nent hochgehalten wurden, sich bei genauerem Hingucken aber auch als die Projektion einer sehr eurozentrierten Universalität entpuppt. Kern als wichtigster Fürsprecher des Projekts einer »Historia Mundi« verfolgte diese Pläne auch im Zusammenhang mit der von ihm ins Leben gerufenen Abteilung für Universalgeschichte am Mainzer Institut für Europäische Geschichte. Nach seinem Tod im Mai 1950 wurde das Projekt dann von seinem ehemaligen Assistenten Fritz Valjavec – weit von Mainz entfernt[79] – wieder aufgegriffen.

Bilanz von Speyer

Wie lautet die Bilanz der Tagungen von Speyer in bezug auf die Beziehungen zwischen deutschen und französischen bzw. westeuropäischen Historikern? Es ist bezeichnend, daß die Belgier in ihrem Protokoll über Speyer I so stark auf dem gelungenen Ablauf dieser Tagung insistierten[80]. Tatsächlich war die Wiederaufnahme des Dialoges der wichtigste Punkt dieses ersten Treffens. In der Folge betonten die Kommentatoren immer wieder, daß sie von dem Freiraum beeindruckt gewesen seien, den diese wissenschaftlichen Tagungen schufen, wo es weder Besetzte noch Besatzer gab. Dennoch waren bei einigen Gelegenheiten die Empfindlichkeiten zu spüren. So ereignete sich während der IV. Tagung ein bezeichnender Vorfall, als Renate Riemeck, eine Lehrerin aus Oldenburg, die Kritik an jenen Kollegen äußerte, welche sich immer noch nicht völlig von der NS-Ideologie gelöst hätten, von deutschen Teilnehmern ausgebuht und des »Vaterlandsverrats« bezichtigt wurde[81]. Noch in Speyer IV löste der Beitrag von André Piganiol, der von »Barbaren [sprach], die die Kultur der römischen Antike zerstört hatten«, bei den deutschen Teilnehmern eine gewisse Verstimmung aus, die sich in der Beschreibung dieser »Barbaren« wiederzuerkennen glaubten. Der Beitrag von Wilhelm Ensslin über die Verschmelzung der römischen und germanischen Kultur beruhigte die Gemüter und wurde von französischer Seite mit starkem Beifall bedacht. Ein anwesender Journalist sah darin den Beweis, daß die wissenschaftliche Wahrheit und die Objektivität sich zu einer Kraft entwickeln konnten, durch die Menschen über nationale Grenzen hinweg zueinanderfinden[82].

[79] SCHARF, Martin Göhrings Emanzipationen (wie Anm. 51), S. 29f.
[80] GREGOIRE u.a., La réunion d'historiens (wie Anm. 9), S. 267f.
[81] MAE, AC 146 (2); Bericht von Leonard über die 4. Tagung von Speyer, 6.6.1950.
[82] MAE, AC 146 (2); Bericht von Gustav Würtenberg (übertragen im NWDR), 23.6.1950.

Schlußbemerkung

Kommen wir abschließend auf die Bedeutung von Speyer für die Reintegration der deutschen Forscher in die internationale wissenschaftliche Gemeinschaft zu sprechen. Schmittlein war der Meinung, daß die Tagungen in der rheinland-pfälzischen Stadt den deutschen Historikern die Möglichkeit gegeben hätten, ohne Zeitverlust wieder auf die internationale Bühne zurückzukehren. Er zeigte sich darüber hinaus überzeugt, daß »die Zukunft der deutsch-französischen kulturellen Beziehungen eng mit der Frage des Verhaltens der deutschen Historiker verbunden«[83] sei. Als das Projekt von Speyer I lanciert wurde, kannte er noch nicht die Position des CISH gegenüber den deutschen Historikern, und, angesichts der Reaktion von Fawtier, gewann er den Eindruck, daß die französische Sektion des CISH dazu geneigt war, die Wiederaufnahme der Beziehungen abzulehnen. Solch ein Verhalten beunruhigte ihn, habe der Boykott der 1920er Jahre doch nur zu einer Radikalisierung des Nationalismus unter den deutschen Wissenschaftlern geführt. Als Verantwortlicher für die Umerziehung in der französischen Zone hatte Schmittlein jedoch begriffen, daß der Weg zur Annäherung nur mit sorgfältig ausgewählten »Männern guten Willens« beschritten werden konnte.

Hindernisse bauten sich durch seinen persönlichen Konflikt mit Ritter und die innerdeutschen Spannungen innerhalb der »Historikerzunft« auf. Festzuhalten ist aber, daß die französische Militärregierung keinesfalls die Beteiligung der Deutschen am Pariser Kongreß verhindern wollte; vielmehr unterstrich sie, daß Speyer »die Teilnahme der Deutschen am Internationalen Historikerkongreß erleichtern sollte«[84]. Schmittlein legte im Herbst 1949 besonderen Wert darauf, den britischen und amerikanischen Alliierten in Erinnerung zu rufen, dass dies nicht zuletzt das Ergebnis seiner Bemühungen gewesen sei[85]. Mit diesem Hinweis versuchte er zu verhindern, daß sich Ritter diese Meriten an die Weste heftet und sich de facto zum Anführer der deutschen Historiker aufschwingt. Als Chef der DGAC verstand er sich damit als Garant für eine Pluralität innerhalb der deutschen Historikerschaft[86], gab aber natürlich auch seiner Fehde mit dem Freiburger Historiker eine neue Blüte. Schmittlein lag mit dieser Haltung auf einer Wellenlänge mit Fawtier, der genauso danach strebte, jegliche Zwischenfälle in Paris zu verhindern. Einen solchen wollten beide angesichts der extremen Empfindlichkeit der französi-

[83] MAE, AC 146 (2), Note von Schmittlein an den französischen Botschafter in Bern, o.D. [Ende September 1949].

[84] MAE, AC 146 (2), Note von Pierre Péchoux vom 24.10.1949.

[85] MAE, AC 146 (2), Brief von Schmittlein an Winning und Marshall von der Kulturbehörde des amerikanischen und britischen Hohen Kommissariats, 23.12.1949.

[86] MAE, AC 146 (2), Note von Schmittlein an den französischen Botschafter in Bern, o.D.

schen Historiker nicht ausschließen, hatten diese fünf Jahre nach Kriegsende die nationalsozialistischen Verbrechen sicher noch nicht vergessen:

Einige von ihnen waren in Konzentrationslagern gewesen und [...] die anderen erinnerten sich daran, daß ihre bedeutendsten Vertreter, Herr Lapierre, Generalsekretär der Gewerkschaft der Geschichtsprofessoren, im Konzentrationslager gestorben waren, Marc Bloch in Lyon von der Gestapo erschossen worden und die ganze Familie Isaac in den Verbrennungsöfen umgekommen war[87].

Das weiterhin gegenüber der deutschen Historikerschaft empfundene Mißtrauen führte schließlich dazu, daß sich der Vorstand des CISH[88] unter maßgeblichem Zutun von Fawtier am 2. September 1950 schließlich gegen die Anerkennung des VHD als legitimer Repräsentant der deutschen Historiker auf internationaler Bühne aussprach[89]. Zugleich wurden die acht eingeladenen deutschen Historiker in Paris mit ausgesprochener Kälte empfangen, und noch 1955 gab es keinen Historiker in der Delegation der Sorbonne, der sich auf Einladung der Ludwig-Maximilians-Universität in offizieller Mission nach München begeben wollte[90]. Es scheint, daß zahlreiche französische Historiker Anfang der 1950er Jahre noch sehr viel zurückhaltender gegenüber ihren deutschen Kollegen waren als Vertreter anderer Disziplinen. So kann die Bedeutung von Speyer gar nicht hoch genug eingeschätzt werden, machten die Gespräche doch den Weg zu einer ganzen Reihe von multilateralen oder bilateralen Treffen frei, die es einem erweiterten Kreis (nun mit Gerhard Ritter und auch Pierre Renouvin) erlaubten, die Arbeit an der Revision der Schulbücher fortzusetzen[91]. Zudem führt von Speyer der Weg direkt zur Gründung des Instituts für Europäische Geschichte in Mainz, dessen Aufgabe vom amerikanischen Hohen Kommissar John McCloy mit einem »Schuman-Plan für die historische Wissenschaft«[92] verglichen wurde. Trotz der innerfranzösischen und innerdeutschen Konflikte, die teilweise die Vorbereitung der Treffen überschatteten, dienten die Tagungen von Speyer unbestreitbar dazu, eine deutsch-französische und europäische Annäherung in die Wege zu

[87] Ibid.

[88] Der VDH wurde erst am 16.3.1951 als offizielle Vertretung der deutschen Historiker anerkannt; vgl. CORNELISSEN, Gerhard Ritter (wie Anm. 5), S. 448f.

[89] Vgl. ERDMANN, Die Ökumene der Historiker (wie Anm. 4), S. 276; CORNELISSEN, Gerhard Ritter (wie Anm. 5), S. 398f.

[90] Vgl. Corine DEFRANCE, »Les universitaires français et allemands face au rapprochement bilatéral. Entre méfiance et engagement, 1945–1962. L'exemple du ›jumelage‹ Sorbonne-Munich«, in: Philippe BUTON (Hg.), Reims 1945–1962 et le rapprochement franco-allemand. De la Capitulation à la Réconciliation, i.V.

[91] Speyer IV hatte mit dem einstimmigen Votum für eine Resolution zu den Grundlagen des Geschichtsunterrichts geendet; MAE, AC 146 (2), Rencontres internationales des historiens à Spire et motion. Vgl. zur Frage der Revision des Geschichtsunterrichts: Rencontres franco-allemandes d'historiens 1950–1953, hg. von der Direction générale des affaires culturelles, Mainz, o.D.

[92] Vgl. DEFRANCE, Die Franzosen (wie Anm. 46), S. 77.

leiten, wie Grégoire bereits 1948 hervorgehoben hatte: »Ohne Tagungen wie die von Speyer kann man nicht einmal an die Entstehung eines erneuerten europäischen Geistes denken«[93].

Tab.1: I. Internationales Historikertreffen Speyer, 17.–26.8.1948 (Einladung und Antwort)[94]

	Funktion	Ort	Teilnahme
Franzosen			
Coornaert, Émile	Prof., Collège de France,	Paris	ja
Beau De Loménie, Emmanuel	Schriftsteller	Paris	?
Madaule, Jacques	Lehrer, Lycée Michelet	Paris	ja
Lessourd	Prof., Univ. Nancy	Nancy	ja
Tavenaux, René	Lehrer Lycée Henri-Poincaré	Nancy	ja
Hours, Joseph	Lehrer (classes préparatoires)	Lyon	ja
Piganiol, André	Prof., Collège de France	Paris	ja
Burgard, Abbé Charles	Studentenpfarrer	Nancy	ja
Burgard, Émile	Student	Nancy	?
Didier	Prof., Kath. Univ. Lille	Lille	ja
Voillard, Odette	Geschichtslehrerin	Nancy	ja
Riché, Pierre	Geschichtslehrer	Paris	?
Maignial, Charles	Journalist	Baden-Baden	?
Charron, Simone (Lucienne?)	Studentin	Vélizy	ja
Waldner, Pierre	Student, ENS	Paris	ja
Normand, Suzanne	Studentin	Lyon	?
Picot, Joseph	Student	Caluire	?
Deutsche			
Wühr, Wilhelm	Prof.	Freising	ja
Ewig, Eugen	Dozent	Mainz	ja
Vogt, Joseph	Prof.	Tübingen	ja
Bauer, Clemens	Prof.	Freiburg i.Br.	ja
Ritter, Gerhard	Prof.	Freiburg i.Br.	nein
Schnabel, Franz	Prof.	München	ja
Ramackers, Johannes	Prof.	Krefeld	ja
Zorn, Wolfgang	Assistent	Würzburg	ja
Schramm	Studienrätin		ja
Goretzky	Studienrätin	München	ja
Niedermayer	Studienrat	Freising	ja
Franzel, Emil	Dr.	Weilheim	ja
Skalweit, Stephan	Archivar, Historiker	Bonn	ja
Taube, Otto Fhr. von	Schriftsteller		ja
Smolka, Georg	Dozent	V.H. Speyer	ja

[93] GRÉGOIRE u.a., La réunion d'historiens (wie Anm. 9), S. 273.
[94] MAE/Colmar, AC 262 (1), Brief von Schmittlein an Harsin, 28.07.1948.

Repgen, Konrad	Student	Bonn	ja
Hahnen, Hans-Jürgen	Student	Ahrweiler	?
Schweizer			
Kern, Fritz	Ehm. Prof. Bonn	Belfaux	ja
Walser, Gerold	Prof. Freiburg i.Br.	Basel	ja
Hofer, Walther	Prof.	Zürich	ja
Greyerz, Hans von	Prof.	Bern	ja
Thieme, Karl	Prof.	Basel	?
Belgier			
Harsin, Paul	Prof.	Lüttich	ja
Van Kalken		Brüssel	?
Lausse		Löwe	?
Peremens		Löwe	?
Willaert		Namür	?
Grégoire, Henri	Prof.	Brüssel	ja
Lambrechts, Pierre	Prof.	Lüttich und Brüssel	ja
De Laet, Siegfried	Prof.	Gent	ja
Österreicher			
Tritsch, Walther	Historiker	Paris	ja

Tab. 2: II. Internationales Historikertreffen Speyer, 22.–26.3.1949[95]

Name	Nationalität	Fachrichtung
Arntz, Helmut	Deutscher	Indogermanistik
Bammel, Ernst	Deutscher	Kirchengeschichte
Brinckmann	Deutscher	Kunstgeschichte
von Eickstedt	Deutscher	Anthropologie
Ensslin, Wilhelm	Deutscher	Alte Geschichte
Fischer, Fritz	Deutscher	Geschichte
Franzel, Emil	Deutscher	Geschichte
Kern, Fritz	Deutscher	Geschichte
Lortz, Josef	Deutscher	Kirchengeschichte
Mahr, Adolf	Deutscher	Vor- und Frühgeschichte, Völkerkunde
Schreiber, Rudolf	Deutscher	Geschichte
Petry, Ludwig	Deutscher	Geschichte
Smolka, Georg	Deutscher	Geschichte
Stauffer, Ethelbert	Deutscher	Neues Testament
Stier, Hans Erich	Deutscher	Alte Geschichte
Waldschmidt, Ernst	Deutscher	Indologie
Wühr, Wilhelm	Deutscher	Geschichte

[95] MAE/Colmar, AC 146, rapport de Roland-Gosselin, 22 juin 1949.

Schnabel, Franz	Deutscher	Geschichte
Repner, Fritz	Brite	Geschichte der Verkehrsmittel
Smalley, Beryl	Brite	Geschichte
Rottschalk (?)	Österreicher	Orientalist
Pöschl, Victor	Österreicher	Klassische Philologie
Sauer, Franz	Österreicher	Kirchengeschichte
Thun und Hohenstein, Eleonore von	Österreicherin	Soziologie
Tritsch, Walther	Österreicher	Geschichte
Grégoire, Henri	Belgier	Hellenistik
Diez Del Corral	Spanier	Geschichte
François, Michel	Franzose	Geschichte
Hours, Joseph	Franzose	Geschichte
L'Huillier, Fernand	Franzose	Geschichte
Latzarus, Bernard	Franzose	Hellenistik
Minder, Robert	Franzose	Germanistik
Voillard, Odette	Franzose	Geschichte
Alföldi, André	Ungar	Alte Geschichte
Devoto, Giacomo	Italiener	Sprachwissenschaft
Lasserre, David	Schweizer	Geschichte

Tab.3: III. Internationales Historikertreffen, Speyer,17.–20.10.1949[96]

Name	Funktion	Vortrag
Aemisegger, Walter	Geschichtslehrer Technikum Wintherthur (Schweiz)	
Alba, André	Prof. für Moderne Geschichte, Paris	
Brinckmann, A.E.	Prof. für Kunstgeschichte, Frankfurt a.M.	
Büttner, Heinrich	Prof. für Mittlere Geschichte, Marburg	
Brunschwig, Henri	Prof. für Geschichte, Sciences Po, Paris	
Deshusses, Georges	Leiter des Institut français, Freiburg i.Br.	
Droz, Jacques	Prof. für Geschichte, Clermont-Ferrand	Concept français et concept allemand du principe de nationalité
Dupront, Alphonse	Prof. für Geschichte, Montpellier	
Eckert, Georg	Prof. für Neuere Geschichte, Braunschweig	
Ensslin, Wilhelm	Prof. für Alte Geschichte, Würzburg	

[96] MAE/Colmar, AC 275 (1), 3e rencontres internationales d'historiens de Spire. Folgende Historiker waren ebenfalls eingeladen, haben sich aber nicht nach Speyer begeben: Fernand L'Huillier und André Piganiol (Frankreich); Eduard Vischer, Karl Schib und Walther Hofer (Schweiz); Clemens Bauer, Fritz Wagner und Herbert Nesselhaus (Deutschland); , MAE/Colmar, AC 146 (2), liste préliminaire du 11 octobre 1949.

Ernst, Fritz	Prof. für Mittlere und Neuere Geschichte, Heidelberg	
Ewig, Eugen	Doz. für Mittelalterliche Geschichte, Mainz	
Grégoire, Henri	Prof. für Geschichte, Brüssel	Séance d'ouverture
Greyerz, Hans von	Prof. für Schweizer Geschichte, Bern	
Gruner, Erich	Lehrer für Geschichte, Basel Redaktor des Gymnasium Helveticum	Die Praxis des Geschichtsunterrichts und die Geschichtslehrmittel
Heimpel, Hermann	Prof. für Mittelalterliche Geschichte, Göttingen	
Hepner, Fritz	Prof. für Kommunikationsgeschichte, London	
Hübinger, Paul Egon	Prof. für Mittelalterliche Geschichte, Bonn	
Hess, Gerhard	Prof. für Romanische Philologie, Heidelberg	
Hours, Joseph (verhindert)	Lehrer für Geschichte, Lycée de Lyon (classes préparatoires)	Die Praxis des Geschichtsunterrichts und die Geschichtslehrmittel
Junod, Louis	Prof. für Geschichte, Lausanne	
Kern, Fritz	Prof. für Geschichte, Bonn	
Kind, Ernst	Prof. für Geschichte, Rektor der Kantonschule St. Gallen	
Kluke, Paul	Prof. für Neuere Geschichte, FU Berlin	
Krausnick, Helmut	Braunschweiger Arbeitskreis, Bad Harzburg	
Lacant, Jacques	Verbindungsoffizier an der Univ. Freiburg i.Br. (Germanist)	
Lambrechts, Pierre	Prof. für Alte Geschichte, Brüssel	
Lejeune, Rita	Prof. für romanische Literatur, Lüttich	La base historique de l'épopée médiévale
Leonard, T.J.	Britischer Erziehungsoffizier, Bünde	
Lelievre, Pierre	Inspecteur général à l'Institut d'urbanisme, Paris	
Minder, Robert	Prof. de civilisation allemande, Nancy	Die französisch-deutschen Beziehungen im 19. Jh. Diskussion der Thesen von 1935
Mittler, Otto	Rektor der Bezirksschule in Baden (Baden, Schweiz)	
Noack, Ulrich	Prof. für Neuere Geschichte, Würzburg	
Ott, Karl	Ministerialdirektor, Karlsruhe	
Pange, Jean de	Historiker, Paris	
Pange, Pauline de	Docteur es lettres, Paris	
Pechoux, Pierre	DGAC Mainz	
Perdew, Richard	UNESCO Paris	
Rassow, Peter	Prof. für mittlere und Neuere Gechichte, Köln	Die französisch-deutschen Beziehungen im 19. Jh. Diskussion der Thesen von 1935

Sautter, Guy	Lektor an der Univ. Freiburg i.Br.	
Schieffer, Theodor	Prof. für mittlere Geschichte, Mainz	
Schnabel, Franz	Prof. für Neuere Geschichte, München	Bismarck und die Nationen
Schramm, Edmund	Rektor der Dolmetscherhochschule Germersheim	
Sigmann, Jean	Historiker, CNRS, Strasbourg	
Smolka, Georg	Prof. der modernen Geschichte, Verwaltungsakademie Speyer	
Spörl, Johannes	Prof. der modernen Geschichte, München	
Steinen, Wolfgang von den	Prof. für mittlere Geschichte, Basel	
Steinmeyer, Kurt	Prof. für alte Sprachen und Französisch, Direktor des Gymnasiums Marburg	
Stier, Hans Erich	Prof. für alte Geschichte, Münster	
Straub, Johannes	Prof. für alte Geschichte, Erlangen	
Stroheker, Karl	Dozent für alte Geschichte, Tübingen	
Tellenbach, Gerd	Prof. für mittlere Geschichte, Rektor der Uni. Freiburg i.Br.	Sittliche Prinzipien im Zusammenleben der abendländischen Völker
Tritsch, Walther	Österreichischer Historiker (Paris)	
Vermeil, Edmond	Prof. für Deutschlandstudien, Paris	L'humanisme occidental et le nationalisme romantique allemand
Vogt, Joseph	Prof. für alte Geschichte, Tübingen	
Voillard, Odette	Assistentin für frühneuzeitliche Geschichte, Nancy	
Walser, Gerold	Dozent für alte Geschichte, Freiburg i.Br.	
Wühr, Wilhelm	Prof. für mittlere Geschichte, PH Freising	Die Praxis des Geschichtsunterrichts und die Geschichtslehrmittel

Tab. 4: IV. Internationales Historikertreffen, Speyer, 29.5.–2.6.1950[97]

Name	Funktion	Vortrag
Piganol, André (F)	Prof. am Collège de France	Le rôle des germains à la fin de l'antiquité
Lambrechts, Pierre (B)	Prof. an der Univ. Brüssel	Le déclin de la civilisation romaine et les invasions barbares
Ensslin, Wilhelm (D)	Prof. an der Univ. Würzburg	Die Bedeutung der Germanen für die antike und mittelalterliche Welt
Lemerle, Paul (F)	Prof. an der Sorbonne, Paris	Saint-Paul à Philippes et la mission chrétienne en Europe

[97] MAE/Colmar, AC 146(2), note pour Schmittlein du 3 juin 1950.

Grégoire, Henri (B)	Prof. an der Univ. Brüssel	L'Église chrétienne et l'Empire romano-byzantin
Grousset, René (F)	Konservator am Musée Cernuschi	La portée de la civilisation européenne et les barbares
Stadtmüller, Georg (D)	Ehem. Prof. an der Univ. Leipzig	Wirkungen des Ostens auf Europa
Gasser, Adolf (D)	Privatdozent an der Univ. Marburg	Antike Traditionen in der modernen Staatsidee
Wagner, Fritz (D)	Prof. an der Univ. Marburg	Der Einfluß Amerikas auf das europäische Staatsdenken
Duveau, Georges (F)	Prof. an der Univ. Straßburg	Le marxisme et la conception de l'État moderne
Perdew, Richard	Text-books section UNESCO	History-teaching in the view of UNESCO
Martin, Michel (F)	Prof. am Lycée Condorcet, Paris; Maître de conférence am Institut d'études politiques; Représentant de la Fédération nationale de l'éducation	L'enseignement de l'histoire dans les projets de réforme scolaire
Vermeil, Edmond (F)	Prof. für Deutschlandstudien an der Sorbonne, Paris	
Mousnier, Roland (F)	Prof. an der Univ. Straßburg	
Bruley, Édouard (F)	Präsident der Société des professeurs d'histoire, Paris	
Lebel, Paul (F)	Direktor des Institut français, Freiburg	
Hours, Joseph (F)	Lehrer am Lycée, Lyon	Un livre d'histoire européen est-il réalisable?
Babinger, Franz (D)	Orientalist, München	
Dölger, Franz (D)	Geschichte von Byzanz, München	
Hohl, Ernst (D)	Alte Geschichte, Humboldt-Universität, Berlin	
Ziegler, Konrad (D)	Klassische Philologie, Göttingen	
Dhondt, Jan (B)	Gent	
Gossens, Roger (B)	Brüssel	
Berchem, Denis van (CH)	Genf	
Silberschmidt, Max (CH)	Zürich	
Leonard, T.J. (GB)	Britisches Hochkommissariat	

(Übersetzung: Birgit SCHÖNE-MARTENS)

WINFRIED SCHULZE

ZWISCHEN ABENDLAND UND WESTEUROPA

Die Gründung des Instituts für Europäische Geschichte in Mainz im Jahre 1950

Wenn wir über die Neugründung des Mainzer Instituts für Europäische Geschichte im Jahre 1950 im Kontext der »Rückkehr der deutschen Historiker in die Ökumene der Historiker« sprechen, dann berühren wir zwei ganz unterschiedliche Komplexe der Geschichte der Geschichtswissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland nach 1945. Zum einen ist damit der teilweise mühevolle Prozeß der Wiederzulassung der deutschen Historiker in das Comité international des sciences historiques (CISH) angesprochen, wie es sich etwa in den komplizierten Zulassungsdiskussionen zum Internationalen Kongreß in Paris 1950 erwies, zum anderen ist dabei die nicht weniger komplizierte Vorgeschichte der Mainzer Institutsgründung zu berücksichtigen, die ich aus Anlaß des vierzigjährigen Jubiläums schon einmal zusammengefaßt habe. Da inzwischen – soweit ich sehe – kein wesentlich neuerer Forschungsstand auf diesem Gebiet erreicht worden ist, muß ich auf den Ergebnissen meines Buches von 1989 und der gemeinsam mit Corine Defrance verfaßten Publikation von 1992 aufbauen, in denen ich zum ersten Mal den Gesamtzusammenhang der Neuordnung der deutschen Geschichtswissenschaft nach 1945 in Syntheseabsicht angegangen bin, während ich mich in der Mainzer Gründungsgeschichte darum bemüht habe, die erstaunlich komplizierte Vorgeschichte des Mainzer Instituts und deren Ablauf zu rekonstruieren[1]. Dabei habe ich seinerzeit auf den Begriff des »Mainzer Paradoxons« zurückgegriffen, der von der Wochenzeitung »Die Zeit« 1953 formuliert worden war. Sie zeigte sich erstaunt darüber, daß hier von einer Siegermacht und einem besiegten Volk ein Institut gegründet worden war, das den alleinigen Zweck hatte, daß sich beide »zwecks wechselseitiger Selbstkritik an einen Tisch setzen«.

[1] Vgl. Winfried SCHULZE, Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945, München 1989; DERS., Corine DEFRANCE, Die Gründung des Mainzer Instituts für Europäische Geschichte, Mainz 1992. Für in diesem Text nicht nachgewiesene Zitate und Materialien verweise ich auf diese beiden Veröffentlichungen.

Politische Rahmenbedingungen und wissenschaftlicher Austausch

Diese bemerkenswerte Tatsache ist sicher auch Teil einer Beweisführung, die darauf abzielen muß, die besonderen Bedingungen der Reintegration der deutschen Wissenschaft in den Kreis der europäischen Staaten nach der Niederlage von 1945 herauszustellen. Der sich etablierende »freundschaftliche« Verkehr in diesen Nachkriegsjahren unterschied sich eklatant von jener planvollen Distanzierung Deutschlands, die nach dem Friedensvertrag von Versailles noch lange die Wissenschaftsbeziehungen bestimmt hatte und fast ein Jahrzehnt gedauert hatte[2]. Während damals die deutschen Wissenschaftler auf Jahre hinaus vom Verkehr mit ihren ausländischen Kollegen abgeschnitten waren und sogar eigene Institutionen wie die Union académique ins Leben gerufen wurden, um die deutschen Wissenschaftler auf internationaler Ebene zu isolieren, war es nach 1945 der Gunst der internationalen Lage geschuldet, daß sich die werdende Bundesrepublik zu einem begehrten Partner der westlichen Alliierten entwickeln konnte und die Integration in das westliche Wissenschaftssystem in einem 1945 kaum denkbaren Ausmaß erfolgte. Doch schon vorher war ein neuer Aufbruch zu erkennen, den die Stuttgarter Rede des amerikanischen Außenministers James F. Byrnes vom 6. September 1946 bei den deutschen Historikern ausgelöst hatte. War man vorher unsicher gewesen, ob es überhaupt noch einen deutschen Staat und eine deutsche Geschichte geben würde, so wurde schon nach der Rede eine neue hoffnungsvolle Linie erkennbar. Dies mußte natürlich auch Konsequenzen auf die Bedingungen des wissenschaftlichen Austauschs haben, auch auf dem sensiblen Gebiet der Geschichtswissenschaft.

Insgesamt kann man die Bedeutung dieser politischen Rahmenbedingungen für den Neuaufbau der deutschen Wissenschaft nicht hoch genug einschätzen. Er läßt sich im übrigen auch in der frühen Ermöglichung der Weiterarbeit der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft – der späteren Max-Planck-Gesellschaft – feststellen. Auch die Tatsache, daß sich das Kontrollratsgesetz Nr. 25 vom 29. April 1946 zur Kontrolle der deutschen Forschungsaktivitäten und -ressourcen letztlich eher als Regelung zur Forschungsförderung denn zu deren Beschränkung oder Kontrolle auswirkte, bestätigt diese Deutung. Durch das Gesetz war relativ genau festgelegt worden, welche tendenziell kriegswichtigen Forschungs- und Entwicklungsarbeiten in Universitäten, Instituten und Industriebetrieben spezieller Kontrolle unterliegen sollten[3]. Auch wenn sich aus der

[2] Vgl. dazu Brigitte SCHROEDER-GUDEHUS, Deutsche Wissenschaft und internationale Zusammenarbeit 1914–1928. Ein Beitrag zum Studium kultureller Beziehungen in Krisenzeiten, Genf 1966.

[3] Vgl. Jürgen BRAUTMEIER, Forschungspolitik in Nordrhein-Westfalen 1945–1961, Düsseldorf 1983, S. 9.

Rückschau ergibt, daß dieses Gesetz angesichts der kriegsorientierten Produktion der letzten Jahre gewisse Chancen für ein Aufholen Deutschlands im Bereich der lange vernachlässigten Grundlagenforschung bot, so mußte es zunächst einmal einen harten Einschnitt gerade auf jenen Feldern der Forschung bedeuten, in denen Deutschland traditionell stark war[4]. Langfristig hatte es jedoch eine positive Wirkung. Aber das ist natürlich ein anderer Bereich der Forschungsförderung, dessen nähere Betrachtung sich zum Zweck des Vergleichs mit der Geschichtswissenschaft vielleicht trotzdem lohnt.

Rückkehr auf die internationale Bühne

Immerhin ergab sich der Zugang zu internationalen Konferenzen sehr schnell: Gerhard Ritter nahm an UNESCO-Tagungen teil, in Speyer fanden 1948/49 die Rencontres internationales statt, die für die Vorgeschichte der Mainzer Gründung von besonderer Bedeutung waren[5]. Man darf vermuten, daß die dann nach vielen Diskussionen schließlich ermöglichte Teilnahme einer relativ kleinen Gruppe deutscher Historiker am ersten internationalen historischen Nachkriegskongreß in Paris wesentlich problemloser verlaufen wäre, hätte sich hier nicht die »Erbfeindschaft« zwischen Gerhard Ritter und Raymond Schmittlein, dem Chef der Direction de l'éducation publique der französischen Militärregierung, hinderlich ausgewirkt[6].

Zwar hatte das CISH nach 1945 darauf verzichtet, Italien und Deutschland aus dem Internationalen Verband auszuschließen[7], doch verlief die Rückkehr der deutschen Historikerschaft als gleichberechtigtes Mitglied in das CISH nicht ohne Schwierigkeiten. Zunächst war keineswegs klar gewesen, ob deutsche Historiker – trotz des Nichtausschlusses des deutschen Verbands – an dem ersten Nachkriegskongreß 1950 in Paris überhaupt würden teilnehmen können. Auf der ersten Sitzung des CISH in Royaumont im Juni 1947 war beschlossen worden, daß Deutschland zwar Mitglied des Internationalen Historikerverbandes bleiben, über seine tatsächliche Mitarbeit im Verband jedoch erst auf der nächsten Generalversammlung entschieden werden solle[8].

[4] So die Argumentation von BRAUTMEIER, Forschungspolitik (wie Anm. 3), S. 25f.

[5] Vgl. dazu den Beitrag von Corine DEFRANCE in diesem Band, der sich aus naheliegenden Gründen inhaltlich mit meinem Beitrag vielfach berührt.

[6] Dazu SCHULZE, Deutsche Geschichtswissenschaft (wie Anm. 1), S. 164ff.

[7] So Karl Dietrich ERDMANN, Die Ökumene der Historiker. Geschichte der internationalen Historikerkongresse und des Comité international des sciences historiques, Göttingen 1987, S. 262.

[8] Vgl. dazu Winfried SCHULZE, Die deutschen Historiker auf dem Internationalen Historikerkongreß in Rom 1955, in: Dieter HEIN, Klaus HILDEBRAND, Andreas SCHULZ (Hg.),

Damit befanden sich die deutschen Historiker in einer unangenehmen Schwebesituation, die ihnen große Sorgen bereitete. In jedem Fall waren es die sich intensivierenden internationalen Kontakte, die schließlich auch zur Neugründung des Verbandes der Historiker Deutschlands (VHD) führten, welche bekanntlich erst erstaunlich spät – nämlich im Jahre 1949 – stattfand, nachdem 1948 ein Gründungsaufruf verabschiedet worden war. Zum Vorsitzenden des neuen Verbandes wurde der innerhalb der Historikerschaft keineswegs unumstrittene Gerhard Ritter gewählt, der in dieser Zeit in heftige Kontroversen mit Schmittlein verstrickt war[9]. Dieser versuchte in jeder Weise, Ritters sich andeutende Führungsrolle im neuen Verband zu konterkarieren[10]. Er hielt Ritter für einen unverbesserlichen Nationalisten und einen »ennemi juré de la France«[11]. Gleichwohl hatte Ritter aus naheliegenden Gründen ein besonderes Interesse an der unmittelbaren Beteiligung deutscher Historiker am Pariser Kongreß, und er tat wirklich alles, um dafür die politischen Voraussetzungen zu schaffen.

Bei den Verhandlungen des CISH in Royaumont war noch unklar geblieben, unter welchen Bedingungen die deutschen Historiker am Pariser Kongreß teilnehmen sollten[12]. Zwar war auf dieser Sitzung auch die Ansicht vertreten worden, daß der deutsche Verband nicht mehr existiere und »daß infolgedessen Deutschland im internationalen Ausschuß nicht mehr vertreten sei«, doch gab es unterschiedliche Auffassungen darüber, wie und unter welchen konkreten Bedingungen oder Auflagen denn der neu gegründete deutsche Verband wieder zuzulassen sei. Während der den Deutschen sehr aufgeschlossene schweizerische Präsident des CISH, Hans Nabholz, die erfolgte Neugründung eines deutschen Verbandes als hinreichend für eine Mitarbeit im Internationalen Komitee betrachtete und auf jeden Fall eine formelle Abstimmung vermeiden wollte, beharrten andere Mitglieder des Komitees auf einem formellen Aufnahmeakt. Es war schließlich der französische Mediävist Robert Fawtier, der eine Kompromißlösung durchsetzte, die darin bestand, daß die deutschen Teilnehmer nur als Einzelpersonen eingeladen werden durften, und zudem sollten es Männer sein, »dont le passé est absolument sans reproche«, wie die damals viel zitierte Formel lautete[13].

Historie und Leben. Der Historiker als Wissenschaftler und Zeitgenosse. Festschrift für Lothar Gall zum 70. Geburtstag, München 2006, S. 89–102.

9 Corine DEFRANCE, La politique culturelle de la France sur la rive gauche du Rhin, 1945–1955, Straßburg 1994; DIES., Raymond Schmittlein (1904–1974). Ein Kulturmittler zwischen Deutschland und Frankreich?, in: François BEILECKE, Katja MARMETSCHKE (Hg.), Der Intellektuelle und der Mandarin. Für Hans Manfred Bock, Kassel 2005, S. 481–502.

10 Christoph CORNELISSEN, Gerhard Ritter. Geschichtswissenschaft und Politik im 20. Jahrhundert, Düsseldorf 2001, S. 388ff.

11 Schmittlein hier zitiert nach CORNELISSEN, Gerhard Ritter (wie Anm. 10), S. 476.

12 Dazu ausführlicher ERDMANN, Ökumene der Historiker (wie Anm. 7), S. 266ff.

13 Zit. nach SCHULZE, Deutsche Geschichtswissenschaft (wie Anm. 1), S. 179.

Was Ritter selbst betraf, der von seinem Intimfeind Schmittlein allerorten angeschwärzt wurde, so hatte sich Fawtier durch ein Gutachten Pierre Renouvins abgesichert, der zwar bestimmte Äußerungen Ritters aus dem Jahre 1940 als nationalistisch bezeichnete, ihm aber daraus keinen Vorwurf machte. Nur wenige Tage nachdem Ritter von Nabholz die beruhigende Information über die Situation im Komitee erhalten hatte, traf in Freiburg auch ein Brief Robert Fawtiers ein, der die Situation noch einmal komplizierte und Ritter zugleich die ungelösten Probleme seines Verbandes deutlich machen mußte. In einer bemerkenswerten Mischung aus politischer Bestimmtheit und formeller Höflichkeit legte der französische Kollege Ritter in einem Brief die Bedingungen für eine deutsche Teilnahme vor:

La disparition de l'ancien Comité national allemand, les événements des dernières années et les souvenirs qu'ils ont laissés dans les pays occupés par l'Allemagne national-socialiste exigent que pour ce prochain congrès, la représentation des historiens allemands ne se fasse pas par les voies habituelles. Il a donc été décidé aux réunions de Royaumont en 1947 et de Paris en 1948, que l'on inviterait individuellement un certain nombre d'historiens allemands. Mais, en invitant ceux-ci, il ne faut pas oublier qu'il y aura au Congrès des représentants de pays ayant souffert de l'occupation nazie et des historiens ayant personnellement souffert de la brutalité nazie. Je sais que vous-même, mon cher collègue, vous avez pendant ces mauvaises années, eu l'attitude qu'aurait dû avoir tout historien digne de ce nom et je suis sur que vous comprendrez mes scrupules. Il ne faut pas qu'il y ait d'incidents à ce congrès. Il faut donc que les participants allemands soient choisis parmi les historiens de ce pays, dont le passé est absolument sans reproche.

So kam es, daß nach langen – auch innerfranzösischen – Querelen zwischen Baden-Baden und Paris insgesamt schließlich 15 deutsche Historiker nach Paris eingeladen wurden, von denen aber schließlich nur acht tatsächlich die Reise nach Paris antreten konnten (oder wollten) und gemeinsam im Hotel du Palais-Royal in der Rue de Valois wohnten. Trotz der Unterstützung einiger hilfreicher österreichischer, schweizerischer und schwedischer Kollegen machte die »eisige« Aufnahme dieser Gruppe in Paris die Schwierigkeiten deutlich, die einer vollen Mitwirkung der deutsche Historiker auf internationaler Ebene zu diesem Zeitpunkt noch entgegenstanden. Der neue Verband wurde nämlich doch noch nicht als Mitglied des Weltverbandes betrachtet, und die während des Historikertags in München von den Gründern diskutierte Rechtsauffassung einer weiterhin bestehenden Mitgliedschaft hatte in Paris de facto keine Rolle gespielt. Die deutschen Historiker mußten es sich sogar gefallen lassen, in einem Hörsaal der Sorbonne über die Umstände ihrer Verbandsgründung befragt zu werden, was manchen von ihnen als durchaus »peinliches Verhör« erschien[14].

[14] So beschrieb es Hermann Heimpel in seinen Aufzeichnungen, die er mir schon 1988 zur Verfügung gestellt hatte; vgl. Hermann HEIMPEL, Paris 1950 in der Erinnerung, in: DERS., Aspekte. Alte und Neue Texte, hg. von Sabine KRÜGER, Göttingen 1995, S. 272–279.

In der entscheidenden Sitzung des Büros des internationalen Verbandes am 2. September 1950 ergab sich folgende Konstellation: Eine kleine Gruppe wollte den neuen deutschen Verband sofort in das CISH aufnehmen, drang mit dieser Absicht jedoch nicht gegen die von Robert Fawtier entwickelte Auffassung durch, daß man vorher die Frage prüfen müsse, ob der neue deutsche Verband tatsächlich als repräsentative Vertretung der deutschen Historiker zu betrachten sei. Der norwegische Historiker Halvdan Koht machte zum Beispiel auf die Widerstände in seinem Lande gegen eine Aufnahme deutscher Historiker in das CISH aufmerksam. Fawtier selbst dürfte letztlich von ähnlichen Überlegungen ausgegangen sein, da er selber Opfer deutscher Zwangsmaßnahmen im KZ Mauthausen geworden war. Unterstützt wurden solche Auffassungen durch Briefe, die ihm von deutschen Historikern (u.a. von Alfred von Martin) geschrieben worden waren, in denen der neue deutsche Verband nur als eine um Ritter gescharte »Clique« bezeichnet wurde. Somit wirkten sich die innerdeutschen Querelen auch auf internationaler Ebene aus, so daß der Ertrag des Besuchs in Paris für die kleine Gruppe deutscher Historiker letztlich eher deprimierend war: Sie hatte zwar teilgenommen, aber die Bedingungen des Aufenthalts in der französischen Hauptstadt waren bisweilen erniedrigend gewesen; zudem hatte sie nicht die erwünschte eindeutige Bestätigung der Mitgliedschaft im Weltverband der Historiker erreicht.

Die Rekonstituierung der deutschen Geschichtswissenschaft

Bei einem Blick auf die neueren Arbeiten zur Geschichte der deutschen Geschichtswissenschaft nach 1945 wird schnell deutlich, daß die Forschung in den letzten Jahren zwei wesentliche Interessenlinien bestimmte: Zum einen ist dies die genauere Untersuchung der Frage, wie stark sich die unzweifelhaft gegebenen personellen Kontinuitäten zwischen Nationalsozialismus und Bundesrepublik auf die Konstituierung einer neuen bundesrepublikanischen Geschichtswissenschaft ausgewirkt haben, oder anders formuliert: Wie konnte mit diesem belasteten Personal eine Neuorientierung gelingen?

Zum anderen ging man den Ursprüngen sozial- und strukturgeschichtlicher Fragestellungen seit den späten 1950er Jahren nach, als 1957 der Arbeitskreis für moderne deutsche Sozialgeschichte gegründet wurde. Eng damit verbunden war auch die Frage nach den Ursprüngen der sogenannten »modernen deutschen Sozialgeschichte« seit den frühen 1970er Jahren, als mit der Publikation von Hans-Ulrich Wehlers Sammelband »Geschichte und Soziologie« (1972) und der Gründung von »Geschichte und Gesellschaft« (1975) eine neue programmatische Zeitschrift für diesen Bereich ins Leben gerufen wurde. Die-

se Ansätze sind vor allem durch speziellere Arbeiten, meist biographischen Zuschnitts, angegangen worden, ich erinnere nur an die Biographien zu Hans Rothfels, Gerhard Ritter, Hermann Aubin, Werner Conze und anderen, die jetzt schon vorliegen oder sich in Vorbereitung befinden. Demgegenüber wurde die Frage der inhaltlichen Orientierung der ersten Phase der bundesrepublikanischen Geschichtswissenschaft – sieht man einmal von der »Irrweg«-Diskussion ab – eher marginal behandelt, während sich die ›Zunft‹ ab 1960 intensiver mit der inhaltlichen Frage auseinandersetzte, zumal Werner Conze und Hans-Ulrich Wehler aus unterschiedlichen Gründen seit Beginn der 1960er Jahre ein neue Phase der Entwicklung einläuteten.

Da wir mit dem Mainzer Institut für Europäische Geschichte eine ganz besondere Variante der Bemühungen um einen Neubeginn der deutschen Geschichtswissenschaft nach 1945 vor Augen haben, muß zumindest kurz auf die allgemeinen Rahmenbedingungen dieser Zeit hingewiesen werden, d.h. der Jahre zwischen der Niederlage 1945 und der Gründung der Bundesrepublik Deutschland im September 1949. Sie waren intellektuell durch eine intensive Suche nach den Gründen für den vermuteten »Irrweg« der deutschen Geschichte geprägt, von dem man damals sprach, und von der häufig erhobenen Forderung nach »Revision des deutschen Geschichtsbildes«. Die Varianten dieser Diskussion sind ebenso hinlänglich bekannt wie deren nur begrenzte zeitliche Dauer. Sie reichen von der in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) vertretenen »Miserekonzeption« (Alexander Abusch) der deutschen Geschichte und vielen, wenig überzeugenden publizistischen Revisionsbemühungen, die besonders in den viel gelesenen und auflagenstarken Kulturzeitschriften dieser Jahre publiziert wurden, bis hin zu den Forderungen einiger westdeutscher Historiker, die vor einer Selbstaufgabe der Nation warnten und insgesamt nach dem Motto handelten: »Retten, was zu retten ist!« Die Marksteine dieser Diskussion wurden vor allen Dingen von den – durchaus unterschiedlichen – Büchern von Friedrich Meinecke und Gerhard Ritter gesetzt, also »Die deutsche Katastrophe« und »Geschichte als Bildungsmacht«, beide 1946 erschienen. Angesichts der relativ raschen Wiedereröffnung der Universitäten, die in erster Linie den Erfordernissen der notwendigen schnellen Ausbildung von Lehrern und Medizinern geschuldet war, konnten auch die Historiker erstaunlich schleunig wieder ihre Arbeit aufnehmen, nicht zuletzt, wenn man den Grad ihrer Belastung ermißt und daran denkt, daß zum Beispiel in einigen Bereichen der Schule der Geschichtsunterricht für längere Zeit ausgesetzt wurde.

Nach den überhasteten Reinigungsmaßnahmen der Universitäten, die jedoch insgesamt keine sehr weitgehende Veränderung des lehrenden Personals durchsetzen konnten, arbeiteten die sich noch im Amt befindlichen Historiker im wesentlichen in der gleichen methodischen Richtung weiter, die vor 1933 und zum Teil noch in den frühen 1930er Jahren üblich gewesen waren: Das

war zum einen das Bekenntnis zum Historismus mit seiner Konzentration auf die politische Geschichte als »Muttersprache« der deutschen Historiker (Ludwig Dehio) und zum anderen ein Gefühl der moralischen Selbstbesinnung, beides zusammen hat Ernst Schulin in dem treffenden Wort vom »politisch-moralisch gezähmten Historismus« verbinden können[15].

Gegenüber dieser unbestreitbaren Kontinuität muß freilich deutlich betont werden, daß die Niederlage von 1945 von den Historikern breit angenommen wurde. Es gab keinerlei revisionistische Positionen im Spektrum der Historiker, wenn man einmal von einigen wenigen unbelehrbaren Anhängern des Nationalsozialismus absieht, die freilich ihre Stimme erst später wieder erheben konnten. Aber selbst dann beschränkten sie sich auf Nebenschauplätze – etwa das Problem der »entführten« Archivalien der neuesten deutschen Geschichte oder die Frage, ob denn die Geschichte des Nationalsozialismus nicht nur von NS-Angehörigen geschrieben werden könne. Für diese Gruppe von Historikern wurde der Kreis der Ranke-Gesellschaft ein Ort der Positionsbestimmung und der öffentlichen, freilich begrenzten Wirksamkeit. Insgesamt – so kann man sagen – wurde die Niederlage als definitive und letztlich auch historisch berechtigte Entscheidung hingenommen, wenn natürlich auch viele Einordnungsversuche und kritische Erwägungen dazu angestellt wurden. In der Öffentlichkeit gibt es keine Stimme, die sich direkt dagegen gewandt hätte. Angesichts der Unsicherheit der Zukunft gab es jedoch keine fundamentale Kritik an der damaligen Lage Deutschlands, vielfache Kritik jedoch am Vorgehen der Entnazifizierung.

Konkurrierende Bestrebungen

Es wäre freilich verfehlt, unter den Historikern der Jahre nur eine in die gleiche Richtung denkende Gruppe zu vermuten, die zu einer im wesentlichen parallelen Deutung der Vergangenheit bereit gewesen wäre. Der erste große Historikerstreit der Nachkriegszeit entzündete sich – wenn ich einmal von kleineren Scharmützeln in der Kulturpresse absehe – an einer Differenz zwischen zwei deutlich erkennbaren Gruppierungen. Die eine wohl insgesamt stärkere Gruppe bildete sich um Gerhard Ritter, der – wie erwähnt – 1949 zum Ersten Vorsitzenden des Verbandes der Historiker Deutschlands gewählt worden war. Zusätzlich gestärkt durch den Nimbus des Widerstandskämpfers gegen das »Dritte Reich« bildete Ritter den Kristallisationspunkt der Mehrheitsfraktion der deutschen Historiker – nachdrücklich ablesbar am Ergebnis der

[15] Ernst SCHULIN, Traditionskritik und Restaurationsversuch. Studien zur Entwicklung von Geschichtswissenschaft und historischem Denken, Göttingen 1979, S. 140.

Wahl zum Vorsitzenden des VHD –, der gegen Franz Schnabel deutlich mehr Stimmen gewinnen konnte.

Die Grundüberzeugungen dieses Kreises liefen darauf hinaus, nur eine begrenzte Revisionsbemühung zuzulassen und stattdessen der Geschichtswissenschaft die Aufgabe zuzuweisen, einen Beitrag zur Restabilisierung der deutschen historischen Identität zu leisten. Dabei folgte man in erster Linie den gängigen Interpretationen der neueren deutschen Geschichte, hielt an der Bedeutung Bismarcks als großem Staatsmann fest und war zu einem Abrücken von den methodischen Prinzipien des Historismus nicht bereit.

Die andere Gruppe läßt sich nicht so eindeutig um eine bestimmte Person herum gruppieren, denn trotz seiner Gegenkandidatur war der Münchner Historiker Franz Schnabel nicht der Mittelpunkt dieser Gruppe. Diese süddeutsch-christlich-abendländische Richtung vertrat im Streit um die Person Bismarcks eine gänzlich divergierende Meinung, wie sie vor allem in den Veröffentlichungen und Reden zum 50. Todestag des ehemaligen Reichskanzlers dokumentierte[16]. Hier trat besonders Schnabel hervor, der die These von der Notwendigkeit der Bismarck'schen Reichseinigung ablehnte[17]. Er nahm jedoch nicht die eindeutige Führungsposition in dieser breiten Gruppierung ein und war auch nicht bereit, sich etwa im Kreis der »christlichen Historiker« oder in der »abendländischen« Richtung zu engagieren, die damals den Versuch unternahmen, eine eigenständige Gruppe zu bilden.

Insgesamt fällt auf, daß die Linien der Auseinandersetzungen in der bundesdeutschen Historikerschaft bis in die Mitte der 1950er Jahre noch dem traditionellen Grundmuster von konfessioneller und föderalistischer Bismarckkritik und -verteidigung folgten, das aus dem späten 19. Jahrhundert überliefert war. Vor diesem Hintergrund mußte es geradezu als Befreiung empfunden werden, daß der Emigrant Hans Rothfels auf dem Münchener Historikertag 1949 einen der Persönlichkeit Bismarcks durchaus wohlgesonnenen Vortrag gehalten hatte, der zudem ganz bewußt an sein Referat auf dem letzten Historikertag vor der »Machtergreifung« des Jahres 1932 anknüpfte, auf dem er über das Thema »Bismarck und der Osten« gesprochen hatte[18]. Rothfels hatte in seinem Münchener Vortrag jeden denkbaren Zusammenhang zwischen der Politik des Reichskanzlers und dem Weg in den Nationalsozialismus bestritten. Ja, er hatte Hitler sogar vorgeworfen, genau jene Politik betrieben zu haben, die Bismarck selbst immer vermieden habe. Von einer

[16] Vgl. dazu Lothar GALL, Das Bismarck-Problem in der Geschichtsschreibung nach 1945, Köln 1971.

[17] Vgl. zu Schnabel Friedrich Hermann SCHUBERT, Franz Schnabel und die Geschichtswissenschaft des 20. Jahrhunderts, in: Historische Zeitschrift 205 (1967), S. 323–357 und demnächst den Beitrag von Thomas HERTFELDER in: Hans-Michael KÖRNER (Hg.), 150 Jahre Historisches Seminar der LMU München, München 2008.

[18] Zur Person von Hans Rothfels: Jan ECKEL, Hans Rothfels. Eine intellektuelle Biographie im 20. Jahrhundert, Göttingen 2005.

»Kontinuitätsdiskussion«, wie sie nach der »Fischer-Kontroverse« ausbrach und die ja 1949 nahegelegen hätte, konnte man in München nichts spüren.

In den Pressereaktionen nach dem Historikertag zeigte sich jedoch sehr schnell, daß die katholischen und föderalistischen Historiker sich mit einem solchen Freispruch Bismarcks nicht zufriedengeben wollten. Es war jetzt vor allen Dingen Franz Schnabel, der 1949 in Speyer in die laufende Bismarckdebatte eingriff und sich den Außenpolitiker Bismarck vornahm. Hierbei kam er zu dem Ergebnis, daß die hoch gelobte Reichseinigung durch den Reichskanzler keineswegs die einzig denkbare Form einer politischen Neuordnung Deutschlands gewesen sei, denn er formulierte als sein Ergebnis:

> Das Bismarckreich, der in sich geschlossene Nationalkörper unter preußischer Führung, hatte nur eine kurze Vorgeschichte; es war eine ganz unhistorische Konzeption im deutschen Leben. Im Volke wurzelte sie nicht. Alle Möglichkeiten waren noch offen; da trat der Mann dazwischen, der den deutschen Dingen eine Richtung gegeben hat, die wir nach all den Ereignissen als verhängnisvoll bezeichnen müssen[19].

Es mag vielleicht auffallen, daß ich nicht nur das Thema Schnabels, sondern auch den Ort erwähnt habe, an dem er diese Kritik an Bismarck vortrug. Es geschah in Speyer, und damit in der Französischen Besatzungszone während des dritten der sogenannten Internationalen Speyerer Historikertreffen, die schon 1948 begonnen worden waren und sich dann als sogenannte Rencontres Internationales durchgesetzt hatten, wie im Beitrag von Corine Defrance ausführlicher nachzulesen ist. Ich verweise nur darauf, daß sich in diesen Gesprächen zwischen den Vertretern verschiedener Nationen offensichtlich ein immer wieder zitierter »Geist von Speyer« (*esprit de Spire*) herausgebildet hatte, an den es anzuknüpfen galt, und es lag nahe, diese Gesprächsatmosphäre für weiterführende Überlegungen zu nutzen.

Die Bedeutung dieser Speyerer Treffen mag man auch daran erkennen, daß Gerhard Ritter 1949 abgelehnt hatte, an dem neuerlichen Treffen jenes Jahres teilzunehmen. Der »Rheinische Merkur« – damals eine Art Zentralorgan christlich-abendländischen Denkens – kritisierte ihn daraufhin scharf als »Störer der internationalen Verständigung« und als geistigen Nachfahren Heinrich von Treitschkes. Der für die kulturellen Fragen zuständige Raymond Schmittlein, von dem wir schon gehört haben und noch mehr hören werden, zitierte ihn deshalb sogar zum Rapport nach Baden-Baden. Ritter galt in der französischen Zone sehr bald als Vertreter preußisch-protestantischer Positionen und wurde auch in der südwestdeutschen Presse wegen seiner vermuteten fehlenden Bereitschaft zur notwendigen Geschichtsrevision immer wieder kritisiert.

Wir müssen also aus diesen Vorgängen durchaus den Eindruck einer tiefreichenden Spaltung der damals aktiven deutschen Historiker annehmen. Dieser

[19] Franz SCHNABEL, Bismarck und die Nationen, in: Europa der Nationalismen. Bericht über das III. Internationale Historikertreffen in Speyer, 17. bis 20. Oktober 1949, Baden-Baden 1950, S. 91–108, hier S. 105.

Konflikt wird durch weitere Auseinandersetzungen noch bestätigt, etwa die Diskussionen um die Gründung und Leitung des Instituts für Zeitgeschichte in München, wo Gerhard Ritter gegen den abendländisch gesinnten CSU-Politiker Gerhard Kroll kämpfte[20], einen Mann, der im Parlamentarischen Rat das Grundgesetz abgelehnt hatte, weil es ihm nicht föderalistisch genug war. Die Dinge hatten sich damals immerhin so weit entwickelt, daß Hermann Heimpel, der Ritter in seinen grundsätzlichen Positionen durchaus unterstützte, damals ein »Schisma« der deutschen Historiker nicht ausschließen wollte[21].

Auf dem Weg zur Mainzer Gründung

Die damaligen Vorwürfe gegen Ritter und seine Gruppe kreisten vor allem um das Schlagwort von der »Verpreußung« der deutschen Geschichte und einer deshalb unbedingt notwendig werdenden »Entpreußung« des deutschen Geschichtsbildes. Dies war vor allen Dingen das Ziel eines relativ kleinen Kreises von Historikern, die sich im »Arbeitskreis christlicher Historiker« und im Herausgeber- und Freundeskreis der Zeitschrift »Neues Abendland«[22] gruppierten. In diesen weiteren Kreis sind auch die beiden Historiker einzuordnen, die für die Vorgeschichte der Gründung in Mainz eigentlich unverzichtbar sind. Zum einen ist das der Bonner Mediävist und Universalhistoriker Fritz Kern und zum anderen der katholische Historiker Wilhelm Wühr. Kern, ein renommierter Mediävist, war kurz vor Kriegsende aus Deutschland in die Schweiz geflohen[23]. Wühr war seit 1947 der aktive Organisator des erwähnten Arbeitskreises christlicher Historiker und sah den Schwerpunkt seiner Arbeit besonders im südlichen Deutschland, seit 1949 aber auch verstärkt im Westen der Bundesrepublik Bildungsarbeit. Um ihn herum sammelten sich – wenn auch in unterschiedlich aktiver Weise – vorübergehend Männer wie Albert Mirgeler, Ludwig Petry, Oskar Köhler, Theodor Schieffer und Heinrich Büttner, Georg Stadtmüller, Wolfgang Zorn, Max Spindler, Ernst Klebel, Heinz

[20] Vgl. zu Ritters Rolle bei der Gründung CORNELISSEN, Gerhard Ritter (wie Anm. 10), S. 534ff.

[21] Zit. nach SCHULZE, Deutsche Geschichtswissenschaft (wie Anm. 1), S. 278.

[22] Zum geistigen Umfeld des »Neuen Abendlandes«: Vanessa CONZE, Das Europa der Deutschen. Ideen von Europa in Deutschland zwischen Reichstradition und Westorientierung (1920–1970), München 2005.

[23] Zu Kern zunächst Hans HALLMANN, Fritz Kern, in: 150 Jahre Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn 1818–1968, Bonner Gelehrte. Beiträge zur Geschichte der Wissenschaften in Bonn. Geschichtswissenschaft, Bonn 1968, S. 351–375.

Gollwitzer, Theo Pirker, Hans-Georg Fernis oder Karl Holzamer, um nur einige zu nennen[24].

Wo lagen nun die besonderen Interessen dieses Kreises? Im Grunde ging es um die Diskussion des Verhältnisses von Staat und Kirche in der Geschichte, Fragen der Geschichtsdidaktik wurden vor allen Dingen deshalb einbezogen, weil viele Gymnasiallehrer diese Tagungen besuchten. Dadurch ergaben sich auch Verbindungen zu den Speyerer Internationalen Historikertreffen, denn mindestens einmal schloß eines dieser Treffen in Speyer unmittelbar an eine Tagung des Wühr-Kreises an. Im März 1949 wurde Wühr in Speyer sogar mit der Formulierung von Vorschlägen zur Schulbuchrevision beauftragt. Wühr und der in Speyer sehr aktive Fritz Kern diskutierten 1949/50 meist brieflich intensiv die Möglichkeiten und Probleme einer Verbindung ihrer deutsch-französischen Arbeit mit der deutsch-englischen Kooperation um Georg Eckert in Braunschweig, aus der bekanntlich das Internationale Schulbuchinstitut entstanden ist[25].

Woher kannten sich die Herren, die zunächst einmal miteinander wenig Gemeinsames hatten, denn Kern war ein renommierter Universitätsprofessor mit eigenem Institut in Bonn, während Wühr sich bislang keinen herausragenden Namen gemacht hatte und in Freising an der Theologisch-Philosophischen Hochschule lehrte. Offensichtlich hatten sie sich im Frühjahr 1949 in Speyer kennengelernt und seit Mai Briefe ausgetauscht, die ihre gemeinsamen Positionen deutlich belegen. Wühr, ein Kenner der französischen Emigration nach Deutschland während der Französischen Revolution, hatte dem Bund Neudeutschland – einem katholischen Schüler- und Studentenbund der frühen Weimarer Zeit – angehört, während der anthropologisch interessierte Konvertit Kern hauptsächlich an universalgeschichtlichen Problemen interessiert war. Der Briefwechsel der beiden verdichtete sich zu dem Angebot Kerns an Wühr, in dem seit Frühjahr 1949 für ihn möglich erscheinenden Institut in Mainz eine zunächst geplante »geschichtspädagogische Abteilung« zu übernehmen. Das war durchaus konsequent, denn Wühr hatte sich während der Speyerer Gespräche als Spezialist für Lehrplan und Unterrichtsfragen einen Namen gemacht.

Schon damals war in Speyer über die Vorbereitung eines europäischen Geschichtsbuchs gesprochen worden. Und am 29. März 1949 hatte die »Rheinpfalz« berichtet, daß Schmittlein einem solchen Schulbuchprojekt seine Hilfe zugesichert habe. Für Kern war das übrigens keine ganz neue Aktivität, hatte

[24] Zum Arbeitskreis christlicher Historiker bislang nur SCHULZE, Deutsche Geschichtswissenschaft (wie Anm. 1), S. 266ff.

[25] Dazu Ursula A.J. BECHER, Rainer RIEMENSCHNEIDER (Hg.), Internationale Verständigung. 25 Jahre Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung in Braunschweig, Hannover 2000.

er doch schon in den 1930er Jahren versucht, die internationale Schulbucharbeit zu stärken, wobei er sich bereits um die »Entgiftung« der Lehrpläne bemüht hatte.

Damit wird deutlich, daß am Beginn der Mainzer Ideen für eine Gründung eines Instituts sowohl Wührs Arbeitskreis christlicher Historiker als auch Kerns universalgeschichtliche Ambitionen, aber auch die Idee der Schulbuchrevision stehen, die in Speyer besonders herausgehoben worden war und die von dort ihren Weg nach Mainz fand. Die Zeitgenossen sahen in der Mainzer Gruppierung durchaus eine Gegengründung zum von Ritter geführten Historikerverband, denn allen Beobachtern war die sich anbahnende und bald verstärkte Konfrontation zwischen abendländischen Föderalisten und protestantisch-kleindeutschen Zentralisten durchaus bewußt. Auch Schmittlein verstand das geplante Mainzer Institut als direkte Gegengründung gegen den Historikerverband. Hermann Aubin sprach z.B. vom Institut der »Reichsfeinde«. Demgegenüber beklagte Wühr in einem Brief an Kern das »unglaublich tiefe intellektuelle Niveau« des Münchener Historikertages und kommentierte eigentlich jeden Schritt Gerhard Ritters mit deutlicher Mißbilligung. Ritter seinerseits wiederum beklagte sich bei seinem Kollegen Hermann Heimpel über die »klerikalen Machenschaften, denen es um Diskreditierung aller nichtklerikalen politischen Historie« gehe. Und natürlich: Hinter all dem steckte »der alt böse Feind« Schmittlein.

Das »Mainzer Paradoxon«

Wenn sich das Mainzer Institut später in der offiziellen Darstellung seiner Gründungsgeschichte immer eher vage auf die Impulse der Internationalen Historikertreffen in Speyer berief, denen es seine Gründung verdanke, so ist dies zwar in einem formellen Sinne durchaus richtig, aber eigentlich werden damit nicht die entscheidenden Anstöße benannt, die dann letztlich zur Gründung des Instituts führten. Bei genauerem Hinsehen ist es tatsächlich die Persönlichkeit von Fritz Kern, der wie erwähnt aktiver Anreger der Speyerer Treffen war und im Mai 1949 an seinen ihm erstaunlich schnell vertrauten Freisinger Kollegen schrieb, daß vor zwei Monaten Beratungen darüber begonnen hätten, »wo in Deutschland man den Fußpunkt, das Büro oder Institut, dafür schaffen könne«. Büro wofür, muß man fragen, und es besteht kein Zweifel daran, daß Kern eine Möglichkeit suchte, endlich eine großzügige Förderung seines Lieblingsprojekts einer »Historia Mundi« realisieren zu können. Das geplante Institut wurde von ihm als eine Art Redaktionsstube für ein solches großes Unternehmen angesehen, das die Möglichkeiten eines emeri-

tierten Hochschullehrers natürlich weit übersteigen mußte. Seinem Schweizer Verleger Francke schrieb Kern in der gleichen Zeit, daß mit dem französischen Außenministerium über die »Einrichtung eines Instituts für die Redaktion von ›Historia Mundi‹« verhandelt worden sei. Über Kerns Ambitionen kann also kein Zweifel bestehen.

Für Kern war die universalhistorische Arbeit keineswegs etwas Neues, denn er hatte schon nach seiner Berufung nach Bonn dort ein »Institut für Universalgeschichte« aufgebaut. Jetzt betonte er, daß »das Institut für europäische Geschichte der übernationalen und überkonfessionellen Zusammenarbeit von Historikern im Sinne des werdenden Europas dienen« solle, denn er war überzeugt davon, »daß der Gedanke an Europa sich durchsetzt, weil es einfach nicht anders geht«.

Die Idee der »Historia Mundi« verfolgte Kern schon mindestens seit dem Vorjahr, wahrscheinlich aber schon länger, denn 1948 hatte er, der seit Kriegsende in der Nähe von Fribourg/Schweiz lebte, mit dem Berner Verlag Francke einen Vertrag über die Herausgabe einer universalhistorisch konzipierten Weltgeschichte abgeschlossen. Für Kern mußte es in dieser Situation die ersehnte Rettung seines Lieblingsprojekts bedeuten, daß er während der Speyerer Treffen die Bekanntschaft Schmittleins machte und dieser von ihm Vorschläge für die »Entgiftung« von Schulgeschichtsbüchern erbat, wie sie während des Treffens vereinbart worden waren. Wir wissen, daß Schmittlein ständig auf der Suche nach intellektuellen Kapazitäten für seine Vorstellungen von der notwendigen »Umerziehung des deutschen Volkes« war[26]. Kern konnte nur deshalb zum geschätzten Partner Schmittleins werden, weil sich die Interessenkreise beider Herren zumindest partiell überschnitten.

Daß Kern für solche Planungen eines Institutes in Mainz ein besonders geeigneter Mann war, daran kann eigentlich kein Zweifel bestehen. Er war ein renommierter Mediävist und dazu ein universalhistorisch interessierter Historiker, er hatte zudem in deutlicher Distanz zum Nationalsozialismus gestanden und Verbindungen zu Kreisen des Widerstandes gegen Hitler besessen, insbesondere zur Berliner Mittwochsgesellschaft und Johannes Popitz. Nicht zuletzt war er Doktorvater von Walter Markov, der 1936 als Kommunist verhaftet und zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt worden war. Er unterstützte seinen Schüler während dessen Zuchthaushaft in Siegburg bei Köln nicht nur durch verschiedene Arbeitsaufträge, sondern auch durch das Hereinschmuggeln einer Pistole. Angesichts dieses Engagements erschien es Kern jedenfalls sinnvoll, kurz vor Kriegsende Deutschland zu verlassen und sich in die sichere Schweiz abzusetzen.

[26] Raymond SCHMITTLEIN, Die Umerziehung des deutschen Volkes, in: Jérôme VAILLANT (Hg.), Französische Kulturpolitik in Deutschland 1945–1949. Berichte und Dokumente. Konstanz 1984, S. 161–185.

Wenn wir uns jetzt der Mainzer Gründung etwas stärker nähern, kann das erwähnte Bismarckproblem durchaus ein günstiger Einstieg sein. In Mainz, so kann man sagen, fanden die Umerziehungsideen von Schmittlein mit Kerns Überlegungen zur universalhistorischen Erneuerung der deutschen Geschichte zusammen, wie er seinem Partner Wühr mitteilte:

Es wird das erste Zentrum in Deutschland sein, das jemals für das Studium der Universalgeschichte existiert hat, und sein Ziel soll sein, mit wissenschaftlichen Mitteln dazu beizutragen, eine solide Brücke über den Abgrund der nationalen und nationalistischen Vorurteile zu bauen und eine echte europäische Gemeinschaft zu schaffen, die in vollem Sinne dieses Namens würdig ist.

Für Kern war es – so kann man sagen – der Triumph seines wissenschaftlichen Lebens. Und im ersten Briefkopf des neuen Institutes spiegelte sich dieser Erfolg wieder. Es hieß dort:

Institut für europäische Geschichte.
Universalgeschichtliche Synthese: Prof. Dr. Fritz Kern,
Redaktion von Historia Mundi

Es ist also die an die Person Fritz Kerns gebundene Vorgeschichte, die die eigenartige Konstruktion eines Instituts für europäische Geschichte erklärt, das eine Unterabteilung für Universalgeschichte und eine andere Unterabteilung für Abendländische Religionsgeschichte haben sollte, sich aber der eigentlichen europäischen Geschichte i.e.S. nicht zuwenden sollte. Die Zweite Abteilung entsprach insofern sicherlich auch Kerns seit den Kriegsjahren gewachsenem Interesse für die Frömmigkeitsgeschichte des Mittelalters, doch müssen bei der Frage nach den Gründen für die Einrichtung dieser Abteilung auch Überlegungen berücksichtigt werden, die auf die Belastungen der Person von Joseph Lortz zielen, den Kern ebenfalls in Speyer kennengelernt hatte. Speyer erweist sich auch hier als ein wichtiges Verbindungsglied in der Vorgeschichte von Mainz. Zudem wird deutlich, daß die Bereitschaft zur Neuorientierung von der französischen Besatzungsmacht offensichtlich höher bewertet wurde als die Belastungen aus der Zeit des Nationalsozialismus.

Nachdem es nämlich die Katholisch-Theologische Fakultät der Universität Mainz Mitte Dezember 1949 abgelehnt hatte, Lortz als Mitglied aufzunehmen, gelang es, ihn in der Philosophischen Fakultät auf einen ad-personam-Lehrstuhl für Abendländische Religionsgeschichte zu berufen[27]. Parallel dazu verliefen die Verhandlungen mit der Universität, der Landesregierung und Schmittlein, um die Satzung des Instituts zu formulieren und seine Finanzierung zu sichern. Natürlich dauerte es wiederum eine längere Zeit, denn durch die Gründung der Bundesrepublik und die damit veränderte Position der fran-

[27] Vgl. dazu Gabriele LAUTENSCHLÄGER, Joseph Lortz 1887–1975. Weg, Umwelt und Werk eines katholischen Kirchenhistorikers, Würzburg 1987.

zösischen Militärregierung ergaben sich jetzt neue Schwierigkeiten, die eben längere Verhandlungen erforderten.

Immerhin kam es nach einer inoffiziellen Vorlaufphase seit November 1949 und einer als intern bezeichneten Eröffnung am 13. November 1950 dann zur offiziellen Gründung mit dem Inkrafttreten der Satzung am 19. April 1951. Die Hauptpersonen, die wir bislang als Anreger des Instituts kennengelernt haben, erlebten dessen Gründung nicht mehr, denn innerhalb von zwei Monaten – im Mai und im Juni 1950 – starben sowohl Kern als auch Wühr. Damit ergab sich nicht nur eine Abwendung von der universalhistorischen Ausrichtung und der Schulbucharbeit, denn unter dem neuen Direktor der Abteilung für Abendländische Kulturgeschichte, Martin Göhring, setzte die Ausrichtung auf die französische Geschichte des Ancien Régime und der Revolution ein[28].

So ist der Einblick in die Gründungsgeschichte des Mainzer Instituts zugleich ein Blick in das spannungsreiche Gegeneinander der beiden Hauptfraktionen der frühen bundesrepublikanischen Historikerschaft, die sich damals in der Entscheidung über ihren Weg »nach Westen« noch höchst unsicher waren, ihn jedenfalls auf verschiedene Weise zu gehen versuchten. Die geringen Erfolgsaussichten, die die abendländische Richtung tatsächlich hatte, wurden in dem frühen Tod Kerns und Wührs geradezu symbolisiert. Sie erklären sich durch den objektiven Gegensatz zwischen den liberalen und demokratischen Prinzipien der Französischen Revolution und den abendländischen Ideen, aber auch durch das neue breite Spektrum der CDU, die katholische und protestantische Christen zusammenführte, so daß für eine katholisch-abendländische Richtung kaum mehr Raum blieb. Der »lange Weg nach Westen« konnte nur auf andere Weise gegangen werden.

[28] Vgl. dazu jetzt Corine DEFRANCE, Fritz Kerns Nachfolge im Institut für Europäische Geschichte und die Wahl von Martin Göhring. Personalpolitik innerhalb der Historikerzunft 1950/51, in: Heinz DUCHHARDT (Hg.), Martin Göhring (1903–1968). Stationen eines Historikerlebens, Mainz 2005, S. 11–22; Claus SCHARF, Martin Göhrings Emanzipationen von den Gründungsvätern des Mainzer Instituts, in: ibid. S. 23–48.

HEINZ DUCHHARDT

MARTIN GÖHRING UND SEINE BEZIEHUNGEN ZUR FRANZÖSISCHEN GESCHICHTSWISSENSCHAFT

Die methodischen Vorüberlegungen zu dem nachfolgenden Beitrag können knapp bemessen bleiben. Der leitende Gesichtspunkt ist (und sollte sein) ein individualbiographischer Ansatz: ob und wie ein Historiker, der von seinen Forschungsinteressen her und dem Amt, das er bekleidete, gewissermaßen ein »geborener« Brückenbauer zwischen der deutschen und der französischen Geschichtswissenschaft war, dieser für die deutsche Historikerschaft eminent wichtigen Aufgabe gerecht werden konnte. Denn auch für sie hatte, wie für die deutsche Gesellschaft insgesamt, in den dem Krieg unmittelbar folgenden Jahren die Devise zu gelten: Die Wiedereingliederung der deutschen Historiker in die »Ökumene« war nur über Frankreich denkbar. Alle Überlegungen in Richtung eines komparatistischen Ansatzes – etwa dem, die Biographien der ersten Direktoren der fast zeitgleich ins Leben getretenen Institute in München (IfZ), in Marburg (Herder-Institut) und in Mainz (IEG) gegeneinanderzustellen – hatten gegenüber dem primären wissenschaftspolitischen Interesse an der deutsch-französischen Annäherung zurückzutreten.

I.

Als Martin Göhring 1951 nach einem langwierigen und mühsamen Auswahlprozeß auf das Direktorat der Abteilung für Universalgeschichte des Instituts für Europäische Geschichte berufen wurde[1], das durch den Tod des Gründungsdirektors Fritz Kern unmittelbar nach der Institutseröffnung vakant geworden war, konnte er zwar nicht zur absoluten Spitzengruppe der deutschen Historiker gezählt werden, aber als einer der wenigen Neuzeithistoriker, die wirkliche Frankreichspezialisten waren. Und da die damalige Berufung Sache der französischen Militärregierung war, schlug das zu Buche. Schon in seiner

[1] Vgl. dazu umfassend Corine DEFRANCE, Fritz Kerns Nachfolge im Institut für Europäische Geschichte und die Wahl von Martin Göhring. Personalpolitik innerhalb der Historikerzunft 1950/51, in: Heinz DUCHHARDT (Hg.), Martin Göhring (1903–1968). Stationen eines Historikerlebens, Mainz 2005, S. 11–22.

von Otto Becker in Kiel betreuten Dissertation »Die Feudalität in Frankreich vor und in der großen Revolution« hatte er 1933[2] einen ersten Akzent in der historischen Frankreichforschung gesetzt, seine Habilitationsschrift über die »Ämterkäuflichkeit im Ancien Régime«, die 1937 ebenfalls in Kiel approbiert wurde[3], hatte diese Kompetenz unterstrichen, denn er hatte dort das ja an sich alteuropäische Phänomen vor allem am französischen Beispiel veranschaulicht. Daß er im Rahmen des Habilitationsverfahrens seine Lehrprobe über »Wesenszüge der französischen, der faschistischen und der nationalsozialistischen Revolution« hielt, unterstreicht, wie sehr ihn die Französische Revolution und der Weg hin zu ihr wissenschaftlich gepackt hatte. Nach eher mühsamen akademischen Anfängen mit einer Dozentur in Halle[4], seiner Mitarbeit in der Zweigstelle der Archivkommission in Paris unter der Leitung von Ludwig Zimmermann (1940–1943), in deren Rahmen er am Quai d'Orsay das Material zur französischen Reichspolitik von Richelieu bis Napoleon aufarbeiten und aufbereiten sollte[5], und seiner Berufung auf eine außerordentliche Professur für politische Auslandskunde, insbesondere für Geschichte und Kunde Westeuropas an der Reichsuniversität Straßburg zum 1. Januar 1943, hatte er unmittelbar nach Kriegsende diese französischen Interessen in einen großangelegten, 1946 publizierten Überblick »Weg und Sieg der modernen Staatsidee: Vom Mittelalter bis 1789« einmünden lassen, ehe er dann 1950 seine »Geschichte der Großen Revolution« vorlegte, deren beide Bände[6] er kurz nacheinander erscheinen ließ[7]. Wenn man für die Mainzer Stelle jemanden suchte, der bereit und in der Lage wäre, den Versöhnungsprozeß zwischen Deutschland und Frankreich – eine der expliziten Aufgaben des Mainzer Instituts – wissenschaftlich zu begleiten und abzustützen, war der Frankreichkenner Göhring vielleicht wirklich eine erste Wahl. Dabei hat man dann relativ großzügig über seine Professur an der Straßburger Reichsuniversität[8], die ohne seine 1934 vollzogene Mitgliedschaft in der NSDAP nicht denkbar

[2] Die veröffentlichte Fassung erschien unter dem Titel: Martin GÖHRING, Die Frage der Feudalität in Frankreich Ende des Ancien Régime und in der französischen Revolution (bis 17. Juli 1793) (Historische Studien, H. 247), Berlin 1934.

[3] Martin GÖHRING, Die Ämterkäuflichkeit im Ancien régime (Historische Studien, 346), Berlin 1938.

[4] Vgl. Heinz DUCHHARDT, Zu Göhrings akademischen Anfängen: sein Wechsel nach Halle, in: DERS., Martin Göhring (wie Anm. 1), S. 1–4.

[5] Martin Göhring an Max Braubach, 1955 VIII 3: IEGU Korr. 1955 A–L. Die Archivkommission des Auswärtigen Amtes hat während des Krieges etwa zwei Millionen Schmalfilmaufnahmen aus den Akten der französischen Außenpolitik von 1919 bis 1939 angefertigt und nach Deutschland geschafft.

[6] Das Werk war ursprünglich auf drei Bände angelegt.

[7] Dazu Ernst SCHULIN, Göhrings *Französische Revolution,* in: DUCHHARDT (Hg.), Martin Göhring (wie Anm. 1), S. 79–83.

[8] Pierre RACINE, Martin Göhring et la *Reichsuniversität* de Strasbourg, in: DUCHHARDT (Hg.), Martin Göhring (wie Anm. 1), S. 5–9.

gewesen wäre und die anderen nach dem Krieg eher karriereabträglich wurde, hinweggesehen und auch darüber, daß er bei den relativ wenigen Lehrstuhlbesetzungen in den ausgehenden 1940er Jahren und um 1950 noch nie ernsthaft »gehandelt« worden war.

II.

Vom Mainzer Institut aus, dessen Universalgeschichtliche Abteilung er dann bis zu seinem Tod 1968 leiten sollte und auch beibehielt, als er 1961 einen Lehrstuhl für Neuere Geschichte in Gießen übernahm, hätte Göhring alle Möglichkeiten gehabt, die Wissenschaftsbeziehungen zwischen den beiden Nachbarn auf eine neue Grundlage zu stellen. Ich habe zunächst den Konjunktiv »hätte« gewählt, weil sich für Göhring natürlich als Institutsdirektor noch eine weitere Aufgabe stellte, die im Namen der Einrichtung zum Ausdruck kam: der europabezogenen Grundlagenforschung eine Heimstatt zu geben und entsprechend Peter Rassows beinahe zum geflügelten Wort gewordenen Forderung unmittelbar nach dem Krieg, jetzt stehe Europa auf der Agenda der deutschen Geschichtswissenschaft, in dieser Hinsicht Anstöße für das Fach zu geben. Es soll ausdrücklich festgehalten werden, daß dieser zweite Strang hier nicht weiter verfolgt wird. Schon an dieser Stelle soll aber gewürdigt werden, daß es Göhring, bar jeder Erfahrung mit der Leitung einer solchen Einrichtung, relativ rasch gelang, um Claus Scharf zu zitieren, sie »trotz mancher Unsicherheiten in Stil und Gestus überzeugend zu repräsentieren, mit eigenen Initiativen institutionell zu stabilisieren und ihr im In- und Ausland erst wissenschaftspolitisches, dann zunehmend auch wissenschaftliches Ansehen zu verschaffen«[9].

Daß die französische Seite glaubte, mit Göhring einen Mann gefunden zu haben, der diesen Annäherungsprozeß forcieren, der darüber hinaus aber auch den eigenen einflußpolitischen Absichten besonders aufgeschlossen gegenüberstünde, belegt bereits die Episode der Errichtung weiterer Institutsabteilungen neben den beiden ersten. Schon unmittelbar nach Göhrings Kommen hatte der französische Hochkommissar André François-Poncet dem Institut anbieten lassen, die Finanzierung zweier »Nebenabteilungen« für fünf Jahre übernehmen zu wollen, einer für Kulturgeschichte und einer für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, deren Leitung französische Professoren übernehmen sollten. Es war für jeden Außenstehenden klar, daß Frankreich mit diesem Schachzug seinen Einfluß auf die Mainzer Einrichtung perpetuieren

[9] Claus SCHARF, Martin Göhrings Emanzipationen von den Gründervätern des Mainzer Instituts, in: DUCHHARDT (Hg.), Martin Göhring (wie Anm. 1), S. 23–47, hier S. 25.

wollte. Freilich hatten die Franzosen die Rechnung ohne den Wirt in der Gestalt zweier miteinander rivalisierender Direktoren gemacht[10]. Hatten zunächst Göhring und sein direktoriales Pendant, der Kirchenhistoriker Joseph Lortz, dem Gedanken manch Positives abgewinnen können, zog sich Lortz dann rasch wieder zurück, als absehbar wurde, daß der Leiter der präsumptiven Abteilung für Kulturgeschichte weder ihm unterstellt noch ein Dominikaner sein würde.

Diese im Gesamtablauf der frühen Institutsgeschichte nur Episodencharakter gewinnenden Überlegungen waren gleichwohl für Göhring unmittelbarer Anlaß, mit einer ganzen Reihe profilierter französischer Kollegen in unmittelbaren Kontakt zu treten – wobei hinzuzufügen ist, daß seine Gedanken in Bezug auf das Direktorat der zweiten angedachten Institutsabteilung, der für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, eher auf einen amerikanischen Historiker zielten, nicht, weil er gerade in dieser Hinsicht die französische Forschung für rückständig gehalten hätte, sondern weil er so optisch, um aus einem Brief an einen französischen Funktionsträger zu zitieren, »den übernationalen Charakter und Aufgabenkreis des Instituts zu unterstreichen« hoffte[11]. Zu viel Frankreich – das hätte sich dann doch auch wieder verboten. So korrespondierte Göhring mit Fernand Braudel, mit dem er den Institutsakten zufolge erstmals 1953 Kontakt aufnahm, den er aber, wie der Tenor dieses Briefs spiegelt, sicher bereits länger kannte, sogar schon über Vertragsmodalitäten und Gehaltsvorstellungen[12], wobei beide damals an den blutjungen François-Georges Dreyfus aus Straßburg dachten[13], der sich dann aber seiner ungenügenden Sprachfertigkeit wegen ausschloß, von dem aber Göhring auch nicht wußte, ob er von der deutschen Professorenschaft akzeptiert werden würde. Er korrespondierte über diese Frage aber auch mit Pierre Renouvin, und es kann zudem davon ausgegangen werden, daß er bei seinen Frankreichaufenthalten und sonstigen Begegnungen mit französischen Kollegen diese Personalie besprochen hat, etwa auch bei jener Konferenz deutscher und französischer Historiker, die dem Institut auf Vermittlung der Direction générale im Oktober 1951 gewissermaßen in den Schoß gefallen war und die 40 Thesen über strittige Fragen europäischer Geschichte vorlegen sollte, die noch heute in der Rückschau bahnbrechend wirken[14].

Mit Braudel hat es den Institutsakten zufolge in den sich anschließenden Jahren keine engere Korrespondenz mehr gegeben, ob aus Verstimmung bei

[10] Vgl. zu den spannungsreichen Beziehungen zwischen Joseph Lortz und Martin Göhring die Beiträge von Claus SCHARF und Martin VOGT in Anm. 1 genannten Sammelband.

[11] Martin Göhring an Henry Spitzmuller, 1952 XII 18: IEGU Korr. L–Z.

[12] Martin Göhring an Fernand Braudel, 1953 III 26: IEGU Korr. 1953 A–L.

[13] Dreyfus bereitete damals eine *grande thèse* zur Sozial- und Mentalitätsgeschichte rheinischer Städte in der Frühen Neuzeit vor, die dann einmünden sollte in sein Buch: Sociétés et mentalités à Mayence dans la seconde moitié du XVIII[e] siècle, Paris 1968.

[14] Vgl. dazu SCHARF, Martin Göhrings Emanzipationen (wie Anm. 9), S. 39f.

dem französischen Kollegen oder aus anderen Gründen, geben die Akten nicht wieder. Da es im Rahmen dieses Beitrags nicht darum gehen kann, das Gesamtspektrum der französischen Korrespondenzpartner Göhrings zu erfassen, habe ich für die frühen 1950er Jahre nach dem Zufallsprinzip eine Stichprobe gemacht und mir die Buchstaben B, D, R und V etwas genauer angeschaut. Unter den B-Korrespondenzpartnern der fraglichen Jahre rangieren der Geschichtsprofessor am Pariser Lycée Condorcet, Édouard Bruley, der seiner Präsidentschaft der Société des professeurs d'histoire et de géographie wegen für Göhring ein interessanter Gesprächspartner war, Henri Brunschwig, der damals nebenamtlich (noch) die deutschsprachigen Sendungen der Radiodiffusion française leitete, Fernand Braudel, wie erwähnt, und der Schatzmeister der Société des études robespierristes, Marc Bouloiseau. Ferner wurde mit einem Pierre Baratoux korrespondiert, der im Januar 1954 das Institut besucht hatte[15]. Die Themen reichten von der Bitte, französische Stipendiaten vorzuschlagen, bis zu dem Plan eines französischen Interviews, das Göhring dem Pariser Sender zu geben beabsichtigte, und zu einem Vortrag Brunschwigs, der dann freilich nie zustande kam.

Unter den D-Korrespondenten wird rein zahlenmäßig alles »erschlagen« von Jacques Droz, damals noch in Clermont-Ferrand, mit dem Göhring wohl im Dezember 1951 erstmals aus Anlaß eines Vortrags im Institut zusammentraf[16] und mit dem seitdem ein sehr regelmäßiger Gedankenaustausch und zahlreiche Begegnungen zustande kamen. Er steuerte beispielsweise auch Vorworte zu Institutspublikationen bei, insbesondere der Dissertation von Heinz-Otto Sieburg, und muß in der Frühgeschichte des Mainzer Instituts, noch weit mehr als Georges Livet oder Pierre Renouvin, als französischer Stützpunkt der neuen Einrichtung eingestuft werden. Aber es finden sich auch Korrespondenzen mit dem genannten François-Georges Dreyfus, mit Roger Dufraisse, damals noch am Collège de jeunes filles in Wissembourg tätig, und mit Alphonse Dupront aus Montpellier, eine besonders interessante Korrespondenz, weil es in ihr um eine ganz konkrete deutsch-französische Zusammenarbeit unter einem europäischen Dach ging[17]. Was den Buchstaben R betrifft, so bestand ein mehr oder weniger regelmäßiger Kontakt mit Pierre Renouvin von der Sorbonne, dem Tenor der Briefe zufolge Göhring schon länger bekannt, aber dies ist dann auch der einzige Korrespondenzpartner aus dieser Buchstaben-Kohorte. Was schließlich den Anfangsbuchstaben V be-

[15] Pierre Baratoux an Martin Göhring, 1954 I 20: IEGU Korr. 1954 A–L – Baratoux (geb. 1931) hatte 1953/54 als Austauschstudent in Göttingen geweilt, ging dann aber weder in die Wissenschaft noch in die Politik, sondern wurde in der Industrie tätig. 1992, bereits im Ruhestand, begründete er einen Newsletter »Der Brief. L'essentiel de la presse allemande«, der zweimal monatlich erschien. Ich danke Ernst Schulin (Freiburg) für diese Auskunft.

[16] Martin Göhring an Jacques Droz, 1951 XII 10: IEGU Korr. 1951 A–L.

[17] Korrespondenz in IEGU Korr. 1955, A–L.

trifft, so finden sich hier neben André Varagnac, dem Direktor des Institut international d'archéocivilisation, mit dessen Einrichtung eine wissenschaftliche Kooperation ins Auge gefaßt wurde, der Pariser Germanist Edmond Vermeil, eine der wissenschaftlichen Schlüsselfiguren der unmittelbaren Nachkriegsjahre, der den allerersten Institutsvortrag halten sollte (und von dem Göhring mit Sicherheit nicht wußte, daß er einem eher traditionellen französischen Sicherheitsdenken huldigte und dem Prozeß der Re-Demokratisierung Deutschlands überaus skeptisch gegenüberstand[18]).

Von der reinen Quantität her ist das nicht gerade erschlagend, um so weniger wenn man sich vergegenwärtigt, wer eben *nicht* zum Korrespondenzpartner wurde: nicht Jean-Baptiste Duroselle, nicht Marc Bouloiseau, nicht Marcel Reinhard, nicht der junge Michel Vovelle, um nur einige Namen aus den vier Buchstabenkohorten herauszugreifen. Aber auch das belegt schlaglichtartig, daß die Anbahnung intensiverer Wissenschaftsbeziehungen ein mühsames Bohren dicker Bretter war und einen einzelnen schlicht überfordern mußte.

Bei seinen Kontaktaufnahmen mit französischen Kollegen, die überwiegend von der Kultursektion der Militärregierung, insbesondere dem Chargé de mission à la Direction générale des affaires culturelles, René Buisson, angeregt wurden, kam Göhring selbstredend zustatten, daß er die französische ›Szene‹ von seinen langen Pariser Archivaufenthalten für die beiden Qualifikationsschriften her einigermaßen gut kannte. Im Vorwort seiner Dissertation, das bezeichnenderweise in Paris datiert, dankt er ausdrücklich keinem französischen Historiker, aber da er auch keinem deutschen dankt, ist das nicht weiter auffällig. Man kann bei einer solchen Thematik mit Sicherheit davon ausgehen, daß er mit den Historikern der Sorbonne in einem mehr oder weniger ausgeprägten Nahverhältnis stand. Im Vorwort der Habilitationsschrift dankt er ausdrücklich Georges Lefebvre, also dem damaligen (kommunistischen) Sprachrohr der französischen Revolutionsforschung – im übrigen ein Beleg neben anderen, daß Göhring keine ideologischen Berührungsängste hatte, so sehr er nach seiner Amtsübernahme in Mainz sich dann einem konservativen Lager zugehörig empfunden haben wird und durchaus bemüht war, die alten Straßburger Verbindungen wieder zu aktivieren. Aber auch hier, bei der Habilitationsschrift, werden die informellen Kontakte weit über diese eine – repräsentative – Persönlichkeit hinausreichen.

Die Bemühungen Göhrings um die Vertiefung der deutsch-französischen Wissenschaftsbeziehungen wurden bald auch auf französischer Seite gewürdigt, zumindest von denjenigen, die bereit waren, einem raschen Neuanfang das Wort zu reden. Ich will stellvertretend den dem weiteren Braudel-Kreis zugehörigen Straßburger Historiker Jean Sigmann zu Wort kommen

[18] Vgl. SCHARF, Martin Göhrings Emanzipationen (wie Anm. 9), S. 26.

lassen, den Göhring wenige Wochen nach seinem Amtsantritt zu einem Vortrag nach Mainz eingeladen hatte und der seine bedingte Zusage mit der Versicherung verband:

Je suis convaincu comme vous qu'il est nécessaire que les historiens français et allemands apprennent à se connaître, et s'efforcent, si possible, de s'entendre sur la façon d'envisager les problèmes historiques. Cela fait, il sera plus aisé qu'on ne l'image communément d'extirper le nationalisme des œuvres historiques. Car, c'est plus l'ignorance des données réelles de l'événement historique, que la mauvaise foi qui est souvent à l'origine de travaux qui ont coûté beaucoup d'efforts vains.

Selbstredend führten nicht alle Kontaktaufnahmen mit französischen Kollegen zu ähnlich engen Beziehungen wie mit Jacques Droz, aber das in meinen Augen Entscheidende war, daß Göhring Verkrustungen aufbrach und über die »Europaschiene« mehr Kollegen für die Bemühungen der Historiker auf deutscher Seite interessieren konnte als viele andere. Daß sich das Klima zwischen den deutschen und den französischen Historikern in den frühen 1950er Jahren relativ rasch änderte, dürfte auch Göhring anzurechnen sein – der Unterschied zu 1950, als die kleine deutsche Delegation auf dem Internationalen Historikertag in Paris noch in einer absoluten Paria-Position gelassen wurde, als sie in geradezu entwürdigender Weise auf eine Einladung warten mußte, in Paris eisig empfangen wurde und sich geradezu inquisitorischen Befragungen zu unterziehen hatte[19], ist eklatant. Göhring war sicher nicht zuletzt deswegen ein guter Vermittler, weil zumindest sein schriftliches Französisch – wahrscheinlich aber auch sein gesprochenes, unbeschadet seiner mutmaßlichen schwäbischen Einfärbung – tadellos war, was bei französischen Partnern bekanntlich immer Eindruck macht.

Wie sehr Frankreich und die französische Geschichtswissenschaft in Göhrings Fokus zunächst ihren festen Platz hatten, illustriert auch ein Blick auf die von ihm zu Gastvorträgen nach Mainz eingeladenen Wissenschaftler. Wenn wir die Vorträge bis Jahresende 1955 ins Auge fassen, stehen den zehn deutschen Referenten als nächststarke Gruppen sechs Schweizer und fünf Franzosen gegenüber, wobei das Programm der Abteilung 1951 sogar von zwei Franzosen eröffnet wurde, dem Pariser Germanisten Edmond Vermeil und Jacques Droz. Daß der Anteil der Franzosen nicht noch deutlich höher lag, hing wohl ursächlich damit zusammen, daß deutschsprechende Historiker damals ebenso rar waren, wie sie es heute sind. Weiterhin ist festzuhalten, daß das Mainzer Institut im Wintersemester 1951/52 gleich an zwei deutsch-französischen Kongressen in Mainz beteiligt war, die sich mit der »Entgiftung« der Schul-

[19] Vgl. Winfried SCHULZE, Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945, München 1989, S. 179–181; sowie: Karl Dietrich ERDMANN, Toward a Global Community of Historians. The International Historical Congresses and the International Committee of Historical Sciences 1898–2000, New York, Oxford 2005, S. 203–205.

bücher beschäftigten – seit den Speyerer Schulbuchgesprächen von 1948[20] ja eines der großen Themen auf der Agenda der sich wieder formierenden bundesrepublikanischen Geschichtswissenschaft. Und, um noch eine weitere Facette hinzuzufügen: Zu dem Festakt im Januar 1953, mit dem in Anwesenheit des Bundespräsidenten Theodor Heuss die renovierte Domus Universitatis[21] dem Institut übergeben wurde, waren mit Henri Brunschwig, Fernand Braudel, Maurice Baumont, Jacques Chapsal, Ernest Labrousse und Augustin Renaudot nicht weniger als ein halbes Dutzend Franzosen allein aus Paris eingeladen[22].

Die französische Geschichtswissenschaft behielt für Göhrings Institutspolitik bis in die 1960er Jahre hinein ihren hohen Stellenwert, wiewohl Göhring, wohl auch, um dem Eindruck entgegenzuwirken, dessen Arbeit erschöpfe sich in der Aufarbeitung der bilateralen Beziehungen, gezielt auch die Beziehungen zu anderen Geschichtskulturen pflegte, etwa die der Niederlande über Pieter Geyl, Th. J. G. Locher und Jan Romein. Auch zu Italien baute Göhring ein dichtes Korrespondenznetzwerk auf, von der Schweiz ganz zu schweigen. Ein Monopol hatte die französische Schiene also niemals, rasch traten ihr andere Schienen zur Seite, weil die Optik des Europäischen für Göhring dann doch einen immer höheren Stellenwert gewann, faßbar insbesondere an dem großen Mainzer Europa-Kongreß vom Frühjahr 1955 (unter dessen gut 300 Teilnehmern, um auch das nicht zu unterschlagen, sich immerhin etwas mehr als 30 Franzosen befanden). Zu einer gewissen Ernüchterung wird bei Göhring zudem beigetragen haben, daß sich für die Stipendiatenstellen des Instituts, allen Werbungen bei nahezu allen französischen Neuzeithistorikern dieser Jahre, etwa Jacques Godechot, Victor-Lucien Tapié, Georges Livet oder Frédéric Mauro zum Trotz, keineswegs Dutzende von französischen Nachwuchshistorikern anboten, sondern die Sache zu einer sehr mühsamen und oft vergeblichen Suche wurde.

Zudem läßt sich seit den ausgehenden 1950er Jahren in bezug auf Göhrings Forschungspräferenzen – ungeachtet seiner kleinen Napoleon-Biographie von 1959 in der wohlfeilen Reihe »Persönlichkeit und Geschichte«[23] – ein Wandel erkennen: Möglicherweise bedingt durch die Erkenntnis, daß sich für einen reinen Frankreichspezialisten in Deutschland kaum eine akademische Karriere eröffnete – man muß sich vor Augen halten: Göhring absolvierte als bloßer außerplanmäßiger Professor immer noch seine Veranstaltungen in Stuttgart! –, begann er sich seitdem mehr und mehr der deutschen Geschichte zuzuwenden

[20] Vgl. dazu den Beitrag von Corine DEFRANCE in diesem Band.
[21] Jean Sigmann an Martin Göhring, 1951 VII 12: IEGU Korr. 1951 A–L.
[22] Martin Göhring an Henri Brunschwig, 1952 XII 29: IEGU 1952, Korr. A–L.
[23] Vgl. Hermann VON DER DUNK, Göhring und die deutsche Napoleonhistoriographie – einige Überlegungen, in: DUCHHARDT (Hg.), Martin Göhring (wie Anm. 1), S. 91–111.

und versuchte, mit Werken wie »Bismarcks Erben«[24] sich ein großes Publikum zu erschließen. Seine späte Berufung auf den Gießener Lehrstuhl zeigt, daß er damit nicht völlig falsch gelegen hatte[25]. In seiner Gießener Zeit wandelte sich Göhring mehr und mehr vom Frankreichspezialisten zum Generalisten.

Bei allem Respekt für das, was Göhring in den frühen 1950er Jahren als deutsch-französischer Brückenbauer leistete, darf seine Rolle somit auch nicht überschätzt werden. Es gelang ihm nicht, die wissenschaftlichen Beziehungen der Historiker von diesseits und jenseits des Rheins auf eine feste organisatorische Grundlage zu stellen – über die Ranke-Gesellschaft ließ sich das nicht bewerkstelligen –, die Franzosen dominierten nicht das Vortragsprogramm des Mainzer Instituts, die französischen Stipendiaten waren nur mühsam zu rekrutieren und stellten keineswegs die größte nationale Kohorte. Der große Frankreichkenner hatte sich seinem »europäischen« Institut anzupassen und setzte mit den Jahren seiner persönlichen Karriere wegen zudem immer stärker auf die deutsche Geschichte. Das war kein Abschied von der französischen Geschichte, was etwa seine Gießener Antrittsvorlesung über »Die Hugenottenverfolgungen in Frankreich und die weltgeschichtliche Bedeutung des Edikts von Nantes« belegt oder auch die Tatsache, daß die Laudatio und Gesamtwürdigung von Person und Werk in seiner Festschrift, die dann zu einer Gedenkschrift wurde, von einem Franzosen, Jacques Droz, beigesteuert wurde[26], aber der große Durchbruch in bezug auf die bilaterale Wissenschaftskooperation blieb andererseits noch aus.

[24] Bismarcks Erben 1890–1945. Deutschlands Weg von Wilhelm II. bis Adolf Hitler, Wiesbaden [2]1959.

[25] Vgl. Heinz DUCHHARDT, Göhrings Berufung nach Gießen, in: DERS. (Hg.), Martin Göhring (wie Anm. 1), S. 113–119.

[26] Vgl. Jacques DROZ, Martin Göhring 1903–1968, in: Gedenkschrift Martin Göhring. Studien zur europäischen Geschichte, hg. von Ernst SCHULIN, Wiesbaden 1968, S. VIIf.

IV. »ZERFALL DER HISTORISCHEN ÖKUMENE« IN DEUTSCHLAND

MARIO KESSLER

GESCHICHTSWISSENSCHAFT NACH 1945

Personelle Beharrung, Brüche und Neuanfang in beiden deutschen Staaten

Im Jahre 1938 warf der aus Deutschland vertriebene Historiker Arthur Rosenberg einen Blick in die Zukunft seines Fachs, als er schrieb, es komme für eine neue Generation von Forschern darauf an, »die gegenseitige Isolation der sogenannten bürgerlichen und der sozialistischen Historiker zu durchbrechen«. In einem Deutschland nach Hitler müßten Sozialisten und Kommunisten, bürgerliche Demokraten und sozial-fortschrittliche Katholiken ihre überlieferten Anschauungen und Kampfformeln überprüfen: »In undogmatischer und kritischer Arbeit werden die Historiker [schon in] der Emigration sich gemeinsam bemühen müssen, aus der Negation des Dritten Reiches heraus das positive neue Prinzip deutscher Zukunft für die Geschichtswissenschaft zu entwickeln«[1].

Arthur Rosenberg, der 1943 in den USA starb, erlebte nicht mehr das Scheitern seiner Hoffnung. Die politischen Verhältnisse im deutschen Nachkrieg standen einem Dialog der Historiker verschiedener Schulen alsbald entgegen. Ein vergleichender Blick auf die Geschichtswissenschaft in beiden deutschen Staaten, und zumal auf ihre Anfänge, ist somit ohne den Verweis auf die politischen Bedingungen, die dem Handeln des einzelnen Historikers teilweise enge Grenzen aufzeigten, kaum erhellend. Personelle Kontinuität und Neuanfang folgten in Ost und West nicht nur innerfachlichen Konstellationen, sondern vielmehr der jeweiligen Politik der Siegermächte[2]. Welche Auswirkungen dies für die gewissermaßen ›doppelte‹ deutsche Geschichts-

[1] Arthur ROSENBERG, Die Aufgabe des Historikers in der Emigration [1938], zuletzt abgedruckt in: Mario KESSLER (Hg.), Deutsche Historiker im Exil (1933–1945). Ausgewählte Studien, Berlin 2005, S. 25–28, hier S. 26f.

[2] Im Folgenden werden einzelne Feststellungen nicht jedesmal durch Verweis auf die Forschungsliteratur oder die Werke der Historiker belegt. Verwiesen sei auf: Winfried SCHULZE, Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945, München 1993; Ilko-Sascha KOWALCZUK, Legitimation eines neuen Staates. Parteiarbeiter an der historischen Front. Geschichtswissenschaft in der SBZ/DDR 1945 bis 1961, Berlin 1997; Martin SABROW, Das Diktat des Konsenses. Geschichtswissenschaft in der DDR 1949–1969, München 2001; Mario KESSLER, Exilerfahrung in Wissenschaft und Politik. Remigranten als Historiker in der frühen DDR, Köln u.a. 2001.

wissenschaft hatte, soll zunächst gezeigt werden. Zweitens werden personelle Kontinuitäten und Brüche beim Neuanfang der Historiker in Ost und West aufgezeigt, daran anschließend wird drittens das sich durchsetzende fachliche Verständnis von Geschichte in Ost und West kurz dargelegt, schließlich werden viertens die praktischen Ergebnisse der Geschichtsforschung skizziert, die sich aus diesen Weichenstellungen ergaben. Natürlich entspricht ein solch grob angelegter Überblick den Leistungen und Defiziten der Forschung nur insoweit, wie etwa das ausgestopfte Modell des Zoologen den Strukturen und Funktionen lebender Tiere entspricht. Doch geht es in diesem Überblick, in Winfried Schulzes Worten, darum, die »kritischen Verfahren« der Geschichtswissenschaft »auch gegen sich selbst anzuwenden«[3].

I.

Zu den Rahmenbedingungen für die Geschichtswissenschaft in Ost- und Westdeutschland: Die westlichen Besatzungsmächte stellten im Westen parlamentarisch-demokratische Verhältnisse her, verhinderten aber Versuche zur Änderung der Sozialstruktur. An die Stelle der konsequenten Entmachtung jener Klassen und Schichten, die Hitler politisch und finanziell unterstützt hatten, trat ein formales Entnazifizierungsverfahren. Richter und Wirtschaftsmanager, hohe und niedere Beamte, auch zahlreiche Nazi-Historiker, wurden danach in die oberen Schichten der bundesdeutschen Gesellschaft integriert. Wie bekannt, waren Rückkehrer aus dem Exil, die diese Politik mit Kritik bedachten, nicht willkommen.

In der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) wurden – mit dem Anspruch der Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft – der Großgrundbesitz enteignet und die Verstaatlichung von Industrie, Banken und Großhandel durchgesetzt, was auch den damaligen programmatischen Vorstellungen von KPD wie SPD entsprach. Die vom Nazi-Regime Vertriebenen wurden zur Rückkehr ermutigt. Erstmals hatten viele von ihnen das Gefühl, gebraucht zu werden.

Doch die Reparationspolitik der Sowjetunion, die ihrer Zone wertvolle Produktionsmittel entnahm und entnehmen mußte, um die schlimmsten Folgen des Krieges im eigenen Land wenigstens zu lindern, bewirkte bald eine Änderung der allgemeinen Stimmung in Ostdeutschland. Diese richtete sich zunehmend gegen die Besatzungsmacht. Kritiker der rigorosen sowjetischen Maßnahmen, darunter nicht wenige Kommunisten und Sozialdemokraten,

[3] Winfried SCHULZE, Vorwort zu: Martin KRÖGER, Roland THIMME, Die Geschichtsbilder des Historikers Karl Dietrich Erdmann. Vom Dritten Reich zur Bundesrepublik, München 1996, S. 7.

wurden – teilweise brutal – verfolgt. Die Führung der SED, die völlig vom Wohlwollen der Besatzungsmacht abhing, deckte dieses Vorgehen – damit war ihre Umwandlung in eine ›Partei neuen Typus‹ vorgezeichnet; ein Vorgang, der oft mit dem Begriff der Stalinisierung bezeichnet wird.

Die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der beiden deutschen Geschichtswissenschaften nach 1945 lassen sich somit nicht ohne die Weichenstellungen des Kalten Krieges begreifen. Hier kommt es aber darauf an, den jeweiligen Möglichkeiten im wissenschaftlichen Handeln oder Nichthandeln von Historikern nachzugehen. Martin Sabrow hat mit einigem Recht gesagt, die Historiker in der DDR hätten eine spezifische Art der Aneignung von Vergangenheit entwickelt, »die ihre innere Stärke und ihre Binnenplausibilität aus Abgrenzung und Geschlossenheit [gegenüber dem Westen; M.K.] bezogen« hätte[4]. Die marxistisch-leninistischen Historiker der DDR hätten die Standards des Faches nicht vorsätzlich verworfen, diese aber sehr wohl dem Primat der Parteilichkeit untergeordnet und eine in sich stimmige Welt von Zeichen, Begriffen und Ritualen entworfen, die 1989 fast geräuschlos in sich zusammenfiel – als nämlich die politischen Voraussetzungen für diese Art wissenschaftlicher Sonderexistenz von der Mehrheit der DDR-Bürger nicht länger hingenommen wurden.

Die in der DDR vermittelten Geschichtsbilder wurden mit all ihren Guthaben und Lasten in der Tat nur von einer Minderheit der am Fach interessierten Öffentlichkeit voll akzeptiert. Auch wer keinen Vergleichsmaßstab hatte, da ihm westliche Literatur kaum zugänglich war, war nur zögernd bereit, den allzu glatten Prämissen von der Rolle der Volksmassen in der Geschichte, der sozialistischen Revolution oder des Antiimperialismus zuzustimmen. Anders sah dies im Fach selbst aus, garantierten doch allein die Rekrutierungsmechanismen und die Art der Ausbildung eine spätestens seit den 1960er Jahren recht geschlossene Historiker-Kohorte, die in Lehre und Forschung für die Vermittlung des SED-Geschichtsbildes sorgte. Politische Auseinandersetzungen endeten in der Regel mit der Disziplinierung und Selbstdisziplinierung kritischer Geister.

Unter dem Druck der Alliierten und Teilen der öffentlichen Meinung des In- und Auslandes setzte 1945 zunächst in allen deutschen Besatzungszonen eine Selbstkritik der Fachhistorie ein, die um eine Revision des herkömmlichen Geschichtsbildes bemüht war. Der eindeutige Bruch mit rassistischen und antisemitischen Positionen war Voraussetzung zur Fortführung einer institutionellen Geschichtswissenschaft. Ein radikaler Umbruch ihrer inhaltlichen und methodischen Prämissen blieb im Westen zunächst noch aus. Langfristig aber sollten die Erfahrungen des Nazismus und seines von außen erzwungenen Zusammenbruchs Wirkungen auf die geschichtswissenschaftlichen Inhalte

[4] SABROW, Diktat des Konsenses (wie Anm. 2), S. 441.

zeigen. Die sofortige »Entnazifizierung des Volksbegriffs« (Winfried Schulze) und die Akzeptanz der parlamentarischen Demokratie, oft noch unter dem Signum des Abendland-Begriffs, legten allmählich den Weg frei für die Konstituierung der Geschichtswissenschaft als historische Sozialwissenschaft. Daß diese aber indirekt auch von der Existenz einer Geschichtswissenschaft der DDR beeinflußt war, soll im Folgenden gezeigt werden.

II.

Wenden wir nun den Blick auf personelle Kontinuitäten und Brüche beim Neustart der Geschichtswissenschaft in Ost und West. Geschichtswissenschaftliche Fragestellungen sind zwar von den politischen Rahmenbedingungen, in denen sie entstehen, nicht zu trennen. Ebenso wichtig aber sind die Erfahrungen jenes Denkkollektivs, der Gruppe tonangebender Persönlichkeiten, die die wissenschaftlichen Debatten ihrer Zeit prägen.

Da es nach 1945 in allen Besatzungszonen nur wenige Plätze geschichtswissenschaftlicher Ausbildung gab, waren in Ost wie West jene Historiker, denen ihr Amt eine Deutungsmacht über wissenschaftliche Debatten zumaß, eine überschaubare Gruppe[5]. Kaum Zweifel dürfte die Feststellung hervorrufen, daß die Gründerkohorte der DDR-Geschichtswissenschaft als Remigrantengruppe bezeichnet werden darf. Zu ihr gehörten (in der Reihenfolge des Geburtsjahres) Hermann Duncker (1874–1960), Albert Schreiner (1892–1979), Alfred Meusel (1896–1960), Leo Stern (1901–1982), Jürgen Kuczynski (1904–1997), Karl Obermann (1905–1987), Ernst Engelberg (geb. 1909) und Hans Mottek (1910–1993). Später stießen zu ihnen aus den sowjetischen Straflagern Arnold Reisberg (1904–1980) und Wolfgang Ruge (1917–2006). Nazistische Lager oder Zuchthäuser überlebten Ernst Niekisch (1889–1967), Erich Paterna (1897–1982), Walter Bartel (1904–1992), Walter Markov (1909–1993) und Heinrich Scheel (1915–1996)[6]. Hierher gehört auch Hubert Mohr (geb. 1914), der jüdische Vorfahren hatte und dem von der katholischen Kirche ein Schutzraum geboten wurde. Ihre Professuren behielten, teilweise mit aufgewertetem Status, u.a. Paul Haake (1873–1950), Ernst Hohl (1886–

[5] Zu den Biographien vgl. das allerdings mit Vorsicht zu benutzende, weil oft ungenaue Werk von Lothar MERTENS, Lexikon der DDR-Historiker. Biographien und Bibliographien zu den Geschichtswissenschaftlern aus der Deutschen Demokratischen Republik, München 2006.

[6] Von den Häftlingen unter Hitler und Stalin haben Niekisch und Ruge bewegende Autobiographien vorgelegt. Vgl. Ernst NIEKISCH, Gewagtes Leben. Erinnerungen eines deutschen Revolutionärs 1889–1945, Köln 1974; Wolfgang RUGE, Berlin-Moskau-Sosswa. Stationen einer Emigration, Köln 2003.

1957) und Otto Theodor Schulz (1879–1954), die sich vom Nazismus nicht korrumpieren ließen.

Einige wenige nichtmarxistische Historiker, die zum Teil dem Widerstand nahegestanden, sich aber zumindest vom Nazismus ferngehalten hatten, gelangten nach dem Ende des »Dritten Reiches« auf Lehrstühle: Friedrich Schneider (1887–1962), Heinrich Sproemberg (1889–1966), Hans Haussherr (1898–1960), Karl Griewank (1900–1953), Martin Lintzel (1901–1955). Auch nazistisch unterschiedlich belastete Forscher erhielten die Chance eines beruflichen Neubeginns, so Fritz Rörig (1882–1952), Hellmut Kretzschmar (1893–1965), Eduard Winter (1896–1982), Walter Eckermann (1899–1978). Sogar einigen aktiven Propagandisten der faschistischen Ideologie eröffnete die SBZ und DDR neue Möglichkeiten, darunter den später in den Westen abgewanderten Hans Freyer (1880–1969), Johannes Kühn (1887–1973) und Albrecht Timm (1915–1981).

Die tonangebenden Historiker in den Westzonen und der frühen Bundesrepublik waren zum einen konservativ bis liberal gesinnte Wissenschaftler, die Hitler abgelehnt hatten und teilweise auch dem Widerstand zuzurechnen sind: Friedrich Meinecke (1862–1954), Fritz Kern (1884–1950), Franz Schnabel (1887–1966), Ludwig Dehio (1888–1963), Gerhard Ritter (1888–1967) und Hans Herzfeld (1892–1982). Hinzu kamen mit Hans Rothfels (1889–1976) und Hans Joachim Schoeps (1909–1980) zunächst sehr wenige Rückkehrer aus dem Exil. Erst später kehrten Ernst D. Fraenkel (1891–1971), Dietrich Gerhard (1896–1985), Helmut Hirsch (geb. 1907), Golo Mann (1909–1994) und Walter Mohr (1910–2001) zurück. Franz Borkenau (1900–1957), der zeitweise in Marburg lehrte, ist ein Sonderfall[7].

Zum anderen blieben Historiker, die auf verschiedene Weise mit dem Nazismus verbunden waren, entweder in ihren Positionen oder erhielten nach einigen Jahren wieder oder erstmals eine Professur: Hermann Aubin (1885–1969), Percy Ernst Schramm (1894–1970), Egmont Zechlin (1986–1992), Otto Brunner (1898–1982), Hermann Heimpel (1901–1988), Reinhard Wittram (1902–1973), Günther Franz (1903–1993), Helmut Krausnick (1905–1990), Fritz Wagner (1905–2001), Theodor Schieder (1908–1984) und Werner Conze (1910–1986) seien genannt. Karl Dietrich Erdmann (1910–1990) ist ein Sonderfall[8]. Dauerhaft vom Lehrbetrieb ausgeschlossen blieben nur wenige, so

[7] Er war von 1946 bis 1949 außerplanmäßiger Professor in Marburg, arbeitete danach aber als Chefredakteur der Zeitschrift »Ost-Probleme« sowie für verschiedene amerikanische Regierungsstellen; vgl. Mario KESSLER, Zwischen Kommunismus und Antikommunismus: Franz Borkenau (1900–1957), in: DERS. (Hg.), Deutsche Historiker im Exil (wie Anm. 1), S. 169–196.

[8] Erdmann war nicht Mitglied der NSDAP und erklärte sich nach 1945 als Kritiker des Naziregimes. Dazu im Widerspruch steht seine Autorschaft an einem Schulbuch, das ausgesprochen antisemitische Passagen enthielt, aber 1938 nach der Manuskriptabgabe ungedruckt blieb; vgl. KRÖGER, THIMME, Geschichtsbilder (wie Anm. 3), bes. S. 59–78.

Ernst Anrich (1906–2001). Der spätere Mitbegründer der NPD kam allerdings, wie andere 1945 entlassene Professoren, in den Genuß der vollen Nachzahlung seiner Bezüge[9]. Ist die Kritik des früheren DDR-Historikers Ludwig Elm (geb. 1934) ganz abwegig? Im Jahre 2004 schrieb er:

> Verbleib oder Wiederanstellung, zumindest Honoratiorenstatus und uneingeschränkte Pensionsansprüche waren Professoren im bürgerlichen Deutschland stets sicher, die Chauvinismus und Kriegspolitik, mörderischen Rassismus sowie Ausbeutung und Liquidierung von Millionen Menschen vieler Länder unterstützt oder widerspruchslos hingenommen hatten[10].

Rechtlich war dies ohne weiteres möglich. Die neu gegründete Bundesrepublik hatte es unterlassen, schrieb Ossip Flechtheim, »all jene einfachen Gesetze, die den Obrigkeitsstaat von vor 1945 widerspiegelten, außer Kraft zu setzen oder sie dem liberal-demokratisch-sozialen Geist des Grundgesetzes anzupassen. Weder am klassischen Eigentums-, Familien- oder Erbrecht noch am Straf- oder Polizeirecht [noch am Beamtenrecht, darf man hinzufügen; M.K.] wurde etwas geändert«[11].

Zwar waren, wie bereits festgehalten, auch in der frühen DDR-Geschichtswissenschaft einstige Mitglieder und Mitläufer des Naziregimes tätig[12], allerdings nicht auf Positionen, die mit denen vergleichbar waren, die Otto Brunner, Werner Conze oder Theodor Schieder in der Bundesrepublik errangen[13] oder gar als Minister und Staatssekretäre wie Hans Globke, Theodor Oberländer und Friedrich Karl Vialon.

[9] Zu diesem exemplarischen Lebenslauf eines unbelehrbaren Nazis vgl. Lothar KETTENACKER, Ernst Anrich und die Reichsuniversität Straßburg, in: Christian BAECHLER, François IGGERSHEIM, Pierre RACINE (Hg.), Les Reichsuniversitäten de Strasbourg et de Poznan et les résistances universitaires 1941–1944, Straßburg 2005, S. 83–96. Vgl. auch den sehr kritischen Nachruf von Patrick BAHNERS, Eine deutsche Karriere, wie sie in seinen Büchern nicht stattfand, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 29. Oktober 2001.

[10] Ludwig ELM, Liberal? Konservativ? Sozialistisch? Beiträge im Widerstreit politischer Ideen und Wirklichkeiten, Jena 2004, S. 102.

[11] Ossip K. FLECHTHEIM, Blick zurück im Zorn. Westdeutschland 1945 bis 1960, in: Axel EGGEBRECHT (Hg.), Die zornigen alten Männer. Gedanken über Deutschland seit 1945, Reinbek 1979, S. 29–40, hier S. 35.

[12] Eine Liste ehemaliger NSDAP-Mitglieder unter den DDR-Historikern findet sich bei Lothar MERTENS, Priester der Klio oder Hofchronisten der Partei? Kollektivbiographische Analysen zur DDR-Historikerschaft, Göttingen 2006, S. 18f. Entsprechende Aufstellungen über Historiker im Exil und im Widerstand fehlen. Eine große Ausnahme ist die nachfolgende Autobiographie, deren Verfasser ausführlich auf seine frühe Zugehörigkeit zur Waffen-SS und seine komplizierte Wandlung zum Marxisten in der DDR eingeht: Peter HOFFMANN, In der hinteren Reihe. Aus dem Leben eines Osteuropa-Historikers in der DDR, Berlin 2006.

[13] Otto Brunner war 1959/60 Rektor der Universität Hamburg, Werner Conze 1969/70 der Universität Heidelberg. Theodor Schieder, 1962–1964 Rektor in Köln, war von 1967 bis 1972 Vorsitzender des VHD.

III.

Welches theoretische Verständnis von Geschichte setzte sich in Ost und West, wenngleich keineswegs widerspruchsfrei oder gar automatisch, durch? Obwohl die SED-Führung der unmittelbaren Nachkriegsjahre auch im Rückblick politisch nicht auf einen Nenner zu bringen ist (noch gehörten ihr Kommunisten und Sozialdemokraten an), ließ die an Stalins Partei- und Staatsverständnis orientierte Konzeption auf längere Sicht keinen Platz für einen demokratischen und damit pluralistischen Begriff des Antifaschismus. Im parteioffiziellen Verständnis wurde der Begriff des Antifaschismus mit der DDR und der SED gleichgesetzt. Nur die Herrschaft der SED auch über die Wissenschaft garantiere den gesellschaftlichen Fortschritt. Dies mit den spezifischen Mitteln der Historie zu begründen, war Kern der Geschichtspolitik der Parteispitze und ihres Apparats. Diese Norm prägte – in jedoch individuell sehr unterschiedlichem Maße – die Handlungen derer, die sich mit historischer Forschung und Lehre, mit Konzipierung und Vermittlung von Geschichtsbildern auf den verschiedensten Ebenen befaßten.

Ein damals einflußreicher KPD-Publizist wie Alexander Abusch sparte 1945 zunächst nicht mit kritischen Bemerkungen an die Adresse der eigenen Partei, die in der Endphase der Weimarer Republik in »sektiererischen Fehlern« verharrt sei und eine indirekte Mitverantwortung für den Aufstieg Hitlers trage[14]. Noch im Februar 1946 schlug Anton Ackermann, Mitglied des KPD-Parteivorstandes und kein Scharfmacher, in bezug auf das Wissenschaftsverständnis seiner Partei moderate Töne an. Freiheit für Wissenschaft und Kunst bedeute, so Ackermann auf der Kulturtagung der KPD, »daß dem Gelehrten und Künstler kein Amt, keine Partei und keine Presse dreinzureden hat, solange es um die wissenschaftlichen und künstlerischen Belange geht«[15]. Dies bedeute aber keine weltanschauliche Neutralität. Nach der Zerschlagung des Nazismus müsse eine andere Ideologie in die Köpfe der Menschen einziehen. »Keine andere Ideologie aber ist der Nazi-Ideologie mehr entgegengesetzt und vernichtender für diese als der wissenschaftliche Sozialismus, die Lehren von Marx, Engels, Lenin, Stalin«. Dem Marxismus-Leninismus gehöre die Zukunft, da er »allmächtig ist, weil er wahr ist«[16]. Die SED-Führung, nun fest im Sattel, wenn auch von der Sowjetunion abhängig, gedachte die neue Ideologie als alleinige Lehre durchzusetzen. Auch die Historiker hatten dem Prinzip der Parteilichkeit zu folgen.

[14] Alexander ABUSCH, Der Irrweg einer Nation. Ein Beitrag zum Verständnis deutscher Geschichte [1945], Berlin 1949, S. 274.

[15] Anton Ackermann auf der Kulturtagung der KPD, 3.–5. Februar 1946, zit. nach Hermann WEBER (Hg.), DDR. Dokumente zur Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik 1945–1985, München 1987, S. 62.

[16] Ibid. S. 63f.

Dies wurde zum nie gelösten Dilemma der DDR-Geschichtswissenschaft. Die Historiker konnten die Forderung nach Einheit von wissenschaftlicher Forschung und politischem Handeln aber nur dann akzeptieren, wenn sie den Geschichtsprozeß, gemäß dem marxistischen Verständnis, als politisches Programm zur Lösung der sozialen Frage ansahen. Es war für marxistische Historiker in der DDR kaum möglich, diesem Programm zu entsagen, und zwar nicht nur wegen der praktischen Folgen. In der grundsätzlich bejahten Einheit von Politik und Wissenschaft zeigten sich intellektuelle Attraktivität und politische Bindekraft sogar eines deformierten Marxismus. Doch verweist dies auch auf die Tatsache, daß der Marxismus ohne seine utopische, glaubensstarke Dimension undenkbar war und ist.

Die nachdenklichsten unter den marxistischen DDR-Historikern sahen im historischen Materialismus eine anregende Methode des Forschens, ordneten ihre Erkenntnisse aber nicht automatisch den Bedürfnissen der Parteiführung unter, so auch nicht Walter Markov:

> Niemand wird den Wunsch hegen, den historischen Materialismus für seine Unterdrückung in anderen Teilen Deutschlands durch ein Monopol in der Ostzone zu entschädigen; es sei denn, daß er ihn vorsätzlich durch Inzucht ruinieren möchte. Zu fordern ist für alle deutschen Universitäten der freie Wettstreit beider Theorien, die Verpflichtung, sich mit ihnen bekannt zu machen[17].

Einem allzu kurzatmigen Begriff der Parteilichkeit in der Beurteilung historischer Persönlichkeiten hielt er entgegen: »Nur kleinbürgerliches Ressentiment schwelgt darin, Könnern von Format ihr persönliches Kaliber herunterzubuchen, weil sie in vielem auf dem falschen Flügel gefochten und die Passiva belastet haben«[18]. Noch 1952 konnte Alfred Meusel die Anschuldigung Hanna Wolfs, er propagiere das Rankesche Objektivitätsideal, kühl abwehren: »Ich weiß nicht, ob Frau Direktor Wolf ernsthaft der Meinung ist, daß ich hier ein Programm der Ranke-Schule vertreten wollte, sondern ich habe lediglich gesagt, daß in Rankes Werk einiges enthalten ist, woraus wir lernen können. An dieser Richtung halte ich unbedingt fest [...]«[19].

Aber der auch von manchen ostdeutschen Historikern gewünschte Dialog fiel dem Kalten Krieg zum Opfer; »hüben und drüben«, so Hans-Erich Volkmann, »war der Verlust der Dialogfähigkeit gewünscht«[20]. Die Kontroverse gipfelte in gegenseitigen, zum Teil begründeten, aber unsinnig übersteigerten

[17] Walter MARKOV, Historia docet? [1947], hier zit. nach: DERS., Kognak und Königsmörder. Historische Miniaturen, Berlin, Weimar 1979, S. 19f.

[18] Ibid. S. 18.

[19] Historiker-Tagung, 7./8. Juni 1952, in: Archiv der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, Nachlaß Meusel, Nr. 618.

[20] Hans-Erich VOLKMANN, Deutsche Historiker im Umgang mit Drittem Reich und Zweitem Weltkrieg 1939–1945, in: DERS. (Hg.), Ende des Dritten Reiches – Ende des Zweiten Weltkrieges. Eine perspektivische Rückschau, München, Zürich 1995, S. 890–920, hier S. 904f.

Schuldzuweisungen auf dem Trierer Historikertag im September 1958, der den Abbruch fast aller wissenschaftlicher Beziehungen zwischen Historikern aus Ost- und Westdeutschland über mehrere Jahre hinaus bedeutete. Ostdeutsche marxistische Historiker würden, so der Vorwurf, einen »Gewissenszwang« auf ihre verbliebenen bürgerlichen Kollegen ausüben und sich für eine freie wissenschaftliche Aussprache damit disqualifizieren[21]. Westdeutsche Historiker stünden für Imperialismus und für eine Revision der Nachkriegsordnung, dies »mit zeitgemäß veränderter Argumentation«, so der Gegenvorwurf[22]. Doch waren die Historiker beider Lager weit mehr von den Konstellationen der Politik abhängig, als daß sie diese beeinflussen, geschweige denn bestimmen konnten.

Historiker können, so sie kein politisches Amt innehaben, auf den Lauf der Geschichte kaum einwirken[23], doch sind innerhalb des vorgegebenen Rahmens oft verschiedene Optionen in Entscheidungssituationen wie im persönlichen und wissenschaftlichen Verhalten möglich. Auch unter politisch widrigen Bedingungen wird ein Historiker, der die Regeln seines Fachs ernst nimmt, anders handeln, forschen und publizieren als ein den Herrschenden dienstbarer Geist. Natürlich gibt es dabei Abstufungen, gewissermaßen ein Zwischenreich menschlichen Handelns. Es geht jedoch teilweise an der Wirklichkeit vorbei, das Verhalten der DDR-Historiker mit Bezeichnungen wie »Parteiarbeiter an der historischen Front« (so Ilko-Sascha Kowalczuk) zu erklären.

Die allermeisten Historiker in der DDR sahen sich, auch und gerade wenn sie die Entwicklung in der sozialistischen Welt mit Besorgnis verfolgten, als Marxisten. Manche von ihnen hoben nach 1989 hervor, daß selbst Stalin den progressiven Grundgehalt des Marxismus nicht ganz habe vernichten können. Ernst Engelberg betonte, sein Verständnis von Parteilichkeit (es sei angemerkt: wie er es in den 1970er Jahren, nach einer durchaus dogmatischen Lebensphase, schließlich entwickelte) habe nur wenig mit einer Bindung an Parteiinstitutionen und noch weniger mit dem Zurechtbiegen von Fakten im Sinne eines geforderten parteiamtlichen Geschichtsbildes zu tun gehabt. Parteilichkeit bedeute für ihn, die jeweils dem historischen Fortschritt dienenden Kräfte zu erforschen und für sie im geschichtlichen Kontext Partei zu ergreifen[24].

Unter dem Begriff der Parteilichkeit verstanden die der DDR und der SED kritisch verbundenen Wissenschaftler durchaus etwas anderes als solche, die

[21] So die Erklärung des VHD, abgedruckt bei Franz WORSCHECH, Der Weg der deutschen Geschichtswissenschaft in die institutionelle Spaltung, 1945–1965 (Phil. Diss.), Erlangen 1989, S. 204f.

[22] Erklärung von Ernst Engelberg im Namen der DDR-Delegation in Trier, zit. ibid., S. 222.

[23] Vgl. aber Walter LAQUEUR, George L. MOSSE (Hg.), Historians in Politics, London, Beverly Hills 1974, mit biographischen Fallstudien, so über Masaryk und Arthur Rosenberg, die mindestens zeitweise politische Akteure waren und entsprechende Ämter innehatten.

[24] Vgl. »Der Historiker muss auch mit sich selbst kämpfen«. Im Gespräch mit Prof. Dr. Ernst Engelberg, in: Disput 8 (1998) 12, S. 37–39.

das System unkritisch mittrugen. Mehr noch: Es lassen sich keine Gemeinsamkeiten zwischen dem Geschichtsverständnis von Walter Markov und dem von Hanna Wolf, der Rektorin der SED-Parteihochschule, finden, für die Historiographie und Parteipropaganda ein und dasselbe waren. Gemeinsam blieb ihnen – und damit begründete Markov sein Bleiben in der DDR angesichts ihm drohender Repressalien – die Suche nach einer sozialistischen Alternative zum bisherigen Geschichtsverlauf.

In vergleichender Sicht ist nach den Lernprozessen zu fragen, die viele westdeutsche Historiker nach 1945 durchliefen. Diese zeigten sich zunächst eher indirekt, waren selten mit öffentlichem Nachdenken über einstige politische Positionen verbunden. Die 1945 in allen politischen Lagern geforderte Revision des Geschichtsbildes begann mit der Umetikettierung von Namen: So wurde aus dem »Weltkampf gegen den Bolschewismus« die um ihre antisemitische Komponente reduzierte »Rußlandkunde«. Erst spät wurde die methodisch differenzierte Kommunismusforschung politikwissenschaftlich arbeitender Remigranten aus den USA und England zur intellektuellen Herausforderung. Die »Volksgeschichte«, die auch im »Dritten Reich« ein methodisch innovatives Potential besaß, mußte sich inhaltlich noch stärker umorientieren, da z.B. das »Grenzland- und Auslandsdeutschtum« nun als politisches Manövrierfeld ausfiel.

Dennoch ist ein Lernprozeß der westdeutschen Historiker bereits für die 1950er Jahre nicht in Abrede zu stellen, der mit entsprechenden Entwicklungen unter der Oberfläche der als restaurativ bezeichneten Gesellschaft korrespondierte[25]. Es begann 1946 mit der Forderung des schon 84jährigen Friedrich Meinecke nach einer Aussöhnung zwischen deutschem und westlichem Geschichtsbild. Meinecke war es auch, der hervorhob, »weder die nationale noch die sozialistische Idee zweier Jahrhunderte ließ und läßt sich durch Gewalt auf die Dauer unterdrücken«[26]. Unstreitig öffneten sich die westdeutschen Historiker nunmehr dem bürgerlich-parlamentarischen Demokratiemodell. Auch schien der Historismus als erkenntnisleitendes Prinzip der-

[25] Ernst-Ulrich HUSTER u.a., Determinanten der westdeutschen Restauration, Frankfurt a.M. 1972, ist repräsentativ für jene Arbeiten der 1970er Jahre, in denen die fortdauernden konservativen Grundstrukturen in Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft der Bundesrepublik herausgearbeitet wurden. Neuere Forschungen betonen hingegen stärker das Wechselverhältnis von allmählichem kulturellem Wandel bei Fortbestehen überkommener Macht- und Besitzverhältnisse. Diese Doppelnatur von Modernität und Beharrung habe die Bundesrepublik der 1950er Jahre geprägt und den Kulturbruch 1968 (von den Machteliten ungewollt) vorbereitet. Vgl. Axel SCHILDT, Moderne Zeiten. Freizeit, Massenmedien und »Zeitgeist« in der Bundesrepublik der 50er Jahre, Hamburg 1995; DERS. u.a. (Hg.), Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2000.

[26] Friedrich MEINECKE, Die deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen [1946], Wiesbaden 1949, S. 153.

art fragwürdig geworden, daß der Althistoriker Alfred Heuss den »Verlust der Geschichte« beklagte[27]. Zwar erfuhr der Historismus in ersten wissenschaftsgeschichtlichen Abrissen dann wiederum eine positive Wertung, doch galt er seit etwa 1950 als eine Sache der Vergangenheit[28]. Weniger Bedauern über das Abdanken alter Denkmuster äußerte z.B. Theodor Schieder. Nüchtern konstatierte er, daß das historische Bewußtsein der modernen Industriegesellschaft unvermeidbar »auf der Diskontinuität aufbaut« und somit Ausdruck eines beschleunigten sozialen Wandels ist[29].

Dieser sozialgeschichtliche Ansatz war jedoch noch keineswegs mit gesellschaftskritischen Vorstellungen verbunden. Die westdeutschen Historiker hatten sich von übersteigerten nationalistischen und militaristischen Ideen lösen müssen. Doch sogar für Vertreter einer modernen Sozialgeschichte stand der Staat, wenn nicht als primärer Untersuchungsrahmen, so doch als Hüter des gesellschaftlichen Status quo jenseits der Kritik. Nicht einmal ein Reformsozialismus, den etwa Politikwissenschaftler wie Wolfgang Abendroth, Werner Hofmann oder Ossip Flechtheim vertraten, fand Eingang in die Historikerzunft, die mit diesem Begriff zutreffend bezeichnet werden konnte. Im Kalten Krieg galt sogar die Beschäftigung mit dem Marxismus teilweise als verdächtig oder wenigstens als obsolet. Gerhard Ritter, der damals einflußreichste westdeutsche Historiker, schrieb im August 1949 an Hermann Heimpel, er bedaure, daß der Marxist Walter Markov überhaupt in den Verband der Historiker Deutschlands (VHD) aufgenommen worden sei: »Er hat nichts geleistet«. Daß Markov in elf Zuchthausjahren unter Hitler wissenschaftlich »nichts geleistet« haben konnte, wußte Ritter[30]. In einer allerdings nichtöffentlichen Warnung an Franz Schnabel schrieb Ritter: »Ist Ihnen bekannt, daß Herr Markov ein roter Terrorist ist, wissenschaftlich ohne jeden Ausweis?«[31] Elf Jahre später konnte auch Ritter gegenüber Hans Rothfels nicht umhin, den wissenschaftlichen Rang Walter Markovs als gegeben zu akzeptieren[32].

[27] Alfred HEUSS, Verlust der Geschichte, Göttingen 1959.

[28] Vgl. die repräsentative Stellungnahme von Waldemar BESSON, Historismus, in: DERS. (Hg.), Fischer-Lexikon Geschichte, Frankfurt a.M. 1961, S. 102–116.

[29] Theodor SCHIEDER, Grundfragen der neueren deutschen Geschichte, in: Historische Zeitschrift 192 (1961), S. 2–9, hier S. 4. Vgl. für diese Debatte Georg G. IGGERS, Deutsche Geschichtswissenschaft. Eine Kritik der traditionellen Geschichtsauffassung von Herder bis zur Gegenwart, Wien 1997, S. 328–338.

[30] Gerhard Ritter an Hermann Heimpel, Brief vom 27. August 1949, Archiv des VHD, Göttingen, zit. nach WORSCHECH, Geschichtswissenschaft (wie Anm. 21), S. 50.

[31] Gerhard Ritter an Franz Schnabel, Brief vom 26. August 1949, zit. nach KOWALCZUK, Legitimation (wie Anm. 2), S. 195.

[32] Gerhard Ritter an Hans Rothfels, Brief vom 28. Januar 1960, zit. nach Christoph CORNELISSEN, Gerhard Ritter. Geschichtswissenschaft und Politik im 20. Jahrhundert, Düsseldorf 2001, S. 453.

IV.

Wie sind die praktischen Ergebnisse der Geschichtsforschung zu bewerten? Für die DDR und ihre Geschichtswissenschaft fällt natürlich das Ende des ostdeutschen Staates, das eine Mehrheit der Bevölkerung wünschte und friedlich herbeiführte, stark ins Gewicht. Das nach 1989 geflügelte Wort, wonach »das traurigste Los aber [...] die Geschichtswissenschaft« getroffen habe, die sich vollständig dem Diktat der Politik fügen mußte, hielt zwar einer Detailkritik nicht stand[33], und Arthur Rosenbergs Warnung, daß »die Wissenschaft sterben muß«, wo »eine offizielle Staatslehre mit dogmatischer Einseitigkeit jede Konkurrenz tötet«, galt gewiß für die Geschichtsideologie unter Hitler in ganz anderer Weise als für die DDR, die der marxistische Kritiker des offiziellen Kommunismus nicht mehr erlebte[34]. Doch die Selbstgleichschaltung zahlreicher Historiker gemäß den Bedürfnissen der SED-Führung hatte gravierende Folgen für die wissenschaftliche Arbeit.

Denn insgesamt blieben trotz aller Entwicklungsprozesse in der DDR-Geschichtsschreibung zahlreiche »weiße Flecken« bestehen. Die Remigranten-Generation, doch nicht nur sie, stand vor einem unlösbaren Widerspruch: Wer die Grundlagen des Systems bejahte, es aber zugleich reformieren wollte, schreckte immer dann vor den Konsequenzen seines Denkens zurück, wenn die Bastionen der Apparateherrschaft in Gefahr zu geraten schienen. Die Partei – und ihr Apparat – galten als Existenzgarantie der DDR. Im Rückblick ist es klar, daß die autoritäre Staatspartei sowohl Bedingung wie Hemmnis des Fortbestandes der DDR war – deshalb war das System letztlich nicht reformierbar. Hielt die Befürchtung, mit dem Anprangern der Stalinschen Verbrechen die ersehnte sozialistische Alternative zum bisherigen Geschichtsverlauf zu diskreditieren statt zu ermöglichen, gerade die Rückkehrer aus Stalins Lagern von der Aufarbeitung der Vergangenheit ab? »Wir glaubten bis zuletzt«, schrieb Wolfgang Ruge, »diese Gebrechen zähneknirschend in Kauf nehmen zu müssen und redeten uns vor uns selbst mit Wachstumsschwierigkeiten, Kinderkrankheiten oder auch damit heraus, daß die Sache des Sozialismus fatalerweise in die Hände der falschen Leute geraten sei. Dabei hofften wir, ja waren überzeugt, daß der Prozeß der Selbstreinigung der großen Idee zur Rückkehr auf den richtigen Weg führen müsse. Auf diese Weise betrogen wir uns selbst und desorientierten andere«[35].

[33] Karl Heinrich POHL, Einleitung zu: DERS. (Hg.), Historiker in der DDR, Göttingen 1997, S. 11. Pohl zitiert den Gründungsaufruf des Unabhängigen Historikerverbandes.

[34] ROSENBERG, Die Aufgabe des Historikers (wie Anm. 1), S. 25.

[35] Wolfgang RUGE, Die russische Revolution von 1917 und die deutsche Novemberrevolution. Versuch eines Vergleichs, in: Manfred WEISSBECKER u.a. (Hg.), Die Revolutionen von 1917/18 und das Ende des 20. Jahrhunderts, Jena 1997, S. 15–20, hier S. 17.

Geriet sein politisches Selbstverständnis auch für Jürgen Kuczynski zum Selbstbetrug? Kuczynski konnte sich, nicht nur aus Karrieregründen, sondern weil dies für sein politisches Selbstverständnis undenkbar war, ein Leben außerhalb der großen kommunistischen Familie – und dies hieß für ihn: außerhalb der kommunistischen Partei, etwa als kritischer, unabhängiger Kommunist – nicht vorstellen, auch nicht während der Moskauer Prozesse, die er im Exil verteidigte. Sowenig manch kritischer Katholik, in dem die Politik des Vatikan und des lokalen Klerus heftigen Widerspruch hervorruft, aus der Kirche austritt, sowenig dachte Kuczynski je daran, mit der Partei zu brechen. Er gehört daher – als herausragender Vertreter, als gewissermaßen ›kritischer Gläubiger‹ – zum Typus des Parteiintellektuellen, dessen Engagement die Bindung an eine politische Instanz voraussetzt. Diese Instanz, die Partei, tritt als Hüterin jener Theorie auf, die alle Probleme der Philosophie, der Geschichte, der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften prinzipiell lösen will. Das alles hatte allerdings mit dem Denkansatz von Marx und Engels kaum noch etwas zu tun.

Auch Jürgen Kuczynski mußte sich, gleich vielen anderen, nach 1989 die Frage nach der Schuld und Mitverantwortung für ein offenkundig repressives System stellen, von dem die Menschen sich immer mehr abgewandt hatten. Er suchte sie in dialektischer Weise zu beantworten. Man müsse, schrieb er kurz vor seinem Tode, »unterscheiden zwischen menschlichem Versagen und historischem Versagen. Wenn Kant meint, der ›gute Wille‹ sei entscheidend, so hat er vielleicht (?) recht, wenn wir den menschlichen Charakter beurteilen wollen. Aber der Mensch hat, meine ich, auch seinen historischen Charakter. Und da habe ich, haben so viele meiner Freunde versagt. Nicht Harich und Havemann, auch wohl ich nicht 1957/58, aber auch ich, wenn man die ganze Geschichte der DDR und meine Aktivität verfolgt. In der Geschichte zählt nicht der gute Wille, nicht das ehrliche Bemühen, sondern nur der Erfolg. Und da habe ich eben völlig versagt. Es kommt doch eben darauf an, die Welt zu verändern, nicht sie durch ein gutes Beispiel ein wenig erträglicher zu machen«[36].

Der Elan, mit dem sich die marxistische Gründer-Generation in der DDR nach 1945 der Wissenschaft zuwandte, läßt allerdings ahnen, was in einer toleranteren Atmosphäre möglich gewesen wäre. Walter Markov wurde ein weltweit anerkannter Forscher zur Geschichte der Französischen Revolution und begründete in Leipzig eine eigenständige Schule vergleichender Revolutionsforschung, aus der sein Schüler Manfred Kossok genannt sei. Jürgen Kuczynski und Alfred Meusel konnten an ihre Arbeiten des Exils zur intellektuellen wie zur Wirtschaftsgeschichte anknüpfen, Karl Obermann und Hans Mottek ihre politischen und intellektuellen Erfahrungen in erste wissenschaft-

[36] Jürgen KUCZYNSKI, Fortgesetzter Dialog mit meinem Urenkel. Fünfzig Fragen an einen unverbesserlichen Urgroßvater, Berlin 1996, S. 81.

liche Ergebnisse umsetzen. Ernst Engelberg hielt über Haft- und Exiljahre an seinem Hauptforschungsthema Bismarck fest. Leo Stern und besonders Arnold Reisberg wie Wolfgang Ruge blieben durch ihre Exilerfahrung in der Sowjetunion geprägt – in dem, was sie schrieben, und in dem, was sie verschwiegen.

Doch verraten die Schriften der aus England und den USA zurückgekehrten Historiker – Meusel, Kuczynski, Mottek, Schreiner und Obermann – wenig vom Umgang mit einer westlichen Demokratie, obwohl Obermann in den USA (über Joseph Weydemeyer und die deutsche Revolution 1848) und Meusel in der DDR (über die englische Revolution) zu Fragen der bürgerlichen Gesellschaft schrieben. Bereits die im Exil entstandenen Arbeiten zur deutschen Geschichte, speziell aus Kuczynskis Feder, sahen in Genesis und Entfaltung des Industriekapitalismus wenig mehr als den von Lenin so bezeichneten Vorabend der proletarischen Revolution.

Zwar bot einerseits die marxistische Theorie Ansatzpunkte, um die historische Kontinuität bestimmter Entwicklungen von Imperialismus, Militarismus und politischem Antisemitismus zum Faschismus herauszuarbeiten, andererseits verhinderten dogmatische Einengungen, auch unter Bezug auf Marx und vor allem auf Lenin, eine realitätsnahe Beurteilung der bürgerlichen Gesellschaft. Die DDR-Historiker wandten sich jedoch Bereichen der Forschung zu, die bislang nur selten an deutschen Universitäten behandelt worden waren, wie die Revolutionsforschung oder die Geschichte des Marxismus und der Arbeiterbewegung. Sie arbeiteten die Rolle von Volksmassen und Faktoren des materiellen Lebens als letztlich entscheidender Triebkräfte im Geschichtsprozeß heraus, wenngleich sie dabei auch zu Überschätzungen neigten. Jede Kritik an ihnen wird aber mit der Frage konfrontiert bleiben, welche Möglichkeiten Marxisten als Historiker in der Bundesrepublik hatten. Denn auch in der Blütezeit sozialgeschichtlicher Diskurse war es für eingestandene Marxisten, sogar wenn sie kritisch zur Sowjetunion und zur DDR standen, unmöglich, eine Professur zu erlangen. Dies unterschied die westdeutsche Geschichtswissenschaft – zu ihrem Nachteil? – von der anderer westeuropäischer Länder.

Die hier vorgetragene Sichtweise insbesondere zur DDR-Wissenschaft kontrastiert natürlich mit dem Urteil z.B. Hans-Ulrich Wehlers. Im Jahre 1992 antwortete er auf die Frage nach den Wertbeständen, die von DDR-Forschern in eine gesamtdeutsche Wissenschaft eingebracht werden könnten, daß »man ganze Tonnen ostdeutscher Literatur vergessen [könne]. Ich gehöre zu einer Generation, die geglaubt hat, man müsse sich auf dem Laufenden halten, und habe unentwegt das Dutzend der wichtigsten Zeitschriften und die Veröffentlichungen zur Neuzeit verfolgt. Fast alles – bis auf empirisch neue Ergebnisse –, was zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung geschrieben worden ist, kann man vergessen«. Die DDR-Geschichtswissenschaft sei bankrott. Unter den westdeutschen Historikern könne Wehler hingegen »keine Bewältigungs-

krise sehen. [Er] gehöre ohnehin nicht zu denen, die sich die DDR-Vergangenheit als neu gewonnene eigene Vergangenheit andienen lassen wollen«[37].

Im Vergleich fällt auf, wie moderat Hans-Ulrich Wehler – bei inhaltlich deutlicher Distanzierung – das Verhalten bundesdeutscher Historiker vor 1945 beurteilt. Schieder, Conze und andere kultivierten laut Wehler in den 1930er Jahren den Reichsmythos, und viele teilten »auch die moderne Form des Antisemitismus, den man Honoratioren-Antisemitismus nennen kann«[38] – also den Antisemitismus von Ehrenmännern.

Die starke Affinität zwischen großen Teilen des deutschen Bildungsbürgertums und dem Nazismus ist in der Forschung inzwischen unbestritten. Antisemitismus, Antikommunismus und Antiliberalismus waren die – allerdings personell jeweils unterschiedlich gewichteten – Faktoren, die zur ideologischen Grundlage dieser Kollaboration wurden. Erst in jüngster Zeit gerieten die Wandlungsprozesse der westdeutschen Historiker, die nach 1945 die geforderte Neubesinnung der Geschichtswissenschaft mindestens zum Teil einleiteten, jedoch in den Blick zumeist jüngerer Forscher[39].

Es wäre zu einfach, den Wechsel bedeutender deutscher Historiker von der Volks- zur Strukturgeschichte als bloße opportunistische Anpassung an die neue politische Lage zu erklären. Langfristig war der Re-Import von Ideen emigrierter Historiker wichtig. Die erste Attacke auf das Selbstverständnis etablierter Historiker erfolgte jedoch von einer ganz anderen Position her, nämlich von Fritz Fischer. Dessen Buch »Der Griff nach der Weltmacht« ist in seiner Wirkung kaum zu überschätzen. Es brachte die Legende zu Fall, wonach das kaiserliche Deutschland unglücklich in den Ersten Weltkrieg »hineingeschlittert« sei. Was im westlichen wie östlichen Ausland, auch in der

[37] Tonnen von Literatur überflüssig. Ein Gespräch mit Hans-Ulrich Wehler über den Stand der ostdeutschen Historiographie, in: Hannoversche Allgemeine Zeitung, 18.9.1992.

[38] Wie man in die Irre geht. Ein Gespräch mit Hans-Ulrich Wehler, in: Der Tagesspiegel, 8.12.1998. Vgl. aber die kritischeren Akzente, die Wehler in einem späteren Interview setzte, in: Rüdiger HOHLS, Konrad H. JARAUSCH (Hg.), Versäumte Fragen. Deutsche Historiker im Schatten des Nationalsozialismus, Stuttgart, München 2000, S. 240–266.

[39] Vgl. aus der inzwischen umfangreichen Literatur zum Thema Michael BURLEIGH, Germany Turns Eastward. A Study of Ostforschung in the Third Reich, Cambridge 1988; Karen SCHÖNWÄLDER, Historiker und Politik. Geschichtswissenschaft im Nationalsozialismus, Frankfurt a.M. 1992; Götz ALY, Macht – Geist – Wahn. Kontinuitäten deutschen Denkens, Berlin 1997; Peter SCHÖTTLER (Hg.), Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft 1918–1945, Frankfurt a.M. 1997; Winfried SCHULZE, Otto Gerhard OEXLE (Hg.), Deutsche Historiker im Nationalsozialismus, Frankfurt a. M. 1999; Ingo HAAR, Historiker im Nationalsozialismus. Deutsche Geschichtswissenschaft und der »Volkstumskampf« im Osten, Göttingen 2000; Eduard MÜHLE, Für Volk und deutschen Osten. Der Historiker Hermann Aubin und die deutsche Ostforschung, Düsseldorf 2005. Eine 1946 erschienene amerikanische Pionierarbeit wurde (bezeichnenderweise) nie in einem der beiden deutschen Staaten publiziert: Max WEINREICH, Hitler's Professors. The Part of Scholarship in Germany's Crimes against the Jewish People (Neuausgabe), New Haven, London 1999.

DDR, Allgemeingut im Fachdiskurs war, nämlich die antreibende Rolle der deutschen Politik im Krisensommer 1914, setzte sich letztlich auch in Westdeutschland durch. Pikant bleibt, daß Fischers Hauptgegner Gerhard Ritter eine scharfe Waffe im öffentlichen Streit nicht einsetzte, sie aber in Privatbriefen benannte: Fischers frühere Anpassung an die Nazis, denen Ritter sich verweigert hatte[40].

Damit sind jene Gebiete genannt, auf denen die Auseinandersetzung zwischen ost- und westdeutschen Historikern in den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten ausgetragen wurde. In offensivem, auch grobem Duktus wies die DDR-Seite auf die Nazi-Vergangenheit vieler westdeutscher Wissenschaftler hin. Deren Sichtweise auf die Politik deutscher »Eliten« setzten sie oft fundierte Untersuchungen über den Zusammenhang von imperialistischer Eroberungspolitik, Großmachtchauvinismus, Rassismus und Antikommunismus entgegen. Schließlich wurde die Sozialgeschichte – der Begriff war in der DDR nie ein Tabu – und insbesondere die Geschichte der Arbeiterbewegung wie revolutionärer Volksbewegungen überhaupt, zu Forschungsfeldern, auf denen sich die Ostdeutschen zunächst einen Vorsprung erarbeiteten.

Es bedurfte einer neuen Generation westdeutscher Historiker, die aber in Werner Conze einen wichtigen Wegweiser hatte, um sich allmählich dieser Fragen anzunehmen – und um schließlich offener und produktiver zu arbeiten, als dies in der DDR möglich war[41]. Der Vorsprung der Ostdeutschen wurde aufgezehrt, als die westdeutsche Seite die Arbeiterbewegung als Untersuchungsgegenstand entdeckte und die Volksbewegungen des 19. Jahrhunderts als Wegbereiter des deutschen Parlamentarismus begriff. Die Veränderung des politischen Klimas, mit der Chiffre »1968« umschrieben, zeigte auch Folgen für die Geschichtswissenschaft. Diese öffnete sich neuen Fragestellungen und verfeinerte ihr analytisches Instrumentarium, indem sie Marx wenigstens zur Kenntnis nahm. Geschichtswissenschaft war nunmehr ein wichtiger Teil kritischer Sozialanalyse.

Geschichte als historische Sozialwissenschaft hieß das Signum, unter dem Historiker der Jahrgänge um 1930 sich anschickten, Deutungsmacht und Professuren zu erringen. Historiker wie Martin Broszat, Imanuel Geiss, Helga Grebing, Hans und Wolfgang Mommsen, Ernst Schulin, Hermann Weber, Hans-Ulrich Wehler oder die (nur altersmäßigen) »Nachzügler« Heinrich August Winkler, Christoph Kleßmann, Jürgen Kocka und Winfried Schulze präg-

[40] Vgl. CORNELISSEN, Gerhard Ritter (wie Anm. 32), S. 605, 622. Zu Fischers Rolle im »Dritten Reich« vgl. Klaus GROSSE KRACHT, Fritz Fischer und der deutsche Protestantismus, in: Zeitschrift für neuere Theologiegeschichte 10 (2003), S. 224–252, der zeigt, wie weit sich Fischer in der Tat auf die Nazi-Ideologie eingelassen hatte, ohne sie in jedem einzelnen Punkt mitzutragen.

[41] Vgl. zu Conze Thomas ETZEMÜLLER, Sozialgeschichte als politische Geschichte. Werner Conze und die Neuorientierung der westdeutschen Geschichtswissenschaft nach 1945, München 2001.

ten nun die Disziplin ganz nachhaltig. Gegen Vorbehalte älterer Professoren setzten sie auch die Erforschung des Lebens und Leidens unterer Klassen im Fachkanon durch[42]. Beinahe programmatisch schrieb Jürgen Kocka 1978, er habe »Marxsche Gedanken auf Max Webersche Weise verwandt und [sich] der scharfsinnigen Einsichten von Marx nur gezielt und selektiv bedient, sie nicht ehrfürchtig rekonstruiert oder scholastisch beschworen«[43].

Doch stieß das Bestreben mancher dieser Forscher, Gesellschaftsgeschichte zu schreiben und damit den gebildeten Teil der Nation mit kritischem Geist zu erfüllen, an Grenzen. Diese wurden durch die Spezifik des Gegenstandes gezogen. Zwar waren die Werke der sozialgeschichtlichen Wegbereiter aus Bielefeld und Bochum stets gedankengesättigt und wiesen die Leser auf überraschende historische Zusammenhänge hin, doch waren nicht alle diese Bücher leicht zu lesen. Das Interesse an ihnen blieb daher auf einen Expertenkreis beschränkt. Dennoch wurden die Arbeiten von Historikern wie Hans-Ulrich Wehler, Jürgen Kocka oder Hans Mommsen in der DDR (soweit man an sie herankam) durch ihre Aufgeschlossenheit gegenüber marxistischen Theorieansätzen zur intellektuellen Herausforderung. In der Bundesrepublik wurden es vor allem – und dies verstärkte sich mit der Zunahme der Fernsehkanäle – in den Medien arbeitende Historiker, die Geschichte massenwirksam vermittelten und somit auch in der DDR ihr Publikum erreichten. Doch waren zahlreiche dieser jüngeren Historiker seit etwa 1975 durch die Schule ihrer sozialgeschichtlichen Lehrer gegangen und hatten deren Fragestellungen aufgenommen und populär aufbereitet. Somit gelangten Dokumentationen z.B. über Gewerkschaften und Streiks oder Exil und Widerstand ins Fernsehen, was um 1960 gänzlich undenkbar war. Auf beiden Ebenen – der theoriegesättigten neuen Sozialgeschichte wie auch ihrer Anwendung im Medienbereich – sah sich die DDR mit Themen konfrontiert, die bislang ihr ureigenes Gebiet gewesen waren.

Fortan waren es die Westdeutschen, die zur Herausforderung für ihr ostdeutsches Pendant wurden: Die Kommunismusforschung, nicht länger mit dem Odium prokommunistischer Wühlarbeit belastet, entdeckte die in der DDR totgeschwiegenen Ketzer im Kommunismus – von Leo Trotzki und Paul Levi bis zu den zeitgenössischen Reformern in Prag und Belgrad. Die entstehende westdeutsche Exilforschung machte den Vorsprung der DDR wett, als sie die Schicksale von Grenzgängern wie Arthur Koestler oder Gustav Regler in den Zusammenhang von Faschismus, Antifaschismus und Stalinis-

[42] Den Aufstieg dieser Historikergeneration schildert sehr anschaulich Klaus GROSSE KRACHT, Die zankende Zunft. Historische Kontroversen in Deutschland nach 1945, Göttingen 2005, S. 69–90. Die Aufzählung wichtiger Namen impliziert keineswegs eine gemeinsame wissenschaftliche Schule.

[43] Jürgen KOCKA, Nachwort zur 2. Auflage [1978], in: DERS., Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914–1918, Frankfurt a.M. 1988, S. 307f.

mus stellte. Die Geschichte von Arbeitskämpfen im Westen konnte um so vorurteilsfreier erforscht werden, als die vergleichende Sicht auf Streiks und Aufstände im Staatssozialismus ein Gegenstand der Forschung war, den Historiker in der DDR nicht anfassen durften. Kurzum: In der Geschichtswissenschaft zeigten sich wie in anderen Bereichen die größeren Modernisierungspotentiale der bürgerlichen Gesellschaft gegenüber ihrem Widerpart.

Dies zu konstatieren, fiel nach 1989 jenen nicht leicht, die plausible Gründe ausmachten, warum eine Generation der vom Antifaschismus geprägten Historiker einen neuen Anfang im Osten gesucht hatte. Doch der Erfolg dieser Anstrengungen ist ihr aus nicht weniger gewichtigen, hier skizzierten Gründen versagt geblieben. Mit dem Mut zur Vereinfachung seien abschließend vier Punkte benannt, die das Problem von personeller Kontinuität und wissenschaftlichem Neuanfang im Westen, von personellem Bruch und wissenschaftlicher Neuorientierung im Osten zur weiteren Diskussion stellen wollen:

Erstens: Im Westen entstand ein relativ autonomes und pluralistisches Verständnis von Wissenschaft, im Osten wurde wiederum die Wissenschaft von der Politik abhängig. Die westdeutschen Historiker konnten 1945 ihre Positionen im akademischen Betrieb meist behaupten, mußten sich aber von völkischen und nationalistischen Vorstellungen trennen. Hingegen kamen im Osten bisher verfolgte und vom Universitätsbetrieb ausgegrenzte Historiker zum Zuge. Die Marxisten unter ihnen verband, trotz starker innerer Differenzen, ein Bestätigungsglaube von der Richtigkeit der kommunistischen Sache. Ein westliches Verständnis von Pluralität blieb vielen fremd.

Zweitens: Die westdeutschen Historiker öffneten sich, am Anfang nur zögernd, modernen Fragestellungen der Sozialgeschichte. Den Bruch mit nationalzentrierten Auffassungen vollzog aber eine jüngere Generation – dies nicht zuletzt in Reaktion zur marxistischen DDR-Wissenschaft. Diese setzte neue Forschungsfelder in der Debatte durch, doch war ohne eine politische Pluralisierung die allmähliche Erstarrung nicht zu verhindern. Um seine freiheitliche Dimension gebracht, wurde der Marxismus zur Rechtfertigungslehre. Die Remigranten-Generation vermochte so nur teilweise jene Ideen an ihre Schüler weiterzugeben, die sie in den offenen Debatten der Zwischenkriegszeit und im Exil gewonnen hatte. All dies führte zur relativen Isolierung der DDR-Geschichtswissenschaft von vielen internationalen Entwicklungen.

Drittens: Historiker waren im Deutschland des 20. Jahrhunderts – anders als 1848 – kaum die Akteure gesellschaftlicher Veränderungen. Im Osten wie im Westen mußten sie 1945 den Vorgaben der jeweiligen Besatzungsmacht folgen. Im Westen profitierte eine nachwachsende Historiker-Generation auch vom politischen und intellektuellen Einsatz, den Soziologen, Politologen und Angehöriger anderer Fächer inner- wie außerhalb der Universitäten um 1968 zeigten. Im Osten gehörten Historiker kaum zu den Teilnehmern der politischen Proteste 1989. Den Forderungen vieler Menschen nach Demokratie

standen die meisten DDR-Historiker zwar nicht völlig ablehnend gegenüber. Ihre Bestrebungen, einem erneuerten Sozialismus zum Durchbruch zu verhelfen, wie das Bemühen Einzelner, sich nachträglich als Widerständler gegen das DDR-System zu verkaufen, kamen spät und wirkten kaum glaubhaft.

Viertens: Durch den gesellschaftlichen Umbruch 1989 konnten sich westdeutsche Historiker bestätigt sehen. Ihre Reaktionen darauf waren nicht einheitlich. In der verspäteten Abrechnung mit einstigen DDR-Kollegen zogen sich manche von bisherigen Positionen zurück und reaktivierten eine dogmatische Variante der Totalitarismus-Theorie. Sie sahen nur die Fehler, nicht mehr die Leistungen der DDR-Historiker. Diese waren tief verunsichert. Fast alle von ihnen verloren ihre bisherigen Arbeitsplätze, auch unabhängig von ihrer wissenschaftlichen Leistung oder politischen wie menschlichen Haltung. Eine Reihe von ihnen verarbeitete diese bittere Erfahrung produktiv in einer sogenannten Zweiten Wissenschaftskultur jenseits staatlicher Förderung. Den Erzeugnissen dieser ostdeutschen Wissenschaftskultur fehlt jeder selbstgewisse Gestus, der Produkte des offiziellen Wissenschaftsbetriebs zur DDR-Geschichte nur allzuoft kennzeichnet. Doch auch diese Selbstgewißheit dürfte in einer sich ändernden Welt kaum von Dauer sein. Zu welchem Urteil über Sinn, Ausmaß und Ergebnis der ›Abwicklung‹ der DDR-Historiker die künftige Forschung gelangt, ist jedoch offen und nicht mehr Gegenstand dieses Aufsatzes. Eine deutlich kritischere Sicht als heute üblich dürfte aber nicht ausbleiben – dann nämlich, wenn es Historikern auch hierbei gelingt, die »kritischen Verfahren« der Geschichtswissenschaft »gegen sich selbst anzuwenden«.

MARTIN SABROW

DIE DEUTSCH-DEUTSCHEN HISTORIKERBEZIEHUNGEN ZWISCHEN ABSCHLIESSUNG UND ÖFFNUNG

Anders als nach dem Ersten Weltkrieg erlebte die deutsche Geschichtswissenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg keine anhaltende Isolierung, sondern im Gegenteil die denkbar rasche Wiederaufnahme in die *communauté scientifique*. Der Preis dieser Reintegration auf internationaler Ebene lag allerdings in der Desintegration auf nationaler Ebene, und die beiden so gegenläufigen Entwicklungen lassen sich gleichermaßen auf den Kalten Krieg und die Verfestigung zweier gegensätzlicher gesellschaftlicher Hemisphären zurückführen. Schon aus diesem Grund läßt sich mit dem von Karl Dietrich Erdmann geprägten Begriff der »Ökumene der Historiker«[1] die disziplinäre Entwicklung zwischen 1945 und 1989/90 nicht vollständig begreifen. Der Terminus bildet eher eine geschichtspolitische Hoffnung *in* der Zeit der Teilung ab als eine analytische Kategorie der Forschung *über* sie. Mit welchen Begriffen und Konzepten aber kann das Miteinander und Gegeneinander zweier vielfach aufeinander bezogener und ineinander verwobener Fachentwicklungen westlich und östlich der politischen Demarkationslinie in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts erfaßt werden?

Den differenziertesten Ansatz bietet bis heute der von Christoph Kleßmann formulierte Vorschlag, die doppelte deutsche Geschichte in der Zeit ihrer Teilung als asymmetrisch verflochtene Parallel- und Kontrastgeschichte zu schreiben[2]. Allerdings ist er nur auf die bereits geschiedenen Geschichtswissenschaften anwendbar und kann deren Weg in die Teilung selbst nicht aufnehmen. Doch der Weg von der Einheit in die Doppelung der deutschen Geschichtswissenschaft nach 1945 ist lang, und er wirft die Frage auf, von welchem Zeitpunkt an die disziplinäre Spaltung so weit vorangeschritten war, daß von zwei deutschen Historiographien gesprochen werden kann. Eine Antwort ist nicht ohne Differenzierung möglich, denn die inhaltliche Teilung der deutschen Geschichtswissenschaft in eine gezähmt-historistische, also »bür-

[1] Vgl. Karl Dietrich ERDMANN, Die Ökumene der Historiker. Geschichte der Internationalen Historikerkongresse und des Comité international des sciences historiques, Göttingen 1987.

[2] Vgl. Christoph KLESSMANN, Verflechtung und Abgrenzung. Aspekte der geteilten und zusammengehörigen deutschen Nachkriegsgeschichte, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 29-30/1993, S. 30–41.

gerliche« Richtung im Westen und eine marxistisch-leninistische, also »sozialistische« Richtung im Osten, ging der institutionellen Spaltung des Faches voraus. Beide Separierungen wurden zudem relativiert durch einzelne, noch lange und teils bis 1989 fortbestehende Gemeinschaftsunternehmen auf dem Gebiet der Bibliographie, der Quellenerschließung oder der Regionalgeschichte und auch der Volkskunde.

I.

Während die westliche Geschichtswissenschaft nach der Überwindung eines sogenannten Katastrophendenkens, das der östlichen Miseretheorie entsprach, institutionell und fachlich an die Weimarer Zeit anknüpfte, wurde die ostdeutsche Disziplin in verschiedenen Entwicklungsstufen radikal umgestaltet. In den ersten drei Jahren nach dem Zusammenbruch der NS-Herrschaft dominierten politische Reinigungsbemühungen, die sich durch geringe Kohärenz auszeichneten und mit der Betonung humanistisch-demokratischer Leitbilder Marxisten und Nichtmarxisten gleichermaßen zu umfassen suchten. Als das Fach Geschichte zum Wintersemester 1946/47 auf den von der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) kontrollierten Hochschulen der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) wieder zugelassen wurde, hatte sich die Zusammensetzung von Studentenschaft und Lehrkörper bereits deutlich zugunsten von SED-Mitgliedern verändert. Ihren eigenen, parteikommunistischen Nachwuchs bildete die SED in dieser Zeit trotzdem weitgehend außerhalb der Hochschulen aus, da dort ihr Einfluß immer noch vergleichsweise gering war. Bis 1950 läßt sich in Bezug auf die ostdeutsche Geschichtswissenschaft von einer Sattelzeit sprechen, in der zwei unterschiedliche Wissenschaftshaltungen nebeneinander herliefen, deren grundsätzliche Unvereinbarkeit zu einer seltsamen Uneinheitlichkeit auch in der staatlich-parteilichen Wissenschaftspolitik führten. Während beispielsweise in der fortbestehenden Akademie der Wissenschaften Marxisten und Nicht-Marxisten noch friedlich koexistierten, ging die SED – parallel zu ihrer Umwandlung in eine stalinistische Partei ›Neuen Typs‹ – an den Schulen und Universitäten seit 1948 daran, den marxistisch-leninistischen Monopolanspruch kompromißlos durchzusetzen.

Der aus dieser Umgestaltung resultierende Weg der akademischen Lehre in die Teilung der deutschen Geschichtsdisziplin machte sich in der historischen Forschung erst mit der Gründung beider deutscher Staaten 1949 deutlich bemerkbar. Dabei gingen die Distanzierungsbemühungen keineswegs allein von der östlichen Seite aus. Spätestens mit der steigenden Repression gegen die »bürgerlichen« Historiker im ostdeutschen Teilstaat verhärtete sich auch die

Haltung des Verbandes der Historiker Deutschlands (VHD) gegenüber der ostdeutschen Fachentwicklung und setzte sich die resignierende Erkenntnis Ludwig Dehios durch, daß die Wissenschaft im anderen Teil Deutschlands »politischen Zwecken dienstbar« gemacht worden sei[3].

Erst von diesem Zeitpunkt an vermag das Begriffspaar von Konfrontation und Kooperation im Grunde die getrennte Entwicklung der deutschen Nachkriegshistoriographie adäquat zu erfassen. Der uneinheitlichen Entstehungsphase eines eigenständigen parteimarxistischen Geschichtsdiskurses in der frühen DDR, mindestens bis 1952/53, kann es nicht hinreichend gerecht werden, wie ein Blick auf die beiden ersten deutschen Historikertage nach dem Zweiten Weltkrieg lehrt, die 1949 in München und 1951 in Marburg stattfanden. In München waren unter den 231 Teilnehmern auch neun ostdeutsche Vertreter anwesend. Keiner unter ihnen allerdings repräsentierte eine eigenständige DDR-Geschichtswissenschaft, auch wenn der einzige Marxist unter ihnen, Walter Markov, seinen Standpunkt engagiert vertrat. Allerdings handelte auch er im Sinne seiner öffentlichen Wortmeldung von 1947, nach der niemand wünsche, »den historischen Materialismus für seine Unterdrückung in anderen Teilen Deutschlands durch ein Monopol in der Ostzone zu entschädigen«[4]. München spiegelte daher nicht die Trennlinie zwischen Historikern West und Historikern Ost, sondern die schwächer werdende Abwehr einer in Grundfragen noch einheitlichen Historikerschaft gegen die Auswirkungen der politischen Teilung. Deutlicher zeigte sich zwei Jahre später, in der völligen Abwesenheit von DDR-Vertretern, auf dem Marburger Historikertag, wie die nicht-marxistische Geschichtswissenschaft in der DDR mittlerweile im Zuge des »Sturms auf die Festung Wissenschaft« an den Rand gedrängt worden und die Teilung vorangeschritten war. Dennoch bekannte sich noch ein Jahr später das erste Heft der neu gegründeten »Zeitschrift für Geschichtswissenschaft« (ZfG) zur Einheit der deutschen Geschichtswissenschaft und erklärte in einer programmatischen Vorbemerkung der Redaktion: »Der Kreis der Mitarbeiter an der ›Zeitschrift für Geschichtswissenschaft‹ soll sich nicht auf Wissenschaftler beschränken, die sich zum Marxismus bekennen«[5].

[3] Ludwig DEHIO, Rezension, in: Historische Zeitschrift 177 (1954), S. 151f.

[4] Walter MARKOV, Historia docet?, in: Forum 1 (1947), S. 129.

[5] Vorwort, in: ZfG 1 (1953), S. 3–6, hier S. 3. Daß es sich in dieser programmatischen Erklärung der ZfG-Redaktion nicht um bloße Rhetorik handelte, zeigen die internen Diskussionen, die ihrer Formulierung vorausgingen; Bundesarchiv, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv [SAPMO-BArch], DY 30, IV 2/9.04/114.

II.

Ein weit unübersichtlicheres Bild bot zwei Jahre später der Historikertag in Bremen. Die angereisten DDR-Teilnehmer selbst trugen durch ihr unpolemisches Diskussionsverhalten dazu bei, dem Treffen den Charakter eines »gesamtdeutschen Gesprächs« zu geben. Die anschließende Polemik der ZfG aber gegen die »reaktionären und unwissenschaftlichen Bestrebungen« der westdeutschen Geschichtswissenschaft[6] führte beinahe zwangsläufig zu dem westlichen Gegenvorwurf, daß in Wirklichkeit die ostdeutsche Disziplin durch den Druck der kommunistischen Machthaber ihres Wissenschaftscharakters beraubt worden sei. Der VHD selbst schwankte zwischen dem scharfen Protest gegen die »politische Diffamierung durch Umdeutung wissenschaftlich erarbeiteter Einsichten«[7] und der fortbestehenden Überzeugung, daß »wir [...] nichts tun dürfen, was den Zusammenhalt mit den Ost-Kollegen gefährden kann«[8]. Der Historikertag von Ulm 1956 schien sogar die Hoffnung zu rechtfertigen, daß die sich abzeichnende Spaltung der deutschen Historikerschaft bald überwunden werden könne und die Einheit der Wissenschaft letztlich über die politischen Störeinflüsse der SED obsiege. Das moderate Diskussionsklima während der Tagung wie deren anschließende Würdigung in der ZfG zeugten von der Bereitschaft der östlichen Seite, anzuerkennen, daß zumindest »die jüngere Generation der westdeutschen Geschichtswissenschaft sich um ein objektives Bild der Geschichte bemüht«. Stärker noch mußte die Erwartung der Ost-Seite, »daß die Auseinandersetzung zwischen Marxisten und Nichtmarxisten auf dem Gebiet der Geschichtswissenschaft trotz der prinzipiellen Verschiedenheit des Klassenstandpunktes beider Seiten nicht nur möglich, sondern fruchtbringend ist«[9], auch in der bundesdeutschen Zunft den Glauben nähren, daß die Einheit der historischen Disziplin in Deutschland trotz aller Irritationen fortbestehe oder sich zumindest erneuere.

Doch diese Hoffnung zerstob spätestens auf dem Historikertag von Trier 1958, als die westdeutsche VHD-Führung die sich steigernden Repressionen gegen nicht-marxistische Fachkollegen in der DDR zum Anlaß nahm, gegen die Hauptvertreter der DDR-Geschichtswissenschaft vorzugehen und ihnen als

[6] Fritz KLEIN, Der 22. Deutsche Historikertag, in: ZfG 1 (1953), S. 905–908, hier S. 907.

[7] In diesem Sinne argumentierte die – nicht verabschiedete – »Heppenheimer Erklärung«, mit der der Ausschuß des VHD sich 1954 gegen die Berichterstattung über den Bremer Historikertag in der ZfG zur Wehr setzte. Näheres bei Winfried SCHULZE, Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945, München 1989, S. 190.

[8] Archiv des Verbandes der Historiker Deutschlands [AVHD] 6, Herbert Grundmann an Hermann Aubin, 17.4.1954.

[9] 23. Versammlung deutscher Historiker in Ulm, in: ZfG 5 (1957), S. 124–131, hier S. 127.

»Gruppe unbedingt unerwünschter kommunistischer Historiker«[10] das Wort zu entziehen. Die DDR-Delegation machte den Vorgang zum Skandal, indem sie abreiste. Sie hinterließ zwei Protestnoten, die die Ausschlußerklärung des VHD als ein »Dokument der psychologischen Kriegführung« werteten, welches »erneut beweist, daß die behauptete ›Einheit der Wissenschaft‹ eine Fiktion ist«[11].

Der ungeschickt wirkende Schritt des VHD war eine Reaktion auf die wachsende Repression der wenigen in der DDR verbliebenen Nicht-Marxisten, die aus ihrem Lehramt gedrängt wurden (wie Heinrich Sproemberg in Leipzig[12]), ihre Leitungspositionen räumen mußten (wie Fritz Hartung als Herausgeber der »Jahresberichte für deutsche Geschichte«[13]), nach ihrer »Republikflucht« mit dem Entzug ihres akademischen Grades bedroht wurden (wie Irmgard Höß) oder gar den Freitod wählten (wie Karl Griewank, Martin Lintzel und Willy Flach). Unter dem Eindruck einer wissenschaftspolitischen Linie Ost-Berlins, die die ›ideologische Koexistenz‹ mit dem Westen aufgekündigt[14] und auf der III. Hochschulkonferenz im März 1958 den Marxismus-Leninismus zur verbindlichen Grundlage der Gesellschaftswissenschaften in der DDR erklärt hatte, gab der der VHD die Einheit der deutschen Geschichtswissenschaft öffentlichkeitswirksam für verloren und erklärte die in Trier ausgeschlossenen DDR-Historiker zu Fachvertretern, »mit denen wir die wissenschaftliche Gemeinschaft nicht weiter aufrechterhalten können«[15]. Damit hatte sich in der westdeutschen Historikerzunft auch öffentlich ein Denkstil durchgesetzt, der die Entwicklung des Faches unter dem SED-Regime als Verfallsgeschichte begriff und als zunehmende ideologische Knebelung einer Wissenschaft, deren Bedeutung in eben dem Maße sank, in dem der politische Wille der Partei über die fachlichen Maximen der Geschichtsschreibung triumphierte[16].

[10] So die Formulierung von Gerhard Ritter, zitiert nach Franz WORSCHECH, Der Weg der deutschen Geschichtswissenschaft in die institutionelle Spaltung, 1945–1965, phil. Diss., Erlangen 1987, S. 201.

[11] Zitiert nach: ibid., S. 218.

[12] Veit DIDCZUNEIT, Heinrich Sproemberg – ein Außenseiter seines Faches. Unter besonderer Berücksichtigung seiner Tätigkeit als Leipziger Hochschullehrer 1950 bis 1958, in: DERS., Manfred UNGER, Matthias MIDDELL, Geschichtswissenschaft in Leipzig: Heinrich Sproemberg, Leipzig 1994, S. 11–90.

[13] Den Vorgang behandelt WORSCHECH, Der Weg der deutschen Geschichtswissenschaft, (wie Anm. 10), S. 180ff.

[14] Ernst HOFFMANN, Über Tendenzen, die den weiteren Fortschritt unserer Geschichtswissenschaft hemmen, in: Einheit. Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus 12 (1957), S. 1146–1163, hier S. 1150.

[15] Erklärung des VHD, zit. nach SCHULZE, Die deutsche Geschichtswissenschaft (wie Anm. 7), S. 198.

[16] Schon 1951 klagte der Leipziger Mediävist Heinrich Sproemberg gegenüber Gerhard Ritter: »Leider fehlen die Zeugnisse einer recht unfreundlichen Haltung aus den Histori-

Im Binnendiskurs der DDR-Geschichtswissenschaft hingegen wurde der Eklat von Trier als willkommener Hebel eingesetzt, um die eigene Wissenschaft durch forcierte Abgrenzung von der Westkonkurrenz zu stabilisieren. »Allgemein ist unsere Arbeit in gesamtdeutschen Gremien (Hansischer Geschichtsverein u.a.) zu überprüfen«, forderte die Abteilung Wissenschaften im Zentralkomitee (ZK) der SED[17]. Auch die eigene Historikerschaft konnte unter Ausnutzung des Trier-Effekts zu größerer Einheitlichkeit veranlaßt werden. Man war sich über die Notwendigkeit einig, »bereits in den nächsten Wochen ein reges wissenschaftliches Leben in Form von öffentlichen Diskussionen, kleineren Tagungen usw. zu entfalten. Alle Institute sollen bis zur nächsten Woche mitteilen, was sie in dieser Beziehung vorhaben«[18]. Die im Sommer 1958 noch 55 Historiker zählende Schar ostdeutscher Mitglieder des VHD trat noch im selben Jahr ausnahmslos aus dem Verband aus. Als zwei Jahre später der VHD zu seiner nächsten Tagung nach Duisburg lud, bewertete die ZfG das Programm des Duisburger Historikertages als »das raffinierteste, das je aufgestellt worden ist«. Es handele sich um die erste Tagung, »die unter der direkten Leitung des führenden NATO-Historikers Hans Rothfels, Tübingen, stattfindet«, und wie selbstverständlich nahmen DDR-Historiker an ihr nicht teil[19].

Bis zu diesem Zeitpunkt verlief der Weg von der Teilung zur Konfrontation auf beiden Seiten parallel. Von östlicher Seite aus wurde der westlichen Historiographie in der Folge das Prädikat der Wissenschaftlichkeit verweigert und jeder »ideologischen Koexistenz« mit der Frage der Boden entzogen, »ob die Historiker die Geschichte [...] vom Standpunkt der aufsteigenden Arbeiterklasse oder vom Standpunkt der untergehenden Bourgeoisie betrachten, ob sie die reaktionäre Rolle des deutschen Imperialismus und Militarismus in der Geschichte entlarven oder verherrlichen«[20]. Scharf wurde 1957/58 der im Zuge des kurzzeitigen »Tauwetters« von 1956 besonders durch Jürgen Kuczynski propagierte Versuch zurückgewiesen, »in den prinzipiellen Fragen der Objektivität und Parteilichkeit gemeinsame Grundlagen der marxistischen und der bürgerlichen Geschichtsschreibung zu entdecken«. In den Diskursfiguren einer parteilichen Geschichtswissenschaft konnte historische Objektivität nur eine Funktion des Klassenkampfes darstellen: »Die Objektivität der wissenschaftlichen Geschichtsschreibung beruht jedoch auf dem Materialismus, auf dessen richtige Anwendung auf die geschichtlichen Erscheinungen«[21].

kerkreisen des Westens gegen uns nicht [...]. Wie schade ist es, daß der persönliche wie auch der wissenschaftliche Austausch gerade mit dem Westen so stark zurückgegangen ist«. AVHD 4, Heinrich Sproemberg an Gerhard Ritter, 23.11.1951.

17 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/9.04/151, Aktennotiz, 15.10.1958.

18 Ibid.

19 Ibid., Rolf Rudolph an das ZK der SED, Abt. Wissenschaften, 24.6.1962.

20 HOFFMANN, Über Tendenzen (wie Anm. 14), S. 1154.

21 Ibid. »Durch die Konzeption der ideologischen Koexistenz mit der imperialistischen Geschichtsschreibung in Westdeutschland kann unsere Geschichtsschreibung nur ihr eigenes

Damit war jede Verständigung von Historikern beider Lager unmöglich geworden. Sie mußte es auch sein, um nicht die künstliche Identität des sozialistischen Geschichtsdenkens in Frage zu stellen. In spiegelbildlicher Umkehrung wurde wiederum in der Bundesrepublik die in der DDR entstehende parteimarxistische Geschichtsschreibung aus der Fachdisziplin ausgeschlossen[22]. Vertreter der »sowjetzonalen Geschichtsbetrachtung« konnten aus dieser Sicht »keine vollwertigen Wissenschaftler nach westlichen Begriffen«[23] sein, sondern verkörperten vielmehr den »Typ des Funktionärs [...], der ganz im Dienste der Staatspartei Geschichte schreibt«[24]. Aus der tradierten Geschichtswissenschaft war demnach unter Ulbricht »ein politisches und propagandistisches Mittel ersten Ranges« geworden, das »den Forderungen des Tages dienen und sich, ihres Wissenschaftscharakters entkleidet, mißbrauchen lassen [muß] wie selten zuvor«[25]. Eine solche Forschung bedeutete keine wissenschaftliche Bereicherung, sondern kam vornehmlich als politische Gefahr in Betracht:

Gesicht verlieren. Ihre wissenschaftliche und politische Kraft schöpft unsere Geschichtsschreibung aus der Arbeiterklasse, deren grundlegende Klasseninteressen völlig mit der objektiven Wahrheit der geschichtlichen Entwicklung vom Kapitalismus zum Kommunismus übereinstimmen, aus dem Marxismus-Leninismus, der einzigen Lehre, die über eine wissenschaftliche Theorie und Methode für die Erkenntnis der menschlichen Geschichte verfügt, aus der Arbeiter-und-Bauern-Macht und ihrer führenden Kraft, der marxistisch-leninistischen Partei«; ibid., S. 1156.

[22] Freilich blieben auch hier in der westdeutschen Historikerschaft unterschiedliche Nuancierungen durchaus bestehen, wie etwa Ritters briefliche Kritik an Dehios Ausführungen zur eben begründeten ZfG in der HZ anzeigte: »Im ganzen scheinen sie mir etwas matt. Ich bin nicht der Meinung, daß die ›Zeitschrift für Geschichtswissenschaft‹ ›ernsthaft gelesen zu werden verdient‹, daß sie ›Anregungen wissenschaftlicher Natur‹ enthält, daß sie ›Scharfsinn‹ zeigt, daß die ›geistige Eigenart und Kraft des Gegners‹ hervortritt, und daß die marxistische Doktrin heute noch als ›erzieherische Aufrüttelung‹ unserer Wissenschaft dienen kann. Außerdem bin ich nicht geneigt, den ›zeitgeschichtlichen Quellenwert‹ der Berliner Schmierereien sehr hoch einzuschätzen und ärgere mich über so viele Verbeugungen vor diesen Berliner Gesinnungslumpen«; AVHD 7, Gerhard Ritter an Hermann Aubin, 23.9.(?)1954.

[23] Fritz KOPP, Die Wendung zur »nationalen« Geschichtsbetrachtung in der Sowjetzone, München [2]1955, S. 6.

[24] Reinhart BECK, Die Geschichte der Weimarer Republik im Spiegel der sowjetzonalen Geschichtsschreibung, Bonn, Berlin 1965, S. 66. Im Vorfeld des Internationalen Historikertags in Rom 1955 äußerte der VHD-Vorsitzende sich besorgt, »welchen Eindruck wir den Ausländern vermitteln, wenn eine solche Zahl von sogenannten Historikern der Ostzone aufmarschiert und ihnen gegenüber Deutschland repräsentiert. Wir tun damit diesen Genossen das an, worauf alle ihre Politik derzeit gerichtet ist: Wir machen sie hoffähig, wir stellen ihnen das Zeugnis aus, daß wir sie wissenschaftlich für gleichwertig halten, während ihre Haltung nach dem Bremer Kongresse deutlich bewiesen hat, daß sie mit aller Geschichtskenntnis nur Politik treiben«; AVHD 7, Hermann Aubin an Walther Holtzmann, 7.8.1955.

[25] Albrecht TIMM, Das Fach Geschichte in Forschung und Lehre in der Sowjetischen Besatzungszone seit 1945, Bonn, Berlin [3]1961, S. 7.

Man mag das Niveau dieser scheinwissenschaftlichen Schriften einschätzen wie man will, politisch gewichtig sind sie auf alle Fälle, denn die darin vorgetragenen Auffassungen haben eine zwar primitive, aber geschlossene und blendende Scheinlogik in sich, die auf gewisse Leserkreise durchaus wirken kann[26].

Die verfallsgeschichtliche Betrachtungsweise klammerte die ostdeutsche Historiographie als »pseudowissenschaftlich«[27] aus dem fachlichen Diskurs aus und ordnete die Beschäftigung mit ihr in den Kontext antitotalitärer Gefahrenabwehr ein: »Bei der Auseinandersetzung mit dem totalen Bolschewismus, die auf allen Ebenen erfolgt, darf kein entscheidendes Gebiet übersehen werden«[28].

Die aus dieser Zeit stammenden Verlautbarungen zum Charakter des anderen Lagers beschränkten sich daher auf beiden Seiten vor allem auf Enthüllungsschriften und Kampfansagen. Besonders martialisch verfuhr hier die DDR-Seite, die Ende der 1950er Jahre bei offiziösen Historikerberatungen die SED-Historikerschaft auf ein Zerrbild ihrer westdeutschen Konkurrenz einschwur. Es trug Züge einer von den Machthabern gegängelten Afterwissenschaft, die ihr selbst vom Westen aus immer wieder vorgehalten wurden: »Dort haben wir ein von oben zusammengezimmertes und dirigiertes Kollektiv von Historikern, das in wissenschaftlichen Zeitschriften und Büchern, in Zeitungen, im Rundfunk und überall tagtäglich reagiert, sämtliche Wege nutzt, um historiographisch den deutschen Imperialismus bei der Vorbereitung des Atomkrieges zu unterstützen. Das ist doch die Sache. Und wir, die wir doch nicht von diesen Widersprüchen zerrissen sind, wo doch unsere wissenschaftliche Arbeit völlig mit der objektiven Wahrheit des historischen Fortschritts übereinstimmt, wir tun es nicht [...]. Das heißt, wir haben ein Klassenbewußtsein, das weniger entwickelt ist als das politische Klassenbewußtsein der monopolkapitalistischen Geschichtsschreiber drüben«, rief ein führender SED-Historiker im Dezember 1958 auf einer von der Parteispitze anberaumten »Historikerberatung« aus und wurde von Ulbricht selbst unterstützt, der unter dem Beifall der Anwesenden erklärte:

Es gibt dort eine einheitlich ideologisch-politische Leitung der gesamten Geschichtsforschung. [...] Die Geschichtsschreibung Westdeutschlands ist auf die Durchführung des psychologischen Krieges abgestellt und darauf, daß im Jahre 1961 die Rüstung der westdeutschen NATO-Truppen fertig ist, und bis zu dieser Zeit muß die entsprechende ideologische Verseuchung in Westdeutschland erreicht sein. Das ist dort exakt ausgearbeitet[29].

In der Bundesrepublik hingegen fanden insbesondere Erfahrungsberichte geflüchteter Fachkollegen weite Verbreitung, die mit der Legitimation der eige-

[26] KOPP, Die Wendung (wie Anm. 23), S. 6f.

[27] Walther HOFER, Geschichtsschreibung als Instrument totalitärer Politik, in: DERS. (Hg.), Wissenschaft im totalen Staat, München 1964, S. 198–227, hier S. 206.

[28] KOPP, Die Wendung (wie Anm. 23), S. 7.

[29] SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1.01/392, Stenographische Niederschrift der Abteilung Wissenschaften beim ZK mit Genossen Historikern im Großen Sitzungssaal des Zentralhauses der Einheit am Mittwoch, dem 17. Dezember 1958.

nen Leiderfahrung über die Entwicklung der ostdeutschen Geschichtsschreibung aufklären wollten[30]. Durchgängig beschrieben sie die »Sowjetisierung des Geschichtsbildes in Mitteldeutschland« als einen Niedergangprozeß in einzelnen »Etappen«[31], dessen Schlußpunkt die gänzliche Instrumentalisierung der »parteihörigen« Wissenschaft bildete und damit die »Aufspaltung des deutschen Geschichtsbildes in ein westliches und ein östliches«[32]. Aus dieser Sicht hatte jede innerwissenschaftliche Verständigungsmöglichkeit ihr Ende gefunden: »Zwischen West und Ost jedoch scheint auch auf dem Boden einer fachwissenschaftlichen Auseinandersetzung kein echtes Gespräch mehr möglich«[33].

Es war daher nur folgerichtig, daß die Literatur zur DDR-Historiographie sich bis zur Mitte der 1960er Jahre vornehmlich bemühte, Unstimmigkeiten und Widersprüche zwischen wissenschaftlichem Anspruch und politisch gelenkter Realität aufzudecken: »Die Grenze zwischen Wissenschaft und Propaganda wird weitgehend verwischt«, resümierte Jürgen von Hehn schon 1954[34], und Georg von Rauch kommentierte ein Jahr später: »Es wird in Moskau beschlossen, welche Maßstäbe jeweils zu gelten haben und ob sie [...] auch den Satelliten zustehen«[35]. Der so organisierte, ausgrenzende Betrachtungsansatz fokussierte auf die »nicht zu übersehende[n] Lücken«[36]; er insistierte auf den »zahlreiche[n] weiße[n] Flecken«[37] und tadelte »die offensichtliche Ungleich-

[30] Erfahrungsberichte von in den Westen gewechselten Historikern standen freilich vor dem paradoxen Umstand, ihre höhere Authentizität mit einer in gleichem Maße sinkenden Glaubwürdigkeit bezahlen zu müssen, hatten sie doch im Berichtszeitraum in eben den Verhältnissen gewirkt, über die sie warnend aufklären wollten. Der in die Bundesrepublik geflüchtete Albrecht Timm, der von 1952 bis zu seiner Flucht im August 1955 eine außerplanmäßige Professur für mittelalterliche Geschichte an der Berliner Humboldt-Universität bekleidet hatte, löste dieses Problem als Verfasser einer Publikation über »Das Fach Geschichte in Forschung und Lehre in der Sowjetischen Besatzungszone seit 1945« so: »Die hier vorgelegte Untersuchung [...] schöpft aus dem eigenen Erleben und aus Beobachtungen während eines Jahrzehnts praktischer Tätigkeit in der Sowjetzone, wo der Verfasser zwar Auseinandersetzungen mit dem Marxismus-Leninismus nicht vermied, von dessen Interpreten aber stets als ›Nichtmarxist‹ und ›Bürgerlicher‹ gekennzeichnet wurde« (S. 5).

[31] Jürgen VON HEHN, Die Sowjetisierung des Geschichtsbildes in Mitteldeutschland, in: Europa-Archiv 19 (1954), S. 6929–6938 und 6973–6977, hier S. 6929f.

[32] Georg VON RAUCH, Das Geschichtsbild der Sowjetzone, in: Jahrbuch der Ranke-Gesellschaft 1954, Frankfurt a.M., Berlin, Bonn 1955, S. 101–119, hier S. 101.

[33] Ibid.

[34] VON HEHN, Die Sowjetisierung des Geschichtsbildes (wie Anm. 31), S. 6976.

[35] VON RAUCH, Das Geschichtsbild der Sowjetzone (wie Anm. 32), S. 108.

[36] BECK, Die Geschichte der Weimarer Republik (wie Anm. 24), S. 20.

[37] Ibid., S. 21. Vgl. zu »weißen Flecken« in der kommunistischen Geschichtsschreibung insbesondere Hermann WEBER, Ulbricht fälscht Geschichte, Köln 1964; DERS., »Weiße Flecken« in der DDR-Geschichtsschreibung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 11/1990, S. 3–15; DERS., »Weiße Flecken« in der Geschichte. Die KPD-Opfer der Stalinschen Säuberungen und ihre Rehabilitierung, Frankfurt a.M. 1990.

mäßigkeit, mit der in Mitteldeutschland bis jetzt die Geschichte der Weimarer Republik erforscht wurde«[38]. Die Leistungskraft dieses lange dominanten Paradigmas lag in der Aufmerksamkeit für die genuine Verschiedenheit der beiden deutschen Geschichtswissenschaften und die politische Abhängigkeit einer »unfreien, völlig dirigierten Geschichtsschreibung, die sich als Mittel im Kampf um die totale kommunistische Welteroberung versteht«[39].

III.

Ziehen wir ein erstes Fazit: Eine Beziehungsgeschichte der beiden deutschen Historiographien läßt sich erst ab der Zeit ihrer ausgebildeten Teilung ab etwa Mitte der 1950er Jahre schreiben. Für die folgenden zehn Jahre deckt der Begriff Konfrontation das wechselseitig ausgrenzende Handeln beider Seiten zureichend ab. Zu erörtern bleibt, ob das gleiche in Bezug auf die 1970er und 1980er Jahre für den Komplementärbegriff der »Kooperation« gilt.

Leicht fällt die Antwort für die westdeutsche Seite, die in der Tat mit dem Generations- und Paradigmenwechsel in den 1960er und 1970er Jahren den Weg von der ausgrenzenden Konfrontation zur einbeziehenden Kooperation ging. In den 1970er Jahren begann die bisher normativ ablehnende Rezeptionshaltung zugunsten eines pragmatischen Deutungsmusters in den Hintergrund zu treten, das die einzelnen Forschungsfelder der östlichen Historiographie nach dem Grad ihrer politischen Belastung und Formung zu differenzieren bereit war. Aus dieser neuen Perspektive stellte sich die bis dahin als totalitäre Wüste konturierte Wissenschaftslandschaft östlich der Elbe nun als ein schwer überschaubares Gelände mit überraschenden Ausblicken dar, das mancherorts zum Horizont hin offen schien und zur Kooperation auf vielen Feldern einlud, sofern sie nur abseits von den Kernstücken der sozialistischen Herrschaftslegitimation lagen.

Die voranschreitende Einpassung der DDR-Historiographie in die »Ökumene der Historiker« eröffnete neue Aussichten auf bisher unbeachtete Gemeinsamkeiten und Wechselwirkungen der beiden deutschen Geschichtswissenschaften. Schon Werner Conze konstatierte 1977 eine Annäherung von Forschungsinteressen und Fragestellungen im Zuge der innerwissenschaftlichen Traditionskritik der 1960er Jahre und des neu erwachten sozialhistorischen Interesses[40]. Eine »erstaunliche Parallelität« beider Historio-

[38] BECK, Die Geschichte der Weimarer Republik (wie Anm. 24), S. 21.
[39] Ibid., S. 22f.
[40] Werner CONZE, Die deutsche Geschichtswissenschaft seit 1945. Bedingungen und Ergebnisse, in: Historische Zeitschrift 225 (1977), S. 1–28, S. 25, 28.

graphien in ihrer Grundlagenkrise, in ihren Paradigmenwechseln und in ihren Leitbildern stellte Heydemann in seiner vergleichenden Dissertation über die »Geschichtswissenschaft im geteilten Deutschland« fest[41]. Aufgrund dieser Entwicklung verlor das Bild einer klaren Hierarchie zwischen pluraler und gelenkter Wissenschaft in den 1970er und 1980er Jahren allmählich seine Konturen und machte einer Vorstellung tendenzieller Gleichwertigkeit Platz. Auch bundesdeutsche Historiker meinten bereits seit Anfang der 1970er Jahre mehr und mehr einräumen zu müssen, daß die Standortgebundenheit jeder Forschung geltender Minimalkonsens auf beiden Seiten sein müsse und das Ideal des freien Forschers auch im Westen nicht mehr haltbar sei. Ende der 1980er Jahre begann dann sogar der östliche Vorhalt, »daß Parteilichkeit ein Merkmal auch der bundesdeutschen Historiographie sei«, im Westen Widerhall zu finden[42]. So schienen am Vorabend der revolutionären Wende von 1989 die gestiegene internationale Anerkennung und Beweglichkeit der DDR-Geschichtswissenschaft wie die gewachsene Öffnungsbereitschaft der westdeutschen Gegenseite den Weg zu einer schrittweisen Vereinigung der geteilten Historiographie vorzuzeichnen.

IV.

Daß diese längst nicht von allen westdeutschen Fachrichtungen und -schulen geteilte Bereitschaft zur inhaltlichen Auseinandersetzung von der DDR-Seite im Rahmen des historischen Herrschaftsdiskurses eher als Identitätsproblem statt als Handlungschance erfahren werden sollte, zeigte sich schon früh. Insbesondere die Kontroverse um Fritz Fischers »Griff nach der Weltmacht« weitete sich zum Aufbruch einer jüngeren bundesdeutschen Historikergeneration zu neuen sozialwissenschaftlichen Ufern aus, die sozioökonomischen Herangehensweisen an die Geschichte weit weniger distanziert gegenüberstand als die Gründergeneration der deutschen Nachkriegshistoriographie. Öffentliche Wirkung erregte dieser Trendwechsel auf dem Berliner Historikertag 1964, der schon im Vorfeld erhebliche Anstrengungen der für die Historie zuständigen Lenkungsorgane der SED auslöste. Auf Drängen der »Ideologischen Kommission« und Kurt Hagers persönlich wurde ein »Maßnahmeplan über unsere Aktionen« ausgearbeitet, der zunächst als Ausdruck eigener Stärke

[41] Günther HEYDEMANN, Geschichtswissenschaft im geteilten Deutschland. Entwicklungsgeschichte, Organisationsstruktur, Funktionen, Theorie- und Methodenprobleme in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR, Frankfurt a.M. 1980, S. 246.

[42] Dietrich STARITZ, DDR-Geschichte im deutsch-deutschen Wissenschaftsdialog, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 34/1989, S. 10–17, hier S. 17.

verbuchte, daß »sich die bürgerliche westdeutsche Geschichtswissenschaft unter dem Einfluß der marxistischen Geschichtswissenschaft der DDR immer stärker mit der Geschichte der Arbeiterbewegung beschäftigen muß«. Vor diesem Hintergrund wurde die »Benennung von Genossen, die als offizielle Beobachter am Westberliner Kongreß teilnehmen«, ebenso für sinnvoll erachtet wie eine ganze Serie von Briefen, Interviews, Artikeln und Rundfunkvorträgen, mit denen die SED-Historiker ihre Stellung wahren und auf ihre westlichen Kollegen einzuwirken gedachten[43].

Sorgfältig wurde allerdings bei allen Schritten darauf geachtet, daß die vorsichtige Wiederaufnahme einer Dialogpolitik nicht auf den Stand von Ulm zurückfiel und die Grenzen zwischen zwei gegensätzlichen Wissenschaften verwischte:

> Die Auswahl [der nach West-Berlin entsandten Beobachter, M.S.] ist erstens nach dem Gesichtspunkt der politischen Zuverlässigkeit, zweitens unter Berücksichtigung der fachlichen Qualifikation und drittens unter Beachtung des Grundsatzes erfolgt, daß die Anwesenheit dieser Historiker aus den Kreisen des wissenschaftlichen Nachwuchses nicht als eine offizielle Anerkennung des Kongresses gewertet werden kann[44].

Am Rande des Historikertages ergab sich sogar ein geheimes Treffen aufgeschlossener Nachwuchshistoriker der westlichen Seite mit ausgewählten Ost-Kollegen über »Methodologische Probleme der Weltkriegsforschung«. Der anschließend erstattete Bericht versuchte, das zarte Kooperationspflänzchen zu hegen:

> Es wurde deutlich, daß die qualifizierten Historiker der DDR die Auseinandersetzung nicht zu fürchten brauchen und sich in den letzten Jahren Voraussetzungen schufen, faktisch wie theoretisch offensiv aufzutreten [...]. Unseres Erachtens sollte die Diskussion weitergeführt werden, wobei wir darauf drängen sollten, daß eine Gruppe von Genossen zu einem Gespräch nach Westdeutschland – wiederum in einem beschränkten Fachkreis – eingeladen wird[45].

Dazu sollte es allerdings nicht mehr kommen. Wenige Monate später wies eine vertrauliche »Information an den Genossen Hager« aus der Abteilung Wissenschaften darauf hin, daß es seit dem Berliner Historikerkongreß am Akademie-Institut für Geschichte zu heftigen Diskussionen über die gegenwärtige westdeutsche Geschichtsschreibung gekommen sei. Eine Gruppe von Neuzeithistorikern habe die »Erweiterung von ›Kontakten‹ auch zu solchen Historikern gefordert, die uns ideologisch und politisch als Gegner bekannt sind«[46]. Die sich am Akademie-Institut hinziehenden Auseinandersetzungen

[43] Archiv der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften [ABBAW], Zentralinstitut für Geschichte [ZIG], 165, Ernst Engelberg an Johannes Hörnig, 25.6.1964.

[44] Ibid.

[45] Ibid., 334, Kurt Pätzold, Bericht über einen Diskussionsabend mit westdeutschen Historikern am 9. Oktober 1964 in der Akademie-Zentrale (Erste Fassung, 10.10.1964).

[46] Ibid., Ernst Engelberg Diskussionsbeitrag in der Mitgliederversammlung der SED-Grundorganisation des Instituts für Geschichte der DAW, 15.6.1965.

um Abbruch oder Fortführung der innerdeutschen Kontakte wurden schließlich mit einem Machtwort des Institutsdirektors beendet, der davor warnte, daß gerade die »Tauben« in der westdeutschen Geschichtswissenschaft »einiges tun [können], um die innere Geschlossenheit der Genossen Historiker [...] und ihre Verbundenheit mit der Gesamtpartei zu lockern«[47]. Ein schon vereinbartes Folgetreffen mit westdeutschen Historikern in Kiel wurde abgesagt, und fortan gaben DDR-Historiker auf Anweisung etwa noch bestehende Mitgliedschaften in westdeutschen Fachverbänden zurück. Die Kontakte zwischen den verfeindeten Lagern gingen in dieser Zeit kaum über Begegnungen auf internationalen Konferenzen und wechselseitige Archivbesuche hinaus, und sie wurden von seiten der DDR durch eine restriktive Genehmigungspraxis gegenüber auswärtigen Benutzungsanträgen ebenso gesteuert wie in der Einschränkung eigener Außenverbindungen auf einen »ideologisch gefestigten« Stamm von »Reisekadern«.

Fortan lauteten routinemäßige Meldungen über »Beziehungen [...] zu Einrichtungen und Personen in der BRD« gewöhnlich so:

> Das ZI [Zentralinstitut] für Geschichte ist an der Benutzung von Archiven und Bibliotheken in der BRD und in Westberlin [...] interessiert. Aus Archivbenutzung und Anforderung von Materialien auf dem Postwege ergeben sich sowohl schriftliche als auch persönliche Kontakte mit den Archiv- bzw. Bibliotheksleitungen und -verwaltungen bzw. einzelnen Angestellten. Eine wissenschaftliche Zusammenarbeit findet jedoch nicht statt[48].

Innerdeutsche Begegnungen außerhalb der von DDR-Seite mit ausgewählten Delegationen beschickten Internationalen Historikerkongresse hatten in dieser Zeit Seltenheitswert und tauchten in den Rechenschaftsberichten historischer Forschungseinrichtungen vor allem als Prüfung der eigenen Standhaftigkeit gegenüber der lockenden Herausforderung durch die »bürgerliche« Geschichtswissenschaft auf, wie der Jahresbericht des Zentralinstituts für Geschichte für 1978 ausweist: »Gelegentlich gab es von seiten der BRD Versuche, sogenannte ›innerdeutsche‹ Kontakte anzuknüpfen, die alle zurückgewiesen wurden«[49].

Doch im Zuge des weltweiten Entspannungsprozesses und des unter Honecker forcierten Strebens nach internationaler Anerkennung ließ sich das Konzept einer Normalisierung durch Nihilierung nicht länger aufrechterhalten. Die entscheidende Voraussetzung begann ihm immer weiter zu entgleiten: die gesellschaftliche und politische Abschließung des zweiten deutschen Staates. Eine ostdeutsche Geschichtswissenschaft, die unermüdlich um die Aufnahme in den Internationalen Historikerverband, das CISH, kämpfte, konnte auf Dauer um so weniger in der Abschottung verharren, als das westliche Werben um Kontaktaufnahme ihr in der Zeit der Détente selbst nicht zuletzt als der beste

[47] Ibid.
[48] ABBAW, ZIG 174, Meldung vom 7.6.1977, Anlage.
[49] ABBAW, ZIG 088.

Beleg ihrer immer deutlicheren Anerkennung und Überlegenheit erscheinen mußte[50]. »Derartige Angebote sollten beachtet und geprüft werden. Die Geschichtswissenschaft der DDR besitzt die Kraft, solche Dialoge im Sinne unserer ideologischen Offensive zu führen«[51], erläuterte die Historiker-Gesellschaft der DDR 1984 ihre Empfehlung, auf einen von Lutz Niethammer und Hans Mommsen ausgehenden Dialogvorschlag zur Zeitgeschichte einzugehen. Auch die eigene Historikerschaft drängte immer stärker auf erleichterte Reise- und Austauschmöglichkeiten mit dem Westen und konnte sich hierbei obendrein einer systemkonformen Argumentation bedienen:

Da Beweiskraft und Wirksamkeit und damit die internationale Geltung unserer geschichtswissenschaftlichen Forschungsergebnisse in hohem Maße von der Erschließung neuen Quellenmaterials bestimmt werden, ist die optimale Nutzung der Möglichkeiten zu Archiv- und Bibliotheksstudien auch in nichtsozialistischen Ländern [...] unverzichtbar[52].

Freilich wurden auf den Kommandohöhen der Parteiwissenschaft sorgfältig Kosten und Nutzen der lockenden Kooperation mit dem Klassenfeind abgewogen, die in den 1980er Jahren zu einer lawinenartigen Zunahme von genehmigten West-Reisen und Austauschbeziehungen führte:

Es häufen sich Einladungen zu Vorträgen, Tagungen und zu gemeinsamen Veröffentlichungen, besonders seit Abschluß des Kulturabkommens DDR-BRD. Realisiert werden vorrangig diejenigen Vorschläge, die der DDR bedeutenden wissenschaftlichen und politischen (z.T. auch finanziellen) Nutzen bringen und die einer weiteren fruchtbaren Zusammenarbeit mit uns nahestehenden linksorientierten, liberalen sowie einem Dialog zugänglichen realistischen bürgerlichen Historikern dienen[53].

Doch diese Kanalisierungsbemühungen erwiesen sich als nutzlos. Rasch verschwanden aus den Reiseberichten derselben Zeit die identitätsverbürgende

[50] Als Beispiel sei die Argumentation des ostdeutschen Handbuchs »Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung« angeführt: »Der marxistisch-leninistischen Forschung wird [...] von der bundesrepublikanischen Historie zunehmend Aufmerksamkeit gewidmet. In der Tat unterscheiden sich Arbeiten und Rezensionen über die Geschichtswissenschaft der DDR und einzelne ihrer Ergebnisse, die in den letzten Jahren erschienen sind, nicht unbeträchtlich von jenen Auslassungen, die in den fünfziger Jahren und noch zu Beginn der sechziger Jahre das Feld beherrschten. Eine Ursache dafür kann darin erblickt werden, daß sich die Geschichtswissenschaft der DDR ebenso entfaltete und internationale Geltung gewann wie der sozialistische Staat, mit dem sie aufs engste verbunden ist. Daraus ergab sich auch, daß eine Geschichtswissenschaft nicht länger ignorantenhaft behandelt werden kann, von der befürchtet wird, ›das Bild von der politischen Geschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert im Ausland‹ werde ›in einigen Jahren‹ von ihr bestimmt sein«; Werner BERTHOLD u.a. (Hg.), Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung. Handbuch, Köln [4]1977, S.134 mit Bezug auf eine Aussage Dieter Riesenbergers.

[51] Der Bundesbeauftragte für die Akten des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Zentralarchiv, AGMS 5397/85, Zusammenfassung eines Berichtes der Historikergesellschaft der DDR, 10.4.1984.

[52] ABBAW, ZIG 686, Bd. 2, Bericht über die Leistungsentwicklung und die Erfüllung der anteiligen Aufgaben des Zentralen Forschungsplanes [...] im Jahre 1986, 10.12.1986.

[53] ABBAW, ZIG 163/1, Jahresbericht des ZIG für 1986.

Betonung der eigenen Parteilichkeit und die kategorische Abgrenzung vom bürgerlichen Gegner zugunsten einer nicht weniger stereotypen Beteuerung des beiderseitigen Nutzens einer fachlichen Verständigung im Zeichen des bedrohten Weltfriedens. Nach ihrer Rückkehr berichteten DDR-Historiker nun über »sehr objektiv gehaltene und neue Forschungsergebnisse« ihrer westlichen Kollegen, beklagten die Schwierigkeiten, in einen »beiderseits aufgeschlossenen Dialog« über die Kriterien geschichtswissenschaftlicher Erkenntnis zu kommen, und empfanden ihre Teilnahme gleichwohl als »zweckmäßig und nützlich, da die Gelegenheit besteht, den marxistischen Standpunkt [...] offensiv darzulegen«, und »von allen Seiten das Interesse an weiterer Zusammenarbeit mit der DDR-Historiographie geäußert« werde[54].

Die Integration von immer mehr historischen Forschungsfeldern der ostdeutschen Fachwissenschaft wurde erleichtert durch eine deutlichere Bereitschaft der westdeutschen Historiographie, ihre Wende von der normativen Ausgrenzung zur pragmatischen Einbeziehung des ostdeutschen Schwesterfachs bis an den Rand der eigenen Identitätsaufgabe weiterzutreiben. Im bundesdeutschen Verständnis hatte die DDR-Geschichtswissenschaft auf ihrem Weg der Emanzipation von politischer Bevormundung durch die SED ein tüchtiges Stück zurückgelegt und war in ihre »Verwissenschaftlichungsphase« eingetreten, die sie von einem selektiven zu einem integralen Geschichtsbild geführt habe[55]. Selbst eine administrative Entscheidung der DDR-Wissenschaftspolitik wie die Einführung des Rates für Geschichtswissenschaft im Jahre 1968 diente aus dieser Sicht zum Nachweis, daß »das Prinzip bisheriger Dekretierung politisch-ideologischer Aufgaben der Geschichtswissenschaft durch die SED von einem konsultativen Kommunikationsprozeß abgelöst« worden sei[56].

Die Folgen dieser beiderseitigen Öffnung allerdings waren für alle Beteiligten unvorhergesehen: Die unterstützende Kooperationsbereitschaft des Westens entpuppte sich schließlich als identitätszerstörender Konkurrenzdruck für den Osten. Als beispielsweise im Oktober 1987 das die historische Forschung in der DDR dominierende Akademie-Institut für Geschichte auf einer Klausurtagung Bilanz über seine Stellung im internationalen Wettbewerb zog, war man sich einig, daß das bisherige Profil erhalten und gleichzeitig ausgebaut werden müsse:

[54] ABBAW, A 8485, Wolfgang Küttler, Konferenz »Theorie der Geschichte«, Besprechung mit Prof. Kocka, 9.–12.12.1987, und Dietrich Eichholtz, Sofortbericht über die Reise nach Bochum (Vortragsreise) und nach Brüssel (Studienreise) in der Zeit vom 10. bis 23.11.1987.

[55] Alexander FISCHER, Günther HEYDEMANN, Weg und Wandel der Geschichtswissenschaft und des Geschichtsverständnisses in der SBZ/DDR seit 1945, in: DIES. (Hg.), Geschichtswissenschaft in der DDR, Bd. 1: Historische Entwicklung, Theoriediskussion und Geschichtsdidaktik, Berlin 1988, S. 3–30, hier S. 19.

[56] Ibid., S. 15.

Zugleich sind mit der Sozialgeschichte, Alltagsgeschichte, Proletariatsforschung in der Volkskunde, Regionalgeschichte, Kirchengeschichte, Akademiegeschichte neue Forschungsrichtungen zu entwickeln bzw. weiterzuentwickeln, die Forschungen zur Geschichte der DDR auszubauen, die geschichtswissenschaftliche Information auf ein höheres Niveau zu heben und weitgehend auf EDV umzustellen und weitere Forschungslücken zu schließen.[57]

Deutlicher noch beschrieb der Direktor dieses Instituts die Sprengkraft, die aus einer ungeschützten Konkurrenz zwischen den beiden deutschen Geschichtswissenschaften resultieren müsse, in einer Dienstbesprechung seines Hauses über ein zum Thema »Erbeerschließung und Traditionspflege« vorgelegtes Arbeitspapier:

Prof. Schmidt antwortet, daß er ursprünglich das Papier wieder einziehen wollte, es aber jetzt doch in den Händen der Bereichsleiter läßt. Er bat aber darum, vor Überarbeitung des Papiers noch keine institutsweite Diskussion zu beginnen, es nur für den eigenen Gebrauch zu nutzen und evtl. einen bestimmten Kreis von Mitarbeitern einzubeziehen [...]. Im Herbst wird dann zur ganzen Problematik ein Institutsplenum stattfinden, auf dem dann von uns verantwortungsbewußt alle Fragen in der ganzen Breite ins Institut getragen werden können. Dann ist zu überlegen, ob und was veröffentlicht werden kann. Das wird auch von der Großwetterlage abhängig sein, denn jetzt ist noch nicht abzusehen, wie die ganze Erbe-/Traditionsproblematik in den nächsten fünf Jahren angegangen wird. Auf jeden Fall geht es aber nicht mehr so weiter, daß wir weiter differenzieren und breiter werden bei allen anderen Klassen und Schichten, nur bei der Führungskraft der sozialistischen Gesellschaft nicht. Wenn dort nicht nachgezogen wird, müssen wir bremsen, denn das ist dem Gegner schon so auffällig, daß es mich eigentlich wundert, daß er höflich, freundlich und zuvorkommend ist und uns das nicht tagtäglich um die Ohren haut. Alle Arbeiten von ihnen haben diesen Fragenkomplex noch nicht angepackt. Nur in persönlichen Gesprächen haben sich westdeutsche Vertreter geäußert und ganz brutal auf diesen offenkundigen Rückstand hingewiesen. Und dieser Rückstand liegt nicht bei uns. Weiter, als hier zur Arbeiterklasse Stellung genommen ist, möchte Prof. Schmidt nicht gehen. Mehr können wir dazu nicht sagen, das müssen andere, dazu Berufene, tun. Von uns ist im Papier auf die Gefahr und daß Disproportionen und Unstimmigkeiten im Geschichtsbild, was ich ausdrücklich betone, entstehen können, hingewiesen worden[58].

Offener als je zuvor monierten DDR-Historiker nun mit Blick auf die deutsch-deutsche Konkurrenz die eigene restriktive Forschungspraxis oder, schlimmer noch, mahnten sie tabubrechende Einschätzungen auch in der Zeitgeschichte an, um nicht vom Gegner überholt zu werden. Immer häufiger bewerteten interne Fachgutachten, die Voraussetzung einer Druckfreigabe waren, vorgelegte Arbeiten nach den Kriterien von Komplexität und Ausgewogenheit und wiesen tadelnd auf »Vereinfachungen« und »Einseitigkeiten« hin. Eine besondere Konjunktur erlebte in diesem Kontext die Forderung nach Differenzierung, die eine Brücke vom heimischen zum internationalen Fachverständnis zu schlagen erlaubte und in den 1980er Jahren eine geradezu epidemische Verbreitung in der internen Fachpraxis erlebte. Welche identitäts-

[57] ABBAW, ZIG 091/6, Diskussionsprotokoll zum Tagesordnungspunkt 1 der Dienstbesprechung vom 15.5.1985.

[58] Ibid.

zerstörenden Folgen für das sozialistische Geschichtsdenken aus seiner allmählichen Integration in die *communauté scientifique* erwuchsen, illustriert das Ergebnis einer west-östlichen Diskussion über einen von der DDR-Seite für die Fernuniversität Hagen erarbeiteten Lehrbrief zur Sozialgeschichte. Wie der entsprechende Reisebericht festhielt, problematisierten die Hagener Kollegen nicht nur das Dogma der einheitlichen revolutionären Umgestaltung in der SBZ und die vom Autor behauptete Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik in der DDR, sondern auch den von ihm verwendeten Klassenbegriff und die geringe Komplexität seines Verständnisses von gesellschaftlichem Fortschritt oder von Arbeiterinteressen:

In der Diskussion zeigten sich beträchtliche Verständigungsschwierigkeiten [...], und schon aus Zeitmangel wurde von unserer Seite mehr postuliert, als sich nachweisen und erläutern ließ [...]. Obwohl die Diskussion nicht recht befriedigen konnte, erfüllte sie insofern ihren Zweck, als sie [...] uns anzeigte, wo wir unser Anliegen besser verständlich machen und ›verkaufen‹ müssen[59].

Das gesamtdeutsche Beziehungsschauspiel endete schließlich in einem doppelten Mißverständnis. Im Westen verstand man die angestrebte Normalisierung durch Kooperation als Beistand zur Verwissenschaftlichung der konkurrierenden Geschichtsschreibung im Osten und konfrontierte die DDR-Geschichtswissenschaft doch gleichermaßen mit der Herausforderung einer systemsprengenden Deutungskonkurrenz. Im Osten erlag man dem selbst erzeugten Glauben an die Stabilität »einer der sozialistischen Gesellschaft gemäßen, voll ausgebildeten, produktiven Geschichtswissenschaft«[60], die durch ihre dosierte Integration in die internationale Fachgemeinschaft ihren Beitrag zur wachsenden Ausstrahlung des Sozialismus leisten könne, und bedrohte so mit der Kooperation zugleich die eigene Abgrenzungsidentität im Kern.

Wie das hier präsentierte Beispiel zeigt, läßt sich auf der mit den Polen Konfrontation und Kooperation markierten Skala die deutsch-deutsche Beziehungsgeschichte auf dem Feld der Historiographie nur eingeschränkt erfassen. Dieser Beurteilungsmaßstab versagt gerade dort, wo er am plausibelsten erscheint, nämlich beim Übergang von der fachlichen Abgrenzung zur Wiederannäherung, weil er die ganz unterschiedliche Funktion dieses Umschwungs in beiden Teilhistoriographien nicht angemessen zu erfassen erlaubt. Im Alltagsverständnis setzt eine Beziehung zwischen zwei Partnern logischerweise deren Selbständigkeit voraus. Im deutsch-deutschen Sonderfall aber geht es um eine Beziehung, die für die eine, östliche Seite zuallererst Verselbständigungsgeschichte bedeutete. Nur in der Abgrenzung fand sie zu

[59] ABBAW, ZIG 703/9, WB DDR-Geschichte im ZIG der AdW, Bericht über das Arbeitstreffen in der Fernuniversität Hagen (BRD), 30.9.–3.10.88, 10.10.1988.

[60] Walter SCHMIDT, Zur Geschichte der DDR-Geschichtswissenschaft vom Ende des zweiten Weltkriegs bis zur Gegenwart, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 27 (1985), S. 614–633.

ihrer fachlichen Eigenidentität – und mußte sie mit der Annäherung allmählich mehr und mehr wieder einbüßen. In dieser strukturellen Differenz zwischen der politisch gebundenen ostdeutschen und der ihren eigenen Gesetzen folgenden westdeutschen Geschichtswissenschaft kommt ein Ungleichgewicht zum Ausdruck, das sich mit dem Begriff der asymmetrischen Beziehung nicht hinreichend erfassen läßt. Es zwingt vielmehr dazu, im Übergang der beiden deutschen Geschichtssysteme von der Konfrontation zur Kooperation zugleich auch den schleichenden Wechsel von der Konstituierung zur Erosion der staatssozialistischen Historiographie überhaupt zu erkennen. Es verdeutlicht zugleich, daß der Denkansatz einer asymmetrisch verflochtenen Transfer- und Beziehungsgeschichte bei aller analytischen Ergiebigkeit axiomatisch der Entspannungsphase zweier koexistierender und auf unabsehbare Dauer angelegter Systeme von Ost und West verhaftet bleibt.

Neben die Beziehungsgeschichte der beiden deutschen Geschichtswissenschaften muß daher die Geschichte ihrer Verselbständigung treten, die neben den inhaltlichen und biographischen Parallelen zweier asymmetrisch aufeinanderbezogenen Nationalhistoriographien bzw. Teilhistoriographien auch deren grundsätzliche Andersartigkeit als unterschiedlich strukturierte Wissenschaftssysteme analytisch zu erfassen vermag.

ULRICH PFEIL

DEUTSCHE HISTORIKER AUF DEN INTERNATIONALEN HISTORIKERTAGEN VON STOCKHOLM (1960) UND WIEN (1965)

Geschichtswissenschaft zwischen Internationalität und Freund-Feind-Denken im Kalten Krieg

Es gibt nicht ein, sondern zwei Deutschland, und ich bin in der unangenehmen Lage, besonders bezüglich tendenziöser Literatur mit Ostberlin so weit zu Kompromissen zu kommen, daß ich mich bei Herrn [Nicolas] Tolu nicht zu sehr blamiere. Am liebsten würde ich die ganze Sache von unserem Institut abwälzen[1].

Mit diesen Worten beschrieb der Göttinger Professor und damalige Direktor des Max-Planck-Instituts (MPI) für Geschichte Hermann Heimpel im April 1969 gegenüber Karl Ferdinand Werner, Direktor des Deutschen Historischen Instituts Paris, den Stand eines der letzten gemeinsamen Projekte, das die Historikerzunft beider deutscher Staaten zum damaligen Zeitpunkt noch miteinander verband: Das MPI lieferte gemeinsam mit der bibliographischen Abteilung des Instituts für deutsche Geschichte in Ost-Berlin das deutsche Material für die vom Comité international des sciences historiques (CISH) herausgegebene Internationale Bibliographie der Geschichtswissenschaft (IBG) an die Redaktion in Paris. Die in diesem Briefauszug zum Ausdruck kommende Zuspitzung in den Beziehungen zwischen den Geschichtswissenschaften der Bundesrepublik und der DDR gibt einen symptomatischen Einblick in den von Martin Sabrow analysierten rapiden »Zerfall der historischen Ökumene« in Deutschland seit Mitte der 1950er Jahre[2], dem in diesem Beitrag aus Perspektive der westdeutschen ›Zunft‹ nachgegangen werden soll. Konkretisiert wird dieser Prozeß an den vom CISH organisierten Internationalen Historikerkongressen in Stockholm (1960) und Wien (1965), die zu den wenigen Orten gehörten, an denen sich west- und ostdeutsche Historiker noch trafen[3].

[1] Hermann Heimpel an Karl Ferdinand Werner, 15.4.1969; Archiv des Deutschen Historischen Instituts Paris [ADHIP], Bd. 428.

[2] Vgl. Martin SABROW, Das Diktat des Konsenses. Geschichtswissenschaft in der DDR 1949–1969, München 2001, S. 341.

[3] Die Dokumente aus den DDR-Archiven und dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes (PA/AA) für die Zeit nach 1945 lagen Karl Dietrich ERDMANN für seine Studie

Die Auftritte deutscher Historiker auf der internationalen Bühne zu analysieren, verspricht neue Aufschlüsse zur »Geschichtswissenschaft im Zeitalter der Extreme« (Lutz Raphael), die im Rahmen des CISH die methodologische Norm der Internationalität mit der ihr eigenen Kommunikations- und Kooperationspraxis hochhielt. Während sich Ost und West im Kalten Krieg in einem binären Freund-Feind-Schema gegenüberstanden und die Überwindung des jeweils anderen Gesellschaftsmodells als weltanschauliches Ziel proklamierten, perpetuierte das CISH die Vorstellung von Wissen als einem kollektiven Gut, das über die Norm seiner Zugänglichkeit die Transnationalität mit der Internationalisierung verbindet. In einer Zusammenführung von fachwissenschaftlicher und politisch-gesellschaftlicher Entwicklung soll auf den folgenden Seiten der Versuch unternommen werden, einen Beitrag zur Beziehungsgeschichte zwischen den Historikern aus beiden deutschen Staaten zu leisten.

Der XI. Internationale Historikerkongreß in Stockholm 1960

Der diplomatische und wissenschaftspolitische Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik

Der »Verband der Historiker Deutschlands« (VHD) sah sich nach der vollzogenen deutschen Zweistaatlichkeit und der für sie so typischen Systemkonkurrenz mit den Realitäten des »deutschen Sonderkonflikts« konfrontiert. Analog zum von der Bundesregierung formulierten Alleinvertretungsanspruch machte auch er es sich zum Ziel, »die Einheit der deutschen Historikerschaft unter dem Primat des westlichen Wissenschaftsverständnisses aufrechtzuerhalten«[4] und die Interessen aller deutschen Historiker im CISH zu vertreten, zählte der VHD doch in der Tat Ende der 1950er Jahre noch zahlreiche (bürgerliche) ostdeutsche Historiker zu seinen Mitgliedern. Die erstmalige Anwesenheit von Historikern aus der DDR auf dem X. Internationale Historikerkongreß in Rom (4.–11. September 1955) verdeutlichte jedoch auch einer breiteren Öffentlichkeit, daß sich die Gräben zwischen den Historikern beider deutscher Staaten kontinuierlich verbreitert hatten[5].

noch nicht vor: Die Ökumene der Historiker. Geschichte der internationalen Historikerkongresse und des Comité international des sciences historiques, Göttingen 1987.

[4] Thomas ETZEMÜLLER, Sozialgeschichte als politische Geschichte. Werner Conze und die Neuorientierung der westdeutschen Geschichtswissenschaft nach 1945, München 2001, S. 304.

[5] Vgl. Konrad REPGEN, X. Internationaler Historikerkongreß in Rom, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 7 (1956), S. 43–47; Winfried SCHULZE, Die deutschen Hi-

Gegen die ostdeutsche »Zwei-Staaten-Theorie« setzte die Bundesrepublik im Dezember 1955 als neue außen- und deutschlandpolitische Leitlinie die Hallstein-Doktrin, mit der sie eine schleichende Hinnahme der Teilung verhindern wollte[6]. Die nicht mehr zu übersehenden verhärteten Fronten in der politischen Blockkonstellation fanden umgehend ihre Verlängerung in der Verbandsarbeit der Historiker. Gerhard Ritter, Vorsitzender des VHD von 1949 bis 1953 und Mitglied des Beirates (1955–1962) bzw. einer der Vizepräsidenten des CISH (1962–1965), hatte bei einer Sitzung des Ausschusses in Madrid im Juni 1956 erreicht, daß der VHD vom CISH als einzige legitime Vertretung der deutschen Historikerschaft anerkannt wurde und diese Funktion so lange ausfüllen sollte, wie der VHD die Mitgliedschaft für Historiker aus der DDR offenhielt[7]. Hermann Aubin (1885–1969), Präsident des VHD von 1953 bis 1958, hatte sich diesen internationalen Alleinvertretungsanspruch vom CISH Anfang 1957 nochmals bestätigen lassen[8].

Die Institutionalisierungstendenzen und die immer offensiver geführte »Anerkennungspolitik« der DDR beobachtete das Auswärtige Amt (AA) in Bonn mit wachsender Nervosität und nahm sie Anfang 1960 zum Anlaß für strategische Überlegungen, wie der Alleinvertretungsanspruch auch in den internationalen Wissenschaftsbeziehungen aufrechterhalten werden kann:

> Auf die Frage von Ref. 604, welche konkrete Verhaltensweise den befreundeten ausländischen Delegationen angeraten werden solle, wenn die SBZ klar zu erkennen gebe, daß sie nicht in einer gesamtdeutschen Delegation vertreten sein wolle, erwiderte Ref. 700, daß die zunehmende Mitgliedschaft der SBZ in internationalen Gremien unbedingt abzubremsen sei. Man müsse die Unterstützung der ausländischen Delegationen dadurch zu erreichen suchen, daß man ihnen klarmache, daß das Streben der SBZ nach selbständiger Mitgliedschaft nur von dem Wunsch nach politischer Anerkennung getragen sei. Ref. 119 fügte hinzu, daß gerade dieses Jahr wegen der Vielzahl internationaler Kongresse von uns zu nutzen sei [...]. Die Einwirkung offizieller Stellen auf die Professoren müsse vorsichtig geschehen, um jeden Anschein des Dirigismus zu vermeiden. Statt Einzelgespräche zu führen, sollte man am besten über deutsche wissenschaftliche Gremien mit den Professoren zu einem Gespräch kommen[9].

Besondere Aktualität erhielt der bundesdeutsche Alleinvertretungsanspruch auf wissenschaftspolitischem Terrain im Vorfelde des Stockholmer Historikerkongresses. Die bundesdeutsche Botschaft suchte dabei direkt den Kontakt

storiker auf dem Internationalen Historikerkongreß in Rom 1955, in: Dieter HEIN u.a. (Hg.), Historie und Leben. Der Historiker als Wissenschaftler und Zeitgenosse. Festschrift für Lothar Gall zum 70. Geburtstag, München, 2006, S. 89–102.

6 Vgl. Peter BENDER, Episode oder Epoche? Zur Geschichte des geteilten Deutschland, München 1996, S. 80.

7 Winfried SCHULZE, Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945, München 1989, S. 191; Christoph CORNELISSEN, Gerhard Ritter. Geschichtswissenschaft und Politik im 20. Jahrhundert, Düsseldorf 2001, S. 452.

8 Vgl. SABROW, Das Diktat des Konsenses (wie Anm. 2), S. 269.

9 Kurzprotokoll über die Sitzung der mit Fragen der SBZ befaßten Referate am 23. Februar 1960, 3.3.1960; PA/AA, B 94, Bd. 900.

zum Verantwortlichen auf schwedischer Seite, Prof. Torvald Höyer, der die Bonner Diplomaten in der Vorahnung bestätigte, daß der Kongreß von der deutsch-deutschen Konfrontation überschattet werden könnte: »In einem ausführlichen Gespräch unterrichtete uns Professor Höyer, daß er ganz sicher mit einer gewissen Krise während des Kongresses rechne, da der Antrag der SBZ-Historiker als eigener Nationalverband nun doch zur Debatte stehe«[10]. Höyer hatte der bundesdeutschen Botschaft in Stockholm geraten, den seit 1958 als Vorsitzender des VHD amtierenden Hans Rothfels zu einer Vortragsreise nach Schweden zu bewegen. Diese nahm den Kontakt umgehend auf, »da ihre Anwesenheit hier dem Vorklima sicher nützlich sein würde: Professor Höyer glaubte, daß ein Thema, das den deutschen Widerstand in den Jahren 1933 bis 1945 in der deutschen Geschichtsschreibung zum Gegenstand hätte, hier besonders gut ankäme und das Publikum finden würde, auf das es bei dieser Reise ankommt«. Nachdem sich Rothfels mit der Kulturabteilung des AA und dem Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen abgesprochen hatte, kam er der Bitte zwischen dem 15. und 18. Juni 1960 nach und hielt u.a. in Stockholm zwei »Vorträge als Vorwand für Klimavorbereitung«[11], u.a. über »Der deutsche Widerstand im internationalen Kräftefeld«[12]. Diese Bereitschaft ging nach Jan Eckel auf Rothfels grundlegende Orientierung in seiner wissenschaftlichen Arbeit zurück:

> Insofern war Geschichtswissenschaft für Rothfels in der Bundesrepublik weiterhin eine Unterstützungsleistung für den offiziellen Kurs der Regierungspolitik [...]. Getragen wurde diese Orientierung von einer auch nach dem Zweiten Weltkrieg ungebrochenen Identifikation von Wissenschaft und Nation. Diese war der Selbstbindung an die amtliche Politik vorgeordnet[13].

Der Einsatz des Tübinger Professors bot den Bonner Außen- und Deutschlandpolitikern dabei entscheidende Vorteile: Erstens war er während des »Dritten Reiches« zur Emigration in die USA gezwungen gewesen und besaß damit vordergründig eine »weiße Weste«[14]. Zweitens gehörte er nach dem Zweiten Weltkrieg zu den ersten, die sich der Widerstandsthematik angenommen hatten. Noch in den USA veröffentlichte er 1948 sein Buch »The German opposition to Hitler: An appraisal«, das sich sowohl an die alliierte Öffentlichkeit als auch an die nationalen Kreise in Deutschland wandte, welche die

[10] Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Stockholm an Hans Rothfels, 20.5.1960; PA/AA, B 94, Bd. 904. Hier auch das folgende Zitat.

[11] Hans Rothfels an Siegfried A. Kähler, 17.3.1960; zit. nach Jan ECKEL, Hans Rothfels. Eine intellektuelle Biographie im 20. Jahrhundert, Göttingen 2005, S. 379.

[12] »Okant manuskript ay Hitler hittades i amerikanskt arkiv«, in: Svenska Dagbladet, 16.6.1960.

[13] ECKEL, Hans Rothfels (wie Anm. 11), S. 380.

[14] Vgl. zu Hans Rothfels: Karsten BORGMANN (Hg.), Hans Rothfels und die Zeitgeschichte, in: Historisches Forum 1 (2004); Johannes HÜRTER, Hans WOLLER (Hg.), Hans Rothfels und die deutsche Zeitgeschichte, München 2005.

deutschen Widerstandskämpfer nicht selten des Verrats am Vaterland bezichtigten[15]. Da Rothfels aber auch zu jenen westdeutschen Historikern zählte, welche »die Widerstandshandlungen generalisierend als antitotalitäres Verhalten zu charakterisieren und [...] mit der Vorstellung von der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu verknüpfen« pflegten[16], konnte dem Ausland ein »entlastendes Gegenbild zu den nationalsozialistischen Verbrechen« präsentiert werden, das nach Jan Eckel die Möglichkeit barg, ein »Bindeglied zu wertvollen geschichtlichen Traditionen« in der deutschen Geschichte zu konstruieren. Mit dem geschichtspolitischen Einsatz des Widerstandes innerhalb der auswärtigen Kulturpolitik[17] unternahm die Bundesrepublik den Versuch, über den einzig möglichen affirmativen Rückbezug auf die NS-Zeit den Brückenschlag in die Bundesrepublik zu finden[18]. Gerade Ende der 1950er Jahre war die so sehr um ihr gewandeltes Bild besorgte ›Bonner Republik‹ unter Druck geraten, nachdem eine antisemitische ›Schmierwelle‹ gerade im Ausland für Aufsehen gesorgt hatte.

In dem Bestreben, sich zugleich von der zu überwindenden Vergangenheit zu distanzieren und exkulpatorische Momente zu begünstigen, bestand die Interessenkonvergenz zwischen Rothfels und dem Auswärtigen Amt, die für beide darüber hinaus Grundlage war, um den geschichtspolitischen Wettstreit mit der DDR aufzunehmen. Diese gab sich seit Ende der 1950er Jahre immer größere Mühe, gerade auch im Ausland als einzig legitimer Vermächtnisverwalter des antifaschistischen Widerstandes wahrgenommen zu werden[19]. Die

[15] Die Publikation der deutschen Übersetzung (Die deutsche Opposition gegen Hitler: Eine Würdigung, Frankfurt a.M. 1957) trug dann entscheidend dazu bei, in der Bundesrepublik »ein Gespür für die sittliche Fundierung der Widerstandshaltung« zu entwickeln; Peter STEINBACH, Widerstand im Widerstreit. Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in der Erinnerung der Deutschen. Ausgewählte Studien, Paderborn ²2001, S. 40.

[16] Gerd R. UEBERSCHÄR, Von der Einzeltat des 20. Juli 1944 zur »Volksopposition«? Stationen und Wege der westdeutschen Historiographie nach 1945, in: DERS. (Hg.), Der 20. Juli. Das andere Deutschland in der Vergangenheitspolitik nach 1945, Berlin 1998, S. 125–157, hier S. 126. Vgl. u.a. die von der Bundeszentrale für politische Bildung herausgegebene Broschüre: Hans ROTHFELS u.a., Gewissen gegen Gewalt. Rückblick auf den 20. Juli 1944, Bonn 1964.

[17] Vgl. Ulrich PFEIL, »Nicht alle Deutschen haben ein Herz aus Stein«. Über das Bild des deutschen Widerstandes in Frankreich nach 1945, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 27/2004, S. 23–30.

[18] Jan ECKEL, Intellektuelle Transformationen im Spiegel der Widerstandsdeutungen, in: Ulrich HERBERT (Hg.), Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945–1980, Göttingen 2002, S. 140–176, hier S. 140.

[19] Dabei hatte die Widerstandsgeschichtsschreibung der DDR nicht nur die Aufgabe, den Status der KPD/SED als »führende Partei« zu legitimieren, sondern zugleich die Bundesrepublik in die Kontinuitätslinie der »reaktionären« Zielsetzungen des 20. Juli 1944 zu stellen und ihre politischen Führungspersönlichkeiten zu »entlarven«; vgl. Ines REICH, Das Bild vom deutschen Widerstand in der Öffentlichkeit und Wissenschaft der DDR, in: Peter STEINBACH, Johannes TUCHEL (Hg.), Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Bonn 1994, S. 557–571.

hier in groben Zügen beschriebene deutsch-deutsche Konkurrenz um das Erbe des Widerstandes förderte als Folge des Konformitätsdrucks die soziale Verengung des Widerstandsbegriffs bis in die 1960er Jahren hinein, in denen sowohl in der DDR die Geschichte des nichtkommunistischen Widerstandes wie in der Bundesrepublik des kommunistischen Widerstandes weitgehend ausgeblendet blieb. Nachdem der Widerstand in den 1950er Jahren noch »keine wirkliche Heimat im Herzen des Volkes gefunden« hatte, wie die »Süddeutsche Zeitung« am 22. Juli 1968 feststellte[20], förderten der internationale Druck und die Hoffnung auf internationale Reputation durch den geschichtspolitischen Einsatz des Widerstandes wie im Fall der Vortragsreise von Rothfels dann jedoch die Bereitschaft zur Identifizierung mit den deutschen Widerstandskämpfern.

Indem Rothfels den Widerstand in das moralische Fundament der Bundesrepublik aufnahm, konnte er den weiterhin von der Bundesrepublik reklamierten Alleinvertretungsanspruch auch verbandspolitisch legitimieren, den er zugleich im CISH aufrechterhalten wollte, wie aus einem Bericht der Stockholmer Botschaft hervorgeht:

> Zweck seiner Reise war, durch Gespräche mit Professor Höyer, dem Vizepräsidenten des Internationalen Historikerverbandes, der gleichzeitig Gastgeber des August dieses Jahres in Stockholm stattfindenden Internationalen Historiker-Kongreß ist, und anderen schwedischen Fachkollegen das Verständnis für die Haltung des Verbandes Deutscher Historiker in allen die SBZ betreffenden Fragen auf dem Kongreß zu vertiefen[21].

In seinem Gespräch mit der Botschaft präsentierte Rothfels die Linie, die der Vorstand des VHD 1959 eingenommen hatte, um die Aufnahme des DDR-Nationalkomitees zu verhindern, die in den Augen Ritters einer indirekten Anerkennung der politischen Spaltung Deutschlands gleichkam[22]. Mit welchem Engagement die westdeutschen Historiker die »›konfrontative‹ Kommunikation«[23] mit der ostdeutschen Seite im Vorfeld des Stockholmer Kongresses aufnahm, beschreibt Thomas Etzemüller:

> Wenn man die Korrespondenzen, die Lageberichte über die östliche Historiographie und die Strategiepapiere [...] liest, dann sieht man, daß die westdeutschen Historiker, die teils als Offiziere im Felde gestanden hatten, jeweils einen generalstabsmäßig vorbereiteten Aufmarsch durchführten[24].

Auf seiner Heidelberger Sitzung am 25. Februar 1960 hatte sich der Vorstand des VHD auf die Verteidigung des Alleinvertretungsanspruchs eingeschworen,

[20] Zitiert nach STEINBACH, Widerstand im Widerstreit (wie Anm. 15), S. 40f.

[21] Bericht der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Stockholm, 28.6.1960; PA/AA, B 94, Bd. 904.

[22] Vgl. CORNELISSEN, Gerhard Ritter (wie Anm. 7), S. 453.

[23] Bernd FAULENBACH, Konfrontative Kommunikation. Zum Verhältnis von Historikern der Bundesrepublik und der DDR und seiner Nachwirkung im vereinigten Deutschland, in: Deutschland Archiv 40 (2007) 3, S. 491–502, hier S. 496.

[24] ETZEMÜLLER, Sozialgeschichte als politische Geschichte (wie Anm. 4), S. 305.

wollte dieses Ziel jedoch nicht mit einer Abreise vom Kongreß oder durch einen Austritt aus dem CISH durchsetzen, wie Rothfels den bundesdeutschen Diplomaten in Stockholm erklärte:

Er will, sobald die SBZ den zu erwartenden Antrag auf Anerkennung als Nationalverband stellt, ankündigen, daß mit ›ernsten Konsequenzen‹ von Seiten der Historiker der Bundesrepublik gerechnet werden müsse, falls der SBZ-Antrag eine Mehrheit finden sollte. Ein Verlassen des Stockholmer Kongresses als Protest gegen eine etwaige Aufnahme des Historikerverbandes der SBZ soll jedoch deshalb nicht angedroht werden, da eine Durchführung dieser Drohung zu unerwünschten Folgen führen würde. Professor Rothfels möchte alles versuchen, um eine Aufnahme der SBZ-Delegierten als selbständiger Verband zu verhindern, aber gleichzeitig vermeiden, daß die SBZ allein im Internationalen Historikerverband vertreten ist.

Die eher hilflos wirkenden Drohgebärden zeugen von der Defensive, in die der VHD zunehmend auch auf internationaler Bühne geraten war. Zwar gelang es Gerhard Ritter dank seiner persönlichen Autorität in den Gremiensitzungen des CISH weiterhin, den Alleinvertretungsanspruch des bundesdeutschen Historikerverbandes aufrechtzuerhalten, doch stellte sich zunehmend die Frage, wie der VHD diesen Anspruch rechtfertigen wollte, wo doch mittlerweile alle marxistischen Historiker den Verband verlassen hatten. Dieser Zustand ließ im CISH die Stimmen lauter werden, die sich für einen gemeinsamen Verband mit Vertretern aus Ost und West im Vorstand aussprachen. Ähnlich wie die Bundesregierung jegliche sowjetische Konföderationspläne auf staatlicher Ebene ablehnte, wollte auch der VHD eine paritätische Zusammensetzung seines Vorstandes abwenden, wie Hans Rothfels nach seiner Rückkehr aus Schweden in einem vertraulichen Schreiben an die führenden Mitglieder ankündigte:

Was ich im Grunde befürchte, ist nicht die Annahme des Antrags, sondern eine Verkleisterung, indem man nach Moskauer Rezept den Deutschen auferlegt, sich bis zum nächsten Kongreß zu ›vereinigen‹. Auch das müßten wir meines Erachtens mit aller Betonung unseres Rechts auf Gesamtvertretung u.a. mit dem Hinweis auf die Erfahrungen mit ›Koalitionsregierungen‹ im frühen Faschismus und frühen Nationalsozialismus schärfstens bekämpfen[25].

Anders als Ritter wollte Rothfels, genauso übrigens wie der damalige Präsident der Monumenta Germaniae Historica (MGH) Herbert Grundmann[26], nicht grundsätzlich den Dialog mit den ostdeutschen Historikern ausschließen, doch hielt ihn seine nationale Pflichttreue von einem solchen Schritt ab; einen gemeinsamen Historikerverband mit den ostdeutschen Historikern lehnte er aber prinzipiell ab, wie er dem AA mitteilte:

Nun hat zum Stockholmer Kongreß die Zone fristgerecht den Antrag gestellt, als eigener Verband aufgenommen zu werden. Sie hat zu diesem Zweck und nur zu ihm ein ›Nationalkomitee‹ der Historiker der DDR gegründet, wohl in der Erkenntnis, daß die oben genannte

[25] Schreiben von Prof. Dr. Hans Rothfels, 28.6.1960; PA/AA, B 94, Bd. 904.
[26] Vgl. SABROW, Das Diktat des Konsenses (wie Anm. 2), S. 288f.

Gesellschaft wegen ihres politischen Charakters – es sitzen auch Regierungsmitglieder statutenmäßig im Vorstand – formalen Bedenken begegnen würde. Das neue Komitee enthält zwei bürgerliche Historiker zur Abschirmung, hat aber denselben Vorsitzenden – Engelberg – wie die Gesellschaft, ist also eine ausgesprochene Tarnorganisation [...]. Wir lehnen nicht grundsätzlich Diskussionen mit Kommunisten ab, wohl aber entschieden einen Einheitsverband. Ganz abgesehen von den menschlichen Unmöglichkeiten kollegialen Verkehrs mit Männern, die uns jeden Tag als Sklaven des amerikanischen Imperialismus aufs gröblichste beschimpfen, sollte deutlich sein, daß ein Vorstand, der teils aus freien, nur der Wissenschaft verantwortlichen Historikern, teils aus solchen besteht, die nicht nur im Besitz der alleinigen Wahrheit zu sein behaupten, sondern vor allem politisch dirigiert sind, nicht denkbar ist[27].

Mit gleicher Argumentation suchten auch verschiedene bundesdeutsche Botschaften den Kontakt zu den Außenministerien ihrer Gastländer (u.a. Japan, Portugal, Spanien, Luxemburg, Ägypten, Norwegen, Griechenland, Italien) und übergaben Noten, in denen sie im Interesse der Wissenschaft darauf hinwiesen, daß die Aufnahme der DDR in das CISH einzig politischen Gründen diene. In einem Aide-Mémoire an die Regierung der Vereinigten Arabischen Emirate stellten die Bonner Diplomaten den fruchtbaren Austausch auf wissenschaftlichem Gebiet in den Mittelpunkt und übten indirekten Druck aus, indem sie auf die hohe Zahl der arabischen Studenten an bundesdeutschen Hochschulen hinwiesen[28].

Die Bemühungen des AA und die Vorgespräche der bundesdeutschen Historiker trugen ihre Früchte, so daß der Antrag der DDR bereits am 19. August 1960 abgelehnt wurde[29]. Daß die DDR mit ihren Bemühungen um Aufnahme keinen Erfolg hatte und das Büro des CISH – anders als von der am 18. März 1958 gegründeten Deutschen Historiker-Gesellschaft der DDR (DHG) erhofft – beschloß, den ostdeutschen Antrag nicht vor die Generalversammlung des Kongresses zu bringen, lag jedoch nicht alleine an den westdeutschen Interventionen, sondern war zugleich »Ausdruck der Überzeugung von der Notwendigkeit und Möglichkeit einer Ökumene der Historiker im Internationalen Komitee«[30]. Nachdem bereits 1957 Nordvietnam und Nordkorea Aufnahmeanträge gestellt hatten, sollten sowohl Deutschland als auch Irland weiterhin als positive Beispiele dienen, daß in der Wissenschaft nicht die gleichen Gesetze herrschen wie in der Politik.

Verhindern konnte man es jedoch in Stockholm nicht, daß die DDR-Historiker auf ihrem Namensschild zu der Bezeichnung »Allemagne« noch »Rép. Dém.« hinzufügten und damit die von der SED definierte »Abgrenzungspolitik« auch ihren Eingang in die internationale Gemeinschaft der Historiker fand. Größeres Bedauern läßt sich jedoch bei Eberhard Jäckel aus

[27] Hans Rothfels an AA, 25.7.1960; PA/AA, B 94, Bd. 904.
[28] PA/AA, B 94, Bd. 904.
[29] Vgl. Fernschreiben der bundesdeutschen Botschaft in Stockholm an AA, 20.8.1960; PA/AA, B 94, Bd. 904.
[30] ERDMANN, Die Ökumene der Historiker (wie Anm. 3), S. 339f.

der Tatsache herauslesen, »daß Marx, Engels und Lenin den Stockholmer Kongreß beherrscht oder – wenn man so will – tyrannisiert haben« und »von nun an auf den Kongressen zwei grundverschiedene Sprachen gesprochen werden«. Daß bei diesen Diskussionen über die ideologischen Grenzen hinweg die deutsche Sprache »oft als Kommunikationsmittel für ganze Debatten diente«, konnte ihn dabei nur wenig trösten, »denn wenn viel Deutsch gesprochen wurde, so kam es nicht zuletzt daher, daß gerade deutsche Historiker zweier Seiten es waren, die ihren Streit auf diesem internationalen Forum besonders erbittert austrugen [...]. Alles in allem war es ein deprimierender Anschauungsunterricht vom Unglück unseres geschlagenen und gespaltenen Landes«[31].

Der XII. Internationale Historikerkongreß in Wien 1965

Die schleichende Aushöhlung der Hallstein-Doktrin

Nachdem sich die DDR auf dem Stockholmer Kongreß alle Mühe gegeben hatte, als eigenständiges völkerrechtliches Subjekt aufzutreten und mit diesen Bestrebungen nicht nur im eigenen Lager einen relativen Erfolg verzeichnet hatte, spielte der Mauerbau in Berlin am 13. August 1961 der Bundesregierung in Bonn neue Argumente in die Hand, die DDR auch weiterhin international zu isolieren. Die NATO-Staaten einigten sich als Gegenmaßnahme auf die TTD-Sperre (Nichterteilung von »Temporary Travel Documents«), um Reisen ostdeutscher Bürger in westliche Länder nahezu unmöglich zu machen. Paradoxerweise kamen sie mit diesen Maßnahmen der ostdeutschen Obrigkeit entgegen, die ihren Wissenschaftlern wie im Fall der Ost-Berliner Deutschen Akademie der Wissenschaften (DAW) die Reisen in die Bundesrepublik und in das übrige westliche Ausland untersagte, um sie vor den westlichen Aggressionen zu »schützen«[32].

Auch wenn der Mauerbau den wissenschaftlichen Austausch zwischen der DDR und der Bundesrepublik stark beeinträchtigte und die SED in ihrem Streben einen Schritt voranbrachte, eine eigenständige zweite Geschichtswissenschaft auf deutschem Boden zu konsolidieren, ließ sich sowohl die vollständige Isolierung des »Mauerstaates« als auch die fachliche Abschottung auf internationalen Druck hin nicht lange aufrechterhalten, denn schon wenige Monate später drohten verschiedene NGO, keine Kongresse mehr in NATO-

[31] Eberhard JÄCKEL, Der XI. Internationale Historikerkongreß in Stockholm, in: GWU 11 (1960), S. 700–705.

[32] Vgl. SABROW, Das Diktat des Konsenses (wie Anm. 2), S. 289ff.

Staaten zu vergeben, wenn den ostdeutschen Teilnehmern keine TTD ausgestellt würden. Daraufhin beschlossen die Regierungen der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der Bundesrepublik auf der Sitzung des Politischen Ausschusses der NATO am 2. Mai 1963, die TTD-Sperre zu lockern, so daß nun wieder DDR-Sportler und »Medical Scientists« in NATO-Länder reisen durften. Bedingung war jedoch, auf jede eigenstaatliche Vertretung (DDR-»Spalterflagge« und »Becher-Hymne«) zu verzichten[33].

Angesichts des gestiegenen Willens zur Entspannung auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs und dem zunehmenden Eigengewicht der DDR in den internationalen Beziehungen sank in den westlichen Ländern die Bereitschaft jedoch weiter, die von der Bundesrepublik formulierten Spielregeln des deutsch-deutschen Systemwettstreits im Bereich der internationalen Wissenschaftsbeziehungen zu akzeptieren. Claus Müller-Dehn, Auslandsreferent der DFG, hatte in Gesprächen mit Vertretern der amerikanischen, britischen und französischen Wissenschaftsorganisationen am Rande des Kongresses des International Council of Scientific Unions (ICSU) die Erfahrung gemacht, daß die Hallstein-Doktrin gerade in diesem Bereich des Systemkonflikts immer stärker von Erosion bedroht war:

Bei dieser Besprechung habe sich herausgestellt, daß die Wissenschaftsorganisationen des uns befreundeten westlichen Auslands völlig das Gefühl dafür verloren hätten, daß die TTD-Sperre eine Konsequenz der Errichtung der Berliner Mauer war. Dieser Kausalzusammenhang werde nicht mehr gesehen. In den wissenschaftlichen Spitzenorganisationen der westlichen Länder bestehe die Tendenz, die eigenen Regierungen dringlich – und öffentlich – aufzufordern, die gegenwärtige ›Quarantäne‹ für die ostdeutschen Wissenschaftler, d.h. die TTD-Sperre, aufzuheben und die Freizügigkeit der Wissenschaft wiederherzustellen[34].

Bonn war jedoch nicht bereit, die TTD-Sperre weiter aufzuweichen, denn es befürchtete eine Durchlöcherung ihres Alleinvertretungsanspruchs »von unten«, merkte aber nicht, wie es mit der zwanghaften Aufrechterhaltung der Hallstein-Doktrin gerade die verständigungswilligen Kräfte in der DDR schwächte und den Hardlinern Argumente für immer neue abgrenzende Maßnahmen in die Hände spielte. Indem die Bundesregierung alle Möglichkeiten zur »Propagierung der Zweistaatentheorie« einschränken wollte, kam sie zum einen ihrem eigenen Anspruch nicht nach, alle deutschen Historiker vertreten zu wollen. Zum anderen gelang es ihr immer weniger, »in der westlichen Öffentlichkeit das Bewußtsein lebendig zu halten, daß es nur ein Deutschland gibt«, wie sie den Organisationen der bundesdeutschen Forschungsförderung im Jahre 1965 nochmals zu verdeutlichen versuchte:

Sie soll dem SED-Regime die Möglichkeit nehmen, die ›staatliche Eigenständigkeit der DDR‹ durch gezielte Entsendung von Persönlichkeiten, die ihm genehm sind, in der Öffent-

[33] Kurzprotokoll über die Sitzung der mit Flaggen der SBZ befaßten Referate vom 14.5.1963, 17.5.1963; PA/AA, B 94, Bd. 1.441.

[34] Bundesdeutsche Botschaft in London an AA, 22.7.1963; PA/AA, B 94, Bd. 1.441.

lichkeit der NATO-Länder zu propagieren. Das System der TTD-Sperre ist jedoch so aufgebaut, daß alle Auslandsreisen von Deutschen aus der Sowjetzone stattfinden und gefördert werden sollen, die der menschlichen Begegnung dienen und die Zusammengehörigkeit des deutschen Volkes auch außerhalb Deutschlands unterstreichen[35].

Nachdem DDR-Wissenschaftler ab Mitte der 1960er Jahre auf internationalen Druck hin wieder als Privatpersonen bzw. als Mitglieder einer gesamtdeutschen Delegation in den Westen reisen durften, konzentrierte das AA seine Energien auf den Versuch von ostdeutschen Teilnehmern, an internationalen Tagungen und Kongressen die Bezeichnung »Delegation der DDR« durchzusetzen. Mit diesen Maßnahmen traf sie jedoch nicht nur das SED-Politbüro, sondern gerade auch jene DDR-Bürger, welche die Einheit nicht aus dem Blick verloren hatten. Aber nur langsam drang dieses Bewußtsein auch nach Bonn vor:

Ziel der TTD-Politik des Westens ist nicht etwa die Isolierung der Bevölkerung der Sowjetzone, sondern im Gegenteil die Beseitigung der von den Behörden der Sowjetzone über ihre Bevölkerung verhängten Ausreisesperre. Solange die Unterbindung der innerdeutschen Freizügigkeit an der Mauer und an der Demarkationslinie fortdauert, kann eine Modifizierung der TTD-Sperre nicht erwogen werden.

Aus diesem Grund formulierte das AA Empfehlungen an bundesdeutsche Wissenschaftler, die sich besonders mit der Herkunftsbezeichnung der deutschen Teilnehmer bei wissenschaftlichen Kongressen beschäftigten:

Um die gegenseitige Verbundenheit der Wissenschaftler aus ganz Deutschland zum Ausdruck zu bringen, empfiehlt es sich, die Kongreßleitung rechtzeitig – d.h. schon während der Vorbereitungszeit – zu bitten, in den Kongreßveröffentlichungen den Begriff ›DDR‹ (und Übersetzungen) zu vermeiden und als Herkunftsbezeichnung der deutschen Teilnehmer zu wählen: ›Herr – Frau – X (Deutschland, Herkunftsort)‹ [...]. Falls die Kongreßteilnehmer aus der Sowjetzone versuchen, eine gesamtdeutsche Vertretung in der entsprechenden internationalen nicht-staatlichen Vereinigung zu sprengen, um eine eigene Mitgliedschaft einer Wissenschaftsorganisation der Sowjetzone zu begründen, so sollte in dem befaßten Gremium (Generalversammlung, Exekutivausschuß o.ä.) entgegnet werden, daß ein solcher Mitgliedschaftsantrag das rein politische Ziel habe, der Zwei-Staaten-Theorie zur Anerkennung zu verhelfen [...]. Eine solche Störung menschlicher und wissenschaftlicher Beziehungen liege nicht im Interesse einer internationalen Wissenschaftsvereinigung und sollte von ihr nicht gefördert werden[36].

Daß das Internationale Olympische Komitee (IOC) der DDR im Herbst 1965 zugestand, bei den Olympischen Spielen in Grenoble und Mexiko-Stadt (1968) mit einer eigenen Mannschaft aufzutreten, zeugt von dem zunehmenden Druck auf die Bundesregierung, ihre Politik gegenüber der DDR zu

[35] Die Einreiserichtlinien der NATO-Staaten für Wissenschaftler aus der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands und ihre Gründe [März 1965]; PA/AA, B 94, Bd. 1.544. Hier auch folgende Zitate.

[36] Empfehlungen für Kongreßteilnehmer aus der Bundesrepublik Deutschland zur Wahrung der gesamtdeutschen Interessen in internationalen nicht-staatlichen Wissenschaftsorganisationen [März 1965]; PA/AA, B 94, Bd. 1.544.

ändern. Sport wie auch Wissenschaft mit ihrem vordergründig unpolitischen Charakter boten Ost-Berlin dabei ein ideales Aktionsfeld, um auf internationalem Parkett Fuß zu fassen, so daß die Bundesregierung den Konsultationsrhythmus im eigenen Lager erhöhte. Am 12. Juli 1965 trafen sich Ministerialbeamte mit Spitzenvertretern der bundesdeutschen Hochschul- und Forschungsinstitutionen (DFG, DAAD, WRK u.a.) zu einer Sitzung, auf der die Politik die Wissenschaft mit kämpferischem Duktus und nationalem Pathos für ihre politischen Ziele gewinnen wollte:

Am wichtigsten für die Abwehr der Versuche der SBZ, in internationale Wissenschaftsvereinigungen einzudringen, ist die persönliche Einsatzbereitschaft des deutschen Vertreters in der jeweiligen Organisation, so unerfreulich auch die politischen Auseinandersetzungen mit Vertretern des Ostblocks sein mögen. Es kommt darauf an, der anderen Seite keinen Einbruch zu gestatten. Die Wiedervereinigung als nationales Ziel anzustreben, ist nicht nur Sache der Regierung, sondern bedarf der Mitwirkung eines jeden einzelnen Staatsbürgers[37].

Der dezentrale und diversifizierte Charakter des bundesdeutschen Wissenschaftssystems erschwerte der Politik jedoch den Versuch, als zentrales Lenkungsorgan in den Wissenschaftsbeziehungen der Bundesrepublik mit dem Ausland aufzutreten. Zwar deutet das rege Wirken des AA auf Bestrebungen der Exekutive hin, den Auftritt bundesdeutscher Wissenschaftler im Ausland für politische Ziele zu nutzen, doch wußte die Politik um ihre Grenzen, die die Selbstverwaltungsorganisation der Wissenschaft und die Kulturhoheit der Länder infolge der föderalen Struktur der Bundesrepublik zentralisierenden Tendenzen zu setzen vermochten[38]. Wollte die Politik ihren Einfluß ausdehnen, mußte sie die Abstimmungsfrequenz mit den unterschiedlichen wissenschaftspolitischen Organisationen erhöhen und auf die Interessenkonvergenz der Wissenschaftler bauen.

Oft blieb ihr nur die subsidiäre Betätigung, um für ihre politischen Anliegen zu werben. Auf diese Weise machte sie den bundesdeutschen Wissenschaftlern den von ihnen erwarteten nationalen Einsatz für das Vaterland im wahrsten Sinne des Wortes ›schmackhaft‹. Im März 1965 erhielten die Botschaften die Anweisung, deutsche Delegationsteilnehmer vor Beginn eines Kongresses zu einem Empfang einzuladen, um sie »der Unterstützung der Vertretung in allen politischen Fragen zu versichern«. Doch damit nicht genug:

Bei allen Kongressen empfiehlt sich ferner ein Abschlußempfang, zu dem neben den deutschen Wissenschaftlern und ausländischen Kongreßteilnehmern die Organisatoren des Kongresses (Kongreßleitung und Vorstand der jeweiligen internationalen Vereinigung), Vertreter

[37] Ergebnisprotokoll der Besprechung mit Spitzenvertretern der deutschen Wissenschaft am 12. Juli 1965, 15.00 Uhr, im Sitzungssaal des Ministerflügels des Auswärtigen Amtes unter Vorsitz von Herrn Staatssekretär Lahr, 19.7.1965; PA/AA, B 94, Bd. 1.544.

[38] Vgl. Peter WEINGART, Wissenschaft und Forschung, in: Bernhard SCHÄFERS, Wolfgang ZAPF (Hg.), Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands, Opladen 1998, S. 720–731.

der zuständigen Behörden und der Wissenschaft sowie der Presse des Gastgeberlandes eingeladen werden sollten[39].

Nachdem es Bonn mit solchen und ähnlichen Reizen bis 1965 gelungen war, die Anerkennung der DDR durch Staaten außerhalb des Ostblocks zu blockieren und die internationale Akzeptanz deutscher Zweistaatlichkeit zu verhindern, näherte sich mit dem XII. Internationalen Historikerkongreß in Wien eine neue Bewährungsprobe, die einen tieferen Einblick in das Verhältnis der Politik zur Wissenschaft auf bundesdeutscher Seite bietet.

Der schmale Grat zwischen politischem Dirigismus und der Freiheit der Wissenschaft

Die hier [in Stockholm] zu Tage tretende aggressive Haltung der SBZ-Historiker wurde damit begründet, daß eben durch Deutschland eine ideologische Demarkationslinie gehe, die zu einem besonders avantgardistischen Auftreten zwinge. Diese Haltung der SBZ-Historiker ließ befürchten, daß es auf dem XII. Internationalen Historikerkongreß [in Wien] zu noch schärferen Auseinandersetzungen kommen werde, zumal auch zahlreiche Publikationen der Deutschen Historiker-Gesellschaft in diese Richtung deuteten[40].

Entspannung und Dialogwille über die ideologischen Grenzen hinweg mit der daraus erwachsenen Bereitschaft, den Status quo in den internationalen Beziehungen und besonders auch in Deutschland zu akzeptieren, brachte die bundesdeutsche Diplomatie Mitte der 1960er Jahre innen- wie außenpolitisch in die Bredouille. So wie die Bundesregierung in der Frage der Hallstein-Doktrin international erpreßbar wurde – die Staaten der Dritten Welt ließen sich ihre Disziplin zumeist großzügig bezahlen – und in steter Regelmäßigkeit die begrenzten offensiven Möglichkeiten der Hallstein-Doktrin zu spüren bekam[41], wußten die bundesdeutschen Historiker um den symbolischen und damit pekuniären Wert ihrer Wissenschaft. So nahm der Kieler Historiker und Schriftführer des VHD Kurt Jordan die ostdeutschen Aktivitäten im Vorfeld des Wiener Kongresses zum Anlaß, um einen Kostenübernahmeantrag an das AA mit (deutschland-)politischen Argumenten zu begründen:

Nach unseren bisherigen Informationen ist damit zu rechnen, daß die Geschichtswissenschaft der SBZ und der Ostblockstaaten auf diesem Kongreß in Wien sehr stark vertreten sein werden und voraussichtlich dieses internationale Forum dazu benutzen, um – insbesondere auf dem Gebiet der neueren und neuesten Geschichte – eine verstärkte Aggressivität gegenüber

[39] AA an alle diplomatischen und berufskonsularischen Vertretungen der Bundesrepublik Deutschland, Betr.: Verhinderung des Eindringens der SBZ in nichtstaatliche internationale Organisationen (NGO = Non Governmental Organizations) auf dem Gebiet der Wissenschaft; hier: verbesserte Abwehrmaßnahmen [März 1965]; PA/AA, B 94, Bd. 1.544.

[40] Bundesdeutsche Botschaft in Wien an AA, 7.9.1965; PA/AA, B 94, Bd. 2101.

[41] Vgl. Manfred GÖRTEMAKER, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart, München 1999, S. 412f.

der westdeutschen Geschichtswissenschaft zu entfalten. Aus diesem Grunde wäre es erwünscht, daß möglichst viele Historiker aus der Bundesrepublik an diesem Kongreß teilnehmen könnten. Eine solche Teilnahme wird sich in vielen Fällen, gerade bei jüngeren Fachkollegen, jedoch nur dann ermöglichen lassen, wenn sie einen Zuschuß zu den Reise- und Aufenthaltskosten erhalten. Deshalb wären wir dem Auswärtigen Amt für eine Bewilligung sehr dankbar[42].

Nachdem das AA dem VHD 1960 noch 10 000,– DM zur Verfügung gestellt hatte, erschwerten die mittlerweile mit den Bundesländern getroffenen Abmachungen jedoch eine erneute Kostenübernahme infolge neuer Kompetenzverteilungen:

Nach einer zwischen dem Auswärtigen Amt und den Kultusministerien der Länder getroffenen und seit längerer Zeit praktisch durchgeführten Vereinbarung sind die einzelnen Länderkultusministerien für Anträge dieser Art zuständig, wenn der Kongreßort in Europa gelegen ist. Dies gilt für den Fall, daß die Universitäten nicht in der Lage sind, die erforderlichen Beihilfen bereitzustellen [...]. Es bedarf keiner besonderen Erläuterungen, daß es beim Auswärtigen Amt außerordentlich begrüßt werden würde, wenn an dem o.a. Kongreß möglichst viele deutsche Historiker teilnehmen können[43].

Mehr Glück hatte der VHD dann aber beim Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, das eine Beihilfe in Höhe von 10 000,– DM bewilligte[44]. Der deutsch-deutsche Systemwettbewerb auf internationaler Bühne war damit in den 1960er Jahren ein nahezu permanenter Anlaß für Aushandlungsprozesse zwischen Politik und Wissenschaft, in denen sich die damals führenden westdeutschen Historiker als verläßliche Vertreter »nationaler Interessen« und treue Verbündete der von Adenauer betriebenen Westintegration zeigten. Im Gegenzug ließen sie sich ihre Loyalität jedoch zugunsten ihrer Disziplin bezahlen, denn sie wußten um die politische Bedeutung der Geschichtswissenschaft im Systemkonflikt. Ob sich in diesen Aushandlungsprozessen die Grenzen zwischen Politik und Wissenschaft in der Bundesrepublik als Folge des steigenden Konformitätsdrucks verschoben, soll dabei auf den nächsten Seiten beleuchtet werden.

Die bundesdeutschen Vorbereitungen auf den Internationalen Historikerkongreß in Wien spiegeln die letzte Phase eines Anpassungsprozesses, in dem es von den Grundsätzen der 1950er Jahre Abschied zu nehmen galt, wie Peter Graf von Kielmansegg zutreffend schreibt: »Die häßliche Wirklichkeit, die Existenz eines zweiten deutschen Staates, ließ sich nicht länger leugnen, was immer über seine Legitimität zu sagen sein mochte«[45]. Da auch immer

[42] Prof. Dr. Kurt Jordan (Schriftführer des Verbandes der Historiker Deutschlands) an die Kulturabteilung des AA; Betr.: 12. Internationaler Historikerkongreß in Wien (29.8.–5.9.1965), 28.1.1965; PA/AA, B 94, Bd. 2101.

[43] Kulturabteilung des AA an Prof. Dr. Jordan, 4.2.1965; PA/AA, B 94, Bd. 2101.

[44] Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen an AA und BMWF, 30.6.1965; PA/AA, B 94, Bd. 2101.

[45] Peter Graf VON KIELMANSEGG, Nach der Katastrophe. Eine Geschichte des geteilten Deutschland, Berlin 2000, S. 513.

weniger Wissenschaftler aus dem westlichen Ausland bereit waren, die politische Isolierung der DDR und ihrer Historiker ohne weiteres hinzunehmen, stand nicht mehr die Frage ob, sondern vielmehr wann Bonn die Hallstein-Doktrin aufgeben würde, auf der Tagesordnung der internationalen Politik. Diesen Zeitpunkt galt es jedoch so weit wie möglich hinauszuschieben, so daß auch die bundesdeutsche Botschaft in Wien vor dem Kongreß ihre Aktivitäten auszudehnen hatte. Daß sie sich auf die Symbolik und die Äußerlichkeiten beschränkte, um »allen dem Alleinvertretungsrecht der Bundesrepublik entgegenstehenden Maßnahmen vorzubeugen«, mag man als Selbstbeschränkung auf das diplomatische Feld interpretieren, spricht allerdings auch für die eingeschränkten Handlungsspielräume, über die die Bonner Diplomatie nur noch verfügte. Auch die empfohlene Kontaktaufnahme zur Kongreßleitung und »ggf. eine vorbereitende Demarche im Außenministerium« in Wien kamen eher Rückzugsgefechten gleich, um die Bezeichnung »DDR« und das »Zeigen der Spalterflagge« zu vermeiden und eine gemeinsame Herkunftsbezeichnung für alle deutschen Teilnehmer zu erreichen:

›Herr (Frau) X (Herkunftsort, Deutschland)‹. Nur im äußersten Notfall kann auf die Bezeichnung ›Bundesrepublik Deutschland‹ und für die Sowjetzone in Anwendung der in den Vereinten Nationen üblichen Terminologie ›Ostdeutschland‹ ausgewichen werden. Das Wort ›Deutschland‹ sollte dabei möglichst im Druck hervorgehoben werden [...]. Über Schwierigkeiten bei der Durchsetzung des Alleinvertretungsrechts der Bundesrepublik Deutschland ist umgehend – erforderlichenfalls drahtlich – zu berichten[46].

Nach einer »Fühlungnahme« mit dem Generalsekretär des Kongresses konnte die bundesdeutsche Botschaft in Wien beruhigt berichten, daß die DDR nicht durch eine Delegation, sondern nur durch Einzelpersonen vertreten sein wird[47]. Diese Beteuerungen reichten dem AA aber nicht, so daß es sich an den Präsidenten des VHD, den Kieler Professor Karl Dietrich Erdmann, mit der Frage wandte, »ob und welche Möglichkeiten Sie sehen, der Bedrohung der gesamtdeutschen Interessen auf der internationalen Historikertagung zu begegnen. Insbesondere würde hier interessieren, ob im Internationalen Historiker-Verband eine gesamtdeutsche Vertretung besteht und diese auf Betreiben der SBZ gespalten werden soll«[48]. Die Antwort Erdmanns dürfte das AA nicht eben beruhigt haben, denn er vermutete, »daß das ›Nationalkomitee der Historiker der DDR‹ einen solchen Antrag vorlegen wird. Offen ist, wie die verschiedenen Nationaldelegationen sich dazu einstellen werden. Es ist ihnen bekannt, daß auch in der westlichen Welt außerhalb der offiziellen Politik eine

[46] AA an die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Wien, 2.3.1965; PA/AA, B 94, Bd. 2101.

[47] Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Wien an AA, 30.3.1965; PA/AA, B 94, Bd. 2101.

[48] AA an Karl Dietrich Erdmann, 8.7.1965; PA/AA, B 94, Bd. 2101.

wachsende Neigung besteht, die sogenannten Tatsachen anzuerkennen und die Spaltung Deutschlands als ein Faktum hinzunehmen«[49]. Der französische Historiker Michel François, Generalsekretär des CISH, galt Erdmann keinesfalls als Garant für die Vertretung bundesdeutscher Interessen, so daß er dem AA zu einem vorsichtigen Vorgehen bei dem Vorhaben riet, über die UNESCO in Erfahrung zu bringen[50], welche Mitglieder dem Comité angehören und wie die deutsche Vertretung geregelt sei:

Herr François, dessen Verhalten nicht immer ganz durchsichtig ist, der aber wohl auch in Frankreich unter andersartigen Einflüssen steht, würde aus einer solchen Anfrage ersehen, daß nicht nur der Verband der Historiker Deutschlands, sondern auch die Bundesrepublik als Mitglied der UNESCO an dem Problem der deutschen Vertretung im Internationalen Komitee ein besonderes Interesse nimmt. Eine solche Anfrage müßte mit einer gewissen Zurückhaltung durchgeführt werden, um nicht das bestehende korrekte, kollegiale Verhältnis zwischen den deutschen Historikern und dem in Paris residierenden Internationalen Komitee zu stören.

Im Rahmen der Bemühungen, »der SBZ mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten«, übersandte das AA die Einschätzung Erdmanns an den Ständigen Deutschen Delegierten bei der UNESCO und stellte ihm anheim, ob und in welcher Weise diese Anregung aufgenommen werden könne[51].

Wie schon im Vorfeld des Stockholmer Kongresses, als Gerhard Ritter zu den privilegierten Ansprechpartnern des AA gehört hatte[52], fragten die Bonner Diplomaten auch nun wieder bei dem Freiburger Historiker an, »ob es ihm zweckmäßig erscheine und möglich sei, die verschiedenen Nationaldelegationen in der Frage der deutschen Mitgliedschaft um ein für uns positives Votum zu ersuchen und ob gegebenenfalls diplomatische Demarchen mit dem gleichen Ziel seine Bemühungen unterstützen würden«[53]. Ritters Antwort, die von Erdmann geteilt wurde[54], war auch jetzt wieder eindeutig und weist auf einen Charakterzug der bundesdeutschen Zeitgeschichtsschreibung hin, die seit ihrer Konstituierung Ende der 1940er Jahre demonstrativ ihren historischen Objektivitätsglauben und wissenschaftliche Unabhängigkeit gegenüber der Politik betonte, wie Ralph Jessen schreibt: »Zwar sahen es die Zeithistoriker der frühen Bundesrepublik als ihre Aufgabe an, ihren Teil zur historischen Aufklärung und politischen Willensbildung beizutragen; eine Einmischung politischer Interessen in den Wissenschaftsbetrieb wiesen sie

[49] Karl Dietrich Erdmann an AA, 9.7.1965; PA/AA, B 94, Bd. 2101. Hier folgendes Zitat.
[50] Das CISH wurde als Mitglied des »Conseil international de la philosophie et des sciences humaines« (CIPSH) indirekt von der UNESCO finanziert.
[51] AA an Ständigen Deutschen Delegierten bei der UNESCO, 23.7.1965; PA/AA, B 94, Bd. 2101.
[52] Vgl. CORNELISSEN, Gerhard Ritter (wie Anm. 7), S. 452f.
[53] AA an Gerhard Ritter, 21.7.1965; PA/AA, B 94, Bd. 2101.
[54] Vgl. Karl Dietrich Erdmann an AA, 30.7.1965; PA/AA, B 94, Bd. 2101.

jedoch scharf zurück«[55]. So wandte sich dann auch ein so staatstragender und national gesinnter Historiker wie Ritter gegen ein übermäßiges Einwirken der Politik:

Auf keinen Fall halte ich ein direktes Eingreifen des Auswärtigen Amtes für erwünscht und zweckmäßig. Ich fürchte, das würde als politische Einmischung in das Leben eines freien Gelehrtenverbandes empfunden werden und nur unerfreuliche Wirkungen auslösen[56].

Ritters Einschätzung, nach der die DDR-Historiker keinen Mitgliedschaftsantrag stellen würden, nahm das AA in Bonn mit Erleichterung auf, doch wollte es »jedes Überraschungsmoment« ausschalten, so daß es den Freiburger Historiker bat, in Erwägung zu ziehen, »ob Sie im Rahmen Ihrer freundschaftlichen Beziehungen zu Herrn François an diesen in der oben erwähnten Angelegenheit herantreten könnten«. Daß es mit dieser Bitte eine sensible Gratwanderung vollzog, schien auch dem AA bewußt gewesen zu sein:

Abschließend darf Ihnen das Auswärtige Amt versichern, daß ihm jede politische Einmischung in die Freiheit der Wissenschaft fern liegt und es lediglich bemüht ist daran mitzuwirken, daß diese Freiheitssphäre von politischem Mißbrauch bewahrt bleibt. Das Auswärtige Amt dankt Ihnen für Ihre Bemühungen um die Wahrung der gesamtdeutschen Interessen im Internationalen Historikerverband[57].

Ritter schien die Grenzen jedoch nicht überschritten zu sehen, so daß er sich bei Michel François erkundigte und von ihm die bestätigende Nachricht erhielt, daß das Nationalkomitee der DDR keinen Antrag auf Mitgliedschaft im CISH gestellt habe[58]. Welche wertvollen Dienste Ritter dem AA im vorpolitischen Raum leistete, konnte die Bonner Behörde auch aus der Antwort des bundesdeutschen Delegierten bei der UNESCO herauslesen:

Von französischer Seite konnte ich erfahren, daß Professor Michel François der Geschichtsschreiber der französischen Widerstandsbewegung gegen die deutsche Besatzungsmacht ist, und es wurde mir geraten, an ihn nicht heranzutreten, da er eine sehr schwierige Persönlichkeit sei. Im übrigen meinte der französische Gewährsmann, daß nicht anzunehmen sei, daß Professor François gegen die amtliche Linie der französischen Außenpolitik wie auch gegen die bisherige Linie der UNESCO verstoßen würde, indem er sich für eine Aufnahme der Sowjetzone in das Comité International des Sciences Historiques einsetzen werde[59].

Die im Vorfeld so sehr gefürchteten deutsch-deutschen Auseinandersetzungen fanden zur Überraschung der westdeutschen Seite auf dem Kongreß nicht

[55] Ralph JESSEN, Zeithistoriker im Konfliktfeld der Vergangenheitspolitik, in: Konrad H. JARAUSCH, Martin SABROW (Hg.), Verletztes Gedächtnis. Erinnerungskultur und Zeitgeschichte im Konflikt, Frankfurt a.M., New York, S. 153–175, hier S. 163.

[56] Ritter führte weiter aus: »Wir haben immer Wert darauf gelegt und tun es auch jetzt noch zu wissen, daß das Auswärtige Amt hinter unseren Bemühungen steht, die Mitgliedschaft von zwei Historikerverbänden im CISH zu verhindern, und ich denke, eben deshalb werden wir uns auch immer bemühen, das Auswärtige Amt laufend über den Stand der Dinge und Fragen zu orientieren«; Gerhard Ritter an AA, 26.7.1965; PA/AA, B 94, Bd. 2101.

[57] AA an Gerhard Ritter, 3.8.1965; PA/AA, B 94, Bd. 2101

[58] Gerhard Ritter an AA, 18.8.1965; PA/AA, B 94, Bd. 2101.

[59] Deutscher Delegierter bei der UNESCO an AA, 30.8.1965; PA/AA, B 94, Bd. 2101.

statt. Die ostdeutschen Historiker hätten die Diskussionen nach Einschätzung der Botschaft in Wien betont sachlich geführt und sich auch für persönliche Kontakte zugänglich gezeigt, »so daß fachlich und menschlich eine unerwartet gute Atmosphäre herrschte [...]. Wenn sich auch nicht erkennen ließ, ob besondere Gründe für dieses Verhalten bestimmend waren, so dürfte doch das schon seit längerer Zeit zu beobachtende Interesse, das der Ostblock an kulturellen Kontakten mit dem Westen zeigt, wesentlich zu diesem konzilianten Verhalten auf dem XII. Internationalen Historikerkongreß in Wien beigetragen haben«[60]. Diese Auffassung teilte auch Karl Dietrich Erdmann, der das korrekte Umgehen miteinander u.a. darauf zurückführte,

daß sich die Historiker der Sowjetunion und insbesondere der Leiter der sowjetischen Delegation, Professor Guber, uns bundesdeutschen Historikern ganz ausgesprochen kollegialfreundschaftlich gegenüber verhielten. Wahrscheinlich hat für dieses atmosphärische Moment sich die Teilnahme einiger deutscher Kollegen an einem Kongreß in Moskau im April d.J. sehr vorteilhaft ausgewirkt. Mit Herrn Guber war ich übrigens darin einig, daß für den 1970 in Moskau stattfindenden Internationalen Historikerkongreß unter allen Umständen dafür Vorsorge getroffen werden müsse, daß es zu einer wirklichen Diskussion gegensätzlicher Standpunkte und nicht nur zu einer Abfolge von Referaten kommen sollte. Hier scheint sich also die Möglichkeit einer positiven Zusammenarbeit anzubahnen. Wieweit das Verhältnis der Kollegen aus der SBZ uns gegenüber hiervon in Zukunft beeinflußt sein wird, bleibt abzuwarten[61].

Relativ schnell zeigte sich jedoch, daß sich die Wege der beiden deutschen Geschichtswissenschaften trennten, was von ostdeutscher Seite im Anschluß an den Wiener Kongreß als Normalisierung angesehen wurde:

Dieses moderierte Verhalten war ein Anzeichen dafür, daß sich die Geschichtswissenschaft der BRD von nun an daran gewöhnen mußte, auf den Internationalen Historikerkongressen die Präsenz einer sozialistischen deutschen Geschichtswissenschaft hinzunehmen – einer Geschichtswissenschaft, die mit eigenen Forschungsleistungen aufwartet und gleichberechtigt am Leben der internationalen Historiographie teilnimmt[62].

Weil es schließlich auch für die internationale Historikerzunft unmöglich wurde, die DDR nicht als Staat anzuerkennen, wurde das NK der DDR auf dem XIII. Internationalen Historikerkongreß in Moskau in das CISH aufgenommen, was für das ostdeutsche NK die Gelegenheit war, die letzten deutschdeutschen Brücken abzubrechen, zu denen u.a. die Internationale Bibliogra-

[60] Botschaft der BRD in Wien an AA, 30.3.1965; PA/AA, B 94, Bd. 2101.

[61] Karl Dietrich Erdmann setzte auch in den folgenden Jahren für den Ausbau der Kontakte zwischen westdeutschen und sowjetischen Historikern ein und nutzte den XIII. Internationalen Historikerkongreß im August 1970 in Moskau, um ein Treffen zwischen beiden Seiten zu organisieren. Der Präsident des VHD, Theodor Schieder, setzte sich auf Erdmanns Anregung mit dem Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft und der DFG in Verbindung, die beide die Bereitschaft zur Finanzierung des Projekts bekundeten; Vermerk des Referates IV 5 zum Kontakt zwischen deutschen und sowjetischen Historikern, 9.2.1971; PA/AA, B 94, Bd. 2101.

[62] Horst HAUN, Die Geschichtswissenschaft der DDR auf dem Internationalen Historikerkongreß 1965 in Wien (unveröffentlichtes Manuskript), S. 58.

phie der Geschichtswissenschaften gehörte, wie Hermann Heimpel im Januar 1971 Karl Ferdinand Werner mitteilte:

Nachdem, wie Sie wissen werden, die Historikergesellschaft der DDR auf dem Moskauer Kongreß in das Internationale Comité aufgenommen ist, hatte dieses, d.h. Herr Professor Engelberg, nichts Eiligeres zu tun, als uns die Zusammenarbeit zwischen Ost-Berlin, Leipzig und Göttingen aufzusagen bzw. aufsagen zu lassen. Die andere Seite wird vom Jahrgang 1970 ab ihre Produkte unmittelbar an Herrn Tolu in Paris schicken[63].

Fazit

Die ideologische und institutionelle Teilung der deutschen Geschichtswissenschaft war ein langjähriger Prozeß gegenseitiger Abgrenzung, der sowohl von äußerer Blockbildung als auch von innerer Demarkation geprägt war. Doch während sich die staatliche Teilung bereits 1949 vollzogen hatte, wirkte das universalistische Selbstverständnis von Wissenschaft mit seinem grenzüberschreitenden Anspruch einer schnelleren Entfremdung entgegen. Auch wenn die Hallstein-Doktrin ab Mitte der 1960er Jahre immer mehr als anachronistisches Gebilde in einem nach Entspannung strebenden Ost-West-Konflikt daherkam, so förderte sie nicht nur die Ostbezogenheit, sondern räumte auch der Geschichtswissenschaft als herausgehobenem Austragungsort des »deutschen Sonderkonflikts« eine Schlüsselposition ein. Dabei ging es beiden Seiten jeweils um die Beweisführung der eigenen Überlegenheit, die mit abwertenden Urteilen über die Gegenseite einherging. Auf diese Weise blieben sich beide Historiographien im Gegensatz kommunikativ verbunden.

Die ideologische Konfrontation der Blöcke mit dem ihr inhärenten Konformitätsdruck ließ diese unterschiedlichen Systemrationalitäten auch in der Bundesrepublik so manches Mal ins Schwanken geraten, denn gerade die Zeitgeschichte hatte sich immer wieder »Verwertungsinteressen« auf Seiten der Politik zu stellen, die besonders in der Konkurrenz zur DDR auf die fließenden Grenzen »zwischen politisch-normativen und wissenschaftlichen Urteilen« baute. Charakteristisch für das Verhältnis von historischer Wissenschaft und Politik im Umfeld der hier behandelten Historikerkonferenzen waren jedoch permanente Aushandlungsprozesse um Geschichte als »geeignete Mobilisierungsressource im politischen Kampf um Einfluß und Macht«[64] auf der einen und historischem Wissen als Produkt wahrheitsgetreuer Rekonstruktionen und Traditionskritik auf der anderen Seite. Daß

[63] Hermann Heimpel an Karl Ferdinand Werner, 5.1.1971; ADHIP, Bd. 428.

[64] Edgar WOLFRUM, Geschichte als Waffe. Vom Kaiserreich bis zur Wiedervereinigung, Göttingen 2001, S. 5.

Geschichtswissenschaft und Politik in der Bundesrepublik »aufeinander bezogene Sphären mit unterschiedlichen Interessen, Rationalitätskriterien und Wahrheitsansprüchen« blieben, zeithistorische Forschung aber nicht – wie Ralph Jessen schreibt – umstandslos durch politische Legitimationsinteressen vereinnahmt wurde[65], lag zum einen an den föderalen Strukturen von Wissenschaft und Forschung, die gemeinsam mit dem Prinzip der Selbstverwaltung ein institutioneller Riegel gegen politische Machtfülle waren. Zum anderen wußten Politiker wie Historiker, daß Politikferne der Wissenschaft im innerdeutschen Systemwettstreit auch in den internationalen Beziehungen ein ›Standortvorteil‹ war.

Das kurz angeschnittene Beispiel der Widerstandsgeschichtsschreibung deutet auf deutsch-deutsche Polarisierungs- und innere Homogenisierungstendenzen hin, die Folge der »Territorialisierung des Gegensatzes von ›marxistisch‹ und ›bürgerlich/nichtmarxistisch‹«[66] waren und in dieser Weise bei den westlichen und östlichen Nachbarn nicht anzutreffen waren. Die bundesdeutsche Geschichtswissenschaft blieb dabei bis in die 1960er Jahre von neorankeanischen Vertretern wie Ritter, Rothfels und Erdmann dominiert, die aus einer »Burgsicherungsmentalität« heraus methodisch wie programmatisch sehr deutsch blieben. So verstanden sie die internationalen Historikerkongresse nicht als willkommene Ideenbörse, sondern konzentrierten sich auf den deutsch-deutschen Systemkonflikt, der für sie zugleich zur Folie wurde, mit der sie sich anderen historischen Schulen näherten. Thomas Etzemüller interpretiert diese Haltung sehr einleuchtend: »Man verteidigte deutsche Werte gegen den Westen, sah sich aber zugleich als Verteidiger westlicher Werte gegen den Osten«[67].

Die konsequente Ablehnung der französischen »Annales« durch Ritter als Folge der für die bundesdeutsche Gesellschaft so typischen Angst vor kommunistischer »Unterwanderung« ist nur ein Beispiel für die schmalere historiographische Spannbreite der bundesdeutschen Geschichtswissenschaft im Vergleich zu anderen westlichen Ländern. Die deutsch-deutsche Konkurrenzsituation bremste damit in diesen Jahren die ohnehin »langsame Weiter-

[65] Ralph JESSEN, Zeithistoriker im Konfliktfeld der Vergangenheitspolitik, in: Konrad H. JARAUSCH, Martin SABROW (Hg.), Verletztes Gedächtnis. Erinnerungskultur und Zeitgeschichte im Konflikt, Frankfurt a.M., New York, S. 153–175, hier S. 157.

[66] Matthias MIDDELL, Schwierigkeiten des Historiographievergleichs – Bemerkungen anhand der deutsch-deutschen Nachkriegssituation, in: Christoph CONRAD, Sebastian CONRAD (Hg.), Die Nation schreiben. Geschichtswissenschaft im internationalen Vergleich, Göttingen 2002, S. 360–395, hier S. 374.

[67] Thomas ETZEMÜLLER, Sozialgeschichte als politische Geschichte. Werner Conze und die Neuorientierung der westdeutschen Geschichtswissenschaft nach 1945, München 2001, S. 306.

entwicklung«[68] des »politisch-moralisch gezähmten Historismus« (Ernst Schulin), so daß methodische und inhaltliche Modernisierungsschübe durch den Austausch mit der internationalen Historikerwelt erst mit ›Retardwirkung‹ einsetzten. Um die westdeutsche Historiographie zu erweitern bzw. zu internationalisieren, bedurfte es erst des Generationswechsels und eines »Wandels durch Annäherung« ab Ende der 1960er Jahre, was dann auch den internationalen Historikerkongressen zugute kam.

[68] Ernst SCHULIN, Zur Entwicklung der deutschen Geschichtswissenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg. Versuch eines Überblicks, in: Jürgen KOCKA u.a. (Hg.), Von der Arbeiterbewegung zum modernen Sozialstaat. Festschrift für Gerhard A. Ritter zum 65. Geburtstag, München 1994, S. 831–846, hier S. 835.

ERNST SCHULIN

ZUSAMMENFASSUNG UND AUSBLICK

Zum Abschluß dieses Bandes kommt mir die Aufgabe zu, zugleich eine Zusammenfassung und einen Ausblick zu präsentieren. Stützen kann ich mich dabei nicht auf neue eigene Studien, sondern muß auf meine schon vor Jahren angestellten Forschungen zurückgreifen. Beinahe noch immer kann ich mich auf meine Rolle als Zeitzeuge berufen. Da reicht meine Erfahrung und Mitwirkung vom Studium 1949 bis zum Bielefelder »Geschichtsdiskurs«, der zwischen 1991 und 1997 stattfand[1]. Darüber hinaus konnte ich in den letzten Jahren mit großem Interesse verfolgen, wie junge Historiker sich der Historiographiegeschichte annehmen. Das Interesse an diesem Gebiet war nicht immer so stark. Als Hermann Heimpel, der Gründungsdirektor des Max-Planck-Instituts für Geschichte, 1958 als dessen erste Publikation meine Dissertation über »Die weltgeschichtliche Erfassung des Orients bei Hegel und Ranke« herausbrachte, erregte das die (nur mündlich geäußerte) Mißbilligung von Gerhard Ritter: dies sei ein bedenklicher Anfang; Historiker sollten über Geschichte schreiben, nicht über andere Historiker und ihre überholten Ansichten. Tatsächlich taten das damals auch nur wenige. Ich selbst beschäftigte mich mit Historiographiegeschichte nur nebenbei, aber kontinuierlich. Erst nach 1968 wurde das allgemeine Interesse daran größer, vor allem an der kritischen Betrachtung der so nationalbezogenen deutschen Geschichtswissenschaft des 19. und 20. Jahrhunderts[2].

Im Jahre 1985 veranstalteten Georg G. Iggers und ich die wohl erste historiographiegeschichtliche Tagung, und zwar über »Alte und neue Richtungen der deutschen Geschichtswissenschaft 1918–1933«. Eine Publikation kam mangels finanzieller Unterstützung nicht zustande. Dies gelang erst bei der nächsten Tagung über die »Deutsche Geschichtswissenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg (1945–1965)«, die 1986 im Historischen Kolleg in München stattfand. Eigentlich sollten beide Tagungen einen Vergleich zwischen der unterschiedlichen Entwicklung nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg ermöglichen, um nachzuweisen, daß die Entwicklung nach 1945 entschieden günstiger war. Der von der zweiten Tagung angeregte Band von Winfried

[1] Wolfgang KÜTTLER, Jörn RÜSEN, Ernst SCHULIN (Hg.), Geschichtsdiskurs in 5 Bänden, Frankfurt a.M. 1993–1999.

[2] Ein Hauptbeispiel: Hans-Ulrich WEHLER (Hg.), Deutsche Historiker, Bd. I–IX, Göttingen 1971–1982.

Schulze wurde 1989 publiziert[3], also gerade rechtzeitig zur großen politischen Wende in Osteuropa, mit der dann auch ein neues wissenschaftsgeschichtliches Interesse einsetzte. Davon war der schon genannte »Geschichtsdiskurs« in Bielefeld geprägt, der übrigens noch zu Lebzeiten der DDR geplant worden war und nun, neben der Vielfalt der neuen Geschichtsbereiche und -methoden, das Problem des Endes einer weit ausgebreiteten ideologisch kontrollierten Geschichtswissenschaft besprechen mußte.

Im letzten Jahrzehnt waren diejenigen Historiker, die in der Anfangszeit der Bundesrepublik prägend gewirkt hatten, verstorben, und diejenigen, die man als Kriegsjugendgeneration und als unmittelbare Nachkriegsgeneration des Zweiten Weltkrieges bezeichnen kann, waren oder wurden emeritiert. Jetzt – viele sagen: jetzt erst – wurden sehr viel kritischere Untersuchungen über die deutschen Historiker der NS-Zeit durchgeführt, speziell über diejenigen, die dann in der Bundesrepublik führende Rollen gespielt haben. Insofern wurden die Forschungen über die NS-Zeit und über die Anfangszeit der Bundesrepublik verbunden. Neuartige Darstellungen der entsprechenden strategischen »Vernetzungen« und »Beziehungsverflechtungen« der Historiker untereinander (mit ihren »Neuverflechtungen« nach 1945) stehen dabei neben der altbewährten Form der (meist sehr breit angelegten) Einzelbiographie. Auch einige Selbstbiographien von Historikern gibt es (auch von solchen aus der DDR), Befragungen (»Versäumte Fragen«), Beiträge zur Erinnerungskultur, – außerordentlich viel insgesamt[4]. Und Lutz Raphael hat 2003 einen Gesamtüberblick über die Geschichtswissenschaft des 20. Jahrhunderts vorgelegt. Denn: »Wissenschaftliche Geschichtsschreibung führt einen ständigen Dialog mit sich selbst«[5]. Wolfgang Reinhard hat das ganz allgemein für das gegenwärtige Geschichtsinteresse festgestellt: »Wir fragen nicht mehr nach der realen Geschichte, die sich wieder in Geschichten auflöst, sondern nach den

[3] Ernst SCHULIN unter Mitarbeit von Elisabeth MÜLLER-LUCKNER (Hg.), Deutsche Geschichtswissenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg (1945–1965), München 1989; Winfried SCHULZE, Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945, München 1989.

[4] Nur einige Beispiele: Winfried SCHULZE, Otto Gerhard OEXLE (Hg.), Deutsche Historiker im Nationalsozialismus, Frankfurt a.M. 1999; Anne Christine NAGEL, Im Schatten des Dritten Reiches. Mittelalterforschung in der Bundesrepublik 1945–1970, Göttingen 2005; Christoph CORNELISSEN, Gerhard Ritter. Geschichtswissenschaft und Politik im 20. Jahrhundert, Düsseldorf 2001; Dietrich GEYER, Reußenkrone, Hakenkreuz und Roter Stern. Ein autobiographischer Bericht, Göttingen 1999; Fritz KLEIN, Drinnen und Draußen. Ein Historiker in der DDR. Erinnerungen, Frankfurt a.M. 2001; Rüdiger HOHLS, Konrad H. JARAUSCH (Hg.), Versäumte Fragen. Deutsche Historiker im Schatten des Nationalsozialismus, Stuttgart, München 2000; Konrad H. JARAUSCH, Martin SABROW (Hg.), Verletztes Gedächtnis. Erinnerungskultur und Zeitgeschichte im Konflikt, Frankfurt a.M. 2002.

[5] Lutz RAPHAEL, Geschichtswissenschaft im Zeitalter der Extreme. Theorien, Methoden, Tendenzen von 1900 bis zur Gegenwart, München 2003, S. 13.

Vorstellungen (den Erfindungen) von Geschichte, die für uns zur eigentlichen Realität geworden sind«[6].

Das Thema, der »wissenschaftsgeschichtliche Ansatz« dieses hier vorliegenden Sammelbandes, ist die deutsche Geschichtswissenschaft »nach 1945« – gemeint sind die ersten 15 bis 20 Jahre danach – in ihrer langsamen Erneuerung, speziell durch neue historisch-gesinnungsmäßige und institutionelle, allmählich auch methodische Verbindung mit der internationalen Geschichtswissenschaft. Im Vordergrund steht das Verhältnis von Beharrung und Wandlung bei der in Westdeutschland personell wenig veränderten Historikerschaft.

Die nationalstaatliche Bezogenheit, also die Beschränkung auf die deutsche Geschichte, blieb auch nach der Wiederaufnahme in die europäische Geschichtswissenschaft stark, wie in vielen Beiträgen betont wurde. Hier muß aber differenziert werden. Zunächst ist zu konstatieren, daß Lutz Raphael diesen Befund für das ganze 20. Jahrhundert und in allen Staaten herausarbeiten konnte, sogar noch deutlicher und durchgehender als im 19. Jahrhundert. Insofern ist die nationale Nabelschau in Deutschland überhaupt nicht aufgefallen oder gar kritisiert worden. Obwohl der Nationalstaat vorzugsweise eine Sache dieser beiden Jahrhunderte war, wurde überall gern auch die frühere Zeit darauf ausgerichtet. Sodann ist zu unterscheiden, ob es sich um die herkömmliche nationalpädagogische Bevorzugung der eigenen, also der deutschen Geschichte handelt oder um die neu erkannte Notwendigkeit, die deutsche Zeitgeschichte kritisch aufzuarbeiten. Wie bemerkt worden ist, konnte die Erweiterung auf das Abendland oder Europa demgegenüber auch eine Flucht vor dieser Notwendigkeit sein. In manchen Beiträgen ist die nationalstaatliche Bezogenheit auch in Verbindung mit der traditionellen deutschen Methode, also mit der weiteren Bevorzugung von Politikgeschichte und Geistesgeschichte gebracht worden. Die allzulange beibehaltene reservierte Einstellung zu sozioökonomischen Methoden, speziell zu denen der »Annales«, wird dann bedauert. Sicherlich ist das richtig; die Tradition wurde durch die Abwehr der marxistischen Geschichtsschreibung der DDR noch verstärkt. Ich würde hier nur, wie ich es schon früher getan habe, darauf hinweisen, daß die westdeutsche Geschichtswissenschaft in den ersten 15 bis 20 Jahren nach 1945 sicherlich nicht so positiv hätte wirken können, wie sie es zweifellos getan hat, wenn sie methodisch nicht so konservativ geblieben wäre[7].

Jedenfalls ist wichtig, daß die bleibende nationalstaatliche Bezogenheit hinsichtlich ihrer Beurteilungsmaßstäbe stark revidiert wurde. Sie wurde außerdem durch die neue deutsche Zweistaatlichkeit problematisiert. Das ist in

[6] Wolfgang REINHARD, Lebensformen Europas. Eine historische Kulturanthropologie, München 2004, S. 602.

[7] Ernst SCHULIN, Traditionskritik und Rekonstruktionsversuch. Studien zur Entwicklung von Geschichtswissenschaft und historischem Denken, Göttingen 1979, S. 140.

mehreren Beiträgen thematisiert worden. (Nur nebenbei möchte ich darauf hinweisen, daß die kritische deutsche Historiographiegeschichte, wie wir sie hier treiben, zunächst in der DDR gepflegt und dann erst, in angemessener Mäßigung, ihren in Westdeutschland verbreitet worden ist.) Außerdem ist wichtig, daß diese Bezogenheit in Richtung auf Europa oder den »Westen« überschritten wurde: durch die internationalen Historikertreffen in Speyer, durch das Institut für Europäische Geschichte in Mainz, durch die sehr weiterführenden Schulbuchkonferenzen, durch internationale Historikerkongresse, andere Tagungen und die deutschen historischen Institute (zunächst) in Rom und Paris.

Kommen wir nun zum »Ausblick«: Es ist sicherlich berechtigt, für die »Rückkehr«, vielleicht besser gesagt: für die Wiederaufnahme in die Ökumene die erste Phase der deutschen Geschichtswissenschaft nach 1945, also die bis etwa 1965, in den Blick zu nehmen. Im Zusammenhang mit der Aufarbeitung der Geschichtswissenschaft zur NS-Zeit hat diese Phase ja auch sonst jetzt Konjunktur. Wobei ich mich etwas wundere, daß Sebastian Conrad sie (in seiner Westdeutschland und Japan so interessant vergleichenden Untersuchung[8]) für ein Stiefkind der Historiographiegeschichtsschreibung hält, obwohl es doch gerade für sie, nicht für die spätere Zeit, schon seit 1989 eine Gesamtdarstellung gibt, von der alle zehren, die von Winfried Schulze[9]. Mir scheint diese erste Phase inzwischen sehr breit erforscht zu sein und ich wäre neugierig auf eine entsprechende Beschäftigung mit der folgenden Phase seit etwa 1965, also mit der Zeit der damals jüngeren Historiker, der »langen Generation«, wie sie Paul Nolte genannt hat[10].

Das hängt damit zusammen, daß es mir schwerfällt, mich an die Auslandsbeziehungen beschränkt auf die ersten 20 Jahre und zugleich beschränkt auf die damalige Historikergeneration zu erinnern. Natürlich waren die Jüngeren mit ihrer meist antinationalistischen und viel internationaleren Einstellung damals noch Studenten und Assistenten, aber sie konnten doch schon aktiv tätig sein. Man sollte nicht unterschätzen, wie sehr sich die Älteren, die ja viel unsicherer waren als frühere Ordinarien, auf sie einzustellen suchten. Wenn ich von meinen Göttinger Erfahrungen ausgehen darf: Percy Ernst Schramm verschaffte 1952 zwei Geschichtsstudenten (einer war ich) ein mehrmonatiges Stipendium, damit sie nach Spanien, also erstmals ins Ausland fahren konnten. Das Göttinger Historische Colloquium, eine studentische Verbindung, die sich ein Wohnheim baute, knüpfte sogar ohne professorale Hilfe 1954 Verbindung zum Pariser Institut d'études politiques zwecks gegenseitigen Studentenaus-

[8] Sebastian CONRAD, Auf der Suche nach der verlorenen Nation. Geschichtsschreibung in Westdeutschland und Japan 1945–1960, Göttingen 1999, S. 36.

[9] SCHULZE, Deutsche Geschichtswissenschaft (wie Anm. 3).

[10] Paul NOLTE, Die Historiker der Bundesrepublik. Rückblick auf eine ›lange Generation‹, in: Merkur 53 (Mai 1999) 5, S. 413–432.

tauschs. Beim Mainzer Institut für Europäische Geschichte handelte es sich sowieso vor allem um die Begegnung der jüngeren Generation. Es waren dort die wissenschaftlichen Mitarbeiter, die dafür sorgten, daß nicht nur westeuropäische und amerikanische, sondern auch Studenten aus den Ostblockländern eingeladen wurden.

Die Beiträge in diesem Sammelband sind weitgehend konzentriert auf die neue Verbindung zu Frankreich. Das fing 1950 in Paris bei der Wiederaufnahme deutscher Historiker in die internationale Historikergemeinschaft an, denn diese hatte aus der Zeit nach 1918 gelernt, daß eine lange weitere Ausgrenzung nur ungünstig wirken konnte. So wurden die Deutschen also eingeladen, – fünf Jahre bevor Sowjetrussen, Polen, Tschechen und die Historiker anderer Ostblockstaaten teilnehmen konnten. Tatsächlich waren mit Speyer und Mainz die französischen Kontakte dank der französischen Kulturpolitik zunächst die auffallendsten. Daneben – und neben dem behandelten italienischen Bereich – müßte aber nun auch der angloamerikanische Raum genauer berücksichtigt werden. Darauf ist nur Astrid Eckert in ihrem Beitrag über die Zeitgeschichte und das Problem der Rückgabe der deutschen Akten eingegangen. Schon das zeigte, daß es sich um eine ganz andere Art der Verbindung handelt. Sie war stark, aber nicht nur auf die deutsche Zeitgeschichte konzentriert. Das Spezifische ist, daß die Verbindung zu England und noch mehr zu den USA vor allem durch deutsche und österreichische Emigranten zustande gekommen ist, sehr früh auch durch die jüngere Generation der Emigrantenkinder wie Klaus Epstein und Georg G. Iggers. Damit hat sich 2006 eine Sektion des Konstanzer Historikertages beschäftigt[11]. Kurz vorher hat Gerhard A. Ritter eine aufschlußreiche Sammlung von Briefen der zahlreichen emigrierten Schüler Meineckes an ihren Lehrer veröffentlicht[12]. Nicht so früh, aber doch seit etwa 1962 begann das Londoner Leo-Baeck-Institut Verbindung zu jüngeren deutschen Historikern aufzunehmen (etwa zu Werner Jochmann)[13]. Dies betraf natürlich vor allem die deutsche Geschichte und ihre Revision, nicht so sehr etwas Übernationales, aber das gilt ja, wie schon betont, auch für viele andere internationale Beziehungen, wenn nicht für die meisten. Die ausländischen Stipendiaten im Mainzer Institut arbeiteten fast nur über deutsche Themen. Selbst Martin Göhring, der ein ausgewiesener Spezialist der französischen Geschichte war, sattelte als Institutsdirektor auf die

[11] Clemens WISCHERMANN u.a. (Hg.), GeschichtsBilder. 46. Deutscher Historikertag vom 19. bis 22. September [2006] in Konstanz. Berichtsband, Konstanz 2007, S. 219–221, unter dem Titel: »(R)emigrierte deutsche Historiker und das Amerikabild im Nachkriegsdeutschland«.

[12] Gerhard A. RITTER (Hg.), Friedrich Meinecke. Akademischer Lehrer und emigrierte Schüler. Briefe und Aufzeichnungen 1910–1977, München 2006.

[13] Stefanie SCHÜLER-SPRINGORUM, The ›German Question‹: The Leo Baeck Institute in Germany, in: Christhard HOFFMANN (Hg.), Preserving the Legacy of German Jewry. A History of the Leo Baeck Institute, 1955–2005, Tübingen 2005, S. 201–236.

deutsche Geschichte um, wie aus dem Beitrag von Heinz Duchhardt zu erfahren ist. Und darüber hinaus: Astrid Eckert konnte zeigen, daß die deutlichste Verbindung zu englischen und amerikanischen Historikern in deren Interesse für die deutsche Zeitgeschichte bestand. Alan Bullock schrieb die erste ernstzunehmende Hitler-Biographie, und es gab viele weitere gut geschriebene englische und amerikanische Bücher zur NS-Zeit. Man kann zwar feststellen, daß die Etablierung der deutschen Zeitgeschichtsforschung 1949, international gesehen, etwas Exzeptionelles war, aber angloamerikanische Historiker waren von Anfang an dabei[14]. Zum englischen Interesse gehört später auch der Britisch-deutsche Historikerkreis, der dann das Londoner Deutsche Historische Institut gründete. Immer ist betont worden, daß britische Historiker von vornherein aktiv daran interessiert waren, deutlich stärker als die italienischen und französischen in Rom und Paris.

Ein anderer wichtiger, viel komplizierter zu behandelnder Bereich ist der osteuropäische. Durch Ingo Haar, Thomas Etzemüller, Kai Arne Linnemann und andere sind die Verflechtungen von Wissenschaft und Politik in der NS-Zeit und die ältere Historikergeneration in der Bundesrepublik schon gut erforscht worden[15]. Hier ist der Unterschied, der Abstand zu den Jüngeren wie Dietrich Geyer, Gottfried Schramm und Klaus Zernack stärker als bei Westeuropa, wenn sich auch schon manche Ältere, wie Werner Conze, von den Bestrebungen etwa des Herder-Instituts oder Hermann Aubins entfernt haben. Die Kontaktaufnahme der Jüngeren zu polnischen und russischen Historikern müßte in ihrer wissenschaftlichen und politischen Bedeutung herausgearbeitet werden, natürlich auch in dem problematischen Verhältnis zu den DDR-Historikern, von denen z.B. Zernack wegen seiner Verbindung zu polnischen Kollegen als »Versöhnungsdemagoge« bezeichnet wurde[16].

Ein weiterer, allgemeinerer Ausblick sei angeschlossen. Es ist sehr lobenswert, über die nationale Begrenzung der Geschichtswissenschaft hinauszukommen, alle europäischen Staaten, ganz Europa oder den Westen wie selbstverständlich mit einzubeziehen. So wie Heinrich August Winkler nun nach

[14] Darüber vergleichend: Alexander NÜTZENADEL, Wolfgang SCHIEDER (Hg.), Zeitgeschichte als Problem. Nationale Traditionen und Perspektiven der Forschung in Europa, Göttingen 2004.

[15] Ingo HAAR, Historiker im Nationalsozialismus. Deutsche Geschichtswissenschaft und der ›Volkstumskampf‹ im Osten, Göttingen 2000; Thomas ETZEMÜLLER, Sozialgeschichte als politische Geschichte. Werner Conze und die Neuorientierung der westdeutschen Geschichtswissenschaft nach 1945, München 2001; Kai Arne LINNEMANN, Das Erbe der Ostforschung. Zur Rolle Göttingens in der Geschichtswissenschaft der Nachkriegszeit, Marburg 2002.

[16] Werner BERTHOLD u.a. (Hg.), Unbewältigte Vergangenheit. Handbuch zur Auseinandersetzung mit der westdeutschen bürgerlichen Geschichtsschreibung, Berlin (Ost) 1970; westdeutsche Ausgabe u.d.T.: Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung, Köln 1971, S. 283.

seiner Darstellung der deutschen Geschichte über die westliche Wertegemeinschaft schreiben will[17]. Die meisten Historiker im 19. und 20. Jahrhundert in ganz Europa blieben ja, wie schon gesagt, national begrenzt. Kürzlich fiel mir die Ausnahmeerscheinung Karl Hillebrand auf, der im 19. Jahrhundert mit Leichtigkeit in Deutsch, Französisch, Englisch und Italienisch über die Politik und Literatur der jeweils anderen Länder schrieb. Sehr kennzeichnend für die Historiographiegeschichte ist, daß es bis heute noch niemand geschafft hat, das alles zu überblicken und insgesamt zu würdigen[18].

Es ist ebensosehr lobenswert, auch über die europäische, die »westliche« Geschichtswissenschaft hinauszukommen, zur Ökumene der Historiker also wirklich gleichberechtigt die asiatischen und afrikanischen mit deren wissenschaftlicher Erforschung ihrer Vergangenheit hinzuzurechnen, wie es Lutz Raphael in seinem globalen Überblick für das 20. Jahrhundert getan hat[19]. Man kann so nationale Begrenztheiten, Mythenbildungen, staatliche Beeinflussungen, Forschungsstrategien und Verflechtungen sehr schön vergleichen. Zudem läßt sich die jeweilige »Alterität« erkenntnisfördernd herausarbeiten.

Es besteht aber die Gefahr der Einebnung. Man soll ja die spezifische Qualität und Differenziertheit der westlichen Geschichtswissenschaft nicht überschätzen, man kann sie aber auch unterschätzen, zum Schaden der Erkenntnis. Bei aller Erforschung der Historiker, ihrer Abhängigkeiten und Ambitionen droht die Geschichte selbst nebensächlich und beliebig zu werden. Die Zeitgeschichte und ihre Erforschung mit ihrem besonderen Gewicht, ihrer besonderen Last wird dabei wohl meistens anerkannt, jedenfalls die deutsche. Aber alle frühere mit ihren vielen Problemfeldern?

Kürzlich beim Tod des großen Mittelalterhistorikers Arno Borst wurde mir das wieder einmal deutlich. Durch sein Erstlingswerk über die Katharer hat er früh Verbindung zu französischen Historikern gefunden. Dann hat er im »Turmbau von Babel« die lange Geschichte der Meinungen über Ursprung und Vielfalt der Sprachen und Völker geschrieben. Am weitesten verbreitet wurden seine »Lebensformen im Mittelalter«, nah verwandt mit der französischen Mentalitätsforschung. Daraufhin hat er Wissens- und Spielformen des

[17] Heinrich August WINKLER, Was heißt westliche Wertegemeinschaft?, in: Internationale Politik 62 (April 2007) 4, S. 66–85.

[18] Der bisher bedeutendste Versuch ist: Wolfram MAUSER, Karl Hillebrand. Leben, Werk, Wirkung, Dornbirn 1960. Daneben das Nachwort von Hermann UHDE-BERNAYS in: Karl Hillebrand, Unbekannte Essays, Bern 1955, S. 283–396; Rudolf VIERHAUS, Zeitgeschichte und Zeitkritik im essayistischen Werk Karl Hillebrands, in: Historische Zeitschrift 221 (1975), S. 304–325; Anna Maria VOCI, Prima di Meinecke, Karl Hillebrand e le origine dello storicismo, in: L'Acropoli VIII (2007) 5, S. 566–588.

[19] RAPHAEL, Geschichtswissenschaft im Zeitalter der Extreme (wie Anm. 5). Für die ganze 3000jährige Zeit, seit der Antike, gibt es jetzt den umfassenden, aber nicht sehr ergiebigen Versuch von Markus VÖLKEL, Geschichtsschreibung. Eine Einführung in globaler Perspektive, Köln 2006.

frühen Mittelalters rekonstruiert, bis zur karolingischen Kalenderreform, bei der er dann die Uneinsichtigkeit seiner französischen und englischen Kollegen bitter beklagt hat[20]. Insgesamt ein Riesenwerk, das dieser ungewöhnlich begabte und nicht leicht zu begreifende Geschichtsforscher aus den Quellen geschaffen hat. Die Interpretationsarbeit an solchen von einem einmaligen Historiker aufgeschlossenen Geschichtsbereichen sollte nicht zurücktreten gegenüber unseren heute bevorzugten wissenschaftsgeschichtlichen Themen. Die besondere Leistungsfähigkeit der europäisch-amerikanischen Geschichtswissenschaft würde dadurch besser erkannt und ihre Zukunftsmöglichkeiten würden deutlicher ergriffen.

Soweit mein Ausblick, der manchem vielleicht mehr wie ein Rückblick auf früher bevorzugte, heute zurücktretende Themen erscheint. Aber ist das zu vermeiden, wenn ein alt gewordener Historiker einen Ausblick versucht?

[20] Arno BORST, Der Streit um den karolingischen Kalender, Hannover 2004.

PERSONENREGISTER

Abendroth, Wolfgang 277
Abusch, Alexander 245, 273
Ackermann, Anton 273
Adenauer, Konrad 58, 62, 69, 93, 97, 110, 318
Aemisegger, Walter 234
Ahnlund, Nils 27
Alba, André 234
Alföldi, André 234
Althoff, Gerd 203
Ammann, Hector 79
Anrich, Ernst 272
Ariès, Philippe 157, 201
Arntz, Helmut 228, 233
Aron, Raymond 196
Atsma, Hartmut 209
Aubin, Hermann 24, 41, 54f., 58f., 65, 70, 163, 165, 191, 197, 245, 251, 271, 307, 332

Babinger, Franz 237
Bader, Karl Siegfried 80
Baeck, Leo 331
Baethgen, Friedrich 101, 105–107
Bak, Janos 82
Bammel, Ernst 233
Baratoux, Pierre 259
Barbier, Josiane 209
Barion, Jakob 130
Barraclough, Geoffrey 87
Bartel, Walter 270
Barth, Volker 181
Bauer, Clemes 232
Baumont, Maurice 262
Beau de Loménie, Emmanuel 232
Becher, Johannes R. 314
Becker, Otto 256
Beer, Mathias 135
Bendick, Rainer 128
Berchem, Denis van 237
Beumann, Helmut 77, 79–81, 87
Beyerle, Franz 197, 205
Bismarck, Otto von 24, 30, 44, 67, 131, 192, 200, 221, 225, 236, 247f., 253, 263, 280
Bleiber, Waltraut 208
Bloch, Étienne 177
Bloch, Marc 155–161, 163–172, 174-185, 187, 192–194, 217, 231
Bock, Friedrich 108
Bognetti, Gian Piero 82
Bohm, Eberhard 179
Bollenbeck, Georg 54
Bonaparte, Napoleon 157, 256, 262
Borgolte, Michael 181, 185, 203
Borkenau, Franz 61, 66, 271
Borst, Arno 333
Bosl, Karl 78f., 85
Bouloiseau, Marc 259f.
Bourdieu, Pierre 54, 159f., 185
Boutruche, Robert 192
Bracher, Karl Dietrich 25
Bracke, Wilhelm 122
Brandt, Willy 119, 126, 129
Braubach, Max 199
Braudel, Fernand 41, 156–160, 172, 175f., 258–260, 262
Bréhier, Louis 194
Brentano, Heinrich von 53
Bridrey, Émile 192
Brinckmann, A. E. 233f.
Brinkmann, Carl 161
Broszat, Martin 282
Brühl, Carlrichard 193, 202, 207f., 210
Bruley, Edouard 127, 237, 259
Brunner, Otto 24, 40, 42, 57f., 80, 193, 271f.
Brunschwig, Henri 173, 200, 234, 259, 262
Buchheim, Karl 66, 69
Buchner, Rudolf 86f.
Büchlein, Werner 176
Bührer-Thierry, Geneviève 209
Büttner, Heinrich 76, 78–80, 234, 249
Buisson, Ludwig 181
Buisson, René 260
Bullock, Alan 135f., 138, 332
Burckhardt, Jacob 155
Burgard, Abbé Charles 232
Burgard, Émile 232
Byrnes, James F. 240

Calmette, Joseph 194
Carbonell, Charles Olivier 188

Castel, Robert 211
Champion, Pierre 192
Chapsal, Jacques 262
Charron, Simone 232
Chaume, Abbé 192
Chaunu, Pierre 157
Childerich I. 210
Chirac, Jacques 208
Chlodwig I. 208–210
Chyla, Otto 83
Classen, Peter 206
Claude, Dietrich 208
Clouzot, Étienne 192
Cohen, Robert 224
Conrad, Sebastian 330
Conze, Werner 24, 35, 39–43, 45–48, 59, 156, 175, 178, 245, 271f., 281f., 296, 332
Coornaert, Émile 232
Coulanges, Fustel de 189
Coumert, Magali 210
Cornelißen, Christoph 166
Courcelle, Pierre 195
Coville, Alfred 192
Croce, Benedetto 20
Crouzet, François 125
Curtius, Ernst Robert 155f.
Curtius, Ludwig 95, 99
Czybulka, Gerhard 130

Dannenbauer, Heinrich 79, 197
Daudet, Pierre 192
David, Marcel 86
Defrance, Corine 239, 248
Dehio, Ludwig 61f., 67, 155, 164, 246, 271, 289
Deichmann, Friedrich Wilhelm 95, 101
De Laet, Siegfried 233
Deléage, André 192
Dempf, Alois 66f.
Depreux, Philippe 206, 209
Déprez, Louis 194
Deshusses, Georges 234
Detienne, Marcel 160
Devoto, Giacomo 234
Dhondt, Jan 237
Didier 232
Dietrich, Irmgard 79
Dieudonné, Alfred 192
Diez Del Corral, Luis 234
Digeon, Claude 188
Dipper, Christof 97
Dittmer, Kunz 130
Dölger, Franz 237
Doering-Manteuffel, Anselm 53
Dollinger, Philippe 192f., 197, 211
Dopsch, Alphons 161, 167, 187
Dreyfus, François- Georges 258f.
Droysen, Johann Gustav 64, 224
Droz, Jacques 128, 234, 259, 261, 263
Duby, Georges 82, 85f., 157, 175, 201, 203, 205
Duchhardt, Heinz 332
Dufraisse, Roger 259
Dumézil, Bruno 210
Dumoulin, Olivier 160
Duncker, Hermann 270
Dupront, Alphonse 234, 259
Durkheim, Emile 165, 180
Durliat, Jean 207, 209
Duroselle, Jean-Baptiste 128, 260
Duveau, Georges 237

Ebel, Wilhelm 79
Ebert, Friedrich 116
Eckel, Jan 308f.
Eckermann, Walter 271
Eckert, Astrid 331f.
Eckert, Georg 115–130, 227, 234, 250
Eckert-Ryschawy, Louise 117
Ehlers, Margarete 96, 101
Eickstedt, Egon Freiherr von 233
Elm, Ludwig 272
Engelberg, Ernst 270, 275, 280, 312, 323
Engels, Friedrich 123, 202, 273, 279, 313
Ennen, Edith 78
Ensslin, Wilhelm 224, 229, 233f., 236
Epperlein, Siegfried 202
Epstein, Fritz T. 144
Epstein, Klaus 331
Erbe, Michael 179
Erdmann, Karl Dietrich 128f., 271, 287, 319f., 322, 324
Ernst, Fritz 235
Eschenburg, Theodor 69
Espagne, Michael 211
Etzemüller, Thomas 310, 324, 332
Ewig, Eugen 78f., 86, 109, 198f., 202, 205, 208–210, 232, 235

Faber, Karl-Georg 181
Favier, Jean 207
Fawtier, Robert 27, 169, 216f., 219, 230f., 242–244

Fèbvre, Lucien 125, 156–159, 164f., 168, 172f., 177, 216
Feger, Gottfried 76
Fernis, Hans-Georg 250
Fichtenau, Heinrich 202
Fischer, Fritz 24, 30, 70, 151f., 233, 248, 281f., 297
Fischer, Samuel 182
Flach, Willy 291
Flasch, Kurt 181
Flechtheim, Ossip 272, 277
Fliche, Augustin 194
Focillon, Henri 192
Fögen, Marie Theres 182
Folz, Robert 204, 208, 211
Foucault, Michel 159
Fraenkel, Ernst D. 271
Francke, Alexander 252
François, Étienne 206
François, Michel 234, 320f.
François-Poncet, André 220, 257
Franz, Günther 271
Franzel, Emil 64, 67, 232f.
Franzen, August 100
Frede, Günther 131
Freund, Michael 69
Freyer, Hans 39f., 52, 54, 69, 271
Fried, Johannes 203
Friedmann, Georges 157
Friedrich II. (HRR) 84
Fuchs, Peter 182
Furet, François 157
Furtenbach, Siegfried 178

Gablentz, Otto Heinrich von der 70
Galen, Clemens August Graf von 68
Ganshof, François Louis 82, 167
Gasperi, Alcide de 93, 98, 110
Gasser, Adolf 237
Gaxotte, Pierre 155
Geiss, Imanuel 282
Gerhard, Dietrich 271
Geyer, Dietrich 332
Geyl, Pieter 262
Ginzburg, Carlo 176
Globke, Hans 272
Glotz, Gustave 224
Godechot, Jacques 262
Goebbels, Joseph 52
Göhring, Martin 70, 127f., 254–263, 331
Goerdeler, Carl Friedrich 56
Görres, Joseph 68, 100, 112
Goethe, Johann Wolfgang von 58, 103, 109f.
Gollwitzer, Heinz 249f.
Goretzky 232
Gossens, Roger 237
Goubert, Pierre 157
Graml, Hermann 65
Grat, Félix 192
Graus, Frantisek 82f., 89, 181
Grebing, Helga 282
Grégoire, Henri 217, 220–223, 228, 232–235, 237
Gregorovius, Ferdinand 103
Greyerz, Hans von 233, 235
Griewank, Karl 271, 291
Groh, Dieter 177
Grousset, René 237
Grundmann, Herbert 39, 88f., 311
Gruner, Erich 227, 235
Guber, Aleksandr 322

Haake, Paul 270
Haar, Ingo 332
Hafner, Urs 181
Hafström, Gerhard 82
Hagemann, Wolfgang 96, 101
Hager, Kurt 297f.
Hahnen, Hans-Jürgen 233
Halbwachs, Maurice 165
Haller, Johannes 162
Hallstein, Walter 307, 313f., 317, 319, 323
Halphen, Louis 190, 194
Harich, Wolfgang 279
Harsin, Paul 233
Harstick, Hans-Peter 124
Hartung, Fritz 291
Haussherr, Hans 271
Havemann, Robert 279
Heer, Friedrich 67
Hegel, Georg Wilhelm Friedrich 51, 61, 196, 327
Hehn, Jürgen von 295
Heidrich, Ingrid 206
Heimpel, Hermann 21, 69, 80, 128, 162, 221, 223, 235, 249, 251, 271, 277, 305, 323, 327
Heinrich IV. (HRR) 85
Heinzelmann, Martin 209f.
Helbig, Herbert 81
Helbok, Adolf 167
Hellmann, Manfred 88

Henlein, Konrad 64
Hepner, Fritz 235
Herder, Johann Gottfried 59, 83, 255, 332
Herding, Otto 88
Hermann der Cherusker 189
Hermann, Wilfried 181
Herre, Franz 64, 66
Herzfeld, Hans 128, 271
Hess, Gerhard 235
Heuss, Alfred 277
Heuss, Theodor 58, 129, 262
Heydemann, Günther 297
Heyl, Tobias 181
Higounet, Charles 82
Hillebrand, Karl 333
Hippel, Ernst von 64
Hirsch, Helmut 271
Hitler, Adolf 30, 50, 56, 62, 117, 134, 145, 200, 247, 252, 267f., 271, 273, 277f., 308, 332
Hoberg, Hermann 99
Höfler, Otto 58, 202
Höß, Irmgard 291
Höyer, Torvald 308, 310
Hofer, Walther 233
Hofmann, Werner 277
Hohl, Ernst 237, 270
Holtzmann, Robert 193f.
Holtzmann, Walther 101
Holzamer, Karl 69, 250
Homer 58
Honecker, Erich 299
Honegger, Claudia 177
Hoppenstedt, Werner 105, 109
Hours, Joseph 228, 232, 234f., 237
Hubatsch, Walter 59, 70
Hübinger, Paul Egon 57, 77, 110f., 199, 235
Huizinga, Johan 162

Iggers, Georg G. 327, 331
Ipsen, Gunther 39f.
Isaac, Jules 231
Iserloh, Erwin 100

Jäckel, Eberhard 312
Jantke, Carl 39, 42
Janz, Friedrich 111
Jarnut, Jörg 209
Jarry, Eugéne 192
Jedin, Hubert 98f., 101, 111
Jessen, Ralph 320, 324
Jochmann, Werner 331
Jordan, Édouard 192
Jordan, Kurt 317
Jordan, Stefan 181
Junod, Louis 235

Kaegi, Werner 162f.
Kaehler, Siegfried A. 55
Kaelble, Hartmut 126–129
Kaiser, Reinhold 208–210
Kant, Immanuel 116, 119f., 124, 279
Kantorowicz, Ernst H. 105f.
Karsen, Fritz 117
Kehr, Paul Fridolin 113
Kellenbenz, Hermann 176
Kempf, Friedrich (SJ) 99
Kern, Fritz 68, 127, 162, 221f., 226, 229, 233, 235, 249–255, 271
Kejr, Jiri 82
Kielmansegg, Peter Graf von 318
Kienast, Walther 165, 169–171, 174, 181, 193
Kind, Ernst 235
Kirschbaum, Engelbert SJ 99f.
Klauser, Theodor 101, 111
Klebel, Ernst 79, 249
Kleßmann, Christoph 282, 287
Klett, Ernst 178
Kluke, Paul 136, 146f., 235
Knipping, Franz 181
Kocka, Jürgen 282f.
Köhler, Oskar 249
Koestler, Arthur 283
Kötting, Bernhard 100
Kohl, Helmut 208
Kohn, Hans 144, 150
Koht, Halvdan 244
Kolping, Adolph 65
Kossok, Manfred 279
Kotrba, Viktor 82f.
Kowalczuk, Ilko-Sascha 275
Krausnick, Helmut 69, 128, 150, 235, 271
Kretzschmar, Hellmut 271
Kroll, Gerhard 64f., 67, 69, 249
Krupp, Alfred 58
Kubel, Alfred 118
Kuchenbuch, Ludolf 185, 202
Kuczynski, Jürgen 270, 279f., 292
Kühn, Johannes 271
Kveseth, Kare 82

Labrousse, Ernest 262
Lacant, Jacques 235
Lambrechts, Pierre 233, 235f,
Lamprecht, Karl 161
Langer, William L. 136, 149
Lapierre, Georges 231
Lassalle, Ferdinand 117
Lasserre, David 228, 234
Latouche, Robert 167, 194f., 208
Latzarus, Bernard 234
Lausse 233
Lebecq, Stéphane 208, 210
Lebel, Paul 237
Lefebvre, Georges 157, 260
Le Goff, Jacques 157, 201, 203
Le Grand, Michel 192
L'Huillier, Fernand 228, 234
Le Jan, Régine 208f.
Lejeune, Rita 235
Lelievre, Pierre 235
Lemerle, Paul 236
Lenin (Wladimir Iljitsch Uljanow) 273, 280, 313
Leonard, T.J. 235, 237
Le Roy Ladurie, Emmanuel 157
Lesne, Monseigneur 192
Lessourd 232
Levi, Paul 283
Levillain, Léon 194
Liebknecht, Wilhelm 123
Lienhard, Thomas 209
Limbach, Albert 118
Linnemann, Kai Arne 332
Lintzel, Martin 193, 271, 291
Litt, Theodor 57
Livet, Georges 259, 262
Locher, Th.J.G. 262
Löwe, Heinrich 202
Lohmann, H.-M. 181
Lohrmann, Dietrich 185
Lortz, Joseph 68, 233, 253, 258
Lot, Ferdinand 193–195
Lucas, Friedrich J. 178
Ludwig XIV. 157
Luther, Martin 60f., 157f.

Madaule, Jacques 232
Märtl, Claudia 160
Mahn, Jean-Berthold 192
Mahr, Adolf 233
Maignial, Charles 232
Mandrou, Robert 157, 176, 198
Mann, Golo 24, 271
Mann, Thomas 112
Marichal, Paul 192
Markert, Werner 39
Markov, Walter 252, 270, 274, 276f., 279, 289
Marrou, Henri-Irénée 196
Marshall, Thomas Humphrey 38
Martin, Alfred von 60f., 244
Martin, Michel 237
Martin, Monseigneur 192
Marx, Karl 32, 123, 202, 273, 279f., 282f., 313
Maschke, Erich 39, 174–176, 181
Mau, Hermann 69
Mauro, Frédéric 262
Mayer, Theodor 73–82, 84–88, 104, 108, 113, 167, 197, 202
McCloy, John 231
Meinecke, Friedrich 54, 62, 170, 194, 200, 245, 271, 276, 331
Mercati, Angelo 99
Mercati, Giovanni (Kardinal) 91, 99
Meusel, Alfred 270, 274, 279f.
Michelet, Jules 196, 232
Middell, Matthias 182
Mielcke, Karl 131
Minder, Robert 199, 225, 234f.
Mirgeler, Albert 249
Mirot, Léon 192
Mitterauer, Michael 206
Mittler, Otto 235
Mitzka, Walter 79
Mohr, Hubert 270
Mohr, Walther 202, 271
Mommsen, Hans 283, 300
Mommsen, Wolfgang J. 25, 282
Monnet, Pierre 206
Monod, Gabriel 187
Morazé, Charles 157
Morey, Charles Rufus 95f.
Morghen, Raffaello 102
Morizé, Charles 216
Mottek, Hans 270, 279f.
Mousnier, Roland 237
Müller, Heribert 181
Müller-Dehn, Claus 314
Müller-Mertens, Eckhard 202
Musset, Lucien 82, 203f.

Nabholz, Hans 215f., 242f.
Namier, Lewis 137

Naumann, Johann Wilhelm 64
Niebuhr, Georg 187
Niedermayer 232
Niekisch, Ernst 270
Niethammer, Lutz 300
Noack, Ulrich 235
Nolte, Paul 330
Normand, Suzanne 232
Nortier, Élisabeth 207, 209

Oberländer, Theodor 39, 59f., 272
Obermann, Karl 270, 279f.
Oexle, Otto Gerhard 181, 185, 203
Omont, Henry 192
Oncken, Hermann 117
Ott, Karl 235

Pange, Jean de 226, 235
Pange, Pauline de 235
Parisse, Michel 89, 206f., 209, 211
Paterna, Erich 270
Pechoux, Pierre 235
Perdew, Richard 219, 235, 237
Peremens 233
Pernoud, Régine 201
Perrin, Charles Edmond 167, 175
Petri, Franz 24, 58, 164, 167, 189f., 193, 195
Petry, Ludwig 131, 233, 249
Philipp II. (König von Spanien) 157
Philippsborn, Leo 80
Picot, Joseph 232
Piganiol, André 224, 229, 232, 236
Pirenne, Henri 159, 161, 163f.
Pirker, Theo 250
Planck, Max 78, 88, 206, 240, 305, 327
Pöschl, Victor 234
Pohl, Walter 209
Popitz, Johannes 252
Prochazka, Vladimir 82

Racine, Pierre 82
Ramackers, Johannes 232
Ranke, Leopold von 19, 55, 57, 62, 68, 70, 87, 155, 172, 196, 246, 263, 274, 327
Raphael, Lutz 113, 306, 328f., 333
Rassow, Peter 19f., 24, 26, 139, 225, 235, 257
Rauch, Georg von 295
Raulff, Ulrich 181, 183, 185
Raumer, Kurt von 39
Rebenich, Stefan 182
Regler, Gustav 283
Reinhard, Marcel 260
Reinhard, Wolfgang 328
Reinhardt, Volker 181
Reisberg, Arnold 270, 280
Renaudot, Augustin 262
Renouvin, Pierre 128, 231, 243, 258f.
Repgen, Konrad 233
Repner, Fritz 234
Reynolds, Philip A. 131
Richard, Jean 82
Riché, Pierre 197, 199, 210, 232
Richelieu, Armand-Jean du Plessis, cardinal et duc de 256
Riemeck, Renate 229
Ritter, Gerhard 20f., 24, 27f., 31f., 45, 55f., 60, 62–65, 67, 69f., 128, 150, 164, 166, 169f., 174, 183, 220f., 223, 225, 230f., 232, 241–246, 248f., 251, 271, 277, 282, 307, 310f., 320f., 324, 327
Ritter, Gerhard A. 331
Ritterbusch, Paul 55
Rodenstein, Heinrich 131
Röhr, Helmut 128
Rörig, Fritz 161, 271
Roland-Gosselin, E. 214f.
Romano, Ruggiero 157
Romein, Jan 262
Rosenberg, Arthur 117, 193, 267, 278
Rothfels, Hans 21, 24, 39, 42, 47, 59, 69, 139, 225, 245, 247, 271, 277, 292, 308–311, 324
Rottschalk 234
Rouche, Michel 205, 210
Ruge, Wolfgang 270, 278, 280
Rust, Bernhard 73

Sabrow, Martin 269, 305
Salin, Édouard H. 196
Sauer, Franz 234
Sautter, Guy 236
Scharf, Claus 257
Scheel, Heinrich 270
Scheel, Walter 126, 129
Schelsky, Helmut 39
Schieder, Theodor 24, 32, 39, 42, 59f., 147, 271f., 277, 281
Schieffer, Theodor 165, 181, 197, 236, 249
Schlesinger, Walter 77–79, 81f., 85, 87f., 193, 202

Schmid, Karl 203
Schmidt, Ludwig 195, 200
Schmidt, Walter 302
Schmidt-Wiegand, Ruth 206
Schmittlein, Raymond 214–216, 218–223, 230, 241–243, 248, 250–253
Schnabel, Franz 63, 67, 128, 161, 220, 224–227, 232, 234, 236, 247f., 271, 277
Schneider, Friedrich 271
Schneider, Reinhard 208
Schönwälder, Karin 55
Schoeps, Hans-Joachim 67, 271
Schöttler, Peter 181
Schramm (Studienrätin) 232
Schramm, Edmund 236
Schramm, Gottfried 332
Schramm, Percy Ernst 80, 89, 105, 170, 202, 206, 271, 330
Schreiber, Rudolf 233
Schreiner, Albert 270, 280
Schüddekopf, Otto-Ernst 125, 128, 131
Schulin, Ernst 31, 178, 181, 246, 282, 325
Schulte, Aloys 162
Schulz, Otto Theodor 271
Schulze, Hagen 181
Schulze, Winfried 69, 108, 127, 169, 268, 270, 282, 327f., 330
Schuman, Robert 231
Schwarz, Manfred 182
Seibt, Gustav 182
Seignobos, Charles 161
Sieburg, Heinz-Otto 259
Sigmann, Jean 128, 174, 225, 236, 260
Silberschmidt, Max 237
Simiand, François 165
Sjökvist, Erik 99
Skalweit, Stephan 232
Smalley, Beryl 228, 234
Smolka, Georg 232f., 236
Spengler, Oswald 155, 160
Spies, Otto 131
Spindler, Max 249
Spörl, Johannes 223, 236
Sproemberg, Heinrich 81, 193f., 271, 291
Stadtmüller, Georg 65f., 69f., 237, 249
Stalin, Josef 50, 269, 273, 275, 278
Stauffer, Ethelbert 233
Stein, Ernst 195, 200
Stein, Henri 192
Steinbach, Franz 58, 78, 165, 189, 205
Steinen, Wolfgang von den 236
Steinmeyer, Kurt 236
Stengers, Jan 205
Stern, Fritz 151
Stern, Leo 270, 280
Stier, Hans-Erich 63, 233, 236
Stommel, Eduard 100
Straub, Johannes 236
Strauß, Franz Josef 70
Stroheker, Karl 236
Stürmer, Michael 181
Stuiber, Alfred 100
Sybel, Heinrich von 64
Sydow, Jürgen 181

Tapié, Victor-Lucien 262
Taube, Otto Fhr. von 232
Taylor, A.J.P. 135, 137
Tellenbach, Gerd 89, 101, 111, 128, 199, 206, 209, 223, 236
Tenenti, Alberto 157
Tewes, Ludger 181
Thieme, Karl 233
Thompson, Edward P. 160
Thukydides 135
Thun und Hohenstein, Eleonore von 234
Timm, Albrecht 271
Tisserant, Eugène Kardinal 98
Tolu, Nicolas 305, 323
Toynbee, Arnold Joseph 155
Tavenaux, René 232
Treitschke, Heinrich von 61, 64, 227, 248
Treue, Wilhelm 131
Trimborn, Hermann 117, 131
Tritsch, Walther 215–219, 221f., 228, 233f., 236
Trotzki, Leo 283

Ulbricht, Walter 293f.
Ullrich, Volker 181

Vaissière, Pierre de 192
Valentin, Veit 189
Valjavec, Fritz 229
Valsecchi, Franco 28
Van Kalken, Frans 233
Varagnac, André 157, 260
Vermeil, Edmond 128, 236f., 260f.
Vialon, Friedrich Karl 272
Vidoni, Pietro Kardinal 95
Vogel, Walther 161f.
Vogt, Joseph 232, 236
Voillard, Odette 232, 234, 236

Volkmann, Hans-Erich 274
Vollrath, Hanna 181
Vovelle, Michel 260

Wagner, Fritz 237, 271
Waldner, Pierre 232
Waldschmidt, Ernst 233
Walser, Gerold 217, 233, 236
Weber, Hermann 109, 282
Weber, Max 32, 85, 207, 283
Wehler, Hans-Ulrich 244f., 280–283
Weinberg, Gerhard L. 142f.
Weniger, Erich 121
Wenskus, Reinhard 87, 203f., 208
Wenzel, Fritz 131
Werner, Joachim 80
Werner, Karl Ferdinand 156, 176, 178, 185, 205, 207f., 210, 305, 323
Weydemeyer, Joseph 280
Willaert, Leopold 233
Winckelmann, Johann Joachim 103
Winkler, Heinrich August 282, 332
Winter, Eduard 271
Winter, Georg 143f., 146f.
Wittram, Reinhard 24, 31, 271
Wolf, Hanna 274, 276
Wolfram, Herwig 204, 208
Woodward, Llewellyn 139f.
Word-Perkins, John B. 107
Wühr, Wilhelm 63, 222, 226, 232f., 236, 249–251, 253f.
Wüstemeyer, Manfred 176

Zechlin, Egmont 271
Zehrer, Hans 52
Zeller, Gaston 128
Zender, Matthias 193
Zernack, Klaus 332
Ziegler, Konrad 237
Zimmermann, Ludwig 256
Zöllner, Erich 197, 208
Zorn, Wolfgang 232, 249

AUTORINNEN UND AUTOREN

Christoph CORNELISSEN (geb. 1958), Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

Corine DEFRANCE (geb. 1966), Historikerin am Centre national de la recherche scientifique (IRICE, Paris)

Heinz DUCHHARDT (geb. 1943), Direktor des Instituts für Europäische Geschichte Mainz

Astrid M. ECKERT (geb. 1971), Assistant Professor of Modern European History an der Emory University in Atlanta

Thomas ETZEMÜLLER (geb. 1967), Juniorprofessor für Zeitgeschichte nach 1945 an der Universität Oldenburg

Agnès GRACEFFA (geb. 1973), Mitarbeiterin am Centre de recherche en lettres et sciences humaines de l'Université d'Artois, Arras

Mario KESSLER (geb. 1955), Historiker am Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF) und am Historischen Institut der Universität Potsdam

Michael MATHEUS (geb. 1953), Direktor des Deutschen Historischen Instituts in Rom

Anne Chr. NAGEL (geb. 1962), Privatdozentin für Neuere und Neueste Geschichte und wissenschaftliche Angestellte an der Justus-Liebig-Universität Gießen

Ulrich PFEIL (geb. 1966), Professor für Deutschlandstudien an der Universität Jean-Monnet (Saint-Étienne) und Gastwissenschaftler am Deutschen Historischen Institut Paris

Rainer RIEMENSCHNEIDER (geb. 1942), bis zu seiner Pensionierung wissenschaftlicher Mitarbeiter am Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung in Braunschweig

Martin SABROW (geb. 1954), Professor für Neueste Geschichte und Zeitgeschichte an der Universität Potsdam und Direktor des Zentrums für Zeithistorische Forschung (ZZF)

Axel SCHILDT (geb. 1951), Professor für Neuere Geschichte an der Universität Hamburg und Direktor der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg

Peter SCHÖTTLER (geb. 1950), Directeur de recherche am Centre national de la recherche scientifique (IHTP, Paris) und Honorarprofessor am Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin

Ernst SCHULIN (geb. 1929), bis zu seiner Emeritierung Professor für Neuere Geschichte an der Universität Freiburg i. Br.

Winfried SCHULZE (geb. 1942), Professor für Neuere Geschichte an der Universität München